Quaderni
di Dodis

memorie

Ernst Iten

Stationen einer aussergewöhnlichen Karriere

Ein Diplomatenleben zwischen Karibik, Nahostkonflikt und Falklandinseln

Ernst Iten

Stationen einer aussergewöhnlichen Karriere

Ein Diplomatenleben zwischen Karibik, Nahostkonflikt und Falklandinseln

Diplomatische Dokumente der Schweiz

Die Quaderni di Dodis sind eine Publikationsreihe der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Weitere Informationen zur Reihe finden sich unter dodis.ch/quaderni.

Herausgeber der Reihe: Sacha Zala
Redaktion: Dominik Matter
Lektorat: Anna Ertel
Grafisches Konzept & Layout: dewil.ch

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Madeleine Herren (Präsidentin, Universität Basel), Prof. Dr. Sacha Zala (Sekretär, Universität Bern), Prof. Dr. Sébastien Guex (Universität Lausanne), Prof. Dr. Claude Hauser (Universität Freiburg), Prof. Dr. Matthieu Leimgruber (Universität Zürich), Prof. Dr. Julia Richers (Universität Bern), Prof. Dr. Davide Rodogno (Institut de Hautes Études Internationales et du Développement), Prof. Dr. Kristina Schulz (Universität Neuenburg), Prof. Dr. Matthias Schulz (Universität Genf), Prof. em. Dr. Brigitte Studer (Universität Bern)

Diese Publikation ist Open Access online im Volltext verfügbar: dodis.ch/q19.

Publiziert mit Unterstützung des Kantons Zug, der Gemeinde Unterägeri und der Bürgergemeinde Unterägeri.

1. Auflage

2023 Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)
Archivstrasse 24, 3003 Bern
Internet: www.dodis.ch
E-Mail: quaderni@dodis.ch

Institut der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz – CC BY 4.0.

ISBN 978-3-907261-15-6 (.pdf)
ISBN 978-3-907261-16-3 (Print)
ISBN 978-3-907261-17-0 (.epub)
ISBN 978-3-907261-18-7 (.mobi)
ISSN 2235-509X
DOI https://doi.org/10.5907/Q19

Titelbild: Ernst Iten, Botschafter und ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO, bei der Ansprache während der Generalkonferenz der UNESCO in Paris am 4. Oktober 2005. Privatarchiv Ernst Iten

OPEN science
dodis.ch/open-science

Für meine Gattin Gloria
und unsere Kinder Pablo und Paloma

Vorwort des Reihenherausgebers

Schon im fünften Paragraphen zur Einleitung seines «Grundrisses der Historik» aus dem Jahr 1868 hielt Johann Gustav Droysen unmissverständlich fest, dass das «Gegebene für die historische Forschung nicht die Vergangenheiten [sind], denn diese sind vergangen; sondern das von ihnen in dem Jetzt und Hier noch Unvergangene, mögen es Erinnerungen von dem, was war und geschah, oder Überreste des Gewesenen und Geschehenen sein». Damit legte Droysen einen Grundstein für die hermeneutische Methodik in den modernen Geschichtswissenschaften. Ernst Bernheim entwickelte daraus 1908 in seinem «Lehrbuch der Historischen Methode und der Geschichtsphilosophie» die Unterscheidung des Quellenmaterials in die zwei grossen Gruppen der «Überreste» und der «Tradition» als «wichtigsten Unterschied für die methodische Behandlung der Quellen: alles, was unmittelbar von den Begebenheiten übriggeblieben und vorhanden ist, nennen wir Überreste; alles, was mittelbar von den Begebenheiten überliefert ist, hindurchgegangen und wiedergegeben durch menschliche Auffassung, nennen wir Tradition».

Sozusagen *per definitionem* beschäftigen sich die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* seit jeher mit der Quellengattung der Überreste. Wenn sich nun die Forschungsstelle Dodis an die Herausgabe von Memoiren und Erinnerungen von ehemaligen Diplomaten und Diplomatinnen macht, betritt sie quellenkritisches Neuland. Memoiren sind klassische Traditionsquellen und stellen eine willkommene Ergänzung zu den «Überresten» dar, denn häufig bringen sie einen Hauch Leben in die sonst eher zurückhaltende, bürokratische Sprache der amtlichen Dokumente. Die neue Teilserie *Quaderni di Dodis – memorie* gibt der Forschungsstelle Dodis die Möglichkeit bei entsprechender Opportunität Memoiren zu publizieren. Dabei seien alle Leserinnen und Leser nochmals eindringlich an den methodischen Grundsatz erinnert, den uns Droysen in seiner «Historik» lehrte: «Die unmittelbare Wahrnehmung, die subjective Auffassung des Wahrgenommenen zu prüfen, zu verificiren, zu objectiver Kenntniss umzuformen, ist die Aufgabe der historischen Wissenschaft.»

Wie so oft steht auch am Anfang dieses erfolgreichen Buchprojekts ein glücklicher Zufall. Bei einem unverhofften Treffen des Herausgebers mit Ernst Iten kam die Sprache auf die Abfassung von Memoiren. Es stellte sich heraus, dass der alt Botschafter bereits Vorarbeiten für ein solches Projekt geleistet hatte und an einer Publikation interessiert war. Auf Anregung von mehreren Personen, die sich nach seinen Erfahrungen im diplomatischen Dienst erkundigt hatten, begann Ernst Iten ungefähr 2017 mit dem Abfassen seiner Memoiren. Dabei konnte er auf einen reichen Fundus an persönlichen Notizen und Berichten aus seiner Laufbahn zurückgreifen, die nun als Nachlass an das *Archiv für Zeitgeschichte* in

Zürich übergeben worden sind. Bei Unsicherheiten bezüglich einiger selbst verfasster Aktenstücke konnte der Autor die Vorzüge der Datenbank Dodis nutzen, haben doch einige der von ihm verfassten Dokumente Eingang in die Selektion der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* gefunden. Für einige weitere Dokumente hat der Autor zudem die im *Schweizerischen Bundesarchiv* abgelegten Originale konsultiert. Die Genese des Manuskripts lässt sich so im Zeitraum zwischen 2017 und 2022 verorten. Im Rahmen der Vorbereitungen dieser Publikation wurden die einzelnen Texte zu den jeweiligen Karrierestationen 2021 erstmals komplett zusammengefügt und dann professionell lektoriert.

Ernst Iten besitzt auch eine umfangreiche Fotosammlung, die seine gesamte Karriere dokumentiert. Daraus wurden gezielt einige besonders aussagekräftige Bilder ausgewählt und für die Publikation aufbereitet. Das vorliegende Manuskript und die zahlreichen Bilder ermöglichen lebendige und persönliche Einblicke in das Leben und Arbeiten eines Schweizer Diplomaten, welche die oft eher nüchternen Dokumente der Verwaltung nicht zu bieten vermögen. Das scheint mir in der Tat der grösste Gewinn der Reihe *Quaderni di Dodis – memorie* zu sein.

Bern, Februar 2023 Sacha Zala

Inhaltsverzeichnis

7 **Vorwort des Reihenherausgebers**

11 **Einleitung**

13 **I Lebenslauf bis zum Beginn der diplomatischen Karriere**

19 **II Diplomatenschule (1973–1975)**

47 **III Kurzeinsatz in Bern (1975–1977)**

53 **IV Kolumbien (1977–1981)**

73 **V Die Botschaftsbesetzung in Bogotá (1980)**

97 **VI Chef der Sektion Amerikanische Interessen im Iran (1981–1982)**

115 **VII Chef der britischen Interessen im Falklandkrieg (1982–1985)**

137 **VIII Erster Mitarbeiter in Buenos Aires (1983–1985)**

145 **IX Bei der Schweizer OECD-Delegation in Paris (1985–1987)**

165 **X Vizedirektor der Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst (DVA) in Bern (1987–1992)**

179 **XI Botschafter in Venezuela (1992–2000)**

219 **XII Guyana und Surinam (1993–2000)**

233 **XIII Die Vielfalt der Karibik (1993–2000)**

243 **XIV Botschafter in Israel (2000–2004)**

317 **XV Botschafter und ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO in Paris (2004–2009)**

353 **XVI Persönlicher Vertreter des Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Frankophonie (2008–2009)**

359 **XVII Drei Monate Bern und anschliessende Pensionierung**

363 **XVIII Schlusswort**

Einleitung

In seinem Buch «A Middle East Mosaic» verweist der Meister der Geschichte des Orients, Bernard Lewis, auf eine alte Tradition, um aufzuzeigen, wie der Wahrheitsgehalt diplomatischer Berichte überprüft wird. Er zitiert dazu einen Text aus dem neunten Jahrhundert. Wenn der persische König einen neuen Botschafter ernennen wollte, wurde dieser zweifach erprobt. Er schickte ihn in einer ersten Phase als Emissär zu einem auswärtigen König. Vorgängig hatte der persische Herrscher aber einen Spion an jenen Hof entsandt, der die Arbeit und die Worte des Emissärs aufschreiben musste. Nach der Rückkehr der beiden wurden ihre Berichte verglichen. Stimmten sie überein, begann die zweite Prüfung. Der Kandidat wurde als Botschafter zu einem Feind geschickt. Auch für diese Mission wurde ein Spion berufen, der alles aufschreiben musste. Stimmten bei der Rückkehr beider die Informationen wiederum überein, wurde dem Botschafter vertraut und seine Texte galten als zuverlässig.

In den mehr als 1000 Jahren seit dieser Schilderung hat sich die Art der Überprüfung diplomatischer Texte natürlich entscheidend geändert, so dass ich mit gutem Gewissen sagen darf, Bern hat nie Spione eingesetzt, um meine Einsätze zu kontrollieren. Ich bemühte mich trotzdem, wahrheitsgetreu zu schreiben und hoffe, dies stimmt auch für diese Memoiren. Weit zurückliegende Erinnerungen können allerdings leicht trügerisch sein. Eine spätere Interpretation lässt das Vergangene gerne in einem anderen Licht erscheinen oder ist durchtränkt vom Gegenwärtigen, manchmal auch von der «Verschönerung» oder «Überhöhung».

Seit die Mutter unsere Aufsatzhefte der Primarschule aufbewahrte, lernte ich, dass Schriftliches eine wertvolle Gedächtnishilfe ist. Ich hielt mit mehr oder weniger Konsistenz wichtige Ereignisse und Reiseerfahrungen fest. Die «Quellen», worauf diese Memoiren beruhen, sind persönliche Briefe und Berichte sowie Dokumente aus meiner Karriere.

Ohne den Rat und die Hinweise von Bekannten wäre trotzdem vieles Stückwerk geblieben. Ich danke besonders Sacha Zala und Dominik Matter von der Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis). Sie vertrauten mir und gingen ein Wagnis ein. Ich wünsche, dass ich sie nicht enttäusche, denn es bedeutet mehr als eine Ehre, meine Memoiren in der von Dodis herausgegebenen Reihe *Quaderni di Dodis – memorie* abgedruckt zu finden. Beide Herren unterstützten mich auch bei meinen Forschungen im *Schweizerischen Bundesarchiv*, um fehlende Unterlagen über die Fremden Interessen einzusehen.

Grosse Unterstützung während meiner gesamten Karriere erhielt ich von meiner Gattin Gloria und unseren zwei Kindern, Pablo und Paloma. Ich widme ihnen darum dieses Buch. Meine Anerkennung richtet sich an alle Chefs sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die ich zählen konnte. Danken möchte

12 ich an dieser Stelle auch allen Sponsoren, namentlich Thomas Schmidheiny, dem Kanton Zug, der Gemeinde Unterägeri und der Bürgergemeinde Unterägeri. Ohne ihre finanzielle Unterstützung wäre die Publikation meiner Memoiren nicht möglich gewesen.

«Was willst du einmal werden?» – «Bauer und Bundesrat», antwortete ich meinem Vater im zarten Alter von sieben Jahren keck. Doch die Lebenswege waren zu verschlungen, um diese Kindervorstellung wahr werden zu lassen. Ich wurde auch nicht Priester, wie es meine Mutter erhofft hatte. Es war aber ihr Ehrgeiz, der meinen drei Jahre älteren Bruder Peter und mich dazu bewog, höhere Studien zu absolvieren.

Ich wurde am 8. März 1945 in Flums in der Villa Breitenmoser geboren. Mein Vater arbeitete als kleiner SBB-Beamter. Er interessierte sich für Geschichte und wusste voll Stolz zu berichten, dass im Schloss Sargans das Iten-Wappen prangte. Meine Mutter interessierte sich für Antiquitäten und Kunst. Ihr Grossvater, Joseph Gassner, war ein berühmter Maskenschnitzer gewesen. Ich «erbte» von meinen Eltern die Liebe zur Geschichte und Kunst.

Der Beruf meines Vaters bedingte Ortswechsel. Zuerst zügelten wir nach Oberriet im Rheintal, und als ich in die zweite Klasse kam, wurde mein Vater im Sommer 1953 als Chef der Güterexpedition nach Heerbrugg versetzt. Unser neuer Wohnort spiegelte den Umbruch, den unser Land nach 1945 erlebte. Heerbrugg zog wie ein Magnet Arbeitssuchende an. Die Bevölkerung der Schweiz, die bei Kriegsende ungefähr die Hälfte der heutigen Einwohner zählte, wuchs rasch an. Die Wirtschaft florierte und verzeichnete ein Wachstum, von dem wir heute nur träumen können.

Als SBB-Beamter erhielt mein Vater Freibillette für Italien. Wir reisten öfter dorthin, denn die Grossmutter mütterlicherseits war eine geborene Bellotto, und im Valsugana (Trentino) wohnte ihre Schwester. Die Eltern hatten Peter und mir versprochen, dass wir 1953 nach Venedig ans Meer fahren würden. Wie war ich aufgeregt, die Weite der Wassermassen zu sehen – viel mächtiger als der Bodensee! Wer weiss, vielleicht würde in der Ferne mit Glück ein riesiger Dampfer kreuzen, ähnlich der Titanic. Hohe Wellen würden an den Strand schlagen, wie ich es von Fotos kannte. Als wir in Venedig den Bahnhof Santa Lucia verliessen, sah das Meer dann jedoch ganz anders aus: Vaporetti und Transportkähne tuckerten auf einem breiten Kanal. «Aber das ist kein Meer!», rief ich enttäuscht und zupfte am Ärmel der Mutter. Der Vater hatte die rettende Idee: Er hielt mich dazu an, den Finger ins Wasser zu tauchen und davon zu kosten. Ich tat wie geheissen. «Ist es salzig?» Als ich bejahte, triumphierte er: «Da siehst du, wir sind am Meer!» Auf dem Markusplatz, wo Peter und ich die unzähligen Tauben fütterten, entsann sich unser Vater wieder, wie enttäuscht ich bei unserer Ankunft am Bahnhof wegen des Meeres gewesen war. Er schlug vor, ans «richtige» Meer überzusetzen. Am Strand des Lidos offenbarte sich mir die Wahrheit: Das Meer war so, wie ich es mir vorgestellt hatte. Weit entfernt berührten sich Wasser

Ernst Iten mit seinem älteren Bruder Peter auf dem Markusplatz in Venedig (Italien) im Sommer 1953. Privatarchiv Ernst Iten

und Himmel. Einzig die Wellen waren niedriger als erwartet und kein Dampfer pflügte die Adria.

Ein paar Jahre später, als ich in die sechste Klasse kam, wurden wir nach Flums versetzt, wo mein Vater zum Bahnhofvorstand avancierte. Die Eisenbahn hatte mich immer fasziniert. Wir wohnten im Bahnhofsgebäude, wo ich auf dem riesigen Estrich Platz für meine Märklin- und Buco-Züge fand. Flums war das Gegenteil von Heerbrugg: Von hier wanderten die Jungen aus. Von meiner Klasse mit 30 Schülern verdienten sich später über 80 Prozent ihren Unterhalt andernorts. Das Bild änderte sich jeweils im Winter, wenn Hunderte von Sportlern in das grösste Skigebiet der Ostschweiz kamen. Dann kündigte der Bahnhofvorstand Iten mit seiner schwarzen Mütze, die zwecks besserer Sichtbarkeit mit einem roten Überzug versehen war, über die Lautsprecheranlage die Reihenfolge der Züge an.

Der erste Schnellzug nach Zürich am späteren Sonntagnachmittag begann seine Reise nicht etwa in Chur, sondern in Flums. Wie grossartig war diese Winterzeit, wenn nicht wir in die weite Welt hinausmussten, sondern die Welt zu uns kam.

Die Gymnasialzeit an der Kantonsschule Chur begann im Herbst 1960. Weil ich in Flums an dem erforderlichen Lateinunterricht teilgenommen hatte, konnte ich die Aufnahmeprüfung für den Eintritt in die dritte Klasse machen. Die «Rechnung» meiner Eltern, dass ihr Sohn es schon schaffen würde, ging auf. Es wurde allerdings eine strenge Periode: Der Tag begann früh; um 6:03 Uhr musste ich den Zug nehmen und ich kehrte, je nach Pensum, um 18:00 Uhr oder noch später zurück. Ich war stark in Sprachen und in Geschichte und nahm zusätzlich zu den fünf obligatorischen Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch und Latein) sogar noch freiwillig Spanischstunden. Jener Kulturraum interessierte mich besonders. Das Lehrbuch «Mundo hispánico» entsprach mit seinen Texten und Zeichnungen meinen idealisierten Vorstellungen: Haziendas, Lasso schwingende Gauchos, Bandoleros, feurige Frauen, staubig-heisses Klima und wilde Corridas. Kurz: eine Welt à la Hemingway.

Wie alle Schulen fuhren auch wir von der Kanti 1964 an die Expo nach Lausanne. Ich war beeindruckt von den modernen Pavillons. Welcher Quantensprung gegenüber dem Heimatstil der Landi meiner Eltern von 1939! Die Expo zeigte die moderne Schweiz: offen und zukunftsgläubig, und diese Schweiz liebte ich. Ich füllte wie meine Kameraden den Fragebogen der Gulliver-Figur aus, des ersten Computers, den ich kennenlernte. Das gedruckte Blatt habe ich bis heute aufbewahrt. Ich gebe ein Fragespiel daraus wieder:

Gulliver: Kann man deiner Ansicht nach ein guter Schweizer sein, obwohl man die traditionellen Werte infrage stellt? – Meine Antwort: Ja.

1965 bestand ich die Maturaprüfung. Ich war froh, die Kanti verlassen zu können. Es waren fünf strenge Jahre gewesen. Die Zuneigung zu Graubünden aber blieb. Ich liebte diesen vielfältigen Kanton, der ein Bindeglied zwischen dem alemannischen Norden und dem lateinischen Süden bildete. Der Roman «Jürg Jenatsch» von Conrad Ferdinand Meyer, der in Chur zur Pflichtlektüre gehörte, hinterliess bei mir einen prägenden Eindruck.

Eigentlich wollte ich an der Universität Zürich Geschichte oder Kulturgeschichte studieren. Meine Eltern rieten mir, klug zu überlegen, welche Fakultät ich wählte: «Geschichte ist gut und interessant. Aber was machst du nach der Uni? Du kannst entweder Professor werden oder Journalist. Ich rate dir zum Jus-Studium. Dann kannst du später alles machen – und in der Freizeit sogar der Geschichte frönen», meinte mein Vater. Nicht ohne Zögern folgte ich seinem Rat – und habe dies rückblickend nie bereut.

Zu meiner Zeit war die Universität noch kein Massenbetrieb wie heute. Die studentische Freiheit wurde grossgeschrieben, und ich genoss die Grosszügigkeit der Alma Mater.

Die Generation meiner Eltern hatte die entbehrungsreichen Kriegsjahre erlebt. Sie strebte nach 1945 eine materielle Besserstellung an, was ihr auch gelang. Diese «eindimensionale» Ausrichtung hatte ihre Schattenseite: An autoritäres Gehabe gewöhnt, beargwöhnte sie Kritik und lehnte Neues meist ab. Zürich offenbarte diesen Zeitgeist deutlich und kannte intolerante Züge. Ordnung musste sein, nicht

nur in der vom mächtigen Frauenverein beeinflussten Mädchenschule neben dem «Pfauen». Wilde Ehen waren verboten. Wer im Konkubinat leben wollte, musste ins aargauische Spreitenbach. Dort schossen die Hochhäuser gleich reihenweise aus dem Boden, allerdings nicht nur wegen der wilden Ehen. Lange Haare oder Pilzköpfe im Stile der Beatles waren verpönt oder schlossen Bewerber von einer Liste aus. Die Frisuren der jungen Männer sollten möglichst so sein, wie sie das Militär verlangte. Miniröcke? Das fehlte noch! 1967 kam es deswegen zu einer Polemik. Schülerinnen der Gewerbeschule wollten gegen das «Korsett» der Mütter protestieren und zogen vor das Café Odeon. Beim Betreten des Lokals wurden sie angepöbelt. Der Wirt schritt nicht ein. Er hatte offenbar vergessen, dass sein Café früher viel radikaleren Gästen wie Lenin oder den Gründern des Dada-Stils Platz geboten hatte und dass betuchte Herren im oberen Stockwerk bei Stripteasevorführungen noch viel mehr gesehen hatten als lange Beine. Das «Korsett» der Mütter und die «Uniform» der Väter wurden aber noch viel grundsätzlicher «bedroht»: Die seit Kurzem erhältliche Pille war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Emanzipation der Frau. An der Uni war für mich die Zeit der «freien Liebe» gekommen. Um meine anerzogene Scheu zu überwinden, lud ich eine künftige «Freundin» in die spanische Weinhalle im Niederdorf ein. Im ersten Stock dieser Bodega Española, bei einem Gericht wie Langostinos al Ajillo und einer Flasche weissen Penedés, löste sich die Hemmung und mein Redefluss setzte ein. Ich ging später nie mehr allein in meine Dachkammer an der Universitätsstrasse 65 …

Die gesellschaftliche Fassade war brüchig geworden. Wir Jungen, gross geworden in der Hochkonjunktur, hinterfragten die Strukturen. Wir vermissten ideelle Werte und forderten eine stärkere soziale Gerechtigkeit gegenüber den Schwachen. Ich diskutierte gesellschaftliche Fragen mehr als einmal mit meinem Kommilitonen Moritz Leuenberger, dem späteren Bundesrat. Seine Bestrebungen waren auf schrittweise umzusetzende Reformen ausgerichtet. Die Sozialdemokratische Partei (SP) war für ihn mit ihrer eingespielten Infrastruktur für eine Veränderung der Schweiz tauglicher als die Gründung einer neuen Partei oder der ausserparlamentarische Weg. Das bewog ihn, ihr beizutreten. Mir war diese Partei zu systemkonform, zu wenig grundsätzlich. Ich sah mich viel weiter links.

Das Gären der Jugend war kein Schweizer Sonderfall. Weltweit gab es Jugendrevolten, Happenings, Teach-ins, Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg oder den Imperialismus. Selbst hinter dem Eisernen Vorhang rumorte es, wie ich bei einer Reise nach Prag im Herbst 1967 selbst erlebte. In Zürich kam es 1968 zum Globus-Krawall. Obwohl ich viele Sympathien für die «68er» hatte, lehnte ich Gewalt zum Erreichen politischer Ziele ab. Ich hatte mich schon früher entschieden, mit anderen Mitteln etwas bewegen zu wollen. Als mich mein Freund Viktor Lieber 1966 fragte, ob ich beim Studententheater mitmachen wollte, sagte ich sofort zu. Für mich war Theater ein Mittel zum Bewusstmachen gesellschaftlicher Zustände. Die Wirklichkeit des Theatermachens war aber viel prosaischer. Die Fluktuation der Mitglieder war enorm; nur etwa zwölf hielten durch. Trotzdem erreichten wir in unserem «eigenen» Theater, das uns die Uni an der Rämistrasse provisorisch zur Verfügung gestellt hatte, 1969/70 einen durchschlagenden Erfolg mit dem Stück «Katzelmacher» von Rainer Werner Fassbinder. Regie führte Jean Grädel, der gleichzeitig als Regisseur am Neumarkt wirkte. Wir übersetzten ge-

Studententheater der Universität Zürich 1969/70: Ernst Iten als «Tschingg» im gleichnamigen Stück. Privatarchiv Ernst Iten

meinsam das für einen Film vorgesehene Spiel mit 40 Szenen ins Schwyzertütsch und betitelten es mit dem Schimpfwort für italienische Gastarbeiter: «Tschingg». Es handelte vom Fremdenhass, einem brandaktuellen Thema am Vorabend der von James Schwarzenbach lancierten Überfremdungsinitiative. Wir waren gegen dieses Vorhaben. Die Schweiz verdankte den Gastarbeitern einen grossen Teil ihres Wohlstandes. Wir wollten eine offene, menschenfreundliche Schweiz. Mir fiel die Rolle des «Tschingg» zu. Im Stück spielte ich allerdings keinen Italiener, wie es der Titel nahelegte, sondern «en Griech us Griecheland». Für die Inszenierung benutzte Jean Grädel die Schnittmethoden des Films. Sämtliche Schauspieler sassen im Hintergrund auf Hockern und traten lediglich für ihre jeweilige Szene nach vorne. Der Dialekt und die sparsame Ausrüstung – ein Tisch mit ein paar Stühlen – sollten die Zuschauer dazu bringen, sich voll auf die kurzen, einpräg-

samen Episoden zu konzentrieren. Publikum und Presse waren begeistert. Der *Tagesanzeiger* und die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* lobten die Aufführung. *Die Tat* schrieb, dass die Zürcher Studenten durch den Mut zum Dialekt bisher ungeahnte spielerische Möglichkeiten gefunden hätten: «[…] es ist wie ein Schlag ins Gesicht, man traut erst seinen Ohren nicht und fühlt sich dann betroffen – so direkt betroffen wie vielleicht noch nie im Theater, denn man sieht sich plötzlich in seiner ganzen Hässlichkeit ins Rampenlicht gezerrt.» Nebst Aufführungen in unserem Kellertheater traten wir in Baden, Bern, Freiburg und im Burgbachkeller in Zug auf. Die Kantonsschule meines Heimatkantons hatte eigens ein Flugblatt verfasst, das ironisch auf die vergangenen Unruhen hinwies: «Die bösen, bösen Studenten: Jetzt machen sie nicht nur Theater, jetzt spielen sie auch.» In Zug erlebte ich – sicherlich unfreiwillig – den grössten persönlichen Erfolg. Ganz im Stile der «68er» setzten wir uns nach der Aufführung an den Bühnenrand, um mit dem Publikum zu diskutieren. Eine ältere Dame, bewegt vom Stück, fragte mich in gebrochenem Hochdeutsch, wie ich den Fremdenhass hier anfänglich empfunden hätte. Ich antwortete ihr im Dialekt, worauf sie auf Zugertütsch bemerkte: «I han gär nit gwüsst, dass Sie Schwizer sind.»

Das Jus-Studium schloss ich in der Minimalzeit ab und begann auf Wunsch meines Vaters das einjährige Praktikum für das Anwaltspatent in Zug. Dort fing ich auch an, meine Dissertation zu schreiben. Ich wollte aber mein eigenes Geld verdienen. Es war zum Glück ein Leichtes, eine Stelle zu finden. Gleich mein erstes Bewerbungsschreiben wurde positiv beantwortet. Noch bevor ich die Dissertation fertiggestellt hatte, begann ich im Januar 1972 bei der Justizdirektion des Kantons Schaffhausen zu arbeiten. Als Justizsekretär war ich die rechte Hand von Regierungsrat Kurt Waldvogel, bekleidete also die Stelle eines «höheren» Beamten. Das Tätigkeitsgebiet war ganz neu für mich, und es reizte mich, für die Exekutive Schaffhausens zu wirken. Der Magistrat zollte dem jungen Iten Respekt, und ich achtete ihn als Chef.

Nach der Anwalts- und Gerichtspraxis hatte ich mit der Arbeit für Schaffhausens Exekutive die «Trias» der juristischen Erfahrungen gesammelt. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start als Anwalt waren damit erfüllt. Und dennoch spürte ich eine innere Unruhe, einen Drang hinaus in die weite Welt. Wie verbindet man diesen Wunsch mit dem Interesse für Politik?, fragte ich mich. Gab es eine Lösung in der Schweiz? Ich bewarb mich für den Concours diplomatique.

II Diplomatenschule (1973–1975)

Der Concours diplomatique

Diplomat sein will gelernt sein, und wie bei anderen Berufen gibt es auch gegenüber Diplomaten Vorurteile. Aber mein Vater überraschte mich dennoch mit seinem Einwand, als ich ihm Mitte Februar 1973 mitteilte, das Eidgenössische Politische Departement (EPD), wie das Aussenministerium damals hiess, habe mich in den diplomatischen Dienst aufgenommen: «An der Universität warst du ein Linker, und jetzt willst du für das Grosskapital arbeiten.» Ich hatte eine andere Reaktion erwartet – Freude, Stolz, Ermunterung. Der Empfang im Elternhaus, im Bahnhof Flums, war alles andere als festlich. Zweifel und Fragen prägten die Stimmung. Ich war erstaunt und entgegnete trotzig: «Und du als Stationsvorstand ermöglichst beim Durchlassen der schweren Transitgüterzüge, dass die Kapitalisten Geld verdienen. Wir sitzen alle im gleichen Boot.» Erst viel später merkte ich, dass mein Vater mit dem Einwand seine Ängste rationalisiert hatte. Er war hin- und hergerissen zwischen der Vorsicht, die ihn stets charakterisierte, und dem Stolz, dass es «sein Bub» geschafft hatte, in den auserlesenen Zirkel der Diplomatie aufgenommen zu werden. Meine Mutter sorgte sich wie alle Mütter: «Achte darauf, dass sie dich nicht in die schlimmsten, unruhigsten Länder schicken oder in Staaten, deren gesundheitliche Versorgung mangelhaft und in denen das Essen rar ist.»

Die Nüchternheit im Elternhaus war für mich umso erstaunlicher, als Vater und Mutter ein paar Monate zuvor nicht genug hatten tun können, um meinen Doktortitel beider Rechte der Universität Zürich zu feiern. Freunde und Verwandte wurden zu einem Abendessen im Hotel Bahnhof eingeladen. Selbst die Presse wurde informiert und berichtete am anderen Morgen. Und jetzt? Statt Gratulation und Frohlocken Mahnungen, gerade so, als ob ich etwas Schlechtes oder Zweifelhaftes getan hätte. Die Ängste der Eltern drückten aus, was als Haltung in der Schweiz weitverbreitet war: sich nicht zu sehr hinauszulehnen, «den Zaun nicht zu weit zu machen», wie es der von meiner Mutter verehrte Bruder Klaus geraten hatte. Jurist sein war etwas Bekanntes, Handgreifliches, dem Achtung gebührte. Die Diplomatie war demgegenüber etwas Fremdes, das mit geschliffenen Worten und «Verstellung» zu tun hatte, etwas für die Oberen und vor allem für böse, fremde Mächte. Die Eltern schwankten darum zwischen Stolz und der Furcht, den Sohn zu verlieren.

Die Überlegungen meiner Eltern waren nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. «Es ist schon so, dass bis vor relativ kurzer Zeit die schweizerische Diplomatie in der Hauptsache ein Reservat der Angehörigen vornehmer und reicher Familien war», hatte nach dem Zweiten Weltkrieg der Spitzendiplo-

mat Walter Stucki erklärt. Verschiedene Parlamentarier verlangten darum eine Demokratisierung des Korps, der Bundesrat Max Petitpierre 1955 nachkam: Ein Concours diplomatique sollte den Einstieg der Kandidaten filtern und der anschliessende Stage sollte zu einer Professionalisierung der Ausbildung führen. Eine Kommission erhielt die Aufgabe, dem Departementschef jene Bewerber vorzuschlagen, die für die Besonderheiten des diplomatischen Dienstes am besten geeignet waren. Da es sich um einen Concours handelte, war nur eine einmalige Teilnahme möglich. Die Entlohnung konnte mit der Privatindustrie konkurrieren. Zur Aufnahmeprüfung wurde zugelassen, wer das schweizerische Bürgerrecht besass, einen Hochschulabschluss aufwies, einen unbescholtenen Leumund vorzeigen konnte und nicht über 30 Jahre alt war.

Der Concours 1973 begann im Januar. Das EPD hatte vorgängig intensiv Werbung betrieben, denn in der damaligen Hochkonjunktur waren junge Akademiker gefragt. Der Erfolg blieb nicht aus; mehr als 30 Kandidaten bewarben sich. In der Regel wurden aber weniger als zehn aufgenommen. Das Auswahlverfahren bestand aus mündlichen und schriftlichen Eignungsprüfungen. Alle Bewerber erschienen in fein gebügelten Anzügen und mit gut gebundenen Krawatten. Die einzige Kandidatin trug ein schlichtes, elegantes Deuxpièces. Wir waren eine buntgemischte Gruppe aus dem ganzen Land. Dabei fiel mir auf, wie regional wir Schweizer in der Regel denken. Die Deutschschweizer sehen die deutschsprachigen Kantone, die Romands die Westschweiz und die Tessiner ihren Kanton, wobei sie leicht die italienischsprachigen Täler Graubündens vergessen. Die Zeitungen und vor allem das Fernsehen verstärken mit ihren Reportagen diese regionale Sichtweise bis heute.

Ungefähr 40 Prozent der Kandidaten waren Westschweizer. Sie redeten so viel und so laut, dass man glauben konnte, sie stellten die Mehrheit. Die Genfer und die Waadtländer überboten sich dabei gegenseitig mit Hinweisen auf ihre grossen Denker, als ob wir noch im 18. Jahrhundert, zur Zeit der Aufklärung, lebten. Die Bewerber aus der Calvinstadt beriefen sich natürlich auf Jean-Jacques Rousseau, die Lausanner auf Frédéric-César de la Harpe und Benjamin Constant. «Aber wir haben dann noch Madame de Staël», wagte sich die einzige Bewerberin, Sylvie, zu Wort. Wollten sie mit den Hinweisen auf diese Persönlichkeiten das eigene Prüfungsfieber bändigen? Und wie sahen sie die Deutschschweizer? Vorurteile konnten nicht ausbleiben. Wir wurden generell nach unserer wirtschaftlichen Stärke beurteilt, analog zum Diskurs in Frankreich, wo die Finesse und die Politik zu Paris gehörten, während *outre Rhin* die Wirtschaftsbosse um Marktanteile stritten. Das Bild in der Schweiz sah entsprechend aus: Die Zürcher galten als geschäftstüchtig und als pfiffige Bankiers («Gnomen» wurden sie damals von den Briten genannt), die Basler erhielten das Prädikat «kulturbeflissen», während den Bernern allgemein Respekt gezollt wurde. Der Rest gehörte zur *Suisse primitive,* wobei bewusst offengelassen wurde, ob sich das Adjektiv «primitive» auf das Ursprüngliche oder das Primitive bezog. Und wie sahen wir Deutschschweizer unsere Mitbewerber aus der Romandie? Uns beeindruckte die lateinische Redekunst. Wir vermissten allerdings den Blick in die Zukunft. Erstaunt war ich ob der Gegensätze zwischen Genfern und Waadtländern und der Geringachtung der wirtschaftlichen Stärke der westlichen Regionen. Der Jura war ein weltführender

21 Produzent von Uhren; Genf besass herausragende Industrien von Riechstoffen bis zur Metallverarbeitung, und der Bankenplatz stand nicht weit hinter Zürich. Die Waadt produzierte edle Weine, kannte erstklassige Hochschulen und war mit Vevey Standort des weltweit führenden Nahrungsmittelkonzerns Nestlé.

Im Gegensatz zu vielen Kandidaten blieb ich während der Prüfungen gelassen. Ich kam nicht direkt von der Hochschule; ich hatte in Zug mein Anwaltspatent gemacht und bekleidete seit einem guten Jahr den Chefposten des Justizsekretärs beim Regierungsrat von Schaffhausen. Ich hatte meinen Beruf und würde nicht vor dem Nichts stehen, wenn der Concours nicht gelingen sollte.

Die Bewerbungssitzungen respektive Eignungsprüfungen an der Eigerstrasse 73 umfassten Sprachen, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft. Die Büros respektive Besprechungszimmer waren alle langweilig grau gestrichen. Grau waren die Serienpulte, Tische und Stühle, grau war der Boden. Die einzigen bunten Tupfer: Manchmal zierte eine Familienfarbfotografie oder eine blass-rötliche Geranie ein Pult als Überbleibsel eines abwesenden Beamten, der seinen Arbeitsplatz zur Verfügung hatte stellen müssen. Das generelle Eignungsgespräch vor versammelter Kommission war spartanisch organisiert. Das Gremium sass hinter zwei Tischen mit dem Rücken zur Fensterreihe. Vor sich hatte es die Bewerberdossiers liegen. Ich nahm auf einem allein in der Mitte des Raumes stehenden Stuhl Platz. Die Absicht der Inszenierung war offensichtlich: Die Gesichter der neun Kommissionsmitglieder konnten im Gegenlicht nur erahnt werden, während der Bewerber voll ausgeleuchtet war und seine Regungen genau beobachtet werden konnten. Kurz: Ich sass zur vollen Einsicht da. Wie zu erwarten lautete die erste Frage, warum ich Diplomat werden wollte. Mich bewogen zwei Motive: das Interesse an der Politik und die Möglichkeit, andere Völker und Kulturen kennenzulernen. Es sei üblich, fuhr die Kommission fort, als Diplomat im Laufe einer Karriere mindestens einen Posten in der Dritten Welt zu bekleiden. Bonn, Paris, London, Rom oder Washington seien ja nicht immer frei und zudem sehr begehrt. Welchen der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika würde ich vorziehen? Ich nannte ohne zu zögern Südamerika. Als Begründung gab ich an, die drei tropischen Kontinente hätten ganz unterschiedlich auf die europäische Dominanz und Kultur reagiert. Lateinamerika weise als einziger Kontinent eine starke okzidentale Akkulturation auf, sei es in den Sprachen (Spanisch und Portugiesisch), in der Religion und Kunst oder in der Wirtschaftsproduktion durch das System der Importsubstitution. Letzteres, also das Erzeugen eigener Fabrikate anstelle eingeführter Produkte, sei nur möglich geworden, weil die Bevölkerung in weiten Teilen entsprechend geschult und ausgebildet war. Das Gremium inspizierte daraufhin meinen Lebenslauf: «Sie sind Jurist und arbeiten für eine kantonale Regierung. Gefällt es Ihnen dort nicht mehr?» Ich erwiderte, die Rechtswissenschaft sei eine sehr gute Basis für viele Berufe. Sie sei sogar ein wertvolles Arbeitsmittel, wenn einer einen Rechtsstaat vertreten wolle. Diplomat sein sei für mich also keine Entfremdung von meinem Studium. Die Befragung dauerte beinahe eine halbe Stunde.

Welches Gefühl hatte ich nach dem Concours? Ich war zuversichtlich, dass meine Allgemeinbildung und die Gelassenheit gut angekommen waren. Falls es nicht klappen würde, müsste ich mir später nicht vorwerfen, es nicht versucht

zu haben. Das Ausland, das Neue, reizte mich zu sehr und – das hatte ich der Kommission natürlich verschwiegen – ich empfand vieles in der Schweiz als etwas kleinkariert. Ungeduldig erwartete ich in der Folge jeden Abend in Schaffhausen den Brief aus Bern. Endlich, nach drei langen Wochen, war er da und ich öffnete ihn sofort. Jetzt wird dein Lebenslauf entschieden, dachte ich. Das EPD teilte mir mit, dass die Kommission mich dem Departementschef zur Aufnahme empfohlen und dieser zugestimmt habe. Welche Erleichterung, welche Freude, welches Hochgefühl! Natürlich mussten es alle erfahren: zuerst die Eltern, mein Bruder, die Freunde und am nächsten Morgen sofort meine Kollegen und mein Chef, Regierungsrat Kurt Waldvogel, der ein vorteilhaftes Empfehlungsschreiben ans EPD geschickt hatte. Er gratulierte herzlich, bedauerte aber einmal mehr, dass ich Schaffhausen nun verlassen müsse. Ich lud ihn und das gesamte Büro zu einem Abschiedsessen ein. Ich bedankte mich für die fruchtbare Zusammenarbeit und die Einsicht in die Regierungstätigkeit, die mir gewährt worden war. Darüber hinaus schilderte ich, dass mich Schaffhausen in unerwarteter Weise beeindruckt habe. Ich sei von Zug hierhergezogen, und Schweizer zu sein in jenem Kanton, der im Herzen unseres Landes liege und zu den acht alten Orten gehöre, sei sozusagen etwas Selbstverständliches. Dies könne aber auch zu einer gewissen Selbstgenügsamkeit führen. Ganz anders hätte ich Schaffhausen wahrgenommen; schon die Anreise habe mir bewusst gemacht: wer den Rhein überquert, verlässt das helvetische «Stammland». Dies und die Kleinheit Schaffhausens trügen dazu bei, dass der Kanton im Bewusstsein vieler Schweizer nicht präsent sei. Hier in Schaffhausen hätte ich umgekehrt viele angetroffen, die glaubten, sich als Schweizer beweisen zu müssen. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, so führte ich weiter aus, hätten Spuren hinterlassen. Die Randlage und der nördliche Einfluss hätten wesentlich zu einem politisch wachen Leben beigetragen – die hohen Beteiligungen bei den Urnengängen belegten dies. Als dritte Komponente nannte ich die starke Industrialisierung, die zu einer selbstbewussten Arbeiterschaft geführt und hochgeachtete politische Köpfe generiert habe wie etwa Nationalrat Walter Bringolf. Vor lauter Stadt Schaffhausen dürfe aber auch die umliegende Landschaft nicht vergessen werden, die nicht nur den saftig-fruchtigen Hallauer Beerliwein produziere, sondern auch tolerante und weitsichtige Politiker hervorgebracht habe – wie den anwesenden Regierungsrat Waldvogel. Ich dankte Letzterem für das stetige Verständnis für meine Arbeit. Der Chef, der so viel Lob schmunzelnd abwehrte, dankte seinerseits für die wertvolle Zusammenarbeit und bemerkte feinsinnig: «Damit Sie uns in der fernen Welt nicht vergessen, überreiche ich Ihnen das Buch ‹Schaffhausen›, gezeichnet von Jacques Schedler.»

Stage in Bern

Von den über 30 Bewerbern erschienen Anfang Mai 16 Stagiaires, darunter die einzige Frau, Sylvie. Ein wichtiger Grund für die geringe Zahl von Frauen war das damals noch weitverbreitete Familienbild. Einen «Prinzgemahl» zu finden, der mit einer Diplomatin die Welt bereiste, war alles andere als einfach. Die Stellung der Frau hat sich seither zum Glück verändert.

23 Die Stimmung unter uns 16 war jetzt ganz anders: statt Nervenproben gegenseitiges Schulterklopfen. Die soziale Zusammensetzung entsprach allerdings nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Ich erkannte nur drei «Proletarier» wie mich. Die Mehrheit entstammte grossbürgerlichen und adligen Familien, gerade so, als ob die Wirklichkeit den Bemühungen eines Stucki oder Petitpierres widersprechen wollte. Wie äusserte sich die grossbürgerliche Mentalität jener Stagiaires? Sie trachteten danach, unter keinen Umständen negativ aufzufallen oder etwas zu kritisieren. Leider beschränkten sie diese Bemühungen nicht nur auf sich selbst, auch die anderen sollten sich daran halten. Einzig erstklassige Kleider und Accessoires kamen infrage. Ich erinnere mich an einen Spaziergang in Bern mit einem Kollegen, der mir nur jene Geschäfte zeigte, in denen die Crème der Gesellschaft einkaufte. Wichtig war ihm, dass Ledertaschen ein gut sichtbares Hufeisensignet aufwiesen. «Wenn du mit einer solchen Tasche in ein Hotel kommst, wirst du sofort anders behandelt. Das Hufeisen ist die Visitenkarte.» Wie hatte doch Gottfried Keller geschrieben: Kleider machen Leute …

Der Stagevater war Erik Lang, ein strammer und humorvoller Genfer. Er erklärte uns die Abläufe. Die Ausbildung dauerte zwei Jahre; nach sechs Monaten Bern sollte es für ein halbes Jahr nach Genf ans Institut de Hautes Études Internationales gehen und dann für zwölf Monate auf eine Botschaft. Hier in Bern waren gemeinsame Lehrstunden vorgesehen, die übrige Zeit würden wir individuell in den uns zugeteilten Dienststellen verbringen, sodass wir *on the spot* das Metier erlernten, um später die schweizerischen Interessen vertreten zu können.

Ich wurde für drei Monate zusammen mit Rudolf (Rudi) Schaller aus Basel, dessen Vater einst Bundesratskandidat der Freisinnigen gewesen war, zur Völkerrechtsdirektion geschickt. Mein Büro befand sich im Bundeshaus West im obersten Stock mit abgeschrägter Decke. Licht fiel nur durch eine Dachluke herein, sodass ich fast durchgehend die Neonlampe eingeschaltet hatte. Die Cafeteria befand sich dafür gleich um die Ecke. Der Direktor der Völkerrechtsdirektion, Botschafter Emanuel Diez, hiess Rudi und mich willkommen. Die freundliche und kollegiale Aufnahme beeindruckte mich. Im Gegensatz zu den grossbürgerlichen Kollegen scherzte er: «Der Diplomatenberuf ist ein exhibitionistischer Beruf. Genauso wie eine Striptease-Tänzerin, die sich auf der Bühne kunstgerecht enthüllen soll und dabei Hemmungen hat, sich für diesen Beruf nicht eignet, genauso wenig ist derjenige ein guter Diplomat, der introvertiert ist.» Botschafter Diez widersprach dem als Witz verbreiteten Klischee, dem zufolge sich der Schweizer Diplomat dadurch auszeichne, dass er in vier Sprachen schweigen könne.

Unsere Aussenpolitik war damals durch das sogenannte monistische Ziel definiert, also die Verteidigung der Unabhängigkeit. Das Mittel dazu war die Neutralität. Langsam kam aber Bewegung in diese Vorstellung. Die Aussenpolitik begann sich vorsichtig zu öffnen. Die Völkerrechtsdirektion spielte dabei eine prominente Rolle. Unser Land nahm trotz Widerständen traditioneller politischer Kreise, deren Leitmotiv lautete, die beste Aussenpolitik sei, keine Aussenpolitik zu haben, an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teil. Das EPD hatte schon im Vorjahr festgehalten, dass ein Abseitsstehen den fundamentalen Regeln der politischen Neutralität und Sicherheit, Offenheit und Zusammenarbeit widerspräche. Es wäre effektiv unverständlich gewesen, nicht mitzuziehen,

wenn alle Ländervertreter von Moskau bis Lissabon sich in Helsinki trafen. Der Entscheid war richtig. In der Zeit des Kalten Krieges hatten beide Blöcke ein je eigenes Hauptanliegen. Die UdSSR wollte die 1945 geschaffenen Grenzen anerkannt haben, der Westen trat für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Dieses Eintreten trug Jahre später Früchte, als der Einsatz für die Menschenrechte und das mit ihnen verbundene Recht auf freie Bewegung und Meinungsäusserung den eisernen Griff des Sowjetblocks lockerten und schliesslich sprengten. Federführend im EPD für diese entscheidenden Schritte war deren Rechtsberater, Botschafter Rudolf Bindschedler. Er leitete die schweizerische Delegation an der Folgekonferenz in Genf. Unser Land bekundete mit dieser Ernennung die Bedeutung, die es dem von Bindschedler erarbeiteten Vorschlag für eine friedliche Streiterledigung beimass. Diese Initiative war als ein Denkansatz und Zusatz zum kollektiven Sicherheitssystem gedacht, wie es die UNO festhielt. Das von Bindschedler verfochtene Obligatorium wurde allerdings nicht angenommen, weil beide Blöcke im Schweizer Vorschlag ein politisches Instrument sahen, das die eigene Machtstellung bedrohen könne. Der stellvertretende Delegationsleiter, Edouard Brunner, der später Staatssekretär wurde, hielt als Pragmatiker fest: «Dans le monde de la guerre froide, on ne règle pas les problèmes importants sur la base du droit.»

Von den drei Monaten in der Völkerrechtsdirektion blieben mir vor allem die Arbeitsabläufe in Erinnerung. Während wir in Schaffhausen auf kantonaler Ebene die Tendenz hatten, möglichst nichts zu übernehmen, was nicht unmittelbar in die zugeteilte Direktionsarbeit fiel, so sah ich, dass im EPD die Mitarbeiter sich beinahe darum stritten, bei möglichst vielen Entscheiden angehört zu werden. Kompetenzstreitigkeiten waren keine Ausnahme. Die Völkerrechtsdirektion, und dies war ein weiterer, bleibender Eindruck, hatte eine Art Aufsichtsfunktion über unsere Aussenpolitik. Sie kontrollierte, ob die Vorlagen an den Bundesrat, die grundsätzlichen Papiere an unsere Missionen im Ausland oder die Noten an ausländische Botschaften nicht einen Völkerrechtsvertrag oder andere bindende Verpflichtungen verletzten. Und vor allem wurde geprüft, ob die Texte mit unserer Neutralität vereinbar waren.

Das EPD legte Wert darauf, dass die Ausbildung möglichst umfassend und vielseitig war. Im Sommer durften wir zwei Stagiaires von der Völkerrechtsdirektion vom 23. Juli bis zum 11. August an ein Seminar am Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Die Spezialisten des Völkerrechts im Friedenspalast scheuten sich nicht, politische Fragen unter der Perspektive des Völkerrechtes zu analysieren. Insbesondere die Kolonialpolitik der Europäer wurde deutlich kritisiert. Ich möchte auf eine dort gelernte Lektion näher eingehen. Die ersten «Kolonialherren» waren die Spanier; sie waren es aber auch, die als Erste die Unterdrückung der Ureinwohner kritisierten und Regeln im Umgang mit ihnen aufstellten wie etwa Bartolomé de Las Casas. Führende Köpfe wie Francisco de Vitoria gingen noch weiter. Letzterer stipulierte, dass es neben dem «nationalen» Recht eine höhere juristische Ordnung gebe: den *totus orbis.* Dieser existierte in seinen Augen unabhängig von der Religion und galt folglich auch für die Indigenen. Mit anderen Worten: Das Völkerrecht stand ihm zufolge über dem nationalen Recht, denn die Staaten mussten nicht nur ihre eigenen Interessen verteidigen, sondern nötigenfalls auch jene der Völkergemeinschaft. Diese im 16. Jahrhundert aufgestellte Theorie gilt seither generell,

ausser für jene Politiker, die dem Landesrecht den absoluten Vorrang einräumen wollen. Botschafter Diez, mit dem Rudi und ich nach unserer Rückkehr das Seminar besprachen, verdeutlichte, dass es im Interesse eines Kleinstaates wie der Schweiz sei, wenn das Völkerrecht bindende Wirkung zeige. Wer dies nicht anerkenne, ebne den Weg für die Gewaltherrschaft oder, mit anderen Worten, für den «Darwinismus», bei dem die Grossen die Kleinen fressen.

Nach drei Monaten in der Völkerrechtsdirektion wurde ich der Handelsabteilung, dem heutigen Staatsekretariat für Wirtschaft (SECO), zugeteilt. Ich wechselte also vom Bundeshaus West ins Bundeshaus Ost. «Sie haben Glück! Die beste Karriere macht ein Diplomat bei uns.» Mit diesen Worten begrüsste mich stolz der Sektionschef für Nord- und Südamerika. Er hatte recht, mindestens zu jener Zeit. Im Jahr zuvor hatte Botschafter Paul Jolles, der von vielen wie ein achter Bundesrat angesehen wurde, den wichtigen Freihandelsvertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Vorläufer der Europäischen Union (EU), ausgehandelt, der in der Volksabstimmung eine grosse Mehrheit fand. Mit der wachsenden Bedeutung der Europafragen schwand aber das überragende Gewicht der Handelsabteilung. Eines der Sprungbretter wurde das Integrationsbüro, dass sowohl zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) als auch zum Volkswirtschaftsdepartement (EVD) gehört.

Politisch war die Schweiz neutral, wirtschaftlich hingegen klar kapitalistisch. Dies sah ich deutlich, als der Sektionschef mir das System des *Coordinating Committee on Multilateral Export Controls* (CoCom) erklärte. Obwohl unser Land nicht Mitglied des Komitees war, wandte es die Bestimmungen des CoCom an, wonach sensible Technologien für militärisch wichtige Waren nicht in den Ostblock gelangen sollten. Ohne eine solche «Selbstkontrolle» beim Export hätten wir grosse Probleme im Handel mit den USA und wahrscheinlich auch mit anderen westlichen Verbündeten, machte der Sektionschef deutlich.

Die Unterscheidung von verflochtener Aussenwirtschaft und neutraler Aussenpolitik stiess innenpolitisch auf eine breite Zustimmung. Auf dieser Trennung basierte ebenfalls die Haltung der Schweiz gegenüber multilateralen Organisationen. Wo es sich um Spezialorganisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT; ein Vorläufer der Welthandelsorganisation) handelte, war eine Mitgliedschaft möglich, ja erwünscht, weil solche Organisationen als apolitisch galten und sich nur mit technischen Fragen befassten. Ging es hingegen um politische Organisationen wie etwa die UNO, stiess eine Mitgliedschaft auf erbitterten Widerstand. Spuren dieser Trennung finden sich bis heute.

Politik ist etwas Lebendiges, Axiome wie die künstliche Trennung von abgeschotteter Aussenpolitik und verflochtenem Aussenhandel hingegen sind etwas Starres. Sie müssen daher hinterfragt und je nach Befund angepasst werden. Wie wenig die Trennung in der Praxis stimmte, zeigte mir der Sturz Salvador Allendes, des Präsidenten von Chile. Mein Chef in der Handelsabteilung, der eigentlich apolitische Dossiers verwalten sollte, war in dieser Frage politisch sehr engagiert. Beim Militärputsch im September 1973 gegen Allende ging es um mehr als nur um Chile. Jene linke Regierung war für ihn ein trojanisches Pferd des Kommunismus zur Eroberung ganz Südamerikas: «Hitler wurde auch demokratisch

gewählt, doch beerdigte er die Weimarer Republik mit Blut und legte die Welt in Schutt und Asche.» Allende war ihm zufolge auf dem besten Weg, die Wirtschaft zu sozialisieren und zu verstaatlichen. Trotz aller bedauerlichen Menschenopfer habe der Putsch das Land vor einem Kollaps gerettet. Diese Haltung, die von vielen in der Schweiz geteilt wurde, war nicht neutral und musste es als Gesinnung auch nicht sein. Hingegen belegte mir dieser Fall, wie verflochten Politik und Wirtschaft wirklich waren.

Ein wichtiges Arbeitsinstrument sind die diplomatischen Noten. Sie werden in der Regel in Form der Verbalnoten abgefasst. Gebraucht werden sie primär in der Korrespondenz der Botschaften mit den Ministerien. Selbst Verträge können mit einem Verbalnotenaustausch Rechtsgültigkeit erlangen. Alt Botschafter Max Tröndle brachte uns Stagiaires während der gemeinsamen Lehrstunden deren Redaktion bei. Während in Bundesbern alles in der Wir-Form verfasst wurde und auf den Botschaften alles im Namen des Missionschefs von der Ich-Perspektive geprägt war, wurden die Verbalnoten in der dritten Person geschrieben. Der Standardanfang lautete: «Die schweizerische Botschaft beehrt sich, dem Aussenministerium … das und das … zu unterbreiten.» Die Schlussformel hiess: «Die Botschaft benutzt diesen Anlass, das Aussenministerium seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.» Natürlich durften wir diese Notenübungen auf Französisch verfassen, was für Deutschschweizer nicht immer einfach war. Während einer Redaktionsstunde fragte mich Botschafter Tröndle, ob die Tätigkeit meinen Erwartungen entspreche oder ob ich enttäuscht sei. Ich verwies auf die Tatsache, dass ich als Stagiaire eben eine Lehrzeit machen müsse. Das bedeute, auf der einen Seite keine oder nur geringe Verantwortung zu haben. Alles werde ja überprüft bis «superüberprüft». Das sei etwas schwer für mich, wenn ich an meine vorherige, verantwortungsvolle Arbeit beim Regierungsrat in Schaffhausen zurückdächte. Auf der anderen Seite biete die Lehrzeit die Chance, viel Neues zu lernen, was mich reize.

Bevor wir nach Genf umzogen, teilte der Stagevater mit, dass wir dem Fürstentum Liechtenstein einen Besuch abstatten würden. Die Schweiz vertritt ja die Interessen jener Regierung im Ausland. Vaduz wünschte daher, dass die angehenden Diplomaten das Land kennenlernten. Die Zeitung *Liechtensteiner Vaterland* berichtete wie folgt über unseren Besuch:

> In Stellvertretung des in Mexico weilenden Fürstenpaares empfingen am Samstag S. D. [Seine Durchlaucht] Prinz Nikolaus und I. D. [Ihre Durchlaucht] Prinzessin Nora auf Schloss Vaduz eine Gruppe von Jung-Diplomaten aus Bern, die auf Einladung der Landes-Fremdenverkehrskommission und der Fremdenverkehrszentrale unserem Land […] einen Besuch abstatteten.

Der Text war begleitet von einer Fotografie, der zufälligerweise zeigte, wie ich Prinzessin Nora begrüsste.

Studien in Genf

Das Institut Universitaire de Hautes Études Internationales, auf der Rive Droite gelegen, gehört zu den angesehensten Institutionen weltweit. Würde uns dort das ganze reiche Angebot der Vorlesungen und Kurse zur Verfügung stehen? «Messieurs, oubliez que vous êtes des fonctionnaires», begrüsste uns Antoine Fleury,

In Stellvertretung unseres in Mexiko weilenden Fürstenpaares empfingen am Samstag S. D. Prinz Nikolaus und I. D. Prinzessin Nora auf Schloss Vaduz eine Gruppe von Jung-Diplomaten aus Bern, die auf Einladung der Landes-Fremdenverkehrskommission und der Fremdenverkehrszentrale unserem Land, das sie als künftige Auslandsvertreter der Schweiz mitbetreuen werden, einen Besuch abstatteten. Die Gäste waren begleitet von Alt-Botschafter Tröndle und Botschaftsrat Lang vom Eidg. Politischen Departement.

Fürstlicher Kontakt: Beim Besuch im Fürstentum Liechtenstein begrüsst Ernst Iten Prinzessin Nora von Liechtenstein. Liechtensteiner Vaterland, 1973

unser «Zuchtmeister» am Institut, im Namen des Direktors Jacques Freymond. Aus dem Programm des Institutes wurden uns dennoch verständlicherweise primär jene Kurse angeboten, die im Interesse des EPD waren. Dazu gehörten auch Vorlesungen und Seminare am Institut Universitaire d'Études du Développement.

Bern hatte nicht gespart, sodass hervorragende Spezialisten uns unterrichteten. In meiner Erinnerung sticht vor allem John Kenneth Galbraith heraus. Sein Name war mir ein Begriff, seit ich sein Buch «The Affluent Society» (Gesellschaft im Überfluss) gelesen hatte. Der gross gewachsene und schlaksige ehemalige Berater von Präsident John F. Kennedy gab uns meisterliche Analysen zur Wirtschaft. Er spickte seine Erklärungen gerne mit ironischen Seitenhieben. Auch unser Land blieb nicht verschont: «Die Schweiz hat ein wunderbares System, um die Arbeitslosenzahl niedrig zu halten. Wisst ihr, wie?» Er verwies dazu auf das Statut der Saisonniers: «Ihr parkiert die Arbeiter einfach draussen, wenn ihr sie nicht braucht.» Infolge der Hochkonjunktur waren viele Gastarbeiter in unser Land gekommen. Nationalistische Gegenkräfte wehrten sich gegen die Überfremdung, und Nationalrat Schwarzenbach hatte gar eine Initiative lanciert – und verloren. Max Frisch fand dazu die nachhallenden Worte: «Man liess Fremdarbeiter kommen und stellte dann fest, dass es Menschen waren.» Dabei machten diese «Fremden» nicht einmal 20 Prozent aus und ihre Kultur unterschied sich nicht allzu sehr von der hiesigen, denn zwei Drittel stammten aus Italien. Die Hochkonjunktur erfuhr im Herbst 1973 aber einen abrupten Einschnitt. Die OPEC, das Kartell

der Erdöl produzierenden Länder, hatte wegen des Jom-Kippur-Krieges ein Ölembargo beschlossen. Eine leichte Panik ergriff unsere Gesellschaft. Wir wurden uns bewusst, wie sehr vor allem Europa vom schwarzen Gold abhing. Der Ernst der Lage wurde durch drei autofreie Sonntage im November des gleichen Jahres unterstrichen. Grosse Denker hatten schon vorher im Club of Rome ein Nullwachstum gefordert. Die Wirtschaft, gefolgt von der Politik, sah es differenzierter. Die Null-Forderung wurde in ein «qualitatives Wachstum» umgeformt, und die riesigen Überschüsse der OPEC-Länder als Investitionsanreize «rezykliert».

Auch die Vorlesungen von Professor Roy Preiswerk über Epistemologie, also Erkenntnislehre, hätten zeitlich nicht passender gehalten werden können. Er galt als Spezialist für Analysen der Nord-Süd-Beziehungen und internationale Entwicklungsstrategien und hatte stets mehr Fragen als Antworten: «Ist unser Denken, unsere Haltung nicht geprägt von unserem Wertesystem, sei es religiös, politisch, gesellschaftlich, kulturell oder ökonomisch?» Er wollte unser Selbstverständnis, unsere Selbstgefälligkeit ins Wanken bringen: «Ist unser Wohlstand nur durch unseren Fleiss entstanden? Gab es nicht auch Ausbeutung anderer Länder, und dies auf ganz ‹legalem› Weg?» Jahre später, als ich als Botschafter in Caracas auch für die kleinen Antillen zuständig war, begegnete ich auf der Insel Grenada einer älteren, gepflegten schwarzen Dame. Sie hatte einen Schweizer Pass und erklärte mir, sie sei die Witwe von Professor Roy Preiswerk. Nach dem Tod ihres Mannes hatte sie sich auf ihre Insel zurückgezogen. «Wie Sie sehen, habe ich einen Gartenbetrieb und verkaufe Blumen an die Hotels.» Mich erinnerte die Chronologie der Preiswerk'schen Familiengeschichte – von den intellektuellen Gedankengebäuden in Genf zur Gartenpflege in Grenada – an den Schluss von Voltaires Roman «Candide ou l'optimisme»: «Pangloss disait quelquefois à Candide: Tous les événements sont enchaînés dans le meilleur des mondes possibles; […] Cela est bien dit, répondit Candide, mais il faut cultiver notre jardin.»

Mir fiel auf, wie wenige Genfer ich in Genf antraf. Die Calvinstadt mit ihren grossen Industrien und Finanzinstituten zeigte sich weltoffen. Dazu kamen die internationalen Organisationen mit ihren Tausenden von Mitarbeitern. Waren die Genfer also in der Minderheit in ihrer eigenen Stadt? Nein, aber sie lebten gerne unter sich, ebenso wie dies die anderen Schweizer in ihren jeweiligen Kantonen taten.

Der Stagevater gab uns gegen Ende der Genfer Zeit die Auslandeinsätze bekannt. Von Wunschposten konnte keine Rede sein. Wer nicht gut Deutsch sprach, kam nach Bonn oder Wien, wer das Französische nicht genügend beherrschte, wurde in einen frankophonen Staat entsandt. Mir wurde die Elfenbeinküste zugeteilt. Laut dem Stagevater hatte diese Botschaft in Westafrika den Vorteil, dass sie klein war und bilaterale wie multilaterale Aufgaben zu erledigen hatte. Unser Missionschef sei nämlich gleichzeitig Gouverneur des afrikanischen Entwicklungsfonds. Ich könne damit Einblick in alle Tätigkeitsgebiete einer Botschaft erhalten. Ich freute mich auf den Einsatz, der sich vielversprechend anhörte.

Stage in der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)

Was wusste ich von Afrika? Meine erste Erinnerung geht auf die Primarschule zurück. Beim Besuch der Katechismus-Stunden befand sich rechts der Eingangstü-

29 re zum Unterrichtszimmer auf einem Holzpodest eine kleine, kniende Figur aus Keramik, die einen schwarzen Mann lediglich bekleidet mit einem weissen Lendenschurz darstellte. Vor sich hatte sie ein Kästchen mit einem Schlitz. Wenn ich eine Münze hineinfallen liess, nickte die Figur dankend. Das gesammelte Geld war für die Missionierung der «Heiden» in Afrika bestimmt. Etwas später sprach der Lehrer in Geschichte vom Alten Ägypten und von den Pharaonen, dann hörten wir von Karthago und den Römern in Nordafrika. Der Kontinent «ruhte» anschliessend in der Schule, bis die Portugiesen Afrika umsegelten, um nach Indien zu gelangen. Als die Europäer im 19. Jahrhundert ihre Kolonialreiche errichteten und die weissen Flecken des Kontinentes je nach Herrschaftsgebiet rosa und grün färbten, «erschien» Afrika wieder im Unterricht. Der Kampf der Entkolonisierung, der 1960 zu vielen unabhängigen Staaten führte, sorgte zu dieser Zeit für Schlagzeilen. Manche europäische Regierung versuchte trotz der Entlassung der Länder in die Unabhängigkeit Einfluss und Profit zu bewahren. Und zu Hause bei den Eltern verfolgte ich aufmerksam die Fernsehsendungen von René Gardi über das Afrika südlich der Sahara, in denen er – etwas blumig – die Einfachheit und das Ursprüngliche der Bewohner schilderte. Kurz: Ich hatte ein sehr lückenhaftes Wissen über jenen Kontinent. In der Bibliothek des Institut Universitaire d'Études du Développement versuchte ich in den letzten Tagen vor dem Abflug eifrig, meine Kenntnisse zu erweitern. Afrika war alles andere als homogen, besass eine rasch wachsende Bevölkerung, kannte riesige Rohstoffvorkommen, hatte eine reiche Geschichte und blickte auf ein vielfältiges kulturelles Erbe zurück. Nicht umsonst schuf es mit seiner Musik über die ehemaligen Sklaven in den USA den Jazz oder inspirierte mit seinen Schnitzwerken moderne Künstler wie Pablo Picasso («Les Demoiselles d'Avignon») und Alberto Giacometti («Die Löffelfrau») zu bahnbrechenden Werken. Ich war gespannt auf den Einsatz.

Nach dem Abschied von Eltern und Freunden flog ich am 3. April 1974 in der DC 8 der Swissair von Zürich über Genf nach Abidjan. Rund zwei Stunden dauerte die Überquerung der Sahara. Konnte diese Wüste eine Wiege für Afrika sein wie das Mittelmeer für Europa? Für Joseph Ki-Zerbo, den grossen frankophonen Historiker aus Obervolta (heute Burkina Faso), war sie «une zone puissamment attractive au cours du Néolithique» («Histoire de l'Afrique noire»). Das riesige Gebiet glich einer Savanne mit Steppen, Flüssen und Seen. Die Vegetation war vergleichbar mit den trockenen Küsten des heutigen Mittelmeeres. Ca. 3500 vor Christus verschlechterte sich das Klima. Die Menschen begannen, sich in die Gebiete der zwei Flüsse Niger und Nil zurückzuziehen, welche die Sahara berühren oder durchqueren. Die Ansammlung dieser «Klimaflüchtlinge» bewirkte, dass die zwei Staaten Nigeria und Ägypten, in denen die Flüsse ins Meer münden, zu den bevölkerungsreichsten Ländern Afrikas wurden.

Am Fusse der Flugzeugtreppe in Abidjan erwartete mich Kanzleimitarbeiter Arn und begrüsste mich freundlichst. Er sollte mein engster Kollege in der Botschaft werden. Leonhard Arn war extrovertiert, intelligent, er lachte und sang gerne. Er war aber nicht nur meinetwegen zum Flugzeug gekommen: Gleichzeitig holte er den Kuriersack beim Piloten ab. Wir fuhren ins Hotel. Es war eine schäbige Unterkunft mit einer Klimaanlage ältester Fabrikation, die entsprechend laut

brummte, sodass es nur zwei Möglichkeiten gab: entweder klimatisiert schlafen, sofern der Lärm des jeweils automatisch einsetzenden Kompressors dies zuliesse, oder das Gerät nicht einschalten, was eine unerträgliche, feuchte Hitze zur Folge hätte, die nicht an Schlaf würde denken lassen. Bei all der Lektüre über Afrika hatte ich mir nicht vorstellen können, was es hiess, in den Tropen zu leben. Dies musste ich am eigenen Leib erfahren.

Das Klima auf der Botschaft

Früh am nächsten Morgen holte mich Arn ab. Ich hatte kaum geschlafen. Im Hochhaus auf dem Plateau, wo die Botschaft ihre Büros hatte, stellte er mich dem Konsul vor, der als Kanzleichef gleichzeitig als erster Mitarbeiter des Missionschefs wirkte. Er war von kleiner Statur, etwas rundlich, trug eine Brille, mokierte sich oft über alle und alles und delegierte gerne. So genoss es der Konsul, dass ich als Deutschschweizer mich abmühte, ihm in französischer Sprache zu erklären, wie mies ich die Unterkunft fand und dass ich keine weitere Nacht mehr dort zu verbringen gedachte. «Es war das einzige freie Hotel in der Preisklasse, die Ihnen als Stagiaire zusteht. Selbstverständlich können Sie ins Fünf-Sterne-Hotel Ivoire wechseln, wenn Sie die Mehrkosten und den Taxitransport übernehmen. Meine Sekretärin ist Ihnen sicher behilflich, ein Zimmer zu reservieren.» – Ich lehnte dankend ab und erklärte, dass ich noch am gleichen Tag die Dienstwohnung beziehen wolle, die mir in Bern angekündigt worden sei. Auf weitere Nächte in dem für mich reservierten Hotel wollte ich gerne verzichten. «Ich verstehe, aber Ihre Dienstwohnung ist noch nicht parat.» – Ich erwiderte, dass ich es dennoch vorzöge, in die noch nicht fertiggestellte Dienstwohnung einzuziehen. Bern reduziere ja meinen Lohn um 20 Prozent wegen dieser Unterkunft. Ich würde deshalb je nach Zustand des Appartements in Bern eine Minderung der Abzüge beantragen. Dieser Hinweis auf die Zentrale sass: nur keine Begründung nach Bern liefern; dort sollte man nichts erfahren. So wurde der Konsul plötzlich dienstbeflissen: «Ich werde sehen, was sich machen lässt. Am Nachmittag hören Sie wieder von uns.» Seine Sekretärin begleitete mich darauf in mein Büro. Sie stammte aus dem heutigen Kanton Jura, war sehr hilfsbereit, charmant und verständnisvoll gegenüber einem Neuling. Ich erhielt die Büroschlüssel und die Sekretärin erklärte mir, wie die Arbeitszeiten waren, wie die internen und externen Telefonverbindungen funktionierten und wo das Büromaterial geholt wurde. Sie bat mich, ihr meinen Pass zu geben, damit ich eingeschrieben und das Versetzungsblatt nach Bern geschickt werden könne. Sie würde meine Texte tippen. Darauf begaben wir uns zur Sekretärin des Botschafters. Distinguiert und elegant in dunkle Farben gekleidet schaute mich diese leicht von oben herab an. Dann reichte sie mir die Hand zum Gruss. «Monsieur l'Ambassadeur est momentanément occupé. Je vous téléphonerai, quand il peut vous recevoir. Au revoir, Monsieur Iten.» Ich hatte das Gefühl, dass sie sich mit der Rolle ihres Chefs identifizierte.

Nach dem Mittagessen rief mich der Konsul an. Die Dienstwohnung sei bereit, sodass ich einziehen könne. Arn begleite mich nach Büroschluss ins Hotel, um meine zwei Koffer abzuholen. Anschliessend wollte er mich zur Wohnung bringen, die sich in der Nähe der Kanzlei befand.

31 Der Botschafter fand am späteren Nachmittag Zeit, mich zu empfangen. Seine Sekretärin beschied mich am Telefon in ihr Büro. Dort angekommen, deutete sie auf einen Stuhl: «Warten Sie hier!» Darauf verschwand sie durch die Tür des Chefbüros, um mir kurz darauf zuzuwinken, ich könne jetzt zum Botschafter hineingehen. Auf der Schwelle rief sie wie bei der Ankündigung von Gästen in einem Schloss: «Monsieur l'Ambassadeur, permettez-moi de vous présenter Monsieur Iten, le stagiaire.» Der Botschafter, ein Westschweizer, sass hinter seinem Pult, auf dem ein Stapel von Dossiers lagerte. Er hatte wenig Haar, ein schmales Gesicht mit Längsrunzeln und gepflegte Hände. Seine Augen musterten mich. Nachdem er die Sekretärin dankend verabschiedet hatte, strich er sich über die silberne Krawatte:

> Bienvenu Monsieur. Ich habe auf Ihren Vorstellungs-Brief nicht geantwortet, weil ich es vorziehe, Sie persönlich zu begrüssen. Sie werden sehen, es gibt viel zu tun. Es kostete mich einige Überredungskünste, bis Bern mir die Entsendung einer Verstärkung bewilligte. Ich hatte natürlich einen ausgebildeten Mitarbeiter erwartet. Den Grund für das Gesuch sehen Sie an den Bergen von Dossiers. Ich bin nämlich nicht nur Botschafter der Schweiz in der Elfenbeinküste, in Obervolta, Niger und Dahomey, sondern auch Gouverneur unseres Landes beim afrikanischen Entwicklungsfonds mit Sitz in Abidjan. Dieser Fonds wurde für die Geberländer geschaffen. Die Afrikaner wollten uns nicht als Mitglieder bei der afrikanischen Entwicklungsbank [BAD]. Der Grund: Sie haben Angst, überstimmt zu werden.

Damit schloss er, wie sich zeigen sollte, das Kapitel BAD ab. Der Missionschef nahm mich nie an eine Gouverneurs-Sitzung des Fonds mit.

> Kommen wir zu Ihren Aufgaben. Das Multilaterale mache ich. Sie können zusammen mit dem ersten Mitarbeiter bilaterale Geschäfte bearbeiten. Wenden Sie sich dazu an ihn. Wenn es etwas Aussergewöhnliches gibt, bin ich bereit, dies mit Ihnen zu besprechen. Die Kontakte mit mir gehen ausschliesslich über meine Sekretärin. Au revoir, Monsieur.

Bei diesen Worten streckte mir die Hand entgegen, ohne aufzustehen. Ich musste unwillkürlich an Goethes Faust denken: «Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.» Beim Verlassen des Büros hielt mich die Sekretärin zurück.

> Wie Sie sicher gehört haben, läuft alles, was mit Herrn Botschafter zu tun hat, über mich. Und wenn Sie etwas Schriftliches an Herrn Botschafter richten, denken Sie daran, dass seine Initiale A ist wie Ambassadeur. Das Namenskürzel gilt nur für die Korrespondenz mit Bern. Übrigens, wie lauten Ihre Initialen?

Beinahe hätte ich «L wie Lehrling» gesagt. «Verwenden Sie einfach S für Stagiaire und für Bern EI. Auf dieser Vertretung wird man ja nach der Funktion bezeichnet.» So klein diese Botschaft, so gross die Abschottung. Teamgeist? Nur partiell, auf unterer Stufe. *Staff meetings?* Ein Fremdwort!

In meinem Büro fand ich einen Stoss von Unterlagen mit dem lapidaren Hinweis: «Pour étude». Es waren ältere politische Berichte und Kommentare zu Wirtschaftsfragen. Ohne Hintergrundinformation schienen mir die Texte wenig hilfreich. In Bern war jedes Dossier zuerst erklärt worden, ich wurde auf die Vorgeschichte und die gegenseitigen Interessen aufmerksam gemacht. Dieser Zusammenhang erlaubte ein schnelles Verständnis des Warum und eine fundierte Stellungnahme. Hier in Abidjan erhielt ich nur die rohen Brocken, durch die ich mich durchbeissen musste. Die Zusammenhänge suchte ich anderswo, vor allem ausserhalb der Botschaft.

Der Aufbau eines Netzwerkes

Eine der wichtigsten Aufgaben eines Diplomaten ist es, informiert zu sein. Unsere Vertretung eignete sich nur wenig dazu. Ich musste mir selbst ein Netzwerk aufbauen. Am Seminar beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag hatte ich den Ivorer Etienne Ezo kennengelernt. Obwohl ich im Sommer 1973 keine Ahnung gehabt hatte, dass ich eines Tages in der Elfenbeinküste arbeiten würde, war mir Etienne sofort sympathisch. Er war aufgeschlossen, intelligent und nahm die Dinge lässig. Er war immer vornehm angezogen, verband Ernst mit Witz und lachte gerne. Ich wusste, dass Etienne im Aussenministerium arbeitete; ein Anruf genügte. Er war freudig überrascht. Wir trafen uns an seinem Arbeitsort. Es war ein kleines, beinahe fensterloses Büro, das stark klimatisiert war. Ich sollte noch viele ähnliche Büros sehen. Ein Pult aus Tropenholz, ein vorfabrizierter Schrank und zwei Stühle befanden sich im Raum. Er begrüsste mich überschwänglich, klopfte auf meine Schultern und frohlockte: «Mon vieux, quelle belle surprise!» Er habe nie geglaubt, dass wir uns ein Jahr nach Den Haag treffen würden – und dann ausgerechnet in Abidjan. Spontan fragte er, womit er helfen könne; ich sei ja neu hier. Die Elfenbeinküste und wahrscheinlich ganz Afrika dürften für mich wie für andere Europäer viele Fragen aufwerfen. Ich solle mich nicht zieren, ihn um etwas zu bitten. Er schlug vor, mich an einem der nächsten Wochenenden in sein Haus einzuladen.

Abidjan und die Politik des Präsidenten

War Abidjan Afrika? Die Stadt hatte damals so viele Einwohner wie Zürich und war bei meiner Ankunft erst seit 40 Jahren die Kapitale. Die koloniale Verwaltung war bis zu diesem Zeitpunkt in Bingerville angesiedelt gewesen. Als junge Metropole hatte Abidjan auf dem Plateau ein modernes Geschäftszentrum. Hochhäuser säumten die Strassen, und unsere Botschaft befand sich in einem dieser Türme. Die vornehmen Villen lagen jenseits des Lagunenarmes Ébrié, auf Cocody, wo das Hotel Ivoire in den Himmel ragte. Dort ganz in der Nähe stand die Schweizer Residenz, umgeben von einem tropischen Garten. Abgesehen von den Bewohnern gemahnte nichts an Afrika. Abidjan hätte sich auch auf einem anderen Kontinent der Dritten Welt befinden können. Erst am Rande der Stadt begannen bescheidenere Reihenhäuser, die für einheimische Beamte und weniger bemittelte Angestellte von Firmen in aller Eile gebaut worden waren. Noch weiter entfernt warteten die Bidonvilles auf ihre Bewohner. Von dort fuhren sogenannte Taxis-brousse in die Dörfer ausserhalb der Stadt. Die rasch erstellten Bauten und Vorstadtviertel waren das Resultat des rasanten Wachstums der Elfenbeinküste. Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960 wuchs das Bruttosozialprodukt um jährlich 10,5 Prozent. Grosse Veränderungen kennzeichneten darum das Land, allerdings nicht immer zum längerfristigen Vorteil. Dies betraf namentlich den Urwald, der früher bis an den Stadtrand herangereicht hatte. Plantagen für Kakao, Kaffee, Ananas oder Bananen versprachen mehr Gewinn.

Der erste Präsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, war kein Revolutionär oder Freund von sozialistischen Experimenten. Er pflegte einen gemäs-

sigten Kurs, regierte durch die Einheitspartei Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI) und erreichte Stabilität für die Republik. Die Exporterlöse, namentlich von Kakao und Kaffee, bescherten dem Land einen bescheidenen Wohlstand. Nur noch der Name des Staates erinnerte daran, dass einst die Elefanten mit ihren Stosszähnen das Markenzeichen des Küstenstreifens gewesen waren. Die letzten Exemplare dieser mächtigen Tiere fristeten ganz im Südwesten des Landes, in den sumpfigen, unzugänglichen Gebieten, ein kärgliches Dasein. Das Ende dieser wenigen Elefanten war bloss eine Frage der Zeit. Fortschritt hiess das Leitmotiv. Um sein Land schneller vorantreiben zu können, liess Houphouët-Boigny eine grosse Anzahl Ausländer ins Land kommen. Rund 40 000 Franzosen stellten den Hauptharst der Weissen dar, und die ca. 10 000 Libanesen kontrollierten die Handelsgeschäfte. Die «niedereren» Arbeiten verrichteten Angehörige aus Mali, Niger und Obervolta. Dazu kam die Binnenwanderung vom Land (sprich Busch) und vom Norden Richtung Süden zur Küste. Abidjan als politische und wirtschaftliche Metropole wirkte wie ein Magnet und bildete eine Art afrikanischen *melting pot*. Die Zuwanderung veränderte die ethnische und religiöse Zusammensetzung des Landes. War der Süden ursprünglich vor allem christlich und teils animistisch gewesen, so herrschte im Norden und in den Nachbarländern der Sahelzone der Islam. Es war eine Frage der Zeit, bis das fragile ethnische Zusammenleben Risse erhalten würde. Solange die Wirtschaft blühte, war die Gefahr allerdings relativ klein. Am 1. Oktober 1974 hatte ich als Geschäftsträger, also in einer für einen Stagiaire unüblichen Funktion, einen politischen Bericht geschrieben. Er trug den Titel «Soziale Unruhen im liberalen Musterstaat Elfenbeinküste». Ich ging darin den oben geschilderten Spannungen nach und fügte bei, dass der Präsident entschlossen sei, «alles zu bekämpfen, was den Frieden und die Stabilität gefährde».

Einige Hellhörige wollten dagegen bereits ein Menetekel an der Wand erkennen. Während meines Einsatzes in Abidjan florierte der Verkauf des Romans «Petits Blancs vous serez tous mangés» von Jean Chatenet. Das Buch schilderte, wie das Leben in einer von schwarzen und weissen Menschen bewohnten Stadt verlaufen könnte, und handelte vom gegenseitigen, nicht eingestandenen Missverständnis und dem Hass zwischen Weissen und Schwarzen im frankophonen Afrika. Der Autor, der in Abidjan beim Radio und Fernsehen gearbeitet hatte, dramatisierte offenbar die Erfahrungen der Elfenbeinküste. Obwohl es Spannungen zwischen Schwarzen und Weissen gab, die vor allem auf eine Ivorisierung, das heisst einen Austausch der französischen Experten in Verwaltung und Wirtschaft durch Einheimische, abzielte, kam es Jahre später zu einer anderen dramatischen Entwicklung. Das Land erlebte von 2002 bis 2011 einen Bürgerkrieg unter Ivorern und schwere Unruhen zwischen Einheimischen und Einwanderern der Nachbarstaaten.

Afrikanische Freundschaft

Etienne Ezo wohnte mit seiner Familie in einem einfachen, von der Regierung bereitgestellten Reihenhaus. Er war wie Präsident Houphouët-Boigny ein Baule. Dieser Stamm beherrschte das Zentrum des Landes. Die Begrüssung war überschwänglich: «Bienvenu, mon vieux!» Dann stellte er mir seine Gattin vor. Touko stammte aus Guinea. Sie hatten sich bei ihren Studien in Paris kennengelernt.

Touko trug einen hellblauen, bis zu den Füssen reichenden «Boubou», das traditionelle Kleid, das dem Schnitt nach unseren langen Nachthemden gleicht. «Du bist allein gekommen?», fragte sie mich verwundert, als ob es eine Sünde wäre, als Lediger herumzulaufen. Etienne wehrte ab: «Ernest ist noch nicht lange im Land.» Sie liess nicht locker: «Das werden wir richten!» Darauf verschwand sie Richtung Küche. Etienne stellte mir seine vier geladenen Freunde vor. Sie arbeiteten alle im Aussenministerium und waren mit ihren Frauen hier. Philippe war der Leutseligste; er war ja auch im Pressesektor tätig. Ich nutzte die Gelegenheit, ihn zu fragen, warum so viel über Frankreich in den Zeitungen stehe, fast so, als ob Europa nur aus jenem Staat bestünde. Philippe holte aus, erklärte die grosse Anzahl von Franzosen im Land, die wirtschaftliche Vormachtstellung, die vielen Ivorer, die in Frankreich lebten oder dort geweilt hatten, und natürlich die koloniale Vergangenheit. «Die meisten hier kennen die Geschichte des ehemaligen Mutterlandes besser als die afrikanische Vergangenheit.» Touko unterbrach die angeregte Diskussion: «Meine Damen und Herren, es gibt Foutou!» Die geladenen Gäste schnalzten mit der Zunge. Foutou war für sie ein Leckerbissen. Touko, die meine Neugier bemerkte, erklärte mir das Gericht. Foutou war das traditionelle Essen der Baule. Gestampfte Bananen und ein wenig Maniok (Cassava) sind die Hauptzutaten. «Etienne liebt es. Das Essen erinnert ihn an seine Familie.» Mein Kollege war leicht verlegen: «Foutou essen die Bauern im Prinzip am Morgen, bevor sie auf die weit abgelegenen Felder gehen. Es ist eine schwere Kost, dafür hält sie lange satt. Die Bauern essen nämlich erst am Abend wieder, wenn sie zurückkehren.» Dies gab Philippe die Gelegenheit zu einem neuen Exkurs:

> Unser Land befindet sich im Wandel. Der Präsident will unsere Republik modernisieren. Statt autarker Landwirtschaft fördert er den Plantagenanbau. Dich als Schweizer dürfte es interessieren, dass die Elfenbeinküste zum weltgrössten Kakaoproduzenten wurde. Nestlé kauft sehr viel ein. Im Gegensatz zu den Industriestaaten in Europa ist die Landwirtschaft unser wichtigster Wirtschaftszweig. Rund zwei Drittel aller Arbeitskräfte verdienen ihr Geld auf diesem Sektor. Das tropische Klima ist ideal für den Kaffeeanbau. Auch dies interessiert Nestlé.

Touko brachte den Foutou. Er schmeckte vorzüglich, war aber in der Tat ein schweres Gericht, das mir wie ein Klumpen im Magen lag. «Etwas Bewegung nach diesem Essen tut gut», rief die Gastgeberin und stellte das Grammofon in voller Lautstärke an. Die stark rhythmisierte Musik aus Zaire übertönte die Gesprächsrunde: Tanzen war angesagt. Da erschien wie eine Göttin *ex machina* eine junge, gross gewachsene Dame in einem weissen, fast durchsichtigen Boubou. Touko machte uns bekannt. Sie hatte ihre Freundin während des Kochens eingeladen und ihr weiss Gott was verkündet. Sie hiess Paulette und arbeitete als Bardame im «Oeil». Paulette forderte mich zum Tanz auf. Ein ungleicheres Paar ist kaum vorstellbar: Sie bewegte sich zauberhaft und schwang ihre Hüften im Rhythmus, ich dagegen war ein Baumstrunk, steif und holprig.

Entwicklungswege für Afrikas Staaten

Afrika wurde in den 1970er-Jahren noch weitgehend von der ersten Politikergeneration regiert. Die Staatschefs versuchten auf unterschiedlichen Wegen ihre Länder zu entwickeln. So sah Julius Nyerere aus Tansania die Lösung im sozialistischen Modell; Léopold Senghor, Dichter und Schriftsteller aus Senegal, trat

für die Zusammenarbeit mit der früheren Kolonialmacht Frankreich ein; Moussa Taoré aus Mali errichtete eine Diktatur mit sowjetischem Einschlag und Kwame Nkrumah aus Ghana sah den Panafrikanismus als Gegengewicht zum beherrschenden Europa. Der ganze Kontinent schien im Aufbruch und auf der Suche nach dem richtigen Weg aus der Unterentwicklung. Die Kolonialmächte hatten nicht allzu viel investiert in den Übergang von der Fremdherrschaft zur Selbstregierung. Die Stimmen der Suche nach sich selbst waren überall zu hören. Der Historiker Ki-Zerbo fand einen beredten Ausdruck dafür: «Man kann nicht mit fremden Erinnerungen leben. Geschichte ist das kollektive Gedächtnis der Völker. […] Wer sich von der Zukunft betroffen fühlt, muss sich als Erbe der Vergangenheit fühlen.» Ich schätzte seine Gedanken sehr und wollte ihn im November 1974 auf meiner Reise nach Obervolta treffen. Leider war er, wie mir seine Gattin sagte, an einer Konferenz in Frankreich. Meine Dankbarkeit bekundete ich Jahre später, im Dezember 2006 – ich war Botschafter und ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO in Paris – mit einem Eintrag ins Kondolenzbuch, das mein Kollege aus Wagadugu nach dem Tod des Historikers ausgelegt hatte. Ich bewunderte, so schrieb ich, die Tätigkeit des Verstorbenen, die es mir erlaubt habe, fundamentale Aspekte Afrikas kennenzulernen. Ich sei ihm immer dankbar dafür.

Nestlé und die Babymilch

Wie sehr die alten Weisheiten und Verhaltensmuster Afrikas bedroht, verschüttet und missverstanden wurden, sollte ich in Bälde erfahren. Nestlé war damals in den sogenannten «Baby-Killer-Prozess» verwickelt. Ein Schweizer Gericht erachtete den Ausdruck «Nestlé tötet Babys» als üble Nachrede, doch erklärte es die inhaltlichen Vorwürfe gegen den Konzern als zulässig. Einer der zwei Verteidiger der angeklagten «Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern» war mein Studienkollege und späterer Bundesrat Moritz Leuenberger. Nestlé und andere Milchgesellschaften hatten in Afrika die Flaschenernährung für Kinder propagiert und von der Brusternährung abgeraten, wie der Brite Mike Muller, Autor des «1974 Baby Milk Scandal Report» schreibt. Vorwürfe wie «Profitstreben vor Menschenleben» wurden laut. Nestlé, dessen wohlwollendes Selbstbild angeschlagen war, wehrte sich. Nicht die Produkte seien fehlerhaft, sondern die ungenügende Sterilisierung der Babyflaschen und das verunreinigte Wasser, das dem Pulver beigemischt wurde. Diese Argumentation verschwieg, dass es für die überwältigende Anzahl von Frauen nicht erschwinglich war, Sterilisationsapparate zu kaufen oder sich genügend Brennmaterial zum Abkochen des Wassers zu beschaffen.

Die Firma fand es ratsam, dass der ehemalige Verwaltungsratspräsident, Max Petitpierre, das Forschungslabor in der Elfenbeinküste besuchte. Diese Wahl war geschickt, denn unser ehemaliger Bundespräsident und angesehener Chef des EPD, der die Aussenpolitik der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt hatte, hatte unser Land mit dem Leitmotiv der Neutralität und Solidarität geöffnet. Er zeichnete auch verantwortlich für den Beginn der offiziellen Entwicklungshilfe der Schweiz. Während ich neugierig darauf wartete, diesen bekannten Politiker zu sehen, winkte der Botschafter leicht herablassend ab. Mein Chef eröffnete mir kurz vor dem Besuch Petitpierres, dass er eine

wichtige Sitzung beim afrikanischen Entwicklungsfonds habe. Er werde natürlich den alt Bundesrat kurz begrüssen; ich solle mich dann für weitere Angelegenheiten bereithalten. Und die gab es! Max Petitpierre war trotz seines Alters nach wie vor eine beeindruckende Persönlichkeit. Er trug einen dunkelgrauen Anzug und seine aufrechte Haltung zeigte, dass er es verstand, Leute zu führen. Der Botschafter hatte ihn leicht unterwürfig begrüsst. Er stellte mich dem Magistraten vor und fügte bei, dass er leider, leider das Angebot nicht annehmen könne, die Nestlé-Forschungsanstalt gemeinsam mit ihm zu besuchen. Als Gouverneur des afrikanischen Entwicklungsfonds habe er eine unabdingbare Sitzung. Er schlage vor, dass der diplomatische Attaché Iten ihn begleite, sofern dies genehm sei.

In der grossen, schwarzen Limousine begleitete ich Bundesrat Petitpierre zur Nestlé-Stiftung in Adiopodoumé westlich von Abidjan. Ein grosser «Bahnhof» erwartete uns: Alle wichtigen Forscher begrüssten den ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten aus Vevey. Nach der feierlichen Einführung besichtigten wir die Labors. Die eigentlichen Gespräche begannen erst im Konferenzzimmer. Dort erklärte uns eine Soziologin im weissen Laborkittel ihren Auftrag. Vevey wolle von ihnen erfahren, wie die traditionelle Kinderernährung verabreicht werde und wie gegebenenfalls darauf zu reagieren sei. Die Soziologin begann ihre Ausführung mit einem afrikanischen Lehrsatz: «Wenn die Mutter Liebe macht, stirbt das Kind.» Dieser Satz, den sie öfter und in vielen Dörfern gehört hätten, sei ihnen lange Zeit unbegreiflich geblieben. Wegen einer möglichen erneuten Schwangerschaft sterbe eigentlich kein Kind. Es gehe höchstens die Muttermilch zurück. Aber auch dies sei kein Todesgrund. Das Kind werde einfach anders ernährt. Nach etlichen Studien sei ihnen klar geworden, was der Lehrsatz meine. Die afrikanische Mutter, und das sei der Unterschied zu Europa, stille traditionellerweise bis zu drei Jahre lang. Dies sei nötig, weil es in Schwarzafrika keine Kinderernährung gebe. Es würden nur Gerichte für Erwachsene zubereitet. Säuglinge könnten aber die Nahrung der Grossen nicht verdauen, sodass sie auf die Muttermilch angewiesen blieben. Dies sei der Sinn des Lehrsatzes. Die Muttermilch stärke zudem die Immunität der Babys, was in den Tropen sehr wichtig sei. Die Soziologin war mit ihren Erklärungen so sehr in Fahrt gekommen, dass sie weiter ausholte und über den eigentlichen Auftrag von Vevey hinausging. Die Drei-Jahre-Regel habe mehrere Vorteile, nicht nur für die Kinder. Die Mutter könne sich nach der Geburt erholen und das Kinderkriegen werde verlangsamt.

Die Entwicklung des Kontinentes zeigt, wie klug der Lehrsatz war. Dessen Befolgung hätte die Bevölkerungsexplosion südlich der Sahara etwas eingeschränkt (43 Prozent aller Afrikaner waren 2016 unter 15 Jahren), die grosse Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt und die Anfälligkeit für die Radikalisierung durch extremistische Gruppen vermindert. Es wären wahrscheinlich auch weniger soziale und politische Unruhen entstanden. Selbst Europa spürt diese Vorgänge. Man denke an die Bootsflüchtlinge im Mittelmeer und die grosse Anzahl von Migranten, die dem Elend und der Misswirtschaft vieler afrikanischer Länder entfliehen wollen. Die Ursachen gehen natürlich nicht nur auf die Drei-Jahre-Regel zurück. Immerhin zeigt dies, wie sehr Eingriffe in traditionelle Verhaltensweisen Langzeitwirkungen haben und wie stark miteinander verknüpft alles ist.

37

PR für die Schweiz mit dem GSP-Abkommen

Mich ärgerte es wie angetönt, dass in den Zeitungen fast nur über Frankreich geschrieben wurde, wenn es um Europa ging. Ich kontaktierte Philippe im Aussenministerium und bat um einen Termin. Er hatte ein ähnliches Büro wie Etienne. Ich lobte seine Kenntnisse über unser Land und fügte an, dass ich etwas erstaunt sei, wie wenig ich in den Zeitungen über die Schweiz erführe. Philippe begann mit einem Schwall von Erklärungen und betonte, dass es nicht Aufgabe der Regierung sei, die Presse zu beeinflussen. Das leuchte mir ein, erklärte ich, aber er habe Kontakte zur Presse und könne vielleicht behilflich sein, wenn ich einmal eine Nachricht eingeben wolle. Philippe willigte ein. Ich zog darauf ein Blatt hervor, das unsere Politik der einseitigen Zollvergünstigungen für die Dritte Welt darlegte. Es handelte sich um das im Rahmen des GATT ausgehandelte GSP-Abkommen (General System of Preferences). Botschafter Franz Blankart, der spätere Staatssekretär, hatte uns Stagiaires das System erklärt. Die Idee war, die Exporte aus den Entwicklungsländern nach dem Motto *trade and aid* zu fördern. Die Verhandlungen im GATT waren nicht einfach, denn es musste eine Übereinkunft über die Änderung zweier Grundregeln gefunden werden. Erstens sollte der Grundsatz der Meistbegünstigungsklausel von den anderen Mitgliedern des GATT nicht angerufen werden können; zweitens sollten die Vergünstigungen nicht wie üblich reziprok, sondern einseitig gewährt werden. Die Schweiz stimmte dem GSP zu und erliess Ursprungsregeln. Für die Elfenbeinküste sei besonders lesenswert, so fügte ich Philippe gegenüber mündlich hinzu, dass die tropischen Agrarprodukte das ganze Jahr über zollfrei in unser Land eingeführt werden könnten. Dieser Punkt interessierte ihn. Er nahm mein Blatt entgegen und versprach, den Text einem mit ihm bekannten Journalisten zuzuspielen. Effektiv erschien ein paar Tage später in der *Fraternité-Matin* ein Artikel über die zollfreien Exportmöglichkeiten von Agrarprodukten in die Schweiz. Ich war stolz, unser Land «auf die Landkarte» gesetzt zu haben. Unsere Interessen zu vertreten hiess für mich, sie zu erklären und sichtbar zu machen.

Autobahnbau

Es wäre falsch zu glauben, dass mich der Botschafter nirgendwohin mitgenommen hätte. Eines Tages liess er durch seine Sekretärin ausrichten, dass ich in der kommenden Woche bei der Eröffnung der Arbeiten für die Autobahn Abidjan–Ndouci anwesend sein solle. Den Wettbewerb für den Bau hatte das schweizerische Konsortium *Groupement d'Entreprises Suisses de Construction* (GESCO) gewonnen. Gemunkelt wurde, dass der Zuschlag dank der guten Beziehungen zwischen Bundesrat Paul Chaudet und Präsident Houphouët-Boigny gewährt worden sei. Der Präsident liebte den Genfersee, an dessen Gestaden er eine Villa hatte, und im Vorstand des Konsortiums von GESCO sass der Schwiegersohn Chaudets. Im Aussenministerium erfuhr ich einige Hintergründe. Etienne schilderte mir die Druckversuche der Franzosen. Sie konnten und wollten nicht verstehen, warum dieser saftige Auftrag nicht an eine französische Firma gegangen war. Gab Frankreich nicht Millionen für die Ausbildung der Ivorer, half es nicht

mit riesigen Summen, die westafrikanische Währung stabil zu halten, schulten nicht französischen Offiziere die Armee und rüstete nicht Frankreich diese aus?

Zwölf Jahre später erinnerte ich mich an diese Geschichte während des Länderexamens über die französische Entwicklungshilfe an der OECD in Paris. Ich stellte als «Examinator» die Frage, wie die Vorteilsmechanismen Frankreichs in seinen ehemaligen Kolonien mit den Freihandelsregeln des GATT vereinbar seien. Nach einiger Bewegung innerhalb der französischen Delegation antwortete der Vertreter von Paris, dass sich sein Land bei der Verteilung der Entwicklungshilfe an die Regeln der OECD halte und beim Freihandel die Klauseln des GATT anwende. Eine typische diplomatische Antwort: Sie erklärte, ohne zu klären.

Schwyzertütsch als Geheimsprache

Die Botschaft war ebenfalls zuständig für die Republik Niger. Eines Tages stellte mir die pflichtbewusste Sekretärin des ersten Mitarbeiters den Anruf unseres Ehrenkonsuls in Niamey durch. In Niger hatte es im April 1974 einen Militärputsch gegeben; die Lage im Land blieb prekär. Unser Mann in jener Hauptstadt war ein Elsässer. Er wollte mir kurz schildern, wie es unserer Kolonie nach erneuten Unruhen wegen der Verteilung der Nahrungsmittelhilfe erging und wie die Situation im Staate sei. «Sind Sie Deutschschweizer?», fragte er mich auf Französisch. Als ich bejahte, fügte er bei: «Dann verstehen Sie den elsässischen Dialekt. Er ist ja ganz ähnlich dem Baseldütsch.» Er fing an, in seiner Muttersprache zu reden. Es dauerte aber nur drei Minuten, bis wir in der Leitung plötzlich eine Stimme auf Französisch hörten, die halb hysterisch rief: «Ou vous changez la langue, ou on vous coupe la ligne!» Schweizerdeutsch war also eine Geheimsprache, die man nur schwer verstand. Botschaften werden abgehört, dies ist Teil des Metiers. Doch welch idyllische Zeiten, als noch nicht leise über elektronische Mittel ausspioniert wurde … Ich illustrierte übrigens mit diesem Vorfall Anfang der 90er-Jahre als Sicherheitsbeauftragter in Bern gegenüber der Finanzdelegation der Räte die Zusatzkredite des Aussendepartements für unsere Sicherheitsbelange.

Reise nach Timbuktu

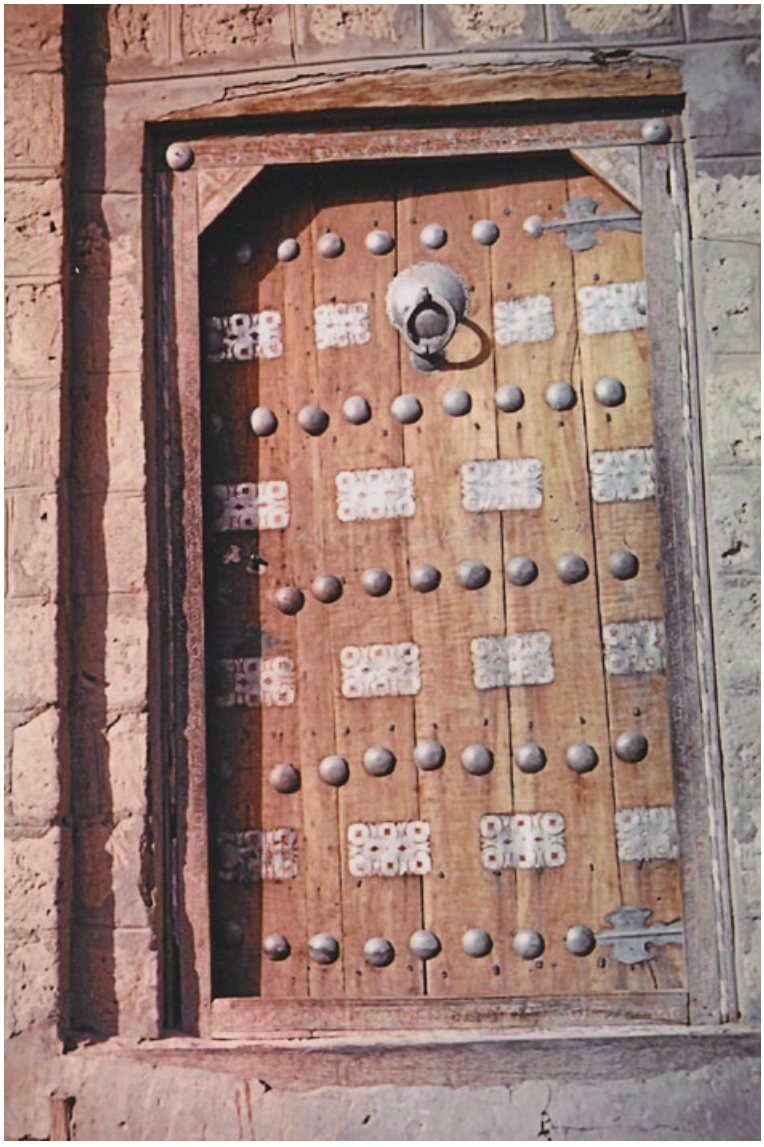
Verglichen mit heute war es in den 70er-Jahren geradezu friedlich, in Afrika zu reisen. Obervolta (heute Burkina Faso) und Mali, die ich besuchte, sind heute zu gefährlichen Gegenden geworden, die besser gemieden werden.

Ich wollte meine Ferien im November 1974 auf jenem Kontinent verbringen. Mein Hausangestellter Emanuel und ich rüsteten uns aus. Emanuel war ein christlicher Mossi aus Obervolta. Sein Gesicht trug eine Narbe, die zeigte, zu welcher Familie er gehörte. Die Fahrt ging zuerst Richtung Yamoussoukro. Auf der teilweise nicht asphaltierten Strasse lag die «ideale» Geschwindigkeit zwischen 80 und 90 Stundenkilometer. Dieses Tempo erlaubte es, die Strassenrippen zu überspringen und so ruhiger zu reisen. Bei entgegenkommenden Autos und vor allem Lastwagen war es ratsam, die Hand an die Frontscheibe zu drücken, wie Emanuel es tat, um aufspringende Steinchen abzufedern und die Widerstandsfähigkeit des Glases zu erhöhen. Staubschlucken war jedoch unvermeidlich bei der

Ein Schnitzer in Kami bei der Arbeit. Das Bild wurde in der Nähe von Yamoussoukro (Elfenbeinküste) im November 1974 aufgenommen. Privatarchiv Ernst Iten

Durchfahrt entgegenkommender Wagen oder beim Überholen eines langsameren Lastwagens. Die erste Nacht schliefen wir in einer Hütte im Dörfchen Kami, das ganz in der Nähe von Yamoussoukro lag. Der Dorflehrer hatte uns diese Unterkunft zugewiesen. Die Fahrt ging am anderen Morgen weiter. Je mehr wir gegen Norden fuhren, desto mehr lichtete sich der Urwald. Das Grasland, die Savanne begann. Die Temperatur war höher als im Süden, aber dank der trockeneren Luft viel erträglicher. Etwa 30 Kilometer vor Bobo-Dioulasso in Obervolta stotterte mein Auto. Der Motor war überhitzt. Ich liess Emanuel zurück und fuhr per Autostopp in die Stadt zu den Mitarbeitern unserer Entwicklungshilfe. Arn hatte mir in Abidjan vor der Abfahrt die Adressen der Schweizer auf meiner Reiseroute gegeben. Die Aufgaben der Entwicklungshelfer umfassten zum Glück auch die Schulung in Autoreparaturen. Sie holten Emanuel und meinen Renault 6. Der Motorschaden liess sich beheben, aber es sollte eine Woche dauern.

Anderntags nahm ich ein Taxi-brousse Richtung Mali. Emanuel blieb in Bobo-Dioulasso. In Mopti am Niger stieg ich aus: eine sehr geschäftige und trotzdem ärmliche Stadt. Dank des Zusammenflusses von Niger und Bani wird dieser Ort grosszügig das Venedig Malis genannt. Ich nahm mir ein Zimmer in der Nähe des «Endbahnhofes» des Taxi-brousse. Es war ein kleiner, schmuckloser Raum. Ein Moskitonetz hing an einer Stange am Kopfende des Bettes und ein Gecko lauerte auf Insektenbeute. Braves Tier! Der Schutz vor den Mücken war nötig,



Holztor eines vornehmen Hauses in Timbuktu (Mali), November 1974. Privatarchiv Ernst Iten

denn sie konnten Malaria übertragen. Von meinem Fenster aus las ich ein Plakat: «300 minutes de Paris – 300 jours de soleil». Ich beobachtete eine kleinere Gruppe von Weissen, die nacheinander in ein Gebäude gingen, nicht ohne sich vorher bei einem Wächter anzumelden. Ich wurde stutzig und wollte dies näher erkunden. Wie es sich herausstellte, waren es Händler aus Frankreich, die Dogon-Statuen erwerben wollten. Mir wurde der Zugang verwehrt. Die Polizei könne jeden Moment eintreffen und alles konfiszieren. Mali wolle nicht, dass die Kulturgüter der Dogon ausser Land geschmuggelt würden.

Beim Frühstück am nächsten Morgen erklärte mir der Kellner, dass heute eine Maschine nach Timbuktu flöge. Frisch gestärkt nahm ich ein Taxi zum Flughafen. Effektiv landete eine alte sowjetische Propellermaschine und brachte mich in die sagenumwobene Stadt am Südrand der Sahara. Ich sah beim Aussteigen, dass die Pneus der beiden unter den Flügeln angebrachten Räder bis zu den Felgen abgefahren waren. Mit einem ähnlichen Flugzeug wollte ich nicht zurückfliegen. Die

Vorbereitungen vor dem Dromedar-Ritt mit den Tuareg in Timbuktu (Mali), November 1974. Privatarchiv Ernst Iten

Landepiste war nicht geteert – nicht auszudenken, was mit solchen Reifen passieren konnte. Die Hitze am Mittag war extrem hoch. Im Hotel streckte ich mich auf dem Bett aus, liess den Deckenventilator laufen und wartete, bis die Sonne nach 16:00 Uhr ihre Kraft zu verlieren begann. Ich schlenderte hinaus. Die Stadt, im Schachbrettmuster angelegt, war aschgrau, die Strassen sandbedeckt. Die Mehrzahl der Häuser war mit Lehm verputzt. Auffallend waren die wunderbaren Holztore vornehmer Häuser mit Blechbeschlägen und abstrakten Mustern aus Eisennägeln. Hier mussten reiche Kaufleute gelebt haben. Timbuktu war jahrhundertelang der Ausgangspunkt für den Transsaharahandel. Die Stadt blühte im 14./15. Jahrhundert und galt als ein Zentrum islamischer Gelehrsamkeit. Als die Portugiesen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts jedoch Westafrika umschifften, erhielt das florierende Geschäft der Kaufleute eine ernst zu nehmende Konkurrenz. Der mysteriöse Ruf Timbuktus blieb, weil erst am Vorabend der Kolonisation Augenzeugenberichte von Europäern erschienen. Wegweisend war der Deutsche Heinrich Barth, der von 1853 bis 1854 in der Stadt weilte und deren Geschichte untersuchte. Zurück im Hotel, wandte sich der Concierge an mich. Es sei ein deutscher Gast eingetroffen. Vielleicht würde ich ihn gerne sprechen. Gesagt, getan! Heinke war von Frankfurt via Paris hierher geflogen, um für Reisende mit Abenteuerlust neue Routen zu erkunden. Morgen würden er und seine Begleiterin in ein Tuareg-Lager reiten, das einen Kilometer nördlich der Stadt lag. Er lud mich ein.

Ich ritt zum ersten Mal auf einem Dromedar, und entsprechend linkisch benahm ich mich. Ich fiel beim Aufstehen des Tieres fast zu Boden. Zum Glück führte ein junger Mann das Dromedar an einem Seil, sodass ich sicherer war. Mit lallenden Zungenschlägen und rhythmischem Händeklatschen begrüssten die Frauen den eintreffenden Zug. Es war der Teshaq, der Willkommenstanz, den sie uns zu Ehren aufführten. Wir wurden gastfreundlich in unser Zelt geführt und mit stark gesüsstem Pfefferminztee bewirtet. So viel erwiesene Ehre überraschte mich. Mein deutscher Gastgeber erklärte mir die Hintergründe. Die Tuareg fristeten ein erbärmliches Dasein. Der Handel brachte kaum mehr etwas ein, und die Dürre verschlimmerte alles. Ihr Stolz, den sie zur Schau trugen, rührte von der Vergangenheit her, als sie mit langen Karawanen durch die Sahara zogen und viel Gold verdienten. Abgesondert von den sesshaften Bewohnern von Mali hofften sie, dass vielleicht der Tourismus etwas einbringen könnte. Heinke hatte vorgesorgt: Ein Lamm schmorte an einem Spiess. Wir setzten uns um das Feuer auf den Boden, abgesondert hinter uns spielte eine alte Frau auf einer einsaitigen Fiedel, genannt Imzad. Es war ein Zeichen der Wertschätzung. «Das wird meine Gäste aus Deutschland begeistern. Toll, das nehmen wir ins Programm auf», rief Heinke dem Chef der Gruppe zu.

Als ich später den Film über diesen Ausflug zusammenschnitt, betitelte ich ihn mit «Die Zukunft liegt im Süden». Die Tuareg hatten ihren Einfluss gänzlich eingebüsst und fristeten ein geduldetes Nomadendasein am Rande Malis. Dem Seeweg gebührte die Zukunft des Handels. Ich war froh, dass mich der Deutsche zu ihnen gebracht hatte. Trotz des Elendes blieben sie stolz und waren ohne Hass gegenüber Fremden. Das sollte sich bei einigen wie so vieles in Afrika ändern. 2012 rutschte Mali ins Chaos. Die Islamisten errichteten im Norden des Landes eine Gewaltherrschaft und zerstörten wertvolle Mausoleen und eine Moschee in Timbuktu. Einer der Haupttäter war ausgerechnet ein Angehöriger der Tuareg, Al Faqi. Aber dies war erst der Anfang. Der islamistische Terror schlägt heute im ganzen Sahelgebiet zu.

Bei der Rückkehr ins Hotel erfuhr ich, dass am nächsten Tag ein Schiff Richtung Mopti fahren würde. Diese Chance wollte ich nicht verpassen, denn ein Flugzeug kam nicht mehr infrage. Ich fuhr mit einem Taxi zum zehn Kilometer entfernten Flusshafen, besser gesagt zur Anlegestelle des Schiffes. Es war ein Zweidecker, den eine Kommandobrücke überragte. Der Klipper hatte ungefähr die Grösse unserer Schiffe auf dem Vierwaldstättersee. Ich kaufte ein Billett mit Schlafplatz. Die Fahrt auf dem Nigerfluss, der einer riesigen Wasserfläche glich, war gemächlich. An der ersten Haltestelle näherte sich das Schiff einer Baumreihe, in deren Nähe sich eine grosse Anzahl von Frauen in langen, bunten Kleidern aufhielt. Als wir nahe genug bei dieser Stelle waren, wateten die Frauen uns entgegen. Das Wasser reichte ihnen bis zur Brust. Auf den Köpfen trugen sie Schüsseln mit Früchten, frittierten Fischen und Mineralwasser. Ein Rufen und Winken begann. Viele Passagiere kauften ihr Essen auf diese Weise. Als ich in meine Kabine zurückkehrte, war ich nicht mehr allein. Drei korpulente, voll verschleierte Frauen waren dabei, ihre Gepäckstücke auszubreiten und auf die Betten zu legen. Die Kabine bot für vier Personen Platz. Ich hatte gerade meine eigene Handtasche zurechtgerückt als Zeichen, welches meine Schlafstelle war, da verdunkelte sich die Kabine. Ein riesiger Mann füllte den Eingang aus. Er musterte mich von oben bis unten und

Aufnahme des Schiffes vor der Fahrt auf dem Niger, November 1974. Quelle: Privatarchiv Ernst Iten

brummte einige Worte, die ich nicht verstand. Wie sich herausstellte, war er ein Eunuch, der die drei Haremsdamen begleitete oder besser gesagt bewachen musste. In dem engen Raum stieg nicht nur die Hitze fürchterlich an, sondern auch der Geruch von Schweiss. Ich ging ins Freie. Vor der Türe stand der Eunuch mit gekreuzten Armen. Ich wanderte auf dem Deck herum; ich war der einzige Weisse. Gegen Abend holte ich in der Kabine eine Flasche Whisky aus meinem Gepäck. Eine der Frauen schlief bereits und schnarchte, die zwei anderen plauderten. Der Eunuch, der bei meinem Betreten sofort mit in die Kabine gekommen war, liess mich zum Ausgang durch. Ich stieg auf die Kommandobrücke, wo der Steuermann sein Rad bewegte und auf die Stimme eines Matrosen am Bug lauschte. Ich fragte den Kapitän, ob ich neben ihm Platz nehmen dürfe. Mich wunderte, wie der Steuermann in der Nacht die Route fand. Ich sah kein Flussbett, nur eine Wasserfläche, auf der der Mond sich spiegelte. «Wie macht ihr das?», erkundigte ich mich bei ihm. Er erklärte mir, dass vorne am Bug der Matrose nach Stauden und Bäumen Ausschau halte. Diese gäben den Flussrand an. Jetzt, nach der Regenzeit, sei alles überschwemmt. Das gelegentliche Zittern des Schiffes rühre vom Überfahren von Sandinseln her. Auf meinen fragenden Ausdruck hin lachte er: «Keine Angst. Wir bleiben nicht stecken.» Ich trank aus meiner Flasche und hoffte, dass er recht behalten würde. Die Nacht wurde lang und kühl, und die Sterne leuchteten, unverfälscht durch irdische Lichtquellen. Dann endlich, als ich mich auf die linke Seite drehte, glaubte ich, die aufgehende Sonne wahrzunehmen. Und es wurde Licht! Beinahe biblisch erschien mir die Szene.

44 Animistisches Opfer

In Mopti stieg ich aus und bezog die gleiche Unterkunft: endlich schlafen. Am anderen Morgen ging es mit dem Taxi-brousse zurück nach Bobo. Mein Auto war repariert. Die Fahrt mit Emanuel konnte weitergehen. Ich hatte ihm versprochen, dass wir das Dorf besuchen würden, in dem seine Eltern wohnten. Es lag ca. zwei Autostunden südöstlich von Wagadugu. Das «Dorf» glich eher einer Ansammlung von Hütten. Die Mauern der Wohnstätten waren aus gestampfter Erde, das Dach aus Stroh, die Zäune aus Staudenstecken. Wir brachten seinen Eltern ein Lamm, der Vater erhielt zusätzlich einen Boubou. Emanuel begrüsste seine Familie herzlich und stellte mich vor. Zum Glück übersetzte er alles für mich, denn sonst hätte ich nichts verstanden. Emanuels Vater meinte, es sei nützlich, vor einer grossen Reise den Segen des lokalen Zauberers zu erbitten. Mir war's recht. Es war ein alter Mann, der hinter dem Zaun vor seiner Hütte sass. Emanuel sprach mit ihm und zeigte ihm das mitgebrachte Huhn, das geopfert werden sollte. Als der Alte meine gezückte Kamera und das Tonband sah, winkte er ab. «Ein zusätzliches Huhn kann den Zauberer beruhigen», meinte Emanuel und rief einen kleinen Jungen, der ein zweites Tier brachte und sich uns neugierig anschloss. Nach dieser Zugabe begann die Zeremonie. Der Alte stand auf, füllte eine Tonschale mit Wasser aus einem grösseren Trog und nahm von Emanuel das Opferhuhn entgegen. Da ich alles auf Tonband aufnahm, übersetzte er mir hinterher das Gebet:

> Grosser Gott, nimm das Wasser, trink davon [der Zauberer goss etwas Wasser aus der Tonschale auf den Boden]. Vertreib die Mörder und alle, die Böses tun wollen. Wer mir Böses tut, soll selbst davon befallen werden. Da sieh das Huhn, welches dir als Preis geopfert wird, und erweise Gutes den Spendern.
> Sie sind gekommen, weil sie reisen wollen. Deshalb sind sie gekommen. Halte alles Böse von ihnen fern. Fahren sie mit dem Wagen zurück, soll alles gut gehen. Aber sollte ihnen etwas zustossen, so ist es eine Schande für dich, grosser Gott.
> Mein Vater, sein Onkel sollen gleichfalls Wasser trinken, damit das Opfer wirksam sei. Pitanga, Tambipelsi, Kurumako [das sind kleinere Hügel in jener Gegend], ihr drei helft mir, damit das Opfer wirksam werde. Überwacht die Spender wie meine Kinder, denn sie sind wie meine Kinder. Wer nach mir kommen wird [die nächste Generation], soll beistehen und Wasser trinken, damit das Opfer wirksam wird. Gleichfalls soll mein geistiger Zwillingsbruder helfen und Wasser trinken. Ich bin noch nicht zu alt. Trinkt alle, die ihr nach mir kommt.
> Sieh hier das Huhn, welches ich geben werde. Ich werde es für dich vorbereiten. [Er schnitt dem Huhn den Hals auf.] Sieh dein Huhn, zum Essen bereitet. Ich werfe jetzt das Tier.

Der Junge, der der Zeremonie beiwohnte, wandte unbekümmert ein, dass der Hals nicht gut aufgeschnitten sei, und übergab das Tier wiederum dem Zauberer. Der Alte schnitt von Neuem den Hals des Huhnes auf. Da das Tier flatterte, erklärte er: «Jetzt sagt es danke. Das Opfer ist gut.» Daraufhin warf er das Huhn vor sich auf den Boden. Als es auf den Rücken zu liegen kam, erklärte der Alte: «Dies zeigt, dass ihr wegreist. Ich werde jetzt die Beine des Huhnes brechen.» Der Junge holte das blutende Tier und übergab es dem Zauberer.

Ich war gerührt von diesem alten, zerbrechlichen Mann, seinem Ernst bei der Zeremonie und der Anschaulichkeit der animistischen Opferung. Ich war weit weg von der knienden Figur aus kolonialer Zeit beim Eingang des Katechismus-Raumes in meiner Jugend. Würde er einen Nachfolger finden? Wie lange würde es noch «Heiden» geben?

Im Dorf meines Hausangestellten Emanuel in Obervolta, November 1974. Privatarchiv Ernst Iten

Am anderen Morgen fuhren Emanuel und ich über Wagadugu nach Kumasi in Ghana und nach einer Übernachtung in jener Stadt zurück nach Abidjan. Die Reise verlief ohne Zwischenfälle. Nicht einmal ein Pneu musste gewechselt werden. Die Fürbitte des alten Zauberers hatte gewirkt.

Empfang und Vergnügen

Im März 1975 neigte sich mein Stage in der Elfenbeinküste dem Ende zu. Der Botschafter musste eine Qualifikation abgeben. Abgesehen von der Eröffnung der Autobahn war ich bei keinem *social event* dabei gewesen. Cocktailpartys, bei denen die Diplomaten mit vollen Whisky- und Champagnergläsern *small talk* betreiben, gehören zu den Standard-Klischees. In dieser Hinsicht durchlief ich eine Wüste! Doch schliesslich zeigte sich eine Oase. In der vorletzten Stagewoche bemerkte der Missionschef beim Lesen des Qualifikationsformulars, dass er mein Auftreten bei Empfängen zu beurteilen hatte. «Kommen Sie morgen zum Cocktail auf die Residenz. Ich werde dann sehen, wie ich die Frage des Formulars ausfüllen kann.» Es war mein erster und letzter Besuch auf der Residenz, dieser modernen Villa mit ihrem beleuchteten tropischen Garten im Botschaftsquartier Cocody.

Natürlich hatte ich schon viel früher Landsleute kennengelernt. Leonhard Arn nahm mich nämlich wenige Tage nach meiner Ankunft in die von einem Schweizer geführte ABC-Bar im Vergnügungsviertel Treichville mit. In diesem Lokal, gefüllt mit Rauch, Zaire-Musik und *Ghana girls*, die in der Fremde beim Anbie-

dern mehr verdienten als zu Hause, lernte ich den Sohn eines Walliser Schriftstellers kennen. Wir verabredeten, dass wir uns in der darauffolgenden Woche im eleganten Restaurant Santa Maria zum Abendessen treffen würden. Es galt damals als eines der besten Gourmetlokale für Meeresfrüchte und lag auf der Landzunge, welche den Atlantik von der Lagune trennte. «Wir gehen in Boubous gekleidet, wir wollen uns vergnügen!», fügte der Walliser bei. Es wurde ein spezieller Abend. Mit einem Taxi fuhren wir vor. Die milde Brise des Meeres empfing uns, mattes Licht fiel auf die Strasse und der hell beleuchtete Eingang war flankiert von einem Smoking tragenden Empfangswächter, dessen weisse Handschuhe aufleuchteten. Zuerst stieg mein Walliser Landsmann aus, wurde höflich begrüsst und mit einer einladenden Handbewegung Richtung Eingang gewiesen. Als die Reihe an mir war, begann der Empfangswächter zu lachen, was überhaupt nicht zur vornehm-eleganten Rolle passte, die er darstellen musste. Ich empfand es darum alles andere als lustig. «Ich amüsiere mich auch nicht darüber, wenn Sie als Schwarzer einen europäischen Smoking tragen. Also lassen Sie mir die Freiheit mit meinem Boubou!», fuhr ich ihn an. Er lachte noch mehr: «Patron, c'est pas ça. Ton Boubou est pour une femme!»

Rückblick

Am 13. März 1975 flog ich mit der Swissair zurück in die Schweiz. Es wäre vermessen anzunehmen, dass ich Afrika nun kannte. Ich hatte nur einen kleinen Teil gesehen, und dies nur zu einem bestimmten kurzen Zeitpunkt. Der riesige Kontinent verdient ein differenziertes Bild: Afrika ist nicht gleich Afrika. Die einzelnen Regionen und Länder sind zu unterschiedlich. Der Kontinent war und ist immer noch im Umbruch, sodass vieles hier Beschriebene bereits der Vergangenheit angehört. Trotz Dekolonisierung waren die Eingriffe des Westens in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art sichtbar. Ich hatte auch das Grosskapital kennengelernt, allerdings anders, als mein Vater gedacht hatte. Es wäre aber falsch, sich auszumalen, dass alle Fehlentwicklungen nur auf äussere Eingriffe zurückzuführen seien. Es gibt endogene Ursachen, insbesondere die korrupte Regierungsführung und die «ewigen» Präsidenten, fehlende Sicherheit, ungenügende Rechtsstaatlichkeit und mangelnde Modernisierung der Wirtschaft.

Ich konnte in meiner langen Karriere mehrere Male auf Afrika verweisen, zuletzt während der Generalkonferenz der UNESCO in Paris im Oktober 2009. Ich liess in der Ansprache unseres Landes den kurzen Hinweis einbauen, dass Afrika nach wie vor primär für Rohstoffexporte stehe. Dies habe zur Folge, dass der Mehrwert der Veredelung ausserhalb des Kontinentes generiert werde. Verarbeiteten die afrikanischen Staaten ihre Rohstoffe hingegen so weit wie möglich selbst, fiele dieser Mehrwert den Produzenten-Ländern zu. Sie könnten damit die technologische Entwicklung und die eigene Wissenschaft fördern; die Verarbeitung würde Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand aller Menschen erhöhen. Unsere Ansprache hatte zur Folge, dass mit der chinesischen Botschafterin ausgerechnet jenes Land den genauen Wortlaut dieses Redeabschnittes erfragte, welches unabhängig von den politischen Systemen und der Menschenrechtslage in Afrikas Staaten riesige Mengen von Rohstoffen zum eigenen Nutzen ausbeutet.

III Kurzeinsatz in Bern (1975–1977)

Noch in Abidjan erhielt ich die Telex-Meldung für meinen künftigen Einsatz: «Veuillez informer M. Iten nos intensions l'affecter – fin d'avril – à notre Ambassade à Rome». Ich freute mich riesig auf die Ewige Stadt. Ich hatte dort bereits als 19-Jähriger während meiner Sommerferien an der Kantonsschule Graubünden im Verlag der Zeitschrift *Città Nuova* gearbeitet, in der Via della Scrofa, unweit des Pantheons. Sofort schrieb ich einen Dankesbrief nach Bern und nahm die restlichen zwei Wochen Ferien bei den Eltern in Flums. Die Zentrale wollte mich für die politischen Dossiers nach Italien schicken. Die Sprache Dantes hatte ich am Gymnasium in Chur erlernt. Das Studieren fiel mir leicht. Ich liebte die Lebensweise der Menschen und die Kultur der Stiefelhalbinsel. Für meinen Einsatz in Rom wollte ich aber nicht nur Schulitalienisch beherrschen, sondern auch die politische Sprache erlernen und ein Gefühl für die gesellschaftliche Atmosphäre bekommen. Ich kaufte daher Zeitungen wie den *Corriere della Sera* und die *Stampa.* Ich war gerade dabei, mir den Prospekt für den Lancia 1600 Beta, mein künftiges Auto, anzuschauen, als ich einen Brief des EPD bekam: «Es tut uns leid, Ihnen mitteilen zu müssen, dass die Versetzung nach Rom nicht zustande kommt.» Ich würde aller Voraussicht nach in der Zentrale eingesetzt werden. Eine eisige Dusche hätte mich nicht härter treffen können. «Von Rom nach Bern!», rief ich sicher ein Dutzend Mal, wütend und enttäuscht. Meine Mutter tröstete mich:

> Schlimm, was dir passiert, und verständlich deine Reaktion. Aber stellen wir alles in einen grösseren Rahmen: Was nicht diesmal zutrifft, kann sich später ergeben. Du hast ja selbst gesagt, dass du einwilligtest, immer versetzbar zu sein. Ich würde die Hoffnung nicht aufgeben, dass es mit Rom ein anderes Mal klappt. Vielleicht lernst du zudem andere neue Welten kennen, die dir plötzlich gefallen.

Ich wollte damals nicht wissen, wie recht meine Mutter hatte. Versetzbar sein heisst, sich auf vieles gefasst zu machen, offen für Neues zu sein und nötigenfalls nach der Devise zu handeln: *Make the best of it!* Aber die Dusche aus Bern sass. Dem Wechselbad meiner Gefühle sollte ein Wechselbad der Einsatzideen in Bern folgen.

Das Departement bewies, dass es improvisieren konnte. Ich wurde provisorisch der Wissenschaftssektion bei den internationalen Organisationen zugeteilt. Es ging um Zulieferungen für Projekte der ESA, der Europäischen Weltraumorganisation, deren Mitglied die Schweiz war. Doch statt ins All zu schauen, hätte ich lieber etwas Definitives auf dem Planeten Erde gehabt. Der Posten sagte mir gar nichts, weshalb ich mit dem Personalchef sprach. Alfred Glesti verströstete mich: Sie wollten mich noch im Provisorium behalten, denn es sei vorgesehen, dass ich bei der KSZE-Delegation mitmache. Es dauerte und dauerte. Sogar der «Stagevater» schaltete sich ein und erwähnte, dass in New York die Rechtsabteilung frei werden dürfte. Aber auch daraus wurde nichts. Schliesslich rief mich der Perso-

nalchef an und offerierte ein «Zückerchen»: Ich könne Ende Juli nach Salzburg an ein Seminar im Schloss Klesheim gehen. Zusammen mit meinem Volée-Kollegen Johannes Bucher, alias Giovanni, wie wir ihn nannten, fuhr ich nach Österreich in jenes feudale Gebäude, in dem Hitler Mussolini empfangen hatte. Das Thema des Seminars galt Entwicklungsfragen. Die Klassen liessen mich kalt, denn das Provisorium hing mir wie ein Klotz am Bein. Mich interessierte mehr, was ausserhalb des Schlosses lief. Giovanni und ich fuhren in seinem Wagen am einzigen freien Wochenende nach Berchtesgaden und von dort zum Kehlsteinhaus. Das für den «Führer» erbaute Gebäude klebte auf einem Bergsporn in den Berchtesgadener Alpen. Der Ausblick auf die Bergketten war majestätisch, grossartig war auch die Sicht auf die vor uns liegende Landschaft und beindruckend der Felsabsturz bei der Gaststätte. Der Standort des Hauses war nicht zufällig gewählt worden. Er offenbarte die Ideologie der Nazis – ein Ausdruck von Macht. Wie ein Raubvogel konnte man von hier oben alles beobachten. Ein Sturzflug ermöglichte, gegnerische Objekte leicht anzugreifen. Was unten lag, war im übertragenen Sinn eine Beute, niedrig und vernichtenswert. Der Ausdruck Adlerhorst für das Kehlsteinhaus hätte passender nicht sein können. Architektur offenbarte sich mir an diesem Ort, trotz der bescheidenen Grösse des einfachen Baus, als Ausdruck diktatorischer Wertvorstellungen. Jahre später, 2005, fragte mich der Architekt Mario Botta bei einem Mittagessen in Lugano, als wir über den Plan zum Bau eines Museums über den altgriechischen Ruinen von Anthedon im Gazastreifen sprachen, was Architektur für mich bedeute. Ich schilderte ihm meine Eindrücke vom Adlerhorst. Architektur sei für mich ein Ausdruck der herrschenden Kultur zur Zeit der Erstellung eines Bauwerks. Mario Botta stimmte zu. Die Baukunst war für ihn «une expression de la civilisation».

Zurück in Bern ging das Provisorium weiter. Ich war enttäuscht. Doch eines Morgens, vor dem Bundeshaus West, passierte etwas. Botschafter Antonino Janner, der allmächtige Vorsteher der Verwaltungsdirektion, winkte mich zu sich und richtete mir Grüsse von Paulette aus. – Paulette? – Er half mir auf die Sprünge. Anlässlich seiner kürzlich erfolgten Inspektionsreise nach Abidjan habe er in Gesellschaft von Kanzleimitarbeiter Arn die Dame in der Bar «Oeil» getroffen. Sie habe ihn mit ihrer Hüfte angestossen und sich nach «Ernest» erkundigt. Ah, Paulette! Ich hatte sie beim Foutou-Essen im Hause von Etienne Ezo kennengelernt.

Zwei Tage später rief mich Glesti in sein Büro. Sie hätten nun eine Stelle für mich: Botschafter Janner wolle mich als juristischen Mitarbeiter bei der Personalsektion haben. Ich könne dieses Angebot zwar immer noch ausschlagen, er würde dies jedoch nicht empfehlen. Er hatte recht: Die Verwaltungsdirektion entschied über alle personellen Fragen wie Versetzungen und Ernennungen. Natürlich tat sie dies nicht allein, aber sie hatte meist das letzte Wort, weil sie den umfassenden Überblick über die personellen Ressourcen hatte und je nachdem «Gegengeschäfte» anbieten konnte. Wer würde also dem Wunsch des gewichtigen Direktors nicht entsprechen? Sicher nicht einer, dessen Karriere erst begann! Paulettes Hüftenschwung hatte über meinen Einsatz entschieden.

Der Kreis schloss sich: Ich begann an der Eigerstrasse 73 zu arbeiten, dort also, wo ich den Concours gemacht hatte. Das Büro war immer noch grau wie alle Räume in jenem Gebäude. Dem half ich so schnell wie möglich ab. Ich hängte

einige farbige Bilder auf, darunter meinen ersten Ankauf eines Kunstwerkes im Jahre 1966, die Lithografie «Autrement que sur terre» von Le Corbusier, die der Künstler 1963 geschaffen hatte. Etwas Farbiges brauchte ich, denn die Atmosphäre im zweiten Stock, wo die Personalsektion arbeitete, empfand ich so grau und beengend wie das Innere des Hauses.

Während Botschafter Janner seine Direktion autoritär leitete und für streng hierarchische Arbeitsabläufe sorgte, war Vizedirektor Ludwig Meier, der Chefjurist, persönlich aufgeschlossen und besass Humor. Der Spass hörte für ihn jedoch auf, wenn er befürchtete, dass ein Mitarbeiter in kommunistische Fänge geraten könnte. In einem solchen Fall urteilte er streng. Ausgeschlossen, dass sich ein Diplomat mit einer Bürgerin aus einem Ostblockland verheiraten könnte. Ein solcher Romeo wurde vor die Wahl gestellt, entweder die Beziehung zu beenden oder das Departement zu verlassen. Ein Gang ans Bundesgericht war möglich, doch blitzten Kläger zu Meiers Freude dort ab. Genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger für ihn war, dass kein Wolf im Schafspelz ins EPD aufgenommen würde. Ich war noch nicht lange an der Eigerstrasse, als der Vizedirektor ganz aufgeregt in mein Büro schoss. Was war geschehen? Heinrich Gattiker, der zwei Jahre nach mir ins Aussenministerium eingetreten war, war zu seiner Vergangenheit befragt worden. Meier hatte von der Bundesanwaltschaft erfahren, dass Gattiker Genosse der KJS, der Kommunistischen Jus-Studenten, gewesen sei. Der Befragte verteidigte sich gegenüber dem Vizedirektor mit dem Hinweis, dass die Gruppe, als er Mitglied der KJS an der Universität Zürich gewesen sei, «kritische» Jus-Studenten geheissen habe. Offenbar sei sie später einem Linksdrall verfallen. Er bat Meier, seinen Mitarbeiter Ernst Iten zu fragen, ob er recht habe. Iten sei nicht nur Mitglied, sondern sogar einer der Gründer der KJS gewesen. Gesagt, getan. Der Vizedirektor befürchtete nun, dass ausgerechnet ihm ein Kuckucksei ins Nest gelegt worden sei. «Wieso haben Sie beim Eintritt in den diplomatischen Dienst verschwiegen, dass sie bei der KJS waren?», fragte er mich ohne Umschweife. Ich blieb ruhig und bestätigte Gattikers Aussage. Wir hätten das Kind geboren, aber es habe sich anders entwickelt als von den Eltern gewünscht. Wäre dem nicht so, hätte er sicher von der Bundesanwaltschaft einen Hinweis erhalten … Wie sich einige Jahre später herausstellte, basierten die Auskünfte der Bundesanwaltschaft auf den berühmt-berüchtigten Fichen. Die Datensammlungsaktivitäten kamen 1989 ans Licht und mündeten in den Augen vieler Bürger in einen wahren «Fichenskandal». Mein Freund Gattiker blieb im Departement und machte eine bemerkenswerte Karriere. Er war vor seinem zu frühen, tragischen Tod 1997 ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg, wo er fleissig die europäische Menschenrechtskonvention und deren Anwendung verfolgte …

Das Verdienst von Botschafter Janner bestand darin, dass er das Departement durchleuchtete. Er initiierte dazu die Arbeitsgruppe Florian, deren Aufgabe es war, die Arbeitsweise des Aussenministeriums zu überprüfen und Vorschläge zu erarbeiten mit dem Ziel, die knapper werdenden Mittel bestmöglich einzusetzen. Nachdem der Schlussbericht vorlag, wurde ich beauftragt, die Empfehlungen in die Beamtenordnung (BO) III und die Vollzugsreglemente einzubauen. Diese Arbeit gefiel mir. Ich lernte sehr viel über die Abläufe, Möglichkeiten und Beschränkungen unseres Tuns und Lassens. Der Antrag zur Änderung der BO III musste

Fest der Verwaltungsdirektion 1975. Vorn in der Mitte mit Brille Botschafter Antonino Janner, vis-à-vis von ihm Sektionschef Erik Lang. Privatarchiv Ernst Iten

mit einer Begründung an den Bundesrat gerichtet werden, die Verbesserungen der Vollzugsreglemente erfolgten auf der Stufe des Departements. Alle Vorschläge wurden angenommen. Sie blieben in Kraft, bis Bundesrat Flavio Cotti Jahre später massive Kürzungen verlangte und die gesamten Regelungen ändern liess.

Direktor Janner war begeistert. Nicht nur wurde sein grosses Werk ohne Wenn und Aber umgesetzt, ich hatte diese Arbeit auch in Rekordzeit bewerkstelligt. Er zitierte mich in sein Büro und wollte mir seine Dankbarkeit zeigen. Er bot mir an, sofern es meine Pflichten in Bern erlaubten, eine Ferienablösung in Bangkok zu machen. Er glaube, mit meinem Arbeitseifer sei dies vereinbar. Ich dankte ihm für das Vertrauen und nahm die Gelegenheit gerne wahr, denn Thailands Kapitale musste einen Ledigen reizen … So konnte ich Anfang April 1976 für sechs Wochen den engen Verhältnissen in Bern entkommen. Die Arbeit in Bangkok und das Ambiente sprachen mir zu. Ich analysierte zum Beispiel die doppelbödige Politik der kommunistischen Mächte in Siam. Wie bekannt, wurden in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre Vietnam, Kambodscha und Laos kommunistisch regiert. Thailand befürchtete, als nächster «Dominostein» zu fallen. Um dem entgegenzuwirken, nahm Bangkok 1975 mit Beijing diplomatische Beziehungen auf. Dahinter stand die Hoffnung, so der Aussenminister, dass China die Unterstützung der Aufständischen beenden würde. Dem war jedoch nicht so. «Regierung und Partei bilden in kommunistischen Ländern eine Einheit; sie sind die beiden Arme desselben Körpers», schrieb ich im Mai 1976 in einem politischen Bericht dazu. Botschafter Rudolf Hartmann lobte meinen Einsatz gegenüber der Zentrale.

51 Wie zu erwarten hatte sich bis zu meiner Rückkehr in Bern ein gewaltiger Stoss von Akten mit dringenden Geschäften angesammelt. Mein direkter Vorgesetzter war der Sektionschef der Personalabteilung, ein sehr pflichtbewusster, fleissiger und seriöser Mann. Eine seiner Aufgaben war es, als Sekretär der Beförderungskommission zu wirken. Wie jedes Jahr wurden auch Ende 1975 nicht alle Mitarbeiter, welche die formellen Voraussetzungen erfüllten, befördert. Die Liste der Höhereingestuften erschien üblicherweise kurz vor Weihnachten, und wer darauf nicht erschien, war nicht berücksichtig worden. Wer mit dem Entscheid nicht zufrieden war, konnte in einem ersten Schritt, d. h. vor einem eigentlichen Rekurs, schriftlich die Gründe für die Nichtbeförderung verlangen. Mir oblag nun, die «Ursachen» der Entscheide zu eruieren und die Antwortbriefe samt Rechtsbelehrung zu entwerfen. Es gab, abgesehen von den mit vier unterschiedlichen Buchstaben markierten Empfehlungen der Verwaltungsdirektion (A: zu befördern, B: eventuell befördern, C: eher nicht zu befördern, D: keine Beförderung) und den eigentlichen Qualifikationen, oft sehr wenige Anhaltpunkte. Manchmal konnte ein nicht öffentliches «B-Dossier», das über einen Fragenden existierte, Aufschluss geben. In der Regel blieb mir jedoch nichts anderes übrig, als mit dem Sektionschef die einzelnen Fälle zu besprechen und seine Kommentare aus der Beförderungskommission in die Stellungnahme einzubauen. Ich konnte gut nachvollziehen, dass sich die meisten nach einer solchen Antwort wie der Bankangestellte Josef K. in Kafkas Roman «Der Prozess» vorkommen mussten: Vieles blieb im Dunkeln und stichhaltige Gründe gab es nur wenige. Die erwähnten «B-Dossiers» erlöste ich übrigens Jahre später als Vizedirektor von ihrer Aura des Geheimnisvollen.

Kurz vor Weihnachten 1976 war es an mir, erstaunt zu sein, dass ich nicht befördert wurde. Wie aus heiterem Himmel erreichte mich die Nachricht. Kein Wink, kein Zeichen, keine Bemerkung, nur immer das gleiche freundliche Lächeln meiner Chefs. Ich begriff überhaupt nichts mehr. Ich war gelobt worden, hatte für meine Tätigkeit gar eine Belohnung in Form einer Ferienablösung erhalten, und jetzt dieser Entscheid! Ich begann zu grübeln. Ich kannte die Abläufe, hatte Einsicht in alle Akten, ausser, verständlicherweise, in jene für das laufende Jahr. Es war klar, dass der Entscheid an der Eigerstrasse gefällt worden war, in völliger Geheimnistuerei, so verschlossen, als arbeitete ich im Vatikan. Ich wollte nicht schriftlich die Gründe erfragen, ich tat es mündlich, denn ich sass ja an der Quelle. Es begann ein hierarchisches Hinaufkomplimentieren. Mein direkter Vorgesetzter schickte mich zu seinem Chef: Glesti. Dieser hörte verständnisvoll zu und fügte an, dass sie meine Arbeit sehr schätzten und lange über meinen Fall geredet hätten. Schliesslich seien sie zur Ansicht gekommen, dass es vielleicht zu viel des Guten wäre, mir die Ablösung in Bangkok *und* eine Beförderung zu gewähren. Die Direktion könnte wie ein Selbstbedienungsladen aussehen. Ich entgegnete kurz, dass ich nie vor die Wahl Bangkok oder Beförderung gestellt worden sei. Glesti, dem wegen der Geschichte sichtlich unwohl war, riet mir, mit Botschafter Janner zu reden.

Die Formulierung «Selbstbedienungsladen» verriet mir, dass der Direktor hinter dem Entscheid stand. Es war eine seiner typischen Wendungen. Glestis Worte offenbarten mir ferner, dass es letztlich weniger um mich als um die Wahrnehmung und Bewertung der Direktion ging. Botschafter Janner wollte seine

Führung mit keinem Makel befleckt sehen. Er wollte seinen Wunschposten als Missionschef in Rom unter keinen Umständen gefährdet wissen, er, der aus dem kleinen Walserdörfchen Bosco Gurin stammte und davon träumte, in der Hauptstadt des einstigen antiken Imperiums zu wirken. Und Janner wusste warum, denn sein Begehren war im «Palais», wie das Bundeshaus West unter uns genannt wurde, nicht unumstritten. Zwar gibt es in der Diplomatie den *esprit de corps,* der sich nach aussen als Einheit zeigt; bei der eignen Karriere hingegen ist sich jeder selbst am nächsten.

Ich hatte tags darauf die Unterredung mit dem Direktor. Sie verlief, wie es nach diplomatischen Treffen heisst, offen, und jeder hatte seinen Standpunkt dargelegt. Es war klar, dass das Vertrauen zerbrochen war und eine weitere Zusammenarbeit sich schwierig gestalten würde. Mein Elan musste in einer solchen Umgebung leiden. Klar war auch, dass die Direktion nicht zurückkrebsen konnte, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Welchen Ausweg suchen? In den ersten Tagen des neuen Jahres rief mich Glesti zu sich. Sie seien zum Schluss gekommen, dass mich eine Versetzung wahrscheinlich mehr interessieren würde als ein Weitermachen in Bern. Ich konnte nur zustimmen. Sie wüssten, fuhr er fort, wie sehr mich Lateinamerika interessiere. Der Posten des ersten Mitarbeiters in Kolumbien werde im Frühling frei. Mir fiel ein Stein vom Herzen. Zum ersten Mal seit Langem fühlte ich mich wieder ruhig an der Eigerstrasse. Glesti bemerkte meinen Stimmungsumschwung, war selbst erleichtert und fügte hinzu: «Dann werden wir diese Versetzung in die Wege leiten.» Mein Misserfolg endete also in einer Win-win-Situation. Ich verliess statt nach den üblichen vier Jahren schon nach deren zwei meinen Posten in Bern und gab die Wohnung in der Altstadt, an der Gerechtigkeitsgasse 48, auf. Das Appartement lag neben der eleganten Brunnenfigur der Justitia. Beim letzten Betrachten der Statue mit ihren verbundenen Augen sagte ich mir, dass die Direktion eine Lösung gefunden hatte, die besser für alle war als ein justiziabler Entscheid. Ich war überglücklich, wieder ins Ausland versetzt zu werden. Dort wollte ich Diplomatie betreiben, nicht «Departements-Innenpolitik» an der Eigerstrasse.

IV Kolumbien (1977–1981)

Skizze des Landes

Der Name Kolumbien erinnert an den Entdecker der Neuen Welt. Die Einflüsse Spaniens, ganz zu schweigen von Sprache und Religion, sind denn auch wie in ganz Lateinamerika bis heute sichtbar, angefangen bei der befestigten karibischen Küstenstadt Cartagena bis in abgelegene Flecken wie Villa de Leyva im Departement Boyaca. Die Einflüsse gehen aber weit über das Sichtbare hinaus. Der venezolanische Schriftsteller Uslar Pietri, den ich Jahre später als Botschafter in Caracas besuchte, formulierte die Besonderheit Lateinamerikas wie folgt (Übersetzung von mir):

> Die Männer, die für die Unabhängigkeit der afrikanischen und asiatischen Kolonien kämpften, taten dies, um die Repräsentanten einer eingedrungenen fremden Kultur zu verjagen und bis zu einem gewissen Grad zum «Status quo ante» zurückzukehren als Bestätigung der ursprünglichen Identität. Nichts dergleichen gab es beim Unabhängigkeitsprozess Lateinamerikas. Weder suchte man eine fremde Kultur zu verjagen, noch dachte man daran, zu irgendeiner Situation vor der Eroberung zurückzukehren. Der Kampf der Befreier galt politischen Ideen und sozialen Organisationsformen. Nie hegten sie die Idee, die fundamentalen, geerbten Institutionen des spanischen Imperiums abzulehnen.

Die Periode seit der Unabhängigkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts gleicht trotzdem keiner linearen Fortsetzung der Entwicklung unter der Krone Madrids. Kolumbien – und dies gilt *grosso modo* für die meisten lateinamerikanischen Länder – hatte bei seiner Staatsgründung in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht starre Strukturen geerbt. Die kreolische Elite, angeführt vom Befreier Simon Bolivar, änderte am sozialen Aufbau nichts Wesentliches. Sie übernahm die «kolonialen» Klassen inklusive die Sklaverei und die Unterdrückung der Indios, selbst wenn Bolivar den Sklavenhandel verbot. Die politischen Strukturen des neuen Staates Kolumbien erwiesen sich, verglichen mit den gesellschaftlichen, aber als so schwach, dass es während Jahrzehnten zu zahlreichen Rivalitäten und blutigen Kämpfen unter Caudillos kam. Aber selbst die starken gesellschaftlichen Strukturen zerbrachen mit der Zeit. Was blieb, waren soziale Spannungen zwischen einer kleineren, begüterten Elite und der grassierenden Armut der Mehrheit des Volkes. Der Staat erwies sich als zu schwach, um die gegensätzlichen Interessen der Bevölkerung auszugleichen oder spürbar zu lindern. Die Konflikte wurden gerne ausserhalb des juristischen Rahmens ausgetragen, indem Klientelismus, Selbstjustiz, Korruption oder schlicht Gewaltausübung ganzer Gruppen für «Gerechtigkeit» sorgten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich langsam eine kleine Mittelschicht heraus, und einzelnen Vertretern gelang es, in die Elite aufzusteigen. Die sozialen Spannungen und die Unsicherheit aber blieben. Viele Akademiker, die keine Aufstiegschancen sahen, suchten ihr Heil bei klassenkämpferischen

Ideologien. Ein zusätzliches Übel begann in den 70er-Jahren: der Drogenanbau. Er übte einen wachsenden, zersetzenden Einfluss auf die Gesellschaft aus.

Die soziale Ungleichheit Kolumbiens findet ihr «Pendant» in der geografisch gesehen ungleich verteilten Besiedlung des Landes. Kolumbien ist rund 28-mal so gross wie die Schweiz und zählt heute 49 Millionen Einwohner. Drei Viertel der Bewohner aber leben in den Anden, die nur 22 Prozent der Landesfläche ausmachen. Weite Gebiete wie die Tiefebenen im Osten oder am Pazifik sind kaum bewohnt. Grösste Armut herrscht meist in diesen Gegenden, die den Guerilleros Schlupfwinkel bieten und zum Drogenanbau genutzt werden. Ein zusätzliches Problem bilden die ungenügenden Infrastrukturen. Vor diesem Hintergrund begann mein Einsatz im Mai 1977.

Violencia

Zwei Schwerpunkte kennzeichneten meine Tätigkeit in Kolumbien als erster Mitarbeiter des Botschafters: die Unsicherheit und Gewalt, lokal «Violencia» genannt, sowie eine intensive, fruchtbare Beziehung zur Schweizer Kolonie.

Das Thema Gewaltandrohung begegnete mir früh. Ich war erst fünf Wochen in Bogotá, als ein Schweizer entführt werden sollte. Es ging um Geldforderungen. Am 22. Juni 1977 erschien Hans Koller bei mir auf der Botschaft, die in einer zweistöckigen Villa unterhalb des Militärspitals lag. Ich war zu diesem Zeitpunkt Geschäftsträger, weil der Missionschef in Ecuador weilte. Der Besucher erläuterte mir, er habe verschiedene «Warnungen» erhalten. Beim letzten Anruf habe die Stimme bis zum 24. Juni eine Million Pesos, ca. 70 000 Franken, verlangt – oder der Angerufene werde entführt. Nach einigen Überlegungen und dem Durchspielen verschiedener Szenarien schien uns eine Wegreise Kollers das Beste zu sein. Er sollte uns, sobald er in der Schweiz wäre, durch seinen Schwager benachrichtigen. Dies tat er denn auch. Nachdem er einige Tage lang nicht mehr gesehen worden war, ging jedoch das Gerücht um, er sei entführt worden. Am 28. Juni strahlte Radio Schweiz prompt eine diesbezügliche Meldung aus. Sensationshungrige Journalisten bombardierten die Botschaft mit Fragen. Hans Koller konnte in der Folge dann alles bereinigen. Er besitzt inzwischen eine der fortschrittlichsten Fleisch- und Wurstwarenfabriken des Landes und unsere Kontakte dauern bis heute an.

Selbstjustiz und Gewaltandrohung, die sich auf «privater» Ebene wie im Falle Koller zeigten, haben leider auch auf nationaler Ebene in Kolumbien Tradition. Die neuere politische Violencia des Landes wird in der Regel auf 1948 zurückdatiert. Damals wurde der redegewandte Politiker und Führer der Liberalen, Jorge Eliezer Gaitan, ermordet. Blutige Ausschreitungen und Verwüstungen folgten. General Rojas Pinilla versuchte 1953 mit einem Militärputsch, die Ordnung wiederherzustellen. Die entmachtete politische Elite raufte sich darauf zusammen, und die zwei führenden Parteien, die Konservativen und die Liberalen, bildeten 1957 einen Pakt, die Nationale Front. Die präsidiale Macht sollte während 16 Jahren abwechselnd unter ihnen geteilt und die Diktatur entmachtet werden.

Begrüssung durch Präsident Alfonso Lopez Michelsen im Beisein von Botschafter Auguste Geiser in Bogotá (Kolumbien) am 6. August 1978. Privatarchiv Ernst Iten

Präsident Lopez Michelsen und seine Reformen

Als ich meine Tätigkeit in Bogotá aufnahm, war Alfonso Lopez Michelsen Präsident. Er war ein Abkömmling der Elite Bogotás und Sohn des zweimaligen Präsidenten Alfonso Lopez Pumarejo. Mit seiner Wahl endete der Pakt der Nationalen Front. Der neue Staatschef galt als liberaler Hoffnungsträger.

Der Präsident hatte 1974 eine Steuerreform durchgesetzt, um einerseits das Fiskaldefizit zu beseitigen und anderseits verstärkte Sozialausgaben zu leisten. Ein schwieriger Spagat! Er erreichte diese Ziele anfänglich weitgehend, da die gestiegenen Exporteinnahmen wegen der hohen Kaffeepreise die Massnahmen erleichterten. Der reichlich strömende Devisenzufluss erlaubte es dem Präsidenten zudem, dass die Regierungsprogramme nicht wie in anderen lateinamerikanischen Staaten über ausländische Kredite finanziert werden mussten. Kolumbien erlebte darum in den 80er-Jahren kein «verlorenes Jahrzehnt» wie der Rest der Region. Aussenwirtschaftlich strebte der Staatschef danach, die protektionistischen Fesseln zu lockern, indem er sich für freie Unternehmen und ausländische Investitionen einsetzte. Es schien, als ob ihm alles gelänge.

Die sozialen Programme des Präsidenten konnten jedoch nicht verhindern, dass die Inflation stieg, die Subsidien gekürzt werden mussten und die Tarife öffentlicher Unternehmen für Strom und Wasser anstiegen. Sein «klares» Mandat

wurde vom Volk zunehmend als «teures» Mandat qualifiziert. Die Zustimmungsrate für den Präsidenten sank entsprechend. Die Stunde der Wahrheit kam im September 1977. Auf den 14. jenes Monats hatten die vier grössten Gewerkschaften einen Generalstreik ausgerufen. Diese Kampfmassnahme richtete sich gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Die Inflation zog allein seit Januar 1977 um 30 Prozent an. Das zweite Anliegen richtete sich gegen den einjährigen Ausnahmezustand. Die Inflationsbekämpfung war dem Präsidenten aber wichtiger als die Lohnforderung, und seine Regierung stufte den Streik als subversiv ein. Dabei betrug der damalige Mindestlohn nur 135 Franken. Lopez Michelsen setzte am Streiktag auf die staatlichen Sicherheitskräfte. Schwere Zusammenstösse mit mehreren Toten, Hunderten von Verletzten und rund 4000 verhafteten Streikenden waren die Folge. In einem Bericht nach Bern schilderte ich am darauffolgenden Tag die faktischen Ereignisse. Wie sich herausstellte, beendeten dieser Streik und dessen Niederschlagung das liberale Image des Präsidenten. Die eingesetzten Massnahmen reihten sich in die berühmt-berüchtigte Doktrin der «Nationalen Sicherheit» ein.

Die Doktrin der Nationalen Sicherheit

Dieser Doktrin folgend wurden soziale Unruhen nicht primär auf ihre ökonomischen Ursachen hin untersucht, sondern als Subversion betrachtet, die entsprechend bekämpft werden musste. Ich unterhielt mich mehr als einmal darüber mit Dora Rötlisberger, Professorin und Direktorin der Abteilung für Politische Wissenschaften an der Universidad de los Andes. Tuti, wie ich sie nennen durfte, gehörte einer der reichsten und angesehensten Familien der Schweizer Kolonie an. Ich war zudem gut befreundet mit ihrem Bruder Jorge, mit dem ich öfter Tennis spielte. Laut Tuti war die Doktrin ein Mittel der amerikanischen Aussenpolitik im Kampf gegen die kommunistische Unterwanderung, wie sie sich auf Kuba und in Chile unter Allende gezeigt hatte. Angestrebt wurde, dass das Militär ausschliesslich der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung zu dienen hatte. «Subversive» Ansätze sollten möglichst im Keim erstickt werden. Kurz: Die lateinamerikanischen Militärs wurden ein Werkzeug im Kampf des Kalten Krieges. Laut Tuti war die Gefahr gross, dass in Kolumbien zwar die verfassungsmässige Fassade aufrechterhalten blieb, die eigentliche Demokratie aber ausgehöhlt wurde.

Wirtschaftliche Aspekte

Ein erster Mitarbeiter einer kleineren Botschaft ist in der Regel mit ökonomischen Aufgaben betraut. Ich hatte das Glück, dass Botschafter Auguste Geiser ein ausgezeichneter Kenner dieser Materie war und mich vieles lehrte. Dies half mir bei der Berichterstattung über die Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Schweiz war damals hinter den USA, Kanada und Panama (wegen der Offshore-Firmen) der viertgrösste Investor. Das kolumbianische System der Importsubstitution, also der lokalen Fabrikation anstelle von Einfuhren, bildete eine der Ursachen für unsere starke Präsenz. In Bogotá waren mehr als 250 Schweizer Gesellschaften vertreten. Die grossen multilateralen Firmen wurden im Ge-

57 gensatz zu heute fast ausschliesslich von unseren Landsleuten geleitet. Die Geschäftsmänner hatten wenige Jahre vor meiner Ankunft eine Art Handelskammer gegründet, den Circulo Colombo-Suizo, um ihre Interessen besser vertreten zu können. Die Botschaft wurde durch drei Ehrenkonsuln in Barranquilla, Medellín und Cali unterstützt.

Ein zentrales Anliegen meiner Aufgaben war die Exportförderung. Die Schwerfälligkeit des Staatsapparates und viele überflüssige administrative Hürden raubten viel Zeit. Positiv war dafür das freundschaftliche Ambiente. Gute Beziehungen konnten manche Hindernisse überwinden und Entscheide beschleunigen. Unsere Landsleute (ca. 2000) unterhielten erstklassige Verbindungen, die bis hinauf zur Präsidentschaft reichten.

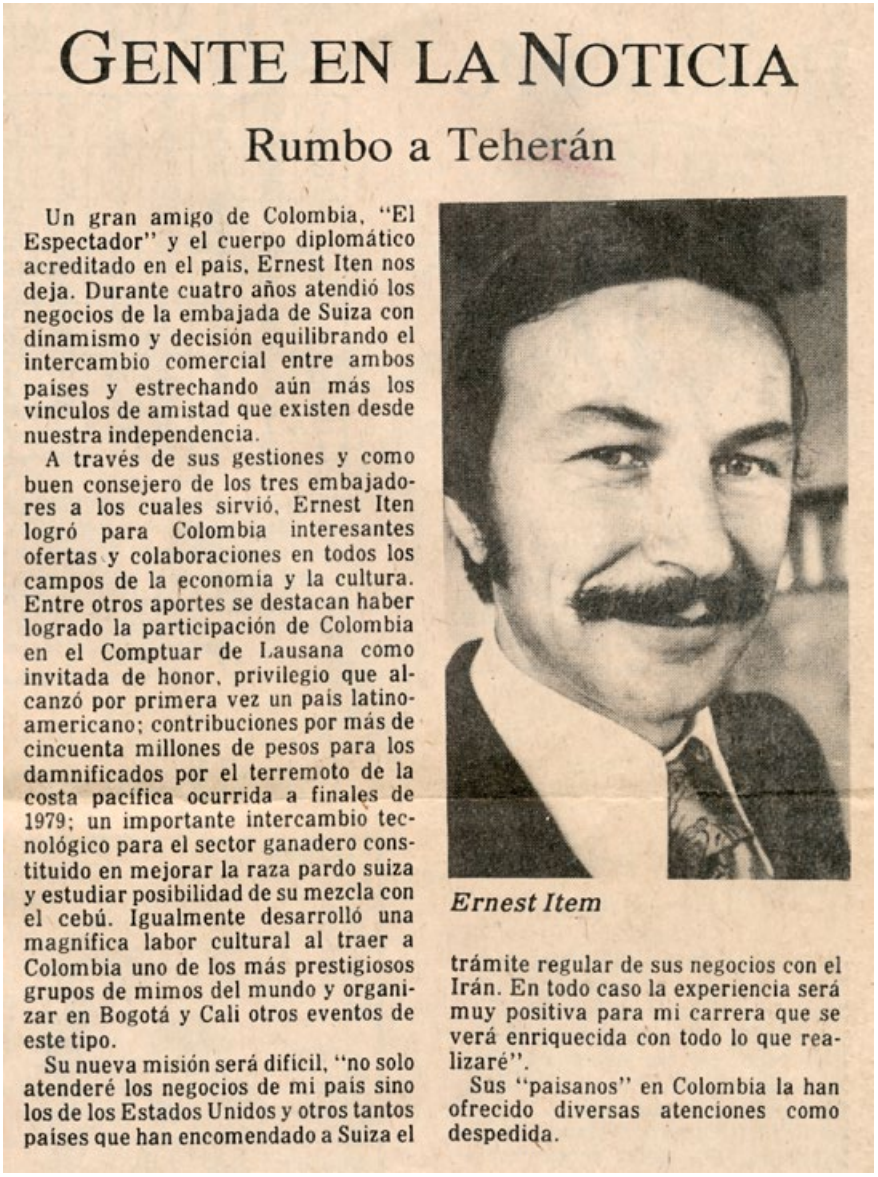
Eine grosse Stütze für den Einfluss in Kolumbiens Gesellschaft bildete das Colegio Helvetia mit rund 800 Schülern. Es gehörte zusammen mit der französischen Schule zu den besten Unterrichtsstätten des Landes. Wer etwas auf sich hielt, schickte seine Kinder in eines dieser zwei Institute. Da die Schulgebühren, abgesehen von den Stipendien für weniger Bemittelte, hoch waren, traf man hier viele Sprösslinge der Elite an, was dazu beitrug, dass unser Land eine positive Rückwirkung auf sein Image und seine Produkte erhielt.

Für die Exportförderung waren Informationen nötig, die am besten über ein Netzwerk einzuholen waren. Botschafter Geiser lud gezielt zu Business-Lunches ein. Er hatte bei seiner früheren Tätigkeit als Botschaftsrat für Wirtschaftsfragen bei unserer Mission in Washington gelernt, wie nützlich solche Essen waren. Kommerzielle Lunchs pflegten natürlich auch die Geschäftsleute unter sich. Kurz nach meiner Ankunft lud mich Toni Heeb, Direktor der Banco de Crédito, zu einem *viernes cultural* im obersten Stock des Hotel Hilton ein. Ich hatte keine Ahnung, was dieser «kulturelle Freitag» bedeuten sollte. Der Gastgeber (wir wurden beste Freunde) erklärte dies mit seinem charakteristischen Humor: «Nach dem *viernes cultural* gehst du nicht mehr ins Büro …». Die Einladung war denn auch mehr *gutural* als *cultural!*

Die Massenmedien standen im Zentrum unseres Werbens. Ich konnte gute Beziehungen zu den zwei grössten Zeitungen des Landes (*El Tiempo* und *El Espectador*) anknüpfen. Zu dem fast gleichaltrigen Sohn des Herausgebers des *Espectador*, Guillermo Cano, pflegte ich freundschaftliche Beziehungen. Als meine Versetzung bekannt wurde, widmete mir die Zeitung am 11. Februar 1981 die Kolumne «Gente en la noticia», eine seltene Auszeichnung für einen jungen, unbekannten Diplomaten. Dank unserer guten Kontakte zum Fernsehen strahlte der Lehrkanal regelmässig eine spezielle Sendung zum Feiertag am 1. August aus. Ich wurde zweimal als Geschäftsträger dazu interviewt.

Ein wichtiges Ereignis für die Präsentation und Bekanntmachung unserer Produkte war die «Feria», die Industriemesse in Bogotá, auf die einige Geschäftsleute sehnlichst warteten, um endlich Schweizer Weine, Bündner Fleisch, Fonduepackungen und Spirituosen einführen zu können. Unser Land hatte jeweils einen eigenen Pavillon samt Restaurant, und in den Zeitungen erschien eine «Separata» (eine Extrabeilage).

Botschafter Geiser eröffnete mir, dass vom 22. bis 24. Februar 1978 Botschafter Peter Bettschart, Delegierter für Handelsverträge des Bundesrates, in Kolumbien



GENTE EN LA NOTICIA

Rumbo a Teherán

Un gran amigo de Colombia, "El Espectador" y el cuerpo diplomático acreditado en el país, Ernest Iten nos deja. Durante cuatro años atendió los negocios de la embajada de Suiza con dinamismo y decisión equilibrando el intercambio comercial entre ambos países y estrechando aún más los vínculos de amistad que existen desde nuestra independencia.

A través de sus gestiones y como buen consejero de los tres embajadores a los cuales sirvió, Ernest Iten logró para Colombia interesantes ofertas y colaboraciones en todos los campos de la economía y la cultura. Entre otros aportes se destacan haber logrado la participación de Colombia en el Comptuar de Lausana como invitada de honor, privilegio que alcanzó por primera vez un país latinoamericano; contribuciones por más de cincuenta millones de pesos para los damnificados por el terremoto de la costa pacífica ocurrida a finales de 1979; un importante intercambio tecnológico para el sector ganadero constituido en mejorar la raza pardo suiza y estudiar posibilidad de su mezcla con el cebú. Igualmente desarrolló una magnífica labor cultural al traer a Colombia uno de los más prestigiosos grupos de mimos del mundo y organizar en Bogotá y Cali otros eventos de este tipo.

Su nueva misión será difícil, "no solo atenderé los negocios de mi país sino los de los Estados Unidos y otros tantos países que han encomendado a Suiza el trámite regular de sus negocios con el Irán. En todo caso la experiencia será muy positiva para mi carrera que se verá enriquecida con todo lo que realizaré".

Sus "paisanos" en Colombia la han ofrecido diversas atenciones como despedida.

Ernest Item

Zeitungsartikel mit dem Titel «Gente en la noticia», El Espectador vom 11. Februar 1981.

sein werde. Da Geiser während dieser Zeit in Ecuador weilte, oblagen mir sämtliche Vorbereitungen wie Einladungen, die Organisation von Treffen und die Koordination mit Vertretern von Fernsehen und Radio. Es war seit Jahren das erste Mal, dass ein hoher Besuch aus Bern nach Bogotá kam. Der Gast, ehemaliger Leiter von Nestlé in Wien, hatte den Auftrag, Anregungen und Verbesserungen für den Export der kleineren und mittleren Firmen zu vermitteln. Botschafter Bettschart war ein sehr jugendlich wirkender Herr, angenehm und unkompliziert im Umgang. Er war sehr zufrieden mit meiner Organisation und gab Rechenschaft über das grosse Potenzial und die günstigen Aussichten in Kolumbien. Am Schluss seines Besuchs regte er an, die Botschaft für die vielfältigen Handelsaufgaben mit einer lokalen Mitarbeiterin zu verstärken. Yvetta Schachtebeck erledigte diese Aufgabe in der Folge als wahre Könnerin.

59 Kolumbien galt zwar immer noch als Entwicklungsstaat, doch war sein Pro-Kopf-Einkommen zu gross, um ein Schwerpunktland für unsere technische Hilfe zu sein. Einzelne Projekte konnten trotzdem initiiert werden. Sie basierten auf einem generellen Zusammenarbeitsvertrag von 1967. Am 13. Mai 1980 konnte ich in Medellín mit dem Rektor der Nationalen Universität ein Abkommen zur Verbesserung der Viehzucht unterschreiben. Die Vorarbeiten dazu hatten schon 1978 begonnen. Der Beitrag der Schweiz belief sich auf 780 000 Franken. Die Grundidee bestand darin – wie in Indien erfolgreich erprobt –, einheimische Zebus mit Schweizer Braunvieh zu kreuzen, damit mehr Fleisch und Milch produziert werden konnten. Das Vorhaben wäre beinahe gescheitert, weil Kolumbien wegen seines Fleischexportes in die USA ein Land bleiben musste, das keine Maul- und Klauenseuche kannte. Unsere Experten fanden einen Ausweg: über Kanada, das von diesen Seuchen frei war, sollte Samen von Schweizer Braunvieh eingeführt werden. Es war dies der erste Vertrag, den ich für die Eidgenossenschaft unterschrieb. Eine weitere Förderung unserer Beziehungen bildete der 1980 vereinbarte Mischkredit in Höhe von über 60 Millionen Franken.

Handelsverkehr funktioniert nie als Einbahnstrasse. Um Kolumbiens Ausfuhren in die Schweiz zu stärken, wurde das Land im September 1978 als Ehrengast zum Comptoir Suisse nach Lausanne eingeladen. Diese Präsenz fiel zusammen mit dem 70-jährigen Abschluss des Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrages zwischen unseren zwei Ländern. Kolumbien stellte in seinem Pavillon die traditionellen Exporte wie Kaffee, Lederartikel, Blumen, tropische Früchte und Kunstgegenstände aus.

Der neue Präsident Julio Cesar Turbay Ayala

Am 7. August 1978 wurde Julio Cesar Turbay Ayala als neuer Präsident vereidigt. Botschafter Geiser und ich vertraten unser Land bei den Einsetzungsfeierlichkeiten. Es war eine der letzten Aufgaben meines Chefs, denn kurz darauf wurde er versetzt, was ich bedauerte. Der neue Missionschef, Jean Bourgeois, traf Ende September 1978 ein.

Präsident Turbay rief in seiner Eröffnungsrede zur nationalen Einheit auf und appellierte wiederholt an die Mitarbeit der Militärs als Garanten der demokratischen Institutionen. Er war sich der Schwierigkeiten seiner Position bewusst. Es war nämlich das erste Mal in der jüngeren Geschichte Kolumbiens, dass ein «Emporkömmling» und nicht ein Sprössling einer oligarchischen Familie zum Staatschef erkoren wurde. Unter Tränen erinnerte Turbay denn auch an seine Abstammung von einfachen libanesischen Einwanderern. Sein Spitzname lautete «Turco». Als Türken werden alle Abkömmlinge des Nahen Ostens bezeichnet, selbst wenn sie nicht aus der Türkei stammen. Die Bezeichnung geht auf das Osmanische Reich zurück, das die ganze Region bis 1918 beherrscht hatte. Präsident Turbay versprach, die wirtschaftliche Produktion des Landes zu stärken und die Infrastrukturen zu verbessern. Seinen grössten Erfolg sollte er auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung erzielen, eine Aufgabe, die nicht zuletzt Schweizer Firmen interessierte.

Botschafter Auguste Geiser beglückwünscht den neuen Präsidenten Julio Cesar Turbay Ayala, 8. August 1978. Privatarchiv Ernst Iten

Der Sieg Turbays war zwar knapp ausgefallen, aber noch schlechter schnitt die Linke ab. Ich schrieb nach dem Wahlausgang als Geschäftsträger am 6. Juni 1978 einen Bericht darüber und ging darin u. a. auf das für europäische Beobachter erstaunlich magere Resultat der Linken ein, die weniger als fünf Prozent erreichten. In einem Land mit solch grossen sozialen Gegensätzen wäre eigentlich ein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen. Die Gründe dafür lagen weniger in den gegebenen «objektiven Voraussetzungen» als im Sektierertum und in der geistigen «Verfremdung» jener linken Gruppierungen. So waren die kolumbianischen Linksparteien zwar bestens bewandert in den Schlagworten des internationalen Sozialismus, hatten aber «keine Ahnung» (so ein Journalist der linken Zeitschrift *Alternativa* zu mir) von den echten Problemen der Landbevölkerung und des Stadtproletariats. Die Linken sollten unter Turbay hingegen bald «ausserparlamentarisch» von sich reden machen.

Subversive Gruppen

Die erste Feuerprobe für den Präsidenten kam bald, wie ich Bern in einem weiteren Bericht vom 13. September 1978 schilderte. Die Gewerkschaften forderten einmal mehr Lohnerhöhungen, und die radikaleren Bewegungen unter ihnen drängten mit klassenkämpferischen Parolen und ganzseitigen Zeitungsinseraten

an die Öffentlichkeit, so im Falle der Nestlé-Tochterfirma Cicolac, oder bestreikten Unternehmen wie die Fluggesellschaft Avianca. Politisch radikale Gruppen liefen insbesondere gegen das am 6. September verkündete Sicherheitsstatut Sturm, das nur einen Monat nach der Amtseinsetzung Turbays in Kraft trat. Dieses löste die unter Präsident Lopez Michelsen eingesetzten Notstandsnormen ab, doch änderte es faktisch nicht viel: Die Vollmachten für den Präsidenten kamen den abgelösten Regelungen sehr nahe. Bereits nach gut einem Monat unter Turbay fanden 35 Menschen einen gewaltsamen Tod. Die Guerilla verstärkte ihre Anschläge derart, dass der Verteidigungsminister zugeben musste, es sei seinen Truppen nicht gelungen, das Gebiet des mittleren Magdalena-Tals zu befrieden und von den kommunistischen Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) zu befreien. Was jedoch die Öffentlichkeit besonders erschreckte, waren die Ermordungen zweier Magistraten: des Ex-Gouverneurs Mejia Duque am 8. September und des Ex-Ministers Rafael Pardo Buelvas am 12. September (in seinem Badezimmer!).

Sehr dreist gebärdete sich die Stadtguerilla M 19. Sie raubte übers Neujahr 1979 spektakulär 5000 Waffen aus einem streng bewachten Militärarsenal im Norden Bogotás. Die Uniformierten, lächerlich gemacht in den Augen der Öffentlichkeit, griffen mit dem Segen Turbays hart durch. Sie konnten die Waffen relativ rasch wieder zurückholen und verhafteten über 130 Personen, darunter drei uruguayische Tupamaros sowie höhere Persönlichkeiten wie den Ex-Direktor der Policia Judicial.

Reise zu den Ureinwohnern Kolumbiens

Die Spanier schirmten ihre Kolonien in Amerika bis ins Zeitalter der Aufklärung vor fremden Einflüssen ab. Erst im 18. und frühen 19. Jahrhundert konnten nicht-spanische Forscher den Kontinent besuchen. Mit ihnen begann die wissenschaftliche Erkundung (Humboldt, Darwin). Wir verdanken unsere Kenntnisse der vorkolumbianischen Kulturen weitgehend Archäologen. Einer der Pioniere war der Schweizer Johann Jakob von Tschudi (1818–1889). Ich stiess auf seinen Namen bei einer Reise nach Peru im Jahre 1978. In der Chimu-Stätte Chan Chan (sprich Tschan Tschan), die westlich von Trujillo liegt, fiel mir der Name Ciudad de Tschudi (Stadt Tschudi), heute auch Nik An genannt, auf. Dieser Forscher begann mich zu interessieren, da mir der Familienname aus meinem Geburtsort Flums bekannt war. Die Tschudi aus Glarus besassen dort das Schloss Gräpplang und in den Flumserbergen gab es eine Tschudiwiese, ein Kurhaus, das 1916 Lenin und seine Gattin beherbergt hatte. Johann Jakob von Tschudi bereiste Peru 1838. Zusammen mit Mariano Eduardo de Rivera y Ustariz gab er 1851 das Buch «Antigüedades Peruanas» (Peruanische Altertümer) heraus. Als Kenner Lateinamerikas sandte ihn deshalb der Bundesrat 1860 als ausserordentlichen Gesandten ins Kaiserreich Brasilien, wo er bei Auseinandersetzungen zwischen schweizerischen Auswanderern und Brasilianern vermitteln sollte. Der Hintergrund dieser Streitigkeiten ist kein Ruhmesblatt für unser Land. Die Gemeinden mussten damals für ihre armen Bürger aufkommen. Verschiedene Orte wollten sich von dieser Pflicht «loskaufen», indem sie ihren Armen eine einfache Fahrt nach Brasilien bezahlten, wo sie Arbeit finden könnten. Viele der Auswanderer wurden in der Neuen Welt aber mehr als Sklaven denn als Arbeiter behandelt.

Aber zurück zu den vorkolumbianischen Zivilisationen: Die Entwicklung der Kulturen verlief ganz ähnlich wie auf den anderen Kontinenten von den Jägern und Sammlern bis zur Staatenbildung. Mich interessierten selbstverständlich nicht nur altamerikanische Völker, sondern auch die noch lebenden Indigenen. Es war nicht leicht, sie in Kolumbien anzutreffen. Sie fristeten wie in anderen Ländern meist ein Dasein am Rande der Gesellschaft und stellten eine verschwindende Minderheit von etwas mehr als zwei Prozent dar. Für den folgenden Bericht über den Besuch bei den Ureinwohnern Kolumbiens muss ich chronologisch etwas zurückgreifen.

Im Spätherbst 1977 hatte mich Professor Jürg Gasche von der Universität Freiburg besucht. Er wollte ursprünglich von den zuständigen Behörden Kolumbiens die Erlaubnis einholen, bei den Secoyas, die im Putumayo-Gebiet lebten, seine Forschungen als Ethnologe fortzusetzen. Die Hindernisse und Anforderungen waren jedoch zu gross, weshalb er beschloss, in Peru ein Gesuch zu unterbreiten. Die Secoyas lebten nämlich auf beiden Seiten des Grenzflusses Putumayo im Amazonasgebiet. Er lud mich ein, ihn und sein Team bei der Arbeit zu besuchen. Ich nahm das Angebot gerne an und schlug vor, Anfang 1978 nach Peru zu reisen.

Ich flog via Leticia und Tabatinga ins peruanische Iquitos. In meinen persönlichen Notizen (die ich für den Druck geringfügig überarbeitet habe) hielt ich Folgendes fest:

> Vor dem Anflug hatte ich mir diese Stadt am Amazonas grösser vorgestellt, soll sie doch 300 000 Einwohner zählen, mehr als Bern. Die grosse Zeit von Iquitos war zwischen 1880 und 1914, als sie wie Manaus in Brasilien den Kautschukboom erlebte. Ein paar bewundernswerte Bauten wie die Casa de Fierro stammen aus jener Epoche. Die «Kleinheit» der Stadt bestätigte der unfreiwillige, verlängerte Aufenthalt wegen des Weiterfluges. Spätestens nach zwei Tagen kennt man Iquitos, wobei Belén zwar der ärmste, jedoch pittoreskste Stadtteil ist mit seinen Pfahlbauhäusern und schwimmenden Hütten. Die Langweile stellt sich schnell ein. Das Letztere verspüren auch die Einwohner dieser Insel im Amazonasurwald, die keine Strassenverbindung zur Aussenwelt hat. Nur per Flugzeug und Schiff kann die Stadt erreicht werden. Jeden Abend drehen die Motorräder – und es gibt davon mehr als Personenwagen – ihre Runden, leider ausgerechnet um mein *Hotel de Turistas* herum. Ich habe noch nie gesehen, dass eine ganze Stadt sich so langweilt und die Zeit buchstäblich totzuschlagen versucht. Als Zerstreuung bleiben – nebst dem Rundendrehen – der Papagallo-Klatsch, gutes Essen, Kino und vor allem Sex. Das heissfeuchte Klima lässt eben alles gottgefällig spriessen und sich vermehren …
>
> Die Stadt verdankt ihre Entstehung der 20-metrigen Erhöhung an einem Knie des Amazonas. Dieser riesige Fluss hat zu dieser Jahreszeit eine beachtliche Geschwindigkeit und schwemmt täglich mehr als eine Tonne Holz Richtung Meer. Man kann nur Grosses über diesen Fluss schreiben. Einige Daten sollen genügen: Meeresschiffe fahren bis hierher, ein Fünftel allen Süsswassers der Erde fliesst durch den Amazonas, der eine Mündungsinsel hat, die grösser als die Schweiz ist. Seine breiteste Stelle ist 64 km und die maximale Tiefe kann 140 m erreichen.
>
> Am 24. Januar 1978 durfte ich hoffen weiterzufliegen. Ich begab mich dazu in die Abfertigungshalle der *transportes aereos nacionales de la selva* (TANS). Beim Warten überlegte ich mir, was ich über die Ureinwohner eigentlich wusste. In Nordamerika lebten sie in Zelten, trugen Federn auf dem Haupt und jagten Büffel. Ich erinnerte mich an Geschichten von Karl May und die ethnische Säuberung durch die Weissen im 19. Jahrhundert. Im Süden waren die Spanier auf zwei Grossreiche gestossen: die Inkas in Peru und die Azteken in Mexiko. Bei der Lektüre von Abenteuerromanen über das Schicksal von Sitting Bull war ich immer auf der Seite der «Indianer», und fast freudig las ich, wie viele Gegner sie besiegten. Später lernte ich, dass die Ureinwohner ein kluges Zusammenleben mit der Natur erreicht hatten. Vor dem Abflug mit dem Wasserflugzeug von Iquitos nach Yubineto am Putumayafluss las ich die letzten Nachrichten in der Zeitung *El Comercio:* Begin und Assad kämpften um einen Friedensvertrag im Nahen Osten, Moskau und Kuba halfen Äthiopien gegen Somalia, die Polisario griffen die Marokkaner an und in Kolumbien erliess die Regierung ein Gesetz, das die Polizisten von Strafe befreite, wenn sie Entführer

63

oder Drogenhändler erschossen. Der schreiende Titel: *Pena de muerte en Colombia para secuestradores e narcotraficantes.* Dann zwängte ich mich in die Maschine und entschwand der Zivilisation.
Vom Flugzeug aus sieht der Amazonasurwald wie ein riesiges, grünes Meer aus, durchbrochen von braunen, gekrümmten Flüssen. Hin und wieder ein einzelnes Haus oder eine Hütte, verloren in der Weite eines Flussufers. Beim Sinkflug auf Yubineto wird der Wald etwas deutlicher. Er sieht leicht gewölbt aus, bestehend aus höheren und weniger gross gewachsenen Bäumen in Schirmform. Das Ganze erinnert an die Oberfläche eines Blumenkohls, nur grün statt weiss. Dann die etwas brüske Wasserung der Maschine. Am Ufer ein Floss. Von dort führt eine Holztreppe zur acht Meter höher gelegenen Siedlung hinauf. «Siedlung» ist ein grosses Wort. Es stehen nur vier Häuser, bewohnt von den hierher versetzten Polizisten. Der Putumayo, in dessen Wasser das Flugzeug aufsetzte, bildet die Grenze zwischen Peru und Kolumbien. Der Fluss fliesst träge und ist auf seinem Tiefststand. Unerwarteterweise werde ich erwartet. Mein Brief war nicht angekommen, gleich wie seit Wochen die übrige Post. Jacques Deplat, ein Mitarbeiter von Professor Gasche, sollte nach Iquitos fliegen und die Geschichte regeln. Deshalb war Simon, ein weiterer Mitarbeiter des Forschungsteams, am «Flughafen».
Vom Polizeiposten ging es mit einem Motorboot zuerst ca. drei Kilometer flussaufwärts, dann links in den Yubineto hinein. Am Bug lachten zwei Secoyakinder. Echte Indios also! Und schon stellte sich das erste Missverständnis ein. Die Kinder, die ich für zwei Mädchen hielt (lange Haare, feine Gesichtszüge, Tunika als Kleid), wurden mir als Knaben vorgestellt: Basilio und Ricardo. Beim Gedanken, was wir Weisse diesen Menschen angetan hatten und immer noch antun, bekam ich Mitleid und Wehmut. Das Boot führte uns den schmalen Fluss hinauf, umgeben von riesigen Bäumen, einzelne braun im Wasser liegend. Die Böschung liess deutlich erkennen, wie hoch der Fluss nach der Regenzeit stand. Nur Stellen, die vor der acht Monate dauernden Überschwemmung geschützt sind, konnten offenbar die erkorenen Wohnplätze sein. Zudem sollten sie möglichst am Fluss liegen. Die Erfüllung dieser zwei Bedingungen war, wie sich auf der Hinfahrt zeigte, nicht allzu häufig. Dann kam die Ankunft im Dorf Bella Vista. Der Wald war am linken Ufer kahlgeschlagen. Braune Stämme streckten ihre Spitzen in den Yubineto. Oben auf der Böschung zwei, drei Holzhäuser, auf Pfählen stehend. Am Ufer vier Einbäume. Ca. drei Meter über dem Wasserstand begann eine Holztreppe.
Die Einwohner mussten den Motor gehört haben. Auf alle Fälle warteten einige neugierig und, als sie mich sahen, verwundert – wie ich meinte – ob der Ankunft eines unerwarteten, neuen Weissen.
Beim Aussteigen turnte ich über die ins Wasser ragenden Baumstämme. Dann erschien Jürg Gasche und traute seinen Augen nicht. «Wenn der Kurier nicht kommt, so komme ich halt selber», rief ich ihm zu. Ich wurde herzlich willkommen geheissen und zu meinem Quartier geführt, einem soeben von den Secoyas erstellten Holzhaus. Es stand auf Pfählen, hatte ein spitzes Dach, welches aus geflochtenen Palmwedeln zusammengesetzt war. Die Bretterwände waren fein geschlagene, parallel verbundene Latten der Palmbaumstämme. Statt wie vorgesehen in einer Hängematte zu liegen (so wie die Gastgeber), zog ich den Boden fürs Schlafen vor. Ich wollte nachts nicht aus der kleinen «Wiege» fallen. Über meine improvisierte Schlafstätte spannte ich das Moskitonetz. Die Insektenplage sollte schlimm werden.
Bella Vista: 33 Einwohner, sechs Familien, folglich sechs Häuser. Das siebte war für uns Gäste reserviert. Der Eindruck der Bewohner: sehr friedlich und friedliebend. Beinahe vollständiges Fehlen von Aggressionen. Jürg Gasche erklärte mir später, dass es wohl Aggressionen gab, diese sich aber sehr sublimiert ausdrückten. Die Jagd spiele oft die Rolle eines Ventils. Die Kinder zankten nie, sondern neckten sich und lachten. Es gab keine Unterdrückung der Jungen. Wohl gab es eine Rollenverteilung, doch wurden die Heranwachsenden früh integriert. Die bäuerliche Lebensweise hilft dabei, wie bei uns. Die Frauen etwas dicklich, neugierig und scheu zugleich. Die Männer schlank, muskulös und aufs Schminken bedacht. Auch ich erhielt am ersten Abend eine Armschminke. Das stärkere Herausputzen der Männer gegenüber den weniger geschmückten Frauen erinnerte mich an Vögel. Dort sieht das Männchen auch farbiger aus als das Weibchen. Die Bedeutung der Vögel für die Secoyas sieht man sofort: Diese Ureinwohner tragen Kronen aus Federn. Ob ein Zusammenhang besteht mit den hoch oben freischwebenden Tieren und dem Schminken der Körper und der Federzier? Ich vermute es.
Das Essen war für alle gleich. Gekocht wurde auf einem Feuer. Das Brot hiess Kasawe, war sehr dünn und rund, eine Art Fladenbrot. Es wird aus Yuca (Maniok) hergestellt. Dazu gab es Wild und vor allem Fisch. Manchmal wurden Beeren, Platanos und Süssbananen aufgetischt. Die Secoyas kauten auch hin und wieder ein Zuckerrohr. Zum Trinken: Wasser, und nach einem Fest Masato, eine Art Bier, das sie aus Yuca herstellten.

Apropos Fest: Dieses war verbunden mit einer Gemeinschaftsarbeit. Ich hatte noch nie gesehen, dass Arbeiten so amüsant sein konnte, beziehungsweise dass man es so amüsant gestalten konnte. Dabei war es harte Arbeit: Mit Beil und Machete wurden dicke Baumstämme zerkleinert und der Wald gerodet. Das Lachen der Secoyas wirkte wie Spott der Arbeit gegenüber. Und welch eine Freude hatte der Alte, als er den dicken Stamm endlich mit dem Beil entzweit hatte. Müde, aber erleichtert setzte er sich wie ein Sieger auf ihn. Die Schwiegertochter überbrachte ihm sofort einen Becher mit Masato. «Ich hab's doch noch geschafft», liess seine Geste erahnen. Diese Gemeinschaftsarbeit war spektakulär. Bella Vista ist ein von Tradition geprägtes Dorf, doch ist der Kontakt über Missionare und Händler, die auf dem Putumayo auf- und abfahren, deutlich spürbar. So verleugnen sie ihre ursprüngliche Religion und nennen sich stolz Katholiken. Das grössere Nachbardorf, vor dem sie offenbar einen Komplex haben, ist protestantisch. Dies erklärte mir der Häuptling, der gleichzeitig Schamane war. Welche Religion ist die beste? Kannst du Gott sehen? Dies waren zwei Fragen, die er sich stellte. Es gab nicht etwa wie in Afrika Opferungen, Trauerfeste oder ekstatische Tänze. Die Vorstellung der Secoyas von der überirdischen Welt ist sehr abstrakt und ihre Emotionen wirken gedämpft. Ihr Weltbild, ihr Kosmos, hat die Form eines Baumes. Das ist weiter nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass sie immer in diesem riesigen Wald leben und dauernd roden müssen. Wer einmal vor einem solch mächtigen Riesen steht, wird beeindruckt sein. Auch andere indianische Kulturen sahen in den Bäumen mehr als nur Nutzholz. Für die alten Maya stellte der Kapokbaum die Weltenachse dar, der die verschiedenen Schichten des Kosmos verbindet: Die Wurzeln greifen in die Unterwelt, der (Wald-)Boden bildet die Mittelwelt und der Wipfel trägt die Oberwelt. Ob der Baum bei den Secoyas die gleiche Funktion hat, konnte ich nicht erfahren.

Die Secoyas, wie die andern Ureinwohner des Amazonasgebiets, sind eine Art «sesshafter Nomaden». Dies deshalb, weil der ärmliche Boden nicht viele Ernten abgibt und die vor Überschwemmungen sicheren Plätze nicht allzu gross sind. So ziehen die Secoyas nach vier bis fünf Jahren um und schlagen an einem neuen Ort eine Lichtung. Diese Art der Bebauung erlaubt es, dass der Wald vernarbt. Die gleiche Stelle kann damit nach zwei Generationen wiederum abgeholzt werden. Auf Bella Vista sollen sich schon einmal die Grossväter der heutigen Bewohner niedergelassen haben. Sie kennen also die Nutzung, nicht aber die Ausbeutung der Natur.

Rückkehr in die Zivilisation: Ich entfliehe gerne von Zeit zu Zeit unserer Welt, gerne kehre ich aber wieder in deren Annehmlichkeiten zurück. Eines sei jedoch festgehalten: Lebten die Ureinwohner in gemässigteren Zonen, wäre das Verweilen bei ihnen auch angenehmer. Im Amazonas-Urwald war das Grundübel die Insektenplage! Welch köstliches Gefühl: nach fünf Tagen das erste Auto. Es fuhr mich vom Flugplatz Morena Cocha zum Hotel Loreto in Iquitos. Ich schaute die Stadt jetzt mit frischen Augen an: die Läden, das Gewimmel der Leute, den Verkehr, die hohen Häuser. Hier waren es die Frauen, die sich herausputzten und in ihren engen Hosen verführerisch die Hüfte schwenkten. Der Abstecher zu den Secoyas kam mir wie ein Triumph vor: ein bestandenes Abenteuer. Manchmal denke ich gleichwohl an die Ureinwohner zurück. Sie leben in ihrer Welt, und kämen sie in unsere, würden sie untergehen. Müssen oder wollen sie deshalb immer im Wald hausen? (31. 1. 1978)

Der neue Missionschef und die Schweizer Kolonie

Botschafter Bourgeois zeigte sich sehr am Administrativen interessiert. Aus Sicherheitsgründen und um den Besuchern den Zugang zu erleichtern, liess er die Botschaft in eine Mietvilla im Norden der Stadt verlegen. Er trachtete danach, dass die Vertretung in Bern in einem positiven Licht erschien. Die Vorschriften der Zentrale mussten präzise angewandt und neue Regeln sofort umgesetzt werden. Er selbst nahm pflichtbewusst alle Einladungen der Behörden und des diplomatischen Korps an. Kanzleichef Giovanni Pedrazzi konnte von den gesteigerten Aufgaben ein Liedchen singen. Scherzhaft bemerkte er zu mir, unser Chef wolle offenbar Direktor für Administratives in Bern werden. Meiner Meinung nach fühlte sich der Missionschef jedoch nicht richtig wohl in Kolumbien. Er lebte zurückgezogen und wirkte in seinem aristokratischen Auftreten verlegen im Umgang mit den eher unkomplizierten, manchmal hemdsärmeligen Schweizern.

Botschafter Jean Bourgeois beim Eingang der Schweizer Residenz in Bogotá (Kolumbien) nach der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 28. September 1978. Privatarchiv Ernst Iten

Er empfing selten auf der Residenz. Bei einem seiner Abendessen, zu dem ich eingeladen war, mussten die Gäste im Smoking erscheinen. Welten trennten ihn von vielen Landsleuten. Die Kolonie sah mich je länger, desto mehr als die eigentliche Kontaktperson der Botschaft. Wichtige Landsleute luden mich an den Wochenenden auf ihre Fincas (Landhäuser) ein, sodass ich das abwechslungsreiche Land und dessen Bewohner besser kennen- und lieben lernte. Einer meiner Gastgeber war Gerold Künzli, Besitzer der Druckerei Intergraficas, der in Melgar eine Finca besass. Er zeigte mir auf dem Weg hinunter ins Magdalena-Tal, wie ich an einem Tag vier Jahreszeiten erleben konnte, ging es doch vom Herbst in Bogotá (2600 m. ü. M.) zuerst auf 2800 m. ü. M. zum erhöhten Bergrand (also in den «Winter») und dann stetig hinab bis auf 300 m. ü. M. ins immer heisse Sommerklima von Melgar. Ein anderer guter Freund, Eugenio Gitterle, lud mich öfter auf seine Teeplantage in Sasaima auf 1500 m. ü. M. ein. Weil wir jeweils am Morgen mit seinem Toyota-Jeep die wunderbaren und teils bewaldeten Andenabhänge bis zu seiner Finca hinunterfuhren, sahen wir das bewegte Schauspiel der sich auflösenden Wolken. Ich suchte später den Künstler auf, der diese Stimmung wie kein anderer einzufangen wusste: Gonzalo Ariza. Er wohnte in der Altstadt von Bogotá, in einem bezaubernden Gebäude in der Candelaria mit andalusischem Innenhof. Der Meister hatte mehrere Jahre in Japan Malerei studiert, sodass der Einfluss und die Sensibilität jener Kunst in seinen Werken sichtbar waren. Ariza erklär-

Im Städtchen Villa de Leyva (Kolumbien), das ca. 160 Kilometer nördlich von Bogotá liegt im Juni 1977. Mein in Miami gekauftes Auto hatte anfänglich noch eine Berner Nummer, weil die Abgabe des CD-Schildes zu lange dauerte. Privatarchiv Ernst Iten

te mir bei sich zu Hause, dass der Nebel etwas Geheimnisvolles darstelle. Nicht umsonst nennten ihn die Engländer *mist*, was mit dem Mysteriösen verwandt sei. 1980 kaufte ich eines seiner eindrucksvollen Aquarelle, passenderweise betitelt mit «Nuboselva» (Nebelwald).

Mein Lieblingsort, abgesehen von Cartagena, war Villa de Leyva (ca. 160 Kilometer nördlich von Bogotá), das noch ganz vom kolonialen Stil geprägt war. Ich bewohnte stets das Hotel Molino la Mesopotamia aus dem Jahre 1568. Der ganze Charme einer gut erhaltenen «Casona» musste einen dort gefangen nehmen.

Meine Kontakte zu Auslandschweizern brachten mir viel Anerkennung und zahlreiche Kenntnisse ein. Die Kehrseite war eine gesteigerte Arbeitsmenge, die ich jedoch zugegebenermassen gerne in Angriff nahm.

Völkerrechtliche Besonderheiten Lateinamerikas

Lateinamerika ist weniger als andere Kontinente durch den Rivalitätskampf der Grossmächte gekennzeichnet. Es sind primär die landesinternen Konflikte, die für Schlagzeilen sorgen. Gab es dazu, abgesehen vom erweiterten Asylrecht in den lateinamerikanischen Botschaften, völkerrechtliche Sonderregeln? Vom 5. bis 15. März 1979 fand in Bogotá das erste interamerikanische Seminar über humanitäres Völkerrecht statt. Es standen dabei wie zu erwarten die internen Konflikte im Vordergrund. Ich unterhielt mich mit Delio Jaramillo Arbelaez, Professor für Humanitäres Völkerrecht und Direktor des Interamerikanischen Institutes für

67 Humanitäres Völkerrecht in Bogotá, sowie mit Robert Gaillart-Moret, Direktor des Departements für Doktrin und Recht des IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) von Genf. Beide stimmten darin überein, dass es eine «unheilige Allianz» zwischen Regierungsvertretern und subversiven Gruppen gebe. Die Ersteren sähen z. B. das Zusatzprotokoll II von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte als zu weitgehend an, und die Letzteren betrachteten es als ungenügend für ihren Kampf.

Die M 19, die einige Intellektuelle in ihren Reihen hatte, wandte sich mit einem Schreiben an die Seminarteilnehmer, in dem die Bewegung ihre eigene Auffassung darlegte: Der bewaffnete Kampf war demnach, wie bei anderen subversiven Gruppen, ein Mittel zum Erreichen der Macht durch das Volk. Eine Guerillaarmee sollte den Keim der revolutionären Volksarmee bilden, welche das Militär der unterdrückenden Staaten bezwingen sollte. Da im Verlauf des Guerillakrieges der Zusammenstoss mit der «offiziellen» Armee ungleich, asymmetrisch sei, müsse er unregelmässig, jedoch konstant erfolgen, ähnlich wie schmerzhafte Wespenstiche … Die M 19 offenbarte damit, dass ihre Köpfe ideologische Überzeugungstäter waren. Es war anzunehmen, dass ihr Eingehen auf Kompromisse bei Konflikten ähnlich wie bei religiösen Fanatikern sehr schwierig bis unmöglich werden dürfte. Keine guten Voraussetzungen für einen Ernstfall mit ihnen, wie wir ihn 1980 erleben sollten.

Kolumbien wurde aber nicht nur durch subversive Gruppen bedroht, sondern auch zunehmend durch den Drogenkrieg und die paramilitärischen Einheiten, die zu dessen Bekämpfung eingesetzt wurden.

Ghostwriter wider Wissen

Vom 14. bis 18. Juni 1979 besuchte Präsident Turbay die Schweiz. Wie üblich erstellten wir für die Zentrale Dokumente über das Land in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht. Ich schickte am 18. Juli verschiedene Presseartikel an unseren Informations- und Pressedienst, die aus Anlass des Besuches von Präsident Turbay über die Schweiz erschienen waren. Unser Land wurde lobend hervorgehoben, wobei die Sicherheit und Sauberkeit, aber auch die hohen Preise erwähnt wurden. Vor der Abreise des Präsidenten fragte ich den Chefredakteur der Zeitschrift *Guión*, der ein guter Bekannter von mir war, ob er nicht einen Hintergrundbericht über die Schweiz machen könne. Er kam diesem Wunsche nach und veröffentlichte auf fünf Seiten Wissenswertes über die Geschichte, die heutigen Institutionen sowie die gegenseitigen Beziehungen unserer Staaten.

Wir hatten angenommen, dass die Kolumbianer wie wir ihren Staatschef entsprechend mit Angaben versorgen würden. Effektiv suchten sie Informationen. Mitte Mai kam der Sekretär des Präsidenten zu mir ins Büro und bat um Material für die Rede in Bern. Ich übergab ihm verschiedene Unterlagen und erklärte mich dazu bereit, weitere Fragen zu beantworten. Ich wies dabei auf eine Rede hin, die ich im August 1978 anlässlich der Schweizer Woche vor der Handelskammer in Cali gehalten hatte und die «so ziemlich vollständig» unsere Aussen- und Wirtschaftspolitik sowie die Beziehungen zwischen beiden Ländern erklärte. Der Gast bedanke sich sehr, ging beglückt weg und liess nichts mehr von sich hören.

Am 15. Juni erschien die Rede Turbays vor dem Bundesrat in den hiesigen Zeitungen. Als ich den Text las, kam mir das meiste sehr bekannt vor. Ein Vergleich mit meiner Ansprache bestätigte meinen Verdacht: Es handelte sich bei der Rede Turbays um eine Zusammenfassung meines Textes von Cali! Das erklärte, weshalb das chronische kolumbianische Handelsbilanzdefizit eine so wohlwollende Interpretation erhielt. Wörtlich sagte Turbay zu Bundespräsident Hans Hürlimann (Übersetzung durch mich):

> Wie Sie wissen, ist der Handelsaustausch zwischen Kolumbien und der Schweiz nicht ausgeglichen. Unser Defizit beruht auf der Natur und Struktur der Wirtschaften beider Länder. Von unserer Seite ist die exportierbare Offerte von Produkten limitiert […] Auf der anderen Seite zählt die Schweiz auf eine grössere Diversität von Erzeugnissen […].

Das waren Worte, wie sie sonst ein Schweizer gebrauchte, um den Kolumbianern unseren Handelsüberschuss zu erklären. Während des Besuches von Botschafter Bettschart waren die Töne härter und fordernder gewesen …

Mit Brief vom 1. August 1979 antwortete mir Hans-Jörg Renk, Chef des Informations- und Pressedienstes:

> Nous vous remercions vivement de votre pli du 18 juillet […] Votre anecdote relative aux sources du discours bernois du Président Turbay nous a beaucoup amusés. Elle témoigne, tout à votre honneur, du capital de confiance dont jouit votre Ambassade auprès des autorités colombiennes (ou du moins de la Présidence). Un pareil système, s'il pouvait être généralisé, rendrait certes à notre diplomatie les plus grands services […] Nous n'osons malheureusement pas compter partout sur une telle complaisance (ou faut-il parler de paresse?) de la part de nos interlocuteurs.

Turbays Wirtschaftspolitik

1978 entfielen 68 Prozent der Exporte auf Kaffee. Die Preisentwicklung dieses Produktes mit ihren Höhen und Tiefen spiegelte sich im wirtschaftlichen Wohlergehen – oder aber im harten Kampf um den Erhalt des Erreichten. In einer längeren Abhandlung orientierte ich im März 1979 die Handelsabteilung über die Wirtschaftspolitik. Die letzten drei Jahre waren durch die Kaffeepreishausse geprägt gewesen. Die Kolumbianer waren selbstverständlich froh über den Devisenzufluss, doch wusste die Regierung Lopez Michelsen nicht recht, ob sie die Tore öffnen oder sich gegen die «Flut» sperren sollte, um die Lage kontrollieren und die Inflation bremsen zu können. Eine Zickzack-Politik mit primär monetären Massnahmen war die Folge. Die Regierung führte Wechselkurszertifikate ein, um Geld vom Markt abzuziehen, und betrieb eine «Devisenabgangspolitik» durch die Erleichterung von Importen. Die Wirtschaft konnte unter den häufigen Dekreten trotzdem nicht recht von der Kaffee-Bonanza profitieren. Erst unter Präsident Turbay erhielt das Land eine ruhigere und vertrauenerweckendere Wirtschaftspolitik, selbst wenn die Wechselkurszertifikate nicht aufgegeben wurden.

Ich hatte das Glück, dass mein guter Schweizer Freund Eugenio Gitterle in der politischen Elite bestens eingeführt war. Er lud mich zu einem Treffen mit Finanzminister Garcia-Parra ein. Die Zusammenkunft fand in der Nähe von Villavicencio statt, in den östlichen Tiefebenen Kolumbiens. Auf der Hazienda eines Freundes von Eugenio assen wir auf Holzbänken sitzend in der Nähe des Lagerfeuers das traditionelle Gericht Ternera a la llanera. Das an Eisenspiessen gebratene Rindfleisch und der reichlich fliessende Aguardiente liessen die Stim-

69 mung bald sehr locker werden. Der Minister erklärte uns, warum die Regierung eine «Bewahrungspolitik» betreibe. Erstens dürfe eine Kaffee-Bonanza nicht mit einer Erdölpreishausse verglichen werden, weil der Engpass beim Kaffee ein vorübergehendes Naturphänomen sei. (Es hatte in Brasilien, dem weltgrössten Kaffeeproduzenten, in den letzten Jahren starke Frostschäden gegeben.) Zweitens wollten sie die Entwicklung des Landes kontrolliert vorantreiben. Die möglichen Folgen eines zu scharfen Vorwärtsdrängens sähen wir im Falle Irans: Dem Schah entglitten die Zügel, es kam zur Revolution und zur Regierung Chomeinis … Was Garcia-Parra erläuterte, galt und gilt – mit Nuancen – generell für die Wirtschaftspolitik Kolumbiens: weder «himmelhochjauchzend» noch «zu Tode betrübt» fährt sie eher einen gemässigten Mittelkurs. Präsident Turbay selbst hatte diese Politik übrigens bei seinem Amtsantritt wie folgt umschrieben: «Temperamentsmässig bin ich ein Feind von Abenteuern, sodass die Wirtschaftspolitik meiner Regierung sich durch Mässigung charakterisieren wird.»

Der Staatschef förderte komplementär zur nationalen Ökonomie die regionale Integrationspolitik, allem voran den Andenpakt, welcher Ideen des Römischen Vertrages (EWG) und des COMECON (Council for Mutual Economic Assistance, die Wirtschaftsvereinigung der osteuropäischen Länder) enthielt. Der aus dem Jahre 1969 stammende Pakt war in die Jahre gekommen und benötigte einen neuen Impuls, der im Mai 1979 als «Mandat von Cartagena» von allen Präsidenten der Mitgliedländer (Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela) verabschiedet wurde. Das Leitmotiv lautete: mehr Flexibilität und Realismus statt eines juristischen Perfektionismus. Wie bei allen Integrationsbemühungen konnten jedoch nicht alle Probleme gelöst werden. Dies betraf z. B. die industrielle Sektor-Aufteilung, bei der es mehr darum ging, das Erreichte nicht zu gefährden. Allgemeine Zustimmung fand hingegen die Ausweitung des interregionalen Handelsaustausches und die Schaffung eines andinen Gerichtshofes mit Sitz in Quito. Obwohl sich die Staatschefs rhetorisch gekonnt auf Simon Bolivar bezogen, waren sie weit weg von dessen Traum von Grosskolumbien.

Die Macht hinter dem Thron: das Militär

Wer im Hinterhof der USA als Musterschüler gelten will, muss als Demokrat und Verfechter der Menschenrechte auftreten. Dies war öfter ein schwieriger Spagat, weil selbst Washington mit zwei Partituren spielte: einerseits insistierte es auf der Einhaltung der verfassungsmässigen Grundrechte, anderseits verfocht es die Idee der nationalen Sicherheit, wozu wie erwähnt Lateinamerikas Militär geschult wurde.

Die internationale Presse verbreitete über Kolumbien nun alles andere als das Bild eines Musterschülers, wie ich in einem Bericht vom Juli 1979 schrieb. Die chronische Unsicherheit und Kriminalität, die verwahrlosten Strassenjungen (*gamines*) und der Drogenhandel prägten die Schlagzeilen. Dazu gesellten sich Berichte über den Abbau der Demokratie zugunsten der Exekutive, die Verletzung der Menschenrechte (Folterungen) und die Verhaftung politisch Andersdenkender. Der Präsident selbst zählte seine Macht am 8. Mai jenes Jahres vor der höheren Militärschule unverblümt wie folgt auf: «Glücklicherweise erhielt ich ausser-

ordentliche Vollmachten auf allen Gebieten. […] Wir haben sie, um Normen des Strafgesetzbuches und des Prozessrechtes zu erlassen. Wir haben sie, um Regeln über die Urbanistik zu diktieren, um das Arbeitsrecht zu ändern und die Justiz auf ‹Trab› zu bringen …» – wahrlich umfassende Vollmachten.

Warum beschrieb er seine Macht aber gerade vor den angehenden höheren Offizieren so detailliert? Keine Hintergedanken zu vermuten hiesse, Turbay zu unterschätzen: Neben der uniformierten Gewalt wollte er – mit all den grossen Vollmachten! – offenbar auch auf die zivile Gewalt verweisen. Welche Rolle spielten die Militärs wirklich? Der Einfluss der Uniformierten war verfassungsmässig geregelt, doch war deren Bedeutung im Laufe der Geschichte gross bis entscheidend gewesen. Wie mir Tuti erläuterte, war ihr Einfluss unter dem jetzigen Präsidenten gewachsen. Die Ursachen hatten mit den zwei wichtigsten Rollenträgern zu tun: hier der «Emporkömmling» Turbay, da der blitzgescheite, ehrgeizige bis skrupellose General Camacho Leyva als Verteidigungsminister. Dieser hatte im September 1978 das oben beschriebene, umstrittene Sicherheitsstatut durchgedrückt. Der Präsident war also trotz aller Vollmachten nicht so frei, wie seine stolze Aufzählung suggerieren mochte: Hinter dem Thron stand eine weitere Macht. Es waren übrigens ebenjene militärischen Führer, welche die Folter gerne anwenden liessen.

Grenzprobleme in der Karibik

Als ob es nicht genügend innenpolitische Spannungen gegeben hätte, entzündeten sich im Dezember 1979 Grenzprobleme mit Nicaragua. Es ging um die Inselgruppe von San Andrés und das umliegende karibische Meer samt Korallenriffen, die ca. 100 Kilometer vor der zentralamerikanischen Küste, aber 400 Kilometer von Kolumbien entfernt liegen. Was war geschehen? In der Regel interessieren sich Ferienbummler und Sporttaucher für jenes Gebiet. Die Regierungsjunta des Nationalen Aufbaus der Republik Nicaragua, die im Sommer zuvor den Diktator Anastasio Somoza Debayle abgesetzt hatte, beanspruchte durch ein Gesetz vom 19. Dezember 1979 die 200 Meilen Meereszone und erhob infolgedessen Anspruch auf die Felseninseln und Riffe. Ausgenommen waren, wie mir der Geschäftsträger Managuas erklärte, (vorläufig) die bewohnten Inseln San Andrés und Providencia.

Die Geschichte über diesen Streit soll hier nicht weiterverfolgt werden. Hingegen interessieren zwei Punkte, die sich daraus ergaben und die in den nachfolgenden Kapiteln eine Rolle spielen:

1. Die kolumbianischen Reaktionen charakterisieren drei wichtige politische Akteure, mit denen wir im Jahre 1980 zu tun haben sollten.
2. Die Auseinandersetzung mit Nicaragua erklärt die Haltung Kolumbiens im späteren Konflikt zwischen Argentinien und Grossbritannien um die Falklandinseln von 1982.

Zu den Charakteren: Das Aussenministerium in Bogotá reagierte auf die ersten Meldungen aus Managua konfus. Der Minister, Diego Uribe Vargas, bezeichnete den Anspruch Nicaraguas öffentlich als Witz. Er wurde umgehend vom Präsidenten korrigiert. Später lautete die Version, es gebe nichts zu diskutieren. Die Einzi-

71 gen, die sofort und gezielt handelten, waren die Militärs. Verteidigungsminister Camacho Leyva entsandte Teile der Flotte und Luftwaffe als Machtdemonstration und Zeichen der Souveränität über jenes Gebiet. Der Grenzstreit machte also klar, wer wie handelte und dachte: Der Aussenminister zeigte sich oberflächlich, wenig überlegt; der Präsident korrigierend, über der Sache stehend und die Wogen glättend; Camacho Leyva machtbewusst und zielstrebig.

Zur Haltung Kolumbiens im Falklandkonflikt: Der Streit mit Nicaragua gelangte vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der 2007 entschied, dass die zwei bewohnten Inseln zu Kolumbien gehörten. In einem zweiten Entscheid, den Bogotá aber nicht anerkannte, wurde die Seegrenze zugunsten Nicaraguas verschoben. Diese offene Auseinandersetzung diktierte auch Kolumbiens Politik während des Falklandkonfliktes von 1982. Als einziger Staat Lateinamerikas nahm Bogotá bei der Abstimmung im Rahmen des interamerikanischen Vertrages über den gegenseitigen Beistand von 1947 nicht zugunsten Argentiniens Stellung. Das Land enthielt sich vielmehr der Stimme. Bogotá konnte nicht gut der «gewaltsamen Zurückgewinnung» jener Inseln im Südatlantik zustimmen, ohne die eigenen Karibikinseln zu gefährden. Ich werde weiter unten bei der Beschreibung meiner Aufgabe als Vertreter der britischen Interessen in Buenos Aires auf jenen Krieg eingehen (Kapitel 7).

Wie ich im folgenden Kapitel schildern werde, sollte das Jahr 1980 für uns alle eine ganz andere Wendung nehmen.

V Die Botschaftsbesetzung in Bogotá (1980)

Am 27. Februar 1980 stürmte die Untergrundbewegung M 19 die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá und nahm die versammelten Diplomaten als Geiseln. Die Botschafter hatten sich aus Anlass des Nationalfeiertages des karibischen Staates getroffen. Die Wurzeln der M 19 gehen auf den Ex-Diktator Rojas Pinilla zurück, der in den 1960er-Jahren die Partei Alianza Nacional Popular (ANAPO) gegründet hatte. Diese sollte den politischen Arm gegenüber den beiden traditionellen Parteien, den Liberalen und Konservativen, bilden. Als der ehemalige Diktator bei den Wahlen vom 19. April 1970 unterlag, wurde dem Sieger, Misael Pastrana Borrero, Wahlbetrug vorgeworfen. Die Radikaleren der ANAPO spalteten sich darauf ab und gründeten die M 19, wobei die Ziffer für den 19. April 1970 stand. Diese linksradikale Bewegung lehnte die parlamentarische Demokratie Kolumbiens ab und wollte durch Gewaltstreiche eine echte Volksherrschaft errichten.

Erste Kenntnisse

Als die Botschaft besetzt wurde, war ich bei mir zu Hause beim Mittagessen. Das Telefon klingelte. Trudi, meine wohlbeleibte Haushälterin, antwortete routinemässig: «Der Señor isst. Rufen Sie bitte in einer halben Stunde wieder an.» Es war 12:35 Uhr. Die Anruferin insistierte, es sei etwas Schreckliches passiert. Ich ging daraufhin selbst an den Apparat. Clara Ortega, die kolumbianische Sekretärin unserer Botschaft, teilte mir aufgeregt mit, dass der Chauffeur, Alvaro Niño, soeben angerufen und berichtet habe, unser Botschafter Jean Bourgeois sei in der dominikanischen Mission als Geisel genommen worden. Zurzeit werde heftig geschossen. Sofort stürzte ich mich in meinen Peugeot und fuhr ins Büro. Ich liess mir dort weitere Details geben und telefonierte mit dem kolumbianischen Aussenministerium, das den Überfall bestätigte. Der Botschafter Österreichs sei ebenfalls unter den Geiseln, hiess es. Ich kontaktierte deshalb Rudolf Lehnhart, den ersten Mitarbeiter der österreichischen Botschaft in Bogotá. Wir beschlossen, gemeinsam zum Ort des Geschehens zu fahren. Zuvor schickte ich ein Flash-Telex, also eine Meldung mit der höchsten Dringlichkeitsstufe, nach Bern und gab die ersten Erkenntnisse durch. Ich würde mich nach der Rückkehr wieder melden. In der österreichischen Botschaft angekommen, schlug Lehnhart vor, umgehend mit einem Jeep loszufahren, und zwar inkognito und ohne die übliche Kennzeichnung des Wagens mit «Corps diplomatique» (CD). Zu allem Überfluss hatte der Jeep einen platten Reifen, doch behob mein Kollege das Missgeschick glücklicherweise schnell. Wir liessen das Fahrzeug gute 100 Meter vor dem Tatort stehen. Maschinengewehre knatterten, Einzelschüsse peitschten durch die Luft,

aus Lastwagen zwängten sich Soldaten und Offiziere schrien Befehle. Das Ganze wirkte hektisch und improvisiert. Noch gab es keinen grossen Auflauf. 40 Meter vor der Botschaft blieben wir stehen und stellten uns einem Offizier vor, der an der letzten Häuserecke stand, die den Platz vor der besetzten Mission freigab. Wir fragten ihn, ob einzelne Geiseln bereits befreit worden seien und wohin sie gebracht worden seien. Seine Antwort war kurz: «Mein Befehl lautet: niemanden in die Botschaft hineinlassen und Herausstürmende sofort in Gewahrsam nehmen. Seit ich hier stehe, kam noch keiner heraus.» Er konnte uns nicht sagen, wer die Besetzer waren. Dann riet er uns, nicht näher Richtung Gebäude zu gehen. Nach und nach wimmelte es von Medienvertretern. Sie wollten von uns erfahren, wer sich in der Botschaft befand und woher wir wüssten, dass unsere zwei Botschafter im Gebäude seien. Die Knallerei war ohrenbetäubend, sodass es schwierig war zu erkennen, woher die Schüsse kamen oder wem sie galten. Lehnhart und ich zogen uns hinter einen Schützenpanzer zurück.

Mein Eindruck nach diesem Besuch: nur keine Stürmung der besetzten Botschaft. Die meisten Soldaten glichen unerfahrenen Rekruten, bei denen die Gefahr bestand, dass sie vor lauter Angst den Abzug drückten, ohne zu zielen. Ein Angriff auf das Haus hätte meiner Meinung nach bedeutet, dass kein Stein auf dem anderen geblieben wäre. Eine Attacke schien umso gefährlicher, als das Radio wie bei einem Fussballspiel über jede Bewegung des Heeres berichtete. So hatte ich beobachtet, wie ein gepanzertes Fahrzeug an der uns gegenüberliegenden Häuserecke im letzten Moment aufgehalten wurde. Zum Glück, denn das Vorrücken des Vehikels war im Radiosender des neben uns stehenden Reporters bereits durchgegeben worden, sodass die Besetzer drinnen mit ihren Transistoren bereits darauf gefasst waren, was auf sie zukam. Gegen 15:00 Uhr erliess die Regierung ein allgemeines Informationsverbot.

Zurück im Büro verfasste ich das zweite Flash-Telex für Bern. Darin konnte ich der Zentrale mitteilen, ich hätte aus militärischer Quelle (dem Büro von Verteidigungsminister Camacho Leyva) erfahren, dass die Befragung eines gefangen genommenen Guerilleros ergeben habe, er sei ein Mitglied der M 19.

Berner Reaktion

Von unserem Aussendepartement hörte ich noch nichts. Der Grund war allerdings ein Fehler unserer Botschaft. Ein Flash-Telex, das ausserhalb der Berner Bürozeiten eintraf, musste damals durch einen Telefonanruf an den Pikettbeamten gemeldet werden. Das hatten wir versäumt … (Durch diesen Vorfall gewitzt, liess ich 1989 bei meinem nächsten Einsatz an der Zentrale alle eintreffenden Meldungen nach Dringlichkeitsgrad von den Maschinen filtern. Eine Flash-Meldung löste neu automatisch eine Meldung aus. Das telefonische Avisieren der Zentrale wurde abgeschafft.)

Zum Glück gab mir Rudolf Lehnhart am Telefon bekannt, was sich in Bern abspielte. In der Schweiz hatte das EDA in aller Eile einen Krisenstab unter der Führung von Botschafter Edouard Brunner, dem späteren Staatssekretär, gebildet. Dieser hatte Wien kontaktiert und vorgeschlagen, ein internationales Koordinationsbüro in Caracas zu formieren. Den späteren Presseberichten entnahm

ich, dass Botschafter Brunner die Hauptstadt von Venezuela vorgeschlagen hatte, weil es ein Nachbarland Kolumbiens war und die Mehrzahl der gefangenen Missionschefs aus Lateinamerika stammte. Seine viel zu weit gegriffene Initiative verlief jedoch im Sand. Zum Glück, denn die Kolumbianer hätten Verhandlungen über die Geiseln vom Ausland her kaum geschätzt und dies eher als Misstrauen ihnen gegenüber eingestuft.

Aber vielleicht hatte Botschafter Brunner an den Fall Iran gedacht, wo 1979 die US-Botschaft besetzt worden war. Es gab aber fundamentale Unterschiede. Kolumbien war schliesslich nicht die Islamische Republik, wo das ganze Land seit der Revolution im Aufruhr war und die Regierung die Besetzer unterstützte. In Bogotá verlief das Leben ausserhalb der Zone um die Botschaft der Dominikanischen Republik normal. Die Regierung deckte auch nie die Guerilleros, ganz im Gegenteil. Die grosse Gefahr bestand vielmehr darin, dass die besetzte Mission gestürmt werden könnte. Das Bild der schiessenden Soldaten vor der dominikanischen Botschaft liess Böses erahnen. Spätere Ereignisse zeigten, dass fehlgeschlagene «Befreiungen» in Kolumbien blutig enden konnten. Erwähnt sei die Stürmung des besetzten Justizpalastes 1985 mit Dutzenden von Toten. Es war wieder die M 19 gewesen, die in das Gebäude eingedrungen war. Und die versuchte Befreiung von Diana Turbay, der Tochter von Präsident Turbay, im Jahr 1991 verlief ebenfalls tödlich für die Geisel. Dahinter steckte der berühmtberüchtigte Drogenboss Pablo Escobar, der sich gegen die Auslieferung von Drogenkriminellen an die USA wehrte.

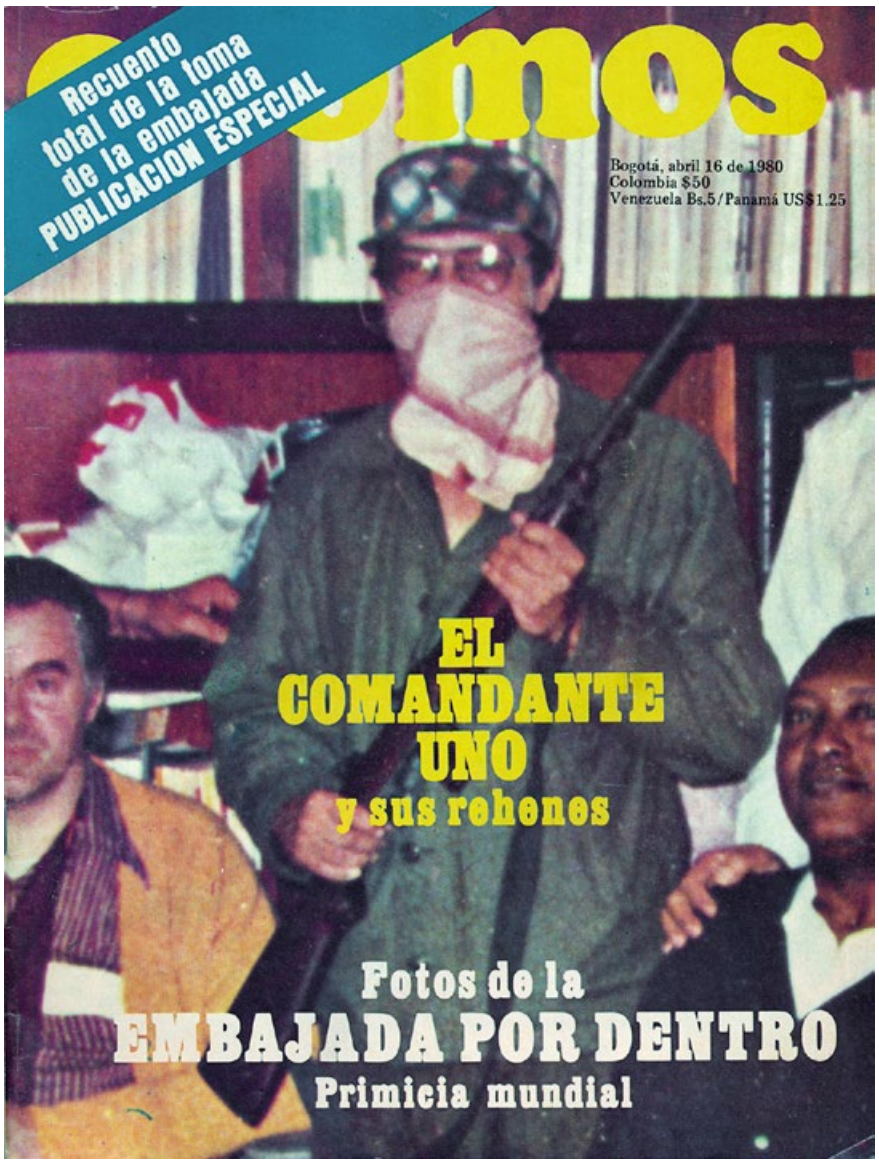
Eine künftige Koordination in Bogotá, wie sie andere Länder vorsahen, war im aktuellen Fall sinnvoller. Bern akzeptierte denn auch ein koordiniertes Verhandeln vor Ort. Botschafter Brunner hatte inzwischen den kolumbianischen Missionschef einbestellt und gegenüber den Medienvertretern die Schwerpunkte unserer Haltung erklärt: Die Schweiz habe Vertrauen in die kolumbianische Regierung, die verantwortlich sei für die Lösung der Geiselnahme. Diese müsse ohne Blutvergiessen erfolgen.

Im Auftrag des Krisenstabes rief mich schliesslich unsere Mission in Washington an, um zu erfahren, was bei uns laufe. Ich wies auf die zwei Flash-Telexe hin und war erstaunt, dass die Zentrale nicht direkt mit uns in Verbindung getreten war.

Erste Kontakte mit den Geiselnehmern

Wie lief es in Bogotá weiter? Am 28. Februar veröffentlichte das Pressebüro der Präsidentschaft ein Bulletin über den am Vorabend erfolgten Besuch des ehemaligen Aussenministers Alfredo Vasquez Carrizosa und eines begleitenden Arztes in der besetzten Botschaft. Beide hätten aus «humanitären Gründen» folgende Vorschläge der Extremisten, wie die Guerilleros genannt wurden, entgegengenommen:

1. Rückzug des Militärs aus der Umgebung der Botschaft unter Androhung von Repressalien, falls die Truppen versuchen sollten, das Gebäude zu stürmen.



Titelbild der Sonderausgabe der kolumbianischen Zeitschrift Cromos anlässlich der Besetzung vom 16. April 1980.

2. Befreiung von 311 sogenannten politischen Häftlingen, deren Namen später bekannt gegeben würden.
3. Veröffentlichung eines Manifestes der Besetzer in den wichtigsten Tageszeitungen der Länder, deren Botschafter gefangen gehalten wurden.
4. Ein Lösegeld von 50 Millionen US-Dollar, das von den betroffenen Ländern bezahlt werden sollte.
5. Dialog mit der Regierung Kolumbiens.

Vasquez Carrizosa und der Arzt hätten den Extremisten gegenüber ihre Beunruhigung über den Zustand der Verletzten ausgedrückt. Sie gäben der Lebensrettung den Vorrang. Vasquez Carrizosa habe zudem die Freilassung der gefangenen Frauen nahegelegt, da sie kein politisches Objekt darstellten. Die Extremisten erklärten sich laut Bulletin damit einverstanden, sofern die Regierung den Dialog

akzeptiere. Der Text schloss mit dem Hinweis, dass laut Präsident Turbay die erhaltene Information eine gute Basis für das Studium und den Entscheid der Regierung bilde.

Keine Geiseln aus dem Ostblock

Wie sich zeigte, waren nebst dem Gastgeber aus der Dominikanischen Republik 16 Botschafter und Geschäftsträger unter den Geiseln, nämlich aus den USA, Mexiko, Guatemala, Costa Rica, Haiti, Venezuela, Brasilien, Peru, Bolivien, Paraguay, Uruguay, Österreich, dem Vatikan, der Schweiz, Israel und Ägypten. Es fiel auf, dass kein einziger Vertreter des Ostblocks dabei war, was umgehend zu Spekulationen führte. Die Botschafter der kommunistischen Länder waren alle früher weggegangen, weil sie zu einem Empfang beim neuen DDR-Missionschef geladen waren. Nationalrat Christoph Blocher (Schweizerische Volkspartei, SVP) stellte wegen dieser «Abwesenheit» prompt am 21. März eine «Einfache Anfrage» an den Bundesrat, worauf mich Bern bat, Näheres zu erfahren. Ich unterhielt mich mit dem kolumbianischen Protokolldienst wegen des zeitlichen Ablaufes der Überreichung des Beglaubigungsschreibens und der Dauer der Hinfahrt zur Residenz des Vertreters aus Ostberlin. Die Fahrzeiten gaben einen halb-plausiblen Grund für das frühzeitige Weggehen der Ostblockbotschafter ab. Ich führte zusätzlich ein längeres Gespräch mit dem Missionschef Jugoslawiens. «Belege» konnte mir, wie zu erwarten, niemand geben. Der Bundesrat antwortete Nationalrat Blocher am 21. Mai, dass er über keinerlei Angaben verfüge, die den vermeintlichen Sachverhalt des vorgängigen «Informiertseins» bestätigen könnten.

Die Zahl der festgehaltenen Missionschefs reduzierte sich am zweiten Tag, weil Costa Rica eine Botschafterin hatte und diese, wie die anderen Frauen, freigelassen wurde. Ich nahm an, dass die Geiselnahme ziemlich lange dauern dürfte, da ich die M 19 als eine Gruppe wahrnahm, die stark ideologisch geprägt war und nicht leicht – wenn überhaupt – nachgeben würde. Ich erstellte daher eine Ablaufgeschichte, auf die sich die folgende Darstellung stützt.

Reaktionen des diplomatischen Korps

Schon am Abend des 28. Februar ging ich zu einem informellen Treffen auf die US-Botschaft. Anwesend waren Vertreter von Österreich, Mexiko, Brasilien und Israel. Nicht dabei waren die Geladenen aus Venezuela und Ägypten. Die Diskussion zeigte, dass einzelne der als Geiseln festgehaltenen Botschafter mehr Gelegenheit hatten, nach draussen zu telefonieren, als andere. Laut diesen Anrufen galt eine der Hauptsorge der Geiselnehmer den Scharfschützen, die abgezogen werden sollten. Während unseres Treffens wurde eine nicht-strukturierte Gruppenbildung angeregt, doch stiess dieser Vorschlag – mindestens vorläufig – auf den Widerstand des mexikanischen Vertreters. Er befürchtete, dass dies nach aussen wie eine «Allianz», eine Art *ganging up,* aussehen könnte.

Ich fragte die Teilnehmer, wie sie sich erklärten, dass die Terroristen keine zeitliche Frist an ihre Forderungen geheftet hatten. Der politische Berater der US-Botschaft glaubte, dass die bevorstehenden Gemeindewahlen (die sogenann-

ten Mitaca-Wahlen) ein Grund sein könnten. Es seien auf alle Fälle für acht Tage Lebensmittel in die Botschaft geliefert worden. Die Vertreter Mexikos und der Minister der USA, Trusten Frank Crigler, fügten schliesslich an, dass ihre Regierungen auf alle Fälle kein Lösegeld bezahlen würden.

Generelle Instruktionen Berns

Am Abend (Schweizer Zeit) des 29. Februar erhielt ich von Botschafter Brunner die generellen Instruktionen für die Gespräche mit den Kolumbianern:
Die kolumbianische Regierung sei verantwortlich für die Sicherheit und die Befreiung der Geiseln; wir vertrauten ihr bei dieser Operation und hofften, dass die Lösung der Geiselnahme ohne Blutvergiessen erfolge. Botschafter Brunner fügte für mich persönlich bei, ich verstünde sicher die Nuance zwischen Blutvergiessen und Anwendung von Gewalt. Er bat mich ferner, nicht mit Schweizer Radiosendern, der Presse oder dem Fernsehen über die Verhandlungen zu reden. Ich könne einzig Neuigkeiten über Botschafter Bourgeois mitteilen oder «lokale atmosphärische Eindrücke» schildern. Schliesslich fügte er an, dass die (Länder-) Vertreter, die von der Geiselnahme betroffen seien, gemeinsam und solidarisch prüfen sollten, wie auf die Forderungen der Besetzer zu reagieren sei. Individuelle Entscheidungen oder Positionen seien zu vermeiden, um die Verhandlungen nicht zu komplizieren.

Ich leitete die Instruktionen, soweit sie für die kolumbianische Regierung bestimmt waren, umgehend dem Aussenministerium weiter. Wie es die anderen betroffenen Länder vorgesehen hatten, so wollte auch Bern die Mission in Bogotá verstärken. Botschafter Brunner gab am 1. März bekannt, dass temporär ein zusätzlicher Mitarbeiter mit jahrlanger Erfahrung in Kolumbien nach Bogotá entsandt würde. Brunner teilte mir mit, dass ich weiterhin Leiter der Botschaft und der Verhandlungen wegen der Geiselnahme bleiben würde. Er erneuerte gleichzeitig das volle Vertrauen in meine Arbeit.

Gründung der «15»

Die Nuntiatur lud auf den 1. März das gesamte diplomatische Korps zu einer Sitzung ein, um eine gemeinsame Haltung der betroffenen Länder zu erarbeiten. Nach langwierigen Verhandlungen wurde ein Text angenommen, der dem Aussenministerium und anschliessend der Presse übergeben werden sollte. Darin wurden u. a. die Anstrengungen des Präsidenten anerkannt, die dramatische Situation zu lösen, ohne die physische Integrität der Geiseln zu gefährden. Gleichfalls wurde der gewalttätige Akt der Geiselnehmer verurteilt und die Notwendigkeit unterstrichen, mit allen friedlichen Mitteln die sofortige und «gemeinsame» Befreiung der Geiseln zu erreichen. Der Sekretär des Nuntius skizzierte anschliessend den zu erwartenden Ablauf der Gespräche zwischen der Regierung und den Guerilleros. Ein unbewaffneter Besetzer solle in Begleitung einer Geisel, nämlich des mexikanischen Botschafters, in einer Camioneta (einem bedeckten Kleinlaster) die Gespräche führen. Die Camioneta werde dazu auf dem Platz

vor der besetzten Mission parkiert. Seitens der Regierung dürften zwei Vertreter entsandt werden.

Die Botschafterin von Costa Rica hatte eingangs der Sitzung ausführlich die Stimmung im Gebäudeinnern geschildert. Sie fügte bei, dass sie sich schuldig fühle gegenüber den anderen Geiseln, weil sie habe weggehen dürfen. Beim Besprechen des Textes knüpfte ich an diese Worte an und liess das Adjektiv der «gemeinsamen» Befreiung einfügen. Wenn drinnen offenbar grosse Solidarität herrsche, solle diese auch draussen zum Ausdruck kommen. Mein Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Hinweis auf eine «gemeinsame» Befreiung war umso nötiger, als ich von unserer Mission in Rom vertraulich erfahren hatte, dass der Vatikan versucht habe, den gefangenen Nuntius mit dem Argument herauszuholen, dass er nicht nur Diplomat, sondern auch Vertreter des Papstes bei der kolumbianischen Kirche sei. Die Worte der Botschafterin von Costa Rica waren mir daher ein willkommener Vorwand, um «individuelle» Pressionen ablehnen zu lassen, und zwar direkt in der «Höhle des Löwen», in der Nuntiatur.

An der Sitzung wurde ferner versucht, eine Kommission der betroffenen Länder zu bilden. Das Resultat des Textes teilte ich anschliessend Bern und – telefonisch – Botschafter Bourgeois mit. Das Abhören durch die Guerilleros (und die Regierung) spielte keine Rolle, weil der Sondergesandte des Vatikans die Ergebnisse bereits durchgegeben hatte.

Am 1. März gab es in der österreichischen Botschaft eine weitere Sitzung, diesmal nur unter den Vertretern der betroffenen Länder. Wien hatte zur Verstärkung den ehemaligen Missionschef in Bogotá, Botschafter Horn, abgesandt. Nach langwierigen Diskussionen wurde ein Entwurf über die generellen Leitlinien verfasst, der ähnlich wie die Instruktionen Berns vom 29. Februar lautete. Sonderbotschafter Horn sollte am folgenden Tag das Ministerium über unser Treffen orientieren und erbitten, dass die 15 betroffenen Staaten opportune Mitteilungen erhielten. Gebe es seitens Kolumbiens keine Einwände gegen dieses gemeinsame Vorgehen, so sei die «Gruppe der 15» gebildet. Diese sanfte Variante der Gruppenbildung wurde wegen der Bedenken Brasiliens und Mexikos gewählt.

Druck der Bewegung M 19 im Land

Die Bewegung M 19 und ihre Sympathisanten wollten den Druck möglichst hochhalten. So wurde das Generalkonsulat von Argentinien in Medellín mit Molotowcocktails beworfen und die tschechische Residenz am 29. Februar teilweise ausgeraubt. Die Gruppe M 19 lancierte laut Presseberichten von Barranquilla aus Drohungen gegen Konsulate und Botschaften, falls die Regierung die dominikanische Mission angreifen würde. Durch Kanzleivorsteher Pedrazzi liess ich darauf unsere Ehrenkonsuln im Land verständigen, die ihrerseits die Möglichkeit erhielten, die Auslandschweizer über den Zustand von Botschafter Bourgeois zu orientieren. Einen Hinweis im gleichen Sinne liess ich dem Colegio Helvetia zukommen. Dieses hatte anonyme Drohungen erhalten und schloss seine Pforten. Das Colegio konnte am 3. März wieder geöffnet werden, weil wir bei den Behörden erreicht hatten, dass sie eine Militärpatrouille dorthin absandten.

Erstes Treffen mit Uribe Vargas

Nachdem Sonderbotschafter Horn das Ministerium wie vereinbart am Morgen des 2. März informiert hatte, wurden alle 15 Ländervertreter gegen Abend zu einem Treffen mit Aussenminister Uribe Vargas und Generalsekretär Julio Londõno gebeten. Kolumbiens Vorgehen schilderte der Aussenminister wie folgt: Die Verhandlungen müssten vorsichtig erfolgen und zentralisiert durchgeführt werden. Es gehe nicht an, dass jedes Land versuche, seinen eigenen Botschafter zu retten. Dieser Egoismus riskiere das Leben der anderen, und es bestehe die Gefahr, dass die kolumbianische Regierung selbst nichts erreiche. Der Minister liess durchblicken, dass sie eine langsame Verhandlungsführung anstrebten. Uribe Vargas meinte zum Thema der Geldforderungen der Terroristen, dass seine Regierung gegen einen Markt von Diplomaten sei. Schliesslich feuerte der Aussenminister eine Breitseite gegen die «Kriegsberichterstatter» ab, die sich vor nichts fürchteten, um eine Fotografie zu schiessen. Kolumbien liess aber die Presse gewähren; die Journalisten konnten sogar mit den Guerilleros telefonieren und diese mit den Massenmedien. Laut Uribe Vargas war dies ein einmaliges Ereignis bei einer Geiselnahme. Warum diese Grosszügigkeit? Die Presse sollte sich meiner Meinung nach totlaufen! Sonderbotschafter Horn übergab nach dieser Eröffnungsrede von Uribe Vargas die am Vortag von uns besprochenen Papiere. Der Aussenminister, eher klein gebaut und darauf bedacht, grösser zu wirken, als er war, warf einen kurzen Blick auf die Texte und erwiderte leicht von oben herab, dass sie die Verantwortung für die Verhandlungen akzeptierten, weil das Gegenteil undenkbar sei. Zum Informationsbegehren hielt er fest, dass er so weit wie möglich Auskunft erteilen werde, dass es aber auch Grenzen gebe.

Das Gespräch zeigte, dass Kolumbien ein ruhiges Klima für die Verhandlungen schaffen wollte. Dies dürfte auch dem Naturell von Präsident Turbay entsprochen haben, der eher gelassen an Lösungen arbeitete und zudem interne Meinungsverschiedenheiten austarieren musste.

Asylfragen

Kurz vor diesem abendlichen Treffen mit Uribe Vargas hatte mir Sonderbotschafter Horn eröffnet, dass er am Vormittag vom Aussenminister angefragt worden sei, ob Österreich und die Schweiz den Guerilleros Asyl gewähren könnten. Ich war erstaunt, dass ich dieses wichtige Ersuchen so spät erhielt. Wegen des Zeitunterschiedes von sechs Stunden war eine sofortige Information für Bern unerlässlich. Die provisorische Stellungnahme von Botschafter Brunner konnte mir nach internen Konsultationen denn auch erst gegen Mitternacht Schweizer Zeit am 3. März zugestellt werden.

Den Kolumbianern erschien das Gespräch mit 15 Ländervertretern etwas langwierig. Uribe Vargas regte an, es solle ein Ausschuss gebildet werden, was am 3. März geschah. Der Koordinationsausschuss setzte sich aus vier Mitgliedern zusammen: Mexiko (zuständig für Costa Rica, Bolivien, Brasilien, Uruguay und Venezuela), den USA (für Israel, den Vatikan, Peru, Paraguay, Guatemala), Österreich (mit Ägypten, Haiti, der Schweiz) und der Dominikanischen Republik. Das Sekretariat oblag Österreich. Wenngleich die 15 dem Wunsch des Aussenminis-

ters sofort nachkamen, bestand die Gefahr, dass es ohne lückenlose, umgehende Information zu unterschiedlichem Wissensniveau kommen würde.

Uribe Vargas empfing den Ausschuss schon am 3. März und unterrichtete die Anwesenden über ein sehr vertrauliches, nicht dringendes Gesuch, wie mir die österreichische Botschaft per Telex mitteilte. Der Grund des Gesuches wurde nicht bekannt gegeben. Später stellte sich heraus, dass es um Fragen der Verletzten und um logistische Lösungen ging. Das Aussenministerium stellte den 15 ein Büro und ein Telefon zur Verfügung, das eine ständige Verbindung zur besetzten Botschaft ermöglichte. Die Leitung war auch für die Ehegattinnen gedacht. Frau Bourgeois benutzte diese später regelmässig. In diesem Büro konnten zudem Medikamente und spezielle Lebensmittel für die Geiseln abgegeben werden.

Um Näheres über das dringende Gesuch zu erfahren, kontaktierte ich die österreichische Mission. Mir wurde erklärt, dass Sonderbotschafter Horn in sein Hotel gegangen sei, um zu schlafen. Als ich ihn schliesslich per Telefon im Hotel Tequendama erreichte, teilte er mir mit, dass der Ausschuss dem Minister versprochen habe, das dringende Anliegen nicht vor morgen bekannt zu geben. Es gehe nicht um das Asylgesuch. Ich wies Sonderbotschafter Horn darauf hin, dass ich mit der kolumbianischen Informationspolitik nicht einverstanden sei. Wir hätten nicht eine Gruppe gebildet, damit diese wieder auseinanderdividiert würde. Insofern gehe es nicht um den Inhalt der Meldung, sondern ums Prinzip. Zur Asylanfrage sagte ich ihm, dass die Schweiz einen direkten Kontakt zu den Kolumbianern benötige, da wir ansonsten keinen Entscheid fällen würden.

Auch in Bern wurde die Informationspolitik sehr ernst genommen. Während ich am 4. März gebeten wurde, nochmals mit Sonderbotschafter Horn in Verbindung zu treten, um den Informationsfluss grundsätzlich zu besprechen, hatte die Zentrale bereits Wien kontaktiert und die Wichtigkeit einer lückenlosen Benachrichtigung und Koordination unterstrichen. Niemand Geringerer als Staatssekretär Albert Weitnauer hatte mit seinem Counterpart Fritz Bauer in Österreich gesprochen. Sollte Sonderbotschafter Horn auf seiner selektiven und verspäteten Informationsweise beharren, müssten wir uns an ein anderes Land wenden, z. B. an die USA, die in fraglicher Beziehung aufgeschlossener sein dürften.

Mein Vorbehalt zur Asylanfrage gegenüber dem Sondergesandten Wiens wirkte. Er musste am Morgen offenbar mit Uribe Vargas telefoniert und den direkten Kontakt mit mir empfohlen haben. Die diplomatische Gepflogenheit sieht ja vor, dass ein Gesuch für ein anderes Land nicht über Dritte mitgeteilt wird. Der Aussenminister empfing mich um 11:00 Uhr an diesem 4. März. Ich beglückwünschte ihn eingangs zu seiner stets ruhigen Haltung angesichts der stressigen Lage. Bern habe volles Vertrauen in seine Regierung und sei zu enger Kooperation bereit. Dies setze aber voraus, dass wir informiert würden. Ich unterbreitete ihm dann die Fragen Berns vom 3. März, zu denen Uribe Vargas Stellung nahm:

Bei der Asylanfrage handle es sich um eine Initiative Kolumbiens. Dieser Vorschlag werde beim nächsten Gespräch mit den Besetzern, das für den kommenden Tag vorgesehen war, vorgebracht. Er habe Sonderbotschafter Horn auf den exploratorischen Charakter hingewiesen und ihn gebeten, auch in Bern nachfragen zu lassen. Sollten die Guerilleros den Vorschlag annehmen, würde er formell werden. Horn habe ihm erklärt, dass Österreich grundsätzlich zur Asylgewäh-

rung bereit sei. Eine «exploratorische Grundsatzerklärung» hätten sie, die Kolumbianer, auch gerne von uns. Kolumbien habe Nachbarstaaten wie Panama oder Venezuela nicht in Betracht gezogen, weil das Problem dadurch nur in jene Länder verlegt würde und die Gefahr der Rückkehr der Terroristen bestünde. Auf die Frage, wie die Besetzer reisen sollten, erwiderte Uribe Vargas, dass sie unbewaffnet ausfliegen müssten. Sie würden zudem mit den Geiselnehmern in Bälde über das Lösegeld reden. Wie stelle sich die Schweiz dazu? Ich erklärte ihm, dass ich noch keine Antwort hätte, aber wisse, dass Länder wie Mexiko und die USA strikt gegen den Loskauf seien.

Am Schluss des Gespräches bat ich Uribe Vargas, unsere Kanzlei rund um die Uhr durch einen Polizisten bewachen zu lassen. Der Aussenminister kam dem Gesuch umgehend nach.

Inspektionsbesuch zur Unzeit

Die Mühlen der Verwaltung arbeiten immer: Mitten in dieser hektischen Zeit erschien am 4. März ein Finanzinspektor zu einer, wie es Fachjargon heisst, «nicht angemeldeten Inspektion». Ich erklärte ihm, dass ich alle Leute auf der Botschaft bräuchte. Er verwies auf seine Aufgabe, worauf ich mit Personalchef Glesti in Bern telefonierte. Er bat den Inspektor an den Apparat und teilte ihm Folgendes mit: Wenn er behilflich sein könne, dürfe er bleiben, sonst sei es besser, das nächste Flugzeug zu nehmen … Der Inspektor verliess darauf unsere Kanzlei.

Österreichs Asylgewährung

Während Österreich sich am 4. März bereit erklärt hatte, den Besetzern Asyl zu gewähren, sandte mir Bern am 5. März neue Fragen zur Geiselaffäre, die ich mit dem Aussenminister besprechen sollte. Kolumbiens Ersuchen bringe die Schweiz in Verlegenheit, und die erste Reaktion sei negativ. Allerdings müssten noch einige Punkte geklärt werden. Für Bern sei es schwierig zu glauben, dass die Terroristen ohne Waffen ausreisten, da sie keine Garantie für ihren Abflug hätten. Sollten sie hingegen mit Waffen reisen, würde das Problem nur geografisch verschoben. Kämen die Terroristen in die Schweiz, müssten wir sie aufgrund von Artikel 5 des Strafgesetzbuches verfolgen, weil sie ein Verbrechen gegen einen im Ausland lebenden Schweizer begangen hätten. Hingegen könnte die Asylfrage für politische Gefangene geprüft werden. Bei jedem Schritt müsse an die Präzedenzwirkung gedacht werden. Unser Land wolle nicht in ein Refugium für Terroristen verwandelt werden, wie es in anderen Staaten geschehen sei.

Bern schlug schliesslich für die Gespräche mit der Gruppe der 15 vor, dass wir bei der Lösegeldfrage eine gemeinsame, solidarische Haltung einnähmen. Ich sollte schliesslich den Koordinationsausschuss darum bitten, die lange Unterbrechung der Verhandlungen in der Camioneta wegen der Gemeindewahlen (Mitaca) als beunruhigend zu bezeichnen.

Am 6. März teilte ich sämtliche Punkte Berns dem Aussenminister mit. Er hielt fest, dass die Guerilleros bereit seien, ohne Waffen auszufliegen. Unsere Haltung wegen der Strafverfolgung der Geiselnehmer leuchtete ihm ein, und er nahm mit

83 Interesse zur Kenntnis, dass eventuell eine Asylmöglichkeit für politische Gefangene bestünde.

Tags darauf musste ich gegenüber dem Aussenminister (ich sprach diesmal mit dessen Privatsekretär) dringend bekannt geben, dass die Schweiz keine Terroristen auf ihrem Gebiet empfangen könne. Unser Land sei Mitglied der internationalen UNO-Konventionen zur Bekämpfung des Terrorismus.

Nachdem Wien wie gesagt am 4. März entschieden hatte, den Besetzern Asyl zu gewähren, liessen diese wenig später den österreichischen Botschafter frei. Dieser verliess Bogotá in Begleitung von Sonderbotschafter Horn am 6. März. Es war klar, dass dieses Vorgehen Wiens zu Spekulationen Anlass gab. Mit dem Weggang von Sonderbotschafter Horn «starb» auch der Koordinationsausschuss.

Fraktionen innerhalb der kolumbianischen Regierung

Die verständliche Beunruhigung Berns wegen der möglichen Verhandlungspause nutzte ich, um unserer Zentrale am 6. März gestützt auf vertrauliche Quellen die Schwierigkeiten der Konsensfindung der hiesigen Regierung aufzuzeigen: Die Geiselnahme und die Forderung der Guerilleros stellten Präsident Turbay und seine Minister vor eine Zerreissprobe, da die Druckversuche innerhalb und ausserhalb der Regierung vielschichtig und gegensätzlich waren. So nahm die Federación de Cafeteros, also der Dachverband der Kaffeeanbauer und Vertreiber, die härteste und extremste Haltung ein. Die Federación wollte keine Verhandlungen; ihrer Meinung nach sollte eine gewaltsame Lösung gesucht werden. Diesem Verband, der als wichtigster Exporteur des Landes fast einem Staat im Staat glich, konnte offenbar nur mit «turbayischer Geduld» begegnet werden. Eine eigene Variante suchten die Militärs, die ihrerseits gespalten waren. Der eine Flügel zielte auf eine harte Gangart, wobei die Frage der Gewaltanwendung nicht ganz klar war, da diese eventuell auch erst ausserhalb der Botschaft, z. B. am Flughafen, eingesetzt werden könne. Der andere Teil zeigte sich konzilianter. Innerhalb des Ministerrates gab es zwei prononcierte Vertreter der harten Linie: den Verteidigungsminister Camacho Leyva und den Justizminister Escobar Sierra. Der Einfluss des Letzteren hatte sich in den legalistischen Vorwänden und Hindernissen offenbart, die Kolumbien bei den Verhandlungen mit den Guerilleros hatte vorbringen müssen und die schliesslich fast zum Abbruch der Gespräche geführt hätten. Die sichtbarste Konsequenz dieser gegensätzlichen Fronten war, abgesehen vom psychologischen Moment, das Uribe Vargas am 2. März angedeutet hatte, der zähflüssige Verhandlungsrhythmus. Die unterschiedlichen Gruppen interpretierten die Geschehnisse jeweils im Sinne ihrer eigenen Argumente. Die «Tauben» sahen im langsamen Ablauf und im gewachsenen internationalen Druck eine Schützenhilfe für die Gespräche. Die «Falken» erhofften sich, dass jemand innerhalb der besetzten Botschaft die Nerven verlieren oder dass es zu einem Abbruch der verhassten Dialoge kommen könnte. Dann wäre der Weg frei für die Stürmung des Gebäudes. Die konziliante oder wohl eher zuwartende Haltung der Militärs konnte auch Taktik sein. Ginge etwas schief, wären sie immer dagegen gewesen … Wenn die Geiselaffäre vorüber sei, hielt ich in meinem Bericht weiter fest, dürfte die Repression viel stärker werden, als sie es nach dem

letzten Coup der M 19 gewesen sei. Die rechtsstaatlichen und demokratischen Regeln dürften einem neuen Druck ausgesetzt werden. Diesen Teufelskreis habe kürzlich der Kandidat der linken Gruppierung Firmes, Geraldo Molina, gemäss Zeitungsberichten wie folgt qualifiziert (Übersetzung von mir):

> Es ist kriminell in Kolumbien, mit dem Chaos zu spielen, weil das Chaos nicht die Linke begünstigt, sondern die extreme Rechte. Wir sind weder in Nicaragua, wo das ganze Volk Waffen erbat, um den Tyrannen Somoza zu bekämpfen, noch sind wir im Iran, wo die Botschaftsbesetzung von der eigenen Regierung akzeptiert wurde. Wir sind auch nicht in El Salvador, das eine prä-aufständische Situation durchlebt. Aktionen wie die Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik führen eher zu einer ‹Argentinisierung› Kolumbiens.

Landesrecht versus internationales Recht

Die Gruppe der 15 studierte bei ihrem Treffen am 8. März Rechtsfragen. Es ging darum, den legalistischen Standpunkt Bogotás zu erweitern, denn die Diskussionen der Regierung drehten sich um rein kolumbianisches Recht. Dabei sollten gerade bei einer Botschaftsbesetzung internationale Regeln mitberücksichtigt werden. Die Gruppe schlug zu diesem Zweck vor, eine juristische Kommission unter uns zu bilden, die ausser der Information keine konkreten Befugnisse habe. Diese Kommission bestand aus den Vertretern von Venezuela, Peru, Brasilien und mir. Die Koordinationsstelle oblag Brasilien.

Die Völkerrechtsdirektion gab mir am 10. März ein umfassendes Briefing zum Verhältnis von internationalem Recht und Landesrecht. Der Professionalismus, den ich schon während meines Stages in Bern geschätzt hatte, kam einmal mehr zum Tragen. Die Antwort Berns bezog sich fallgerecht auf die Frage der Anwendung des Wiener Übereinkommens über die diplomatischen Beziehungen. Dessen Artikel 29 verlangte vom Empfangsstaat (d. h. Kolumbien), darauf zu achten, dass der Diplomat weder in seiner Freiheit noch in seiner Würde beeinträchtigt werde. Diesem Schutz eigne jedoch kein absoluter Charakter. Die Verantwortung des Empfangsstaates greife nur dann, wenn er die geeigneten Massnahmen nicht ergriffen habe, um die Beeinträchtigung des Diplomaten zu verhindern. Kein Staat könne sein nationales Recht als allein massgebend betrachten, um sich den Verpflichtungen der Konvention zu entziehen. Es handle sich dabei um ein generelles Prinzip, das in Artikel 27 der Wiener Konvention über das Vertragsrecht festgehalten sei. Zu meiner persönlichen Information fügte die Völkerrechtsdirektion an, das internationale Recht biete keine Handhabe, um zu verlangen, dass die Kolumbianer den Forderungen der Geiselnehmer (voll) nachkämen. Das Völkerrecht anerkenne nämlich den Ausnahmezustand, der dem Empfangsstaat erlaube, Massnahmen zu ergreifen, die er zum Erhalt seiner Sicherheit für nötig erachte.

Das Timing zu den Rechtsfragen hätte nicht besser ausfallen können. Es ging darum, die Kolumbianer an die völkerrechtlichen Pflichten zu erinnern. Dies bedeutete keine Einmischung in die Verantwortlichkeit Bogotás. Laut meinem brasilianischen Kollegen müsse die physische Integrität der Geiseln gewährleistet werden. Die Kolumbianer könnten dagegen selbst entscheiden, wie die Lösung auszusehen habe.

85

Drohende Stürmung der besetzten Botschaft?

Am Abend des 9. März hatte mich Botschafter Bourgeois wegen der Asylanfrage angerufen. Ob die Guerilleros eventuell von uns ein provisorisches Asyl erhalten könnten? Ich antwortete ihm ausweichend, dass alle Vorschläge, gleich ob sie von der Regierung oder den Guerilleros kämen, von uns aufmerksam geprüft würden. Ich wollte ihm wegen des Abhörens durch die Geiselnehmer nicht mitteilen, dass wir diesem Anliegen nicht nachzukommen gedachten. Ich sagte ihm auch nicht, dass Österreich schon am 4. März beschlossen hatte, den Terroristen Asyl zu gewähren. Mir schien diese Information für ihn als Geisel nicht hilfreich. Das Telefonat zeigte aber, dass die Guerilleros nervös geworden waren und Absicherungen suchten. Sie hatten auch allen Grund dazu. Gute zwei Stunden vor diesem Gespräch war ich in der US-Botschaft gewesen, wo ich eine Unterredung mit Minister Crigler gehabt hatte. Mein Gesprächspartner verdeutlichte, Präsident Jimmy Carter habe einen Brief an Präsident Turbay geschrieben, der im Ton schärfer war als der veröffentlichte Text. Entsprechend stark brodelte die Gerüchteküche nicht zuletzt bei den Presseleuten. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) hatte gar einen Satelliten reserviert – für alle Fälle! Er, Crigler, habe am vergangenen Abend mit Turbay telefoniert und wiederholt, dass Washington gegen eine militärische Aktion sei. Der kolumbianische Präsident habe ihm versichert, dass sie keine *pendejadas* (Dummheiten) machen würden. Ihre Taktik sei vielmehr, nicht nachzugeben und auf Geduld zu spielen. Wenn die Gespräche 70-mal abgebrochen würden, seien sie 70-mal bereit, diese wieder aufzunehmen. Anschliessend sagte mir Crigler, dass er vom Weissen Haus den Auftrag erhalten habe, zu prüfen, ob es stimme, dass um 24:00 Uhr in derselben Nacht eine militärische Operation geplant sei. Crigler versprach, mich zu informieren, wenn es Anzeichen dafür gäbe.

Bern unterrichtete ich über die Gespräche mit Botschafter Bourgeois und dem US-Kollegen, wobei ich hinzufügte, dass ich im Falle einer militärischen Operation das Stichwort «Aktion geplant» verwenden würde. Zum Glück blieb es in jener Nacht ruhig. Ich teilte am anderen Tag dem Aussenminister mit, dass unsere Haltung zur Asylanfrage Folgendes zuliesse, sofern die Geiselnehmer unbewaffnet ausreisten: Die Besetzer könnten in der Schweiz einen Zwischenhalt machen. Wir gestatteten in diesem Fall einen Flugzeugwechsel, was jedoch nicht bedeute, dass wir eine Maschine zur Verfügung stellten. Wir müssten auf der Freilassung der Geiseln bestehen, bevor die Besetzer weiterflögen.

Am Abend des 12. März trafen sich die 15 und besprachen die Rechtsfragen. Es wurde ein Entwurf analysiert, der von Peru und Brasilien erarbeitet worden war. Da unser Standpunkt nuancierter war und sich nicht ganz mit deren rein hierarchischen Vorstellung deckte, wonach das internationale Recht ohne Ausnahme Vorrang vor dem nationalen Recht hatte, hatte ich die Redaktion diesen zwei Ländervertretern überlassen. Die 15 unterbreiteten anschliessend das Dokument Uribe Vargas. Er sprach sich ganz im Sinne der lateinamerikanischen Interpretation aus, d. h., er gab dem internationalen Recht immer Vorrang. Kaum verkündet, sah der Aussenminister ein, dass er sich mit dieser rein hierarchischen Interpretation in eine Zwickmühle begeben hatte, da eine solche Auslegung des Völker-

rechts seine Regierung zu stark behindern könnte. Jetzt schien mir der Moment gekommen, unsere nuanciertere Position darzulegen: Selbstverständlich gelte die «lateinische» Interpretation auf diesem Kontinent. Wir in Europa sähen dies allerdings etwas differenzierter. Die schweizerische Haltung war dem Aussenminister sehr willkommen, und er dankte mir beim Hinausgehen. Auf Vorschlag Mexikos beschloss die Gruppe der 15 an der gleichen Sitzung vom 12. März, dass um eine Unterredung mit Präsident Turbay ersucht werden sollte.

Botschafter Brunner gab mir am 13. März die Leitlinien zum Treffen mit Kolumbiens Staatschef. Wichtig sei, dass wir lediglich einen vernünftigen Druck ausübten. Die Zeit schien für Kolumbien zu arbeiten. Wir hätten auch kein Interesse daran, wenn Bogotá zu leicht den Forderungen der Terroristen nachgäbe. Dies könnte als Präzedenzfall in anderen lateinamerikanischen Ländern benutzt werden. Es gelte, eine gleich grosse Geduld zu haben, wie sie die kolumbianischen Behörden zeigten. Wir würden es auch ablehnen, wenn das Ausland in einem ähnlichen Fall in der Schweiz exzessiv viel Druck ausübte. Dies dürfte sich kontraproduktiv auswirken.

Diese grundsätzliche Haltung gab ich anderntags dem französischen Botschafter bekannt, der im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefragt hatte, wie weit sie auf die Kolumbianer Druck ausüben sollten. Er dankte für die einleuchtende Position unseres Landes und versprach, die forscheren Draufgänger unter den Mitgliedstaaten der EWG in unserem Sinne zu bremsen.

Kubas Offerte

Die kolumbianische Präsidentschaft publizierte am 17. März einen Briefwechsel zwischen Präsident Turbay und dem kubanischen Botschafter, wonach Havanna sich bereit erklärte, die Guerilleros, die Geiseln und politische Gefangene aufzunehmen, und zwar mittels eines direkten Fluges von Bogotá nach Havanna. Präsident Turbay dankte für das Angebot und hielt fest, dass er, falls nötig, darauf zurückkommen würde. Ich hatte am gleichen Tag kurz nach dieser Veröffentlichung ein Gespräch mit Botschafter Fonseca Duque, der für die internationalen Organisationen im Aussenministerium zuständig war. Eigentlich ging es um die Kandidatur von Botschafter Dunkel als Generaldirektor des GATT, aber mein Gesprächspartner kam einleitend auf die Geiselaffäre zu sprechen. Um seine Position besser zu verstehen, sei angeführt, dass Botschafter Fonseca Duque der (oppositionellen) konservativen Partei angehörte. Er war sichtlich erschüttert ob des «abscheulichen Anschlages». Dann schilderte er einige interessante Details, die teilweise seiner eigenen, nicht offiziellen Interpretation zuzurechnen waren. Er sah die Besetzung der Botschaft im Zusammenhang mit der Reaktion Kubas wegen des missglückten Kampfes um einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Er habe seinen Aussenminister davor gewarnt, gegen den Inselstaat anzutreten, da Kolumbien nie die nötigen Stimmen erhalten werde und die Kandidatur als Hilfe für Washington gewertet werden könne. Ihm zufolge gab es nichts Schlimmeres für einen Staat der Dritten Welt, als den USA zu helfen. Erstens honorierten diese eine solche Unterstützung nie – die Nichtratifizierung des Vertrages von 1972 über Teile des Archipels von San Andrés auf Druck Nicaraguas zeige dies – und

87 zweitens betrachteten die Länder der Dritten Welt das Helferland als Lakaien der Amerikaner. Er habe Uribe Vargas vor einer «Retourkutsche» seitens Kubas gewarnt. Diese sehe man in der nicht beweisbaren Aufstachelung Nicaraguas wegen der Insel San Andrés und Providencia sowie der geistigen, wenn nicht gar materiellen Hilfe an die Botschaftsbesetzer. Meine Frage, wie er Kubas Asylangebot bewerte, beantwortete er wie folgt: Seiner Meinung nach handle es sich nicht um ein reines Geschenk.

Radioansprache des Aussenministers

Am 18. März sprach Uribe Vargas im Radio zu den Kolumbianern. Die Besetzung sei eine neue Modalität des internationalen Terrorismus gegen den Rechtsstaat. Die Regierung habe den Dialog mit den Besetzern aus humanitären Gründen angenommen. Sie müsse aber innerhalb der Verfassung und der Gesetze handeln. Dies betreffe auch die Frage der inhaftierten Gefangenen. Sie hätten eine Juristenkommission eingesetzt, die Wege suche, die Gerichtsprozesse abzukürzen. Die Regierung wolle die physische Integrität der Geiseln nicht gefährden und keinen Sturm auf die Botschaft durchführen, solange die Besetzer das Leben der Geiseln nicht gefährdeten.

Die Rede zeigte, dass der Knackpunkt die Frage der inhaftierten politischen Gefangenen war, die nur durch Gerichte freigelassen werden konnten. Wie lange die Lösung dieses Problems innerhalb eines Rechtsstaates dauern würde, war schwierig zu sagen. Bern anerkannte die Haltung der kolumbianischen Regierung: Die Rede zeichne sich durch Logik und Klarheit aus.

Die 15 versammelten sich am 19. März, um die Ansprache des Aussenministers zu analysieren und die Punkte zu diskutieren, die am folgenden Tag mit dem Präsidenten besprochen werden sollten. Laut dem Sondergesandten des Papstes, Pio Laghi, war die Rede von Uribe Vargas klar, aber bedrückend. Der Vertreter aus Venezuela fügte bei, dass Kolumbien keine Gewalt anwenden wolle, ausser sie käme von drinnen. Aber dort spielten sich verzweifelte Szenen ab, wie es die versuchte Flucht des Botschafters von Uruguay zeige. Laut dem mexikanischen Kollegen war die Haltung Kolumbiens klar. Die Position der Regierung sei nun festgelegt. Brasiliens Sonderbotschafter sah demgegenüber eher schwarz. Es gelte jetzt die Formel «Ni presos, ni pesos» und neu «ni prisa» («Keine Gefangenen, kein Geld» und – neu – «keine Eile»). Im Sinne der verschiedenen Weisungen aus Bern ergriff ich anschliessend das Wort: Wir würden das Ganze in einen humanitären Rahmen stellen wollen; uns bedrücke das Schicksal der Geiseln sehr. Wir müssten aber auch daran denken, dass dieser Fall nicht nur für sich betrachtet werden dürfe, sondern auch im Zusammenhang mit Ereignissen, die in anderen Ländern geschehen seien und noch geschehen könnten. Dies gelte vor allem dann, wenn die Regierung zu leicht nachgäbe, was eine Präzedenzwirkung haben könnte. Hier träfen sich die humanitären Überlegungen für die jetzigen Opfer mit den Gedanken an die Sicherheit der anderen. Von daher betrachtet seien wir mit der kolumbianischen Regierung weitgehend einig und würden wahrscheinlich in einer analogen Situation eine ähnliche Position einnehmen. Persönlich fände ich den gewählten Zeitpunkt der Veröffentlichung der Haltung nicht den glück-

lichsten. Wir hätten jedoch die Ansicht vertreten, dass die Verantwortung für die Behandlung dieses Falles ausschliesslich in den Händen der kolumbianischen Regierung liege.

Die Botschafterin von Costa Rica zeigte sich besorgt über unsere Erklärung: Wir wollten die Leute drinnen retten, darum seien wir hier. Ähnlich kritisch äusserte sich der Vertreter Mexikos: Wir sollten die Präzedenzwirkung beiseitelassen. Eine solche Perspektive sei inhuman. Wenn jemand einem anderen die Pistole vor die Brust gesetzt habe, solle man nicht wie die kolumbianische Regierung Gesetze zitieren. Ganz anders der Minister der USA: Crigler flüsterte mir ins Ohr, sie hätten gedacht, sie seien die Einzigen, die Überlegungen wie wir anstellten.

Die 15 wurden am 20. März von Präsident Turbay empfangen. Er wiederholte weitgehend den bekannten Standpunkt. Er zeigte uns aber, wie sehr er sich bei der Geiselfrage bis in die Details kümmerte. Sie war, wie wir bei uns sagen, zur Chefsache geworden.

Anderntags diskutierte die Gruppe die Zusammenkunft mit Präsident Turbay, die bei allen einen positiven Eindruck hinterlassen hatte. Man spürte die Erleichterung des Staatschefs darüber, dass er sich direkt mitteilen und unsere Besorgnis hören konnte. Der generelle Tenor war, dass jetzt der enge Verhandlungsspielraum voll ausgeschöpft werden sollte.

Neue Akteure

Am 27. März traf auf Geheiss Berns unser Missionschef aus Kanada ein. Botschafter Olivier Exchaquet kannte Kolumbien gut; er war zuvor hier auf einem Posten gewesen. Ich hatte für ihn mehrere Treffen vereinbart, zu denen ich ihn begleitete. Die Amerikaner sagten uns, dass sie die juristischen Diskussionen der 15 als überflüssig betrachteten. Die USA blieben in der Gruppe, wiederholten aber nur ihren Standpunkt und weigerten sich, über Punkte zu sprechen, die in den Kompetenzbereich der Kolumbianer gehörten. Ausführlicher war der Sondergesandte des Papstes, Pio Laghi. Ihn erstaunte der juristische Formalismus der Kolumbianer. Das Land kenne den Ausnahmezustand, der es der Regierung erlauben sollte, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Dann erwähnte er die Ankunft von Victor Sasson, eines Geschäftsmannes, der bereit sei, mit den Geiselnehmern über das Lösegeld zu sprechen. Der brasilianische Sonderbotschafter Carbonar erzählte uns, wie er den Kolumbianern u. a. seine Erfahrungen bei der Geiselnahme des Schweizer Botschafters Giovanni Bucher in Rio de Janeiro im Jahre 1970 erklärt habe. Uribe Vargas sah er bloss als *go-between;* die Entscheide fälle der Präsident.

Schliesslich hatten wir ein Treffen mit dem Staatschef. Präsident Turbay empfing uns im Palacio de Nariño während 40 Minuten. Er trug wie immer eine Fliege und sprach leicht pausierend durch die Nase. Der Präsident schätzte die Haltung der Schweiz sehr, er teilte unsere Gesichtspunkte und zeigte sich zuversichtlich: Nach 30 Tagen habe sich ein gewisses Verständnis zwischen den Besetzern und den Autoritäten eingestellt. Die Guerilleros hätten eingesehen, dass sie die öffentliche Meinung berücksichtigen müssten, wenn sie eines Tages zurückkehren wollten, um das Regime zu stürzen. Von sich aus kam der Präsident auf die Rolle der Militärs zu sprechen. Die Gerüchte sprachen von deren vorherrschen-

89 dem Einfluss, was Turbay natürlich verneinte. Sollte er Massnahmen ergreifen, die nicht gesetzeskonform wären, würde man ihn anklagen, einen Staatsstreich durchgeführt zu haben. Seine Regierung suche eine humanitäre Lösung und keine Gewaltanwendung. Schliesslich erwähnte auch er Victor Sasson. Dieser sei ein gewiefter Unterhändler und solle durch private Organisationen unterstützt werden. Ohne es explizit zu benennen, meinte Turbay damit das Geldsammeln für eine Lösegeldzahlung. Zur Frage der (politischen) Gefangenen erklärte der Präsident, dass sie beim IKRK und der Menschenrechtskommission der Organisation amerikanischer Staaten (OEA) um Unterstützung ersucht hätten. Diese könnten die Gerichtsverfahren gegen die Gefangenen überwachen. Die gleichen Organisationen könnten ebenfalls die Behandlung der Verurteilten in den Zellen beobachten.

Botschafter Exchaquez verliess Bogotá am 31. März. Er empfahl in seinem Schreiben unserem Departement, dass der konsularische Beamte von Bern, der die Botschaft verstärkt hatte, ebenfalls zurückkehren könne. Die entscheidenden Fragen lägen nun auf dem Tisch. Wann eine Lösung erfolge, sei hingegen offen.

Die 15 trafen sich am 2. April mit Uribe Vargas. Er explizierte, dass er die Menschenrechtskommission der OEA eingeladen habe, um die Prozesse gegen die Guerilleros zu verfolgen. Ob das IKRK bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Guerilleros in der Camioneta dabei sein solle, werde geprüft. Am Rande der Sitzung sprach mich der israelische Botschafter an. Er erwähnte Sasson, der zurzeit auf Geldsuche sei. Dieser rief mich wenig später an. Er habe grünes Licht von den Kolumbianern und könne nächstens in die besetzte Botschaft gehen. Er wolle ungefähr eine Million US-Dollar zusammenbringen. Ob er auch auf die Unterstützung von schweizerischen Privaten zählen könne?

Die Reaktion Berns auf das Ersuchen Sassons war deutlich: Die Lösegeldzahlung, die durch Privatpersonen geleistet werden solle, müsse ohne uns und ohne unsere Mithilfe geschehen, ja sogar ausserhalb unserer Kenntnis. Offiziell könnten wir dem nicht zustimmen, wir hätten aber nicht die Möglichkeit, es zu verhindern.

Die 15 trafen den IKRK-Delegierten Armin Eric Kobel am 9. April. Ihm zufolge gaben sich die Guerilleros mit sehr wenig zufrieden: vier Gefangene und eine Million US-Dollar. Dann kam er auf den Zustand der Geiseln zu sprechen. Armin Kobel, den ich wie alle mir bekannten IKRK-Delegierten als einen exzellenten Professionellen einschätzte, war erst vor Kurzem mit seiner Gattin nach Bogotá versetzt worden und wir hatten private Beziehungen angeknüpft. Bei einem Nachtessen unter vier Augen bei mir zu Hause sprach er offen über den Zustand der Geiseln. Seit dem Fluchtversuch des Botschafters von Uruguay müssten die Geiseln die WC-Tür offen lassen, wenn sie ihre Bedürfnisse verrichteten. Die Besetzer hätten sich nun etwas Bösartiges ausgedacht: Jedes Mal, wenn der Nuntius auf die Toilette gehe, stehe eine Guerillera vor der Tür …

Fortschritte

Der mexikanische Kollege gab mir ein Dokument, das von den Besetzern erarbeitet worden war und worin sie die Fortschritte bei den Verhandlungen bestätigten. Die Spitze der Bewegung sollte informiert und konsultiert werden. Die Gefange-

nenfrage wurde in diesem Schreiben der M 19 wie folgt umrissen (Übersetzung von mir):

> Wir finden die Erklärung der Regierung befriedigend, wonach für das Problem der politischen Gefangenen Lösungen gesucht wurden wie die Abkürzung der Prozesse, die Bekräftigung der Prozessgarantien für alle und der absolute Respekt für die menschliche Würde. Damit wir nicht daran zweifelten, lud die Regierung die Menschenrechtskommission der OEA ein. Wir sind auch sehr zufrieden mit der Präsenz des Vertreters des IKRK in der Botschaft der Dominikanischen Republik. Wir betrachten ebenfalls positiv den Dialog mit der Person, die sich um die Lösegeldzahlung bemüht. Wir sind bereit, die finanziellen Forderungen zu mindern, sofern die Regierung soziale Arbeiten zugunsten der benachteiligten Klassen, für Spitäler, Schulen etc. realisiert.

Dieser erstaunliche letzte Punkt dürfte auf die Kritik von verschiedenen Seiten zurückzuführen gewesen sein, die der Bewegung M 19 vorwarfen, zu egoistisch zu sein und nur an ihre Gefangenen und ihren Geldbeutel zu denken.

Die Draufgänger

Nachdem Bern eine neue Zusammenkunft mit Präsident Turbay als verfrüht betrachtet hatte, vereinbarten die Draufgänger unter den 15 ohne meine vorgängige Orientierung ein zweites Treffen mit dem Staatschef. Ich selbst kam dadurch in eine delikate Situation. Verschiedene Kollegen monierten nämlich, die Schweiz bremse zu sehr. Ich bat darum die Zentrale, mir zu erlauben, eine mittlere Linie einzunehmen, eine Linie, die Bern selbst anfänglich vorgeschlagen habe. Die Antwort aus der Schweiz tönte zustimmend, sie verstünden meine Lage. Ich könne an der Unterredung mit Präsident Turbay teilnehmen und den Kolumbianern gegenüber ausdrücken, dass sie nach wie vor verantwortlich blieben und wir auf ein schnelles und positives Ergebnis der Verhandlungen hofften. Wir hätten Vertrauen in die Behörden.

Beim Treffen mit Uribe Vargas am 12. April herrschte eine gelockerte Stimmung. Der Minister gab uns die weitgehende Zustimmung seiner Regierung zum oben erwähnten Dokument der M 19 bekannt. Der Teufel lag aber wie immer in den Details, die plötzlich auftauchen und alles gefährden können. So wollten die Guerilleros, wie der Aussenminister fortfuhr, per Telefon oder mit einem Tonband ihren im Gefängnis sitzenden Führer, Felipe Gonzalez, kontaktieren und sein Plazet für das Dokument erhalten. Brasiliens Sonderbotschafter Carbonar war, ähnlich wie die Draufgänger, für diese Tonbandkonsultation. Einzig der ägyptische Vertreter und ich waren dagegen. Unserer Meinung nach komplizierte dies alles. Die Regierung verlangte darauf von den Besetzern, ihr zuerst einen Entwurf der Tonbandbotschaft zu übermitteln.

An der Sitzung der 15 vom 14. April schilderte der Kollege aus Uruguay, dass kurz vor Mittag desselben Tages eine ihrer Sekretärinnen von M-19-Leuten entführt, ausgefragt und dann bewusstlos geschlagen worden sei. Sie hätten sie anschliessend auf einem Friedhof gefunden. Sie hielten dies für eine Vergeltung für den Fluchtversuch ihres Botschafters. Der Vorfall zeigte, dass die M 19 weiterhin aktiv war. Fast täglich las man in den Zeitungen über ihre Aktionen. Auf den ersten Blick war das passive Benehmen der Ordnungskräfte erstaunlich. War eine Reaktion der Regierung nach der Lösung der Geiselaffäre zu erwarten?

91

Erneutes Treffen mit Präsident Turbay

Am 15. April hatten die 15 wiederum ein Treffen mit Präsident Turbay. Nach den Einführungsworten von Pio Laghi, dem Sondergesandten des Papstes, erklärte der Staatschef, er schätze die Harmonie der 15, hoffe aber auch weiterhin auf eine Harmonie zwischen den Ländervertretern und der Regierung. Sie hätten die Probleme nie dilatorisch behandelt, und sie behielten bei der Analyse immer die Präzedenzwirkung und Integrität Kolumbiens im Blick. Zudem berücksichtigten sie die Pflicht gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Schliesslich wiederholte er das Prinzip der Nicht-Gewaltanwendung. Der Präsident hielt diese Einführung, die der Schweizer Position glich, gegenüber den Draufgängern unter den 15 offenbar für nötig. Die Geiseln seien nicht Opfer der Regierung, sondern der Terroristen. Das Ausreiseland sei noch nicht bestimmt. Sie wollten auf alle Fälle das Problem nicht in einen anderen Staat verlegen. Dann kam er auf das Tonband zu sprechen. Die Antwort des Führers, Felipe Gonzalez, aus dem Gefängnis La Picota sei negativ, sodass es zu überlegen gelte, ob sie den Besetzern der Botschaft übergeben werden solle. Der Präsident liess anschliessend das Tonband abspielen. Inhaltlich ähnelte der Text der Besetzer demjenigen, den mir der mexikanische Vertreter gegeben hatte. Einzig am Schluss wurde seitens der Besetzer hinzugefügt, sie hätten Zusicherungen für ihren eigenen Abflug, die freie Ausreise für Freigesprochene und den Hinweis, dass drei Anwälte zur Dossier-Abklärung beigezogen würden. Trotz der Weigerung der Regierung, Inhaftierte zu befreien, hätten sie erreicht, dass die Prozesse beschleunigt würden, dass es eine internationale Überwachung durch die OEA und das IKRK gebe, ferner Garantien, dass das IKRK Gefängnisse besuchen könne.

Die Antwort aus dem Gefängnis lobte die Ausführung der Besetzer. Sie hätten es gut gemacht. Trotz der Weigerung der Regierung, Gefangene freizulassen, gebe es eine Lösung. Diese sei im Völkerrecht, in der Verfassung und in der historischen Vergangenheit Kolumbiens zu suchen. Die Lösung müsse für alle gerecht und ehrenhaft sein. Es gehe nicht darum, die Kriegsgerichtsprozesse zu beschleunigen, es gehe darum, dass diese illegal seien. Abschaffungswürdig sei schliesslich der Ausnahmezustand.

Nach Anhörung dieser Passagen konnte man nur bedauern, dass die Regierung sich überhaupt auf diesen Tonbandwechsel eingelassen hatte. Bern gegenüber erklärte ich, dass Kolumbien, das sonst sehr legalistisch dächte, sich leider nicht auf den Standpunkt *pacta sunt servanda* gestellt habe. Die ausgetauschten Gespräche zwischen Regierung und Terroristen glichen ja einer Art von mündlichem Vertragsabschluss. Als Turbay uns schliesslich fragte, ob er das Tonband in die besetzte Botschaft bringen lassen solle, erhielt er lediglich die Antwort des Vertreters der Dominikanischen Republik: Die Verantwortung für die Verhandlungen liege bei der kolumbianischen Regierung. Der Präsident lud die 15 ein, am folgenden Tag mit dem Aussenminister Kriterien für die Entscheidung zu besprechen …

Botschafter Brunner schickte mir darauf die Haltung der Zentrale: Sie seien nach wie vor der Ansicht, dass alle Entscheide von der Regierung auszugehen hätten. Es sei nicht an uns, die Kolumbianer in der Tonbandfrage zu beraten. Es sollte alles vermieden werden, was zu einer generellen Blockierung führen könnte.

92

Mässigung der Draufgänger

An der Sitzung mit Uribe Vargas gab kein Ländervertreter Kriterien bekannt. Die einhellige Ansicht war, dass die Übergabe des Tonbandes Sache der Regierung sei. Die Presse, allen voran *El Espectador*, hatte übrigens die wichtigsten Punkte der Antwort aus dem Gefängnis bereits publiziert. Es zeigte sich, dass die Draufgänger unter den 15 sich zu mässigen begannen. Sonderbotschafter Carbonar aus Brasilien, Pio Laghi, der Sondergesandte des Vatikans, und der Vertreter von Haiti traten gar für eine Telefonbeschränkung für die Besetzer ein. Der Aussenminister verdeutlichte, dass sie trotz allem den Dialog fortführen wollten. Sie beachteten übrigens den Geburtstag der Bewegung (19. April) und wollten die positiven Seiten der Verhandlungen herausstreichen. Die Besetzer seien nicht so selbstsicher, wie man angenommen habe. Die Tonbandanfrage zeige dies. Kobel vom IKRK brachte am 17. April die Tonbandantwort in die besetzte Botschaft, wo sie von allen, Besetzern wie Geiseln, gehört wurde.

Während Uribe Vargas an der Sitzung vom 18. April über die OEA-Kommission berichtete, erwähnte der Sondergesandte des Papstes, dass die Lage innerhalb der Botschaft angespannt sei. Die Missionschefs im zweiten Stock (wo Botschafter Bourgeois sich aufhielt) versuchten, die Gruppe im ersten Stock zu bremsen und sie von allzu schädlichen Initiativen abzuhalten.

Nach der Sitzung mit dem Aussenminister telefonierte ich mit Botschafter Bourgeois. Er zeichnete sich wie immer durch eine sehr überlegte, ruhige und distanzierte Haltung zu den Geiselnehmern aus. Mein Chef kam zur gleichen Schlussfolgerung wie der Sondergesandte Laghi: Die Aktivisten vom ersten Stock hätten die Übersicht verloren und litten offenbar unter dem Stockholmsyndrom.

Die Zeit schien mir reif, die Zurückhaltung aufzugeben. Ich erklärte Bern, dass ich einzelne Ländervertreter davon überzeugen wolle, nicht zu reinen Befehlsempfängern von drinnen zu werden. Nützlicher dürfe es sein, eine Linie zu finden, die den Geiseln klarmache, dass die Guerilleros zu einem Kompromiss bewegt werden sollten. Die Devise «alles oder nichts» führe lediglich zu einer verlängerten Besetzung. Die Regierung könne und wolle nicht mehr zugestehen.

An der Sitzung der 15 vom 21. April besprachen wir die Kommission der OEA, wobei es sich zeigte, dass ich nicht der Einzige war, der die Zurückhaltung aufgegeben hatte. Minister Crigler (USA) schlug vor, dass die OEA-Delegierten mässigend auf die Besetzer einwirken sollten. Der Sondergesandte Laghi (Vatikan), gut informiert wie immer, verdeutlichte, dass Kuba das Ziel der Ausreise sein dürfte. In diesem Falle würden sich die Besetzer mit der Begleitung durch die Botschafter folgender Länder begnügen: USA, Schweiz, Brasilien und Mexiko sowie Vatikan (Nuntius).

Weil unser Botschafter die Besetzer beim Abflug begleiten sollte, traf ich Uribe Vargas am 23. April. Ich sagte dem Aussenminister, dass unser Botschafter mir erklärt habe, dass er nicht freiwillig nach Havanna mitfliege, sondern unter Waffengewalt. Er erachtete es als wünschenswert, dass der kubanische Missionschef sie begleitete. Zu dieser Anregung erwiderte Uribe Vargas, dass seines Wissens der Vertreter Havannas bereit sei, nach Kuba mitzureisen.

93 Er versicherte mir, dass Kolumbien unsere Haltung sehr schätze, da wir sie seit der ersten Minute unterstützt hätten. Die Besetzer hätten noch nicht ausdrücklich auf die Mitnahme von Gefangenen verzichtet. Die Regierung schlage vor, dass diese in einem zweiten Flug ausreisen könnten.

Ende in Sicht

Die Lösung des Geiseldramas schien endlich gut voranzuschreiten. Der Aussenminister empfing die 15 am 25. April. Havanna sei wahrscheinlich nur ein Zwischenhalt. Dort würden alle Geiseln freigelassen. Die Terroristen flögen allein nach Wien weiter. Darauf las er uns ein Aide-Mémoire der österreichischen Botschaft vor. Die Vertreter unseres östlichen Nachbarlandes waren nämlich kurz nach dem Abflug ihrer Geisel am 6. März nicht mehr an die Sitzungen der 15 gekommen. Das Dokument aus Österreich hielt fest, dass das Land zur Asylgewährung bereit sei. Diese sei aus humanitären Gründen gestattet worden und stelle einen Akt der Solidarität mit allen dar. Wien ersuche die betroffenen Länder, keine Auslieferung oder Verfolgung der Besetzer zu verlangen.

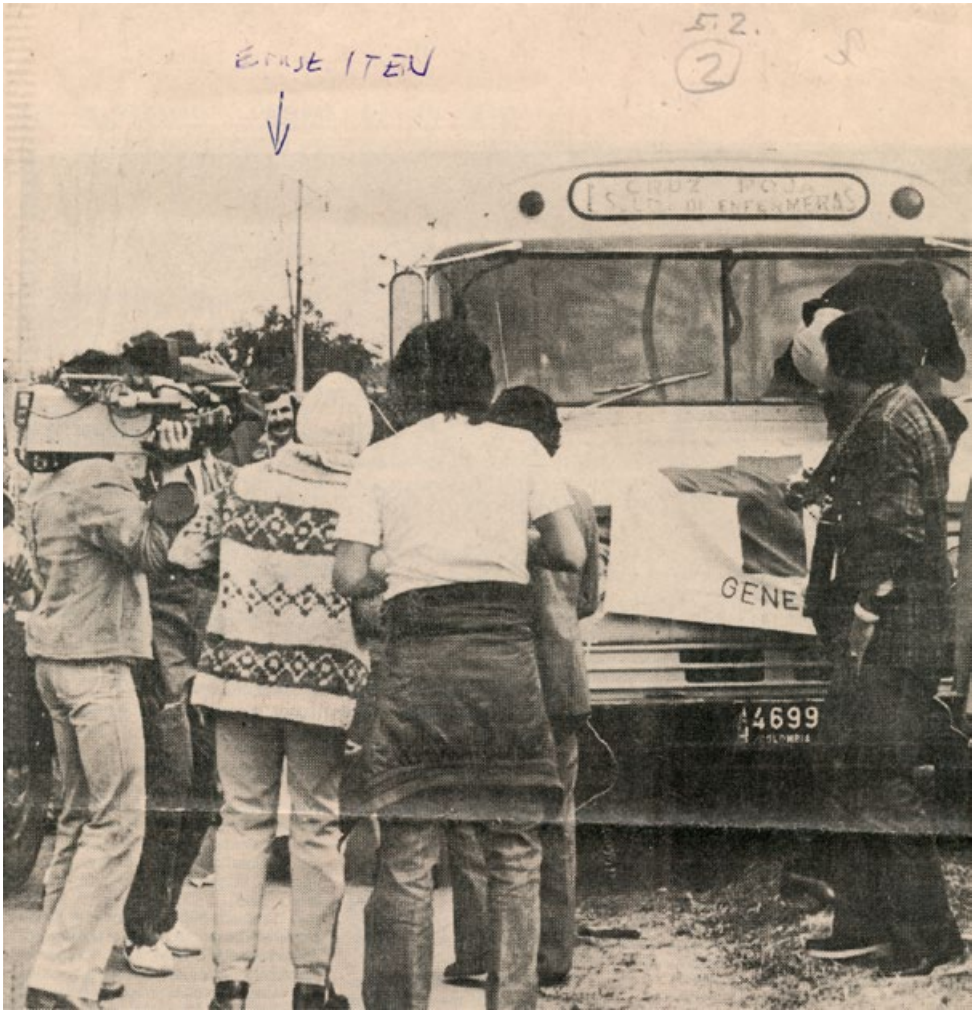
Die Umfrage ergab, dass 13 Ländervertreter zustimmten. Minister Crigler (USA) hatte keine Instruktionen, da er wie wir alle erst am selben Tag von diesem Aide-Mémoire erfahren hatte. Persönlich könne er es annehmen. Ich selbst erklärte, dass wir enge Beziehungen zu Wien pflegten, sodass ich nicht antworten müsse. Der Aussenminister fügte bei, dass der kubanische Botschafter am Nachmittag wieder in die besetzte Mission gehen werde, begleitet von den zwei privaten Unterhändlern Riva und Sasson.

Am 26. April, kurz vor Mitternacht, kontaktierte mich Armin Kobel vom IKRK und gab mir die lang ersehnte Nachricht durch, dass am folgenden Tag, dem 27. April, der Flieger aus Havanna gegen 6:00 Uhr landen werde und die Ankunft der Autos mit den Geiseln und den Guerilleros am Flughafen für 7:00 Uhr vorgesehen sei. Ich gab diese Nachricht unverzüglich nach Bern durch, an Frau Bourgeois und unseren Konsul Pedrazzi, den ich bat, die Sekretärinnen, die eine vorzügliche Arbeit verrichtet hatten, zu informieren. Ich selbst ging früh morgens auf die Pirsch mit meiner Bolex Super-8-Kamera. Die Lösung des Dramas gedachte ich festzuhalten.

Am Abend des 27. April landete ein kleineres Flugzeug aus Havanna, das die befreiten Geiseln zurückbrachte. Die Besetzung hatte 61 Tage gedauert. Frau Bourgeois und die gesamte Belegschaft der schweizerischen Botschaft erwarteten am Flugplatz ungeduldig und freudig zugleich die Rückkehr unseres Missionschefs.

Von Bern erhielt ich folgendes Glückwunschtelex:

TENONS AU MOMENT DE LA LIBERATION DE BOURGEOIS A VOUS DIRE, COMBIEN NOUS AVONS ADMIRE VOTRE SANG-FROIS ET VOTRE COMPETENCE DANS CES MOMENTS DIFFICILES. SOMMES CERTAINS, QUE VOTRE PRESTATION A BEAUCOUP CONTRIBUE A LA LIBERATION DES OTAGES. LE CHEF DU DEPARTEMENT VOUS EN FELICITE. PRIERE DE FAIRE PARTAGER CES FELICITATIONS PAR VOS COLLABORATEURS. BRUNNER



Der «gestrandete» Bus des IKRK umringt von Medienschaffenden. El Tiempo vom 28. April 1980

Eine sehr humane Geste zeigte Präsident Turbay am Tag nach der Befreiung der Geiseln. Er besuchte in Begleitung seiner Gattin unseren Botschafter in seiner Residenz und erkundigte sich nach dessen Befinden. Die während der Geiselnahme verantwortlichen Diplomaten lud der Staatschef am gleichen Tag ein und dankte ihnen für die Zusammenarbeit. Wie die anderen Kollegen drückte auch ich dem Präsidenten unsere Anerkennung aus und wiederholte die Worte von Bundespräsident Georges-André Chevallaz. Ich selbst dankte Botschafter Edouard Brunner in einem Brief für die anhaltende Unterstützung, seine klugen Ratschläge und personelle Hilfe. Es sei sehr beruhigend gewesen, jederzeit mit Bern rechnen zu können. Mein Dank richtete sich auch an seine Mitarbeiter.

Die Resultate der Verhandlungen

Welches war der Preis für die Besetzer? In Abwesenheit von Uribe Vargas, der nach Spanien gereist war, sprach ich am 29. April mit dem Generalsekretär des Aussenministeriums, Botschafter Londoño. Ihm zufolge gab es weder Gefangene noch offizielles Lösegeld.

ALFONSO VILLEGAS RESTREPO, fundador
30 de enero de 1911, director hasta junio 1913
EDUARDO SANTOS, desde julio de 1913
Gerentes.
Fabio Restrepo, enero 1913 a septiembre 1949
Abdón Espinosa, enero 1950 a junio de 1966
Jorge Galán Cortés, Sept. 1966 a agosto 1968
ROBERTO GARCIA-PEÑA Director
HERNANDO SANTOS CASTILLO Subdirector
Gerente: Carlos Pinilla Barrios
Subgerente: Luis Fernando Santos

EL TIEMPO

68 PAGINAS — 4 SECCIONES — VALOR $ 10.00

HOY
CRONOMETRO
Reclame su revista con este ejemplar

Año 70 — Nº 24.008 — Martes 29 de abril de 1980 — Bogotá, Colombia

El caso de la embajada

Satisfacción mundial por feliz desenlace

El embajador especial de la República Dominicana, Eduardo Antonio García, agradeció al jefe del Estado colombiano, Julio César Turbay Ayala, su gestión ante el conflicto que vivió el país a raíz de la acción violenta de un grupo subversivo. (Página 7-C)

Los países afectados agradecen a Colombia

El "Grupo de los 15", como se conoció a los embajadores enviados por los países afectados por la toma de la embajada de la República Dominicana, visitó ayer al Presidente Julio César Turbay Ayala, para manifestarle su agradecimiento por la forma como se solucionó el problema.

El enviado especial del Presidente de la República Dominicana, Eduardo Antonio García, llevó la vocería de los embajadores presentes en el acto y respondió el Jefe del Estado, Turbay Ayala, quien manifestó que la solución del drama se logró sin que sufrieran quebranto las instituciones y sin poner en peligro la vida de los rehenes.

El primer mandatario indicó que "le hemos pedido demostrar al mundo que un problema de esta magnitud es susceptible de ser solucionado por procedimientos pacíficos".

Durante el acto llevó la palabra el enviado especial del presidente dominicano, señor Eduardo Antonio García, quien expresó el agradecimiento de todos los gobiernos por la solución incruenta al caso.

También agradecieron la gestión del gobierno colombiano varios de los representantes extranjeros que asistieron al acto.

Los máximos jefes del conservatismo, quienes fueron interrogados por EL TIEMPO con respecto a la forma como el Presidente Turbay Ayala manejó la situación de la toma de la embajada de República Dominicana, manifestaron su respaldo y admiración al primer mandatario.

Cerrado apoyo de Europa a Carter

LUXEMBURGO, 28. (UPI). — Los dirigentes de Europa Occidental sobrevino en momentos en que los participantes en la conferencia hicieron

Embajada vuelve a sus dueños
La esposa del embajador de la República Dominicana, Margarita Mercedes de Mallol, retira objetos dejados en esa sede diplomática después de ser desalojada por un comando terrorista del M-19, que la ocupó durante dos meses. Completa información en páginas interiores. (Foto de Guillermo Cáceres).

Inminente primera crisis ministerial

Medios políticos autorizados dijeron ayer que es inminente la primera crisis ministerial en el gobierno del presidente Julio César Turbay Ayala, tras la separación del problema que ocasionó

María Bernal, indicaron medios oficiales, justificó su renuncia alegando que motivos familiares hacían imposible su retorno a actividades privadas en la ciudad de Manizales.

El actual Gabinete viene acompañan-

En páginas interiores

- Comisión de la Organización de Estados Americanos aclara cuáles son sus funciones. (Página 2-A)
- Procuraduría General de la Nación se pronuncia sobre torturas a las Farc. (Página 9-A)
- El Pacto Subregional Andino intensifica sus relaciones con Portugal. (Página 16-A)
- A un 18.5 por ciento bajan los intereses en los Estados Unidos. (Página 6-C)
- El próximo 12 de mayo se normalizarán por completo las clases en la Universidad Nacional. (Página 18-C)

Loterías y Televisión 2-A; Cines 19-C; Cartelera 20-C

Der Sondergesandte der Dominikanischen Republik beglückwünscht Präsident Turbay. Im Hintergrund Ernst Iten. El Tiempo vom 29. April 1980

Der Verhandlungsrahmen der Regierung habe wie folgt ausgesehen:

1. Die Guerilleros waren der Besetzung, Freiheitsberaubung und Geiselnahme beschuldigt worden. Die Regierung hatte versprochen, nichts gegen sie zu unternehmen, falls sie ausflögen. Das Versprechen wurde eingehalten und die Strafverfolgung in die Form des «salvoconducto» (freies Geleit) umgewandelt.
2. Die Regierung erhob keine Einwände gegen die privaten Unterhändler, die mit den Besetzern die Lösegeldfrage diskutierten. Wahrscheinlich wurden ca. 900 000 US-Dollar «gespendet». Diese nach kolumbianischem Recht an und für sich illegale Aktion hatte aufgrund der Fiktion der Extraterritorialität der dominikanischen Botschaft umgesetzt werden können.
3. Die Regierung hatte den Dialog mit den Besetzern aus humanitären Gründen akzeptiert.
4. Kolumbien versprach Prozessgarantien für die sich in Untersuchungshaft befindenden Angeschuldigten (die erwähnten politischen Gefangenen).

5. Den Terroristen war vermittelt worden, dass sie, wenn sie diese Vorschläge nicht annähmen, so lange in der besetzten Botschaft weilen könnten, wie sie wollten. Die Regierung würde keine Gewalt anwenden, ausser sie käme von drinnen.

Die endgültige Lösung umfasste laut meinem Gesprächspartner Folgendes: keine Freilassung von Gefangenen; Prozessgarantien und Ausreise für Freigesprochene; kein offizielles Lösegeld, aber ein zusätzliches Budget für Sozialausgaben. Die verlangte Publizität der M 19 sei durch die ca. 500 Journalisten aus aller Welt mehr als erfüllt worden. Es habe zwei Grundsatzpapiere gegeben in Form von Briefwechseln: einen mit der Menschenrechtskommission der OEA, den zweiten mit dem IKRK. Die anderen Punkte wie die Hinzuziehung von Anwälten hätten sie mit den Besetzern besprochen, doch sei es zu keinem verpflichtenden Briefwechsel gekommen. Insgesamt seien von den zwei Regierungsvertretern, Jimenez und Zambrano, 25 Dialoge in der Camioneta geführt worden.

Botschafter Brunner, der mir versicherte, der Departementschef habe mich ausdrücklich vor der Aussenpolitischen Kommission der Eidgenössischen Räte gelobt, erklärte mir, dass ich bei meiner nächsten Versetzung mit einem wichtigen Posten rechnen könne. Ich wagte nicht zu träumen, was Bern in den Sinn kommen könnte.

VI Chef der Sektion Amerikanische Interessen im Iran (1981–1982)

Die Berufung

Manifestationen und Tiraden gegen den Westen, speziell gegen die USA, prägten seit der Revolution von 1979 die täglichen Nachrichten aus dem Iran, wo Ayatollah Chomeini die Macht übernommen hatte. Die Konzentration auf Meldungen aus jenem Land wurde im November 1979 durch die Geiselnahme der amerikanischen Diplomaten in Teheran zusätzlich genährt. Die «News» aus dem Iran gingen auch nach der Befreiung der US-Geiseln am 20. Januar 1981 weiter. Jetzt waren es vor allem interne Machtkämpfe und der Krieg gegen den Irak, die für Berichte sorgten.

Die Schweiz spielte in jenem Staat nicht lediglich die Rolle eines Beobachters. Unser Land war sehr aktiv. Der Grund: Unsere Diplomatie, angeführt von Botschafter Erik Lang in Teheran, hatte dafür gesorgt, dass Washington 1980 die Schweiz mit der Wahrung seiner Interessen im Iran beauftragte. Es war eine gewaltige Herausforderung für unser Aussenministerium. Welche unserer Diplomaten sollten künftig dorthin versetzt werden? Früher war Teheran ein Posten mit ansprechender Lebensqualität gewesen, und ein Botschafter, der seine Periode in der Dritten Welt «abverdienen» musste, wählte gerne jenes Land. Es gab ja viel schlimmere Bestimmungen. Aber jetzt? Bern suchte auf allen Niveaus Leute, die das «Profil» hatten, den neuen Herausforderungen im Iran gewachsen zu sein. Botschafter Brunner, der mich von der Geiselaffäre in Bogotá her gut kannte, glaubte, ich entspräche dem «Profil» für Teheran. Er wünschte, dass ich als neuer Chef der amerikanischen Interessensektion dorthin versetzt würde. Vor meiner Abreise erklärte er mir:

> Sie haben in Kolumbien bewiesen, dass Sie in kritischen Situationen Nerven und ruhiges Blut besitzen. Sie sind zudem ledig. Einen solchen Diplomaten brauchen wir im Iran, dies nicht zuletzt, weil die Beziehungen zwischen Washington und Teheran sich nach der Lösung der Geiselaffäre wieder intensivieren dürften.

Der Dank Berns war also meine Versetzung nach Teheran – als Vertreter des «grossen Satans», wie die USA damals betitelt wurden.

Wahrnehmung Fremder Interessen

Aber was bedeutet es eigentlich, «Fremde Interessen» zu vertreten? Die Guten Dienste der Schweiz haben eine lange Tradition. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik. Das EDA formuliert dies so:

> […] auf Eigeninitiative oder auf Anfrage eines anderen Staates [übernimmt die Schweiz] einen Teil der konsularischen und/oder diplomatischen Interessen, wenn zwei Länder die Beziehungen ganz oder teilweise abbrechen. Voraussetzung für die Ausübung der Fremden Interessen ist

das Einverständnis aller Beteiligten. Die zwei Länder können durch die Schutzmacht minimale Beziehungen aufrechterhalten und den Staatsangehörigen des einen Landes im andern Staat konsularischen Schutz gewähren.

Der Umfang des US-Mandates war so gross, dass das EDA eine eigene Abteilung der Schweizer Botschaft mit separaten Büros schuf, die sogenannte Sektion Amerikanische Interessen in Teheran. Die Räumlichkeiten der nach wie vor besetzten US-Botschaft standen nicht zur Verfügung. Diese schweizerische US-Sektion wickelte – und wickelt immer noch – sämtliche konsularischen Angelegenheiten der Vereinigten Staaten im Iran ab. Dazu gehören Zivilstandsangelegenheiten, Beglaubigungen, Passanträge und der konsularische Schutz amerikanischer Bürgerinnen und Bürger.

Die Ankunft

Der Iran befand sich 1981 im Krieg mit dem Irak und musste diesen Kampf allein ausfechten. Ich hielt in meinen Notizen Folgendes zu meiner Ankunft im neuen Residenzland fest:

Wegen des Konfliktes mit Bagdad waren die Versicherungspolicen für Fluggesellschaften sprunghaft in die Höhe geschossen, sodass ausländische Maschinen Teheran nicht mehr ansteuerten. Ich nahm daher am 5. März 1981 in Frankfurt die Iran Air. Das Flugzeug sollte kurz vor Mitternacht abheben. Wem es die Religion (und die Gesundheit) erlaubte, stemmte noch ein Bier runter, schlürfte einen erlesenen Wein oder schwenkte genüsslich das mit Eis gefüllte Whiskeyglas, denn im Flugzeug gab es keine alkoholischen Getränke und nach der Landung sowieso nicht mehr. Die ausgebuchte Maschine, eine Boeing 747 (Jumbo-Jet), startete pünktlich und flog via Istanbul nach Teheran. Die Stewardessen waren umhüllt vom Tschador, einer Kleidung, die sich nicht gut für diese Arbeit eignete. Die Softdrinks und das Essen wurden darum von Stewards gereicht. Am Morgen landeten wir in Teheran. Ein langwieriges Schlangenstehen begann. Es gab keine spezielle Linie mehr für Diplomaten. Nach zweieinhalb Stunden winkte mir mein künftiger erster Mitarbeiter, Markus Hirsiger. Er verstand es talentiert, mich durch die doppelte Kontrolle von Pasdarans (Revolutionswächtern) und «gewöhnlichen» Grenzbeamten zu schleusen. Die Behandlung war korrekt: kein Bodycheck und kein Öffnen des Koffers. Ohne die Hilfe Hirsigers hätte das Schlangenstehen nochmals zwei Stunden länger gedauert. Im Empfangsraum des Flughafens stiess ich auf orientalisches Gedränge. Und draussen? Ich glaubte, ich hätte mich in einer Zeitmaschine befunden und lebte während des Zweiten Weltkrieges: Flakbatterien, Sandsäcke, Pasdarans und Soldaten mit Maschinengewehren! Die Lampen aller Autos waren mit blauen Lichtfilterstreifen getarnt. Markus Hirsiger schilderte mir den Grund. Zu Beginn des Krieges mit dem Irak habe eine feindliche MiG den Flughafen angegriffen. Seither gälten diese Sicherheitsvorschriften; nachts brennten deswegen auch keine Strassenlampen. Wir fuhren im Auto Richtung Hotel Interkontinental, wo ich die ersten Nächte verbringen sollte, bis ich nachher in die südafrikanische Residenz umziehen konnte. Die Schweiz vertrat nämlich auch jenes Land. Der Verkehr war chaotisch. Auf dem Weg kamen wir an Bettlerhütten vorbei, worin Flüchtlinge und Nomaden hausten. Daneben standen riesige Baustellen als stumme Zeugen der verflossenen Epoche verlassen da. So hatte die Firma Mobag 20 000 Wohnungen angefangen, wovon 16 000 im Rohbau «fertig» waren. Die Kräne schienen vor sich hinzudösen, die Gerüste waren stellenweise eingefallen und die Reklametafeln verstaubten. Alles schien so, als ob jemand die Notbremse gezogen hätte. Das später eingenommene Essen bestätigte den ersten Eindruck: Iran lebte seit zwei Jahren von den Reserven. Neues gab es nicht mehr, Altes dafür jeden Tag weniger. Geradezu nostalgisch wirkte die vergilbte Aufschrift des Hotels Interkontinental: «Exclusive French Cuisine with selected Wines». Markus Hirsiger machte mir klar, dass die alkoholischen Getränke ausgeschüttet, gestohlen oder versteckt wurden.

99

Besichtigungsfahrt

Nachdem ich mich geduscht und etwas vom nächtlichen Flug erholt hatte, wollte mir der erste Mitarbeiter jenen Teil Teherans zeigen, in dem unsere Büros der Fremden Interessen lagen und wo ich in Bälde wohnen sollte. Die Fahrt in den nördlichen Stadtteil mit seinen Villenvierteln war eindrücklich: orientalische Märchenbauten, überdimensioniert, jetzt leer stehend nach der Flucht vieler Reicher. Markus Hirsiger erläuterte mir, wie er für seine Familie eine solche gross dimensionierte Villa habe mieten können. Die letzten zurückgebliebenen Verwandten oder Bekannten der Eigentümer waren daran interessiert, die Häuser an Europäer zu vermieten, um die Villen davor zu bewahren, mit Flüchtlingen aus der Kriegszone vollgestopft zu werden. Ausländer waren darum hochwillkommen und die Mietpreise entsprachen einem rein symbolischen Wert. Verflogen war die Arroganz der Blütezeit unter dem Schah. Die Rezession, deren erste Anzeichen ich schon während der Fahrt vom Flughafen gesehen hatte, zeigte sich auf allen Gebieten; die Missstimmung auch, meinte Hirsiger, jedenfalls in den oberen Schichten. Als wir ins Hotel zurückkehrten, lud ich ihn zu einem (Soft-)Drink ein. An der Bar liess sich neben mir der Korrespondent der *Financial Times* nieder. Er glaubte, ich sei gerade zum richtigen Zeitpunkt angekommen, denn grössere Änderungen dürften in Bälde geschehen.

Lag Botschafter Brunner mit seiner Vorstellung, dass die USA und der Iran nach der Geiselbefreiung sich wieder annähern würden, etwa richtig? Änderungen sollte es effektiv wenige Monate später geben, nur anders als im Westen erhofft. Der gemässigte Präsident Bani Sadr musste Ende Juli 1981 fliehen, und die Anhänger Chomeinis übernahmen die Macht. Der Iran blieb isoliert wie zuvor, und die US-Interessensektion existiert bis heute.

Die Sektion Fremde Interessen

Die Sektion Fremde Interessen war in einem ehemaligen Betriebsgebäude im Norden der Stadt untergebracht, an der Park Avenue, 17th Street Nr. 5. Die Schweizer Botschaft lag eine halbe Autostunde entfernt im Zentrum von Teheran, neben den Büros des Premierministers. Die US-Sektion zählte 25 Mitarbeiter, von denen vier aus der Schweiz stammten. Alle iranischen Kollegen waren früher in der amerikanischen Botschaft tätig gewesen. Gleich zu Beginn sah ich, wie gross der Andrang von Besuchern war, die Dokumente legalisieren lassen wollten, Auskunft ersuchten oder in die USA zu reisen begehrten. Die Anzahl der Beschäftigten schien gerechtfertigt, doch sollten wir auf Geheiss der Amerikaner versuchen, die Mitarbeiter «auszudünnen». Ein schwieriges Unterfangen, weil den entlassenen Iranern keine anderen Arbeitsmöglichkeiten offenstanden.

Noch in der ersten Woche hatte ich ein Treffen mit Botschafter Erik Lang. Ich hatte ihn als unseren witzigen, humorvollen «Stagevater» von 1973 in Erinnerung. Als ich ihn sah, war ich überrascht, wie gealtert er wirkte und wie ernst er geworden war. Er hatte eine vorzügliche Arbeit während der Geiselaffäre geleistet und sich ohne Rücksicht auf seine eigene Gesundheit zu 100 Prozent für die Amerikaner eingesetzt. Die vertrackten Verhandlungen hatten ihn jedoch stark mitgenom-

Mitarbeitende der US-Sektion während der Now Rouz Feier (iranisches Neujahr) in Teheran (Iran) am 21. März 1981. Rechts vom Pult in der Hocke mein Chauffeur Haikaz. Privatarchiv Ernst Iten

men. Er war froh, dass Bern einen fixen Chef für die Fremden Interessen gesandt hatte und das Provisorium des Postens ein Ende fand: «Sie sind für die normale Dauer eines Einsatzes, also für vier Jahre, hierher versetzt worden. Alles, was mit Washington zu tun hat, wird grundsätzlich über Sie laufen. Bei delikaten Angelegenheiten konsultieren Sie mich vorgängig.»

Gefangenenbesuche

Die Geiseln der amerikanischen Botschaft waren wie gesagt befreit worden und in ihre Heimat zurückgekehrt, doch gab es noch andere Gefangene mit US-Pässen. Amerikaner wurden damals schnell der Spionage verdächtigt. Dies zeigt die Geschichte des Gefangenen Nassry Kahn. Die Presse berichtete mehrere Male über ihn, so etwa die *Washington Post* vom 14. Januar 1981 unter dem Titel «American Mystery Man Held in Iran».

Nassry Kahn entstammte einer angesehenen afghanischen Familie. Er war schon in jüngeren Jahren in die USA ausgewandert und hatte dort das amerikanische Bürgerrecht erhalten. Nachdem die Sowjetunion 1979 in sein Ursprungsland einmarschiert war, wollte er nach seinen eigenen Worten als Freiheitskämpfer gegen die Invasoren vorgehen. Nassry wurde im März 1980 in Teheran verhaftet und ins Evin-Gefängnis gebracht. Von dort aus informierte er im September des

101 gleichen Jahres unsere Mission über seine Festnahme. Eine konsularische Visite zögerte sich hinaus, weil die Behörden ihn lange als iranisch-afghanischen Doppelbürger betrachteten. Schliesslich konnte unsere Vertretung mittels amerikanischer Unterlagen erreichen, dass die Iraner ihn als Doppelbürger der USA und Afghanistans anerkannten. Ein erster konsularischer Besuch im Evin-Gefängnis fand am 7. März 1981 statt. Nassry zeigte sich wenig beherrscht und kritisierte Chomeinis Regime. Er sei ein Freiheitskämpfer und werde zu Unrecht der Spionage und Sabotage angeklagt. Die «Beweise» gegen ihn beruhten auf zwei Presseartikeln, welche die «Studenten» in der besetzten amerikanischen Botschaft gefunden hätten.

Es sollte eine komplizierte Angelegenheit werden. Wie auf einer Achterbahn waren wir mal näher, mal weiter von einer Lösung entfernt. Je länger die Verhaftung dauerte, desto mehr geriet der Fall in die politischen Umbrüche des Irans.

Nassry hatte keinen Anwalt, und die konsularischen Visiten fanden immer in Gegenwart von Gefängnisbeamten statt. Sie unterschieden sich damit grundsätzlich von IKRK-Besuchen, die stets ohne Zeugen abgehalten werden. Wie konnte ich dem Gefangenen helfen? Ich versuchte, als Beistand für ihn zu agieren und ihm wenn möglich Ratschläge zu geben.

Begleitet von zwei Schweizer Kollegen und unserem Dolmetscher trat ich am 16. März 1981 um 7:00 Uhr meinen ersten Besuch an. Das Evin-Gefängnis, am Fusse des Elburzgebirges gelegen, glich einer Festung mit hohen Mauern. Es galt als berüchtigt; die meisten Insassen waren politische Gefangene. Wir mussten das Auto im gebührlichen Sicherheitsabstand parkieren. Zu Fuss passierten wir mehrere schwer bewaffnete Sicherheitsposten und wurden nach dem Grund unserer Visite befragt, bis wir endlich das Eingangstor passieren konnten. Von dort begleitete uns ein Wächter über einen Innenhof in einen fensterlosen, von starken Lampen beleuchteten Raum. Der Staatsanwalt der Revolutionären Gerichte Teherans, Asadollah Lajevardi, werde in Bälde kommen, hiess es. Ihm ging ein schrecklicher Ruf voraus. Die internationale Presse betitelte ihn als «Schlächter von Teheran» und als Grossinquisitor. Dann betrat ein gedrungener Mann mit ruppigem Schwarzbart den Raum: Asadollah Lajevardi. Er legte zum Gruss seine rechte Hand in Herzhöhe auf seine Brust, ging um das Pult herum, setzte sich auf einen Stuhl und bat uns, ebenfalls Platz zu nehmen. Seine Stimme war leise, seine Augen hinter der Brille scharf beobachtend. Ich machte mich auf alles gefasst. Um das Klima möglichst positiv zu gestalten, dankte ich Lajevardi, dass er uns so schnell habe empfangen können. Wir nähmen dies als gutes Zeichen für eine fruchtbare Zusammenarbeit. Ich stellte ihm meine Kollegen vor. Dann erkundigte ich mich nach dem Gefangenen und den Anklagepunkten. Lajevardi kam eingangs auf Nassrys Polemik gegen die Regierung vom 7. März zurück. Dies sei seiner Sache nicht förderlich. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Immerhin sähen sie, dass der Gefangene nicht zu den Schlimmsten gehöre. Er, Lajevardi, wolle ihn am liebsten loswerden. Auf die Nachfrage, wie dies zu verstehen sei, erwiderte Lajevardi, er habe genug Macht, um den Gefangenen ohne Strafurteil zu entlassen. Er wolle aber, dass Nassry nie mehr in den Iran zurückkehre. Sollten die USA ihn zurückschicken, würden wir Schweizer als Schutzmacht dafür verantwortlich gemacht werden.

Dies konnte ich nicht stehen lassen. Ich entgegnete Lajevardi sofort, dass wir unter keinen Umständen haftbar gemacht werden könnten, und zwar aus mehreren Gründen. Der Gefangene sei ein US-Bürger, dem wir nichts befehlen könnten. Vor allem aber sei Nassry für sein Tun selbst verantwortlich. Sollte ihn trotzdem jemand zurückschicken, was ich nicht annähme, könnten wir als Schutzmacht nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Wir handelten wie ein Anwalt, den auch niemand belange, wenn einer seiner Klienten rückfällig werde.

Lajevardi sah offenbar ein, dass er zu weit gegangen war, und drehte den Spiess um. Nassry sei wirr im Kopf, sodass uns niemand deswegen rügen könne. Er selbst schätze die «Anwaltstätigkeit» der Schweiz. Wo immer es Konflikte gebe, ziehe man uns bei. Das Beste sei, wenn Nassry aus dem Iran verschwinde – und zwar für immer. Ich fragte darauf, ob wir Nassry sehen könnten. Lajevardi griff zum Telefon und liess ihn kommen.

Der Gefangene erschien in Partisanenuniform, braun gebrannt, mit einem Bart, der Fidel Castro alle Ehre gemacht hätte, wohlgenährt. Er begrüsste uns lachend und schüttelte Lajevardi die Hand, als ob sie alte Freunde wären. Darauf folgte ein lockeres Gespräch; Nassry konnte gewinnend auftreten. Leider habe er seiner Frau nicht schreiben können, gab er uns zu verstehen. Hier griff der Staatsanwalt ein: Der Grund sei seine Polemik gegen die iranischen Behörden gewesen. Nassry bat uns darauf, seiner Gattin auszurichten, dass es ihm gut gehe und sie sich keine Sorgen machen müsse. Als Freiheitskämpfer habe er immer damit gerechnet, früher oder später ins Gefängnis gesteckt zu werden. Zum Glück sei er nicht in einem russischen gelandet. Nach rund einer halben Stunde verabschiedeten wir uns. Zu Lajevardi gewandt fügte ich bei, dass wir Nassry am liebsten bald in Freiheit sähen. Es schien, als ob wir den Gefangenen in Kürze in die USA würden schicken können.

Lajevardi hatte uns positiv überrascht. Er hörte zu und zeigte sich beherrscht. Die Gründe für die Haltung des Staatsanwaltes blieben uns rätselhaft, denn er konnte alles andere als zuvorkommend gegenüber Gefangenen sein, wenn sie die Islamische Republik bekämpften. Dann zeigte er kein Erbarmen, was ihm später das Leben kostete. Er wurde 1998 von den Volksmudschahedin ermordet.

Am 21. April 1981 war ich um 7:30 Uhr wieder im Evin-Gefängnis. Diesmal begleitete mich nur unser Übersetzer. Das Gespräch drehte sich vor allem um den Prozessverlauf. Laut Lajevardi wurde Nassry der Spionage (als CIA-Agent) angeklagt. Die Untersuchung sei gestoppt worden, weil sich der Gefangene rebellisch gezeigt habe. Solange er sich so gebe, könne weder eine vorzeitige Entlassung noch ein Gerichtsverfahren ins Auge gefasst werden. Des Teufels Advokat spielend entgegnete ich dem Staatsanwalt, dass ich mich an Nassrys Stelle ruhig verhalten würde. Da der Gefangene dies nicht einsehe, stimme wahrscheinlich, was Lajevardi beim letzten Besuch gesagt habe: Nassry sei wirr im Kopf. In diesem Fall sei es aber logisch, ihn zu entlassen, weil alle Rechtssysteme, inklusive des islamischen, vorsähen, dass solche Angeklagten nicht oder nur eingeschränkt zur Rechenschaft gezogen werden können. Lajevardi entgegnete, dass Nassry nicht so «verrückt» sei. Wir einigten uns darauf, dass ich versuchen würde, beruhigend auf den Gefangenen einzuwirken. Der Staatsanwalt liess ihn daraufhin kommen, und ich redete im abgemachten Sinne auf Nassry ein. Ich fügte an, dass er, der

sich als «Kriegsgefangener» bezeichne, sich auch wie ein Soldat zu benehmen habe, also diszipliniert. Dies diene seiner Sache und werde von Lajevardi entsprechend gewürdigt. Zum Beweis übergab ich Nassry mit Zustimmung des Staatsanwalts zwei Briefe seiner Frau. Der Gefangene entschuldigte sich und versprach, sich zu bessern und seinen vor Kurzem begonnenen Hungerstreik zu beenden.

Ende Mai war ich erneut im Evin-Gefängnis. In Präsenz des Assistenten von Lajevardi traf ich Nassry. Er sagte, er bereue sein Verhalten. In jeder Revolution gebe es «Änderungen», also neue Gesetze mit neuen Machthabern. Er könne der iranischen Regierung keine Vorwürfe machen. Der Assistent rechnete in wenigen Tagen mit einem Ergebnis/Urteil in Nassrys Fall. Anschliessend stiess Lajevardi zu uns und zeigte sich geradezu freundlich. An mich gewandt hielt er wörtlich fest: «Because of you, there will eventually not even be a trial, and if there has to be one, it will be a formal one. I think, at the beginning of next week, Nassry will be released.» Ich dankte dem Staatsanwalt und fügte hinzu, dass dies nicht mein Verdienst sei. Nassry habe eine neue Einstellung, kurz: er habe «gute Führung» gezeigt.

Am 4. Juni richtete mir Lajevardi telefonisch aus, dass die Untersuchung abgeschlossen sei und er das Dossier dem *central office* von Generalstaatsanwalt Ghodussi überstellt habe. Sobald er die Antwort von dort erhalten habe, wolle er uns benachrichtigen. Fünf Tage später erfuhr ich aus dem Büro Ghodussis, dass Lajevardi vorgeschlagen hatte, Nassry ohne Gerichtsurteil zu entlassen. Der Generalstaatsanwalt verlangte hingegen, den Gefangenen vor Gericht zu bringen. Selbst wenn die Gründe dafür nicht genannt wurden, konnte man sich leicht vorstellen, dass ein der Spionage verdächtigter Amerikaner nicht ohne Urteil freikommen würde. Lajevardi dürfte in dieser Hinsicht eine Lektion erhalten haben.

Ich sah den Staatsanwalt am 10. Juni erneut. Er war wegen der Lage im Land völlig erschöpft und arbeitete nach seinen eigenen Worten 20 Stunden am Tag. Der Grund: Präsident Bani Sadr sollte abgesetzt und verhaftet werden. Ich dankte Lajevardi, dass er mich trotz allem empfangen habe, und fügte an, wir würden uns nicht in das Gerichtsverfahren gegen Nassry einmischen. Wir bäten hingegen darum, dass die Verhandlung so schnell wie möglich durchgeführt werde. Lajevardi versprach, in die gleiche Richtung zu stossen. Die Farsi-Ausgabe der Zeitung *Kayan* hatte schon tags zuvor berichtet, dass der letzte gefangene Amerikaner im Iran bald freigelassen werden sollte …

Eine Woche später war ich wieder im Evin-Gefängnis. Ich musste im Vorzimmer Lajevardis Platz nehmen und wurde ungewollt Zeuge des Abwehrdispositivs gegen die Anhänger Bani Sadrs. Während das Parlament über die Absetzung des Präsidenten debattierte, der schliesslich am 21. Juni *impeached* wurde, schritten die Anhänger Chomeinis zur Gegenwehr. Lajevardis Assistent wollte mir offenbar zeigen, wie wichtig ihre Tätigkeit dabei war. Das Telefon klingelte ohne Unterbruch. Bärtige, manchmal auch kahl geschorene Revolutionsverteidiger in Turnschuhen stürmten an mir vorbei, überbrachten Nachrichten oder eilten mit neuen Anweisungen wieder weg. Schliesslich kam Lajevardi. Er trug ebenfalls Tennisschuhe und hatte ein Schweisstuch über seine Schulter geworfen. Er war sichtlich erregt und glich gar nicht dem ruhigen, beobachtenden Staatsanwalt. Er dirigierte, lief herum, gab Befehle, zog die Fäden. Sämtliche strategischen Punkte in

der Stadt mussten kontrolliert werden, die Konterrevolutionäre sollten möglichst gefangen genommen werden. Kurz: Es spielte sich ein Machtkampf ab. Wie sich später zeigte, konnte Bani Sadr trotz allem entkommen und ins Ausland fliehen. Lajevardi fand schliesslich kurz Zeit, mir zu sagen, dass er leider keine definitive Antwort wegen Nassry geben könne. Am nächsten Sonntag würde ich vom Untersuchungsrichter mehr erfahren.

Es war zu befürchten, dass das Schicksal des Gefangenen in den Strudel der politischen Ereignisse im Iran geriet. Wichtigere Fälle hatten Vorrang. Besuche im Evin-Gefängnis wurden gar eine Zeitlang für jedermann verboten. Da ich über meine Kanäle nicht mehr ins Gefängnis durchkam, erbat ich über das iranische Aussenministerium eine Unterredung mit dem obersten Richter Ardebili. Ich erhielt eine vertröstende Antwort. Dies sollte jedoch erst der Anfang der Komplikationen sein, und viel Zeit verging, bis wir am 21. Oktober endlich Nachrichten über Nassry erhielten. Ein Mitgefangener, der seinen Namen nicht nennen wollte, aber ausgezeichnet Englisch sprach und vor drei Tagen entlassen worden war, orientierte mich «weisungsgemäss» telefonisch. Nassry sei vor 45 Tagen ins Ghezal-Hesar-Gefängnis bei Karadsch (ca. 45 Kilometer westlich von Teheran) verlegt worden. Es gehe dem Gefangenen psychologisch gesehen gut. Hingegen wünsche er Nachrichten von seiner Familie und insbesondere über den Gesundheitszustand seines zehnjährigen Sohnes, der an Leukämie leide. Ausserdem benötige er Winterkleider und Bettwäsche.

Ein telefonischer Kontakt mit jenem Gefängnis ergab, dass ein Besuch nur mit Zustimmung des Generalstaatsanwaltes Mussavi-Tabrizi möglich war. Da sich der Gesundheitszustand von Nassrys Sohn verschlechterte, versuchten wir, aus humanitären Gründen den Gefangenen zu sehen und ihn freizubekommen.

Es dauerte und dauerte. Schliesslich sah ich Nassry nach sechs Monaten wieder, am 22. November 1981, im Gefängnis bei Karadsch. Der Besuch währte über drei Stunden. Gleichzeitig traf mein schwedischer Kollege einen englischen Sträfling. Die Atmosphäre in diesem Gefängnis war weniger angespannt als in Teheran. Die Behörden waren bemüht, einen guten Eindruck zu hinterlassen. So wurden wir im Ghezal-Hesar-Gefängnis zu einem gemeinsamen Mittagessen mit den Gefangenen eingeladen und sassen dazu ganz iranisch im Schneidersitz im Kreis auf einem Teppich am Boden, ohne Schuhe. Teilnehmer waren: Nassry, der englische Sträfling, ein Aufseher, ein Übersetzer sowie mein schwedischer Kollege und ich.

Mussavi, der Lajevardi vertrat, erklärte mir nachher unter vier Augen, dass sie Nassrys Version, er habe nur Afghanen gegen die Russen im Iran mobilisieren wollen, nicht gelten lassen könnten. Er habe auch etwas gegen den Iran zu unternehmen gedacht. Näheres konnte oder wollte Mussavi nicht preisgeben. Zudem sei Nassry «bestraft» worden, weil er sich einmal mehr rebellisch verhalten habe. Mussavi, der anstelle Lajevardis das Dossier bearbeitete, meinte, dass alles in rund einem Monat so weit behandelt sein könnte, dass Nassry freikäme. Aufgrund der Langwierigkeit des Falles und etwaiger neuer emotionaler Ausbrüche Nassrys blieb ich skeptisch gegenüber dieser Einschätzung.

Der private Teil der Essens-Gespräche drehte sich um Nassrys Familie. Ich überreichte dem Gefangenen einen Brief seiner Frau und seiner zwei Söhne. Nassry seinerseits wollte mir eine Notiz an seine Gattin geben, die jedoch die Prüfung

105 Mussavis nicht überstand und ins «Dossier» gelegt wurde. Der Gefangene griff darauf zur Feder und verfasste ein neues Schreiben an seine Familie samt zwei Zeichnungen, womit er seine künstlerische Ader unterstrich. Nassry erhielt von mir mehrere Bücher, Malereiartikel, Zigarren und Spielzeuge für Kinder anderer Gefangener.

Die Leidensgeschichte Nassrys setzte sich fort. Anfang 1982 trat er erneut in einen Hungerstreik. Ich machte die Iraner darauf aufmerksam, dass es alles andere als förderlich für sie sei, sollte dem Gefangenen etwas zustossen. Die internationale Presse werde heftig reagieren. Es sei schon schwierig genug, dass die Behandlung des Falles sich so lange hinauszögere.

Am 7. März 1982 besuchte ich Nassry wiederum in Karadsch. Es sollte – aus Gründen, die weiter unten ausgeführt werden – mein letztes Treffen mit ihm sein.

Der Gefangene kam schliesslich Monate später frei. Der *Tagesanzeiger* vom 9. November 1982 berichtete gestützt auf Angaben des EDA, dass er sich unter Schweizer Schutz befinde. Zwei Tage später flog Nassry, begleitet von einem unserer Kollegen, aus Teheran weg. Ein Gerichtsurteil erhielten wir trotz mehrmaliger Anfrage nie …

Einblick in die Revolutionsjustiz

Am 19. Januar 1982 publizierte die Farsi-Zeitung *Et'tela'at* unter dem Titel «Wir richten hin, weil wir humanitär sind» einen längeren Artikel über die Revolutionsjustiz. Der Text wurde in einer Gesprächsform zwischen oppositionellen iranischen Gefangenen und dem oben erwähnten Staatsanwalt Lajevardi wiedergegeben. Die Fragen und Antworten bezogen sich primär auf Probleme der Inhaftierten. Gestreift wurden aber auch generelle Themen wie die Todesstrafe, das Denunziantensystem und die Spionage, die laut Chomeini gar eine heilige Pflicht sei, wenn sie dem Islam diente. Ich gebe ein paar Auszüge auf Englisch, die unser Lokalangestellter für uns übersetzt hatte:

> Question (Q): While Mr. Mussavi-Tabrizi (Prosecutor General) has stated, that any person being arrested is advised of the charges within 24 to 48 hours, how come we have persons here who have not even once been questioned and do not know what the charges against them are after one to six months of detention?
>
> Lajevardi (L): Explanation of charges to anyone being imprisoned is of course important and necessary. However, you all know why you have been arrested. Your participation in armed demonstrations on August 21 is sufficient ground for your arrest …
>
> Q: Why are the prisoners not allowed visits?
>
> L: One reason is to prevent your contact with outside. […] But frankly, we do not trust you …
>
> Q: Would it be possible to give volunteering prisoners war training and send them to the battlefronts?
>
> L: We have done this before, and hope to have enough freedom from our preoccupations to give due consideration to all such matters. I personally regard such zealous emergence out of darkness and acceptance of total dedication to fight the enemies of God to be of the highest value.
>
> […]
>
> Q: In some European countries the death penalty has been abolished. Why is a similar action not taken here?

> L: Those who have abolished the capital punishment have in reality lost all sense of humanitarianism. Without the capital punishment, those who have slaughtered hundreds of innocent people are spared, so they may go on repeating such atrocities. No, sir! We execute and punish because we are humanitarian. We eliminate the criminal so as to guard hundreds of lives. […] As for the prisoners' situation, I have said before that one aspect of repentance is to join the 36 million men [= all inhabitants of Iran in 1981] intelligence organization. Those who profess to have turned into believers in the Party of God must also undertake this duty and submit their reports. The Imam has said that spying is forbidden except for the sake of Islam in which case it is a sacred duty.

Die Revolutionsjustiz hatte also der Stärkung der Islamischen Republik zu dienen.

Iranische Gastfreundschaft

Mein Chauffeur, Haikaz Ter-Hovanessian, bog nach dem ersten Besuch wegen Nassry im Gefängnis bei Karadsch auf der Rückfahrt von der Hauptstrasse ab. Die Einfahrt nach Teheran sei auf diesem Nebenweg weniger verstopft. Haikaz musste es wissen; er war früher der Fahrer des amerikanischen Botschafters gewesen. Als wir in einen kleinen Weiler gelangten, hielt er an und unterhielt sich mit einem schlichten Mann. Der Bauer hiess uns willkommen und offerierte in seinem Häuschen spontan stark gesüssten Tee. Als er erfuhr, dass ich Ausländer, gar ein «Siási» (Diplomat) sei, spornte dies seine Gastfreundschaft noch mehr an. Voller Stolz zeigte er uns seine wenigen Schafe und Ziegen.

Ich habe im Iran nie Feindseligkeiten mir gegenüber erlebt. Ganz im Gegenteil: Ich wurde immer, sei es in Städten oder auf dem Land, als Gast willkommen geheissen. Meine Lieblingsstadt, die ich dreimal besuchte, war das märchenhafte Isfahan. Da es damals keine Touristen gab, brauchte ich im Hotel Shah Abbas, wo ich jeweils übernachtete, kein Zimmer zu reservieren. Ich konnte es mir bei meinem letzten Besuch, im Herbst 1981, nicht verkneifen, ein braunes Pferd zu mieten und um den «Shah-Platz» zu reiten. Ein Pferd erinnerte meiner Ansicht nach an frühere Zeiten, als hier Polospiele ausgetragen wurden. Der Platz diente damals aber auch anderen Zwecken, etwa wenn Gefangene hingerichtet wurden.

Der Iran als geschichtsträchtiges Land

Unsere Kenntnisse über die alten Zivilisationen des Nahen Ostens verdanken wir in grossem Umfang europäischen Forschern, die im 19. Jahrhundert Ausgrabungen durchführten und alte Inschriften zu entziffern suchten. Man denke nur an Napoleons Feldzug nach Ägypten und an das Auffinden des Steins von Rosetta, der das Lesen und Verstehen der Hieroglyphen erlaubte. Wie verhielt es sich im geschichtsträchtigen Iran? Im Gegensatz zu den Staaten des nördlichen Afrikas oder des Nahen Ostens (Libanon, Syrien, Irak, Ägypten), die ihre alten Sprachen nach der Islamisierung durch das Arabische ersetzten, behielten die Perser ihre eigene Sprache, allerdings stark durchsetzt mit arabischen Wörtern. Das Verständnis der iranischen Vergangenheit und der Traditionen wurde dadurch erleichtert. Die schiitische Form des Islams erlaubte es dem Land zudem, sich vom sunnitischen Islam zu unterscheiden und die arabische Vorherrschaft abzuschütteln. Die vorislamische Zeit «überlebte» aber nicht nur in Form von archäologischen Fund-

107

Ritt auf dem Maidan-i-Shah in Isfahan (Iran), September 1981. Privatarchiv Ernst Iten

stücken und deren wissenschaftlicher Erforschung, sondern vor allem durch Mythen und Legenden. So heisst die archäologische Stätte nördlich von Persepolis, wo die achämenidischen Grosskönige Persiens begraben liegen, Naqsch-e Rostam, zu Deutsch «Darstellungen des Rostam», des Nationalhelden aus dem Epos «Shahname» von Firdausi. Dieses Nationalepos schildert die vorislamische Epoche. Der Iran hat seit dem 20. Jahrhundert hervorragende eigene Archäologen, die intensiv ausgraben und forschen. An Tätigkeitsfeldern fehlt es ihnen nicht, denn Persien als Teil der Landbrücke zwischen zwei Meeren hat ähnlich wie die Türkei eine bewegte Geschichte. Es gab Invasionen, Aufstände und Kriege, aber auch ein meisterliches Überdauern von Traditionen. Teile der Geschichte des Mittleren Ostens werden ebenfalls bei uns in Europa gelehrt. Wer kennt nicht die Perserkriege aus dem Schulunterricht?

Ich wollte den geschichtlichen Spuren im Iran nachgehen. So besuchte ich Hamadān, in dessen Nähe das einstige Ekbatana der Meder und Achämeni-

Gandschname bei Hamadan (Iran), Keilschrifttafeln von Darius und Xerxes, aufgenommen im Mai 1981. Privatarchiv Ernst Iten

den liegt. Rund zwölf Kilometer ausserhalb Hamadāns wurden zwei riesige Keilschrifttafeln der Grosskönige Darius und Xerxes in den Felsen des Alvand-Gebirges gemeisselt, die unter dem Namen Gandschnāme bekannt sind. Ich reiste im Mai 1981 ferner nach Persepolis, das sich in der Nähe der heutigen Stadt Schiras befindet. Diese grossartige Stätte wurde ähnlich wie Ekbatana 331 vor Christus durch die Truppen Alexanders des Grossen in Brand gesteckt und verwüstet.

Die Geburtsstätte der systematischen politischen Morde

Die nächste Stätte, die ich besuchte, war ganz anderer Art. Von dort ging ein weltweiter Einfluss aus, der bis heute spürbar ist. Die Geschichte beginnt wie ein Märchen. Marco Polo schildert in seinem Reisebericht aus dem 13. Jahrhundert über seine Fahrt nach China, dass es einmal einen «alten Mann vom Berg» gegeben habe. Dieser gaukelte einfachen Bauernsöhnen im Alter von zwölf bis 20 Jahren das Paradies mit allen nur erdenklichen Genüssen vor und versprach, dass sie wieder dorthin gelangen könnten, wenn sie seinen Befehlen blindlings gehorchten. «So geschah es», erzählt Marco Polo, «dass der Alte, wenn irgendein benachbarter Fürst sein Missfallen erregte, diesen durch die von ihm erzogenen Meuchelmörder töten liess». Die Mongolen setzten der Herrschaft des Alten laut Marco Polo um 1262 ein Ende, schleiften seine Feste und töteten die Meuchelmörder.

109 Diese recht abenteuerliche Schilderung des Reisenden aus Venedig hat einen ernsten Hintergrund. Die erwähnte Feste heisst Alamut und liegt auf einem schwer zugänglichen Gipfel im Elburzgebirge östlich der Stadt Qazvin. Alamut gehörte zur Zeit der Kreuzzüge den Ismaeliten, einer schiitischen Sekte. Der «Alte» hiess Hasan-e Sabbah, wobei er nur der Erste einer Reihe von «Alten» war. Der Meister der Geschichte des Orients, Professor Bernard Lewis von der Universität Princeton, dem ich später als Botschafter in Tel Aviv in seinen Gastreferaten begegnete, schildert in seinem Buch «Die Assassinen: zur Tradition des religiösen Mordes im radikalen Islam» die Geschichte dieser frühen Terroristen. Die Assassinen töteten primär Angehörige der muslimischen Herrschaften. Als sie schliesslich in Syrien Fuss fassten, traf es auch Kreuzfahrer. Das erste Opfer wurde 1192 Konrad von Montferrat, König des lateinischen Königreiches von Jerusalem. Dieser Mord beeindruckte die Kreuzfahrer so stark, dass sie das syrische Wort *hashishiyyin* in abgewandelter Form für die Täter übernahmen. Im Arabischen stand der Ausdruck *hashish* ursprünglich für «Kraut». Nahmen die «Assassinen» also Drogen ein, um einen kleinen Vorgeschmack der paradiesischen Genüsse zu bekommen, die sie nach ihren Mordtaten erwarten durften? Nach Bernard Lewis war es eher die Verachtung der Kreuzritter gegenüber dem wilden Glauben und dem extravaganten Verhalten der Sektenmitglieder, welche ihnen diesen Namen gab. «In all probability it was the name that gave rise to the story, rather than the reverse», schrieb Lewis in seiner ersten englischen Ausgabe des Buches von 1967. Die Morde als politische Waffe trugen ihnen trotzdem die Bezeichnung Assassinen ein. Obwohl das Wort etymologisch nicht aus dem Lateinischen stammt, findet es sich seither in den meisten lateinischen Sprachen und teils im Englischen (*assassination*). Es verbreitete sich also weltweit und bedeutet heute schlicht «Mörder». Die Methoden der Assassinen haben leider seit dem Mittelalter viele Nachahmer gefunden, allerdings mit enormen Unterschieden. Die «alten» Assassinen töteten mit dem Dolch eine einzelne, vorher ausgemachte Person, die «modernen» Assassinen wollen möglichst viele Menschen umbringen, die nicht vorgängig ausgesucht wurden. Es genügt, wenn sie als Ungläubige gelten.

Den Sitz des «alten Mannes vom Berg», diesen Ursprungsort systematischer politischer Morde, wollte ich kennenlernen. Im Mai 1981 fuhr ich mit Haikaz, begleitet von zwei Sekretärinnen, an einem freien Freitag Richtung Alamut. Die Reise begann um 5:00 Uhr morgens. Wir hofften, am späteren Nachmittag zurück zu sein. Am Eingang des Elburzgebirges mussten wir den gemieteten Range Rover stehen lassen, weil der zu überquerende Fluss Hochwasser führte und das Risiko bestand, dass die bereits überflutete Brücke einstürzen könnte. Wir zogen zu Fuss weiter. Hin und zurück sollten es mehrere Kilometer werden. Der letzte Anstieg zu den Ruinen von Alamut, die 500 Meter über der Talsohle lagen, glich einer Klettertour. Oben angelangt war es schwierig, etwas zu identifizieren, denn die herumliegenden Quadersteine erlaubten es nicht, sich ein Bild von der Feste zu machen. Als die Sonne die Wolken durchbrach, eröffnete sich uns ein grandioser Ausblick auf die umgebenden Gebirge und Täler. Alamut musste eine Art Adlerhorst vor Hitler gewesen sein. Erst kurz vor 22:00 Uhr abends waren wir wieder in Teheran.

Ausreisehilfe

Eine der grossen konsularischen Aufgaben der Interessensektion betraf Visa-Fragen. Obwohl wir selbst keine US-Einreisebewilligungen ausstellen konnten, gaben wir speziell bei Immigrationsfällen in die Vereinigten Staaten Beihilfe und bestätigten zuhanden des iranischen Aussenministeriums den Niederlassungsstatus der Gesuchsteller, damit sie das iranische Exit-Visum leichter erhielten. Anfang Juni 1981 rief mich ein gewichtiger US-Senator an. Er fragte mich, was wir für eine iranische Familie tun könnten, deren Einwanderungspapiere soeben geregelt worden seien. Da es sich um einen dringenden Fall handelte, erledigte mein Mitarbeiter Jürg Casserini den Fall sogar ausserhalb der Bürozeit.

Der Senator dankte mir nach der geglückten Ausreise der Familie in einem Schreiben vom 23. Juni: «According to my aide, M. F., your assistance was above and beyond the call of duty. Your prompt attention to the matter and your conscientiousness in informing my office of what action was being taken, was greatly appreciated.»

Meine Mitarbeiter und ich fassten die Ausübung des Mandates nie als «Briefkasten-Funktion» auf, wie die Fremden Interessen manchmal herablassend betitelt werden.

Unruhige Zeiten

Die Auseinandersetzungen zwischen der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) und oppositionellen Gruppen erreichten im Juni 1981 einen Höhepunkt. Schon Anfang des Monats hatte ich meinen Eltern geschrieben, dass zwischen den Gemässigten und den Vertretern der islamischen Partei gekämpft werde. Präsident Bani Sadr, ein Gemässigter, sei nicht mehr sicher auf seinem Posten. Am 28. Juni wurde der Sitz der IRP durch eine Bombe weitgehend zerstört und wichtige Persönlichkeiten aus dem Lager Chomeinis starben, darunter Mohammed Beheschti, Vorsitzender des Islamischen Revolutionsrates und oberster Richter. Die Pasdarans (die Revolutionswächter) schlugen zurück. Innerhalb von drei Wochen wurden laut Presseberichten Dutzende der Unterstützer Bani Sadrs getötet. Chomeinis Ziel galt der Festigung der Islamischen Republik.

Es spielten sich aber nicht nur inneriranische Auseinandersetzungen ab. Am 16. September 1981 explodierte um 20:40 Uhr eine Bombe im Eingangsbereich unserer Interessensektion. Es gab zum Glück nur Sachschäden, da die Büros um jene Zeit geschlossen waren. Aufgrund einer Bekennermeldung erfuhren wir, dass die Bombenleger zur ASALA gehörten, der armenischen Geheimarmee für die Befreiung Armeniens. Die Täter von Teheran nannten sich «9. Juni». Die Schweiz war ins Visier dieser Terroristen geraten, weil im Oktober 1980 zwei ASALA-Mitglieder in Genf verhaftet worden waren. Diese Geheimarmee hatte vorher mehrere Anschläge auf türkische Vertretungen und deren Repräsentanten in der Schweiz verübt. Die Gruppe wollte mit Terrorakten gegen schweizerische Interessen ihre inhaftierten Mitglieder freipressen.

Die Agitation machte selbst vor meiner Residenz nicht halt. Am 10. März 1982 kam ich spät von einer Einladung zurück. Die Haustür war nicht abgeschlossen,

111 was mir seltsam vorkam. Drinnen fand ich die Bescherung. Jemand war eingedrungen und hatte die Villa durchsucht. Waren es gewöhnliche Einbrecher? Als ich das Büro kontrollierte, entdeckte ich, dass vier Filmrollen fehlten. Es waren aber nicht die ungebrauchten, verpackten Kodakfilme; es waren die belichteten Rollen, welche die Einbrecher mitgenommen hatten. Offenbar wollte jemand wissen, was ich fotografiert hatte.

Die Lage im Iran wurde immer prekärer. Es gab Nahrungsmittel- und Stromrationierungen, manchmal schon ab 20:00 Uhr abends. Die Beschränkungen betrafen sogar das Heizöl, und dies in einem OPEC-Land! 1000 Liter wurden pro Haushalt zugeteilt. Ich erhielt 2000, weil meine Residenz neben den Wohnräumen noch (leere) Büros besass.

Strassenkontrollen

Ausgehen war kein Vergnügen, da es weder Ausstellungen noch Kinos mit neueren Filmen oder gute Speiserestaurants gab. Von Diskotheken nicht zu reden. Zudem wurden ab 22:00 Uhr Strassenkontrollen durchgeführt. Wie ging es dabei zu? Meinen Eltern schilderte ich eine solche «Überprüfung» aus dem bewegten Monat Juni:

> Sie spielt sich auf unbeleuchteten Strassen ab. Eine Folge des Irakkrieges. Beim Fahren winkt dir plötzlich jemand mit einer Taschenlampe. Ein zwölfjähriger Knabe, ohne Uniform und ohne sich auszuweisen, fordert dich mit einer Waffe in der Hand auf, das Licht des Wagens zu löschen. Dann richtet er die Lampe auf dein Gesicht, damit der rund 10 Meter weiter im Versteck liegende Scharfschütze dich visieren kann. Jetzt wirst du aufgefordert, deinen Ausweis zu zeigen. Der wird studiert, der Wagen abgeschritten, und wenn du Glück hast, musst du dich nicht lange rechtfertigen. Es lohnt sich nicht zu streiten, denn der Jüngling dürfte dich rasch mit dem Lauf seiner Waffe an deiner Schläfe bedrohen und das Öffnen des Kofferraumes verlangen. Es nützt nicht einmal etwas, wenn du zu ihm sagst, du seist ein «Siási» (Diplomat). Je nach der Situation im Land sind diese Wächter selbstverständlich entsprechend gestresst und nervös. Die privaten Nachtessen enden darum in der Regel um neun Uhr. Ich ziehe es öfter vor, allein zu Hause zu bleiben.

Weinherstellung

Der *small talk* bei Stehempfängen drehte sich nicht wie in anderen Ländern um vergnügliche Reisen, gute Essensadressen oder Künstlerbesuche, nein, er kreiste um das Fabrizieren von alkoholischen Getränken. Aldo Frei, der Station Manager der Swissair in Teheran, fragte mich im August 1981, ob ich bereit sei, in meiner Residenz Wein herzustellen. Ich genösse doch Immunität! Ich willigte ein. Wir sammelten fleissig alte Flaschen und Korkzapfen, die wir siedend heiss auskochten. «Wie macht man Wein?», fragte ich ihn schliesslich. Die Sorge war überflüssig. Er hatte den Chef der Alitalia miteinbezogen, der sich damit auskannte. Mitte September fuhr ein kleiner Laster bei meiner Residenz vor und brachte 500 Kilo Trauben. Wir verteilten die Ladung auf die verschiedenen Bottiche. Vom Tonband ertönte schwungvolle Musik. Aldo, seine Gattin Putul und ich begannen, die Trauben im Rhythmus der Hits von Carlos Santana mit nackten Füssen zu zerquetschten. Wir schleppten anschliessend die Eimer in den Keller. «Sobald der Gärungsprozess beginnt, sollte die Masse in den Bottichen umgerührt werden», fügte Aldo beim Weggehen hinzu. Nach ein paar Tagen begann es in mei-

Südafrikanische Residenz, Trauben erwartend, September 1981. Privatarchiv Ernst Iten

ner Residenz wie in einer Weinhalle zu riechen! Ich beauftragte den Gärtner des Hauses, die gärenden Traubenmassen in den Bottichen umzurühren. Er wollte die Arbeit zuerst nicht verrichten, da wir «šarāb» (Wein) herstellen wollten. Ich überzeugte ihn mit dem Hinweis auf die Verfassung der Islamischen Republik, die es Nicht-Muslimen gestatte, ihre eigenen Bräuche zu pflegen. Am 15. Oktober begann das Abfüllen. Wie aber den Saft möglichst ohne Trauben-Überreste in die Flaschen giessen? Putul hatte mir einige Kaffeefilter gegeben. Das Vorhaben erbrachte reinen Wein, war aber viel zu langwierig, zudem rissen die Filter sehr schnell. Eine andere Lösung musste also her.

Vorschriften und Verbote beflügeln mitunter die Fantasie. Beim nächsten Cocktail bei Aldo und Putul, die wie immer bei solchen Anlässen elegant in ihrem Sari erschien, näherte ich mich einer kleinen Gruppe von Damen. Ich bat eine aufgeschlossen wirkende Dame zur Seite und bemerkte leicht gehemmt, ich hätte ein Anliegen. «Nur los, ich bin ganz Ohr», reagierte sie einigermassen kühn. Ich wagte darauf mit gedämpfter Stimme, meinen Wunsch vorzubringen: Ob sie mir gebrauchte Nylonstrümpfe geben könne? Sie schaute mich verdutzt an und erkundigte sich halb vorwurfsvoll, halb besorgt, ob ich eine kleinere Perversion hätte. «Perversion?», entgegnete ich beinahe laut. Dann schilderte ich ihr meine Versuche, den Wein abzufüllen. Mir schien, dass Nylonstrümpfe ein geeigneteres Mittel seien als Kaffeefilter. Ihr Gesicht hellte sich auf. «Das ist natürlich keine

Perversion», lachte sie und begann mich zu duzen: «Ich gebe dir alle, die ich entbehren kann. Unter einer Bedingung: Du gibst mir auch zwei, drei Flaschen!» Dann wandte sie sich ihren neugierig gewordenen Freundinnen zu und fragte diese ebenfalls nach Nylonstrümpfen. Während die Freundinnen mich neugierig musterten, erkundigten sie sich danach, welch verzwickte Fantasien jener junge Mann habe, der doch ganz normal aussehe. Dem anschliessenden Gelächter entnahm ich, dass meine «Perversion» auf nylonhaltigen Boden gefallen war.

Den Wein tauften wir stolz auf den Namen meiner Strasse: Château Miriam. Er war gar nicht so schlecht und dazu noch ohne chemische Zusätze zubereitet worden. Ende Oktober lud ich auf meiner Residenz zur «Zapfenweihe» ein. Die Stimmung war gelockert, und die Hälfte der Flaschen war nachher leer. Mir fiel ein Vers aus dem «West-östlichen Divan» ein, den Goethe über den persischen Dichter Hafis (ca. 1320–1390) geschrieben hatte: «Wie du zu lieben und zu trinken, das soll mein Stolz, mein Leben sein.» Ich fand diesen Satz treffend, denn Hafis war, obwohl sein Name übersetzt «der den Koran auswendig kann» bedeutet, alles andere als ein engstirniger Islamist; er besass eine grosse geistige Freiheit. Ich hätte mir mehr Hafis gewünscht.

Versetzungswünsche und die Wahrheit des Kaffeesatzes

Botschafter Brunner, ein unverwüstlicher Optimist, hatte bei meiner Versetzung geglaubt, dass sich die Beziehungen zwischen Washington und Teheran nach der Geiselbefreiung langsam, aber sicher wieder intensivieren würden. Vor Ort erlebten wir das Gegenteil. «La nature du travail de la Section des Intérêts Etrangers devenant de nature de plus en plus consulaire, M. Iten souhaiterait un poste conforme à sa formation», schrieb Botschafter Lang schon am 21. Juni 1981 nach Bern. In den folgenden Monaten änderte sich nichts an der Natur der Arbeit, im Gegenteil. Selbst das Volumen der Aufgaben ging zurück, weshalb wir beinahe ein Drittel des Lokalpersonals entliessen und den Posten eines schweizerischen Mitarbeiters nach seiner Versetzung nicht neu besetzten. Dieser Abbau entsprach auch dem amerikanischen Wunsch nach Personalreduzierung. Im Herbst benutzte ich meine Heimreise, um in Bern wegen meiner Versetzung persönlich nachzuhaken. Ich sah wenig Sinn darin, mich vier Jahre in Teheran sitzen zu lassen. Die Zentrale hatte Verständnis, doch wurde ich gebeten, mich mit Geduld zu wappnen. Meine Anregung, den Posten des Chefs der Fremden Interessen mit einem konsularischen Mitarbeiter zu besetzen, wurde hingegen angenommen. Im März 1982 plante ich eine neue Reise in die Schweiz, denn weder beruflich noch privat sah ich eine Zukunft für mich im Iran. Bevor ich abflog, lud mich Haikaz zu sich nach Hause ein. Seine Gattin verstand es wunderbar zu grillieren, und Haikaz offerierte vorzüglichen Wodka zum Essen. Als Armenier kannte er die Bezugsquellen. Ich hatte als Zugabe Kaviar mitgebracht. Er war sehr günstig im Iran: 250 Gramm kosteten zehn Franken – natürlich auf dem Schwarzmarkt. Bevor ich nach Hause zurückkehrte, servierte die Gattin von Haikaz türkischen Kaffee. Als ich meinen getrunken hatte, bat sie mich, die Tasse auf den Kopf zu stellen. Ich begriff nicht warum. Nach kurzer Zeit nahm die Gastgeberin meine Tasse und begann, den Kaffeesatz zu lesen. «Ich sehe interessante Dinge. Während Ihrer Reise

Nach dem Abschiedsessen mit der Gattin von Haikaz, die den Kaffeesatz zu lesen und interpretieren wusste, März 1982. Privatarchiv Ernst Iten

wird etwas passieren, das Sie weit wegbringt. Was es genau ist, kann ich nicht sagen.» – «Hoffentlich erfüllen sich Ihre Wahrsagungen», entgegnete ich.

Die Gespräche in Bern kurz vor den Osterfeiertagen ergaben nichts Konkretes. Ich solle zuerst in die Ferien gehen, lautete der Grundtenor. Der Kaffeesatz ist also nicht viel wert, dachte ich enttäuscht und flog darauf wie geplant nach Kolumbien, um meine Freunde Michel Viquerat, Rektor des Colegio Helvetia, und dessen Frau Elsi zu besuchen, die mich eingeladen hatten. Sie wussten, dass ich sehnlichst den Iran verlassen wollte. Bei der Landung in Bogotá am 2. April empfing mich Michel freudig am Flughafen. Ob ich gehört hätte, was sich im «Cono sur», an der Südspitze von Südamerika, abspielte? Ich hatte keine Ahnung, denn auf dem Flug hatte ich keine Nachrichten vernommen. Am anderen Tag war es an Elsi, mich auf den neuesten Stand zu bringen: Premierministerin Thatcher habe die Beziehungen zur Regierung in Buenos Aires abgebrochen, nachdem die Argentinier tags zuvor die Falklandinseln besetzt hätten. «Das beginnt mich zu interessieren!», antwortete ich ihr. Kurz darauf rief mich unser Botschafter in Bogotá an: Ich solle sofort vorbeikommen. Sie hätten ein Ticket nach Buenos Aires für mich gekauft. Ich müsse morgen früh fliegen: Bern setzte mich als Chef der britischen Interessen in Argentinien ein.

Der Kaffeesatz vor dem Abflug in Teheran hatte also doch mein «Wegbringen» richtig angezeigt!

VII Chef der britischen Interessen im Falklandkrieg (1982–1985)

Der Hintergrund

Der Beginn einer Militärdiktatur ist bekannt, deren Ende hingegen ungewiss und oft mit dramatischen Ereignissen verbunden. Das Regime der Generäle am Río de la Plata war nach sechs Jahren am Ende. Es gab nur zwei Lösungen: entweder Wahlen, verbunden mit dem Risiko der Anklage wegen all der begangenen Verbrechen während des sogenannten «schmutzigen Krieges» seit 1976, oder ein gewagtes, befreiendes «Abenteuer». Die Regierung von General Leopoldo Galtieri entschied sich für Letzteres. Am 2. April 1982 besetzten oder, wie es in Argentinien hiess, gewannen argentinische Soldaten die sich in britischem Besitz befindenden Falklandinseln im Südatlantik zurück, welche die Argentinier als Malwineninseln bezeichnen und für sich beanspruchen. Wie in zahlreichen anderen überkommenen Konflikten stritten sich zwei Länder um ein und dasselbe Gebiet.

Mit einer kritischen Lage sah sich auch die Regierung in London konfrontiert. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher war politisch auf einem Tiefpunkt angelangt. Das Land litt unter einer Rezession. Die Haushaltkürzungen machten selbst vor den Militärs nicht halt. Die argentinische Invasion änderte hingegen die Prioritäten für die Premierministerin. Ein Nachgeben hätte einem politischen Selbstmord geglichen. Sie brach deshalb die seit 1965 geführten Gespräche über die Souveränität der Inseln ab und erklärte, dass sie die argentinische Invasion nicht hinnehmen werde. Am 5. April 1982 machte sich die Task Force Richtung Falklandinseln auf, bestückt mit 42 Kriegsschiffen, 65 Hilfs- und Handelsschiffen sowie einer Streitmacht von 25 000 Mann.

Vermittlungsversuche

Dieser Hintergrund bot keine guten Voraussetzungen für eine vermittelnde Lösung. Trotzdem fehlte es nicht an Versuchen, die bevorstehende Konfrontation abzuwenden. Der UNO-Sicherheitsrat beschloss am 3. April auf Antrag der britischen Regierung die Resolution 502. Der Rat drückte darin seine Besorgnis wegen der Invasion der Falklandinseln (Islas Malvinas) durch argentinische Truppen aus. Er verlangte ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten zwischen Argentinien und Grossbritannien und einen vollständigen Rückzug der argentinischen Streitkräfte. Der Rat rief ferner beide Regierungen auf, eine diplomatische Lösung für die Situation zu finden und sich weiterer militärischer Handlungen zu enthalten. Diese Resolution gab Grossbritannien schliesslich das Recht, sich auf Artikel 51 der UNO-Charta zu berufen, der das Selbstverteidigungsrecht vorsah.

Nebst den Vereinten Nationen versuchten zuerst die USA durch Staatssekretär Alexander Haig zu vermitteln, allerdings erfolglos. Dann offerierte Peru, das engste Beziehungen zu Argentinien pflegte, Anfang Mai eine diplomatische Lösung, die auf den Ideen Haigs aufbaute. Präsident Belaúnde Terry schlug darin vor, dass sowohl Grossbritannien wie Argentinien ihre Truppen zurückziehen sollten und auswärtige Vertreter, die am Konflikt nicht beteiligt waren, temporär die Inseln verwalten könnten, bis eine Lösung gefunden wäre, die auch die Wünsche der Kelper, wie die Bewohner der Inseln genannt wurden, berücksichtigte. England ging auf Druck der Amerikaner zähneknirschend auf den Vorschlag ein, doch konnten sich die drei Kommandanten von Heer, Luftwaffe und Marine in Buenos Aires nicht einigen. Die britische Kriegsflotte rückte unterdessen trotz der Vermittlungsversuche immer näher an die umstrittenen Inseln heran …

Die britische Interessensektion

Die britische Regierung brach am 2. April die diplomatischen Beziehungen mit Argentinien ab und bat die Schweiz, sie in Buenos Aires zu vertreten. Nachdem der Bundesrat diesem Gesuch entsprochen und Argentinien der Mandatsausübung durch unser Land zugestimmt hatte, vertrat Bern die britischen Interessen am Río de la Plata ab jenem Datum. Argentiniens Interessen in London wurden durch Brasilien vertreten.

Wie oben beschrieben benachrichtigte mich die Zentrale am 3. April über unsere Botschaft in Kolumbien, wo ich meine Ferien verbringen wollte, dass ich zum Chef der britischen Interessensektion in Argentinien ernannt worden sei und mit der nächsten Maschine nach Buenos Aires fliegen müsse. Ich traf dort einen Tag später ein. Unser Botschafter war Gaspard Bodmer, ein distinguierter Diplomat. Man spürte, dass er ein Angehöriger der berühmten Familie war, der die «Stiftung Martin Bodmer» in Cologny bei Genf gehörte. Er beauftragte mich als Erstes, den britischen Missionschef zum Flughafen zu begleiten, um sicherzustellen, dass alles reibungslos vonstattenging. Die Hurra-Stimmung in Argentinien liess befürchten, dass der abreisende Botschafter mit Schmährufen bedacht werden könnte. Es verlief zum Glück alles gesittet.

Zurück vom Flughafen, begab ich mich zur britischen Botschaft, um das verbliebene Personal zu begrüssen. Die Regierungen von Argentinien und Grossbritannien hatten abgemacht, dass ein Mindestbestand von Botschaftsangehörigen im jeweiligen Land verbleiben dürfe. In Buenos Aires arbeiteten nach Abbruch der Beziehungen vier britische Diplomaten, ein administrativer Mitarbeiter sowie alle Lokalangestellten.

Bern hatte zudem wenige Tage nach meiner Ankunft die Interessensektion mit Pascal Décosterd als Kanzleichef verstärkt, der wie ich von Teheran hierher versetzt worden war. Er hatte im Iran umsichtig die Kanzlei unserer Botschaft geleitet und die ganze Geiselaffäre der US-Diplomaten miterlebt. Ohne die britischen Kollegen hätte Bern die Sektion ähnlich wie in Teheran mit viel mehr Personal ausrüsten müssen, gab es doch ungefähr 17 000 britische Staatsangehörige in Argentinien.

117 Trotz der Einladung des obersten britischen Kollegen Joy, in ihren Büros zu arbeiten, schien es mir ratsam, auf der schweizerischen Mission zu bleiben, um eine rasche, völlige Kohärenz mit unserer Botschaft zu haben. Das britische Mandat erschien mir viel politischer als jenes im Iran. Zudem wollte ich gegenüber den erfahrenen Kollegen aus London, deren oberster Diplomat ranghöher eingestuft war als ich, nicht als «Aufseher» erscheinen. Pascal Décosterd wirkte dafür öfter auf der britischen Mission. Für ein Arbeiten auf unserer Botschaft sprach schliesslich ein praktisches Element: Das argentinische Aussenministerium war in zehn Minuten zu Fuss zu erreichen, während die britische Vertretung viel weiter entfernt lag.

Administrative Arbeitsteilung

Um die Zusammenarbeit mit den englischen Kollegen möglichst reibungslos zu gestalten, erstellten wir gemeinsam einen Arbeitsplan. Danach wurde alles, was die sogenannte «Aussenvertretung» gegenüber den argentinischen Behörden betraf, durch Schweizer Personal übernommen. Die Übermittlungen zwischen der britischen Botschaft und dem Foreign and Commonwealth Office (FCO), dem britischen Aussenministerium, liefen nach den ersten Tagen über uns. Auch wir kommunizierten alles, was London betraf, via Bern.

Dank dieses Mandates erhielt ich einen guten Einblick in die Arbeitsweise der königlichen Aussenpolitik. Die britische Diplomatie gilt zu Recht als eine der besten der Welt. Während des Krieges spielte sich alles fehlerfrei ab. Mir kam es vor, als ob die Briten wie nach einem Lehrbuch handelten, das sie aus einer Schublade gezogen hätten. Ich entdeckte das seit Generationen erprobte Vorgehen des grössten Empires, das die Welt je gesehen hatte. Selbst psychologische Elemente bei den Übermittlungen durften nicht fehlen. So hatte ich festgestellt, dass alle Flash-Nachrichten, die ich umgehend den argentinischen Behörden weiterleiten musste, meistens an einem Freitagnachmittag eintrafen und dass der Montag demgegenüber der ruhigste Wochentag war. Ich fragte daher meine britischen Kollegen nach den Gründen. Die Antwort war verblüffend: Nach einer strengen Woche sei in der Regel jedermann froh, wenn das Wochenende nahe, um sich erholen zu können. Schlechte Nachrichten für die Gegenseite schicke die britische Regierung daher bewusst am Abend des letzten Arbeitstages, um deren «negative» Wirkung zu erhöhen. Ich würde noch sehen, erläuterten sie mir, dass positive Nachrichten dagegen immer montags einträfen, um einen guten Wochenstart anzukünden.

Erste Intervention

Bereits am 3. April fror Grossbritannien alle argentinischen Fonds ein, und kurz darauf folgte ein generelles Ausfuhrverbot von Gütern, die für Argentinien bestimmt waren. Für uns konkreter wurde es am 7. April. Wir erhielten ein Telex von Bern, wonach sich die Argentinier der Weiterverwendung der Chiffriergeräte durch die britische Botschaft in Buenos Aires widersetzten. Die Geräte müssten daher zurücktransportiert werden. Die Situation änderte sich aber rasch. Beide

Mit den britischen Kollegen in der britischen Residenz in Buenos Aires (Argentinien) im April 1982. Privatarchiv Ernst Iten

Seiten waren in London übereingekommen, dass Grossbritannien wichtige Bestandteile für die argentinische Marine zur Ausfuhr freigeben würde, wenn im Gegenzug die britischen Chiffriergeräte der Botschaft von Buenos Aires nach Uruguay exportiert werden könnten. London baute nämlich in Montevideo das neue logistische Zentrum auf. So weit, so gut. Der zweithöchste britische Diplomat erläuterte mir jedoch, dass sie ein Problem hätten. Nach den englischen Vorschriften müssten diese Geräte kontinuierlich von einem britischen Officer, in diesem Falle von ihm, begleitet werden. Sie befürchteten nun, dass ihm nach seiner Ausreise mit dem Lastwagen die Rückkehr nach Buenos Aires verwehrt würde. Ob ich eine Lösung sähe? Der Deal müsse bis Mitternacht argentinischer Zeit perfekt sein, da ansonsten Premierministerin Thatcher die Genehmigung zurücknähme. Ich erbat mir Zeit, da ich noch keine Lösung hatte. Es war 20:00 Uhr abends. Bei einem guten Tropfen Rotwein aus Mendoza in einer Bar kam mir schliesslich eine Geschichte in den Sinn. Ich kontaktierte meinen britischen Kollegen und bat ihn, in die gleiche Bar zu kommen, ich hätte eine Idee. Nachdem er angekommen war und ein Glas Bier bestellt hatte, wollte ich von ihm wissen, ob die Vorschrift verlange, dass immer der gleiche Officer die Geräte bewache, oder ob es auch ein anderer sein könne. Mein Kollege antwortete, dass nur die ununterbrochene Präsenz eines Officer nötig sei, sodass durchaus mehr als eine Person beteiligt sein dürfe. «Dann habe ich die Lösung», entgegnete ich erleichtert. «Der Transport ist, wie du sagtest, mit einem Lastwagen vorgesehen. Ich nehme an, dass ihr über den Río Uruguay Richtung Montevideo fahrt.» Mein Kollege bejahte. «Ich schlage Folgendes vor: Du fährst bis zur Mitte der Grenzbrücke, dort machst du ein

Die britische Residenz in Buenos Aires (Argentinien) von aussen mit der Schweizer Fahne, April 1982. Privatarchiv Ernst Iten

Shakehands mit einem britischen Officer, der von eurer Mission in Montevideo herreist. Damit verlässt du Argentinien nicht und die dauernde Präsenz durch einen Officer ist sichergestellt.» Erleichtert leerte mein britischer Kollege sein Bierglas, klopfte auf meine Schulter und bemerkte: «Fast wie in einem Westernfilm!» Darauf verschwand er. Am anderen Morgen um 6:00 Uhr fuhren zwei Lastwagen Richtung Uruguay los … Von Bern hörte ich, dass Staatssekretär Raymond Probst die Geschichte entzückt vernommen hatte.

Einschnürung der Inseln

Die englische Flotte fuhr trotz der intensiven diplomatischen Vermittlungsbemühungen mit Volldampf weiter Richtung Süden. Am 8. April erhielt ich von Bern eine Flash-Meldung. Es ging um die «maritime exclusion zone», die Ausschliessungszone von 200 Seemeilen um die Falklandinseln, die ab 4:00 Uhr *Greenwich mean time* am 12. April in Kraft treten sollte. Jedes argentinische Kriegsschiff, das sich ab jenem Datum in jener Zone aufhalte, laufe ernsthaft Gefahr, angegriffen zu werden. Ich überbrachte diese Meldung in Notenform dem Aussenministerium.

Die Argentinier erklärten mit einer Antwort-Note vom 9. April, dass unsere Mitteilung eine «Notifikation» bilde. Die entsprechende Resolution der UNO-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 qualifiziere eine solche Aus-

schliessungszone als aggressiven Akt, und dies unabhängig davon, ob es eine Kriegserklärung gebe oder nicht. Argentinien werde vom Recht der legitimen Selbstverteidigung im Sinne von Artikel 51 der UNO-Charta Gebrauch machen. Es war dies das erste Anzeichen, dass sich das Land neu als Opfer, als angegriffener Staat, ausgeben wollte.

Etwas später erhielten wir die Nachricht aus Bern mit der Haltung unserer Regierung. In einer Note vom 13. April teilten wir diese dem argentinischen Aussenministerium mit. Danach trat die Schweiz für eine friedliche Lösung der Kontroverse zwischen der Argentinischen Republik und dem Vereinigten Königreich ein. Unser Land enthalte sich jeder Aktion oder Sanktion, die sich gegen diese Lösung auswirken könnte, hiess es weiter.

Die Argentinier wollten der Welt beweisen, dass die Inselbewohner keine Gefangenen waren und frei ein- und ausreisen konnten. Am 21. April trafen am Flughafen Aeroparque von Buenos Aires mehrere Kelper ein. Zusammen mit dem britischen Kollegen empfing ich sie, bevor sie nach Montevideo weiterflogen. Sie erklärten uns, dass die Mehrzahl der zurückgebliebenen Bewohner sich ins Innere der Insel zurückgezogen habe.

Am 23. April übergab ich dem argentinischen Aussenministerium eine erklärende Note zur maritimen Ausschliessungszone. Der Inhalt wurde später publik gemacht. Im Wesentlichen ging es in der Präzisierung darum, dass sich die Briten vorbehielten, «to take whatever additional measures», um ihr Verteidigungsrecht im Sinne von Artikel 51 der UNO-Charta auszuüben. Dieser Text enthielt also eine Warnung, dass selbst ausserhalb der Ausschliessungszone argentinisches Militär, das eine Bedrohung für die britischen Streitkräfte darstellte, mit einer entsprechenden Reaktion rechnen müsse.

Ich brachte schliesslich am 28. April dem Aussenministerium die Note über die «total exclusion zone». Sie umfasste die gleichen 200 Seemeilen um die Inseln herum wie die maritime Ausschliessungszone. Jedes Schiff oder jedes Flugzeug, das in dieses Gebiet vordrang, konnte ohne vorherige Warnung beschossen werden.

Der Zweck dieser totalen Ausschliessungszone war offensichtlich: Die sich auf den Inseln befindenden argentinischen Truppen sollten isoliert und von jeglichem Nachschub abgeschnitten werden. Der Text kam mir deshalb wie eine Kriegserklärung vor, obwohl er es formell nicht war. Der Inhalt traf Buenos Aires hart. Ich fuhr an jenem Abend mit mehreren Argentiniern zum Fleischrestaurant Años locos, das am Río de la Plata in der Nähe des Flughafens Aeroparque lag. Auf dem Weg dorthin wurde ich ironisch gefragt, was ich als «malo de la película», als Bösewicht des Films, so alles für die Briten machte. Ich bat den Chauffeur, das Radio einzuschalten, und schon tönte es schrill aus dem Apparat, die Schweizer Botschaft habe soeben den Text zur totalen Ausschliessungszone überbracht. Am 30. April publizierte die Zeitung *Clarin* die ganze Note und schilderte, wie Argentiniens Botschafter bei der UNO, Edouardo Roca, in einem Text an den Sicherheitsrat diese totale Ausschliessungszone als neuen Akt der Aggression seitens Grossbritanniens qualifiziert hatte.

Ich überbrachte am 23. April dem argentinischen Aussenministerium noch eine weitere Note. Die britische Flotte führe zwei Spitalschiffe mit, die entsprechend gekennzeichnet seien. Ich gab sogar die genauen Koordinaten an, wo sie

121 sich aufhielten. Seitens der Argentinier herrschte Stille. Wie schon bei der maritimen Ausschliessungszone, als Buenos Aires erst 24 Stunden nach den Briten die eigene Ausschliessungszone bekannt gab, hinkten sie auch jetzt wieder hinterher. Nach drei Tagen musste ich auf Bitten der Engländer nachfragen, ob Argentinien nicht auch Spitalschiffe kennzeichnen wolle. Ich muss zugeben, dass mich die Notwendigkeit dieser erneuten Anfrage etwas erstaunte. In der Regel weist eine Kriegspartei die andere Seite nicht auf deren «Fürsorgepflicht» hin. Oder liess die Nachfrage etwas Schlimmes befürchten?

In jedem Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer. Unsere Botschaft, die einen delikaten Auftrag ausführte, spürte dies auch. Die Gemüter in Argentinien waren erhitzt, Gerüchte schwirrten herum, und Mücken wurden zu Elefanten. Unser Missionschef intervenierte am 27. April bei Botschafter Carlos Keller-Sarmiento, dem Chef des Departements für Westeuropa im Aussenministerium. Er erklärte ihm, dass die Schweiz es wegen ihrer Neutralität nicht akzeptieren könne, in offiziellen Dokumenten wegen ihres britischen Mandates verzerrt erwähnt zu werden. So habe die Militärjunta unser Land als «Quelle» von britischen Kommuniqués angegeben, deren Inhalt von der nationalen und internationalen Presse deformiert wiedergegeben worden sei.

Mandatsausweitung

Am 30. April erhielten wir von Bern ein Flash-Telex. Grossbritannien habe die Schweiz darum ersucht, auch die Schutzmachtfunktion im Sinne der Genfer Konventionen von 1949 zu übernehmen. Unser Bundespräsident habe dem per Präsidialverfügung zugestimmt. Grossbritannien gehe davon aus, dass Argentinien seinerseits Brasilien mit dem gleichen Mandat beauftragen werde. Bern verlangte von uns konkret, die argentinischen Behörden zu fragen, ob sie akzeptierten, unser Mandat auf die Anwendung der Genfer Konventionen auszudehnen, und ob sie Brasilien mit einer ähnlichen Aufgabe betrauten.

Der lakonische Text aus der Schweiz warf bei uns auf der Botschaft einige Fragen auf. Die Konsultation der einschlägigen Genfer Übereinkommen zeigte uns, dass die Aufgaben einer Schutzmacht nach diesen Konventionen sich auch auf besetzte Gebiete beziehen würden und wir für die Betreuung von Militärs wie Zivilisten zu sorgen hätten. Bevor wir die Argentinier angingen, wollten wir zunächst einige Dinge intern klären. Botschafter Bodmer bat mich, sofort ein Telex zu seiner Unterschrift zu verfassen. Am gleichen Tag fragten wir Bern in unserem Kabel, auf welche Gebiete und Personen das Mandat ausgedehnt werden solle. Sollten sich unsere Aufgaben auf die Malwinen beziehen, gälte es zu bedenken, dass Argentinien diese Inseln als eigenes und nicht als besetztes Land betrachtete. Würde das Mandat also auf die umstrittenen Gebiete ausgedehnt, gäben wir den Argentiniern damit zu verstehen, dass wir die britische Interpretation verträten, was kaum mit unserer Neutralität vereinbar wäre. Wir hätten heute vom hiesigen IKRK-Vertreter zudem erfahren, dass er an höchster Stelle in Buenos Aires interveniert und erreicht habe, dass sie auf der Grundlage des «Initiativrechts» der IKRK-Statuten die Malwinen besuchen dürften. Sie täten dies auf ausdrücklichen Wunsch der Briten. Sollten wir mit dem IKRK konkurrieren? Wir selbst

müssten ferner das politische Geschehen mitberücksichtigen. Argentinien habe gerade in der UNO die teilweise Annahme der Resolution 502 bekannt gegeben und alle internationalen Agenturen erwarteten stündlich die Stellungnahme der Junta, die eventuell zu einem Rückzug der argentinischen Truppen führen könne. Sollte dies zutreffen, würden wir mit unserem Ausdehnungsantrag ins Leere stossen und riskieren, später wegen unserer Interpretation der Inseln als «besetztes» Gebiet nicht mehr als neutral angesehen zu werden.

Botschafter Diez, Direktor der Völkerrechtsdirektion, antwortete uns am 1. Mai. Im Einvernehmen mit dem Staatssekretär und der Direktion für internationalen Organisationen könne er uns Folgendes mitteilen: Unser Zögern müsse auf einem Missverständnis beruhen. Die Schweiz trete mit oder ohne Schutzmachtmandat gemäss Artikel 1 der vier Genfer Konventionen immer für die Einhaltung der Regeln dieser Konventionen ein. Die Ausübung eines Schutzmachtmandates könne daher nie als neutralitätswidrig qualifiziert werden. Artikel 4 des Zusatzprotokolls 1 sehe Folgendes vor:

> Die Anwendung der Abkommen und dieses Protokolls sowie der Abschluss der darin vorgesehenen Übereinkünfte berühren nicht die Rechtsstellung der am Konflikt beteiligten Parteien. Die Besetzung eines Gebietes und die Anwendung der Abkommen und dieses Protokolls berühren nicht die Rechtsstellung des betroffenen Gebietes.

Die Bestellung einer Schutzmacht ergebe sich unmittelbar aus der Anwendung der Abkommen und beschere deshalb der Schutzmacht keine Neutralitätsprobleme, da sie zu den von uns aufgeworfenen Fragen gar nicht Stellung zu nehmen habe. Die Bestimmungen müssten insbesondere von den Streitkräften angewendet werden, «wo auch immer sie sich befinden». Bern stehe übrigens seit Beginn des Konfliktes mit dem IKRK in ständigem Kontakt, sodass das Komitee auch über die Mandatsausweitung orientiert würde. Diese Ausweitung könne durchaus parallel zu der auf anderer Rechtsgrundlage ausgeübten Tätigkeit des IKRK stehen. Direktor Diez ersuchte uns dringend, die Demarche gemäss Flash-Telex vom 30. April vorzunehmen und das Ergebnis zuhanden der britischen Regierung mitzuteilen.

Die Haltung Berns war klar und richtig. Wir hatten falschgelegen.

Noch am gleichen Tag gingen Daniel Dayer, der umsichtige erste Mitarbeiter der Botschaft, und ich ins Aussenministerium. Wir überbrachten Botschafter Keller-Sarmiento die Note zur Mandatsausweitung. Dieser war überrascht ob unserer Anfrage. Ihm zufolge war sie nicht nötig, da die Aufgaben durch das existierende Mandat im Sinne des Wiener Übereinkommens über die diplomatischen Beziehungen abgedeckt seien. Sie würden das Gesuch trotzdem prüfen, aber angesichts anderer Prioritäten sei nicht mit einer raschen Antwort zu rechnen.

Auf Wunsch der Briten sprach ich am 6. Mai erneut im Aussenministerium vor. Die Antwort war «vertröstend»: Die Experten wollten das Wochenende geniessen; vielleicht gebe es am Montag eine Antwort. Hingegen erklärte mein Gesprächspartner zur Frage der Vertretung des argentinischen Erweiterungsmandates durch Brasilien, dass es ihre Sache sei, wann und wem sie eine solchen Auftrag erteilten.

Wir bekamen nie eine Antwort zur Mandatsausweitung. Hingegen erhielt Brasilien einen solchen Auftrag von den Argentiniern …

123 Dieses britische Gesuch wegen der Mandatsausweitung zusammen mit den Angaben zu den Spitalschiffen zeigte, dass der bewaffnete Konflikt unmittelbar bevorstehen musste. Nur noch eine diplomatische Lösung in letzter Minute hätte ihn verhindern können.

Letzte Verhandlungsbemühungen und Eskalation

Wie oben erwähnt bemühte sich Belaúnde Terry, Perus Präsident, um eine diplomatische Lösung, die Anfang Mai nicht aussichtslos erschien. Meine Kollegen von der brasilianischen Botschaft meinten gar am Morgen des 2. Mai, dass die Argentinier das «Wichtigste» erreicht hätten, denn der Vorschlag Perus sehe vor, dass nebst den britischen auch argentinische Fahnen plus jene der UNO auf den Inseln flattern würden. Die *bandera* sei für die Porteños, wie die Einwohner von Buenos Aires genannt wurden, doch so wichtig … Präsident Galtieri, alles andere als ein Demokrat, antwortete Belaúnde Terry an jenem Morgen jedoch, dass er zuerst seinen «Senat» konsultieren müsse. Gemeint waren natürlich die zwei Chefs der Marine und Luftwaffe. Die erneute Verzögerung erwies sich als fatal. Am Nachmittag des 2. Mai torpedierte ein britisches Unterseeboot den argentinischen Kreuzer Belgrano. 323 argentinische Soldaten fanden in den eisigen Gewässern den Tod. Kein argentinisches Spitalschiff war zu Hilfe gekommen …

Die internationale Gemeinschaft reagierte erschrocken. Selbst in Grossbritannien wurde die Schwere des Angriffes von den Kriegsgegnern kritisiert, befand sich doch der Kreuzer Belgrano ausserhalb der Ausschliessungszone. Dieser Akt torpediere, so die Kritiker, eine Verhandlungslösung. Das Kriegskabinett in London erweiterte darauf formell die Ausschliessungszone bis auf zwölf Seemeilen vor der argentinischen Festlandküste. Das Versenken des Kreuzers Belgrano hatte für die Briten hingegen den Effekt, dass die argentinischen Kriegsschiffe nicht mehr in den Konflikt eingriffen und in ihren Basen auf dem Festland blieben.

Die militärische Reaktion Argentiniens kam schliesslich am 4. Mai, als ein Super-Étendard-Flugzeug eine Exocet-Rakete auf den britischen Zerstörer Sheffield abfeuerte. 20 britische Soldaten fanden den Tod, und das Schiff erlitt so starke Schäden, dass es aufgegeben wurde. Die argentinische Presse jubelte und berichtete darüber, als habe es wie beim Fussball ein eins zu eins gegeben (Belgrano gegen Sheffield!).

Diese Angriffe erschwerten weitere Verhandlungen. Trotzdem versuchte es der UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar. Aber auch seine Bemühungen führten zu keiner diplomatischen Lösung. Und die Zeit drängte, denn das Zeitfenster für eine Landung der britischen Truppen angesichts des nahenden (südlichen) Winters begann sich zu schliessen. Die Briten wie die Argentinier legten «letzte» Vorschläge auf den Tisch. Als Perez de Cuellar am 18. Mai die Version aus Buenos Aires studierte und eine Verhärtung der argentinischen Position feststellte, verstand er, dass seine Bemühungen gescheitert waren, denn London war nicht mehr zu neuen Konzessionen bereit.

Am 20. Mai landeten die britischen Truppen auf den Inseln. Die englische Rückgewinnung des Gebietes begann. Zwar gab es noch weitere Verhandlungen, doch es wurde immer klarer, dass die Regierung in London den Angreifer nicht

mit neuem Entgegenkommen belohnen wollte. Es bestand aber die Gefahr, dass Argentinien mit dem kommunistischen Lager sympathisieren könnte – ausgerechnet Argentinien, das seinen «schmutzigen» Krieg gegen die linke Unterwanderung geführt hatte. Den Amerikanern entging dieses «Flirten» mit den Kommunisten natürlich nicht.

Kapitulation und argentinische Erklärung der Gewaltanwendung

Am Abend des 14. Juni 1982 kapitulierten die Argentinier nach heftigen Kämpfen. General Mario Benjamín Menéndez, der seit dem 2. April auf den Inseln als Gouverneur amtete, unterzeichnete den Waffenstillstand.

Der Zufall wollte es, dass ich ausgerechnet an diesem Tage an einem Vortrag von Professor Raul Vinuesa teilnahm. Geladen hatte der Generalstaatsanwalt der Streitkräfte. Die Zuhörer waren meist ranghohe Militärs. Der Redner referierte über das Thema «Las Malvinas Argentinas und das internationale Recht». Es war klar, dass das Militärregime das Vorgehen vom 2. April juristisch geklärt haben wollte. Die Rechtfertigung der Gewaltanwendung leitete Vinuesa aus Argentiniens Souveränitätsanspruch ab, der nach fruchtlosen Verhandlungen mit Grossbritannien nicht anders zu verwirklichen gewesen sei. Der zweistündige Vortrag machte jedoch klar, dass sich der Redner auf gesicherterem Boden befand, solange er nur über die Souveränität sprach, und dass seine relativ kurz ausgefallene Erklärung zur Gewaltanwendung mehr einem Rechtfertigungsplädoyer glich. Das Gewaltverbot finde, so Vinuesa, seine klarste Formulierung in der UNO-Charta (Artikel 2, Ziffer 3 und 4). Die Ausnahmen bildeten die legitime Selbstverteidigung und die Anwendung der Massnahmen nach Kapitel VII der Charta. Nach Ziffer 4 von Artikel 2 hätten sich die Staaten der Androhung von Gewalt oder der Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates zu enthalten. Englands «territoriale» Integrität sei nicht berührt worden, da es sich bei den Malwinen um argentinisches Gebiet handle. Sie hätten auch Ziffer 3 von Artikel 2 befolgt, der vorsehe, dass bei Streitigkeiten der Verhandlungsweg zu beschreiten sei. «Kann man aber ewig verhandeln, wenn der andere sich weigert nachzugeben?», fragte Vinuesa rhetorisch.

Ich schickte am 17. Juni 1982 darüber einen Bericht nach Bern unter dem Titel: «Malwinen/Falklands: Im Reich des Gesetzes oder im Gesetz des Reiches?»

Rückführung der argentinischen Soldaten

Es waren noch nicht 24 Stunden seit dem Waffenstillstand vergangen, da erhielten wir von Bern das erste Flash-Telex. Die britische Regierung hielt darin Folgendes fest: Die Mehrheit des argentinischen Militärs würde sich vermutlich wünschen, schnell nach Hause zurückzukehren. Grossbritannien sei willens, so rasch wie möglich mit der Repatriierung zu beginnen. Voraussetzung sei jedoch, dass es einen definitiven Waffenstillstand zwischen den zwei Ländern gebe und Argentinien bereit sei, die Kriegsgefangenen und anderes Personal von den Falklandinseln und den abhängigen Gebieten (den sogenannten Dependencies, d. h. Südgeorgien und die südlichen Sandwichinseln) aufzunehmen. Die Rückführung mithilfe

125 von britischen oder anderen Schiffen sowie per Flugzeug solle direkt zu den argentinischen Häfen erfolgen. Die britische Regierung müsse aber die Zusicherung haben, dass diese Schiffe und Flugzeuge sicheres Geleit erhielten. Im Weiteren sei die britische Regierung bereit, nach Erhalt der definitiven Feuereinstellung die wirtschaftlichen Massnahmen und Ausschliessungszonen aufzugeben. Dies müsse umgekehrt auch für die argentinischen Massnahmen gelten, die gegen Grossbritannien erlassen worden waren. Gleichzeitig sei die britische Regierung bereit, jene Länder, die Restriktionen gegen Argentinien erlassen hätten, zu ersuchen, diese ihrerseits zu beenden. Sobald eine zustimmende Antwort zu diesen Vorschlägen vorliege, könnten detaillierte Vereinbarungen für die Rückführung des argentinischen Personals getroffen werden.

Ich übergab den Inhalt des Flash-Telex um 12:15 Uhr in Notenform Botschafter Keller-Sarmiento. Kaum zurück im Büro traf eine neue Flash-Meldung ein. Darin wurde der kritische Zustand der argentinischen Gefangen geschildert, der ein Grund zur Sorge sei. Die britische Regierung hoffe, dass im Zusammenhang mit der Repatriierung des argentinischen Personals die zeitnahe Freilassung von Fliegerleutnant C. und der drei Journalisten, die in Ushuaia festgehalten würden, ohne Verzögerung durchgeführt werden könne. Das Schiff Canberra habe im Hafen Carlos 2000 argentinische Gefangene an Bord genommen und fahre nun nach Port Stanley, um noch weitere Gefangene aufzunehmen. Die britische Regierung erwarte dringend eine Antwort der argentinischen Regierung auf ihre Vorschläge vom selben Morgen.

Die Engländer hofften sehr, so fuhr der Text fort, dass die Schweizer Regierung die Argentinier dazu bringen werde, ohne Verzögerung zu antworten. Dann folgte eine dramatische Schilderung des Gesundheitszustandes der argentinischen Soldaten. Die 15 000 Soldaten, die sich ergeben hätten, stellten den Kommandanten der Task Force, Rear Admiral Woodward, vor die Herausforderung eines umfassenden «disaster relief». Solange sie immer noch damit rechnen müssten, angegriffen zu werden, könnten sie nicht gleichzeitig für das physische Wohl der argentinischen Truppen sorgen.

Woodwards Schilderung erschien mir zu dramatisch, um der Sache dienlich zu sein, weshalb ich die Meldung mit Daniel Dayer besprach, bevor ich ins Aussenministerium lief. Er schlug vor, statt von «disaster relief» (Katastrophenhilfe) angesichts des bevorstehenden südlichen Winters von humanitären Problemen zu reden.

Ich brachte den ganzen Text darauf in Notenform umgehend ins Aussenministerium. Woodwards Kommentare formulierte ich hingegen zusätzlich mündlich so um, dass sie wie von Daniel Dayer angeregt auch bei den Argentiniern etwas bewirken könnten. Ich wies dazu auf die sich abzeichnenden humanitären Probleme hin, falls die Rückführung wegen des nahenden Winters sich zu lange hinauszögern sollte. Die Reaktion meines argentinischen Gesprächspartners J. zeigte mir, dass er diesen Hinweis verstand und ernst nahm.

Am folgenden Morgen erfuhr ich vom Chef der IKRK-Mission, warum sich die argentinische Antwort auf die britischen Anfragen verzögerte. Der Verantwortliche der Spezial-Arbeitsgruppe Malwinenkonflikt des Aussenministeriums, Botschafter Francisco José Pulit, habe ihm erläutert, Buenos Aires wolle nicht, dass

die argentinischen Soldaten als Kriegsgefangene qualifiziert würden, da dies einer Kapitulation gleichkäme. Die Junta wolle die Evakuierung der Truppen als «Rückzug» dargestellt wissen, so wie es die UNO-Resolution 502 vorsehe (sic!). Zudem seien die offiziellen Kreise verbittert, dass Premierministerin Thatcher im Parlament vorgetragen habe, es würden via das IKRK Vorkehrungen getroffen, um die Kriegsgefangenen zu repatriieren. Schwierigkeiten bereite der Junta auch die Forderung nach einer definitiven Feuereinstellung. Präsident Galtieri habe darum am vergangenen Abend um 21:30 Uhr in der Ansprache an das Volk verkündet, es gebe für Grossbritannien zwei Wege: Entweder akzeptierten die Briten, dass die Situation nicht mehr so sei wie vor dem 2. April. In diesem Falle könne verhandelt werden. Oder London wolle das koloniale Regime wieder herstellen. In diesem Falle gebe es keinen definitiven Frieden.

Mein Gesprächspartner vom IKRK erläuterte schliesslich, dass die offizielle Antwort auf die britischen Forderungen von der argentinischen Regierung gegen Mittag zu erwarten sei. Diese Informationen wurden umgehend um 10:40 Uhr per Flash in die Schweiz geschickt.

Die Reaktion aus Bern war überraschend. Staatssekretär Probst sandte postwendend ein dringendes Kabel an Botschafter Bodmer. Es gehe hier um eine «Staatsaffäre». Das bedinge, dass der Missionschef persönlich an höchster Stelle, eventuell sogar bei den Junta-Mitgliedern, vorspreche. Die Dienstebene des Chefs der britischen Interessensektion, der nur den Rang eines ersten Botschaftssekretärs bekleide, sei ungenügend.

Botschafter Bodmer reagierte umgehend und zählte in einem Kabel um 17:00 Uhr all die Interventionen auf, die ich hier aus meiner Perspektive wiedergebe:

Am 15. Juni hatte ich um 12:15 Uhr Botschafter Keller-Sarmiento die erste Note überbracht. Nach Erhalt des zweiten Flashs hatte ich um eine neue Unterredung mit Botschafter Keller-Sarmiento respektive Botschafter Pulit ersucht. Da beide Herren bei einer Konferenz weilten, trug ich die Anliegen Londons der rechten Hand von Botschafter Keller-Sarmiento (J.) vor. Dieser versprach, die beiden Botschafter nach ihrer Rückkehr umgehend zu informieren.

Um 14:15 Uhr kontaktierte ich J. erneut. Beide Botschafter waren zu diesem Zeitpunkt immer noch ausserhalb des Ministeriums und wurden nicht vor 16:00 Uhr zurückerwartet. Der Mitarbeiter bestätigte mir, dass der Entscheid über den Waffenstillstand bei der Junta liege, welche die Antwort noch prüfe. Um 15:30 Uhr überbrachte ich eine neue Note mit den letzten Informationen aus London. Gleichzeitig bat ich um ein Treffen zwischen Botschafter Bodmer und Vizeaussenminister Ros sowie Botschafter Keller-Sarmiento. Um 16:30 Uhr riefen die beiden Herren vom Aussenministerium unseren Missionschef an: Nach Ansicht der Junta dürfe auf keinen Fall ein britisches Schiff einen argentinischen Hafen anlaufen. Zudem seien die Infrastrukturen für die Aufnahme der Soldaten noch nicht bereit. Der Vorschlag der Briten werde als «cruel» (grausam) beurteilt. Sobald die Junta ihren Entscheid gefällt habe, werde die Schweizer Botschaft unverzüglich orientiert.

Botschafter Bodmer fuhr in seinem Kabel von 17.00 Uhr wie folgt weiter: Der Verlauf unserer Interventionen und die Argumente von Vizeaussenminister Ros und Keller-Sarmiento zeigten, dass es der argentinischen Regierung schwerfalle,

127 sich zu einem Entscheid durchzuringen. Er, Bodmer, sei besorgt über die innenpolitischen Folgen des englischen Verlangens.

Hinter den Kulissen bewegte sich daraufhin einiges. Wie wir später erfuhren, war Staatssekretär Probst äusserst erbost über unseren Missionschef. Wir auf der Botschaft führten das kontinuierliche Beharren der Briten auf die Premierministerin zurück. Sie wollte vor dem Parlament und dem Volk den Sieg verkünden, wozu sie die definitive Kapitulation der Argentinier brauchte. Zudem sollten die Inseln von den letzten Argentiniern «befreit» werden. Je länger die argentinische Antwort auf das britische Angebot dauerte, desto weniger dürfte die Premierministerin verstehen, dass die Generäle ihre Soldaten nicht mehr haben wollten … Gab es aber nur britische Interessen? Bern schien es sich leicht zu machen. Unsere Botschaft sollte wie gehabt die Noten überreichen, wobei bisher nie die Niveaufrage aufgetaucht war. Der «Laufbursche Iten» hatte dies wie seit Beginn des Mandates ja wiederholt getan. Wir in Buenos Aires sahen die Schwierigkeiten, die der Waffenstillstand den Argentiniern bereitete. Die Hurra-Stimmung im Volk hatte brüsk umgeschlagen, sodass die Generäle, die den Krieg verloren hatten, um ihren Kopf oder mindestens ihre Funktion bangen mussten. Wir versuchten einen gesichtswahrenden Mittelweg einzuschlagen, indem wir die Not der gefangenen Soldaten aus humanitären Gründen zu lindern suchten. Dies schien uns im Interesse der Schweiz und ihrer Tradition zu stehen. In der Folge übernahmen die Argentinier diese «humanitäre» Erklärung für die Rückführung der Soldaten gegenüber dem eigenen Volk.

Auch bei den Argentiniern liefen die Drähte heiss. Sie wechselten den «Kommunikationskanal» und liessen erkennen, dass es nicht nur um «englische» Interessen ging. Sie teilten nämlich ihre Reaktion auf die Fragen der Briten über die brasilianische Mission in London mit. Dies war ein klarer diplomatischer Wink, denn Brasilien vertrat ja die argentinischen Interessen. Wie erfuhren wir davon?

Am Morgen des 17. Juni erhielten wir von Bern die Nachricht, dass die argentinische Mission in der Bundesstadt unserem Departement eine Meldung zugestellt habe, die via die Brasilianer dem britischen Aussenministerium zur Kenntnis gebracht worden sei. Dem Inhalt entnahmen wir, dass die Argentinier sich flexibler zeigten als ursprünglich angegeben. Die Regierung in Buenos Aires war demnach bereit, in kürzester Zeit das argentinische Personal in Empfang zu nehmen, das noch auf den Malwinen war. Das Prozedere sollte das gleiche sein, das seit Beginn des Konfliktes angewandt worden war, und die argentinische Regierung äusserte in der Note die Hoffnung, dass die britische Regierung sich diesem Vorschlag anschliessen werde. Es handle sich um erprobte Kanäle, die mit der Zustimmung Uruguays und der Mithilfe des IKRK realisiert würden. (Die Soldaten sollten also nicht direkt aufs argentinische Festland zurückgebracht werden, sondern zuerst in Uruguay eintreffen.) Jede Forderung (*pretensión*) oder der Versuch, andere Konditionen aufzudrängen, die politischer Natur seien und nicht humanitären Zwecken dienten, sei für die argentinische Regierung nicht akzeptierbar. In einem solchen Fall sei die britische Regierung dafür verantwortlich, wenn das Schicksal von Tausenden von Personen zu politischen Zwecken missbraucht würde.

Kurz nach 12:00 Uhr an jenem 17. Juni erhielt unser Missionschef einen Anruf von Botschafter Keller-Sarmiento. Die Note, welche die argentinische Regierung

durch ihre Botschaft in Bern der Schweiz zur Kenntnis gebracht hätte, stelle die offizielle Antwort Argentiniens auf die britische Offerte zum Waffenstillstand dar. Botschafter Bodmer teilte dies umgehend der Zentrale mit.

Seitens der Zivilgesellschaft schaltete sich am gleichen Tag der Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel ein. Er hatte mich Anfang April das erste Mal aufgesucht und darum gebeten, dass ich bei den Briten interveniere, um einen Krieg zu verhindern. Diesmal überbrachte er mir Kopien seiner Telegramme, die er der Premierministerin sowie dem Unterhaus geschickt hatte und worin er die sofortige Befreiung der argentinischen «Kriegsgefangenen» forderte.

Gegen Abend des 17. Juni erhielten wir ein weiteres Flash-Telex, das sofort auf «höchstem Niveau» den Argentiniern zu unterbreiten sei. Die Briten beklagten sich darin, dass ihre Meldungen falsch verstanden worden seien. Der Zustand der argentinischen Soldaten sei so katastrophal, dass jede Verzögerung einer Missachtung der Gesundheit und des Wohlbefindens der eigenen Soldaten gleichkomme. Die beste Lösung sei eine Repatriierung über den Hafen von Comodoro Rivadavia. Der Weg über Uruguay sei zu umständlich und die Überfahrt dauere länger.

Botschafter Bodmer hielt es für nötig, vorher ein persönliches Kabel an Staatssekretär Probst zu schicken. Ich gehe hier auf seine allgemeinen Punkte ein, die er mit seinem ersten Mitarbeiter Daniel Dayer und mir vorgängig besprochen hatte. Aus der Sicht von Buenos Aires ging es um ein politisches Ringen. Einerseits sähen wir eine siegesbewusste britische Regierung, die mit harten Waffenstillstandsbedingungen aufzutreten wünsche. Dabei werde nicht erwähnt, dass London laut Genfer Konventionen die volle Verantwortung für die Gefangenen habe. Die dramatische Situation der argentinischen Soldaten auf den Inseln sei laut IKRK zum Glück weniger kritisch als von den Briten beschrieben. Anderseits sähen wir eine durch falsche Kriegsmeldungen, Eigenpropaganda und später durch die militärische Niederlage diskreditierte, uneinige Militärjunta, die um ihre Existenz kämpfe. Präsident Galtieri, der die von Gouverneur Menéndez in Puerto Argentino (Port Stanley) unterzeichnete Kapitulationsurkunde nur noch teilweise anerkenne, könnte die Annahme der in seinen Augen drakonischen britischen Offerte sehr wohl den Kopf kosten. Er spiele folglich auf Zeit und hoffe, dass die Engländer die Forderungen mildern könnten, wobei für ihn das Argument der Menschenleben kaum zu zählen scheine. Botschafter Bodmer berichtete weiter, dass General Noya, der Chef des Präsidentenkabinetts, ihm in einem Gespräch am vorangegangenen Abend (16. Juni) mitgeteilt habe, dass die Junta am 15. Juni bereit gewesen sei, die britische Offerte anzunehmen. Nach einer lautstarken Protestkundgebung auf der Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast habe Präsident Galtieri seine Zustimmung zurückgezogen. Die Situation sei zurzeit völlig festgefahren. Auch der Druck des Aussenministeriums, das unsere humanitären Ansichten teile, erscheine fruchtlos.

Wie von Bern verlangt, überbrachte Botschafter Bodmer am Abend des 17. Juni den Inhalt des letzten Flash-Telex aus Bern Vizeaussenminister Ros. Dieser bestätigte ihm, dass für britische Schiffe ein absolutes Verbot gelte, den argentinischen Kontinent zu berühren. Buenos Aires akzeptiere den englischen Vorschlag für einen definitiven Waffenstillstand nur, wenn erwähnt werde, dass Verhandlungen über die Souveränität der Inseln wieder aufgenommen würden.

129 Botschafter Bodmer fügte in seinem Bericht nach Bern weiter an, er habe von General Cerda, der für die Beziehungen zum IKRK zuständig war, erfahren, dass Uruguay einwillige, das britische Schiff Canberra in Montevideo anlegen zu lassen. Der dortige Hafen sei tief genug. Zudem habe Argentinien vor zwei Tagen die britischen Behörden über den brasilianischen Kanal ersucht, die argentinischen Spitalschiffe nach den Malwinen fahren zu lassen, um verletzte Soldaten auf den Kontinent bringen zu können. London habe bis dato nicht geantwortet. Schliesslich fügte Botschafter Bodmer an, dass Präsident Galtieri soeben seine Funktion als Chef des Heeres abgegeben habe. Es sei durchaus möglich, dass er in Bälde auch als Staatschef zurücktrete.

Effektiv verzichtete General Galtieri kurze Zeit später auf sein Amt als Präsident Argentiniens, und eine neue Regierung unter General Reynaldo Bignone wurde gebildet.

Am 19. Juni zeigte es sich, dass die Argentinier flexibler wurden. Buenos Aires erlaubte die direkte Repatriierung von argentinischen Soldaten auf den Schiffen Canberra und Norland. Aus «humanitären Gründen» dürften sie Puerto Madrin anlaufen. London seinerseits erlaubte zwei argentinischen Spitalschiffen, nach den Falklandinseln zu fahren.

Das persönliche Kabel von Botschafter Bodmer an Staatssekretär Probst wurde in Bern genau studiert. Ging die Schweiz bei den Interventionen zur Rückführung der gefangenen argentinischen Soldaten nicht über die Vertretung Fremder Interessen hinaus? Hatten wir die «Äquidistanz» zu beiden Streitparteien befolgt? In einer Notiz an Bundesrat Pierre Aubert vom 28. Juni hielt die Zentrale fest, dass die Schweiz nicht noch mehr Druck auf die argentinischen Behörden ausüben könne, ohne die strikte Befolgung des Mandates zu verletzen.

In einem weiteren Flash vom 2. Juli verlangten die Briten, dass der schweizerische Botschafter den (definitiven) Waffenstillstand erreichen solle, damit die letzten argentinischen Soldaten freikämen.

Was war geschehen? Die Engländer hielten eine Anzahl Offiziere zurück, um sich besser gegen allfällige argentinische Luftangriffe schützen zu können. Mit Kabel vom 6. Juli schilderte unser Missionschef die Reaktion von Buenos Aires. Wenn für die Briten der definitive Waffenstillstand und die Rückführung der letzten Gefangenen zusammenhingen, so trennten die Argentinier diese zwei Anliegen völlig. Die Erklärung des definitiven Waffenstillstandes bringe die Regierung von Buenos Aires um ihren letzten Trumpf, den sie noch in der Hand halte. Zudem erlaube der jetzige Schwebezustand, dass die Engländer ihre kostspielige Flotte nicht ohne Risiko reduzieren könnten. Mehr als eine De-facto-Waffenruhe liege nicht drin. Wir selbst müssten auf der Hut sein, nicht allzu grossen Druck auszuüben. Wir riskierten gegenüber der neuen argentinischen Regierung, unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren. Gebe es einen Ausweg? Der US-Botschafter habe ihm gesagt, dass Washington so schnell wie möglich normale Beziehungen zu Buenos Aires wolle. Dies würde erleichtert, wenn Argentinien den definitiven Waffenstillstand erklärte. Da die USA mehr Gewicht in London als in Buenos Aires hätten, wolle der US-Kollege das State Department darum bitten, dass die Briten ihre Forderungen herunterschraubten. Dies sei im Interesse der USA und der Schweiz.

Trotz des Schreibens von Botschafter Bodmer traf am 7. Juli eine weitere «Druckmeldung» der Briten wegen des Waffenstillstandes ein. Bern fand es nötig beizufügen, dass diese neue Intervention «unseren Interessen nicht entgegenlaufe». Unser Missionschef antworte kurz: Mehr als ein De-facto-Waffenstillstand könne laut Vizeaussenminister Ros nicht erwartet werden.

Am 8. Juli traf Botschafter Bodmer den neuen Aussenminister Aguirre Lanari. Auch er sprach von einer De-facto-Waffenruhe, die Argentinien befolge. Sein Land habe heute den letzten britischen Gefangenen, den Fliegerleutnant C., freigegeben, sodass es nun an London sei, die verbliebenen argentinischen Gefangenen freizulassen, wenn sie nicht die Regeln der Genfer Konventionen verletzen wollten.

Der britische Botschafter sprach am Tag darauf in Bern vor und dankte für den Einsatz unseres Missionschefs. Sie sähen den De-facto-Waffenstillstand und schlössen daraus, dass die aktive Feindschaft auf dieser Basis ende. Sie seien nun bereit, alle argentinischen Gefangenen freizulassen und über das IKRK die vereinbarten Arrangements umzusetzen.

Die Argentinier bestätigten mit einer Note vom 10. Juli an unsere Botschaft, dass sie den De-facto-Waffenstillstand einhielten und die letzten argentinischen Kriegsgefangenen mithilfe des IKRK im Hafen von Madryn erwarteten.

Brüchiges Ende des Konfliktes

Die Briten baten die Schweiz am 21. Juli, den Argentiniern Londons Position zum Kriegsende darzulegen, um «Missverständnisse» zu vermeiden. Premierministerin Thatcher erläuterte diese zudem einen Tag später im Parlament. Die britischen Streitkräfte hätten nach wie vor die Autorität, die Falklandinseln und die Dependencies zu verteidigen. Das Recht dazu beruhe auf Artikel 51 der UNO-Charta, der das Selbstverteidigungsrecht vorsehe. Die totale Ausschliessungszone vom 30. April werde aufgehoben. Es verbleibe trotzdem eine (reduzierte) Schutzzone von 150 Seemeilen um die Falklandinseln. Jedes argentinische Kriegsschiff oder Militärflugzeug, das in diese Zone eindringe, werde als feindlicher Versuch gewertet und entsprechend behandelt. Dasselbe gelte für die Dependencies. Zivile Schiffe und Flugzeuge aus Argentinien benötigten eine vorherige Zusage, wenn sie diese Zonen befahren wollten. Die britische Warnung vom 7. Mai gelte allerdings nicht mehr, wonach argentinische Kriegsschiffe und Militärflugzeuge als feindlich angesehen würden, sobald sie sich mehr als zwölf Seemeilen von der argentinischen Küste entfernten.

Am 23. Juli überbrachte ich den Inhalt dieser Erklärung in Notenform dem argentinischen Aussenministerium. Ich war also nicht nur der Überbringer der «Kriegserklärung», sondern auch der Bote der Ankündigung des Kriegsendes. Mein Gesprächspartner B., der den landesabwesenden Botschafter Keller-Sarmiento vertrat, erläuterte mir die argentinische Position zum «britischen» Kriegsende. Die Reduzierung der Ausschliessungszone sei völlig ungenügend. Mit solchen Schritten könne man Argentinien nicht ködern. Ebenso wenig genüge der Wunsch der Europäischen Gemeinschaft (inklusive Englands) nach einer Wiederaufnahme des Handels. Um ohne Weiteres zu einer Normalisierung der Be-

ziehungen zurückkehren zu können, sei zu viel Blut geflossen und die britische Reaktion seit dem 2. April sei zu brutal gewesen. Argentinien wolle politische Schritte und Gesten sehen. Obwohl sie wüssten, dass sie auf Dauer ohne normale Beziehungen zu Europa nicht weiterkämen, brauche dies Zeit. Das unilaterale Errichten von Zonen sei keine akzeptierbare Lösung. Diese dienten vielmehr der Besetzung und der kolonialen Präsenz. Ein effektiver Friede könne nur erreicht werden, wenn Grossbritannien mit Argentinien im Rahmen der UNO und der einschlägigen Resolutionen verhandle, damit es zu einer definitiven Lösung des Disputes komme.

Diese Reaktion der Argentinier ging noch am gleichen Tag per Telex nach Bern. Der Krieg war also nur für die Briten beendet, während Argentinien noch bis 1989 (Konferenz von Madrid) mit einer entsprechenden Erklärung zuwartete. Buenos Aires schaltete am 4. November 1982 schliesslich die UNO ein. Die Generalversammlung akzeptierte an jenem Tag die Resolution zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Grossbritannien und Argentinien zur Lösung des Disputes. Die USA hatten offenbar aus geostrategischen Überlegungen (kein weiteres Vordringen kommunistischer Einflussnahme) für diese Resolution gestimmt und damit der Regierung Thatcher einen Denkzettel verpasst.

Folgen des Konfliktes

Argentinien erlitt nach dem Krieg eine Identitätskrise. Das Land hatte sich bisher stolz als das Europa Lateinamerikas gesehen. Aber es war ausgerechnet ein europäisches, lange als Vorbild geltendes Land gewesen, das es nun blutig bekriegt hatte. Solidarität erhielt Argentinien vor allem von Lateinamerika und der Dritten Welt. Sollte der künftige Weg in diese Richtung gehen?

Das Land erlebte ferner eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, gepaart mit einer enormen Auslandverschuldung. Es erinnerte eine Zeit lang stark an das Deutschland von 1928. Im Gegensatz zu unserem nördlichen Nachbarn kam für Argentinien aber ein Gang in Richtung einer neuen Diktatur nicht infrage. Die Generäle waren durch ihren verlorenen Krieg und ihre schweren Menschenrechtsverletzungen seit 1976 diskreditiert und mussten gehen. Der Übergang zur Demokratie war trotzdem nicht leicht, denn die Parteien waren zerstritten und die Uniformierten drohten, erneut einzugreifen, wenn die Vergangenheit zu «rücksichtslos» aufgearbeitet würde. Dazu kam ein gesellschaftliches Problem der teilweisen Selbstüberschätzung des Individuums einerseits und des dumpfen Glaubens an die Allmacht und die Gaben der «von oben» anderseits. Die Erinnerung an die Geschenke von Evita Perón an die Bedürftigsten war noch zu präsent, und die peronistische Partei baute darauf. Der Philosoph und Schriftsteller Victor Masshuh beschrieb die Notwendigkeit eines Sinneswandels in seinem Büchlein «La Argentina como sentimiento» (Argentinien als Gefühl), das kurz nach dem Falklandkrieg erschien (Übersetzung von mir):

> Wenn der Mensch entdeckt, dass sein Widersacher eine Verlängerung seiner selbst ist, dass die einzige echte Führung jene ist, die er über seinen eigenen Willen und nicht über andere ausübt, wenn er überdies versteht, dass die Freiheit das von ihm selbst Geschaffene und nicht ein Geschenk anderer ist, in jenem Moment beginnt die Herrschaft der Demokratie.

Der Krieg hatte das Land nicht nur in eine Identitätskriese gestürzt und in eine desolate Lage gebracht, sondern vielen Familien Angehörige entrissen. Dieses Leid erlebte ich sehr direkt. Ich musste öfter bei den Briten intervenieren, weil Familienangehörige die Gräber ihrer toten Soldaten auf den Malwinen besuchen wollten.

Personalrotation

Das Diplomatenleben wird durch Versetzungen «rhythmisiert». Der Falklandkonflikt hatte einige Verschiebungen hinausgezögert. Umso rascher erfolgten die Versetzungen nach Kriegsende. Botschafter Bodmer wurde nach Rom versetzt. Jean-Pierre Keusch ersetzte ihn als Missionschef. Botschafter Bodmer hätte mich am liebsten nach Italien mitgenommen, doch hatte mich Bern zum neuen ersten Mitarbeiter in Buenos Aires ernannt, da Daniel Dayer als Missionschef nach Bogotá gesandt wurde. Als Verstärkung der Fremden Interessen (ich hatte nun eine Doppelfunktion) schickte die Zentrale Lorenzo Schnyder von Wartensee, der die neuen Aufgaben gut und schnell anging.

Erste Annäherung unter Raul Alfonsin

Am 30. Oktober 1983 wurde Raul Alfonsin mit 52 Prozent der Stimmen zum neuen, demokratischen Präsidenten gewählt. Er trat sein Amt am 10. Dezember 1983 an. Premierministerin Thatcher hatte einen persönlichen Brief an ihn verfasst, worin sie ihm zur Wahl gratulierte. Staatssekretär Probst flog eigens nach Buenos Aires, um den Brief dem frisch gewählten Staatschef zu übergeben und mögliche Schritte der Annäherung zwischen London und Argentinien auszuloten. Im Schreiben stand nämlich der von der Presse zitierte Satz der Premierministerin: «Where there is a will, there is a way.» Die argentinische Regierung war sich wie schon oben beschrieben bewusst, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu London auf längere Sicht unabwendbar war. Entsprechend positiv wurde das Signal Thatchers aufgenommen.

Zurück in Bern orientierte der Staatssekretär den britischen Botschafter und schickte uns seinen Bericht am 14. Dezember 1983. Das «zarte Pflänzlein» (so Probst) der Annäherung brauche Geduld. Die Briten wollten dabei «Schritt für Schritt» vorwärtskommen und dem Willen der Inselbewohner angemessen Rechnung tragen. Was mich in seinem Bericht persönlich überraschte, war die Wärme seines Dankes an die Botschaft. Nach den teils heftigen Meinungsverschiedenheiten war dies keine Selbstverständlichkeit. So schrieb Staatssekretär Probst dem Missionschef, dass er die Gelegenheit nutzen wolle, «euch und Herrn Iten samt euren Mitarbeitern nachmals herzlich für die perfekte Organisation, liebenswürdige Betreuung und vorzügliche Durchführung meiner Mission zu danken».

Direkter Wunsch Alfonsins an die Schweiz

Ich hatte bald wieder Gelegenheit, Präsident Alfonsin zu sehen. Wie üblich wurde das diplomatische Korps im Januar im Präsidentenpalast zum Neujahrsgruss

Abschiedsessen für Daniel Dayer und Gattin bei Helen Studer, der Gattin des Präsidenten der Föderation der Schweizer Vereine, José Studer, in Argentinien, 1983. Privatarchiv Ernst Iten

empfangen. Weil unser Missionschef abwesend war, vertrat ich die Schweiz bei dieser Gelegenheit als Geschäftsträger. In der Casa Rosada wurden zuerst die Botschafter ihrer Rangfolge entsprechend aufgerufen, um dem Präsidenten ihre Glückwünsche zu überbringen. Dann folgten die Geschäftsträger. Die Begrüssungen liefen zügig ab – bis zu meinem «Vorgänger», dem chilenischen Geschäftsträger Raul Schmidt. Es dauerte und dauerte, bis endlich ich als Nächster aufgerufen wurde. Nach den üblichen Glückwünschen hob der Präsident mir gegenüber an, wie viel ihm an normalen Beziehungen zu London liege. Er bat die Schweiz, ihm dabei zu helfen, was ich ihm (wie schon Staatssekretär Probst) erneut zusicherte.

Ich musste also künftig nicht mehr den Bösewicht spielen. Die Rolle hatte gewechselt … Beim anschliessenden Champagner im Saal nebenan kam Raul Schmidt auf mich zu: «Ich nehme an, dass der Präsident mit dir über die Malwinen und die Beziehungen zu London gesprochen hat.» Ich bejahte und fragte ihn meinerseits: «Und du, wurdest du wegen des Beagle-Streites und dessen erhoffter Beilegung angegangen?» Schmidt, den ich gut kannte, bejahte seinerseits.

Präsident Alfonsin, der immer gegen die militärische Besetzung der Malwinen gewesen war, wollte die internationale Isolation aufgeben, in die sein Land wegen des Falklandkrieges geraten war. Darum sollten all die territorialen Dispute möglichst rasch beigelegt werden. Dies würde es ihm erlauben, die Rolle der Militärs einzuschränken und die exorbitanten militärischen Kosten für die Ausrüstungen zu reduzieren oder mindestens nicht weiter zu erhöhen. Als Erstes sollte

der Beagle-Konflikt geregelt werden, der den Auftakt zur Rückgewinnung der Falklandinseln bilden konnte. Beim Beagle-Konflikt ging es um Gebietsansprüche zwischen Chile und Argentinien an der Südspitze des Kontinentes. 1978 war es deswegen beinahe zu einem Krieg gekommen, weil Argentinien das Urteil des gemeinsam bestimmten Tribunals als nichtig ansah. Papst Johannes Paul II. konnte daraufhin vermitteln. Chile vergass diese Krise aber nicht und unterstützte während des Falklandkrieges Grossbritannien. Das Land am Pazifik hatte auch Grund dazu, denn Präsident Galtieri hatte am 2. April 1982 auf der Plaza de Mayo der jubelnden Menge zugerufen, die Befreiung der Malwinen sei «der Beginn der Rückgewinnung unserer Souveränität über die Inseln im Süden» (sprich jener im Beagle-Kanal!). Die besten Truppen wurden darum entlang der chilenischen Grenze postiert, während nach den schwach verteidigten Falklandinseln mehrheitlich jüngere Soldaten entsandt wurden, was sich dann jedoch rächen sollte.

Berner Gespräche zur Lösung des Falklandkonfliktes

Wie oben angedeutet sahen die Briten eine schrittweise Annäherung zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor. Ganz pragmatisch wollten sie mit jenen Themen beginnen, die relativ rasch eine Einigung ermöglichen dürften. Unsere Botschaft erhielt schon am 13. Juni 1983 einen Brief von Bern, wonach London als Erstes Handels- und Finanzfragen in Angriff nehmen wollte. Zur Souveränität über die strittige Zone erklärte Premierministerin Thatcher hingegen am 14. Juli 1983 im Parlament, dass keine Gespräche mit Argentinien darüber geplant seien und sie auch keine Absicht habe, solche zu führen. Für die Briten war und blieb die Frage der De-jure-Einstellung der Feindseligkeiten einer der wichtigsten Punkte, wie ich als Geschäftsträger am 13. Juli an den Chef der Politischen Abteilung I des EDA schrieb.

Die Argentinier umgekehrt gingen von ganz anderen Prämissen aus.

Trotz der unterschiedlichen Ausgangspositionen ermunterten die Amerikaner die Briten, sich Gedanken über die künftigen Beziehungen mit Argentinien zu machen. Und die Schweiz? Wollte und konnte sie bei der Annäherung von Grossbritannien und Argentinien helfen, wie es Präsident Alfonsin gegenüber Staatssekretär Probst im Dezember 1983 und mir gegenüber am Neujahrsempfang von 1984 gewünscht hatte?

1984 wurde Edouard Brunner Staatssekretär. Er galt als einer der einfallsreichsten und gewandtesten Diplomaten unseres Departements. Seine Stärke war das Nischenbelegen im Ost-West-Konflikt, wobei er geschickt unsere Neutralität einsetzte. Wer ihm im Gang des Bundeshauses West begegnete, erhielt die Standardfrage: «Quoi de neuf?» Er konnte Neues aber auch selbst kreieren und dies sehr verschwiegen angehen. In seinem Buch «Lambris dorés et coulisses» schildert er seine Erinnerungen. Ein Kapitel ist Margaret Thatcher und Argentinien gewidmet und geht auf die oben gestellte Frage nach der Rolle der Schweiz bei der Annäherung ein. Kurz nach Brunners Amtsantritt besuchte ihn der britische Botschafter John Ernest Powell-Jones, um ihm den Wunsch Londons mitzuteilen, über die Schweiz zu sondieren, ob ein informelles Treffen mit Argentinien möglich sei. Das Verb sondieren bedeutet in der Diplomatensprache die geringste

Stufe der Kontaktsuche. Wie Brunner in seinem Buch schreibt, ging es um den Beginn der Normalisierung zwischen den zwei Ländern.

Die Anfrage war aufgrund der Dossiers keine Überraschung. Aber der erste Diplomat in Bern wollte etwas Besonderes daraus machen. Er nutzte hierbei die grosse Freiheit, die ihm Bundesrat Aubert liess.

Als Erstes kontaktierte Staatssekretär Brunner meinen Chef und unterbreitete ihm die Anfrage Londons. Es wurde schnell klar, dass Brunner diese Sondierung äusserst diskret behandelt wissen wollte. Entsprechend betrachtete Botschafter Keusch die ganze Angelegenheit als Chefsache. Die Diskretion galt offenbar auch für Bern, denn jedes Mal, wenn ein Telex von Buenos Aires geschickt wurde, musste unser Mitarbeiter über das Telefon das Telegrammbüro in Bern informieren, dass eine Meldung für Staatssekretär Brunner eintreffen werde. Niemand anderes als er sollte die Texte lesen. Die Diskretion ging so weit, dass nicht einmal unser Missionschef in London eingeschaltet wurde, um allfällige Zusatzinformationen seitens des FCO einzuholen (im Sinne eines Doppelchecks). Brunner selbst qualifizierte dieses Auslassen der Botschaft in London später als Irrtum.

War all diese Geheimnistuerei wegen einer Sondierung über den Schweizer Kanal nötig? Der Staatssekretär hatte offenbar Grösseres im Sinn. Er selbst schildert sein Szenario im zitierten Buch wie folgt: Die Delegationen der Briten und Argentinier planten im Juli in Bern Unterredungen, die er, Brunner, eröffnen wollte. Der brasilianische Botschafter Ricupero sollte ihn dabei unterstützen. Brasilien vertrat bekanntlich die argentinischen Interessen in London. Den Grund des Beiziehens von Missionschef Ricupero erwähnte Brunner später: Nach den ersten Gesprächen in Bern sollten die Diskussionen in einigen Monaten in Brasilien weitergeführt werden.

Die Ausgangspositionen der zwei Länder waren wie gesagt ganz unterschiedlich. Des Pudels Kern trat denn auch ein paar Tage vor Beginn der Berner Gespräche zutage: Buenos Aires wollte über die Souveränität der Malwinen sprechen, während die Briten dies strikt ablehnten. Powell-Jones wiederholte nach Rücksprache im FCO die ursprüngliche Anfrage Londons: Sie strebten nur die Normalisierung der Beziehungen an. Staatssekretär Brunner begriff jetzt – nach seinen eigenen Worten –, dass diese gegensätzlichen Positionen das Treffen gefährdeten. War die Situation zu retten? Er arbeitete mit levantinischer Flexibilität an einem Szenario, das für beide Seiten «stimmen» konnte. Die Lösung, die Brunner erarbeitete, sollte auf einer *ambiguité constructive* beruhen. Jede Seite würde in ihrer eigenen Sprache kommunizieren, ohne Übersetzer. Die Argentinier, angeführt von Botschafter Marcelo Delpech, der bereits das Beagle-Abkommen ausgehandelt hatte, würden beginnen und erwähnen, dass sie das Malwinen-Problem angehen müssten. Daraufhin würde die britische Seite erklären: «We are not prepared to discuss this issue.» Das englische Wort *prepared* war laut Brunner «genügend zweideutig», sodass jede Seite darunter das ihr Genehme verstehen konnte. Für die Argentinier durfte es bedeuten, dass die Briten noch nicht bereit seien, während die Vertreter Londons dies als «Nicht-haben-Wollen» verstehen konnten.

Ein pfiffiges Szenario! Aber die Rechnung wurde ohne die Wirtin gemacht. Premierministerin Thatcher hatte wie oben angedeutet schon am 14. Juli 1983 im Parlament erklärt, dass sie weder Gespräche über die Souveränität führe noch

gedenke, solche führen zu lassen. Die «Eiserne Lady» hatte ihre Haltung nicht geändert. Auf Geheiss Londons verlangte die britische Seite am 18. Juli 1984, dass ihr Statement ins Spanische übersetzt werde, damit es keine Zweideutigkeit wegen der Falklands gebe. Ein Mitglied der britischen Delegation übersetzte darum den Text in die Sprache von Cervantes. «Not prepared» bedeute nicht, dass sie «nicht vorbereitet» seien, es bedeute im Gegenteil, dass sie die Falklandfrage nicht besprochen haben wollten. Die Gespräche in Bern platzten.

Eine Lösung von Souveränitätskonflikten gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Diplomatie, und wenn wie im Falle der Falklandinseln/Malwinen viel Blut vergossen wurde (254 britische und 655 argentinische tote Soldaten), braucht es enorm viel Zeit, bis darüber – eventuell – wieder verhandelt werden kann. Grossbritannien fühlte sich als angegriffenes Land und ist bis heute nicht bereit, über die Souveränität der Inseln zu sprechen. Selbst imaginative Lösungen, wie sie mir Botschafter Marcelo Delpech 1985 aufzählte, nützten (bisher) nichts. Am 28. März jenes Jahres schickte ich Staatssekretär Brunner einen Brief darüber. Delpech erläuterte mir, dass sie intensiv Möglichkeiten studierten, mit den Briten ins Gespräch zu kommen. Sie wollten so offen wie möglich sein und das weiteste Spektrum analysieren wie *leaseback*, Souveränitätsübergabe mit einer Frist von bis zu 50 Jahren, doppelte Nationalität für die Inselbewohner und international abgesicherte Garantien. All dies stiess bei den Briten auf Granit. Als schliesslich die diplomatischen Beziehungen zwischen London und Buenos Aires 1990 wieder aufgenommen wurden, blieb die Souveränitätsfrage ausgeklammert.

Eine Bilanz

Ein Nichteingreifen der Briten hätte für Argentinien bedeutet, dass die Militärdiktatur weiterexistiert hätte und deren massive Menschenrechtsverbrechen nicht verfolgt worden wären. Zudem hätte sich die Konfliktgefahr mit Chile wegen der Beagle-Frage verstärkt.

In einen grösseren Rahmen gestellt – und ich klammere die allfällige Präzedenzwirkung für den Ost-West-Konflikt aus – war es für viele ein völlig absurder, unverständlicher Krieg. Konnte das allgemein anerkannte Verbot der Gewaltanwendung aber ohne Folgen gebrochen werden? Günther Gillessen, Historiker und Publizist, ging auf diesen «absurden» Krieg ein und publizierte am 24. Juni 1982 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Artikel dazu. So wie es 1939 falsch gewesen sei, zu fragen, ob man «für Danzig sterben» solle, so war es nach ihm verfehlt zu glauben, England habe um den Besitz einer fernen, fast wertlosen Inselgruppe gekämpft. Nach Gillessen ging es vielmehr um die Grundsatzfrage, «ob Gewalt ihre Beute behalten dürfe, wenn man Mittel besass, sie ihr zu entreissen».

VIII Erster Mitarbeiter in Buenos Aires (1983–1985)

Argentinien ist ein wunderbares Land, und die Menschen sind zuvorkommend, manchmal allerdings etwas vorlaut, wie es öfter bei Bewohnern von Staaten beobachtet werden kann, die in Randlagen von Kontinenten leben. Das Land ist flächenmässig so gross wie Indien, hatte aber damals weniger als 30 Millionen Einwohner. In der Wirtschaft dominierte nebst dem Agrarsektor (Fleisch und Getreide) die Rohstoffausbeutung (Erdöl und Gas). Die verarbeitende Industrie genoss lange Vorteile durch die Politik der Importsubstitution. Im Grossraum Buenos Aires mit seinen rund neun Millionen Bewohnern gehörte der Dienstleistungssektor zur hauptsächlichsten Erwerbsquelle. Argentinien war nach Brasilien der zweitwichtigste Handelspartner unseres Landes in Lateinamerika. Bis 1977, als Buenos Aires grosse ausländische Investitionen auf dem Energiesektor zuliess, war die Schweiz hinter den USA der zweitgrösste Auslandinvestor, rutschte in den 80er-Jahren dann aber auf den sechsten Platz ab.

Grosse Schweizer Kolonie

Knapp 12 000 Auslandschweizer lebten in Argentinien. Das Land galt lange als ein wichtiges Einwanderungsgebiet. Vor allem im 19. Jahrhundert suchten viele Schweizer hier eine Lebensgrundlage. Ein paar wenige unserer Landsleute kamen aber schon zur Zeit der spanischen Herrschaft nach Argentinien, darunter der Jesuit Martin Schmid aus Zug, der die Guarani in der Provinz Misiones in der Nähe der spektakulären Iguazu-Wasserfälle unterrichtete. Noch heute können die Ruinen der jesuitischen Gebäude und Kirchen in jener Provinz bestaunt werden.

Unter den Auslandschweizern figurierten illustre Familien wie die Alemann, welche die deutschsprachige Zeitung *Argentinisches Tagblatt* herausgaben. Zur Zeit der Militärdiktatur war Roberto Alemann Wirtschaftsminister. Prominent vertreten waren auch Tessiner Familien, etwa die Soldati. 1908 gründete Francisco Soldati im Süden von Buenos Aires ein Dorf und gab ihm den Namen seiner Heimatstadt. Lugano ist heute nach Palermo der grösste Stadtbezirk der argentinischen Kapitale.

Im Bereich der Kultur sei an die Dichterin Alfonsina Storni erinnert. Sie wurde 1892 im Kanton Tessin (Sala Capriasca) geboren. Alfonsina war nicht nur Poetin der modernistischen Strömung, sondern auch Professorin und kämpfte für die Frauenrechte. «Mundo de siete pozos» wird von vielen Kritikern als ihr bestes Buch gewertet. Einer ihrer berühmten Sätze lautete: «Tienes un deseo: morir. Y una esperanza: no morir» (Du hast einen Wunsch: zu sterben. Und eine Hoffnung: nicht zu sterben). Dieses widersprüchliche Gefühl hatte sich bei ihr nach ihrer Brustkrebs-Diagnose verstärkt. Sie zog sich mehr und mehr zurück und

Im Gespräch mit Bundesrat Pierre Aubert bei dessen Besuch in Argentinien am 4. Oktober 1984. Privatarchiv Ernst Iten

wählte schliesslich 1938 den Freitod. Mercedes Sosa mit ihrer unvergleichlichen Stimme besang ihren Tod im Lied «Alfonsina y el mar».

Skizze der Situation während der Regierungszeit von Präsident Alfonsin

Wirtschaftlich wie aussenpolitisch schlug der Präsident 1984 neue Wege ein. Die ökonomisch-finanziellen Schwierigkeiten (zeitweise kannte das Land eine Hyperinflation), die sich durch den Falklandkrieg verschärft hatten, zwangen ihn zu einschneidenden Massnahmen. Alfonsin stellte das traditionelle Agrarland Argentinien vor neue Herausforderungen. Er schlug den Weg der Marktöffnung ein und liberalisierte die Importe. Dies führte zu einer teilweisen Deindustrialisierung und einer verstärkten Arbeitslosenzahl.

Aussenpolitisch suchte der Präsident nicht zuletzt wegen der Aussenschuld eine Annäherung an die USA und Westeuropa, wobei es ihm nebst der Verschuldensfrage auch um den Markzugang ging. Der Falklandkonflikt wirkte sich aber nach wie vor belastend aus, da Argentinien sich weiterhin weigerte, die definitive Feuereinstellung offiziell zu erklären.

Die Kriegserfahrung lehrte Argentinien, sich stärker in der lateinamerikanischen Region zu integrieren. Die militärische und wirtschaftliche Rivalität zu Brasilien und Chile wurde beigelegt.

Die Demokratisierung des Landes hatte zu Beginn der Amtszeit von Alfonsin gute Chancen. Die wirtschaftlichen Probleme waren jedoch zu gross, und die alten Übel wie Korruption und die zu starke Abhängigkeit des Staates von präsidialen Entscheiden führten zu einer Ernüchterung.

Wegen des chronischen Zahlungsbilanzdefizites war es für die schweizerischen Exporte unerlässlich, Kreditlinien offen zu halten. Mehrere unserer Banken hatten sich darum gemeinsam bemüht, Darlehen an Käufer schweizerischer Ausrüstungsgüter zu erleichtern. Am 8. Juni 1984 unterschrieb ich als Geschäftsträger mit Aussenminister Dante Caputo einen Notenaustausch, der die 1967 erstmals geschlossene Kreditlinie von ursprünglich 50 Millionen Franken verlängerte.

Reger Besucherstrom aus der Schweiz

Nach dem Falklandkrieg kamen nicht nur viele Geschäftsleute nach Argentinien. Auch das offizielle Bern meldete fleissig Besuche an. Staatsekretär Probst, der wie erwähnt zur Amtseinsetzung von Präsident Alfonsin nach Buenos Aires gereist war, machte den Anfang. Ihm folgten Bundesrat Aubert, der wie immer ein kleines, schwarzes Ledermäppchen unter den linken Arm geklemmt hatte, und der kommende Staatssekretär Franz Blankart vom BAWI. Ich hatte mit ihm eine aufschlussreiche Diskussion über meiner Karriere: Er empfahl mir, unbedingt einmal einen multilateralen Posten anzunehmen, und wollte in Bern diesbezüglich vorstellig werden. Blankart schaute also nicht nur auf die Qualität der Arbeit eines Diplomaten, sondern zeigte sich auch interessiert an dessen beruflicher Weiterbildung. Ich habe ihm dies hoch angerechnet, denn für ihn war ich nicht nur eine Nummer. Als Letzter kam 1985 Staatssekretär Brunner.

Interessante Begegnungen

Ich ging öfter am Mittag mit Kollegen der Botschaft in ein nahe gelegenes Restaurant. Das Fleisch war vorzüglich, der Wein kräftig und unsere Stimmen entsprechend laut. Wir waren so vertieft in unsere Gespräche, dass wir nicht näher hinschauten, als eines Tages gestützt auf einen Stock und begleitet von einer Dame ein älterer Herr in dieses Restaurant kam und sich an den Tisch neben uns setzte. Wir lenkten unsere Aufmerksamkeit erst auf ihn, als uns dieser betagte, gebrechliche Herr fragte, ob wir Schweizer seien? Nach unserer Bestätigung begann er das Lied «Roulez tambours» von Henri-Frédéric Amiel zu singen. Tränen benetzten seine Augen. Wir waren gerührt. «Ihr müsst wissen, ich verehre die Schweiz», fügte er am Schluss bei. Der ältere Herr war der Schriftsteller und Dichter Jorge Luis Borges. Unsere Kulturbeauftragte Lise Favre spann die Kontakte zu ihm weiter. Sie sammelte Beiträge für eine Sonderausgabe über die Kultur der Schweiz in der Zeitschrift *Lyra.* Borges zeigte sich grosszügig und verfasste eigens ein Gedicht mit dem Titel «Los conjurados» (Die Verschwörer). Er legte sein ganzes Herzblut in diesen Text hinein. Hier der Anfang: «En el centro de Europa están conspirando. El hecho data de 1291.» Der Schluss des Gedichtes enthält eine typische Wendung von Borges: «En el centro de Europa, en las tierras altas de Europa, crece una torre de razón y de firme fe.

Mit dem Abfahrtsteam der schweizerischen Skinationalmannschaft in Bariloche (Argentinien) im August 1983. Privatarchiv Ernst Iten

Los cantones ahora son veintidós. El de Ginebra, el último, es una de mis patrias. Mañana serán todo el planeta. Acaso lo que digo no es verdadero, ojalá sea profético.»[1] Borges verstarb drei Jahre später in jenem «Vaterland», in dem er sich in seiner Jugendzeit so wohlgefühlt hatte.

Im August kam jeweils das Abfahrtsteam der schweizerischen Skinationalmannschaft nach Argentinien, um sich im südlichen Winter für die kommende Saison vorzubereiten. Mein guter Freund Käslin, welcher der grösste Fleischexporteur in die Schweiz war, unterstützte die «Nati» finanziell bei ihrem Argentinien-Training. Er lud mich für ein Wochenende nach Bariloche ein. Da waren sie nun, die Medaillengewinner der Weltmeisterschaften und der Olympischen Spiele. Ich durfte mit ihnen trainieren, besser gesagt es wagen, gemeinsam die Kurven im hohen Tempo zu nehmen. Die Stars machten grosse Augen, als ein frecher Diplomat auf seinen Ski den steilen Hang hinunterflitzte und – nicht stürzte! Ich lud alle nach ihrem Trainingsaufenthalt zu einem Cocktail bei mir in Buenos Aires ein. Ich bewahre die vergrösserte Fotografie mit den Unterschriften all der Könner heute noch auf.

---

1 Übersetzung beider Zitate: «Im Zentrum Europas konspirieren sie. Das Ganze datiert von 1291. […] Im Zentrum Europas, in den Höhen Europas, wächst ein Turm von Vernunft und festem Glauben. 22 zählen jetzt die Kantone. Jener Genfs, der letzte, ist eines meiner Vaterländer. Morgen werden sie den ganzen Planeten bilden. Aber vielleicht sind meine Worte nicht wahr, aber hoffentlich sind sie prophetisch.»

150 Jahre Beziehungen zwischen der Schweiz und Argentinien

1984 feierten wir 150 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Schweiz und Argentinien. Botschafter Keusch bat jeden von uns, etwas beizusteuern. Ich verfasste einen kleinen historischen Abriss auf Spanisch: «Hace 150 años» (Es war vor 150 Jahren). 1834 hatte die Tagsatzung als oberstes Organ der Schweiz beschlossen, in Buenos Aires ein kommerzielles Konsulat zu eröffnen, und das Direktorium der Konföderation schickte durch unseren Geschäftsträger in Paris eine Note mit der Bitte um das übliche Exequatur an den Aussenminister der Estados Unidos del Río de la Plata, wie Argentinien damals hiess.

Die Schweizervereine erarbeiteten eine aufschlussreiche, bunte Revue zum Ereignis. Den Hauptanlass bildeten die Vorführungen des Ballet du Grand Théâtre de Genève im berühmten Opernhaus von Buenos Aires, im Teatro Colón. Zur Première erschien Präsident Alfonsin mit seiner Gattin. Unser Botschafter und seine Gemahlin nahmen neben ihm in der Präsidentenloge Platz. Gespielt respektive getanzt wurde Tango von Araiz-Stampone. Die Verbindung unserer zwei Länder hätte nicht glücklicher dargestellt werden können.

Tragische Ereignisse

In Argentinien, das so weit entfernt von Europa liegt, quasi «am Ende der Welt», erlebte ich aber auch die Kehrseite des diplomatischen Lebens. Weit weg von zu Hause erreichten mich traurige Nachrichten. Mein Bruder Peter rief mich am 1. Januar 1983 kurz vor Mittag an. Ich freute mich, dass er daran dachte, mir zum neuen Jahr zu gratulieren. Der wahre Grund war ein anderer: Heute Morgen sei unser Vater an einem Herzinfarkt gestorben. Ich war wie erschlagen. Er hatte schon 1977 eine erste Attacke erlitten und konnte mich darum nicht in Bogotá besuchen, das auf 2600 m. ü. M. liegt. In Buenos Aires auf Meeresniveau war dagegen ein Besuch kein Problem. Ich hatte ihn und meine Mutter eingeladen und ihnen das Flugbillett geschickt. Die Ankunft war für Ende Januar vorgesehen. Stattdessen war ich es nun, der unverzüglich in die Schweiz flog, zur Beerdigung.

Mit meinem Bruder einigten wir uns darauf, dass es das Beste für unsere Mutter sei, etwas Abstand vom Tode unseres Vaters zu gewinnen. Sie sollte in Peters Begleitung wie vorgesehen Ende Januar reisen, also genau 30 Tage nach dem Tod ihres Gatten. Ich wartete ungeduldig auf die Ankunft und stellte ein volles Programm zusammen, darunter den Besuch auf einer Estancia, wie die grossen Landgüter genannt werden. Sie gehörte der Familie Studer. José Studer war Präsident der Föderation der Schweizervereine und betrieb eine Textilindustrie, die Damenstrümpfe herstellte. Seine Gattin Helen war Historikerin. Ihre Estancia Silvaplana lag 190 Kilometer westlich von Buenos Aires. Das Landgut diente der Viehzucht. Drei Tage nach der Ankunft meiner Mutter fuhren wir gut gelaunt zu dieser Estancia. Wunderbar die Weite, die frei weidenden Rinder der Rasse Aberdeen, alles umgeben von der sommerlichen Wärme. Der Hausherr lud uns zu einer Besichtigungstour ein. Peter und ich ritten zu Pferde, während unsere Mutter mit José Studer in einer kleineren Kutsche folgte. Einzelne Zäune sperrten riesige Wiesen ab, auf denen die Tiere grasten und neugierig den Kopf hoben, als

Als Gaucho auf der Estancia Silvaplana, 190 Kilometer westlich von Buenos Aires (Argentinien), Januar 1983. Privatarchiv Ernst Iten

wir an ihnen vorüberzogen. Peter und ich genossen den Ritt im Stile der Gauchos und unsere Mutter hörte aufmerksam unserem Gastgeber zu, der ihr die Arbeiten auf seiner Estancia erklärte. Bei einem Abzäunungstor stieg er von der Kutsche, um das Gatter zu öffnen. Peter und ich ritten voraus. Als das Pferd, das die Kutsche zog, den offenen Weg sah, begann es immer schneller zu laufen, obwohl meine Mutter die Zügel anzog. Wir alle riefen ihr zu, die Zügel noch fester an sich zu ziehen. Nichts zu machen! Das Gespann raste weiter und streifte einen Zaun. Der Wagen überschlug sich, und unsere Mutter flog durch die Luft. Vom Pferd gesprungen lief ich sofort zu ihr. Sie lebte noch, hatte aber unglaubliche Schmerzen. Ich setzte mich auf den Boden und nahm sie auf meinen Schoss. «Mich nur nicht bewegen», hauchte sie, die sonst so tapfere, alles ertragende Mutter. Ich hielt mich so ruhig wie möglich, streichelte ihren Kopf und sprach leise zu ihr. Das Wichtigste sei, dass sie noch lebe; die Ärzte würden ihr sicher helfen. Effektiv kam wenig später ein Spitalauto. Unsere Mutter wurde vorsichtig in den Wagen gehoben und ins Krankenhaus gebracht. Sie hatte mehrere Rippen gebrochen; eine hatte sogar ihre Lunge verletzt. Der Unfall, darin waren sich Peter und ich einig, würde unsere Mutter sicher einige Lebensjahre kosten.

Diese familiären Dramen stimmten mich nachdenklich, und ich erlitt eine Midlife-Crisis. Ich hinterfragte meine Existenz, das menschliche Bemühen generell, und hatte mehr Fragen als Antworten. «Nel mezzo del cammin di nostra vita, mi ritrovai per una selva oscura …», wie es in Dantes «Göttlicher Komödie» heisst.

143

Ein Lichtblick

Am 19. August 1985 erhielt ich von Bern ein Telex. Ich würde im Oktober als Botschaftsrat nach Paris an die OECD versetzt werden. Ich war froh und traurig zugleich. Froh, dass ich näher nach Hause kam, traurig, weil ich es liebte, in Argentinien zu sein, und die offenen Menschen schätzen gelernt hatte, die das Leben – ob traurig oder glücklich – wie im Tango mit eleganten Drehungen meisterten.

IX Bei der Schweizer OECD-Delegation in Paris (1985–1987)

Dank des gewichtigen Wortes des künftigen Staatssekretärs Franz Blankart wurde ich im Oktober 1985 nach Paris an die schweizerische Delegation bei der OECD versetzt. Ein gewaltiger Wechsel! Nach Jahren in der «Peripherie», das heisst im rein ausführenden Teil unserer Einsätze, lernte ich nun die andere Seite der Diplomatie kennen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bildete eine Plattform für ihre Mitgliedstaaten für Diskussionen, Überprüfungen und Verbesserungen ihrer Politiken. Die offiziellen Sprachen waren Englisch und Französisch. Bern verlangte von uns, dass wir in der Landessprache, also auf Französisch, kommunizierten. Die OECD hatte ihren Sitz im Schloss La Muette im 16. Arrondissement von Paris. Sie entstand 1961 aus der Organisation für europäische Zusammenarbeit, die für die Umsetzung des Marshallplanes nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen war. Der Zweck der OECD bestand laut ihrem Gründungsakt darin,

1. zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung, hoher Beschäftigung und einem steigenden Lebensstandard in ihren Mitgliedstaaten beizutragen;
2. in ihren Mitgliedstaaten und Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum zu fördern;
3. zu einer Ausweitung des Welthandels auf multilateraler Basis beizutragen.

Der Rat war das oberste Entscheidungsgremium der OECD und setzte sich aus je einem Vertreter der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission (EK) zusammen. Als ich in Paris arbeitete, zählte die Organisation 23 Mitgliedländer plus die EK. Der Rat tagte regelmässig unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der OECD auf Botschafterebene. Dazu kamen High Level Meetings. Einmal pro Jahr trat der Rat auch auf dem Niveau der Minister zusammen und legte das Arbeitsprogramm fest. Die Beschlüsse bei der OECD wurden im Konsens gefasst. Ein Land konnte sich seiner Stimme enthalten, sodass es den betreffenden Beschluss nicht anwenden musste. Der Gruppenzwang war jedoch nicht zu unterschätzen. Unser Land erfuhr dies zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis und dem internationalen Informationsaustausch in Steuersachen.

Nebst dem Rat müssen die Ausschüsse und das Sekretariat erwähnt werden. Die Ausschüsse beschäftigen sich mit den ihnen zugeteilten spezifischen Aufgaben. Ich werde weiter unten auf meine Arbeitsbereiche eingehen. Das Sekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs führte die Arbeiten der Organisation aus.

Die OECD war eine «rein» wirtschaftliche Organisation, was der Schweiz erlaubte, 1961 Gründungsmitglied zu sein. Ich habe im Abschnitt über die Diploma-

tenschule bereits erwähnt, dass diese saubere Trennung von Politik und Ökonomie in der Praxis nicht existiert. Beim nachstehenden Thema über die Entwicklungshilfe, genauer über die Arbeiten des Development Assistance Committee (DAC), wird sich deutlich zeigen, wie verquickt Politik und Wirtschaft sind und waren.

Vorstellungen des Missionschefs über die OECD und unsere Aufgaben

Am 30. Oktober 1985, also rund zwei Wochen nach meinem Arbeitsbeginn, nahm mich der Missionschef in den Rat mit. Botschafter Jean Zwahlen galt als ein führender Kopf unserer Diplomatie. Er pflegte eine calvinistische Disziplin, verlangte viel von seinen Mitarbeitern und von sich selbst. Er war ein brillanter Intellektueller. 1988 wurde er Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank. Mein Chef erläuterte mir nach der Ratssitzung sein Verständnis der OECD und das Verhältnis zu Bern. Als Thinktank sei die Organisation ein Forum, das unserer Regierung helfe, Entscheidungen zu treffen. Es sei essenziell, dass die stark mit dem Ausland verflochtene Schweiz bei der OECD aktiv mitmache, denn vieles sprenge den nationalen Rahmen. Wichtige Regelungen würden heute multilateral getroffen, und unser Land sei darin oft nicht involviert, wie etwa bei der EG (der Europäischen Gemeinschaft) oder den Gipfeltreffen der G7, der sieben wichtigsten Industriestaaten. Die OECD kanalisiere nun quasi als Vorläufer Ideen und Vorschläge für andere Organisationen wie die zwei erwähnten Gruppierungen. So habe sie enge Kontakte zu den «Sherpas» (den Vorbereitern) der G7. Die Schweiz könne daher über die OECD ihre Haltung erklären und so indirekt die Vorschläge mitgestalten. Das bedinge umgekehrt, dass wir unsere Ideen und Positionen einbrächten. Das Gewicht der Ideen sei nicht proportional zur Grösse des Staates. Als kleines Land müssten wir uns verglichen mit den grossen Ländern überproportional anstrengen, um gehört zu werden. Wichtig sei, dass wir Alliierte fänden. Enge Kontakte zur Zentrale seien entscheidend, und wir dürften uns nicht scheuen, Bern auf Tendenzen hinzuweisen, die später zu Beschlüssen gegen unsere Interessen führen oder Alleingänge provozieren könnten.

Die schweizerische Delegation bei der OECD zählte sieben Diplomaten und zehn weitere Angestellte. Die Büros waren (und sind immer noch) an der Rue Martignac Nr. 28 untergebracht, in einem Hôtel particulier, das einst dem Kunsthändler Ambroise Vollard gehört hatte. Die Suite Vollard von Picasso erinnert immer noch an ihn. Jeder Diplomat hatte ein spezielles Pflichtenheft. Ich erhielt die Dossiers über die Entwicklungszusammenarbeit, die Beziehungen im Nord-Süd-Verhältnis, Rohstoffangelegenheiten und die Verschuldungsfragen, die damals nicht zuletzt Lateinamerika betrafen. Der Anfang war schwierig für mich, und ich wurde von der Arbeit förmlich überschwemmt. Es gab zu viele Sitzungen in der «Muette» (wie wir den Sitz der Organisation kurz betitelten), ganze Berge von Dokumenten und zu wenig Zeit für die Einführung. Selbst wenn mein Aufgabenkreis mir nicht unbekannt war, so zeigte es sich doch, dass der multilaterale Ansatz eigene Wege und für Neulinge zunächst eine kaum verständliche Sprache mit ihren oft indirekten Andeutungen und Abkürzungen kannte. Zur Arbeit gesellten sich die üblichen Umtriebe eines Neuangekommenen wie die Wohnungssuche oder der Aufbau eines Beziehungsnetzes.

147

Vorausschauende OECD

Die vielschichtigen Gebiete und die Anzahl der Mitarbeiter erforderten einen wöchentlichen Informationsaustausch unter uns. Es gab ferner Ad-hoc-Sitzungen mit wichtigen Teilnehmern aus Bern, z. B. vor den Ministerratstreffen. Aus dem Themenkreis dieser *staff meetings* möchte ich ein Gebiet herausgreifen, das nicht zu meinem Pflichtenheft gehörte, aber aufzeigt, welche «vorlaufenden» Diskussionen bei der OECD geführt wurden. Viele Mitgliedstaaten, insbesondere die grossen Agrarproduzenten wie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, plädierten für eine Liberalisierung des Agrarhandels. Die Schweiz gehörte zusammen mit Japan (Reisproduktion) zu den grössten Protektionisten auf dem Landwirtschaftssektor. Wie wappnete sich unser Land vor der neuen Liberalisierungsrunde? Bern war sich bewusst, dass ein blosses «Niet» nicht weiterführen konnte. Unsere Vertreter plädierten geschickt mit der Sonderrolle der Agrarwirtschaft in der Schweiz. Es sei schwer verständlich, wenn alle Länder und alle Produkte über einen Leisten geschlagen würden. Die Produktionskosten für eine Tonne Weizen z. B. in Anbaugebieten mit steilen Abhängen wie in unserem Land seien nicht vergleichbar mit den Produktionskosten in den weiten, ebenen Flächen grosser Agrarexporteure. Zudem eigne der Landwirtschaft in der Schweiz eine Schutzfunktion. Bergweiden, die im Herbst nicht geschnitten oder von Kühen abgefressen würden, erhöhten die Lawinengefahr, Schnee rutsche nämlich leichter über flachgedrückte Grashalme als über Grasstoppel. Die finanzielle Existenz unserer «Landschaftsgärtner» könne darum nicht dem Freihandel zuliebe geopfert werden. Sonderregelungen seien vorzusehen. Die Mitgliedländer akzeptierten schliesslich, dass es «Spezifitäten» gab, die Ausnahmen von der generellen Liberalisierung im Umgang mit Agrarprodukten erlaubten. Ungefähr zwei Jahre später diskutierte unser Parlament die neuen Fragen über die Liberalisierung des Agrarhandels. Selbstverständlich war es nicht das erste Mal, und es sollte auch nicht das letzte Mal sein, dass unsere Räte darüber debattierten. Wichtige Weichenstellungen für diese Runde der Liberalisierung des Agrarhandels waren aber von unseren Vertretern in Paris vorgenommen und von den anderen Ländern akzeptiert worden.

Wie vorausschauend diese «angewandte Universität» war, zeigte noch deutlicher das Symposium zum 25-jährigen Bestehen der OECD. Jacques Lesourne, Wirtschaftsprofessor, agierte als Hauptberichterstatter. Er leitete aus den Debatten verschiedene Tendenzen für die Welt ab. Ich gehe auf deren zwei ein, die uns heute noch beschäftigen: auf die Bevölkerungsentwicklung und den technologischen Fortschritt.

Die demografische Tendenz der Alterung der Bevölkerung der OECD-Staaten, so Lesournes Tenor, werde sich weiter beschleunigen. Gleichzeitig kenne die Dritte Welt ein starkes Bevölkerungswachstum. Diese heterogenen Tendenzen stellten einen der besorgniserregendsten Aspekte der globalen Entwicklung dar. Die Regierungen der entwickelten Staaten wie der Entwicklungsländer hätten darum politische und wirtschaftliche Probleme zu lösen, die sich aus den grossen Migrationsströmen ergäben, welche sich innerhalb der Entwicklungsländer, zwischen den Staaten der Dritten Welt und zwischen diesen und den Industriestaaten ab-

spielten. Diese Ströme würden mitunter fremdenfeindliche Reaktionen auslösen. Die Regierungen sollten sich deshalb anstrengen, die Konsequenzen der Migrationsflüsse so harmonisch wie möglich zu gestalten.

Die raschen technologischen Fortschritte stellten nicht zuletzt die europäischen Regierungen vor neue Herausforderungen. Welche Haltung würden diese Staaten einnehmen, wenn sie die Schwierigkeiten feststellten, die sich im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge wegen der technologischen Transformationen ergäben? Er liess die Frage offen.

Angesichts der beherrschenden Stellung der Konzerne aus dem Silicon Valley wie Google oder Microsoft und Firmen aus China wie Huawei muss (aus heutiger Sicht) leider festgestellt werden, dass Europa nicht zu den primären Entwicklern solcher Technologien gehört. Lesourne hatte richtig gesehen, die europäischen Länder aber haben den Anschluss verpasst.

Im Folgenden möchte ich auf zwei Aufgabenbereiche aus meinem Pflichtenheft näher eingehen: die Arbeit in der Nord-Süd-Gruppe und mein Einsatz im Entwicklungskomitee (DAC).

Arbeitsbereich Nord-Süd-Gruppe

Die Nord-Süd-Gruppe stellte das Hauptforum der OECD für die umfassende Analyse der Interdependenz mit den Entwicklungsländern dar. Die Gruppe wurde 1979 während der «Globalthesen» geschaffen, ging aber zu meiner Zeit mehr in pragmatischer, konkreter Weise vor und sicherte die horizontale, intersektorielle Koordination der OECD-Tätigkeiten mit der Dritten Welt. Inhaltlich behandelte sie die wirtschaftliche Interdependenz mit den Entwicklungsländern, und im Hinblick auf die Konferenzen der UNCTAD (UNO-Organ für Handel und Entwicklung mit Sitz in Genf) war sie das Arbeits- und Vorbereitungsforum für die sogenannte B-Gruppe, d. h. die Gruppe der westlichen Industrieländer.

Ich sah meine Aufgabe darin, vor den Treffen der Nord-Süd-Gruppe die essenziellen Themen und Aspekte herauszufiltern und wo möglich die Folgerungen für die Schweiz aufzuzeigen.

Es gab damals zwei grosse Schwerpunkte: Einerseits ging es um die sogenannte Sogwirkung, wonach das Wachstum im Norden nützlich sei für das Wachstum im Süden, anderseits beschäftigte die Schuldenkrise die Nord-Süd-Gruppe.

Zur Sogwirkung verfasste ich nach Gesprächen mit den Spezialisten der OECD am 10. Juni 1986 einen Bericht an Botschafter Eric Röthlisberger vom BAWI in Bern. Er leitete jeweils unsere Nord-Süd-Delegation in Paris. Der «Transmissionsriemeneffekt» werde im neuen Nord-Süd-Dokument weniger optimistisch gesehen als bei der OECD-Ministertagung, denn materiell betrachtet gebe es laut Gesprächspartnern keine gleichbleibende Sogwirkung mehr zwischen importierten Kapitalgütern aus dem Norden und den exportierten Rohmaterialien aus dem Süden. Die technologische Entwicklung lockere diese engen Bande. So würden z. B. zur Produktion von 25 Kilogramm Glasfaserkabel nur noch fünf Prozent der Energie verbraucht, die für eine Tonne Kupferdrähte notwendig sei, wobei die Glasfaserkabel gleich viele Kommunikationskanäle bedienten wie die entsprechende Menge an Kupferdrähten.

149 Welche Auswegmöglichkeiten sahen die Spezialisten der OECD für die Entwicklungsländer? Um nicht weiter zurückzufallen, stehe die von den Industrieländern unterstützte Politik der zunehmenden Verarbeitung von Rohstoffen in den Förderländern im Vordergrund. Es gebe dabei zwei grosse Strategien: jene der Importsubstitution Lateinamerikas und jene der exportorientierten Länder des Fernen Ostens. Die Entwicklung zeige, dass Erstere weniger erfolgreich sei als die ausfuhrorientierte Politik. Strukturell sei die Substitutionswirtschaft Lateinamerikas weitgehend auf Devisen-Ersparnisse ausgerichtet, während die asiatische Version devisenerbringend angelegt sei. Dies erkläre zum Teil die hohe Verschuldung Lateinamerikas. Ein weiterer positiver Effekt der exportorientierten Wirtschaft sei, dass sie weniger von Preisschwankungen betroffen sei als eine rohstofforientierte Politik, wie sie z. B. Subsahara-Afrika kenne. Diese groben Raster zeigten, dass es eine zunehmende Differenzierung innerhalb der Dritten Welt gebe. Die Entwicklungsländer müssten darum immer mehr unter regionalen und einkommensmässigen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die «Regionalisierung» gebe es nicht nur im Süden, sie habe ihr Pendant auch in den Industriestaaten. Erste Zahlen deuteten darauf hin, dass die drei grossen Wirtschaftsmächte USA, Japan und die EG in den letzten zwei, drei Jahren verstärkt ihre «Präferenzzonen» pflegten: die Vereinigten Staaten mit Lateinamerika, Japan mit Asien. Und Europa? «Unsere» Zonen seien das stagnierende Afrika im Süden, der krisengeschüttelte Nahe Osten und der COMECON an den Ostgrenzen.

Der zweite Bereich betraf die Verschuldungskrise. Die hohen Zinsen und die schwere globale Rezession brachten viele Entwicklungsländer in Bedrängnis. 1982 stellte Mexiko seinen Schuldendienst ein. Es kam zur Verschuldungskrise, da noch weitere Länder wie Brasilien und Argentinien sich in einem Liquiditätsengpass befanden. Der US-Finanzminister James Baker unterbreitete im Oktober 1985 bei der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen seinen Plan zum Abbau der Auslandverschuldung für anfänglich 15 Staaten in Amerika, Afrika und Europa (Jugoslawien). Damit diese Staaten wieder zu Wachstum kämen, sollten sie:

- den Handel liberalisieren;
- eine Lockerung der Politiken bezüglich ausländischer Investitionen vorsehen;
- die Reform der staatlichen Unternehmen einschliesslich deren Privatisierung vorantreiben.

Dieser Plan half. In einer Notiz an Botschafter Zwahlen vom 6. März 1987 hielt ich u. a. fest, dass der Baker-Plan seine Gültigkeit behalte. Wie könne aber das angestrebte Wachstum erreicht werden? Da in absehbarer Zeit nicht mit Mittelzuwüchsen zu rechnen sei, bleibe die Möglichkeit des verstärkten Handelsverkehrs. Das globale Wachstum der Weltwirtschaft sei aber ungenügend, um als alleinige Massnahme die Verschuldung entscheidend zu entschärfen. Es gelte daher, sich Spezialmassnahmen zu überlegen wie z. B. eine Spezialfazilität für Strukturanpassungen. Der Handel sei ein dynamischer Faktor. Agierten die wichtigen multilateralen Akteure dabei kongruent? Offenbar nicht: Während nach der GATT-Strategie ein wachsender Welthandel mithelfen solle, die Verschuldung zu entschärfen, verlange der Internationale Währungsfonds (IWF) seiner Funktion

nach, dass die verschuldeten Entwicklungsländer ausgeglichenere Zahlungsbilanzen hätten, was eine Drosselung der Importe bedinge und aufgrund der restriktiven Budgetpolitik Investitionen hemme. Am Schluss kam ich auf unsere Stossrichtung zu sprechen: Diese müsse sich sowohl an die Entwicklungsländer als auch an uns selbst richten: an die Entwicklungsländer gemäss Baker-Plan und an uns im Sinne einer längerfristigen, gesamtwirtschaftlichen Strategie unter Einschluss der öffentlichen und privaten Hand. Damit solle vermieden werden, dass ganze Kontinente von uns abgekoppelt würden oder sich radikalisierten.

In einem längeren Schreiben vom 26. Mai 1987 an die Zentrale (u. a. an die Staatssekretäre Blankart vom BAWI und Brunner vom EDA) sowie an ausgewählte Aussenposten gab ich einen Ausblick auf das Nord-Süd-Verhältnis unter dem Gesichtspunkt der Verschuldungskrise und präzisierte einige Aspekte der vorherigen Notiz.

Wir seien daran gewöhnt, von der Dritten Welt nur schlechte Nachrichten zu hören, sodass sich daraus Klischees zu verdichten drohten. Einer der «Aufhänger» in diesem Zusammenhang sei die Verschuldung, die geradezu ein Synonym für ganze Kontinente sei. Wie verhalte es sich wirklich? Mehr als zwei Drittel der Menschen in der Dritten Welt hätten in den letzten zehn Jahren keine Probleme mit der Aussenschuld gehabt. Dies heisse nicht, dass sie keine Schwierigkeiten gehabt hätten, aber es seien eben andere Sorgen gewesen. Diese zwei Drittel lebten in Asien, und es gehörten Millionen armer bis ärmster Menschen dazu, z. B. in China und Indien. Probleme mit der Verschuldung kannten und kennten dagegen Subsahara-Afrika und Lateinamerika. Letztere Region bündele 40 Prozent der gesamten «Verschuldungsmilliarden» auf sich. Welche Konsequenzen habe dies für uns? Wir selbst und noch mehr die G77 (die Gruppe der Entwicklungsländer) «globalisierten» zu schnell, schlügen alles über einen Leisten. Es sei angezeigt, den Akzent stärker auf die Differenzierung zu legen, und zwar nicht wegen des strategischen Hintergedankens des *divide et impera,* sondern um von Tatsachen auszugehen und die bei uns verbreitete ewige Schwarzmalerei zu vermeiden. Nicht alles Geld, das wir in die Entwicklungsländer schickten, sei verloren. Es gebe Erfolgsmeldungen. Wer trage die Verantwortung bei der Aussenschuld? Die Antwort sei komplex. Die Privatbanken trügen einen Teil der Verantwortung. Die grosse Geldvergabe an gewisse Regionen der Dritten Welt lasse sich auf das Ende der 60er-Jahre zurückdatieren, auf den Beginn der Eurodollars. Die Finanzflüsse akzentuierten sich ab 1973 wegen der Petrodollars. Wichtige Gründe für dieses Geldvergeben lägen in den hohen Rohstoffpreisen (Stichwort Erdöl) und den dreimal höheren Spreads, welche die Drittweltstaaten bezahlen müssten (statt 0,7 Prozent seien es zwei bis zweieinhalb Prozent).

Die Finanzflüsse müssten aber ebenfalls unter dem Aspekt des «Recycling-Prozess» gesehen werden, den unsere Regierungen nach dem Erdölschock von 1973 förderten. Auch dabei gelte es zu differenzieren. Rund 60 Prozent der Gelder seien zwischen 1976 und 1982 in Entwicklungsländer gegangen, die kein Erdöl einführten. Insbesondere grosse Schuldner wie Argentinien (Selbstversorger) oder Erdölexportstaaten wie Mexiko und Venezuela hätten diese Geldflüsse weitgehend für den internen Budgetausgleich genutzt. Enorm seien die Fluchtgelder. Laut Weltbank sei die Kapitalflucht etwa bei Venezuela zwischen 1979 und 1982

grösser als der Kapitalzufluss gewesen, nämlich 22 Milliarden Fluchtgelder gegenüber 16,1 Milliarden Zuflüssen!

Die Verschuldungsszene sollte in den makroökonomischen Rahmen eingebettet werden. Wenn die OECD-Länder ein Wachstum von zweieinhalb Prozent erreichten, sei die Verschuldungsquote der Entwicklungsländer «manageable». Sollte es zu weniger Wachstum kommen oder gar eine Rezession eintreten, seien ernsthafte Störungen zu erwarten.

Eine besondere Rolle spielte laut meinen Gesprächen mit den Spezialisten der OECD Japan. Jener Staat sei das Überschussland *par excellence.* Ähnlich wie heute China geriet Japan damals unter Druck. Tokio wurde gar von zwei Seiten bedrängt, weil sowohl die USA als auch die EG die Importe erschwerten. Welche Auswegmöglichkeiten boten sich Japan an? Es stünden zwei im Vordergrund, hielt ich in meinem Schreiben fest: eine Steigerung der Binnennachfrage und forcierte Exporte Richtung Dritte Welt. Sei Japan aber gewillt, die Binnennachfrage effektiv zu steigern? Das «alte» Szenario seit dem Zweiten Weltkrieg habe aus einer bipolaren Welt bestanden: hier der effiziente, nicht frugale Westen, da der wenig effiziente, frugale Ostblock. Solange die kapitalistischen Staaten ihre Dynamik hätten beibehalten können, hätten sie vom stagnierenden COMECON wenig zu befürchten gehabt. Die USA als Führungsmacht des Westens blieben unbestritten. Der Aufstieg Japans zur zweiten Weltwirtschaftsmacht habe jedoch eine grosse Unbekannte ins Spiel gebracht, da Nippon einerseits die westliche Effizienz beherrschte, anderseits nach wie vor eine frugale, wenig konsumintensive Binnennachfrage habe. Gelänge es Japan, den auf das Land ausgeübten Druck genauso gut zu verkraften wie die vorhergehenden Erdölschocks, sei ein Herausfordern der Vereinigten Staaten nicht ausgeschlossen. Alles deute aber darauf hin, dass sich Japan verstärkt auf den asiatischen Raum konzentriere. Diese Regionalisierung (die ich schon oben unter dem Stichwort der Sogwirkung erwähnte) widerspreche aber in Geist und Taten dem offenen Welthandelssystem, wie es die Schweiz vertrete. Der Uruguay-Runde des GATT stünden deshalb noch harte Proben bevor, so meine Prognose.

Arbeitsbereich DAC (Development Assistance Committee)

Für den Besuch von Botschafter Mario Corti, damals Delegierter für Handelsverträge und später der letzte Verwaltungsratspräsident der SAirGroup (Swissair), verfasste ich eine Gesprächsnotiz zum DAC. Der Gast hatte vorgängig nach der Bedeutung der OECD für unser Land gefragt. In meiner Stellungnahme hielt ich fest:

> Die Rolle des DAC für die Schweiz kann am besten aus dem historischen Kontext heraus gewürdigt werden. Als Land ohne koloniale Vergangenheit, aber überzeugt, dass ein kriegsverschonter Staat solidarisch mit der Aussenwelt leben muss, von der er umgekehrt zum grossen Teil abhängt, galt es, eine entsprechende Politik zu formulieren. Wie sollte diese Politik umgesetzt werden? Es gab in der Schweiz zwar Leute mit praktischen Kenntnissen von Entwicklungsländern, wie die neuen Staaten der Dritten Welt nach dem Zweiten Weltkrieg genannt wurden, doch handelte es sich nicht um Regierungsbeamte, sondern um Private (Missionare und Mitglieder weltlicher Hilfsorganisationen). Es ging also für Bern darum, nebst dem Ausformulieren einer Entwicklungshilfepolitik den entsprechenden Verwaltungsapparat aufzubauen. Die Erfahrungen anderer Länder waren für uns diesbezüglich äusserst nützlich. Die wichtigste Staaten-Gebergruppe war und ist im DAC vertreten. Dieser Ausschuss der OECD unterstützte die

Schweiz beim Aufbau ihres Entwicklungshilfeprogrammes in nicht zu unterschätzender Weise. Das DAC umgekehrt kam damit seiner Aufgabe nach. Es war für die Hilfsmanager und die Hilfsagenturen der Mitgliedländer geschaffen worden, die ihre Erfahrungen austauschen und das Prinzip eines gerechten Burden sharings vertreten sollten.
Heute geht es für uns wie für die übrigen, älteren Mitgliedstaaten darum, die gemeinsamen Entwicklungsbestrebungen zu fördern und die von den teilnehmenden Ländern verfolgte Politik auszuwerten. Quantität und Qualität (Effizienz) der Hilfen sind die beiden Hauptaufgabenkreise der Analysen des DAC. Die vom Komitee geführte Statistik ist zudem die wichtigste Informationsquelle über die finanziellen Leistungen an die Entwicklungsländer (EL). Der Ausschuss ist gleichzeitig der positive Ausweis der reichen Industrieländer gegenüber den ärmeren Staaten der Dritten Welt. Für die OECD als solche bildet er eine ‹Pforte› zu den Nichtmitgliedländern.

Zu den grossen Aufgaben des DAC gehörten insbesondere die regelmässigen Länderexamen. Die Diskussionen im Komitee waren oft deutlich kritischer als die anschliessenden Pressekommuniqués. Je zwei verschiedene «Examinatoren» leiteten jeweils die Befragungen ein. Wie die ausgewählten nachstehenden Berichte zeigen sollen, widerspiegelte die Vergabe der öffentlichen Entwicklungshilfegelder (ODA) politische und historische Kriterien. Abgesehen vom Examen über unser Land vertrat ich die Schweiz jeweils allein im DAC.

Länderexamen Schweiz

Mitte März 1986 war die Reihe an Bern. Den Bericht zum jeweiligen «DAC-Examen» der Schweiz kommentierte unsere Presse ausführlich, sodass ich mich hier kurzfassen kann. Das Komitee lobte die Qualität, bedauerte hingegen die zu geringe Quantität der Hilfsflüsse. Die Schweiz gab und gibt ja weit weniger als die von den Geberländern angestrebten 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP). Wir waren allerdings nicht die Einzigen, die diese Zielvorgabe nicht erreichten. Der Vorsitzende des DAC, der Amerikaner Joseph Weeler, fasste die Diskussion über unser Programm wie folgt zusammen: «Es ist ein Diamant, aber leider ein kleiner.» Der Leiter der Schweizer Delegation bei unserem Länderexamen war der eigens von Bern angereiste Vizedirektor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Jean-François Giovannini. Auf meinen Rat hin begann er seine Einführung mit dem Hinweis auf die wenige Tage zuvor per Volksentscheid abgelehnte UNO-Mitgliedschaft der Schweiz. Dies war nötig, denn ich hatte kritische Fragen von Kollegen beantworten müssen und wir riskierten, dass sie erneut gestellt würden. Eine proaktive, «autoritative» Stellungnahme aus Bern war sinnvoll. Vizedirektor Giovannini hielt darum fest, dass trotz der Ablehnung der UNO-Mitgliedschaft durch das Volk die schweizerische Solidarität und Zusammenarbeit mit der Dritten Welt sowie mit multilateralen Organisationen wie der OECD fortgesetzt würden.

Länderexamen Frankreich

Eine Entwicklungspolitik kann auf verschiedenen Kriterien aufgebaut sein. Die «reinste» Form ist jene, die sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Entwicklungsländer ausrichtet und dabei das Pro-Kopf-Einkommen als Hauptdifferenzierungsmerkmal nimmt. Andere Vorgehensweisen richten sich eher nach traditionellen geografischen Gesichtspunkten, was häufig der Beibehaltung von

Unterwegs mit Joseph Wheeler und dessen Frau auf dem Männlichen oberhalb von Wengen im Berner Oberland am 17. Oktober 1986. Begleitet wurden wir von Vizedirektor Jean-François Giovannini (ganz rechts). Privatarchiv Ernst Iten

Präferenzzonen gleichkommt. Frankreich pflegte damals eine typische Politik der Bevorzugung seiner ehemaligen Kolonialgebiete. Diese engen Bande wurden in der Öffentlichkeit oft abwertend unter dem Stichwort «Françafrique» kritisiert. Ein Entwicklungsprogramm, das sich an bevorzugte Zonen richtet, löst Effekte aus. So bewirkt es augenfällig die Dominanz eines Hauptgebers und schafft als Kehrseite der Medaille eine Abhängigkeit. Intellektuelle in Frankreich und im französischsprachigen Afrika charakterisierten diese Politik darum manchmal als «Neokolonialismus». Frankreich war leider nicht das einzige Land, das eine Entwicklungspolitik für bevorzugte «traditionelle» Gebiete kannte. Der ehemaligen Kolonialmacht war aber zugutezuhalten, dass sie durch grosszügige ODA-Flüsse vergangene Versäumnisse wiedergutmachen wollte.

Die bilateralen Gelder der Geberstaaten wurden bei fast allen Industrieländern durch drei Kanäle gepumpt: Geschenke, Darlehen und Mischkredite. Das französische Programm liess in der Regel aber Geschenke und Darlehen nur für die DOM/TOM (Überseegebiete) und die unabhängigen frankophonen Staaten zu. Alle anderen Entwicklungsländer erhielten nur Mischkredite. Dabei spielte es keine Rolle, ob es sich um einen Staat der oberen Einkommenskategorie wie Brasilien oder um ein wenig entwickeltes Land (Fachausdruck: LLDC) wie Bangladesch handelte. Es gab zugegeben Differenzierungen. Je nach Einkommensklasse war das Geschenkelement bei diesen Mischkrediten grösser oder kleiner. Auf Frankreich entfielen 52 Prozent sämtlicher Mischkredite aller DAC-Länder. Ein solche Politik

setzte sich der Kritik aus: Für die einkommensschwachen Staaten stellte sie eine inadäquate Hilfe dar, für fortgeschrittene Länder bestand das Risiko der missbräuchlichen Markteroberung. Darum musste man sich bei einer solchen Entwicklungshilfe fragen, ob sie nicht gegen das offene Welthandelssystem verstosse, dem alle GATT-Staaten verpflichtet waren.

Nachdem im letzten Examen die Konditionen der Mischkredite analysiert worden waren, konzentrierten sich die Teilnehmer diesmal auf die Entwicklungskriterien und deren Evaluation. Das Ganze blieb weitgehend bei schönen Worten. Auf die pfiffige Frage des australischen Vertreters, ob Frankreich, das sich seiner entwicklungspolitischen Ausrichtung der Mischkredite rühmte, Fälle anführen könnte, in denen Paris Begehren abgelehnt hatte, weil sie eher den Handel als die Entwicklung förderten, konnte kein konkreter Fall zitiert werden. Ein System zur Evaluation gab es noch nicht.

Am 21. Mai 1985 sandte ich den Bericht zu diesem Länderexamen an die zuständigen Stellen der Zentrale und an ausgewählte Aussenposten. Die USA und die Schweiz (in meiner Person) waren die Examinatoren gewesen.

Länderexamen Grossbritannien

Grossbritannien war die andere ehemalige koloniale Grossmacht. Die Schwerpunkte der Diskussionen bezogen sich auf die Volumenfrage, die Flexibilität des Hilfsprogramms und die Unterstützung für die abhängigen Gebiete.

Der Vertreter Londons, Sir Crispin Tickell, Permanent Secretary der Overseas Development Administration, ritt mit kristallklaren bis bissigen Worten eine Breitseite gegen die ihm offenbar lästige Volumenfrage. Die Entwicklungshilfe sei nur ein Teil der generellen Beziehungen zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt und nicht einmal der wichtigste. Bei der Festsetzung des Volumens gehe jede Geberregierung von allen von ihr zu befriedigenden Interessen aus, d. h. sowohl von innen- wie auch von aussenpolitischen Interessen. Sie entscheide allein darüber. Heute gelte nicht mehr das Axiom «mehr Hilfe = bessere Hilfe», stattdessen heisse es: äusserst kontrolliertes Ausgeben mit höchster Wirksamkeitssuche. Hilfe solle zur Selbsthilfe und nicht zu einer Bettlermentalität führen. Die Entwicklungsgelder seien so zu gebrauchen, wie es ein Geberstaat als richtig empfinde. Dies betreffe vor allem das *quick disbursement* bei Anpassungsprogrammen. Würden solche in Übereinstimmung mit der Weltbank und dem Währungsfonds durchgeführt, gäbe London seine Mittel, sonst würden sie zurückbehalten oder verweigert wie im Falle von Tansania. Die Hilfe müsse reformerische Effekte auslösen.

Dieses Statement in seiner teils recht schroffen Darlegung blieb nicht ohne Reaktion. So wurde daran erinnert, dass England als ehemalige Grosskolonialmacht eine spezielle Verantwortung habe und seinen Teil tragen müsse, wie andere Länder, die viel gaben, aber vielleicht weniger davon profitierten. Das Volumen im DAC sei eine Gruppenfrage und das Grundprinzip laute *burden sharing*. Für das Niveau des Volumens sollten nicht nur nationale Kriterien des budgetmässigen Kuchenverteilens berücksichtigt werden. Es seien ebenfalls die Bedürfnisse der Entwicklungsländer heranzuziehen, selbst wenn diese endlos erschienen. Die Stimmung war so eisig, dass sich DAC-Präsident Wheeler aus den USA genötigt

sah, persönlich zu intervenieren. Er erinnerte an die Idee der *like-minded nations* und an die Wichtigkeit der Kontinuität der Hilfsanstrengungen, die nicht zuletzt wegen des Rückganges anderer Finanzflüsse äusserst notwendig seien.

Gelobt wurde hingegen die Flexibilität des britischen Programmes, das sehr schnell auf Notstandssituationen in Afrika oder auf Anfragen für Beiträge zu Strukturanpassungsprogrammen reagiert habe.

Einlässlich beschäftigte sich das Komitee mit der britischen Unterstützung der Dependencies, die 9,5 Prozent der netto-bilateralen Hilfe erhielten. Besonders die Fälle Falklandinseln und Gibraltar gaben zu reden. Die DAC-Mitglieder stiessen sich am massiven Einsatz von altruistisch deklarierten Mitteln für Selbstzwecke. So belief sich die totale bilaterale Entwicklungshilfe an Südamerika im Jahre 1985 auf 19,3 Millionen Pfund, aber mehr als die Hälfte, nämlich 10,7 Millionen Pfund, ging an die Falklandinseln. Noch mehr Hilfe als jene Inseln erhielt Gibraltar, nämlich 22,4 Millionen Pfund. Die an britische Lieferungen gebundene Hilfe wurde vor allem für Infrastrukturzwecke verwendet. Da diese Hilfen in der Öffentlichkeit ein sensibles Thema waren, stimmte das Komitee den Vertretern Londons zu, diese Hilfsflüsse nicht im Pressekommuniqué zu erwähnen. Präsident Wheeler wurde beauftragt, einen persönlichen Brief über die Dependencies-Hilfen nach London zu schicken, der die Bedenken des DAC enthielt.

Der Bericht über dieses Examen ging am 24. September 1986 an die Zentrale und an ausgewählte Aussenposten.

Länderexamen Japan

Aus historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und geografischen Gründen vergab Japan den Grossteil seiner Hilfe an Entwicklungsländer des Fernen Ostens (China, Thailand, Philippinen, Indonesien, Burma, Malaysia und Bangladesch). Thailand allein erhielt 1985 beinahe gleich viel wie ganz Subsahara-Afrika zusammen. Zu dieser Bündelung im näheren Interessenraum kam hinzu, dass der Grossteil der Hilfe an eher «fortgeschrittenere» Entwicklungsländer ging. Diese Politik hatte die «glückliche» Nebenerscheinung, dass die asiatischen Empfängerstaaten generell kaufkräftigere Importeure waren …

Die Haltung Japans wurde allerdings dadurch gemildert, dass es via multilaterale Kanäle und damit in ungebundener Form Hilfsgelder Richtung Afrika schickte. Die Ursache für den relativ grossen Anteil multilateraler Hilfe lag hingegen eher in den Personalengpässen als in einer altruistischen Haltung. Die unterdotierte Verwaltung war auch ein Grund für die vom US-Vertreter deutlich kritisierte fehlende Programmierung. Tokio ging nämlich nach der ihm gutdünkenden «Projekt-Hüpfer-Art» vor und liess sich ungern – wenn überhaupt – in einen Koordinationsprozess mit anderen Gebern ein.

Der entsprechende Bericht ging über den üblichen Verteiler am 21. Januar 1987 an die Zentrale.

Länderexamen USA

Die amerikanische Entwicklungshilfe war relativ wenig kommerzialisiert. Sie war stark politisch ausgerichtet. Das Entwicklungsprogramm bildete einen Teil der *foreign aid*. Rund zwei Drittel davon waren der sicherheitspolitischen Unterstützung zuzurechnen, wenn man den ESF (Economic Support Fund) dazuzählte. Dieser Fonds wies allerdings entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Aspekte auf. Der politischen Ausrichtung entsprach die geografische Konzentration der Unterstützung. Israel, Ägypten und Zentralamerika bildeten die Schwerpunkte, wobei fast die Hälfte der bilateralen Hilfe den beiden Staaten des Nahen Ostens zukam. Dies war ein Resultat des Camp-David-Abkommens von 1978, das zum Rückzug Israels aus der Sinaihalbinsel und zum Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel führte.

Die Sicherheitsaspekte und die geografische Konzentration engten die Manövrierbarkeit und eine breitere Streuung der Unterstützung durch die USA ein. Das Komitee regte deshalb an, ob Washington nicht eine dosierte Umschichtung der sicherheitspolitischen Kriterien zugunsten entwicklungspolitischer Programme prüfen könnte, da der Sicherheit einer Region durch eine gesunde Entwicklung längerfristig besser gedient sei.

Bei den Fragen des Volumens der Entwicklungsgelder gaben die USA zu bedenken, dass sie seit den 40er- und 50er-Jahren von einem Überschussland zu einem Defizitstaat geworden seien. Es herrsche entsprechend wenig Enthusiasmus, «geborgte» US-Dollar zu konzessionellen Bedingungen vermehrt in die Dritte Welt weiterzuleiten. Auf das *burden sharing* angesprochen antwortete der Vertreter Washingtons, dass die Entwicklungshilfe ein Teil der Gesamtstrategie zur Verteidigung der westlichen Ideologie und Marktwirtschaft sei. Die USA gäben gesamthaft gesehen dafür prozentual am meisten aus. Er verdeutlichte dies mit dem Hinweis auf die US-Militärausgaben und die vergleichsweise geringeren Leistungen der anderen Partner, namentlich der NATO-Länder Europas und Japans im Fernen Osten.

Der Bericht über das Länderexamen ging mit dem üblichen Verteiler am 26. Juni 1987 an die Zentrale.

Spanien als neues Mitglied?

Während meiner Einsatzzeit bei der OECD zählte das DAC nur 18 Mitglieder inklusive der EK. Am 31. März 1987 wurde die Entwicklungshilfe der EG-Kommission geprüft. Brüssel spielte eine prominente Rolle in Afrika, und zwar sowohl bezüglich des Volumens (ca. 1,5 Milliarden ECU pro Jahr) und der Sektorstrategie als auch der regionalen Projekte.

An der Sitzung nahm ausnahmsweise das neue EG-Land Spanien als Beobachter teil. Ich unterhielt mich am Rande mit dem Vertreter Madrids und hielt Folgendes fest:

Spanien überlege sich, ob es nicht in Zukunft DAC-Mitglied werden sollte. Hinderlich seien das noch zu geringe Volumen (ca. 0,12 Prozent des BSP) sowie die zu wenig DAC-konformen Programme. Innerhalb der EG-Hilfspolitik verfol-

157 ge es die starke Ausrichtung der Unterstützung für Afrika. Die spanischen Interessengebiete lägen demgegenüber in Lateinamerika. Bei einer allfälligen Mitgliedschaft beim DAC dächte Madrid nun nicht primär an eine Ausweitung im Sinne der AKP-Politik der EG, der Unterstützung für die Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, die auf den sogenannten Lomé-Abkommen mit ursprünglich 77 Ländern beruhte. Nach der Ansicht Spaniens bleibe Lateinamerika das primäre Gebiet. Sie wüssten, dass für jene Staaten entsprechend ihres Entwicklungsstandes aber eher Handelsmassnahmen infrage kämen. Madrid habe übrigens bei seinem EG-Beitritt den ihm zugerechneten Anteil an den Lomé-Verträgen bezahlen müssen, ohne rückwirkend an den öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können.

Grundsätzliche Überlegungen zu den Länderexamen

Ich hielt am 11. Februar 1987 ein paar grundsätzliche Überlegungen zu den DAC-Länderexamen fest. Sie beruhten nebst den Erfahrungen aus den Sitzungen auf Gesprächen, die ich mit den zuständigen Personen der Zentrale in Bern, mit dem Sekretariat des Entwicklungsdirektoriums der OECD, mit meinen Kollegen im DAC und mit dem Walliser Jean Bonvin, Direktor des Entwicklungszentrums der OECD, geführt hatte. Welches waren meine Anregungen und Kritikpunkte?

1. Das ideale Ziel der Mitgliedländer war meiner Meinung nach eine verbesserte Qualität und verstärkte Quantität der Entwicklungshilfe unter dem Gesichtspunkt der *like-minded nations,* des *burden sharing* und der geteilten Verantwortung. Diese Absicht werde in der Praxis von vielen nicht gelebt, und das *burden sharing* existiere *de facto* nicht mehr. Es herrsche die Tendenz vor, die Entwicklungshilfe als Tarnung für andere Interessen zu nutzen.
2. Das DAC und insbesondere die Länderexamen als «Instrumente» hätten die Aufgabe, solche Tendenzen einzudämmen. Diese Funktion und nicht nur die Modalitäten bei den Examensabläufen müssten stärker betont werden.
3. Viele sähen es als unerreichbar an, sowohl «reinere» Hilfe als auch gleichzeitig «mehr» Hilfe zu geben. Vor diesem Hintergrund spiele sich die Diskussion über gebundene und nicht gebundene Hilfe bei den Mischkrediten ab, wobei der menschlichen Fantasie beim Erfinden neuer Formen bekanntlich keine Grenzen gesetzt seien.
4. Die «Feldkontrolle» solle verstärkt werden. Bisher werde fast ausschliesslich die Regierungspolitik im Geberland gewichtet und die konkrete Ausgestaltung dieser Politik in den Empfängerländern selbst zu wenig evaluiert. Verschiedene Lösungen könnten in Betracht gezogen werden, um die Praxisnähe zu erhöhen: mehr Feldbesuche des Sekretariates des Entwicklungsdirektoriums, Rekrutierung von felderfahrenen Experten im Sekretariat, kurze Ad-hoc-Rapporte unserer eigenen Koordinatoren über das betreffende Länderprogramm, wenn wir Examinator seien.

5. Die Examenssitzungen sollten nicht nur Aufschluss über Vergangenes und über kürzliche Reformen geben, sondern vermehrt auch über geplante Stossrichtungen. Aus solchen Plänen könnten interessante Anregungen für unsere eigene Programmierung resultieren.

Leiter einer Feldmission im Königreich Nepal

Das sogenannte High-Level Meeting von 1986 hatte beschlossen, dass die Arbeit zur Hilfskoordination vor Ort geprüft werden sollte. Es schlug dazu Länderstudien vor. An der DAC-Sitzung vom 24. April 1987 besprachen die Mitglieder die Organisation von *country case studies.* Die Hilfskoordination in vier Entwicklungsländern sollte untersucht und die Befunde am nächsten High-Level Meeting im Herbst 1987 diskutiert werden. Folgende vier Empfängerstaaten wurden ausgesucht: Senegal, Tansania, Bangladesch und Nepal. Im Prinzip sollten drei Geberländer und ein Mitarbeiter des Sekretariates bei jeder Mission dabei sein. Die Schweiz offerierte, bei der Studie über Nepal mitzumachen, wo unser Land eine jahrelange Tradition der Zusammenarbeit kannte. Als Leiter der Nepal-Mission schlug das DAC-Sekretariat mich vor, was Bern akzeptierte. Ich war der einzige DAC-Vertreter bei den Feldmissionen. Wegen Budget-Restriktionen war im Falle Nepals vorgesehen, dass niemand vom Sekretariat mitmachte. Als Kenner der Anliegen des DAC könne ich dessen Ansichten direkt vertreten, hatte der Direktor des Entwicklungsdirektoriums argumentiert. Vorgesehen war, dass die USA und Japan mit Teilnehmern «meine» Mission begleiteten.

Der Leiter des jeweiligen Teams sollte laut DAC über «sufficient experience to conduct consultations with senior developing country officials and ministers» verfügen. Der Auftrag lautete, die Koordination der Geberländer und der internationalen Hilfsorganisationen wie der regionalen Entwicklungsbanken, der Weltbank und des IWF zu prüfen und Anregungen auszuarbeiten. Als Zeitrahmen waren die Monate August/September 1987 vorgesehen.

Ich besuchte am 9. Juli Alan Barry vom Entwicklungszentrum der OECD. Er hatte Koordinationsfragen analysiert und ich wollte erfahren, wie er diese anging. Wertvoll war die Empfehlung meines Gesprächspartners, möglichst einheitliche Basisdaten anzuwenden. Ich reiste anschliessend nach Bern zur DEZA. Herr Rolf Wilhelm, stellvertretender Direktor, und die Herren Remo Gautschi und Walter Stefan Hofer von der Sektion Asien sowie Alfred Frischknecht, Koordinator der Swiss Assoziation for Technical Assistance (SATA) in Kathmandu, empfingen mich zu einem ausführlichen Briefing am 14. Juli 1987. Es war ein sehr nützliches Treffen, denn alle waren ausgewiesene Kenner Nepals. Von den Hintergrundinformationen hielt ich Folgendes fest:

Weil Nepal mit der Himalaya-Kette im Rücken auf Indien hinabschaute, bezeichneten meine Gesprächspartner in Bern das Land als «India-locked country». Die Hauptakteure im Staat seien das Königshaus, die aristokratische Schicht (speziell die Rana-Familie) und teilweise das Militär. Der König gelte als unantastbar, wenn nicht gar gottähnlich, und sei der Kritik entzogen. Dafür werde umso mehr seine korrupte Umgebung (Grossfamilie) als «Verursacher» aller Mängel darge-

159 stellt. Der international anerkannte und bekannte Finanzminister Bharat Bahadur Pradhan, den ich treffen würde, gelte als Technokrat. Er gehöre nicht zum Machtzirkel. Wie lange er das von ihm inspirierte Strukturanpassungsprogramm weiterführen könne, sei offen. Offen sei auch, wie strikt es durchgezogen werden könne, weil es vermutlich zu empfindlichen Einschnitten kommen werde. Die äusseren strategischen Einflüsse seien weitgehend durch die geografische Lage vorgezeichnet: primär Indien, dann China. Nachher kämen die USA, die UdSSR und andere Ostblockstaaten. Etwas diskreter, aber nichtsdestoweniger effizient sei Japan. Von Europa nennenswert seien Deutschland, Grossbritannien und die Schweiz. Die Beziehungen zwischen Nepal und unserem Land auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit seien alt. Lange Zeit sei die Schweiz einer der wichtigsten Geber gewesen, bis andere Staaten das Königreich entdeckten. Die ersten Kontakte mit unserem Land gingen auf eine Anfrage aus dem Jahre 1948/49 zurück. Es habe sich um ein Beratungsproblem gehandelt. Das erste Projekt sei 1956 von Helvetas geleitet worden, der Bund sei 1963 eingestiegen. Den ersten «Koordinationsfall» habe es 1959 wegen eines Hängebrückenbaus mit den USA gegeben. Das Thema Hängebrücken könne eventuell eine «mini-case study» ergeben, weil unser Land die sektorielle Führung dabei innehabe. Da der Aufbau der Arbeit (*terms of reference*) im Dokument des DAC figurierte, gingen wir die von Frischknecht erdachte Besucherliste samt Ablauf durch. Als Zeitrahmen war die Woche vom 9. bis 18. September 1987 vorgesehen. Das Hotel Annapurna sollte mir als Unterkunft dienen. Frischknecht würde eine Sekretärin und einen Wagen mit Chauffeur zur Verfügung stellen, und die US-Mission erbot sich, einen versierten Mitarbeiter zum Verfassen der Gesprächsnotizen zu delegieren. Die Fragen an die Gesprächspartner sollten wenn möglich vorher schriftlich abgegeben werden.

Darauf besprachen wir die Entwicklungspolitik Nepals. Dieses LLDC mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 160 US-Dollar gehöre zu Recht zu den schweizerischen Schwerpunktländern. Probleme gebe es unter verschiedenen Gesichtspunkten. Es sei nicht immer leicht, die Mittel effektiv für die Benachteiligten einzusetzen. Das Land habe einen schwachen Verwaltungsapparat. Dem stünden viele Geber mit zu vielen Projekten gegenüber. Nepal sei ein typischer Fall eines Staates, der «over-aided and over-burdened» sei. Dieser Ausdruck, der nur intern galt, durfte natürlich gegenüber dem Empfängerland nicht verwendet werden. Ich gebrauchte darum in meinem Bericht über den Feldbesuch die Worte, dass Nepal die Absorptionskapazitäten erreicht und in einzelnen Sektoren sogar überschritten habe. Im Zusammenhang mit den laufenden Reformbemühungen und dem effizienteren Einsatz der Mittel verwiesen mich die Gesprächspartner auf das von der Asiatischen Entwicklungsbank finanzierte Programm für die Überprüfung der Wirksamkeit der Projekte. Daraus dürften sich Koordinationsfragen ergeben, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung seitens der Geber (wer macht was, wo, mit wie vielen Mitteln etc.).

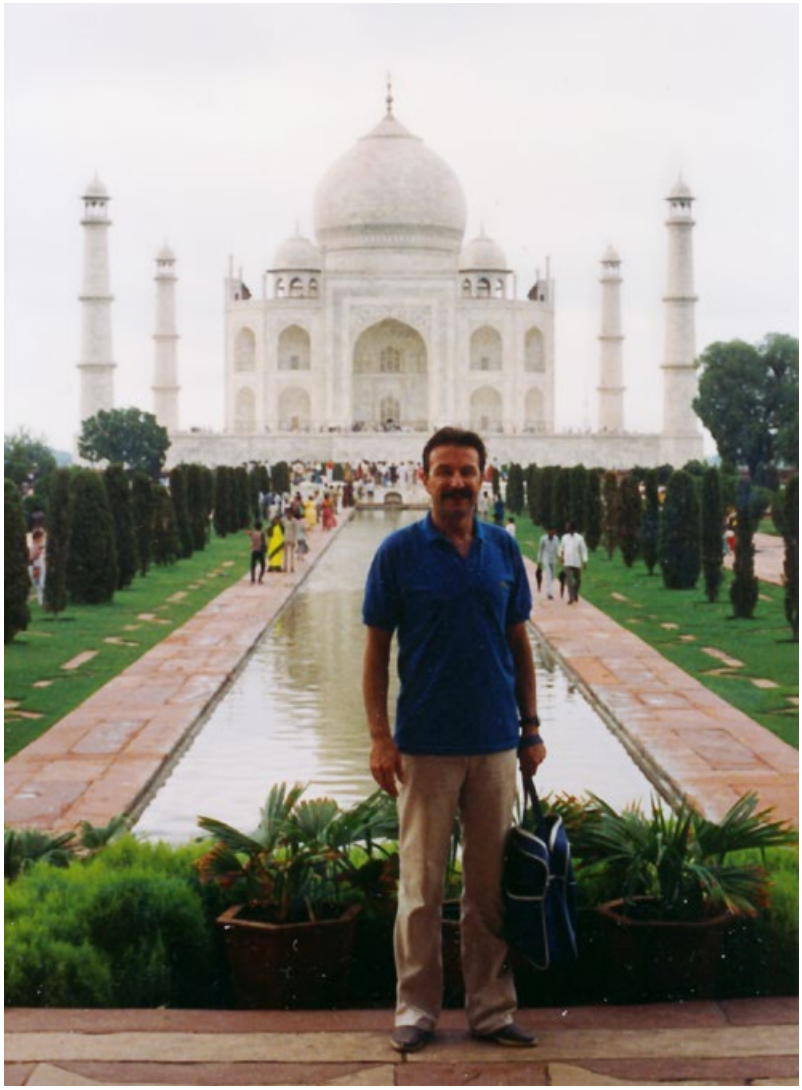
Tod der Mutter

Ich nutzte die vorbereitende Reise nach Bern, um einen kurzen Abstecher zu meiner Mutter in Flums zu machen. Es war das letzte Mal, dass ich sie lebend sah. Wir besprachen die Ferien, die wir Ende Juli gemeinsam unternehmen wollten. Zurück in Paris rief ich sie in ihrem Chalet in den Flumserbergen am Abend des 26. Juli an. Ihre Stimme klang leise, fast flüsternd. Etwas stimmte nicht. Ich riet ihr, sofort zu einem Arzt zu gehen, und sagte ihr, ich würde die Cousine anrufen, die zu jener Zeit ebenfalls in den Flumserbergen weilte, damit sie unbedingt noch heute mit ihr ins Tal führe. Die Überzeugungskraft meiner Mutter muss so gross gewesen sein, dass die Cousine und ihr Gatte beschlossen, sie erst am anderen Morgen zum Arzt zu bringen. Leider war es zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät. Sie fanden meine Mutter tot in der Dusche. Als ich die Nachricht hörte, spürte ich einen so starken Schmerz, dass ich mich setzten musste. Ein ganzer Erinnerungsschwarm zog durch meinen Kopf. Ich weinte und fühlte mich schrecklich allein. Vor vier Jahren war der Vater an einer Herzkrise gestorben und jetzt die Mutter. Statt Ende Juli mit ihr in die Ferien zu reisen, begleiteten mein Bruder Peter und ich unsere Mutter zum Friedhof in Flums. Mamas Wunsch war, im Grab unseres Vaters beigesetzt zu werden.

Zurück in Paris war der Schmerz wegen des Todes noch drückender. Aber schliesslich raffte ich mich auf und ging zum Briefkasten. Dort fand ich einen mitfühlenden Brief. Er stammte von Gloria Guzman. Ich hatte sie vor ein paar Wochen bei einer privaten Fiesta Latina kennengelernt. Sie stammte aus Bogotá und hatte das Colegio Helvetia besucht. Genug Gesprächsstoff für uns zwei für den Anfang! Sie studierte an der Sorbonne Sprachwissenschaft. Der Brief gab mir einen Ruck, und ich wandelte den Schmerz in Mut um. Ein gutes Jahr nach meiner Versetzung nach Bern sollte sie meine Frau werden.

Reise nach Nepal via Indien

Es gab keine direkten Flüge von Europa nach Nepal. Ein Umsteigen in Indien war unumgänglich. Mein neuseeländischer Kollege organisierte darum für mich ein Treffen mit Edmund Hillary, der zu jener Zeit Neuseelands High Commissioner in Neu-Delhi war und als beeindruckender Kenner Nepals galt. So sass ich in Indiens Hauptstadt dem Erstbesteiger des Mount Everest in seinem Büro gegenüber. Er machte einen sportlich-zähen Eindruck und war sich bewusst, dass ihn alle wegen seiner Krafttour des Erklimmens des höchstens Berges der Welt im Jahre 1953 bewunderten. Er blieb völlig locker während des Gesprächs. Ich schilderte zu Beginn die Aufgabe meiner Mission in Kathmandu, aber die Koordination und grössere Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit interessierten ihn nicht. Er kam sofort auf etwas anderes zu sprechen: die nötige Hilfe für die Sherpas. Der High Commissioner hatte diese Bergler nie vergessen können. Er fühlte sich seinen Weggefährten von 1953, dem Sherpa Tenzing Norgay und dessen Leuten, zutiefst verpflichtet. Das sonst unbewegliche Gesicht Hillarys begann sich zu beleben, und beinahe überhastet zählte er die Bedürfnisse der Sherpas auf. «Schauen Sie, dass die reichen Industrieländer diesen zähen, edlen, aber armen



Vor dem Taj Mahal in Indien, September 1987. Privatarchiv Ernst Iten

Bewohnern am Fuss des Himalayas das Nötigste geben», flehte er mich an. Seine Worte verrieten, welche Strapazen Tenzing und er durchgemacht hatten. Obwohl sein Anliegen nicht in meine Mission passte, versprach ich ihm, die Sherpas in Paris nicht zu vergessen. Der Name «Sherpa» ging übrigens dank der Leistung von Tenzing Norgay in die Politik ein: Er bezeichnet heute einen Chefbeamten, der ein Gipfeltreffen für seinen Chef vorbereitet.

Da die mit meiner Mutter geplanten gemeinsamen Ferien ausgefallen waren, hängte ich an meine Reise einige freie Tage in Indien an und besuchte zahlreiche der bekanntesten Sehenswürdigkeiten: Agra und den Taj Mahal; Fatehpur Sikri, diese wenige Jahre nach ihrem Bau verlassene, dafür umso besser erhaltene Stadt des Grossmoguls Akbar; den Palast der Winde von Jaipur; die mit erotischen Darstellungen versehenen Tempel von Khajuraho und schliesslich am Ganges Varanasi (Benares), die heiligste Stadt des Hinduismus. Diese Namen allein lösen in mir noch heute unzählige Assoziationen aus. Ich beschränke mich auf einen kurzen Kommentar, den ich einer Freundin 1987 nach Argentinien schrieb:

Vor dem Tempel Nyatapola in Bhadgaon (Nepal), September 1987. Privatarchiv Ernst Iten

> Was soll ich sagen? Das Land ist so reich, so vielfältig in jedem Sinn. Dann diese lebende und gelebte Kontinuität der Kulturen. In den alten Tempeln werden noch heute die gleichen Götter und deren Avatare verehrt. Es ist nicht wie in Ägypten, wo alles aus dem Reich der Pharaonen tot ist und die gegenwärtige Zivilisation das Vergangene als etwas ganz anderes sieht. In Indien ist das Verflossene Gegenwart und wahrscheinlich auch Zukunft. Welch grossartige Kontinuität!

Die erste Strassenverbindung vom Kathmandu-Tal nach Indien wurde 1954 eröffnet. Dies hilft zu verstehen, warum Nepal zu den LLDC gehört. Bis zu jenem Zeitpunkt galt das Königreich als einer der letzten «verschlossenen» Staaten der Welt, vergleichbar mit Bhutan und dem damaligen Tibet. Nepal wurde nicht zuletzt deswegen zu einem Anziehungspunkt für den Tourismus, der jedoch wie überall, wo er massenhaft blüht, sich schnell negativ auswirkte. Während meines kurzen Aufenthaltes waren Kathmandu und die zwei benachbarten Städte Bhadgaon und Patan allerdings noch gezeichnet von der Isolation. Lastträgerinnen und -träger mit ihrem Kharpan, einer quer über den Nacken gelegten Holzstange, an deren Enden die Waren zu beiden Seiten herabhingen; Kühe, die ungestört auf dem Weg lagen und wiederkäuten, als wüssten sie, dass sie heilige Tiere waren;

Mönche in ihren wallenden Gewändern und Frauen in weiss getupften, blauen und roten Saris belebten den Durbar Square, das Herz von Kathmandu. Hier stand auch der verschachtelte Königspalast mit seinen kunstvollen Holzschnitzereien, nicht abgesondert durch ein Gitter mit dahinterliegendem Grün wie in Europa. Er grenzte direkt an den mit Steinplatten gepflasterten Platz. Die Statue von Hanuman, eines Avatars von Shiva in der Form eines Affen, bewachte den Eingang des Königspalastes. Dann die Pagoden und Tempel wie jener von Ganesh, dem Gott mit dem Elefantenkopf. Nepal war ein sehr religiöses Land, und die Götter waren hier so nah wie die majestätische Himalaya-Kette.

Und die Gegenwart? Sie zeigte sich beim Ausgang des Durbar Square zur New Road: dort lag das Tourismusbüro.

Die eigentliche Mission

Alfred Frischknecht, Direktor der SATA, hatte ein umfassendes Programm erstellt mit 26 Personen, die interviewt werden sollten. Vor Ort traf ich auch die beiden anderen Mitglieder der Mission: den Amerikaner Donald B. Clark, Chief of Project Development and Implementation Support der USAID in Kathmandu, und den Japaner Tadao Hashimoto, Second Secretary der japanischen Botschaft in Kathmandu. Die Gespräche mit den 26 vorgesehenen Spezialisten verliefen überaus reibungslos. Wir kamen jeweils schnell auf die essenziellen Punkte zu sprechen. Am 18. September, dem letzten Arbeitstag, evaluierte die Mission am Vormittag den ersten Entwurf des abschliessenden Textes. Wir trafen darauf die lokalen Koordinatoren unserer drei Länder, bevor wir zum Debriefing zu Finanzminister Pradhan fuhren, mit dem wir am ersten Tag schon ein Gespräch geführt hatten. Die Unterredungen schlossen wir bei einem Treffen im Lokal des United Nations Development Programmes (UNDP) mit allen Geberländern und den multilateralen Organisationen wie der Weltbank und dem IWF ab.

Den 18-seitigen Bericht stellten wir nach dem Ende der Mission noch im gleichen Monat fertig. Donald Clark schrieb die Kapitel über die NGOs und die Ko-Finanzierung. Den Rest verfasste ich.

Ich gebe hier ein paar wenige Auszüge aus unserem Rapport, die ich aus dem englischen Originaltext übersetze (OECD-Referenz: DAC [87]24):

> Die Mission war positiv beeindruckt angesichts der Vielfalt von formellen und informellen Koordinationstreffen, die jetzt alle Sektoren berühren. […] Die Initiativen für die Koordination stammen normalerweise von den Gebern, und die nepalesische Regierung (HMG) ist oft nur in der Lage, darauf zu reagieren. Dies geht gegen die Prinzipien der DAC-Guidelines von 1986, wonach die Entwicklungsländer dafür verantwortlich sind, ihre Politiken und Prioritäten für die Koordination festzulegen. […] Diese grundsätzlich ungesunde Situation rührt von folgenden Umständen her: Nepal hängt einerseits stark von ausländischer Hilfe ab (10,1% des BSP gehen auf Hilfsgelder zurück, und ca. 70% des Entwicklungsbudgets des Landes entstammen ausländischer Assistenz). Anderseits scheint Nepal die Absorptionskapazitäten erreicht und in einzelnen Sektoren überschritten zu haben. Ohne mehr Planung, bessere administrative Fähigkeiten auf allen Niveaus wird HMG weiterhin nur auf Geberprogramme und Politikempfehlungen reagieren, statt selbst Politiken und Programme zu initiieren. Diese Situation hat auch negative Auswirkungen auf die Geber, denn deren Willen, gleich viele oder sogar mehr Beträge zu leisten, wird auf vergrösserte Probleme stossen. Nepal selbst findet sich nicht nur überfordert durch die Geber mit deren Vorschriften und Verlangen (es gibt zurzeit rund 1300 aktive Geberprojekte!), sondern ist auch damit konfrontiert, dass grosse Summen der nötigen Assistenz nicht auf die

> effizienteste Weise genutzt werden. Die Verpflichtungen der nepalesischen Regierung, Zinsen und Kapitalrückzahlungen zu leisten, bleiben trotzdem bestehen. Sie belaufen sich auf 30% des regulären Budgets. HMG und Geber sollten daher dringend Wege suchen, wie die Ressourcen am nützlichsten eingesetzt werden. Das laufende Strukturanpassungsprogramm und das von der UNDP finanzierte Projekt über technische Assistenz zur Verbesserung der Budgetierung und Projekt-Überwachung sind empfehlenswerte Beispiele in dieser Richtung. […]
>
> Wie Finanzminister Pradhan der Mission erklärte, hat Nepal begonnen, Geber aufzufordern, sich zu spezialisieren und auf jene Sektoren zu konzentrieren, auf denen sie spezifische Erfahrungen haben. Nepal will auch mehr Autorität und Anreize an niedere Chargen der Verwaltung geben. […]
>
> Die Mission versuchte, die zwei wichtigsten Nicht-DAC-Geberländer, Indien und China, zu kontaktieren. Während das Gespräch mit dem indischen Vertreter nicht stattfinden konnte, sprach die Mission mit dem chinesischen Wirtschaftsrat. Es zeigte sich, dass unabhängig vom Entwicklungsstatus oder vom sozialen System gemeinsame Interessen zur Koordination führen können. So ist China daran interessiert, auf dem Strassensektor wie andere Geber zu insistieren, dass der Akzent auf den Strassenunterhalt und nicht, wie es HMG wünscht, auf den Bau neuer Strassen gelegt wird.

Im DAC wurden die vier Feldmissionen wie vorgesehen im Oktober besprochen. Anschliessend diskutierte das High-Level Meeting die Berichte. Das Nepaldokument gefiel sehr. DAC-Präsident Wheeler sandte im Anschluss an die Debatten das Dokument über unsere Mission an Finanzminister Pradhan, und Radio Suisse Internationale interviewte mich in den OECD-Studios auf Englisch und Französisch über meine Arbeit in Nepal. Im November schrieb mir Alfred Frischknecht aus Kathmandu: «Das Dokument ist bemerkenswert präzis und auf den Punkt gebracht. […] Eines der Hauptverdienste des Berichtes ist, dass er nicht versucht, die unterschiedlichen Standpunkte zwischen Gebern und der nepalesischen Regierung zu verschweigen.»

Das Entwicklungsdirektorat der OECD hegte anschliessend die Absicht, mich als Vorsitzenden der Arbeitsgruppe über Mischfinanzierungen vorzuschlagen. Aber es sollte alles ganz anders kommen.

Im Oktober kontaktierte mich Botschafter Johannes Manz, Direktor der Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst (DVA), und teilte mir seinen Wunsch mit, ich möge zu ihm als Vizedirektor nach Bern kommen. Diese Versetzung liess alle Pläne in Paris platzen. Botschafter Fritz Staehelin, Direktor der DEZA, sowie Botschafter Röthlisberger vom BAWI bedauerten den Wunsch von Botschafter Manz. Aber wenn die DVA rief, war nichts zu machen. Ich willigte ein. Nach zehn Jahren im Ausland war es nur konsequent, dass ich in die Zentrale zurückkehrte.

X Vizedirektor der Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst (DVA) in Bern (1987–1992)

Glichen die Arbeiten bei der OECD-Delegation in Paris einer *université appliquée,* in der Politiken und Strategien für unsere Regierungen entworfen wurden, so war die neue Funktion in Bern *action-oriented.* In welches Umfeld trat ich ein? Botschafter Manz, Direktor der DVA, hatte seine Funktion am 1. Oktober 1987 angetreten. Er war bemüht, sein Direktionsgremium noch vor Ende des Jahres ernennen zu lassen. Catherine Krieg wurde zur stellvertretenden Direktorin gewählt und ich zum Vizedirektor. Mein erster Arbeitstag war der 1. Dezember 1987. Als ehemaliger Protokollchef verlangte Botschafter Manz diskretes Arbeiten, was sich sichtbar manifestierte: Die Direktion wurde durch Trennwände vom Rest der Mitarbeiter getrennt. Unser Chef erklärte dies mit der nötigen Verschwiegenheit. Insbesondere Personalentscheide müssten vor unliebsamem Gehörtwerden geschützt sein. Er hatte nicht unrecht damit.

Aufgabenbereiche und Arbeitsteilung

Der Direktor und Catherine Krieg behandelten alle Personalfragen, während ich die Infrastrukturaufgaben und die Sicherheitsbelange zu bearbeiten hatte. Der Rechtsdienst als Stabsfunktion unterstand Botschafter Manz. Eine Überschneidung der Aufgaben zwischen dem Direktor und mir gab es bei den Gebäudefragen. Während unser Chef als Bauherr auftrat, war ich als Sicherheitsbeauftragter des EDA für die Sicherheitsbelange von Botschaften und Dienstwohnungen im Ausland zuständig. Es war anfänglich für die DVA keine Selbstverständlichkeit, als Bauherrschaft anerkannt zu werden. Das Amt für Bundesbauten (AfB), heute Bundesamt für Bauten und Logistik, wollte anfänglich selbst bestimmen, wie Residenzen und Büros gebaut oder angepasst werden sollten. Botschafter Manz intervenierte mehr als einmal beim Direktor des AfB und erreichte, dass jenes Amt die Benutzerfragen und die Wünsche vorgängig berücksichtigte. Diese Interventionen sollten mir später nützlich sein, denn mein Chef übergab mir relativ rasch alle Gebäudeangelegenheiten. Ich kombinierte in der Folge die Sicherheitsprobleme auf unseren Vertretungen mit den generellen Baufragen und machte in meiner Berner Zeit Dienstreisen in alle Erdteile. Ich möchte hier nur auf ein Gebäudeproblem eingehen. Die Regierung Deutschlands hatte nach der Wiedervereinigung beschlossen, die Hauptstadt von Bonn nach Berlin zu verlegen. Sie trat mit dem Anliegen an die Schweiz heran, die zentral gelegene Schweizer Botschaft zu kaufen oder uns einen Realersatz anzubieten. Sollten wir dem Wunsch Deutschlands nachkommen? Unser Botschaftsgebäude in Berlin hatte eine bewegte Geschichte hinter sich. Es stammte aus der Gründerzeit und überstand auf wunderbare Weise fast unbeschädigt den Zweiten Weltkrieg. Während des Sturmes auf das Reichs-

Gemeinsam mit dem schweizerischen Botschafter in Syrien, Kurt Wyss, in Palmyra. Hinter uns die Kolonnade, Januar 1992. Privatarchiv Ernst Iten

tagsgebäude im Jahre 1945 benutzten Sowjetsoldaten unsere verlassene Botschaft (das Personal hatte sich aus Sicherheitsgründen zurückgezogen), um von dort aus auf das Parlament zu schiessen. Nach der Zweiteilung Deutschlands diente das inzwischen als schweizerisches Generalkonsulat benutzte Gebäude DDR-Flüchtlingen, die über die Spree nach Westberlin schwammen, als erste «Anlaufstelle». Die Politische Direktion des EDA konsultierte uns an der Eigerstrasse 73, wo die DVA damals ihre Büros hatte, als zuständige Stelle. Botschafter Manz besprach das Anliegen Deutschlands mit mir. Einen zweiten Fall «Prag» wollten wir vermeiden. Einer der Vorgänger von Direktor Manz hatte 1981 zu rasch der kommunistischen Regierung in der Tschechoslowakei nachgegeben und das von uns gemietete elegante Palais der Fürstenfamilie Schwarzenberg auf dem Hradschin verlassen mit der Folge, dass die Schweiz später wenig geeignete Räume suchen musste. Wir verlangten daher von der Politischen Direktion, dass sie das Ersuchen Bonns ablehnte. Nach langwierigen Verhandlungen willigten die Deutschen ein, sodass das inzwischen erweiterte, neben dem Kanzleramt gelegene Gebäude heute wiederum unsere Botschaft samt Residenz beherbergt.

Meine Aufgaben waren sehr heterogen. Mir unterstanden die Gebäudesektion, die Finanzsektion, die Kuriersektion, der Übermittlungsdienst, der Telegrammdienst, der Material- und Archivdienst, die Kanzlei der ganzen Direktion und der Radiodienst. Insgesamt waren es anfänglich 74 Mitarbeiter. Bei meiner Verset-

167 zung arbeiteten in der Vizedirektion 92 Kollegen. Der Zuwuchs beruhte vor allem auf der neuen, mir unterstellten Informatikabteilung, auf die weiter unten eingegangen wird.

Als Erstes besuchte ich alle Zweige und regte nach Gesprächen mit den Chefs an, dass wir uns regelmässig an der Eigerstrasse zu einem *staff meeting* bei mir träfen. Diese Neuerung fiel auf fruchtbaren Boden, denn selbst wenn die Aufgaben sehr unterschiedlich waren, so erlaubten die offene Aussprache und Fragestellung manche Klärung. Die Treffen erhöhten zudem die gegenseitige Wertschätzung und dienten dem Zusammengehörigkeitsgefühl.

Ein paar Vorfälle

Es war mir ein Anliegen, alte Zöpfe abzuschneiden. Dies betraf insbesondere Vorschriften der Kuriersektion. So mussten Botschaftsmitarbeiter auf schwierigen Vertretungen sowie in Ländern, deren Postservice nur mangelhaft funktionierte oder nicht vertrauenswürdig war, eine Liste mit zehn Personen erstellen, mit denen sie über den Kurier Briefkontakte pflegen konnten. Das Kuvert war in einen grösseren Umschlag zu stecken, der an die Kuriersektion zu adressieren war. Dort wurde der Briefempfänger anhand der Namensliste überprüft und der frankierte Umschlag anschliessend der schweizerischen Post übergeben. Diese Kontrolle liess ich abschaffen. Wer schon in solchen Ländern Dienst leistete, sollte nicht unnötigen Umtrieben ausgesetzt sein. Die Massnahme erlaubte überdies, dass die überlastete Kuriersektion ihr Personal effizienter für die eigentlichen Aufgaben einsetzen konnte. Ein weiteres Problem dieser Sektion betraf die Preise für den Kurierversand. Wenn möglich sollten die Kuriersäcke mit der Swissair transportiert werden. Deren Kosten waren verglichen mit anderen Fluggesellschaften zu hoch. Als die Erneuerung des Vertrages mit unserer Luftfahrtgesellschaft anstand, liessen wir Konkurrenzofferten einholen. Der Druck genügte: Swissair senkte von sich aus die Preise.

Verschiedene Mitarbeiter des EDA rügten die sogenannten B-Dossiers. Viele Gerüchte rankten sich um diese «geheimnisumwitterte» Sammlung persönlicher Daten. Für einige glichen sie den berühmt-berüchtigten Fichen der Bundesanwaltschaft. Ich besprach die Angelegenheit mit unserem Rechtsdienst. Effektiv war es kein rechtsstaatliches Vorgehen, dass das EDA über Mitarbeiter Dossiers anlegte, ohne dass die Betroffenen davon wussten. Ich informierte darauf das gesamte Departement, dass jene Kollegen, die ein B-Dossier hätten, von mir separat angeschrieben würden. Wer keinen solchen Brief erhalte, könne davon ausgehen, dass über ihn kein B-Dossier existierte. Sollte es in Zukunft neue Dossiers geben, würden die Betroffen vorgängig informiert und könnten dagegen Einspruch erheben. Ganz abschaffen wollten wir die B-Dossiers nicht, denn es gebe, wie ich weiter mitteilte, Unterlagen, die nicht einem weiteren Personenkreis zugänglich sein sollten, wie z. B. Urteilsdispositive über Ehescheidungen, die sich auf die Lohnzahlungen auswirkten, oder Disziplinarfälle. Wer ein B-Dossier habe, erhalte das Recht, dieses zu konsultieren und die Umlagerung aller oder ausgewählter Dokumente in die allgemeinen Personaldossiers zu verlangen. Es war jedem überlassen, ob das B-Dossier aufgelöst werden sollte.

Während meiner Auslandeinsätze hatte ich erlebt, wie essenziell der Empfang von ausländischen TV-Sendern war. Es war oft unmöglich, ohne solchen Zugang rasch zu wissen, was in der Region passierte und wie die Ereignisse im Residenzland von aussen beurteilt wurden. Zum Erstaunen «alter Hasen», die glaubten, dass aus Bern «nie» eine Initiative käme, wollte ich für «hardship»-Posten Satellitenfernsehen einrichten lassen. Dies war damals ein relativ kostspieliges Vorhaben. In einer Direktionssitzung gab ich den Plan bekannt. Der Direktor willigte ein. Dies könne ein Anreiz sein für Mitarbeiter, die in «unbequeme» Länder versetzt würden.

Modernisierung: Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV)

Die soeben beschriebenen Anstösse waren lediglich «Detailverbesserungen», wenn sie mit den grossen Herausforderungen bei der Modernisierung der Arbeitsinstrumente verglichen werden.

Der Einsatz von Computern war damals im Gegensatz zu heute noch kein Allgemeinplatz, und das World Wide Web (www), die weltumspannende Verbindung, wurde erst 1989 im CERN bei Genf von Tim Berners-Lee entwickelt. Ab 1991 war es für weitere Nutzerkreise verfügbar. Dies war mit ein Grund, warum wir nicht sofort die integrierte Bildschirmverbindung vorsahen. In einem Bericht an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates schrieb ich 1990:

> Technisch gesehen ist heute fast alles möglich. Aus dem vielfältigen Angebot gilt es, sich auf das den eigenen Bedürfnissen Entsprechende und finanziell Realisierbare zu beschränken. Zudem wird jede technische Einrichtung rasch überholt, so dass einerseits der Begriff «alt» relativiert wird und anderseits nicht für die «Ewigkeit» angeschafft werden soll. Wir haben verschiedene Lösungsmöglichkeiten geprüft und werden auch weiterhin offen für Neues sein […].

Wir zögen in einem ersten Schritt «Insellösungen» vor, die gleichzeitig mehr Schutz vor Viren und eine bessere Abschirmung gegen Spionage erlaubten, hiess es in meinem Bericht weiter. Bei meinem Amtsantritt befanden wir uns an einer Schnittstelle zwischen der hergebrachten Kommunikation und dem modernen Erarbeiten von Daten und Texten und deren Weiterleitung. Wir betraten weitgehend Neuland.

Wie sah der Ist-Zustand im EDA aus? Die Informatik wurde an der Zentrale lediglich für administrative Arbeiten bei der DVA und der DEZA eingesetzt. Das Generalsekretariat, die Politische Direktion, die Direktion für internationale Organisationen und die Völkerrechtsdirektion hatten noch keine Applikationen eingeführt. Das EDA hatte also grossen Nachholbedarf!

Die ersten Projekte

Die Grenzen für eine rasche Modernisierung der Arbeitsinstrumente waren eng gesteckt, obwohl EDV-Applikationen zu einer grossen Produktionssteigerung und zu Personaleinsparungen führten, also betriebswirtschaftlich erwünscht waren. Das Departement unterlag, wie alle Bundesstellen, dem Personalstopp und oft jährlich gekürzten Krediten. Wie versuchten wir zwischen «Skylla und Charybdis» hindurchzukommen? Anlässlich der Botschafterkonferenz 1988 er-

169 klärte ich den versammelten Missionschefs das Projekt Immapro. Dieses sah vor, dass die immatrikulierten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer (daher der Name) bei unseren Vertretungen elektronisch erfasst würden. Immapro erlaubte ferner weitere Anwendungsmöglichkeiten wie die Verwaltung der AHV/IV-Aufträge und alle konsularischen und politischen Aufgaben. Die elektronische «Ersterfassung» unserer Landsleute war sehr arbeitsintensiv, denn bis zur vollständigen Systemübernahme musste zweispurig gearbeitet werden: einerseits mit dem alten, meist handschriftlichen Kärtchensystem, anderseits mussten alle Daten sukzessive ins Immapro-System übertragen werden. Ich erklärte den Botschaftern das Vorgehen:

> Das Kriterium der Grösse einer Kolonie ist besonders wichtig, weil wir vor allem Vertretungen aussuchen, wo *ganze* Personaleinheiten infolge Immapro eingespart werden können. Dank der so gewonnen Einheiten soll anschliessend analog dem Schneeballeffekt die Anzahl des Installationspersonals und der Ausbildner erhöht werden, damit wir den Einführungsrhythmus beschleunigen können. Würden wir nämlich die Anzahl der Vertretungen bei 20 im Jahr belassen, dauerte die Systemübernahme bei den rund 140 Aussenstationen sieben Jahre. Dies wäre eindeutig zu lang.

Unser Ziel war, Immapro bis 1992 bei allen Vertretungen einzurichten.

Das andere grössere Projekt bezog sich auf das elektronische Telegrammverteilsystem in Bern. Mit dem Projekt Teleprint war vorgesehen, alle Texte elektronisch zu erfassen, zu bearbeiten, zu versenden und zu archivieren. Der Übermittlungsdienst erarbeitete dazu am 2. Februar 1989 das Pflichtenheft für Anbieter. Bei der phasenweisen Einführung war der Zusammenschluss mit der Büroautomation an der Zentrale vorgesehen. Das *electronic mailing* hatte die antiquierte Verteilung der Texte mit Kuverts zu ersetzen. Die erste Stufe wurde 1991 verwirklicht.

Die Organisation

Botschafter Manz orientierte die Kollegen an der Zentrale am 19. Oktober 1989 über die Koordination und Planung der Informatik im EDA. Die oberste Instanz in unserem Departement war die Informatikkonferenz, die gleich zusammengesetzt war wie die Direktorenkonferenz. Manz leitete sie. Die DVA war federführend im EDA für die Koordination. Die Direktorenkonferenz setzte am gleichen Tag die Koordinationsstelle für Informatik (KOSTINF) ein, die aus fünf Mitgliedern bestand. Die KOSTINF nahm als Gruppe die Funktion des Departementsinformatikers wahr. Sie war dem Vizedirektor der DVA, also mir, unterstellt.

Diese Organisation musste angesichts der wachsenden Informatisierung des EDA mit der Zeit angepasst werden. Die Informatiker sollten meiner Meinung nach in einer eigenen, grösseren Struktur arbeiten können. Direktor Manz willigte ein: «Studieren Sie die Schaffung einer Informatikabteilung. Sie muss aber Ihnen unterstehen.»

Es war mir ein Anliegen, dass die DEZA, die schon 1988 mit der Büroautomation angefangen hatte, vorher konsultiert wurde, um eine allfällige Doppelspurigkeit zu vermeiden. Nach ersten Diskussionen unterbreitete ich deren Vizedirektor Rudolf Dannecker am 10. September 1990 folgende Vorschläge zur EDV-Organisation im EDA:

1. Schaffung einer neuen Abteilung innerhalb der DVA unter der Leitung des künftigen Departmentsinformatikers.
2. Gliederung der EDV-Abteilung in drei Sektionen: Rechenzentrum, Büroautomation (administrativ bei der DEZA eingegliedert) und Informatik im Ausland. Während die Inhalte von der Linie vorzugeben seien, werde die Umsetzung vom zuständigen Informatikchef bestimmt.

Diese Vorschläge begründete ich wie folgt:

- ein effizienterer Personaleinsatz,
- eine einheitliche Aufgabenstellung durch departementsumfassende Standards,
- eine effizientere Personalausbildung,
- klarere Prioritätensetzungen beim künftigen Einsatz der knappen Mittel,
- ein klares Bekenntnis der Departementsspitze zu einem Ausbau der Informatik.

Projekte für die Vertretungen

Sämtliche 1300 Arbeitsplätze im Ausland (und natürlich auch an der Zentrale) waren zu informatisieren. Ich gehe hier nur auf zwei Vorhaben ein. Ich verfasste am 16. Februar 1990 für unser Departement einen mehrseitigen Bericht zuhanden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates über die Fragen der technischen Mittel.

Das eine Vorhaben betraf die rasche Übermittlung und Chiffrierung der Texte. Das EDA kannte zwei Arten der raschen schriftlichen Übermittlung: das Telex und das Telefax. Die Telex-Texte wurden auf drei Arten verschickt: via Kurzwellen (Botschaftsfunk), über das öffentliche Netz und seit 1989 (für Namibia) mithilfe eines Satellitensystems. Die Telefaxübertragung erfreute sich zu Recht steigender Beliebtheit. Wegen mangelnder Kredite waren Ende 1990 aber immer noch 20 Botschaften, acht Generalkonsulate und elf Konsulate nicht mit Faxgeräten ausgestattet. Ich schrieb am 9. Februar 1990 an alle Vertretungen im Ausland, welche Neuerungen wir bei der Übermittlung vorsahen. Der Text bezog sich nicht zuletzt auf den Ersatz des seit 1976 verwendeten Chiffriergerätes TC 850 durch ein neues Gerät, das ab 1991 zum Einsatz kam und zunächst auf ausgesuchten Vertretungen erprobt wurde. Das neue Gerät (das wir dann TC 91 nannten) beruhte auf PC-Basis und arbeitete lochstreifenfrei.

Das andere Vorhaben bezog sich auf die technische Ausstattung der Büros, die folgende Geräte umfasste:

1. Die oben erwähnten Chiffriergeräte für Telex-Verbindungen. Dazu kam die Faxchiffrierung. Ende 1989 waren lediglich sechs dieser Geräte bei multilateralen Missionen in Betrieb.
2. Die EDV-Geräte: Anfang 1989 begannen wir mit der Ausrüstung unserer Vertretungen mit EDV-Geräten. Sie sollten die veralteten Textverarbei-

171

tungsmaschinen ersetzen. Ende jenes Jahres waren 131 Arbeitsplätze in 22 konsularischen Kanzleien «informatisiert». Wir hatten anfänglich zwei Programme: das erwähnte Programm Immapro sowie eine Datenbank über die Beziehungen von Schweizer Firmen zu deren Vertretungsnetz im Ausland und über den Bezugsquellennachweis. Dieses Programm wurde zusammen mit der OSEC (Office Suisse d'Expansion Commerciale, Schweizerische Zentrale für Handelsförderung) erarbeitet. Acht Vertretungen waren anfänglich mit der Hardware ausgerüstet. Des Weiteren besassen der Wissenschaftsdienst auf der Botschaft in Washington, die Delegation bei der OECD in Paris sowie die Koordinationsbüros der DEZA in Kigali, La Paz und Dhaka EDV-Geräte.

3. Die Passbeschriftungsmaschinen: Ende 1990 konnten erst 45 Vertretungen mit solchen Maschinen ausgerüstet werden. Die übrigen Vertretungen mussten die Pässe noch handschriftlich (!) ausfüllen, wozu spezielle Schreibsets benutzt wurden.

Sicherheitsbeauftragter des EDA

Die komplexen und umfassenden Sicherheitsmassnahmen für Personen, Informationen und Sachwerte konnten nur interdepartemental angegangen werden. Bereits 1981 wurde ein Sicherheitsausschuss gebildet, der sich aus Vertretern des EDA, des AfB und des Sicherheitsdienstes der Bundesanwaltschaft zusammensetzte. Für gewisse Fragen wurden auch Spezialisten des EMD (Eidgenössisches Militärdepartement), namentlich der Abwehr, beigezogen. Die Leitung des Sicherheitsausschusses oblag dem Sicherheitsbeauftragen des EDA.

Wie arbeiteten wir? Am 22. Februar 1989 begleitete ich Botschafter Manz zu einer Aussprache mit der Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte. Die Parlamentarier wollten erfahren, warum die Sicherheitskosten stark angestiegen waren. Ich erläuterte den Abgeordneten unser Sicherheitskonzept, das wir seit 1984 umsetzten – vorher hatte es lediglich fallweise Sicherheitsmassnahmen mit grossen Niveauunterschieden gegeben. Die Meinungen, wie umfassend die Sicherheitsmassnahmen ausfallen sollten, klafften bekanntlich weit auseinander. Sie schwankten zwischen einer «Bunker-Mentalität» im Stile der USA und der UdSSR sowie einer fatalistischen Haltung, die nichts unternehmen wollte, da man sich sowieso nicht gegen alle Gefahren schützen könne. Wir Schweizer, so fuhr ich fort, hätten während vieler Jahre geglaubt, dass wir auch auf diesem Gebiet einen Sonderfall bildeten. Ein paar dramatische Ereignisse wie die Entführung von Botschafter Bucher in Rio de Janeiro, die Botschaftsbesetzung und Geiselnahme in Bogotá 1980, die Erschiessung unseres Geschäftsträgers in El Salvador, die armenischen Attentate zu Beginn der 80er-Jahre oder die Bedrohung unseres Missionschefs in Beirut hätten gezeigt, dass es keinen Sonderfall gebe, besser, dass es ihn gar nie hätte geben sollen. Wir hätten darum folgende Haltung entwickelt: Es sei zwar richtig, dass man nicht alle Risiken vermeiden könne, doch gelte es, die potenziellen Risiken auszuschliessen. Die Arbeiten sollten mit einer Sicherheitsplanung beginnen. Die Voraussetzung dazu sei eine Risikobeurteilung der

örtlichen Verhältnisse. Nur wenn man wisse, wogegen man sich schützen wolle, könne man das nötige Abwehrdispositiv entwerfen. Obwohl wir unser eigenes Sicherheitskonzept hätten, seien wir interessiert zu erfahren, welches Sicherheitsniveau andere vergleichbare Staaten an einem bestimmten Ort verwirklicht hätten. Wir dürften nämlich nicht zu sehr nachhinken, weil wir sonst riskierten, leichte Beute von Angriffen zu werden. Bei den Massnahmen strebten wir kein Flickwerk an, sondern ein Konzept aus drei Komponenten: bauliche Sicherheit (wie schusssichere Schalteranlagen oder einen *safe haven* auf den Residenzen), technische Sicherheit (wie Alarmanlagen) und organisatorische Sicherheit. Zur Letzteren gehöre die Aus- und Weiterbildung unseres Personals. Mehr Sicherheit bewirke leider oft einen komplizierteren Arbeitsablauf. Wir hätten es dabei mit einem Zielkonflikt zu tun, denn mehr Sicherheit bedeute weniger Freiheit. Deshalb sei es wichtig, dass alle Massnahmen in engem Kontakt zwischen Bern und den Aussenposten geplant, ausgeführt und überwacht würden.

Personenschutz

Die oberste Priorität der Sicherheit gebührte dem Personenschutz. Im Juli 1987 tötete der Libanese Hussein Hariri auf dem Flughafen in Genf einen Passagier. Seine Gesinnungsgenossen im Libanon wollten in der Folge unseren Botschafter im Zedernstaat entführen, um Hussein Hariri freipressen zu können. Der Schweizer Missionschef in Beirut, Dino Sciolli, wurde deswegen von 14 Leibwächtern unseres Landes rund um die Uhr beschützt. Die Einschränkungen für ihn und seine Gattin waren derart, dass er mit der Zeit eine Lockerung der Überwachung verlangte. Trotz der enormen Kosten schien uns das Risiko bei einer Reduzierung der Leibwächter aber zu gross. Es war ein extremer Fall des oben beschriebenen Zielkonfliktes zwischen Sicherheit und freier Bewegung. Botschafter Sciolli fragte schliesslich die Zentrale, ob er nicht nach Zypern übersiedeln könne; er sei in jenem Land ebenfalls akkreditiert. Er würde sich dort freier fühlen, und wir würden sehr viel Geld sparen, da die Leibwächter nur noch zum Einsatz kämen, wenn er den Libanon sporadisch besuchte. Der Vorschlag schien vernünftig, sodass der Missionschef auf die Insel umzog. Botschafter Sciolli vergass meine Beihilfe zu seiner «Befreiung» nie. Wir sind bis heute gute Freunde.

Abstrahlsicherheit

Ich muss nochmals kurz auf die Chiffriergeräte zurückkommen. Eine sichere Übermittlung war nur gewährleistet, wenn der Übermittlungsraum abstrahlsicher war, denn die Spionage arbeitete mit neuesten Technologien. Schon aus relativ geringer Distanz konnten Texte abgelesen werden, sofern die Geräte «strahlten» oder, wie wir es im Jargon nannten, nicht «tempest-sicher» waren.

Die höchste Stufe der Abstrahlsicherheit bot (und bietet immer noch) ein sogenannter Faraday'scher Käfig. Es handelt sich dabei um eine zu allen Seiten geschlossene Hülle aus einem elektrischen Leiter. Oft wird dazu ein Drahtgeflecht verwendet, das als elektrische Abschirmung wirkt. Der innere Bereich des «Käfigs» bleibt influenzfrei, sodass ohne die Gefahr der Abstrahlung Texte verarbeitet

Treffen der Angehörigen der in Irak festgehaltenen Schweizer mit Vertretern des EDA-Krisenstabes: Hoffnung auf private Mission

Angehörige der Irak-Geiseln kritisieren EDA-Massnahmen

bin. Einen Tag vor Abreise der Parlamentarierdelegation nach Bagdad führten am Dienstag rund 60 Angehörige der Irak-Geiseln in Bern mit dem Chef des EDA-Krisenstabes, Botschafter Pierre-Yves Simonin, eine Aussprache.

Die Aussprache sei direkt und offen gewesen, teilte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit. Von seiten der Angehörigen wurde nach dem Treffen jedoch harte Kritik an den diplomatischen Schritten der Landesregierung zur Freilassung der Geiseln laut. Es sehe so aus, als ob die Bemühungen privat organisiert werden müssten, erklärte ein Angehöriger gegenüber Journalisten. Grosses Vertrauen hätten nun alle in die inoffizielle Delegation, die heute Mittwoch nach Bagdad abfliegt.

Die sogenannte Operation Kalif startet heute um 10 Uhr auf dem Flughafen Genf. Der Abflug via Amman ist um 12.30 Uhr vorgesehen. Laut Delegationsleiter Edgar Oehler hoffen die Parlamentarier, am Sonntag mit einem grossen Teil der Schweizer zurückzukehren. Heute Mittwoch reist auch EDA-Staatssekretär Klaus Jacobi zu einem Arbeitsbesuch nach Jerusalem, Jordanien und Syrien ab.

Die Angehörigen der Irak-Geiseln während ihrer Aussprache mit EDA-Vertretern im Bundeshaus. (hut)

Treffen der Angehörigen der Irak-Geiseln mit dem EDA-Sonderstab am 13. November 1990. Ernst Iten sitzt mittig vor dem linken Fenster. Der Bund vom 14. November 1990

werden können. Bereits zwei Monate nach meinem Arbeitsbeginn reiste ich im Januar 1988 in meiner Eigenschaft als Sicherheitsbeauftragter des EDA in Begleitung der Spezialisten des EMD und des AfB in die Bretagne. Das französische Aussenministerium hatte uns die Kontakte zu einschlägigen Firmen geebnet, die solche «Käfige» fabrizierten. Wir trugen uns damals mit der Idee, die Mission in Moskau mit einem solchen Faraday'schen Raum auszurüsten. Wegen der Kosten und des möglichen Umzuges der Botschaft wurde das Vorhaben jedoch auf Eis gelegt. Wir begnügten uns schliesslich für unsere Botschaften mit einfacheren Massnahmen. Messungen des EMD hatten gezeigt, dass mit entsprechenden Abständen zu Türen oder anderen Öffnungen ein abstrahlsicheres Arbeiten möglich war.

Der erste Irakkrieg (1990/91)

Am 2. August 1990 besetzte Saddam Hussein Kuweit. Wenige Tage später verhängte die UNO Wirtschaftssanktionen gegen den Irak, und am 7. August beteiligte sich die Schweiz zum ersten Mal an solchen Massnahmen. Die internationale Gemeinschaft tolerierte keinen ungestraften Angriff auf ein anderes Land. Während sich die USA auf einen Militärschlag gegen den Irak vorbereiteten, verbot der Diktator aus Bagdad, dass die Angehörigen von Staaten, die seine Pläne nicht billigten, den Irak verliessen. Sie wurden in Geiselhaft genommen. Unter den «lieben Gästen», wie Saddam Hussein die zurückgehaltenen Ausländer zynisch nannte, befanden sich auch Schweizer. Wie andere Staaten auch setzten sich unser Aussenministerium und einzelne Politiker zur Befreiung der Landsleute ein. Ich

nahm am 13. November am Treffen der Angehörigen der Irak-Geiseln mit dem EDA-Sonderstab unter der Leitung von Botschafter Pierre-Yves Simonin teil. Die Sitzung verlief verständlicherweise emotional, und unser Departement wurde wegen seiner Sanktionspolitik stark kritisiert. Unter der Leitung von Edgar Oehler flogen tags darauf Parlamentarier nach Bagdad in der Hoffnung, mit einem Grossteil der Landsleute zurückzukehren. Die als Operation Kalif benannte Reise fand gerade zur richtigen Zeit statt, denn am 29. November 1990 ermächtigte der UNO-Sicherheitsrat die Mitgliedländer, dass sie mit allen Mitteln, also auch mit militärischen, Kuweit befreien könnten.

Während dieses ersten Irakkrieges bestand die Gefahr, dass Saddam Hussein einmal mehr Giftgas einsetzen könnte. Wir sandten darum an die exponierten Orte wie in Israel Gasmasken für die Botschaftsangehörigen und die Kolonie. Tel Aviv und vor allem Ramat Gan, wo die Residenz lag, wurden denn auch von Raketen getroffen, doch enthielten diese zum Glück kein Giftgas. Mehrere Geschosse schlugen übrigens ganz in der Nähe der Residenz unseres Botschafters ein, die, wie auch die Kanzlei, schon früher mit einem betonierten Schutzraum ausgerüstet worden war.

Die Fahne zu Ehren der Schweiz

Es gab zu jener angespannten Zeit einen Missionschef im Nahen Osten, der viel Wert darauf legte, dass die Schweizer Fahne ähnlich wie jene anderer Länder weithin sichtbar flatterte. Die installierte Fahnenstange war ihm zu klein, weshalb er mit der Bitte an mich herantrat, für einen grösseren Mast zu sorgen. Ich nahm sein Anliegen entgegen, doch war es nicht einfach, auf dem Flachdach, wo sich die Radioantenne für den Botschaftsfunk befand, eine höhere Stange zu befestigen, die den heftigen Winden standhielt und die Antenne nicht beeinträchtigte. Ich versprach dem Botschafter, dass nach dem Irakkrieg ein Spezialist dieses Anliegen und weitere Baufragen mit ihm besprechen würde. Er solle uns zu gegebener Zeit wissen lassen, wann der Fachmann vorbeikommen könne. Der Krieg ging vorüber, und der Missionschef kam nicht mehr auf seine Bitte zurück. Anlässlich der nächsten Botschafterkonferenz fragte ich ihn, ob er keinen grösseren Mast mehr wolle. Er entschuldigte sich und erläuterte mir, dass er selbst eine Lösung gefunden habe. Er liess die Fahne so hoch wie es ging an die Radioantenne hängen. Das Schweizer Kreuz war nun weithin sichtbar. Kurze Zeit später wollten ihm zwei Botschafterkollegen vor Ort kondolieren. Es müsse sicher eine wichtige Persönlichkeit in unserem Land gestorben sein. Verwundert erkundigte sich unser Missionschef, woher sie die Information hätten, ihm selbst sei kein Hinschied bekannt. Die Lösung des Rätsels: Er hatte die Fahne nicht ganz oben an der Radioantenne befestigen können, sodass sie wie eine auf Halbmast gesetzte Fahne flatterte …

Interimistischer Direktor der DVA

Es war vorauszusehen, dass die Versetzungen der fast zeitgleich ernannten drei Mitglieder der DVA-Direktion zu Komplikationen führen würden, wenn die

175 ganze Direktionsspitze nach Ablauf der turnusgemässen vier Jahre Bern würde verlassen wollen. Als Erster machte Botschafter Manz «Versetzungsbewegungen». Er übernahm ab dem 10. April 1991 Spezialaufgaben der Vereinten Nationen. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar hatte ihn zum Sonderbeauftragten für die Minurso, die UNO-Mission für ein Referendum in der Westsahara, ernannt. Ab Ende Juli 1991 widmete er sich vollamtlich dieser Aufgabe.

Für die stellvertretende Direktorin Catherine Krieg bedeutete die Abwesenheit von Manz zu ihrem Leidwesen, dass sie die Direktion über einen längeren Zeitraum übernehmen musste. Dies beschleunigte ihre eigenen Versetzungspläne, die auf den Botschafterposten in Brasilien abzielten. Ihr Wunsch erfüllte sich und sie gab – nach Bezug ihrer langen Ferien – ihre Aufgaben in Bern zum 1. November 1991 auf. Als einziges Mitglied der Direktion blieb ich übrig.

Der Bundesrat hatte Anfang August 1991 zwar Jakob Kellenberger als Nachfolger von Botschafter Manz mit Amtsantritt auf den 1. November 1991 ernannt, doch sah der betreffende Bundesratsbeschluss vor, dass der Arbeitsbeginn des neuen Direktors je nach Verlauf der Verhandlungen zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) weiter hinausgeschoben werden könnte. Dies geschah denn auch; Jakob Kellenberger war nämlich Stellvertreter des EWR-Chefunterhändlers Franz Blankart.

Dafür wurde ich am 1. August 1991 als interimistischer Direktor mit der Leitung der DVA betraut. Ich sollte diese Funktion bis zum 16. Februar 1992 ausüben.

Die Arbeitslast war enorm, hatte ich doch die Aufgaben von drei Personen wahrzunehmen. Zu den über 90 Mitarbeitern aus meiner angestammten Vizedirektion kamen noch die Kollegen der Personalabteilung. Zum Glück waren die Arbeiten bei der Informatikabteilung und beim Chiffriergerät so weit fortgeschritten, dass ich die jeweiligen Chefs ziemlich frei agieren lassen konnte. Ich hatte von Anfang an einen Führungsstil gepflegt, der nicht auf «Mikromanagement» setzte. Ich besprach die Ziele und Stossrichtungen mit meinen Mitarbeitern und sie mussten mir jeweils die Arbeitsfortschritte bekannt geben. Dies erlaubte es, dass sich meine Kollegen voll entfalten konnten und Verantwortung übernahmen. In der Personalabteilung erhielt ich von meinem Volée-Kollegen Paolo Broggini wertvolle Unterstützung. Er leitete damals die Personalsektion.

Als Direktor der DVA nahm ich an den wöchentlichen Direktorensitzungen unter der Leitung von Staatssekretär Klaus Jacobi teil. Ich hatte angenommen, dass an diesen Treffen jede Direktion ihre jeweils wichtigen Punkte vorbrächte, so wie ich es mit den Mitarbeitern in meiner Vizedirektion gepflegt hatte. Ich war darum überrascht, dass die anderen Direktoren über ihre Vorhaben schwiegen und ausschliesslich ich über die Personalfragen orientieren musste. Die Behandlung dieser Punkte fand ich grundsätzlich richtig, denn unser aller Chef, Bundesrat René Felber, sollte eine «konsolidierte» Versetzungsliste erhalten. An der dritten Direktorensitzung war mir das alleinige Befragtwerden jedoch zu viel. Ich schloss meine Intervention mit der Bemerkung, das EDA sei offenbar das glücklichste Departement, da es nur zu den Personalfragen offene Punkte gebe. Der Wink wurde verstanden. Der Chef der DEZA, Botschafter Staehelin, der mich von der OECD her schätzte, verlangte, dass an der nächsten Sitzung auch die anderen Direktoren sprechen sollten.

Gegen Ende 1991 hatte ich ein längeres Gespräch mit dem Generalsekretär des EDA, meinem Volée-Kollegen Rudolf (Rudi) Schaller. Er erläuterte mir, dass Staatssekretär Jacobi vorzeitig in Pension gehen werde. Bundesrat Felber sähe Jakob Kellenberger gerne als Nachfolger:

> Wärst du in diesem Fall bereit, noch länger die DVA zu leiten? Falls nämlich der Bundesrat Kellenberger ernennt, müsste seine Bestimmung als DVA-Direktor rückgängig gemacht werden. Unser Chef sähe im Gegenzug dich als «definitiven» DVA-Direktor, denn deine Art zu arbeiten gefällt ihm.

Ich fühlte mich geehrt, dass Bundesrat Felber mich als Direktor sah. Für mich war er einer der grossen Aussenminister seit dem Zweiten Weltkrieg, weil er strategisch und langfristig dachte. Dies bewies er bei der Europafrage. Nach dem Fall der Berliner Mauer stand nicht mehr der Ost-West-Konflikt im Vordergrund, sondern Europa und unsere Stellung zu Brüssel. Schade, dass viele Politiker ihn anfänglich nicht richtig verstanden, als er mit dieser neuen Zielsetzung an die Öffentlichkeit trat. Ich bat Rudi, mit dem Vorschlag meiner definitiven Ernennung zuzuwarten. Ich würde in Kürze darauf zurückkommen.

Eine solch wichtige Entscheidung wollte ich vorgängig mit meiner Gattin Gloria Guzman besprechen, die ich am 16. Januar 1989 in Bogotá in der Kapelle des Colegio Helvetia geheiratet hatte. Ich machte ihr klar, dass die Ernennung zum Direktor mich in die zweithöchste Lohnstufe des Departements befördern würde. Ich sei jedoch kein Karrierist. Gloria gefiel es in der Aare-Stadt. Sie hatte an der Universität Bern intensiv Deutschkurse besucht und sprach bald akzentfreier als ich. Sie hatte nichts gegen einen verlängerten Aufenthalt in der Schweiz. Meine Vorstellungen gingen jedoch in eine andere Richtung. Ich war bereits vier Jahre in der DVA und hatte schon nach dem Stage zwei Jahre als Jurist in dieser Direktion gearbeitet. Eine Zustimmung zur Direktorwahl hätte bedeutet, mindestens nochmals vier Jahre in dieser Spezialfunktion zu wirken, sodass daraus insgesamt zehn Jahre DVA geworden wären. Dies war mir zu viel. Ich versuchte darum meiner Gattin meine Bewerbung auf den Botschafterposten in Caracas schmackhaft zu machen: Wir wären so viel näher bei ihren Eltern und Geschwistern in Kolumbien. Sie stimmte dieser Alternative freudig zu.

Zwei Tage später waren Rudi und ich bei Bundesrat Felber, denn unser Chef wollte von mir persönlich hören, was ich dachte. Als ich meine Argumente eröffnete, bedauerte er meinen Entscheid, akzeptierte aber meinen Wunsch, nach Venezuela versetzt zu werden. Bundesrat Felber wollte hingegen, dass ich ihm schnellstmöglich einen Vorschlag für den Direktorenposten der DVA unterbreitete.

Trotz des möglichen Karrieresprunges war es nicht leicht, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Einmal mehr half mir Paolo Broggini. Er hatte gehört, dass unser Volée-Kollege und derzeitiger Botschafter in Costa Rica, Johann Bucher, einen neuen Posten suchte. Ich kontaktierte Giovanni, wie wir ihn unter uns nannten, und er stimmte zu, sodass ich den Vorschlag Bundesrat Felber unterbreiten konnte. Unsere Regierung annullierte die Wahl von Jakob Kellenberger zum Chef der DVA am 27. Januar 1992 und ernannte gleichentags Johann Bucher zum neuen Direktor mit Arbeitsbeginn am 17. Februar 1992.

177 Ich selbst wurde Ende 1991 vom Bundesrat zum Botschafter in Caracas bestimmt. Vor der Abreise im Mai 1992 besuchte meine Gattin den vom EDA offerierten Kurs «Comment reçevoir», der in der Hotelfachschule in Lausanne erteilt wurde. Der Unterricht war offenbar so anregend, dass meine Frau später den Ruf erhielt, für eine der bestgeführten Residenzen verantwortlich zu sein. Dies half meiner Arbeit enorm, denn eine Residenz gilt als Visitenkarte des Landes.

XI Botschafter in Venezuela (1992–2000)

Armes reiches Land! Venezuela gilt als eines der rohstoffreichsten Länder der Welt und hat trotzdem enorme soziale Probleme. Warum? Dieser Frage ging ich während meines Einsatzes in jenem Land nach. Die Schweiz war vor allem wirtschaftlich an Venezuela interessiert.

Vorbereitungsgespräche

«Das erste Mal Botschafter sein ist ein qualitativ wichtiger Schritt. Spätere Ernennungen haben nicht mehr diese Bedeutung», eröffnete der Leiter des Politischen Sekretariates des EDA, Botschafter Guy Ducrey, unsere Unterredung. Das Hauptgewicht der Zentrale mit ihren beschränkten Mitteln liege primär auf Europa, dem Nahen Osten und den näheren zentralasiatischen Gebieten. Lateinamerika sei für das EDA keine «Top-Region», sofern dort nicht etwas Spezifisches passiere.

Eine ganz andere Priorität räumte das BAWI Lateinamerika ein. Für Staatssekretär Franz Blankart war das Erdölland Venezuela ein wichtiger Staat, dessen Bedeutung über die nationalen Grenzen hinausging. Die Details sollten mir seine zuständigen Mitarbeiter erläutern. «Ich bin froh, dass der Bundesrat mit Ihrer Ernennung einen Wirtschafts- und Lateinamerikaspezialisten nach Caracas schickt», beendete er unsere Unterredung. Nach weiteren Briefings in Bern, Zürich, Basel, Genf (IKRK) und Vevey (Nestlé) glaubte ich, wohlgerüstet meine Mission beginnen zu können. Ende Mai 1992 war es so weit und meine Gattin Gloria und ich flogen über Paris nach Caracas.

Übergabe des Beglaubigungsschreibens

Die offizielle Mission eines Botschafters beginnt mit der Übergabe des Beglaubigungsschreibens. Am 15. Juni 1992 um 11:00 Uhr überreichte ich Vizeaussenminister Lopez Henrique, der wie viele Angehörige der venezolanischen Elite in der Schweiz studiert hatte, die Kopie meines Akkreditierungsschreibens. Die Zeremonie beim Staatschef war für den Nachmittag vorgesehen. Ich war an diesem 15. Juni der einzige Missionschef, der empfangen wurde. In der Regel wird wie in der Schweiz gewartet, bis zwei oder drei neue Botschafter ihren Antrittsbesuch gemeinsam abstatten dürfen. Diese «individuelle» Bevorzugung verdankte ich dem Auslandschweizer Claude Müller, welcher die beste Beziehung zur Familie des Präsidenten unterhielt.

Die Zeremonie war republikanisch schlicht. Eine Militärkapelle erwartete meinen ersten Mitarbeiter Viktor Christen und mich im Vorhof des Präsidentenpalastes Miraflores. Sie intonierte die schweizerische Nationalhymne. Begleitet vom

Überreichen des Beglaubigungsschreibens an Präsident Carlos Andrés Pérez (links) und Aussenminister Fernando Ochoa Antich, am 15. Juni 1992. Privatarchiv Ernst Iten

Protokollchef schritten wir darauf die Ehrengarde ab und begaben uns ins Innere des weiss gestrichenen Gebäudes im Zentrum der kolonialen Altstadt. Der Palast wies noch Spuren des letzten Putschversuchs durch Hugo Chavez vom 4. Februar 1992 auf. Nachdem unsere Anwesenheit dem Staatschef gemeldet worden war, betrat ich den Salon «Sol del Perú». Ich war leicht nervös. Unter einem riesigen Ölgemälde, das den Befreier Simon Bolivar hoch zu Ross reitend darstellte, sassen Präsident Carlos Andrés Pérez und der frisch ernannte Aussenminister, Divisionsgeneral Fernando Ochoa Antich. Ein langer roter Teppich führte von der doppelten Eingangstüre, an der ich mich befand, bis zu den Sitzen und dem Staatschef. Es gab drei Polsterstühle; der leere, rechts vom Präsidenten, war für mich reserviert. Als ich den Teppich betrat, knickte ich leicht ein, denn er war dick geflochten, aber weich. Ich bemerkte, dass die beiden sitzenden Staatsmänner leicht schmunzelten. Der Präsident schien es zu geniessen, wenn ein neuer Botschafter sich zu ihm durchpflügte. Ein Schweizer aber weiss, wie er durch weichen Schnee watet! Der Vizedirektor der Casa Militar, Brigadegeneral Rafael Hung Diaz, begleitete mich. Dass gleich zwei Generäle bei dieser Zeremonie dabei waren, zeigte, dass Präsident Pérez nach dem letzten, gescheiterten Putschversuch vom 4. Februar den Schutz loyaler Militärs suchte. Als wir die Mitte des Saales durchquert hatten, erhoben sich die beiden Herren. Der Staatschef streckte mir die Hand zum Gruss entgegen. Darauf übergab ich ihm mit ehrerbietenden Worten mein Beglaubigungsschreiben, das der Präsident ungelesen seinem Aussenminister weiterreichte. Auf seine Bitte setzte ich mich rechts neben den Staatschef. Der

181 Hoffotograf knipste munter weiter. Am nächsten Tag erschien in der grossen Zeitung *El Universal* ein langer Bericht zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens samt einer Darstellung meiner bisherigen Laufbahn.

Pérez begann eine kurze Unterredung, indem er den ausgezeichneten Ruf unterstrich, den unser Land in ganz Lateinamerika geniesse. Er schätze es sehr, dass die Schweiz in Venezuela so viel investiere, zähle sie doch hinter den USA zu den wichtigsten Investoren. Ich antwortete ihm, dies drücke unser Vertrauen in die demokratische Ordnung Venezuelas aus. Diese Ordnung sei wichtig für das Investitionsklima. Pérez nickte zustimmend …

Beim Verlassen des Palastes hielten wir wieder inne. Die Militärkapelle stimmte jetzt die venezolanische Nationalhymne an. Ich wurde daraufhin im offiziellen schwarzen Cadillac zum Pantheon gefahren, wo die Grossen Venezuelas beigesetzt waren. Die Gedächtnisstätte war eine umgestaltete Kirche, die bis 1874 der Heiligen Dreifaltigkeit geweiht gewesen war. Auch hier empfing mich eine Ehrengarde. Unter Trompetenstössen und Trommelwirbeln stieg ich begleitet von Botschaftsrat Christen die Treppe hoch. Wir durchschritten das ehemalige Kirchenschiff bis zum Sarkophag von Simon Bolivar, um einen Kranz mit rot-weissen Nelken samt der Inschrift «Al Libertador, el Embajador de Suiza» («Dem Befreier, der schweizerische Botschafter») niederzulegen. Der Sarkophag ruhte in der Apsis, wo früher der Hauptaltar gestanden hatte. Sinnbildlicher konnte man die Verehrung für den Befreier Südamerikas nicht darstellen!

Vom Pantheon wurden wir in unsere Residenz gefahren, wo meine Gattin uns durch den Hausmeister Ramón Champagner und Häppchen servieren liess.

Kontakte zur Schweizer Kolonie

Nachdem Gloria und ich kurz nach unserer Ankunft alle Botschaftsangehörigen samt Ehepartnern auf der Residenz zu einem Abendessen empfangen hatten, begrüsste ich als Erstes den Vorstand des Centro Suizo, des Schweizervereins. In Venezuela gab es etwas mehr als 2000 eingeschriebene Landsleute, die teils ausgezeichnet vernetzt waren. Ein wichtiges Koloniemitglied beschrieb dabei meinen Vorgänger wie folgt: «Noch nie hat ein so lieber Mensch so viele Landsleute wütend gemacht. Er lebte nur für die Musik!» Dies erklärte, warum kein einziger Schweizer ihn zum Abschied an den Flughafen begleitet hatte – und warum keiner unserer Mitbürger wie in anderen Hauptstädten Lateinamerikas den neuen Botschafter sehen wollte. Die Leute erwarteten nichts von mir. Ich wollte daher den Stier bei den Hörnern packen. Die Einladung der Handelskammer, die mich anlässlich ihrer Vollversammlung gemäss den Statuten zum Ehrenpräsidenten wählen sollte, kam gerade zur rechten Zeit. Hier wollte ich meine Pläne als Missionschef bekannt geben.

Rede vor der schweizerisch-venezolanischen Handelskammer

«Lateinamerika ist zwar keine Prioritätsregion unserer Aussenpolitik, aber diesem Subkontinent kommt grosse Bedeutung für unsere Aussenwirtschaftsbeziehungen zu», begann ich die Rede. Die Mehrzahl der Investitionen für die Dritte

Welt gingen in diese Region, und unser Land habe eine positive Handelsbilanz, was z. B. bei der EG nicht der Fall sei. Innerhalb einer globalen Bilanz zähle dies. Es gebe in Lateinamerika grosse, bestens vernetzte Schweizer Kolonien, die Pfeiler und Unterstützer für unsere Kontakte darstellten.

Eine meiner Aufgaben sähe ich darin, diesen Subkontinent und insbesondere Venezuela besser bekannt zu machen. Das Residenzland übertreffe mit seinem Wachstum viele Länder der Dritten Welt. Bundesrat Felber habe bei meinem Abschiedsbesuch unterstrichen, dass die Hauptbeschäftigung der Regierung zwar Europa gelte (die EWR-Abstimmung stand damals in wenigen Monaten bevor), aber er könne mir versichern, dass wir deswegen unsere Beziehungen zur Welt nicht vernachlässigten.

Sie, die Mitglieder der Handelskammer, kennten die venezolanische Politik besser als ich, sodass ich mich in meinen Ausführungen darauf konzentrieren würde, wie wir in Europa Lateinamerika sähen. Nach dem durch die Verschuldungskrise verlorenen Jahrzehnt der 80er-Jahre gebe es ermutigende Anzeichen, dass die Region in den 90er-Jahren wieder wirtschaftlich wachsen werde. Die fundamentalen Reformen, die Restrukturierungen oder die Aufgabe der Importsubstitution seien Beweise dafür. All diese Änderungen bräuchten Zeit und vor allem Kontinuität, um die erwarteten positiven Wirkungen zu erbringen. Solche Reformen durchzuführen sei schwierig. Wir sähen dies in Europa bei der Liberalisierung der Landwirtschaft. Es sei darum essenziell, dass alle Schichten der Bevölkerung von den Restrukturierungen profitierten. Sei dies nicht der Fall, würden die sozialen Spannungen steigen und die Reformen gefährden. Venezuela sei ein Beispiel dafür. Ich erinnerte an die sozialen Unruhen vom Februar 1989 und den Putschversuch vom 4. Februar 1992.

Was könnten wir seitens der Schweiz und der Botschaft tun? Innerhalb eines liberalen Systems wollten wir die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erleichtern. Es gebe zwei Hauptachsen: die multilaterale und die bilaterale Zusammenarbeit. Ohne all die multilateralen Akteure zu erwähnen, bei denen wir mitmachten, strich ich den kürzlich erfolgten Beitritt unseres Landes zur Weltbank und zum IWF heraus. Erwähnenswert sei ebenfalls unsere Kooperation mit regionalen Gruppen wie dem Andenpakt. Auf bilateraler Ebene nannte ich drei Bereiche: den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens und eines Doppelbesteuerungsvertrages sowie einen verbesserten Schutz des geistigen Eigentums. Die Botschaft würde alles daransetzen, diese Ziele zu erreichen. Unsere Türen seien immer offen.

Die Rede kam gut an. Der sonst skeptische Nestlé-Chef und Präsident der Handelskammer, Hermann Meyer, lobte ausdrücklich die Analyse und die Vorhaben; er trug mir gar das Du an. Und ein Bankenvertreter gab seine Zurückhaltung gegenüber einem «jungen» Botschafter auf, der in Bälde Vater werden sollte. «Ich merke jetzt», fügte er an, «dass ich alt werde. Bisher kamen immer Missionschefs, die kurz vor der Pensionierung standen.»

Die Gespräche und Verhandlungen für die drei Bereiche bei den bilateralen Rahmenbedingungen waren langwierig. Die Bemühungen, nicht zuletzt der Spezialisten aus Bern, zahlten sich aber aus. Das Investitionsschutzabkommen konnte ich am 18. November 1993 unterschreiben und am 30. November 1994 ratifizieren. Im August 2008 verstaatlichte das Chavez-Regime die Zementindustrie in

183 Venezuela. Gestützt auf obiges Investitionsabkommen schuldete das Land dem Baustoffproduzenten Holcim laut Zeitungsberichten 605 Millionen Franken. Die Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen dauerten länger. Ich konnte es am 20. Dezember 1996 unterschreiben und am 23. Dezember 1997 ratifizieren. Sehr komplex war die Verbesserung des Schutzes des geistigen Eigentums, worauf ich weiter unten noch eingehen werde.

Lage des Landes

«Ein Aussenstehender fragt sich immer wieder, warum Venezuela, das zu den rohstoffreichsten Ländern des Kontinentes gehört, in einer solchen Verfassung steckt», schrieb ich 1997 am Beginn eines längeren Artikels für das Magazin *Wirtschaftspolitik*, das vom EVD herausgegeben wurde. Wer heute etwas über Venezuela liest, hat noch mehr Grund, sich diese Frage zu stellen. Die Ursachen für diese Situation sind komplex. Nebst kulturell-historischen Gründen bildet das Erdöl den wohl wichtigsten Schlüssel. Das «schwarze Gold» ist Segen und Fluch zugleich: Segen, weil es dem Land eine Entwicklung und ein konstantes Einkommen sichert; Fluch, weil es die Aufblähung der Bürokratie erlaubte, ineffiziente staatliche Betriebe schmierte, die Korruption und *last but not least* eine Rentnermentalität förderte (*el petroleo es nuestro*). Es fehlte nicht an Versuchen, aus dieser Dichotomie herauszukommen. Allein, jede einschneidende Restrukturierung verebbte schnell, da ein kurzer, aber allzu oft wieder abklingender Erdölboom fortgesetzte Anstrengungen untergrub. Die Forderungen der breiten Bevölkerung wurden dagegen immer lauter.

Das Land kannte während meiner Einsatzzeit einen so umfassenden Staatskapitalismus, dass er beinahe alle Bereiche beherrschte: von der (nicht funktionierenden) Luftseilbahn auf den Avila, den Hausberg von Caracas, bis zur Pferderennbahn; von der verstaatlichten Erdölindustrie PdVSA und der Aluminiumfabrikation CVG bis hin zu den Goldminen, die allerdings mehr kosteten, als sie einbrachten. Dieses System konnte funktionieren, solange die Erdölpreise hoch waren, es versagte jedoch bei geringeren Rohstofferlösen. Als 1989 der frisch gewählte Präsident Carlos Andrés Pérez sein Amt antrat, sah er sich mit einer so katastrophalen Wirtschaftssituation konfrontiert, dass er ein drastisches makroökonomisches Stabilisierungsprogramm einführen musste. Das Volk hatte das Gegenteil erwartet, denn Pérez hatte während seiner ersten Präsidentschaft von 1974 bis 1979 den Inbegriff der Erdöl-Bonanza versinnbildlicht. Es war die Zeit, als das Land wegen des reichlich fliessenden Geldes ironisch als «Venezuela Saudí» (das saudische Venezuela) bezeichnet wurde. Die Neureichen liessen sich damals die Croissants aus Paris mit der Concorde einfliegen … Drei Wochen nach dem Amtsantritt von Pérez entlud sich im Februar 1989 die Wut der Bevölkerung. Es kam zu blutigen Unruhen mit Hunderten von Toten. Die Ausschreitungen wurden zwar niedergeschlagen, doch blieb die Unzufriedenheit. Oberst Hugo Chavez, der spätere Präsident, nutzte die soziale Misere und lancierte am 4. Februar 1992 einen blutigen Putsch, der jedoch scheiterte. Nebst dem erzürnten Volk blieb das Militär ein Unruheherd.

Versuchte Meisterung der Krise

In einem Bericht ans EDA vom 29. Juni 1992 führte ich die Krise des Landes auf drei Faktoren zurück: Strukturelle Probleme, fehlende Repräsentation und mangelnde Kredibilität.

Der Präsident leitete zwar mutige Schritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung ein und erzielte bald grosse Wachstumsraten, konnte aber nicht wie erhofft auch die politischen Strukturen ändern. Die fehlende Repräsentation zeigte sich beim Auswahlverfahren der Volksvertreter. Diese waren nicht ihren Wahlkreisen gegenüber verantwortlich, sondern ihrer Partei. Der Stimmbürger wählte also nicht die Köpfe, sondern die Parteien. Es waren nachher die Parteispitzen, «Cogollos» genannt, welche die Sitze und die wichtigsten Posten vergaben. Das Gebaren dieser Politiker war entsprechend, und das endemische Übel des Landes, die Korruption, konnte gedeihen. Die fehlende Kredibilität ergab sich aus diesen Strukturen. Nach dem Putschversuch vom 4. Februar rückten die zwei grössten Parteien, die sozialdemokratische AD (Acción Democrática), der Pérez angehörte, und die christlich-soziale COPEI (Comité de Organización Política Electoral Independiente) eine Zeit lang zusammen. Die Vernunftehe dauerte jedoch nur bis zum 12. Juni, als die COPEI unter einem formellen Einwand ihre zwei Minister zurückzog. Der Präsident füllte die verdünnte politische Basis durch einen verstärkten Einbezug des Militärs auf, was sich auch bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens bemerkbar gemacht hatte.

Der Staatshaushalt hing zu 80 Prozent von den Einnahmen des Erdölsektors ab. Die gesunkenen Erdölpreise hatten dramatische Auswirkungen auf den Fiskus. Pérez verkündete darum im August 1992 ein zweites Restrukturierungspaket, welches die sozialen Folgen der Krise abfedern sollte. Die neu einzuführenden Steuern waren zu 75 Prozent für die sozialen Dienstleistungen vorgesehen. Die Schatten der Wahlen von 1993 zeichneten sich aber bereits ab, was die parlamentarische Umsetzung des Paketes erschwerte.

Mitte November 1992 hatte ich eine Unterredung mit dem technischen Vater des Restrukturierungsprogrammes: Planungsminister Ricardo Hausmann, ein brillanter Kopf und heute Professor an der Universität Harvard. Der Minister erläuterte mir, dass der Präsident wegen der gesunkenen Öleinnahmen und der Unmöglichkeit, weitere Schulden aufzunehmen, sich veranlasst sah, das vor 32 Jahren installierte System zu ändern. Die Staatseinkünfte sollten künftig nach klaren und objektiven Kriterien verteilt werden. Die «Diskretion» der freien Verwendung von Staatsgeldern wurde dadurch enorm eingeschränkt. Der Verlust solcher «Privilegien» schmerzte, sodass sich viele, darunter namhafte Politiker, nach «nostalgischen» Änderungen sehnten. Zu den Einnahmen des Fiskus zählten auch die Gelder aus den Privatisierungen. Laut Hausmann schlug dem Präsidenten eine doppelte Ablehnung entgegen, ähnlich wie dem russischen Präsidenten Gorbatschow:

> Den Russen hassten 50% wegen seiner Rolle als Generalsekretär der Kommunistischen Partei, die anderen 50% verurteilten ihn wegen der Perestroika. Den venezolanischen Staatschef verdammte die Hälfte der Leute wegen seiner ‹Inkarnation› der alten Parteiwirtschaft, die andere Hälfte wegen seiner Strukturreformen.

185 Konnte das gut gehen? Am 27. November 1992 erlebte ich den zweiten Putschversuch. Diesmal war es die Luftwaffe, die den Staatsstreich anführte. Ich filmte die angreifenden Flieger mit meiner Kamera vom Garten der Residenz aus, als sie den ca. einen Kilometer entfernten Flughafen La Carlota angriffen. Auch dieser Putsch, wiederum mit Hunderten von Toten, schlug fehl, aber es war klar, dass die Tage der Präsidentschaft Pérez gezählt waren.

Das letzte Amtsjahr von Carlos Andrés Pérez

1993 begann das letzte Amtsjahr für den Präsidenten, und er kämpfte um sein politisches Überleben. Seine Hauptsorge galt den unruhigen Militärs. Nach einem ausführlichen Gespräch mit einem Abgeordneten der AD und Mitglied der Verteidigungskommission des Parlamentes verfasste ich am 20. Januar 1993 einen ausführlichen Bericht darüber. Laut meinem Gesprächspartner standen nur ca. 45 Prozent der Militärs hinter dem Präsidenten, und selbst von diesen musste rund ein Drittel als nicht ganz zuverlässig eingestuft werden. Wie konnte dieser Unruheherd besänftigt werden? Pérez rang sich nach einigem Zögern zu indirekten Gesprächen mit den Chefs der unzufriedenen Militärs durch. Der Kardinal von Venezuela spielte den Obmann der Treffen. Am 10. Januar 1993 mündeten die Gespräche in eine geheime «Verständigung». Die Militärs verlangten einen verstärkten Kampf gegen die Korruption, weniger Staatsausgaben, keine Steuererhöhung sowie eine Verbesserung der sozialen Lage der Uniformierten. Letzteres sollte durch weniger Waffenkäufe kostenneutral erfolgen. Die Regierungsseite führte der Divisionsgeneral und Aussenminister Ochoa Antich an. Er stimmte den Forderungen seiner «Kameraden» mit Ausnahme der Steuerhöhung zu. Meinem Gesprächspartner zufolge erkaufte sich der Präsident durch diesen Deal für zwei bis drei Monate eine Beruhigung seitens der Militärs. Ochoa Antich hatte aber noch eine weitere bittere Pille für Pérez zu schlucken, indem er den «Kameraden» zusichern musste, dass der Anführer des Putschversuches vom 4. Februar 1992, Hugo Chavez, gelegentlich rehabilitiert werde.

Dramatische Zuspitzung der Lage

Der Präsident präsentierte am 11. März 1993 vor dem Parlament seinen jährlichen Rechenschaftsbericht. Er glaubte mit obigem Deal das Schlimmste überstanden zu haben. Da kam über eine Flanke, die er nicht geschützt hatte, der tödliche Angriff. Nur zwei Stunden nach der Rede vor dem Parlament verlangte der Generalstaatsanwalt Ramón Escovar Salóm einen Vorentscheid (*ante-juicio de mérito*) wegen Veruntreuung und Korruption beim höchsten Gericht gegen den Staatschef und zwei seiner Minister. Es ging um geheime Budgetposten von 17 Millionen US-Dollar, die für Staatssicherheits- und Verteidigungsausgaben vorgesehen waren und vom Innenministerium verwaltet wurden. Auf Umwegen wurde deren «wirkliche Verwendung» bekannt: Pérez und sein oppositioneller Gegenkandidat der COPEI hätten durch diese Mittel ihre Wahlauslagen beglichen. Es kam, was kommen musste. Das oberste Gericht beantragte am 20. Mai die Aufhebung der Immunität des Staatschefs und einen Tag später stimmte der Senat dem An-

trag zu, sodass der eigentliche Prozess beginnen konnte. Pérez wurde von seinen Funktionen suspendiert und zog sich unter Beteuerung seiner Unschuld in die Casona, die offizielle Residenz, zurück. Dort besuchte ich den Entmachteten Anfang August 1993.

Beim suspendierten Präsidenten

Warum wollte ich ihn besuchen? Pérez hatte in seiner ersten Präsidentschaft (1973–1979) während der Erdöl-Bonanza viel Geld verschwenden lassen, aber Venezuela war modernisiert worden und die Bevölkerung – wenn auch in unterschiedlichem Masse – profitierte davon ebenfalls. Zehntausende von eingewanderten Kolumbianern arbeiteten am Aufbau des Landes. Das grosszügige Gebaren und Investieren aller OPEC-Staaten (man denke nur an den Schah von Persien) kam nicht zuletzt den Industrieländern wie der Schweiz zugute, die durch ihre Exporte die teuren Mehrausgaben für Öl «rezyklieren» konnten.

Die zweite Präsidentschaft seit 1987 stand unter ganz anderen Vorzeichen. Venezuela verzeichnete ein sinkendes Wachstum und drohte als Staat zurückzufallen. Pérez wollte sich dagegenstemmen und begann trotz aller Risiken schmerzhafte Restrukturierungen. Die ersten Wachstumsraten gaben dem Präsidenten recht. Das Land sollte und musste sich von der allzu einseitigen Ausrichtung auf das Erdöl lösen. Ich wollte dem Kämpfer für die Verbesserung der Lage Venezuelas, das innerhalb weniger Jahre von einer Überflussgesellschaft zu einem verarmenden Land geworden war, meine Anerkennung ausdrücken. Die Schweiz teilte ja weitgehend seine Politik in seiner zweiten Amtszeit und unterstützte ihn dabei.

In meinem Bericht vom 9. August schrieb ich Folgendes über die Begegnung, wobei ich bei der Wiedergabe hier in Klammern gewisse Punkte erläutere:

> Pérez hatte sich seinen Abgang aus dem Palast Miraflores ganz anders vorgestellt. Er wollte auf den Schultern seiner Anhänger hinausgetragen werden, trotz der grossen abverlangten Opfer. Aber wie der Zauberlehrling musste er zusehen, dass er die Schleusen, die er geöffnet hatte, nicht mehr kontrollieren konnte. Das Feuerwerk am Tage seines Auszuges aus dem Präsidentenpalast galt nicht ihm, sondern den Senatoren, die ihn von seinen Funktionen suspendiert hatten! Aufstieg und Fall lagen nahe beieinander. Bei Pérez widerspiegelten sie sichtbar die innere, zwiespältige Person, die Überdurchschnittliches erbringen konnte, die sich aber auch dem Hang zur Omnipotenz nicht verschloss, die alles gefährdete. Wie erklärte er sich selbst nach zwei Monaten Distanz seinen Sturz?
>
> Der Präsident empfing mich in seinem Büro in der Casona. Der Raum war leicht verdunkelt, drückte Nostalgie aus und liess spüren, dass die Fäden nicht mehr durch die Hände des momentanen Bewohners liefen. Die Tage des Scheinwerferlichts waren vorbei. Der Präsident, der meine Gedanken zu lesen schien, versuchte, diesen Eindruck zu verwischen. Mit den Worten, er habe gerade zwei Telefonate mit dem UNO-Sonderbeauftragten für Haiti, Dante Caputo, geführt. [Wir sind Caputo schon im Bericht über Argentinien begegnet, als er Aussenminister unter Präsident Alfonsin war.] Pérez wollte offenbar seinen Wunsch nach einer Fortdauer der Funktion als Staatschef unterstreichen. Rein juristisch gesehen hatte er recht. Bis zur Verurteilung galt ja die Unschuldsvermutung.
>
> Der Präsident führte die «nicht fundierten Anschuldigungen» auf eine unheilige Allianz von links und rechts zurück. [Die Feindschaft der Linken begann in den 60er-Jahren, als er Innenminister der Regierung Betancourt war. Pérez zeichnete damals für die oft skrupellose Säuberung des Landes von Guerillagruppen verantwortlich.] Unter den Rechten verstand er die privilegierten Kreise aus Politik und Wirtschaft, denen seine Reformen ins Fleisch schnitten. Der Präsident sah die Konzentration der Gegner kommen, doch wollte er keine Politik nach dem Gradmesser der Meinungsumfragen machen. Seine Enttäuschung über die politischen Parteien konnte er

187

trotz seines erhabenen Gebarens nicht ganz verbergen. Statt Träger von weitreichenden Reformen zu sein, verkamen AD und COPEI in seinen Augen zu inhaltlosen Hülsen, die nur noch um Ämter und Ehren stritten. «Son cascarones», wie er wörtlich festhielt. Deshalb berief er auch so viele Technokraten wie den Planungsminister Ricardo Hausmann in seine Regierung. Mit diesem Schritt schmälerte er aber die Möglichkeit, die Regierungspartei AD als Transmissionsriemen zur Erklärung seiner Politik einsetzen zu können. Umgekehrt zeigte dieser Vorgang, dass Pérez nötigenfalls alles allein durchziehen wollte, sofern er von der Richtigkeit einer Sache überzeugt war, in stolzer Verkennung der Machtverhältnisse und des politisch Durchsetzbaren. Wie sah er die Zukunft des Landes und den von ihm eingeschlagenen Weg, nachdem er das Steuer hatte abgeben müssen?

Nach Pérez werde es für den im Dezember aus den Wahlen hervorgehenden Präsidenten schwierig, die von ihm angefangene Richtung zu verlassen. Im Gegensatz zu früheren, rein nationalen Reformen gingen die seinen über Venezuela hinaus. Die internationale Verknüpfung der Massnahmen würde einen Alleingang schwierig machen. Das klarste Beispiel bilde der Andenpakt und insbesondere die Integration mit Kolumbien, wo bereits eine Eigendynamik festzustellen sei. «Wer hier ausbricht, isoliert sich von seinen Partnern und schadet allen. Deshalb werden mich meine Reformen überdauern», hielt er zuversichtlich fest. Von den vier wichtigsten Präsidentschaftskandidaten sah er einzig Caldera als stur genug an, den «Rückwärtsgang» einzuschalten, weil er – sein Erzgegner – die Zeit nicht mehr verstünde. [Prophetische Worte, wie wir noch sehen werden.]

Pérez glaubte nicht mehr an die Möglichkeit, vor dem regulären Ablauf seiner Amtszeit die Funktionen nochmals ausüben zu können. Die Gerichte arbeiteten zu langsam … Es dürfte politisch gesehen auch unmöglich sein, dass CAP [Pérez] bei einer allfälligen Freisprechung den Präsidentensessel wiederbesetzte. Die Meinungen im Volk und bei den Parteien waren gemacht.

Venezuela wurde bis zu den Wahlen im Dezember 1993 denn auch vom Übergangspräsidenten Ramón José Velásquez geführt, besser gesagt «verwaltet».

Privates Glück

Nicht alles war so dramatisch wie die letzten zwei Jahre der Präsidentschaft von Pérez. Caracas gefiel meiner Frau und mir sofort. Die Stadt liegt in einem Tal auf 800 m. ü. M., von der Karibik ist sie durch den Hausberg Avila getrennt und daher weniger feucht als die Küstenregion. Sie hat eines der besten Klimata aller Hauptstädte der Welt. Schon Alexander von Humboldt lobte die meteorologischen Bedingungen: «Man hört das Klima von Caracas oft einen ewigen Frühling nennen. Was lässt sich auch Köstlicheres denken als eine Temperatur, die bei Tag zwischen 20 und 26 Grad, bei Nacht zwischen 16 und 18 Grad hält …» Die Metropole glich mit ihren Hochhäusern – abgesehen vom kleinen, kolonialen Altstadtbezirk – amerikanischen Städten. Die Anhöhen, ausgenommen die geschützte Bergseite des Avila, unterschieden sich jedoch von jenen der US-Städte. An vielen Abhängen schachtelten sich die Hütten der Armen ineinander und erinnerten jedermann an die sozialen Gegensätze. Caracas erinnerte diesbezüglich an Rio de Janeiro mit seinen Favelas.

Die Residenz lag im Country Club. Es war eine zweistöckige Villa im kalifornischen Stil. Den Garten bauten meine Gattin und ich von einem zentraleuropäischen in einen tropischen um, was sich später als sehr nützlich erweisen sollte. Wir waren wie der verstorbene Schweizer Botaniker aus Bex, Henri François Pittier (1853–1950), von der üppigen, vielfältigen Pflanzenwelt begeistert. Pittier war ein Pionier für die Schaffung der Nationalparks in Venezuela. Der erste dieser Parks in der Nähe der Stadt Maracay erhielt zu Recht seinen Namen. Kurz vor seinem Tod offerierte ihm die Regierung den Orden Miranda und eine Silberplat-

Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Botschaft in unserem Garten. In der Bildmitte meine Frau Gloria und unsere beiden Kinder Pablo und Paloma. Privatarchiv Ernst Iten

te mit der bewegenden Inschrift: «Jedes Blatt unserer Wälder bewahrt die Erinnerung Ihres Ruhmes.»

Wie verwandelten wir den Garten der Residenz? Am riesigen Mangobaum, dessen Fuss weisse und rote Anthurien umkränzten, hingen Orchideen in ihren Töpfen, Bananen reiften an den Stauden, Kaffeepflanzen versüssten mit ihren Blüten die Luft. Vor der Küche warteten die grünen Nüsse einer Kokospalme, bis Ramón, der Hausmeister, sie abschlug, in den Kühlschrank legte und je nach Durst des Hausherrn herausnahm und mit der Machete öffnete. Ein köstliches Getränk. Caracas gefiel uns so sehr, dass meine Frau und ich daran dachten, nach der Pensionierung dauerhaft hier zu leben.

Das grösste Glück bereiteten uns aber die Geburten unseres Sohnes Pablo Andres am 3. September 1992 und unserer Tochter Paloma am 23. September 1994.

Die Schweizer Residenz hatte gegenüber dem Golfplatz eine grosse überdachte Terrasse, der sich ein Rasenplatz anschloss. An der Ostseite des Grundstückes schützten zehn Meter hohe Bambusstauden den Garten vor verirrten Golfbällen. Ich schlug darin einen Pfad heraus, damit unsere Kinder sich wie Peter Pan vor den Piraten verstecken konnten.

Interessante Begegnungen

Im August 1992 besuchte mich eine elegant gekleidete Dame auf dem Büro. Sie war Historikerin und hiess Nieves Avellán de Tamayo. Ihre Studien galten den

Die Residenz vom Golfplatz aus mit dem Avila im Hintergrund. Privatarchiv Ernst Iten

Gründerfamilien Venezuelas. Ihre eigenen Wurzeln reichten zurück bis zu den ersten Einwanderern. Sie brachte zwei Bücher mit, die soeben von der Biblioteca de la Academia Nacional de la Historia herausgegeben worden waren. Der Titel des doppelbändigen Werkes lautete: «La nueva Segovia de Barquisimeto». Sie bat mich, die Bücher an das Stadtarchiv von St. Gallen zu schicken. Während ihrer Nachforschungen hatte sie entdeckt, dass unter den ersten Einwanderern zwei Schweizer waren, die aus der Gallus-Stadt stammten. Am nächsten Tag brachte ihr Chauffeur einen Doppelband für mich. Die Geschichte dieser ersten Schweizer faszinierte mich, und ich schrieb einen Artikel, den die *NZZ* am 12. Oktober 1992 publizierte, also just an jenem Datum, das mit dem 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus zusammenfiel. Ich gebe ein paar Auszüge aus dem Text:

> Das Interesse in der Schweiz an der Neuen Welt regte sich sehr früh. Bereits zwei Jahre nach der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus erschien 1494 in Basel ein mit Holzschnitten versehener Bericht über das Ereignis. […] Die ersten Schweizer in der Neuen Welt waren wahrscheinlich die St. Galler Ritz und Grubel, die 1529 bzw. 1535 unter den Welsern nach Venezuela zogen. Beide waren hier namentlich bekannt. […] Sie wurden von den meisten Historikern aber unter die Deutschen eingereiht […]. In dem soeben publizierten, zweibändigen Werk […] von Nieves Avellán de Tamayo wird deren Herkunft nach intensiven Nachforschungen […] jetzt geklärt. […] Die Welser spielten bei der Besiedlung Venezuelas durch die Europäer eine wichtige Rolle. Kaiser Karl V., der gleichzeitig König Karl I. von Spanien war, verdankte seine Wahl zum Kaiser finanzkräftigen Kapitalgebern. Einer der Gläubiger war das Augsburger Handels- und Finanzhaus der Welser. Der Monarch übertrug ihm zum Ausgleich von Schulden am 27. März 1528 Souveränitätsrechte über das heutige Gebiet von Venezuela. […] Die Hoffnung, in Venezuela reich zu werden oder das Goldland «El Dorado» zu finden, zerschlug sich für die Welser bald.

> […] Im Jahre 1556 verzichtete Bartholomäus Welser der Ältere nach jahrelangen Prozessen endgültig auf alle Ansprüche auf das Gebiet …
> Wie erging es den beiden Schweizern in Venezuela? Anhand des erstaunlichen Quellenmaterials, das die Verfasserin zusammenstellte, ergibt sich ein guter Einblick in das Leben dieser Siedler. Der Ablauf der Ereignisse widerspiegelt individualisiert, was wir sonst generell von der spanischen Kolonialherrschaft wissen: «nach ersten ‹Mischehen› mit Indianerinnen [erfolgte] eine langsame Absonderung und Herausbildung einer lokalen Elite, die Zuteilung von Land und Indios im Rahmen der *Encomiendas* und ein steigender Widerstand gegen unliebsame Gesetze der Krone, denen man zwar gehorchte, aber nicht nachlebte (‹se obece, pero no se cumple›)».
> Joaquim Ritz kam 1529 als Schatzmeister der Welser nach Venezuela. Er lebte in Coro, dem Hauptort bei der Küste, wo er sich eine Indianerin vom friedlichen Stamm der Qaquetíos und getauft auf den Namen Maria zur Begleiterin nahm. Von ihr bekam er zwei uneheliche Söhne. Vater Ritz, der wie sein Landsmann Grubel in Venezuela blieb, als sich die Welser zurückzogen, bekam offenbar im Alter Gewissensbisse. Am 15. Dezember 1569 schrieb er dem König und bat ihn um die rechtliche Anerkennung seiner zwei Kinder. […]
> Der zweite Schweizer, Melchor Grubel, aus Grub (Kanton St. Gallen) stammend, kam etwa 1535 nach Coro als «Bevollmächtigter und Verwalter der Güter und Finanzen der Welser». Er war begleitet von seinem minderjährigen Sohn Leonard. Melchor scheint einen Hang zur Teilnahme an Eroberungen gehabt zu haben. Er zog mit Federmann im *Cabo de la Vela* ein, von wo er «verwahrlost» zurückkehrte. 1545 treffen wir ihn bei der Gründung der Stadt Tocuyo und 1552 bei der Grundsteinlegung von Barquisimeto an. Er erhielt dort sieben *Encomiendas* als Anerkennung der Dienste. Diese Güter und die Indianer übernahm sein Sohn Leonard, während der Vater nach Tocuyo zurückkehrte.
> Leonard Grubel heiratete standesgemäss, nämlich die Tochter des Gouverneurs von Venezuela, Maria de Arias de Valdés. Die angesehene Stellung dieses Schweizers geht auch aus dem ältesten Stadtplan Barquisimetos von 1579 hervor. Sein Haus stand am Hauptplatz. Diese *Plazas* säumten gemäss dem ordnungspolitischen Konzept der Spanier an prominentester Stelle die öffentlichen weltlichen und kirchlichen Gebäude. […]

Die Kontakte zur Autorin rissen nicht ab. Nieves lud meine ganze Familie einige Monate nach unserer ersten Begegnung auf ihren Landsitz Yogore ausserhalb der Stadt Tocuyo ein. Es ist eines der ältesten Hazienda-Häuser Venezuelas und wurde im 16. Jahrhundert errichtet. Hatte Grubel hier gelebt? Die Gastgeberin konnte dies nicht eindeutig beantworten, schloss es aber auch nicht aus. Im prächtigen Bildband «Casa Venezolana» von Graziano Gasparini wird dieses Hazienda-Haus im italienisch-spanischen Renaissancestil abgebildet und beschrieben.

Der Schriftsteller Uslar Pietri

Schon als Gymnasiast hatte ich 1963 eine Kurzgeschichte von Uslar Pietri im Band «Lateinamerika erzählt» der Fischer-Bücherei gelesen. Grund genug, ihn zu besuchen. Mitte August 1992 empfing der Schriftsteller Gloria und mich in seinem Haus im Quartier La Florida. Seine Gattin öffnete uns die Tür. Im Leseraum beugte sich der bereits betagte Uslar Pietri über ein Vergrösserungsglas, das an einer Tafel befestigt war. «Ich sehe nicht mehr gut, und diese Vorrichtung hilf mir beim Lesen», erklärte er. Dann streckte er uns seine Hand zur Begrüssung entgegen und bat uns, auf den Sesseln Platz zu nehmen. Seine Gattin brachte uns Fruchtsäfte. Ich schilderte ihm, wie ich ihn schon als Gymnasiast geschätzt hätte, als ich seine erste Kurzgeschichte las. Dann streiften wir Schriftsteller, die mit unseren zwei Kontinenten verbunden waren, wie Borges, den ich in Buenos Aires getroffen hatte und der für das Magazin *Lyra* zum 150-jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen Argentinien und der Schweiz das Gedicht «Los Conjurados» (Die Verschwörer) aus Dankbarkeit für seine Jahre in Genf

geschrieben hatte. Als Beispiel für den «umgekehrten Weg», also von unserem Land nach Lateinamerika, erwähnte ich Hugo Loetscher aus Zürich, den ich am 25. Oktober 1983 ebenfalls in Argentinien bei seiner Rückkehr aus Bolivien getroffen hatte und der mir ein paar Exemplare des Büchleins «El descrubrimiento de Suiza por los Indios» («Die Entdeckung der Schweiz durch die Indios») geschenkt hatte. Es seien drei Kapitel aus seinem grösseren Roman «Der Immune». Ich überreichte Uslar Pietri ein Exemplar. Der Hinweis auf die Entdeckung veranlasste unseren Gesprächspartner, auf das epochale Ereignis der Kenntnis der Neuen Welt einzugehen. Die Erschütterung sei nicht nur für die «Indianer» enorm gewesen, sondern habe selbst die theologische Welt in Europa in Aufregung versetzt. Ende des 16. Jahrhunderts stellte sich der Jesuit José de Acosta angesichts der Neuigkeiten des amerikanischen Kontinentes einige Fragen, die erst Jahrhunderte später durch die Theorie Darwins angemessen beantwortet wurden. Der Jesuit wunderte sich nämlich der merkwürdigen Tiere wegen, die er antraf und beschrieb. De Acosta fragte sich, ob diese Tiere in der Arche Noah gewesen waren oder nicht. Wenn sie darin gewesen waren, warum verschwanden sie in der Alten Welt, und wenn sie nicht darin gewesen waren, wie wurden sie in der Neuen Welt kreiert?

Beim Hinausgehen schenkte uns Uslar Pietri den Separatdruck seines Beitrags zum ersten Symposium der iberoamerikanischen Philosophie von 1990 mit dem Titel «Die Erschaffung der Neuen Welt».

Strategiepapier zur Politik gegenüber Lateinamerika

Der Bundesrat präsentierte am 29. November 1993 seinen Bericht zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er-Jahren. Das EDA entwarf dazu Anfang 1994 zum ersten Mal ein Strategiepapier zur Politik gegenüber Lateinamerika und bat die Vertretungen in jener Region, Stellung zu nehmen. Ich sandte am 21. Februar 1994 meine Antwort an die zuständige Politische Abteilung II. Staatssekretär Kellenberger erhielt eine Kopie.

Es sei ausserordentlich positiv und gleiche einer Pioniertat, schrieb ich, dass wir endlich eine systematische und nicht mehr nur punktuelle Politik gegenüber diesem Subkontinent entwickelten. Damit werde eine echte Lücke geschlossen. Der Entwurf gehe von den fünf aussenpolitischen Zielen des bundesrätlichen Berichtes vom 29. November 1993 aus. Der grosse Nachteil gegenüber Europa, wo die ganze Palette an Massnahmen (z. B. die Integration betreffend) zum Tragen komme, bestehe für Lateinamerika darin, dass nicht alle Massnahmen umgesetzt werden könnten. Mir erschien ein Vorgehen sinnvoller, das von den bestehenden schweizerischen Interessen ausging und den hiesigen geografischen Raum im geostrategischen Umfeld situierte. Das Vorgehen stellte ich mir wie folgt vor:

Während im bundesrätlichen Bericht die wichtigsten Akteure Europas mitberücksichtigt seien (z. B. die Haltung der EU und unsere abgestimmte Politik dazu), fehle im Strategiepapier für Lateinamerika der Hinweis auf die Supermacht und gleichzeitig kontinentale Vormacht: die USA. Ich hielte eine konzertierte Aktion mit Washington und anderen wichtigen Akteuren für unerlässlich, und dies entspreche auch gegenwärtig bereits weitgehend unserer Praxis. Die Zeit des *lonely*

riders sei vorbei. Ich nähme an, dass wir auch künftig unsere Haltung gegenüber der Non-Proliferation von Atomwaffen, der Abrüstung, den Drogen, der Geldwäscherei oder zur Regelung von Konflikten mit diesen Akteuren abstimmen würden.

Nebst dieser konzertierten «Einbettung» hätten wir von folgenden schweizerischen Interessen auszugehen: Hier gebe es alte und gut eingelebte Kolonien, die oft entscheidend seien für geschäftliche Erfolge. Lateinamerika unterscheide sich diesbezüglich grundsätzlich von Afrika und dem Grossteil Asiens. Zum unerlässlichen zwischenmenschlichen Kontakt gehörten ferner die Pflege und Unterstützung der hiesigen Schweizer Schulen und die Werbung für Privatschulen in der Schweiz.

Lateinamerika und die Karibik seien für uns weltweit gesehen das drittwichtigste Gebiet für Investitionen, da sie mit ihren 16 Prozent nur von (West-)Europa mit 50 Prozent und Nordamerika mit 25 Prozent übertroffen werden. Diese Region vereinige mit anderen Worten mehr schweizerische Investitionen auf sich als Afrika und Asien inklusive Japan zusammen. (China war damals noch kein Riese.)

Unser Land kenne mit diesem Subkontinent traditionellerweise einen Handelsbilanzüberschuss. Dies sei in Zeiten des Abschwungs oder gar einer Rezession wichtig. Lateinamerika gelte als zweite Wachstumsregion der Welt. Die Entwicklungszusammenarbeit beschränke sich richtigerweise auf die wenigen Schwerpunktländer, wozu Venezuela nicht zähle.

Nebst der Diversifikation im Sinne der Handelsbilanzüberschüsse sei für unser Land auch eine strategische Absicherung gegen mögliche Erpressungen oder eine Minimierung des Risikos wichtig. Europa habe ja bekanntlich wenig bequeme Nachbarn im Osten, im Nahen Osten und im Süden mit Nord- und Subsahara-Afrika. Als offene und relativ ruhige Alternative bleibe nur der Westen, d. h. die «Neue Welt». Gerade in energiepolitischer Hinsicht biete das westliche «Tor» eine Chance, die es nie zu vergessen gelte. Venezuela allein vereinige 15 Prozent der gesamten Weltenergiereserven, und das weltgrösste nachgewiesene Erdöllager befinde sich in Venezuelas Orinoco-Gürtel.

Anschliessend kam ich in meinem Bericht auf die konzertierten Aktionen zurück. Wir sollten unsere Grundsätze gegenüber Lateinamerika mit anderen gleichgesinnten Partnern diskutieren. Im Vordergrund stünden hierbei die USA, Kanada (vor allem für die Entwicklungszusammenarbeit), die Kommission der EU, Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Holland und – je nachdem, welches lateinamerikanische Land im Fokus stehe – die ehemaligen Kolonialmächte Spanien und Portugal. So wie wir in Zentral- und Osteuropa unsere Hilfe und Reformen an den Demokratisierungsprozess anknüpften, so sollten wir die «moralisch-reformatorische» Zusammenarbeit nicht von rein ökonomischen Interessen leiten lassen. Fingerspitzengefühl – wie überall – sei natürlich unabdingbar.

Die Erwartungen Lateinamerikas selbst müssten mitberücksichtigt werden, z. B. die Unterstützung von Reformen. So wie wir bei der technischen Hilfe mit NGOs zusammenarbeiteten, gelte es, andere Kanäle als nur die offiziellen zu nutzen (z. B. Stiftungen).

Im geopolitischen Wettbewerb sei es für Europa generell wichtig, gleich wie die USA die Soft Power einzusetzen. Nicht zu vergessen sei schliesslich die Zusammenarbeit mit regionalen und multilateralen Organisationen.

Im Gespräch mit Präsident Rafael Caldera, Januar 1994. Privatarchiv Ernst Iten

Diese Vernehmlassungsantwort fiel in Bern auf fruchtbaren Boden, und Staatssekretär Kellenberger beauftragte die Politische Abteilung II, ein neues Strategiepapier zu erarbeiten.

Präsident Rafael Caldera

Am 5. Dezember 1993 wurde Rafael Caldera mit gut 30 Prozent der Stimmen zum zweiten Mal Präsident Venezuelas. Um in das Amt zu gelangen, musste er ein eigenes Bündnis schmieden, die Nationale Konvergenz. Die von ihm gegründete COPEI hatte nämlich einen anderen Kandidaten bevorzugt. Der 78-jährige Caldera galt als ehrlich und stand sozialen sowie populistischen Anliegen nahe. Zur Zufriedenheit vieler lehnte er den liberalen Öffnungskurs von Pérez ab. Vor seiner Wahl hatte er mir zwar erläutert, dass er die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Restrukturierung anerkenne, doch müssten die Akzente anders gesetzt werden. Wie sahen diese Akzente aus? Venezuela sollte ihm zufolge von einem Rentnerstaat zu einem Produktionsland werden. Ein dritter Weg, der weder populistisch noch neoliberal sei, sollte dies ermöglichen.

Da Caldera keine Parlamentsmehrheit hatte, rief er Ende Februar 1994 den Notstand aus und hob die verfassungsrechtlichen Wirtschaftsgarantien auf. Burelli Rivas, sein Aussenminister, versicherte mir, dass der wahre Grund für die Notstandsmassnahmen die Einhaltung eines Wahlversprechens gewesen sei: Die

Mehrwertsteuer sollte auf dem Niveau der Konsumenten abgeschafft werden. Die fehlenden Mittel seien durch neue Steuern zulasten der Reichen zu kompensieren.

Und wie reagierte die Opposition? Sehr kritisch zeigte sich der Generalsekretär der AD gegenüber dem neuen Präsidenten. Er verdeutlichte mir, dass Caldera im Stile von Perus Alberto Fujimori das Parlament habe auflösen wollen. Die konsultierten Militärs seien aber mehrheitlich dagegen gewesen.

Da der Staatschef möglichst viele Vollmachten haben wollte, aber keine Vorschläge zur Lösung der Wirtschaftsprobleme vortrug, drehten die (oppositionellen) Parteien den Spiess um und verabschiedeten auf Initiative der AD ein Vollmachten-Gesetz (*ley habilitante*). Caldera nahm dieses Danaergeschenk in einer Fernsehrede vom 5. April 1994 an. Die Wirtschaftskrise des Landes kannte aber bald solche Ausmasse, dass der Präsident Ende Juni die «Notbremse» zog und Devisen- und Preiskontrollen einführte. Diese dirigistischen Massnahmen verschafften Caldera etwas Luft, gingen aber sehr weit: Der Staatschef hob grundsätzliche Garantien auf wie das Recht auf Eigentum oder den Schutz, dass niemand ohne richterlichen Befehl verhaftet werden könne. Wie ich in einem Bericht vom 21. Juli 1994 schrieb, bezweckte der Präsident mit diesen «Notstandsmassnahmen», einfacher in den Besitz und die Kontrolle der Guthaben der von den Interventionen betroffenen Banken zu gelangen und den Spekulanten und Preistreibern einen Riegel vorschieben zu können. Es blieb nicht nur bei Worten. Mit zum Teil massiven polizeilichen Einsätzen wurden «Hexenjagden» betrieben, und ganze Wirtschaftssektoren wie jene der Pharmaindustrie litten unter strafrechtlicher Verfolgung. Auch die Leiter der drei Basler Chemiegiganten kamen auf die Anklagebank!

Fragen des geistigen Eigentums und Einsatz für die Pharmaindustrie

Hier ist der Ort, um auf die eingangs erwähnte «Verbesserung» des Schutzes für das geistige Eigentum einzugehen. Dafür muss ich etwas weiter ausholen.

Am 14. September 1992, also unter Präsident Pérez, schrieb ich einen längeren Bericht an Staatssekretär Blankart vom BAWI. Ich hatte am 26. August ein Treffen mit Dr. Thaimy Márquez gehabt, die vorher das Register für industrielles Eigentum geführt hatte. Sie werde, so erklärte sie mir, künftig als Generalassistentin für Gesetzesfragen beim Industrieministerium wirken und dort das neue nationale Gesetz über geistiges Eigentum vorbereiten. Sie war ausgesprochen offen und erläuterte mir die venezolanische Strategie, nicht zuletzt gegenüber den USA:

Washington sei wegen der angeblich schleppenden venezolanischen Gesetzgebung und der ungewissen Rechtskraft der kürzlich publizierten «Decisión 313» des Andenpaktes, welche die gemeinsamen Regeln für das industrielle Eigentum festhielt, ungeduldig geworden. Die USA strebten darum ein bilaterales Abkommen an. Priorität habe aber für Venezuela die nationale Gesetzgebung. Ein bilaterales Abkommen würde ihrer Ansicht nach primär der US-Exportförderung dienen, und sie selbst hätten nachher kein Druckmittel mehr gegenüber Washington beim Abschluss eines Handelsabkommens. Die Argumente meiner Gesprächspartnerin stimmten mit den Vorstellungen der hiesigen Schweizer Firmenvertreter überein, die eine verbesserte venezolanische Gesetzgebung bevorzugten.

195 Zwei Tage später führte ich eine längere Unterredung auf der US-Botschaft mit Missionschef Michael Martin Skol, der von den Wirtschafts- und Handelsräten begleitet wurde. Von meinen Vorbereitungsgesprächen in der Schweiz wusste ich, dass wir grundsätzlich gleich gelagerte Interessen beim pharmazeutischen Patentschutz vertraten wie die USA. Das bilaterale Vorpreschen Washingtons betrachtete ich jedoch als Achillesferse für ein eventuell koordiniertes Vorgehen, denn die USA spielten gegenüber Venezuela voll ihr geografisches, politisches und wirtschaftliches Gewicht aus. Als Botschafter Skol mich nach einem gemeinsamen Lobbying anfragte, legte ich meine Überlegungen dar. Ich wollte nicht als eine Art «zweiter Botschafter Washingtons» dastehen. Meine Position gegenüber meinem US-Kollegen sah wie folgt aus: Auch wir als drittgrösster Investor in Venezuela erachteten die Erfüllung der drei Bedingungen, also Investitionsschutz, Doppelbesteuerung und erhöhten Schutz des geistigen Eigentums, als wichtige Anreize für Investitionen. Ich machte dabei den Venezolanern verständlich, dass sie nicht die Einzigen seien, die Investitionen und Kapital wollten. Gerade für uns Europäer habe seit 1989 (Fall der Berliner Mauer) eine politisch und wirtschaftlich «neue» Zone an Bedeutung gewonnen, nämlich Zentral- und Osteuropa. Wenn sie, die Venezolaner, sich nicht attraktiver für Investitionen machten, würde sich die Blickrichtung unserer Leute weiter Richtung Osten oder Asien verschieben. Noch hätten die Lateinamerikaner aber einen Vorteil: Hier wüssten die Menschen, was ein Markt sei, während in vielen Kreisen im östlichen Europa infolge der kommunistischen Ideologie diese Kenntnis fehle oder noch rudimentär sei. Ewig halte dieser Wissensvorsprung aber nicht an.

Skol fand diese Argumente so interessant, dass er mich unterbrach und meinte, diese Punkte eigneten sich für ein Lobbying bestens. Ich erwiderte ihm, dass ich damit schon begonnen hätte. Gerade heute sei ein diesbezügliches Interview mit mir in der Wirtschaftszeitung *Economía Hoy* erschienen. Bevor wir über ein koordiniertes Vorgehen sprächen, würde ich mich gerne über ihr bilaterales Abkommen unterhalten und darüber, welche Haltung die USA zu einer revidierten venezolanischen Gesetzgebung im Rahmen der Andenpakt-Entscheidung 313 einnähmen.

Skol und seine zwei Kollegen reagierten wie folgt: Die USA seien bei der Frage einer revidierten venezolanischen Gesetzgebung flexibel. Sofern Caracas den Standard, den Washington wünsche, legalisiere, würden sie sich zufriedengeben. Die Andenpakt-Entscheidung sähen sie ähnlich wie wir: Sie gehe in die richtige Richtung, sei aber ungenügend.

Auf meinen Wunsch gab mir Skol den Entwurf für ihr bilaterales Abkommen über geistiges Eigentum, den sie dieser Tage den Venezolanern vorlegen wollten. Mein amerikanischer Kollege versuchte danach, meine Bedenken wegen ihres bilateralen Vorgehens zu zerstreuen. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Venezolaner einen Vertrag abschlössen, der nicht *ergo omnes*, also für alle, gelten würde.

Wie ging es weiter?

Die Industrie und unsere Botschaft konnten unter dem liberalen System von Pérez mit Interventionen und Vorsprachen auf allen Niveaus – vom Präsidenten über die Minister und Parlamentarier – einige Erfolge zum verstärkten Schutz des geistigen Eigentums verzeichnen. Nach der politisch-juristischen «Entmachtung» von Pérez im Mai 1993 begann sich das Bild zu verdüstern. Das Land wich unter dem Übergangspräsidenten Velásquez zusehends vom liberalen Kurs ab und schlug im Februar 1994 unter Caldera eine antiliberale, staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik ein, die seit Juni 1994 wie gesagt Preis- und Devisenkontrollen kannte. Das Ganze gipfelte in der oben erwähnten strafrechtlichen Verfolgung der Direktoren der drei Basler Pharmafirmen wegen angeblicher Preisbetrügereien. Ich intervenierte deswegen sogar bei Präsident Caldera. Ernüchternd für mich hielt er fest, dass er die Schweiz achte, aber nie gedacht habe, dass wir Direktoren hätten, die solche Verbrechen begingen. Die Justiz, wie nicht anders zu erwarten, stellte nach einigen Monaten die Verfahren stillschweigend ein. Was blieb, war ein Scherbenhaufen aus Misstrauen und antiwirtschaftlichen Gefühlen. Da die Industrie nicht ewig mit Verlusten arbeiten konnte und dazu noch als Sündenbock dargestellt wurde, kam es, wie es kommen musste. Sandoz und Ciba-Geigy schlossen im Rahmen der generellen Restrukturierung die Pharmaproduktion in Venezuela. In einem längeren Kabel an Staatssekretär Blankart resümierte ich am 1. Mai 1995 dieses «Trauerspiel». Die Chemieunternehmen schickten mir einen Dankesbrief für meinen Einsatz.

Vorwärts zurück

Die im Juni 1994 gezogene Notbremse mit Devisen- und Preiskontrollen wurde aus Angst vor Korruptionsfällen so rigoros gehandhabt, dass der Devisenverkehr praktisch zum Stillstand kam. Selbst Botschaften waren davon betroffen. Importierte Lebensmittel wie Kaffee waren nicht mehr erhältlich. Wie wehrten wir uns auf der Residenz? Meine Gattin beauftragte unseren Hausmeister, die Kaffeebohnen im Garten zu pflücken und zu rösten. Die schweizerische Residenz war in der Folge die einzige Mission, die immer Kaffee servieren konnte.

Caldera sah schliesslich ein, dass eine progressive Lockerung der Devisen- und Preiskontrollen unabdingbar wurde. Der persönliche Berater des Präsidenten, Wirtschaftsprofessor Raúl Sosa, verheiratet mit einer Schweizerin, wurde ein guter Freund von uns. Er erläuterte mir, dass die Situation für den Staatschef komplexer war, als sie schien. Es gebe drei Tendenzen: die Antiliberalen, zu denen ideologisch Caldera selbst zählte, die gemässigten Liberalen um Wirtschaftsminister Poletto und die Ex-Kommunisten, die den inzwischen vom Präsidenten freigelassenen Putschistenführer Hugo Chavez umgaben. Das Tauziehen um den wirtschaftlichen Kurs spielte sich zwischen den ersten zwei Strömungen ab.

Die schwankende Haltung bei der Politikformulierung hatte ich im Juli 1994 selbst erfahren, als ich mich mit Vizefinanzminister Luis Xavier Grisanti über die dirigistischen Massnahmen unterhielt: Sie hätten zwar orthodoxe (sprich liberale) Lösungen studiert, doch hätten sie sich wegen des sozialen Friedens für eine

197 heterodoxe Politik entschieden. Die Lage zusammenfassend hielt Raúl Sosa daraufhin fest:

> Wäre Venezuela ein typischer Fall eines Entwicklungslandes, müssten die gemässigten Liberalen bereits gesiegt haben. Weil der Staat aber jeden Monat aus dem Erdöl mehrere Millionen US-Dollar in *cash* erhält, sind die allfälligen Fehlentscheide verkraftbar oder zeigen ihre Folgen erst später […].

Der Präsident selbst lavierte zwischen rückwärtsgewandtem Staatsinterventionismus und zögerlichem Öffnen. Die Liberalisierung wurde schliesslich dort geduldet, wo Venezuela im weltwirtschaftlichen Vergleich Vorteile hatte wie etwa auf dem Erdöl- und Minensektor. So konnten ab 1996 ausländische Firmen an der Ausbeutung des schwarzen Goldes teilnehmen. Diese Öffnung hatte hingegen den schwerwiegenden Nachteil, dass sich das Land nicht diversifizierte, sondern sich noch stärker dem Erdöl verpflichtete. Der Rest der Wirtschaft hing am staatlichen Gängelband.

Wie sahen die USA diese Politik? Jeffrey Davidow, der neue Botschafter Washingtons, der später Unterstaatssekretär für Lateinamerika wurde, resümierte mir gegenüber die Haltung der USA wie folgt: Ihr Hauptanliegen sei der Erhalt der demokratischen Staatsform. Diesen sichere Caldera zu. Davidow sah weniger die Gefahr eines Militärputsches von oben als die Möglichkeit einer Kombination von sozialen Unruhen und der Solidarisierung der mittleren und unteren militärischen Hierarchie mit der Bevölkerung.

Aussenpolitisch setzte Caldera ebenfalls neue Akzente. Während Pérez das Land klar auf die USA und einen Beitritt zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) ausgerichtet sowie die Beziehungen zu Kolumbien privilegiert hatte, liebäugelte Caldera mit Drittweltideen. Er betrieb gegenüber Bogotá eine Eindämmungspolitik. Der neue bevorzugte Nachbar hiess Brasilien.

Die rückwärtsgewandte Politik Calderas stiess aber bald an ihre Grenzen. Venezuela erschien je länger, je mehr als getriebenes Land. Weil der Erdölpreis nicht stieg und es auch nicht zu einer von der Regierung erhofften Krise im Nahen Osten kam, gingen dem Staat die Mittel aus. Das Fiskaldefizit überstieg zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts! Der Präsident sah sich im Oktober 1995 gezwungen, den Canossagang zum IWF zu beschreiten.

Verzögerte Strukturanpassungen fallen drastischer aus als frühzeitig eingeleitete Reformen. Obwohl die sozialen Spannungen in diesem verwöhnten Staat anstiegen, verzichtete die Opposition auf laute Kritik, denn die Angst vor einem zweiten Aufstand wie im Februar 1989 gegen Pérez sass tief. Venezuela blieb ein weitgehend paralysierter Öl-Gigant.

Erstaunlich war bei Calderas Zickzack-Kurs, dass diesmal alle grossen Parteien und eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung ein Stabilisierungs- und Restrukturierungsprogramm wollten. Welcher Unterschied zu den Bemühungen unter Pérez! Während CAP 1989 die Reformen weitgehend ohne Volksmehrheit angeführt hatte, so bildete jetzt der Präsident den Bremsfaktor. Das Land schien reif, vom Erdölrentensystem abzukehren. Bevor die letzten Hindernisse an der Staatsspitze beseitigt werden konnten, galt es, den Papstbesuch vom Februar 1996 abzuwarten.

Katholische Kirche: Papstbesuch und neuer Nuntius in der Schweiz

Ich schickte vor der Visite des Nachfolgers von Petrus einen längeren Bericht nach Bern, dem ich hier kurze Ergänzungen in eckigen Klammern beifüge:

> Die neue Welt wurde mit Schwert und Kreuz erobert und entwickelte sich dank der spanisch-portugiesischen Herrschaft zu einer kulturell weitgehend einheitlichen Region. Die Allianz des Kreuzes mit dem Schwert bedeutete aber auch, dass die Kirche sich eng an die dominierende Schicht anband und im sozio-ökonomischen Bereich mehrheitlich die Interessen der Oberklasse vertrat. Die Armen wurden allzu leicht mit der Hoffnung auf bessere Zeiten im Jenseits vertröstet. Rom trifft deshalb eine Mitschuld am sozialen Graben Lateinamerikas, wo so wenige so viel und so viele so wenig besitzen.
>
> Die Kirche war aber nie ein monolithisches Gebilde. Die zwei Richtungen des christlichen Kreuzes, die horizontale und die vertikale, geben die verschiedenen Tendenzen wieder. Die Waagrechte steht für das soziale, auf die Armen ausgerichtete Wirken, die Senkrechte für das spirituelle Streben. Lateinamerika kannte im Verlaufe der Geschichte hervorragende Verfechter der sozialen Gerechtigkeit. Erinnert sei an den Dominikanermönch und Bischof von Chiapas (Mexiko), Bartolomé de las Casas, die Jesuiten in Paraguay mit ihren (teils umstrittenen) «Missionen» oder die Verfechter der Befreiungstheologie. Die Tragik der letzteren war es, dass sie sich nicht genug auf anerkannte Streiter für die Entmachteten abstützten, die in der Hemisphäre selbst gewirkt hatten, sondern sich einer extrakontinentalen und atheistischen Ideologie, dem Marxismus, genähert hatten. Sie machten es dadurch ihren Gegnern leicht, sie zu bekämpfen. Letztere fanden beim damaligen Papst Johannes Paul II., der aus eigener Erfahrung den Kommunismus kannte, offene Ohren. Darunter litten einmal mehr die Armen, die in diesem Streit leer ausgingen. Die reaktionäre, aber effiziente Bewegung «Opus Dei» gewann dafür in Lateinamerika Spielraum und Einfluss.
>
> Noch mehr als die inneren Flügelkämpfe machte der Kirche der zunehmende externe Einfluss evangelikaler Sekten zu schaffen. Vor gut 50 Jahren startete der US-Vizepräsident Rockefeller und in seinen Fussstapfen Präsident Reagan eine Missionierung, die den politisch-ökonomischen Interessen Washingtons dienen musste. Die kulturell einheitliche Region Lateinamerika sollte religiös gespalten werden, um sie leichter beherrschen zu können. Die prozentual grösste Anhängerschaft hatten diese Sekten [damals] in Guatemala, wo rund ein Drittel der Bürger sich zu ihnen bekannte. Heute sind sie überall sehr prominent vertreten. [So gehörte Brasiliens ehemaliger Präsident Bolsonaro einer dieser Sekten an.] Die politische Ausnützung dieser Neu-Gläubigen zeigte sich während des Kalten Krieges in Zentralamerika, als Dutzende von mormonischen Geistlichen von der CIA besoldet wurden. Die Sekten, respektive deren Missionare, wurden laut meinen katholischen und protestantischen Quellen zunehmend für die Wirtschaftsspionage gebraucht. So setzten z. B. multinationale Unternehmen der USA im Süden Venezuelas zielgerichtet Sektenprediger ein, welche den Indianern «Geheimnisse» über Naturheilpflanzen und Bodenschätze (Diamanten, Gold) entlocken mussten. Der Traum von «El Dorado» und die Hoffnung auf ein Aids-Heilmittel, nachdem im Amazonas-Urwald schon das Penizillin entdeckt worden war, gingen offenbar weiter.

Rom stellte die Papstreise nach Zentralamerika und Venezuela deshalb bewusst in den Dienst der Re-Evangelisierung. Während der Visite von Papst Johannes Paul II. am 9.–11. Februar 1996 wurde das ganze diplomatische Korps samt Ehegattinnen zu einem Empfang in die Residenz des Präsidenten geladen. Erinnerungsfotos durften natürlich nicht fehlen. Auf einem Schnappschuss sieht man, wie ich dem Papst die Hand reiche, er aber meine Frau anschaut. Selbst ein designierter Heiliger wie er erlag ihrem Charme.

Der Nuntius für Bern

Im Sommer 1997 wurde der Nuntius in Caracas, Oriano Quilici, vom Papst zum neuen Vertreter des Heiligen Stuhles in Bern ernannt. Meine Gattin und ich kannten ihn gut. Er hatte in der Nuntiatur unsere zwei Kinder getauft. Oriano Quilici

Begegnung mit Papst Johannes Paul II während dessen Visite im Februar 1996. Privatarchiv Ernst Iten

war damals schon gezeichnet von seinem Krebsleiden, das zu seinem frühen Tod in der Schweiz führte. Die Beziehungen zu ihm vertieften sich nach seiner Ernennung. Wir besprachen mehrere Male die Fragen des Bistums Chur. Bischof Wolfgang Haas galt als sehr konservativ in der Glaubenslehre und hatte ein paar umstrittene Personalentscheide gefällt. Im Hinblick auf die Überreichung des Beglaubigungsschreibens am 2. Oktober 1997 durch Oriano Quilici schrieb ich am 4. September 1997 zwei Briefe an Bundespräsident Arnold Koller und Aussenminister Flavio Cotti. Beide Bundesräte unterstützten nämlich die Suche nach einer Lösung im Bistum Chur. Um den Vertreter des Heiligen Stuhles besser einordnen zu können, schilderte ich den beiden Magistraten in Bern die Reaktion des Nuntius auf die Pressemitteilung vom 25. August über das Treffen von Bundesrat Cotti mit Vertretern der Kantonsregierungen. Als gewiefter, erfahrener Vertreter des Papstes verstand es der Nuntius in der Regel ausgezeichnet, schwierigsten Problemen elegant auszuweichen. Bei der Lektüre des Pressekommuniqués vergass er für einen Moment seine zurückhaltende Natur. Der «Fall Haas» bewegte ihn so sehr, dass er das Problem von drei Seiten anging:

1. Der Vatikan könne und wolle sich aus prinzipiellen und präjudiziellen Gründen politischem Druck nicht beugen.

2. Auf rein kirchlicher Ebene habe es bis 1983 eine juristische Basis gegeben, um eine Absetzung oder Versetzung eines Bischofs in die Wege zu leiten. Das damals gültige kanonische Recht kannte die Klausel des *odium plebis.* Diese Regelung ging so weit, dass sie sogar angerufen werden konnte, wenn der «Zorn des Volkes» ungerechtfertigt war und nicht von allen geteilt wurde. Die *raison d'être* einer solchen Massnahme habe auf der Überlegung beruht, dass das «Wohl der Seelen» das höchste Gut sei. *In extremis* habe diese Klausel, welche nach dem Wortlaut des kanonischen Rechts nur für Pfarrherren galt, auch auf Bischöfe ausgedehnt werden können. Die «sehr weise Regel» des *odium plebis* figuriere leider nicht mehr im neuen Kodex, den der jetzige Papst im fünften Jahr seines Pontifikates (also 1983) in Kraft gesetzt habe.
3. Als eine Art Lehre aus den Vorfällen im und um das Bistum Chur zitierte Oriano Quilici seinen Landsmann Alfredo Pacini, der vor rund 20 Jahren Nuntius in Bern gewesen war und anschliessend von Papst Johannes XXIII. zum Kardinal in Rom ernannt wurde: «Die Schweizer kennen ihre Leute besser, und wir sollten es grundsätzlich ihnen überlassen, wen sie als Bischofskandidaten vorschlagen». Diese Worte seines klugen Vor-Vorgängers und «Vorbildes» gälten immer noch. Etwas resigniert fügte er bei: «Damals (unter Papst Johannes XXIII.) herrschte in Rom eben noch ein anderes Klima».

«Stecken wir also in einer Sackgasse, wenn äusserer politischer Druck aus grundsätzlichen Überlegungen wegfällt und innerkirchliche Absetzungsregeln wie das *odium plebis* nicht mehr gelten?», fragte ich ihn. Monsignore Quilici konnte und wollte diese Auffassung nicht teilen. Es gebe noch Möglichkeiten, doch wolle er sich dazu (noch) nicht äussern. Er verwies auf den gegenwärtigen Ad-limina-Besuch der Schweizer Bischöfe im Vatikan, seine geplanten eigenen Konsultationen in Rom ab Mitte September und die Kontaktaufnahme in der Schweiz nach der Überreichung des Beglaubigungsschreibens. Gestützt auf ein umfassendes Bild wolle er dann dazu beitragen, eine Lösung zu finden.

Am 9. September schickte ich nach einem weiteren Treffen mit dem Nuntius ein Kabel nach Bern, um die zwei Briefe zu ergänzen. Monsignore Quilici wirkte nach dem Abschluss des Ad-limina-Besuches der Schweizer Bischöfe beim Papst in Castel Gandolfo resigniert. Obwohl das kirchliche Oberhaupt in seiner Schlussrede einige wichtige Wegmarken hervorgehoben hatte, zweifelte der Nuntius, ob unter dem derzeitigen Oberhirten eine Lösung für Chur würde erreicht werden können. Hinter Bischof Haas stünden zu viele ökonomisch-finanzielle Interessen rechtsstehender Kirchenkreise im Stile von Opus Dei, und der Papst, der während des Kalten Krieges eine eminent wichtige Rolle gespielt habe, werde kaum Positionen aufgeben, die er ein Leben lang vertreten habe. Am besten sei es, die Wogen glätten zu lassen und auf Glück zu hoffen.

Ich fügte dem Text am Schluss ein leicht ergänztes Zitat aus Dantes «Göttlicher Komödie» bei: «Non lasciate ogni speranza voi qu'entrate.» Die Hoffnung erfüllte sich rascher, als vom Nuntius befürchtet: Am 2. Dezember 1997 wurde Bischof Haas vom Papst zum Erzbischof in Vaduz wegbefördert.

201

Der Taktiker Caldera

Caldera sah sich 1996 mit seinem Zickzack-Kurs zwischen Neoliberalismus und Neopopulismus so sehr in die Enge getrieben, dass er im Frühling jenes Jahres die bittere Pille einer orthodoxen Politik schlucken musste. Er bezeichnete das Programm als «Agenda Venezuela». Der Präsident erwies sich in seiner Vorgehensweise als gewiefter Taktiker, indem er Wasser und Feuer zu verbinden verstand. Dies zeigte sich an den neuen Mitgliedern des Wirtschaftskabinetts. Entwicklungsminister wurde Rojas Parra, der früher Präsident der Fedecameras, des hiesigen Vorortes (heute Economiesuisse), gewesen war und als Vertreter der protektionistischen Oligarchie galt. Als fünfter (!) Planungsminister wurde Teodoro Petkoff ernannt, der einst ein linksextremer Guerillakämpfer gewesen war. Dieses Wirtschaftskabinett sollte nun ein liberales, marktwirtschaftliches Wirtschaftsprogramm umsetzen. Insbesondere die Wahl Petkoffs war ungewöhnlich. Er selbst erklärte ein gutes Jahr später in einem Büchlein, bei dessen Präsentation ich dabei war, «warum ich mache, was ich mache». Er verdeutlichte darin die Gründe für eine kontrollierte Marktöffnungspolitik. Am 12. Juli 1996 unterschrieb das Land ein Beistandsabkommen mit dem IWF über 1,4 Milliarden US-Dollar. Damit die Zeremonie vor heimischem Publikum nicht wie ein Canossagang aussah, unterzeichnete der eigens nach Caracas gereiste Generaldirektor des IWF, Michel Camdessus, das Dokument stehend am Pult des – sitzenden – Calderas.

Nach so viel Hin und Her hatte Gott einmal mehr Erbarmen mit Venezuela: Die neue Auseinandersetzung zwischen dem Irak und den USA im August und die einstweilige Blockierung des geplanten Öl-gegen-Nahrungsmittel-Arrangements zwischen der UNO und Bagdad liessen die Erdölpreise rasant steigen. Weil Venezuela gleichzeitig die Förderung massiv über die OPEC-Quote von 2,35 Millionen Barrel anhob, erzielte das Land Mehreinnahmen von vier Milliarden US-Dollar. Die zweite Tranche des IWF-Kredites wurde prompt nicht abgerufen.

Von der fünfjährigen Regierungszeit Calderas galt das Jahr 1997 als das erfolgreichste. Sogar US-Präsident Bill Clinton machte im Oktober in Caracas halt. Caldera hatte mit seiner liberalen «Agenda Venezuela» dem Land endlich wieder zu Wachstum verholfen. Der Lernprozess war langwierig und kostspielig gewesen. Venezuela hatte wie schon unter Pérez mit einer orthodoxen Wirtschaftspolitik grosse Zukunftsperspektiven. Unter dem nächsten Präsidenten sollte aber alles wieder anders werden.

Besuch des Ständeratspräsidenten

Der Besuch des Ständeratspräsidenten Edouard Delalay (CVP, VS) war der höchste Besuch eines Politikers, den ich aus der Schweiz empfangen durfte. Er weilte vom 28. bis 31. Oktober 1997 in Caracas. Meine Mitarbeiter und ich hatten ein dichtes Programm zusammengestellt. Wir wollten ihm auch einiges von Venezuela ausserhalb der Hauptstadt zeigen. Die Besuchsreihe begann im Parlament, wo mehrere Traktanden auf eine Behandlung durch die venezolanische Legislative warteten. Delalay besprach mit den Präsidenten der zwei Kammern die Ratifizierungen des Doppelbesteuerungsabkommens und der zwei Zusatzprotokolle

zu den Genfer Konventionen. Er hoffte zudem auf die Zustimmung der venezolanischen Legislative zum Projekt der integrierten ländlichen Telekommunikation. Swisscom, damals noch eine öffentliche Korporation, hatte im Konsortium Digitel, zusammengesetzt aus anderen nationalen und ausländischen Gruppen, die Ausschreibung gewonnen. Das Projekt sah Investitionen von 610 Millionen US-Dollar und die Anstellung von Hunderten von Mitarbeitern vor.

Dieses Projekt wurde dann zu Beginn der Präsidentschaft von Hugo Chavez eingeweiht. Ich erhielt bei jener Gelegenheit die gewohnte Umarmung des Präsidenten und den Willkommensgruss: «Hola hermano» (Hallo Bruder), was später unsere Kinder amüsierte, wenn sie Chavez im Fernsehen sahen: «Papi, dein Bruder spricht!»

Am anderen Tag flogen wir von dem mitten in der Stadt gelegenen Flughafen La Carlota, der am 27. November 1992 einer der Schauplätze des Putsches gegen Pérez gewesen war, in einer von Holderbank offerierten Maschine nach Coro, wo die ersten Schweizer sich in der Neuen Welt niedergelassen hatten. Das Zentrum jener Stadt aus der Kolonialzeit ist so gut erhalten, dass es von der UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde. Die Reise ging am Nachmittag weiter nach Puerto Cumarebo, um die Fabrik Cementos Caribe zu besichtigen. Diese Anlage war vor relativ kurzer Zeit von Holderbank gekauft worden, und Thomas Schmidheiny, Geschäftsführer und Verwaltungsratspräsident des Zementriesen, hatte sich im September 1996 eigens dazu nach Venezuela begeben. Ich kannte Thomas gut, denn wir hatten miteinander die Primarschulbank in Heerbrugg gedrückt. Am letzten Tag offerierte Präsident Caldera zu Ehren von Ständeratspräsident Delalay ein Mittagessen im Palacio Miraflores.

Rettung des Colegio Helvetia in Bogotá

Während des Mittagessens, das Caldera am 31. Oktober 1997 für Ständeratspräsident Delalay gegeben hatte, sass ich rechts vom Staatschef. Im Verlaufe der zwanglosen Gespräche kamen wir auf die Bedeutung der Erziehung zu sprechen. Ich erwähnte dabei gegenüber Caldera, was ich in Bogotá bei meinem letzten privaten Besuch erlebt hatte. Meine Gattin und ich wurden von meinem Freund Jorge Röthlisberger, einem angesehenen Mitglied der Schweizer Kolonie in Kolumbien, in den Country Club zum Mittagessen eingeladen. Jorge schilderte uns unter Tränen, dass das Colegio Helvetia, dessen Boden seine Familie einst der Schule geschenkt hatte, bald verschwinden werde. Die Kolumbianer wollten die Avenida Boyacá verbreitern und bräuchten dazu vom Colegio so viel Terrain, dass ein Weiterbestehen der Unterrichtsstätte nicht mehr möglich sei. Auf meine Frage, was die Kolonie dazu sage, meinte Jorge, sie sei gespalten. Die meisten glaubten, man könne die Entwicklung nicht aufhalten, und Autobahnen gehörten nun einmal dazu. Ich entgegnete ihm, dass ich dies nicht verstünde. Zur Entwicklung eines Landes gehörten nicht nur Strassen, sondern insbesondere Schulen. Ohne sie sei eine Zukunft kaum vorstellbar. Ich sei zwar nur Gast in Kolumbien, aber wir würden uns überlegen, ob wir etwas tun könnten. Im Hause meiner Schwiegereltern sprachen wir über den Fall. Der Schwager meiner Gattin, Enrique Osorio, dessen Kinder ins Colegio Helvetia gingen, versprach, mit seinem Bruder Ramiro

Bei einem Cocktail für Thomas Schmidheiny in unserer Residenz im September 1996. V.l.n.r.: Félix Sáez Ibarra, Leiter der Cementos Caribe; Thomas Schmidheiny, Geschäftsführer und Verwaltungsratspräsident von Holderbank; Markus Ackermann, Konzernleitung Holderbank und Jacobo Salas Romer. Privatarchiv Ernst Iten

zu reden. Dieser sei ein guter Freund des Präsidenten. Zwei Tage später gab uns Enrique Bescheid: Als Kulturbeauftragter der Regierung (und bald darauf erster Kulturminister von Kolumbien) könne er, Ramiro, zwar nicht in die Kompetenz anderer Ministerien eingreifen, doch habe er den Präsidenten von der Notwendigkeit einer Bewahrung des Colegio überzeugen können. Der Staatschef habe ihm zugesichert, dass er bereit sei, die Schule als Bien de Interés Cultural (Stätte mit kulturellem Wert) einzustufen. So könnte sie nicht mehr zerstört werden. Dies geschah, und wer heute die Avenida Boyacá befährt, sieht, dass die Autobahn auf der Höhe der Schweizer Schule einen Bogen macht. Das Colegio war gerettet, samt der Kapelle, in der Gloria und ich geheiratet hatten.

Caldera gefiel die Geschichte, kannte er doch den Mechanismus der *palanca* (des Hebels) bestens, bei dem so vieles dank Beziehungen möglich wird. Er fügte verschmitzt bei: «Embajador, Usted es más Latino que Suizo» (Herr Botschafter, Sie sind mehr Lateiner als Schweizer).

Drogenbekämpfung

Die Drogen, insbesondere Kokain, sind für ihre verheerende Folgen berüchtigt. Erinnert sei an den Platzspitz in Zürich, der international als «Needle Park» bekannt wurde und auf dem sich bis zu dessen Schliessung im Jahre 1992 2000–3000

Drogenabhängige aufhielten. Nicht weniger dramatisch sind die Auswirkungen in den Produzenten- und Transitländern. Dort können sich geradezu staatszersetzende Konsequenzen ergeben. Gestützt auf Gespräche mit Venezuelas Verteidigungsminister Moises Orozco Graterol und mit zwei kolumbianischen Botschaftern sowie meinem Freund Professor Raúl Sosa, dem Präsidentenberater, schrieb ich 1996 und 1997 zwei Berichte, deren Inhalt ich hier zusammenfasse.

Caldera, der Souveränitätsvorstellungen aus dem 19. Jahrhundert hegte, wollte gegenüber Kolumbien, das als grösster Produzent von Kokain galt, zuerst eine harte Linie fahren, die im Gegensatz zur Politik von Pérez stand. Letzterer hatte eine ausholende Strategie entworfen, die auf realen Interessen aufbaute. Inspiriert vom europäischen Modell ging er von der Prämisse aus, dass die Integration helfen würde, die übrigen «offenen Probleme» wie die Grenzfragen zu mindern. Die Beziehungen wurden auf verbindenden Elementen aufgebaut. Der Handelsverkehr blühte; er belief sich auf über zwei Milliarden US-Dollar und erbrachte Venezuela einen Handelsbilanzüberschuss von 500 Millionen US-Dollar. Als Caldera 1994 das Präsidentenamt übernahm, änderte sich schlagartig das Klima: Vom tropischen Caracas wehte ein eisiger Wind in die Andenhochstadt Bogotá. Caldera trat für das Konzept der «Globalisierung» der Beziehungen ein, d. h., eine weitere Integration sollte es nur geben, wenn auch die Grenzfragen einer befriedigenden Lösung auf rein bilateralem Wege nähergebracht würden. Der Minister wie meine kolumbianischen Kollegen räumten ein, dass eine rasche Lösung der offenen Grenzziehung nicht möglich war. Es brauche dazu auf beiden Seiten starke Regierungen. Was geschah aber mit der Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung und dem Schmuggel über die Grenzen? Diplomatisch ging der Minister im Gespräch nur auf die Lage in Kolumbien ein. Die zunehmende Schwäche der Regierung Ernesto Samper bereite Venezuela echte Sorgen. Die verschiedenen Guerillagruppen kontrollierten beinahe zwei Drittel von Kolumbien. Die Regierung in Bogotá war wegen der Verstrickungen in Narcogelder (Drogengelder) laut meinem Gesprächspartner derart in die Defensive geraten, dass sie primär mit sich selbst beschäftigt war. Als zweiten Grund nannte der Minister das zunehmend dreistere Vorgehen der kolumbianischen Guerillas. Sie nutzten die Schwäche der Regierung Samper für eigene Zwecke aus und griffen mehr und mehr auf venezolanisches Territorium über. Und wie erklärten die Vertreter von Bogotá die Politik ihres Landes gegenüber den Aufständischen? Sie nannten zwei Gründe für die Grenzverletzungen durch die Guerillas: Erstens könne dadurch das Verhältnis zwischen Venezuela und Kolumbien gestört werden und zweitens dienten die illegalen Grenzübertritte dem Drogenexport. Aufgrund des massiven (dixit!) Vorgehens der kolumbianischen Behörden gegen die Kartelle im eigenen Land wichen die Drogenbarone nämlich auf venezolanischen Boden aus. Die Anfälligkeit für Korruption liessen dieses Land als nützliche Transitbasis erscheinen …

Mindestens so wichtig wie Kolumbiens Kampf gegen die Drogenkartelle dürfte hingegen die Reaktion der USA gewesen sein. Um den Weitertransport der Drogen zu erschweren, stationierte Washington, unterstützt durch die Niederlande, in den holländischen Antillen gut sichtbar Radarflugzeuge. Und mit Trinidad und Tobago, das in der Nähe der Mündung des Orinoco-Flusses liegt,

dieser «Autobahn» für den Drogentransport, unterzeichneten die Amerikaner sogar ein Drogenbekämpfungsabkommen.

Die Drogenkartelle wie die Guerilla sahen meinen Gesprächspartnern zufolge den Staat als gemeinsamen Gegner an und bildeten darum eine Allianz, die auf dem Grundsatz «Geld für euren Schutz zugunsten von Waffenkäufen für uns» beruhte. Die Lage in den Grenzgebieten von Kolumbien und Venezuela komplizierte sich zusätzlich, weil dort eine ärmliche und vernachlässigte Bevölkerung lebte. Zur Verbesserung ihrer «Einkünfte», so einer der kolumbianischen Kollegen, beteiligten sich die Grenzbewohner bei Schmuggelgeschäften und bei der Verdingung von Jünglingen (teils freiwillig, teils gezwungen) als Guerilleros. Viele Familien in jenen Zonen besässen zudem die Nationalität beider Länder.

Die Entführungen und die dreisten Anschläge auf venezolanische Militärposten hatten die hiesigen Politiker und Streitkräfte schliesslich aufgebracht. Einen Sinneswandel seitens Calderas bewirkte laut meinem Freund Raúl Sosa aber erst US-Verteidigungsminister William Cohen. Bei seinem von der Öffentlichkeit unbemerkten Besuch in Venezuela im März 1997 schilderte er die Lage in Bogotá als so labil, dass die dortigen Institutionen bei massiven Schlägen der Guerilla zusammenbrechen oder mindestens die Kontrolle über grössere Teile des Landes definitiv verlieren könnten. Falls es zu einem Umsturz in Bogotá käme, wäre die ganze Region und damit auch Venezuela gefährdet. Cohen doppelte laut Raúl Sosa geschickt nach: Washington würde natürlich weder zunehmende Übergriffe der Narco-Guerilla FARC auf venezolanisches Gebiet dulden noch eine Gefährdung des Landes hinnehmen, das der erste Erdöllieferant der USA sei. Caldera, der einen Horror vor Revolutionen hatte und dem gesellschaftlichen Status quo anhing, begann darauf, seine rein nationalistische Einstellung zu überdenken. Venezuela initiierte eine Politik der schnellen Nacheile und schlug Bogotá vor, konkrete Massnahmen zu prüfen, welche der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes dienten. Da eine parallele Bewachung entlang der 2200 Kilometer langen Grenze rein finanziell schwierig war, beschlossen beide Staaten ein «Reisverschluss»-System, d. h. eine abwechselnde streckenweise Überprüfung und die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen wie Gebäuden durch venezolanische und kolumbianische Truppen. Die repressiven Mittel in der Grenzregion sollten durch «stimulierende» Komponenten ergänzt werden, welche die dortige Bevölkerung förderten.

Reform des Justizsystems

Die Schweiz trat immer für die soziale Marktwirtschaft Venezuelas ein, weil wir davon ausgingen, dass diese dem Land mehr nütze als interventionistische Politiken. Die Wachstumsresultate unter Pérez sowie in der zweiten Hälfte der Regierungszeit von Caldera gaben unserer Haltung recht. Wer aber für das relativ «freie Spiel» des Marktes eintrat, musste konsequenterweise für die Stärkung des «Schiedsrichters» sein, der Konflikte unter den Marktteilnehmern löste. Diese Funktion kam oder wäre der Justiz zugekommen. Letztere war leider in Venezuela sehr langsam, korruptionsanfällig und personell wie finanziell unterdotiert. Venezuelas Justiz war mit anderen Worten zu reformbedürftig, um als «Schieds-

richterin» schnell und effizient intervenieren zu können. Ich unterhielt mich darüber länger mit dem Vertreter der Weltbank. Die Idee der Bretton-Woods-Institution ging über Venezuela hinaus. Die Resultate der Justizreform in diesem Land sollten anschliessend auch anderen Regierungen in der Region zugutekommen. Der Weltbankvertreter fragte mich, ob die Schweiz bei dieser Reform mitmachen wolle. Ich reichte unserer Zentrale ein Gesuch für eine Beteiligung von 300 000 US-Dollar ein. Bern lehnte 1996 die Beteiligung ab. Die strategische Bedeutung des Anliegens wurde zwar anerkannt, und Walter Fust, der Leiter der DEZA, sicherte mir zu, dass seine Direktion ihre Politik ändern und sich bei strategischen Entscheiden künftig flexibler zeigen werde. Die 30 Prozent der Fondsgelder der Entwicklungshilfe, die nicht für Schwerpunktländer ausgegeben würden, könnten so in berechtigen Fällen wie bei meinem Gesuch benutzt werden.

Die Justizreform bezog sich nicht nur auf das sogenannte Privatrecht, sondern schloss auch die Erneuerung des Strafprozessrechtes ein, indem das alte inquisitorische Prinzip durch das modernere akkusatorische ersetzt werden sollte. Das Strafprozessrecht wurde schliesslich unter Präsident Caldera reformiert.

Ich gab die Unterstützung für das Justizwesen trotz des negativen Entscheides der DEZA nicht auf. Mit den sogenannten Botschaftskleinkrediten erreichte die Mission, dass wir den ärmsten Insassen der völlig überfüllten Gefängnisse didaktisches Material und Lebensmittel zur Verfügung stellen konnten.

Präsident Caldera in der Schweiz

Am 8. Juni 1998 weilte Präsident Caldera in Bern. Es war nicht leicht, Bundespräsident Flavio Cotti zur Annahme des Höflichkeitsbesuches zu überreden. Ohne Mittelsmänner wäre es trotz aller Argumente kaum gelungen. Den «Helfern» hatte ich folgende Argumente in die Hand gegeben: Caldera wolle nur kurz empfangen werden, ein Mittagessen genüge. Sein Hauptbesuch gelte der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Von Bern nicht eingeladen zu werden, würde als Affront empfunden werden. Caldera hege nämlich eine spezielle Wertschätzung für unser Land. Er habe dies zuletzt bei der Visite von Ständeratspräsident Delalay im Oktober 1997 in Caracas bewiesen. Die Wertschätzung des Staatschefs basiere einerseits auf dem üblichen Bild der Solidität unserer Institutionen und der Kraft der Wirtschaft, anderseits auf persönlicher Erfahrung: Während der letzten Militärdiktatur habe Caldera auf der Nuntiatur in Caracas Asyl gefunden. Der Zufall habe es gewollt, dass damals der Tessiner Monsignore Raffaele Forni päpstlicher Vertreter war. Bis heute erinnere sich Caldera gerne dieser fürsorglichen Aufnahme. Seinen Dank habe er mit seiner Teilnahme an der Beerdigung von Monsignore Forni in der Schweiz bezeugt. Zudem habe ein Kind des Präsidenten, Juan José, der heute Senator sei, in der Westschweiz studiert. Schliesslich sei Caldera jahrelang Präsident der Internationalen Vereinigung der Christlichsozialen Parteien wie der CVP gewesen.

Bundespräsident Cotti stimmte schliesslich zu. Er und die Bundesräte Adolf Ogi und Pascal Couchepin empfingen Rafael Caldera zu einem Höflichkeitsbesuch. Der Bundesrat gab ihm zu Ehren ein Mittagessen im Béatrice-von-Wattenwyl-Haus. Die Gespräche bezogen sich, wie es im EDA-Pressekommuni-

qué pompös hiess, «auf die regionale Zusammenarbeit und Integration in Europa und Lateinamerika sowie auf die Zusammenarbeit und Integration auf interregionaler Ebene. Die Delegationen verschafften sich sodann einen Gesamtüberblick über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Venezuela».

Caldera sass wie üblich als Gast *vis-à-vis* von Bundespräsident Cotti am Tisch. Während der Eingeladene aus Venezuela keine Unterlagen vor sich hatte, türmten sich vor Cotti die Dossiers. Unser Magistrat sah aus wie ein Beamter, der die vorbereiteten Punkte durchgehen musste, während der Venezolaner nur verlegen lächelte. Nach fünf Minuten schaltete unser Präsident um, schob die Akten beiseite und zeigte, dass auch er ein Lateiner war. Die Diskussion begann zu fliessen, verlief angeregt und traf das Wesentliche: die gegenseitige Wertschätzung. Ich verliess das Essen erleichtert, weil sowohl Caldera wie Cotti zufrieden waren.

Entwicklungspolitik für Lateinamerika

Die Weltbank gab öfter ausgezeichnete Langzeitberichte heraus. Einer galt Ende 1993 nach der «verlorenen» Dekade der 80er-Jahre Lateinamerika. Unsere Vertreter bei der Weltbank in Washington schickten mir den Bericht mit Kommentaren. Ich begrüsste dieses Vorgehen. Als «alter» Vertreter der Schweiz beim Entwicklungsausschuss der OECD in Paris versuchte ich, meinen Input aus der Sicht von Caracas zu geben:

Die seit der Entdeckung Amerikas feststellbare Klasseneinteilung in Eroberer und Eroberte habe sich hinsichtlich Terminologie, Stil sowie Vorgehensweise geändert. Alle Länder südlich des Rio Grande kennten aber nach wie vor eine Zweiteilung der Gesellschaft: eine kleine, oft skrupellose Elite und eine grosse, meist rechtelose Masse. Diese zwei Klassen seien in der Regel nicht durchlässig. In einzelnen Staaten komme allerdings noch eine mehr oder weniger sichtbare Mittelschicht dazu. Die Elite versuche immer wieder, die politische und wirtschaftliche Macht zu monopolisieren oder sie mindestens zu ihren Gunsten auszunutzen. Dies gelte auch für die Instrumente der multilateralen Organisationen und deren Strategien.

Ich fügte zwei Beispiele an:

- Die Importsubstitution hatte laut ihrem geistigen Vater, Raúl Prebisch, den Zweck, nebst der Einsparung von Devisen mehr Arbeitsplätze und eine verstärkte Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Die Umsetzung zeigte jedoch, dass sie primär der Bereicherung der Firmeninhaber und nicht der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten diente. Die Importsubstitution bewirkte sogar das Gegenteil: eine Verbilligung der Produkte angesichts des Schutzes vor Importen war nicht nötig.
- Die Umschuldung wurde in ihrer ersten Phase wegen der hohen Realzinsen in vielen Ländern zur Finanzspekulation missbraucht, ohne dass die Gelder produktiv eingesetzt wurden.

Strategien und Instrumente müssten also so geplant und überwacht werden, dass sie ihren eigentlichen Zwecken dienen könnten und nicht pervertiert würden. Unser eigenes Handeln sollten wir so ausrichten, dass die Klasseneintei-

lung durchlässig werde. Als Beispiel verwies ich auf die schweizerische Stiftung FUNDES. Da die Kredite der lokalen Grossbanken in der Regel für kleine und mittlere Betriebe (KMU) nicht zugänglich seien, habe FUNDES bei der Gründung der venezolanischen Tochtergesellschaft bewusst hiesige Grossbanken in den Stiftungsrat aufgenommen, sodass den KMU durch die «erzwungene» Kapitalbeteiligung der Stiftungsmitglieder Kredite zugesprochen worden seien.

Ein weiteres Hindernis für Lateinamerikas Entwicklung stelle die fehlende Integration in den Weltmarkt dar. Dieser Subkontinent sei *grosso modo* lediglich bei den Rohstoffen und deren Derivaten voll integriert. Technologische und/oder industrielle Produkte seien auf dem Weltmarkt wenig vertreten. Grössere Ausnahmen bildeten vor allem Artikel aus Brasilien, Argentinien und Mexiko. Das zeige sich auch beim Warenangebot in unseren Kaufhäusern: Von den rund 1000 Gütern finde der Käufer kein einziges aus Lateinamerika, sofern es sich eben nicht um Rohstoffe wie Kaffee oder Früchte handle. Die führenden Köpfe des Subkontinentes zeigten sich deshalb besorgt. Ihnen zufolge stehe Lateinamerika vor einer dreifachen Herausforderung: erstens einer wirtschaftlichen, sozialen und edukativ-technologischen Weiterentwicklung; zweitens einer nötigen Integration in den Weltmarkt bei nicht-traditionellen Gütern und drittens einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowohl gegenüber den Industriestaaten als auch gegenüber den fernöstlichen «Schwellenländern».

Kulturelles

Die Botschaften waren – und sind immer noch – sehr frei im kulturellen Bereich. Von den mehr als 30 Anlässen während meines Einsatzes möchte ich zwei herausgreifen. Beide wurden in Venezuela initiiert – und setzten jeweils Massstäbe.

Alfred Hofkunst

Der Künstler Alfred Hofkunst wurde mir vom Leiter der Abteilung Kunst und Film der Pro Helvetia, Christoph Eggenberger, empfohlen. Während eines Heimaturlaubes besuchten meine Gattin und ich den Künstler in Missy, wo er damals sein Atelier hatte. Wir sympathisierten sofort, und unsere Freundschaft blieb bis zu seinem Tod im Jahre 2004 bestehen. Hofkunst ist einem grösseren Publikum durch seine Swatch-«Gemüseuhren» bekannt geworden. Hofi, wie er von Freunden gern genannt wurde, regte an, eine Ausstellung in Venezuela zu machen. In Caracas kontaktierte ich Nydia Gutierrez, Leiterin der Abteilung Malerei vom Museum der Schönen Künste (MBA). Sie stimmte zu, sodass wir im Dezember 1994 die Ausstellung «Libro libre» (freies Buch) eröffnen konnten. Hofi und seine Gattin Sabine waren natürlich dabei. Es war eine Art Retrospektive seines Werkes. Die Venezolaner, gewohnt moderne Kunst zu sehen, waren erstaunt über das vielseitige Talent Hofis. Das Echo drang bis in die Schweiz vor. Die *Basler Zeitung* widmete am 4. März 1995 ihr ganzes Magazin der Ausstellung in Caracas unter dem Titel «Alfred Hofkunst in Venezuela». Die Zeitung druckte Auszüge meiner Eröffnungsrede vom 11. Dezember 1994 ab. Ich hob darin u. a. Folgendes hervor:

Mit Alfred Hofkunst in seinem Atelier in Missy, August 1994. Privatarchiv Ernst Iten

Für die meisten Venezolaner ist der Künstler Alfred Hofkunst (noch) kein Begriff. […] Der Zugang zu seiner Kunst, seiner Welt, ist relativ einfach. Vor einigen Wochen sagte er mir, als wir über seine Arbeiten sprachen: «Wer meine Werke sieht, soll nicht zuerst über Drähte stolpern müssen, sondern Freude am Sehen haben.» Diese wenigen Worte deuten viel an: Zur Annäherung an sein Werk appelliert Hofkunst im Unterschied zu anderen Künstlern nicht zuerst an die intellektuelle Sphäre des Betrachters; er appelliert an die Sinne, an die Gemütssphäre. Erst hinterher entdeckt man die Botschaft und intellektualisiert sie.

Es gibt keinen guten Künstler ohne meisterliches, handwerkliches Können – es sei denn, er mache absichtlich etwas Anderes. Hofkunst ist zuerst einmal ein Meister des Zeichnens. […] Zudem malt er Bilder wie Monet, doch Vorsicht: Hofkunst ist kein spät geborener Impressionist oder Anhänger des gekonnten Illusionismus. Betrachtet man seine Bilder aus der Nähe, kann man erkennen, dass er bewusst Spuren des Malprozesses hinterlässt. Auf diese Weise wird der Schein zerstört. Dargestelltes und Darstellung erlangen ihre eigene Bedeutung. Ein Beispiel: das Bild «Lavendelfeld». Es ist auf den ersten Blick ein Hohes Lied auf die Schöpfung. Der Künstler selbst fühlt sich offenbar verbunden mit dieser Natur. Er verwob seine Unterschrift und das Entstehungsjahr gekonnt mit den Lavendelblumen des Vordergrundes; doch im oberen Teil des Bildes ist der Auftrag flächig: die Illusion wird vernichtet. Hofkunst, der über eine so rasche Auffassungsgabe verfügt, dass wir ab und zu fassungslos sind, hat den Verfremdungseffekt während der Ausstellung noch verstärkt. Er hat das Bild zwar nicht verändert, aber er zeigt es in einem nicht traditionellen Rahmen, mit einem Teil der Transportkiste! Trotz der hellgrünen Farbtöne wird dadurch das Künstliche hervorgehoben. Transportieren bedeutet ja, etwas vom ursprünglichen Ort fortzubewegen oder, im vorliegenden Fall aus der Natur herauszuheben. […]

Ein weiteres Merkmal seines Werkes besteht darin, dass er uns den Zugang zu seiner Kunst erleichtert, indem er alltägliche, gewöhnliche, geringgeschätzte oder gar weggeworfene Gegenstände braucht. Ein genialer Treffer ist Hofkunst mit seinem «Palmwedel-Stiel» gelungen. Ein Palmwedel gehört zu den am Strand herumliegenden Objekten, der einen am Schlendern hindert oder über den man leicht stolpern kann. Aber wenn ich Ihnen sage, dass Hofkunst daraus ein Kunstwerk schuf, das der Fruchtbarkeit gewidmet ist, werden Sie stutzig. Schauen wir, wie

Das Bild Lavendelfeld schmückte unsere Residenz. Links an der Wand ist ein Teil des Bildes zu sehen, 1. August 1995. Privatarchiv Ernst Iten

er dies machte: Er hat den Stiel mit dem geschwungenen Teil zum Zuschauer hin aufgestellt und an der richtigen Stelle mit Pastell einen Nabel gemalt. Der Eindruck ist gleichermassen poetisch wie überraschend. Der Wedel-Stiel stellt plötzlich den weiblichen Bauch dar, der das Wunderbarste der Schöpfung zu bergen scheint: ein zukünftiges Leben in Form der Schwangerschaft. Selten hat ein Künstler mit einem so einfachen Mittel überzeugender die Einheit von Leben und Natur aufgezeigt.

Tessiner Architektur

Das MBA von Caracas hatte hervorragende Mitarbeiterinnen. Sie traten mit der Bitte an uns heran, ihnen bei der Ausstellung über die vier Tessiner Architekten Mario Botta, Aurelio Galfetti, Luigi Snozzi und Livio Vacchini behilflich zu sein. Meine Mitarbeiter und ich suchten nebst Pro Helvetia Sponsoren, denen wir versprachen, dass grosszügige Spender im Katalog besonders erwähnt würden, sodass sie das Buch z. B. als Weihnachtsgeschenk für ihre Kunden verwenden könnten. Die Ausstellung ab November 1995 wurde *das* kulturelle Ereignis in Venezuela. Alle vier Architekten reisten an und nahmen an Konferenzen teil, de-

In meinem Büro unter dem Plakat für die vier Tessiner Architekten, 1997. Privatarchiv Ernst Iten

nen insgesamt über 2000 Personen beiwohnten. Die Ausstellung selbst mit Modellen, Plänen und erklärenden Panels war ein «Renner». Das Museum unter den Kuratorinnen Nydia Gutierrez und Fabiola Lopez erarbeitete einen Katalog mit einer Auflage von 3000 Exemplaren, der zum Standardwerk in spanischer Sprache wurde. Fabiola Lopez, die später unter dem Chavez-Regime in die USA zog, wo sie an der Universität Harvard lehrte und seit 2020 eines der unabhängigen Colleges der Universität Rice leitet, entnahm den Ausstellungstitel «Ein Ort, vier Architekten» Martin Heideggers Buch «Bauen, Wohnen, Denken». Während der Katalog z. B. in der französischen Beschreibung der Kathedrale von Evry, die Mario Botta erbaute, zitiert wird, gab es nie Hinweise darauf in deutscher Sprache. Ich gebe hier ein paar Auszüge aus dem Vorwort wieder, das ich auf Bitten der Kuratorinnen verfasst hatte:

> Es ist erstaunlich, dass aus dem kleinen Südteil der kleinen Schweiz vier der weltgrössten Gegenwartsarchitekten stammen. Das Tessin hat jedoch Tradition mit Baumeistern. Bereits die Lex langobardorum aus der Mitte des siebten Jahrhunderts spricht von den *magistri comacini*, worunter die Tessiner Mitglieder fielen. Bekannter sind dann die Architekten der Renaissance und des Barocks aus der Südschweiz wie Guggini, Lombardo, Borromini (mit seinen Werken in Rom) oder Trezzini, der erste Städteplaner von St. Petersburg und Erbauer der Kathedrale Petrus und Paulus mit den Zarengräbern. Ein auffallender Unterschied zwischen diesen Meistern und den vier modernen Architekten – selbstverständlich abgesehen vom Stil – besteht darin, dass die Vorfahren ihr Auskommen im Ausland suchen mussten, während die vier Gegenwartsrepräsentanten in ihrer Heimat leben und wirken können. Darin widerspiegelt sich der wirtschaftliche und soziale Wandel des Tessins: Das arme Randgebiet der Poebene wurde ein wichtiger Finanz- und Wirtschaftsteil der reichen Schweiz. Diese Änderung der Region berührte aber auch

die Struktur des Tessins und nicht zuletzt sein bauliches Gepräge. Das einst eher ländliche und bäuerliche Gebiet wurde zusehends verstädtert. Dies ist gewiss keine Besonderheit der Südschweiz; es ist vielmehr ein Phänomen, das weltweit […] festzustellen ist […] Die Konsequenzen dieses Wechsels sind vielfältig. Ich beschränke mich, einige wenige aufzuzählen. Die Urbanität bedeutet für das Individuum, dass es mehr von Bauten als von Natur umgeben ist. Ist nicht dies einer der Gründe für das grosse Interesse, das die Städter der Architektur entgegenbringen? Von daher gesehen war es logisch, dass die Baukunst in urbanen Zentren blühte. Für Aldo Rossi verkörpert sie den *locus,* den Ort des kollektiven Gedächtnisses der Völker. Mario Botta, Aurelio Galfetti, Luigi Snozzi und Livio Vacchini konnten sich diesem Ansatz nicht entziehen; sie nahmen in ihren Arbeiten bewusst Bezug auf die Tradition und die Umgebung. […]
Welches kann der Grund sein für diese Haltung? Die Städte, ja das moderne Leben generell, brachten neue Probleme und verstärkten in uns das Gefühl der Verfremdung, wobei die Kommerzialisierung nur ein Aspekt davon ist. Neue Probleme erheischen, neue Lösungen zu finden. Die vier Architekten haben originelle und individuelle Antworten gefunden. Trotz aller Unterschiede ist ihnen gemeinsam der Rückgriff auf elementare Formen. Ohne den Verdiensten der vier Meister Abbruch tun zu wollen, dürfen wir erwähnen, dass die Konzentration aufs Wesentliche, Rationale und Elementare eine Eigenschaft ist, die irgendwie typisch ist für die Künstler südlich und nördlich der Alpenkette, seien sie Architekten wie Le Corbusier oder anderen Künsten zugetan. Man denke nur an den Maler und Bildhauer Alberto Giacometti, der – im bündnerischen Bergell geboren – in seinem Werk die existentiellen Fragen des Seins und des Nichts mit reduzierten, aber nicht minder einprägenden Figuren ausdrückt. Die Botschaften Bottas, Galfettis, Snozzis und Vacchinis berühren ebenfalls Grundfragen unseres Seins und finden darum über das Alpengebiet hinaus weltweit Beachtung und Anklang.

Von Caldera zu Chavez

Calderas letztes Jahr im Amt stand ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998. Es sollten Schicksalswahlen werden, denn es ging darum, ob es zu einem Systemwechsel kommen oder die bisherige Demokratie weitergeführt würde. «Die Schuld [daran], dass Venezuela in diese Extreme fördernde Position geriet, liegt bei den verantwortlichen Politikern, die den Staat nicht evolutiv genug weiterentwickelten und die Bevölkerung verarmen liessen», schrieb ich in einem Bericht vom 21. September 1998. Beide traditionellen Parteien offerierten ein blamables Spiel. Bei der AD hatte sich der als «Dinosaurier» bezeichnete Alfaro Ucero durchgesetzt. Er besass jedoch keine Ausstrahlung. Und die COPEI umhüllte die einstige Miss Universe, Irene Saez, mit dem Mantel der Kandidatur. Die Managerfähigkeiten der Bürgermeisterin des reichen Stadtbezirkes Chacao wurden von den meisten angezweifelt. Vor diesem Hintergrund stiegen die Chancen für die Wahl des Putschisten vom 4. Februar 1992, Hugo Chavez. Das Volk strömte dem Rächer der Elite zu, der sich selbst als Retter der Nation ausgab und offen einem Systemwechsel das Wort redete. Von den übrigen unabhängigen Kandidaten hatte am ehesten Enrique Salas Römer, der Ex-Gouverneur von Carabobo, Chancen. Er wollte die Demokratie als Staatsform beibehalten, sie aber einer drastischen Effizienzkur unterziehen.

Begegnung mit Hugo Chavez

Ich begegnete Chavez zum ersten Mal am 24. April 1998. Vor dem Treffen hatte ich die Zustimmung Berns eingeholt, denn es war zu erwarten, dass die Zeitungen darüber berichten würden, was am Tag nach der Zusammenkunft dann auch geschah. Dem Präsidentschaftskandidaten lag viel daran, der Öffentlichkeit

zu zeigen, dass er trotz Einreiseverbots in die USA kein Paria war und sich mit ausländischen Vertretern besprechen konnte. Eine finnische Firma hatte die Zusammenkunft organisiert und die Missionschefs der Länder von Grossbritannien, Norwegen, Holland, der Schweiz und Finnland eingeladen. Der Kandidat erschien in Begleitung eines Mitarbeiters. Chavez galt als Chamäleon, der je nach Zuhörer den Ton und Inhalt färbte. Er konnte gewinnend auftreten, was er uns skeptischen Botschaftern gegenüber auch versuchte. Nach seinen anfänglich konzilianten Worten zum Privatisierungsprozess staatlicher Firmen und strategischer Assoziationen (vor allem auf dem Erdölsektor) lenkten wir die Fragen auf delikatere Gebiete. Das Wirtschaftssystem sollte nach Chavez in ein intermediäres Produktionsmodell umgewandelt werden, bei dem der Staat je nach Sektor ein grosses bis alleiniges Wort mitzureden hatte. Den Begriff Marktwirtschaft gebrauchte er nie. Er begrüsste hingegen den «dritten Weg», den der britische Premierminister Tony Blair verkündet hatte. Dieser dritte Weg zwischen dem Neoliberalismus und dem Kommunismus sei inspirierend. Chavez wollte uns zeigen, dass er alle führenden Politiker studiert hatte. Er zog von diesen allerdings nur jene Argumente heran, die ihm passten. So sei es interessant zu sehen, wie US-Präsident Clinton den Kapitalismus humanisiere. Ausführlicher wurde er bei Fidel Castro. Er bewundere die Würde, die Ausdauer, seine Ideologie und die Art, wie seine Regierung unabhängig von Washington zurechtkomme. Die Welt sei multipolar geworden. An welchen Pol sollte Venezuela andocken? Wie immer hatte er für die von ihm gestellten Fragen sogleich die Antwort: Für ihn stand der Mercosur (der gemeinsame Markt Südamerikas) im Vordergrund.

Chavez wurde am deutlichsten bei der Analyse des politischen Systems von Venezuela. Er glaubte nicht mehr an eine Evolution der bisherigen demokratischen Form. Eine neue Verfassung, ausgearbeitet durch eine verfassunggebende Versammlung, müsse her, die alle alten Institutionen ersetze – ausser die Exekutive. Venezuela brauche eine neue Republik, die fünfte! Die Rolle der Militärs beschrieb er wie folgt: Es gebe zwei Extreme, Militärs als Besetzungsmacht im eigenen Land oder als apolitische Gewalt. Er sei für Letzteres. Er wolle die Uniformierten aber an der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft teilhaben lassen in einer Art Fusion des zivilen und militärischen Bereiches. So könnten die Soldaten als Brigaden beim Bau von Infrastrukturen und bei der Schulung der Bevölkerung auf dem Land helfen. Ich fragte ihn darauf, ob diese Brigaden etwa wie die Pioniere der DDR agieren sollten. Chavez stutzte einen Moment. Dann antwortete er, dass nicht alles schlecht gewesen sei, was in Ostdeutschland gemacht worden war. Er sehe die Rolle der Pioniere positiv. Offenbar schwebte dem Kandidaten ein militärisch-ziviler Pakt vor, der zu einer teilweisen Militarisierung der Gesellschaft führen musste.

Eines der Grundübel, und darin waren wir uns alle einig, stellte die endemische Korruption dar. Laut Chavez verlor Venezuela dadurch ein Kapital, das 20-mal die Summe des Marschallplanes ausmachte! Sein Feuer bremsend stellte er uns die Frage, wie er die Korruption bekämpfen sollte, um dann gleich selbst zu antworten: Die Gerichte arbeiteten zu langsam, und die Justiz sei klassenabhängig. Die Reichen könnten sich nämlich mit Anwälten freikaufen, die Kleinen würden eingesperrt. Ich pflichtete ihm bei, dass mit der Justiz allein dem Übel nicht

beizukommen sei. Die Korruption könne auch mit strukturellen Änderungen reduziert werden. Wo es z. B. nicht wie zurzeit eine Preis- und Devisenkontrolle gebe, könne es auch nicht zu Korruptionsfällen beim Preis- oder Devisenhandel kommen. Chavez nickte zustimmend, machte dann aber als Präsident genau das Gegenteil … Dann zeigte er seine Lösung auf: Ein chirurgischer Eingriff sei nötig, um alle Korrupten von ihren Posten zu entfernen! Dieses Allheilmittel war ihm zufolge die verfassunggebende Versammlung, die alle Institutionen in die Wüste schicken sollte – ausser die Exekutive!

Obwohl mich Chavez beim Hinausgehen umarmte und mich mit dem Gruss «Hola hermano» verabschiedete, verliess ich das Treffen ernüchtert. Der Kandidat mochte einen Plan für sein Land haben, was er uns jedoch geoffenbart hatte, war weitgehend eine Verschlimmbesserung des Bestehenden. Ich vermutete, sein erstes Ziel dürfte die Festigung seiner Macht sein.

Präsident Chavez

Am 6. Dezember 1998 wurde Chavez mit 56 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Es war eine das System herausfordernde Wahl gewesen, denn es ging um nichts Geringeres als das Ende der Demokratie, welche die zwei traditionellen Parteien, AD und COPEI, 1958 in Punto Fijo ausgehandelt hatten. Wie angeschlagen die beiden Parteien waren, zeigten die ernüchternden Wählerumfragen. Dies bewog AD und COPEI *in extremis,* ihre eigenen Kandidaten wenige Tage vor dem Urnengang fallen zu lassen und Salas Römer, den ich gut kannte, zu unterstützen, der immerhin 40 Prozent der Stimmen erreichte.

Die Amtseinsetzung für Chavez fand am 2. Februar 1999 statt. Der neue Präsident zeigte sich dabei unversöhnlich. Die 40-jährige Punto-Fijo-Demokratie habe für Venezuela die Nacht bedeutet; das Licht beginne nun mit seiner Präsidentschaft. Entsprechend taktlos schwor er im Beisein seines Amtsvorgängers Caldera, der einer der Väter der geltenden Verfassung war und Chavez mit der Strafentlassung den Aufstieg zum höchsten Amt ermöglicht hatte, auf das «moribunde» Grundgesetz.

Wie sollte es weitergehen? Mein guter Freund und Abgeordneter der AD, dessen Familienwurzeln auf Simon Bolivar zurückreichten, zeichnete folgendes Szenario:

1. Während der ersten drei Monate würde der Präsident seine «Instrumente» einsetzen. Aktive und ehemalige Militärs sowie Parteigänger würden entweder auf Ministersessel gehoben oder als Vizeminister und Aufseher über staatliche Betriebe wie der Erdölindustrie Schlüsselpositionen einnehmen.
2. Sobald das Parlament das verlangte Vollmachten-Gesetz über die wirtschaftlichen Massnahmen und das Budget für 2000 verabschiedet hätte, würde es nach der Wahl der verfassunggebenden Versammlung aufgelöst werden.
3. Nach der Annahme der neuen Verfassung würde ein populistisch-militärisches Regime installiert.

215 Dieses Szenario spielte sich ziemlich genau so ab. Der Präsident bewies, was ich seit unserer ersten Begegnung befürchtet hatte: Er führte das Land politisch autoritär und ökonomisch interventionistisch. Ich schlug darum unserer Handelskammer vor, ein Seminar über die Wirtschaft des laufenden Jahres und die Aussichten für das nächste Jahr abzuhalten. Die Schweiz war ja der drittwichtigste Investor. Entsprechend gross war das Interesse an einer Teilnahme. Die Konferenz fand am 17. November 1999 im Hotel Hilton statt, und ein entsprechender Bericht ging anschliessend ans BAWI. Hervorragende Spezialisten zeigten die Perspektiven aus ihrer Warte auf. Die Quintessenz war ernüchternd. Trotz gestiegener Erdölpreise dürfte die Wirtschaft im Jahr 1999 um fünf Prozent gesunken sein. Der Nahrungsmittelverbrauch, der schon 1998 niedrig war, reduzierte sich erneut, diesmal um elf Prozent, und die Arbeitslosigkeit lag bei 20 Prozent. Mehrere Referenten der Konferenz bezeichneten das Regierungskabinett als weitgehend inkompetent, teils arrogant und ideologisch rückwärtsgewandt. Der Präsident selbst kümmere sich primär um die Politik und sein Lieblingsprojekt, die neue Verfassung. Die Budgetpläne für das Jahr 2000, also das erste Jahr der fünften Republik, liessen allerdings ein auf verstärkte Ausgaben beruhendes Wachstum erkennen.

Trotz der schlechten Wirtschaftslage standen im Oktober 1999 noch 85 Prozent der Bevölkerung hinter dem Präsidenten. Warum? Ich unterhielt mich darüber mit dem führenden Soziologen und Präsidenten des angesehensten Meinungsforschungsinstituts des Landes, einem schweizerisch-venezolanischen Doppelbürger. Die nicht leicht erklärbaren Ursachen für dieses Verhalten beruhten ihm zufolge auf irrationalen Vorstellungen. Der Venezolaner habe sich so sehr an die Rentnermentalität, diesen Fluch des Öles, gewöhnt, dass er den Staat und die Politiker primär danach beurteile, wie der mögliche Rentnerreichtum verteilt werde. 78 Prozent der Bevölkerung samt der heutigen Regierung glaubten gar, dass Venezuela eines der reichsten Länder der Welt sei, obwohl 80 Prozent der Leute in Armut lebten. Der Widerspruch werde selbstverständlich gesehen und gefühlt, da der Lohn bei konstanter Währung nur noch ein Drittel von 1985 ausmache. Dieser Verarmungsprozess werde politisch ausgeschlachtet (Suche nach Sündenböcken). Der Durchschnittsvenezolaner neige immer mehr zu radikaleren Haltungen, um seinen Rentenverteilerstaat zu erhalten. Der Präsident nutze diese Stimmung aus, indem er polarisiere und mit klassenkämpferischen, ungehobelten und manichäisch-vereinfachenden Reden die Schuld anderen in die Schuhe schiebe.

Die bolivarische Verfassung

Chavez intervenierte nach seiner dreiwöchigen Welttour persönlich bei der verfassunggebenden Versammlung, um das von ihm so getaufte bolivarische Grundgesetz noch vor Ende 1999 dem Volk vorlegen zu können. Am 15. Dezember jenes Jahres nahmen 71 Prozent der Venezolaner bei einer Stimmenthaltung von 54 Prozent die neue Verfassung an. Das Grundgesetz zeichnete sich durch einen zentralistischen und auf wirtschaftlichem Gebiet bewusst antiliberalen Charakter aus. Der Staat wurde als omnipotentes und paternalistisches Gebilde verankert und sollte nicht finanzierbare Sozialrechte garantieren. Das Positive am neuen Grundgesetz war der Schutz der Menschenrechte und der Rechte der Eingeborenen.

Die Verkündung der Verfassung geschah jedoch unter Tränen und Wehklagen, weil ausgerechnet an jenem Tag eine Naturkatastrophe Tausende von Toten gefordert hatte. Die ganze Welt berichtete darüber, und ich musste u. a. dem *Blick* und dem Schweizer Fernsehen Interviews geben. Wohlweislich sprach ich nur über die rein faktischen Ereignisse und vermied es, auf die politischen Hintergründe hinzuweisen. Der Zentrale schickte ich hingegen am 24. Dezember 1999 einen Bericht, den ich nicht zuletzt wegen des eintreffenden schweizerischen Katastrophenhilfskorps verfasst hatte. Zum Glück hatten wir mit Venezuela schon ein Abkommen für die Katastrophenhilfe abgeschlossen. Aussenminister Burelli Rivas und ich hatten es am 30. September 1998 unterschrieben. Es trat am 21. Dezember 1999 in Kraft. Die Naturkatastrophe war nämlich «angekündet». Ich selbst musste am 6. Dezember 1999 auf meinem Rückflug von einer Dienstreise zwei Stunden auf der Insel Margarita warten, weil der Flughafen von Maiquetia/Caracas wegen starker Regenfälle geschlossen war. Und bei der Fahrt vom Airport, der an der Karibikküste liegt, in die Hauptstadt hinauf, sahen wir, dass erste Hütten (Ranchos) bereits am Abrutschen waren. Während die dem Regierungsblock angehörenden Gouverneure der Gliedstaaten Miranda und Tachira am 15. Dezember Bewohner evakuierten, wurde für die gefährdetste Region Vargas nichts dergleichen unternommen. Das regnerische Wetter veranlasste die Behörden, die Urnen im ganzen Land um zwei Stunden länger als geplant offen zu lassen. Die Katastrophe kostete über 20 000 Menschen das Leben.

Die fünfte Republik hatte also unter dramatischen Vorzeichen begonnen. Ein Menetekel für die kommenden Jahre unter Chavez und seinem Nachfolger Nicolás Maduro? Sehr früh löste die Furcht vor schlimmen Zuständen eine Abwanderungsbewegung aus, die sich mit den Jahren verstärkte. Waren es anfänglich eher Betuchte, die dem Land den Rücken kehrten, so suchten in den letzten Jahren mehr und mehr ärmere Leute ihr Auskommen ausserhalb der bolivarischen Republik. Heute leben rund fünf Millionen Venezolaner im Ausland, davon mehr als zwei Millionen als Flüchtlinge in Kolumbien, in einem Land, das früher Zehntausende eigene arbeitsuchende Bürger nach Venezuela auswandern sah. Das Pendel schwang zurück! Diese Tendenz sahen wir früh auf der Botschaft. Am 18. Mai 2000 schrieb ich in einem Bericht, dass die Konsular-Abteilung kaum mehr nachkomme, neue Pässe auszustellen oder alte Reisedokumente zu verlängern. Die Zweifel berührten selbst Einheimische: 27 Prozent aller Venezolaner wollten das Land verlassen.

Schlussbericht

Nach acht Jahren kam meine Versetzung, und es galt, den Schlussbericht zu verfassen. Venezuela war (und ist) trotz oder gerade wegen seines unermesslichen Potenzials ein relativ armes und vor allem verarmtes Land. Dieser Widerspruch hatte mehrere Ursachen. Als ich nach Venezuela gekommen war, galt eines der Ziele dem Erreichen der Bedingungen für die Mitgliedschaft in der NAFTA, d. h. in der nordamerikanischen Freihandelszone. Die Ausrichtung war somit klar: Ziel war ein effizienter Staat, eine vom Privatsektor geführte liberale Wirtschaft und eine Aussenpolitik, die von diesen Rahmenbedingungen ausging. Die Erste Welt

bildete mit anderen Worten das erstrebenswerte Vorbild. Bei meiner Wegreise herrschte demgegenüber ein klassenkämpferischer, neoprotektionistischer Ton vor. In den Aussenbeziehungen wurden Kuba, Libyen, der Irak und die OPEC gelobt respektive verteidigt. Solch brüske Wechsel und ein «Schwimmen gegen den Strom der Zeit» liessen das Land zurückfallen. Dies reflektierte in aller Deutlichkeit die UNO-Statistik zur «menschlichen Entwicklung». Sie wies für Venezuela den höchsten Stand in den Jahren 1991/92 unter Präsident Pérez auf. Anschliessend folgte ein rascher Abstieg, der das Land auf das Niveau von 1970 zurückwarf.

Bilaterales

Die Beziehungen zwischen unseren Ländern waren traditionell gut und eng. Für den Venezolaner stellte die Schweiz geradezu das Gegenstück zum eigenen Staat dar. Wir kennen Stabilität, funktionierende Institutionen, ein Gesellschaftssystem, das auf Vertrauen basiert, während in Venezuela von Misstrauen ausgegangen wird. Wir haben evolutive Entwicklungen der Politiken, eine soziale Marktwirtschaft. Die Venezolaner, und viele hatten ja bei uns studiert, idealisierten deshalb die Schweiz. Sie diente ihnen als leuchtendes Beispiel, aber auch als Ausrede: «No somos Suizos» (Wir sind keine Schweizer).

Die Kontakte auf politischer Ebene hätten enger sein können, doch standen dem nebst der geografischen Distanz die hiesige Diskontinuität und der Krebsgang der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung entgegen, die das Land zusehends uninteressanter erscheinen liessen. Trotz Verbesserung der Rahmenbedingungen mit bilateralen Verträgen konnte sich die ökonomische Zusammenarbeit nicht entsprechend fortbilden. Der Grund lag in der negativen binnenwirtschaftlichen Entwicklung Venezuelas.

Auf politischer Ebene engagierte sich unser Land – abgesehen von den Rahmenbedingungen – auf drei Gebieten: der Reform des Justizwesens, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte. Dazu kam eine intensive kulturelle Präsenz der Schweiz in Venezuela.

Abschied

Ich wurde im Sommer 2000 versetzt. Bern hatte für mich einen politischen «Hotspot» ausersehen. Obwohl wir viele gute Freunde verlassen mussten und unsere Kinder in Caracas zur Welt gekommen waren, verliessen wir das Land ohne Tränen. Verflogen waren die ersten Eindrücke, aufgrund derer wir erwogen hatten, uns nach der Pensionierung hier niederzulassen. Ohne Nostalgie sahen wir beim abendlichen Abflug, wie die Lichter an der Karibikküste langsam verschwanden. Ein neues Ziel wartete auf uns: Israel.

Bevor ich jedoch auf meine Zeit in Tel Aviv eingehe, möchte ich noch einen Blick auf Surinam und Guyana (und anschliessend die Karibik) werfen, denn sie gehörten zu meinen mitakkreditierten Staaten während meines Einsatzes in Venezuela.

XII Guyana und Surinam (1993–2000)

Guyana

Das Land ist fünfmal so gross wie die Schweiz, hatte aber damals nur 800 000 Einwohner. Diese konzentrierten sich zu 90 Prozent im schmalen Küstenstreifen, der rund ein Prozent der gesamten Fläche Guyanas ausmacht. Die hauptsächlichen Anbauprodukte waren Zucker und Reis. Ein weitgehend unberührtes Land also. Ein künftiges Eldorado? Die Weltbank umschrieb 1992 die Lage wie folgt: «A country blessed with tremendous resources, but also burdened with tremendous problems.»

Die Briten als ehemalige Kolonialmacht Guyanas hatten das Land mit einem relativ ausgeglichenen Staatshaushalt 1966 in die Unabhängigkeit entlassen. Der Abstieg des einzigen englischsprachigen Landes in Südamerika begann in den ersten Jahren der Selbstständigkeit, als die beiden um die Macht rivalisierenden Hauptparteien linksorientierte Politiken betrieben. Das Land manövrierte sich, ähnlich wie seinerzeit Burma (heute Myanmar), auf ein sozialistisches Abstellgleis eigener Prägung. Die Konsequenzen waren bei meinem ersten Besuch im Jahre 1993 sichtbar: Guyana gehörte zu den ärmsten Staaten der westlichen Hemisphäre mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 300 US-Dollar pro Jahr!

Zur politischen Absonderung gesellte sich die geografische Isolation. Obwohl Guyana auf dem südamerikanischen Kontinent liegt, bildete es eine Art Insel. Es hatte weder eine Landverbindung zum westlichen Nachbarn Venezuela noch zum südlich gelegenen Brasilien, sofern man von Busch- und Urwaldpfaden absah, die nur mit Mühe in der Trockenzeit befahrbar waren. Der östliche Nachbar Surinam war lediglich per Fähre erreichbar.

Wer so im Abseits stand und vom Konkurrenzverhalten der zwei Grossmächte nach dem Ende des Kalten Krieges nichts mehr erwarten konnte, musste sich selbst aus der Isolation befreien. Guyana, das sich laut seiner Verfassung im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus befand, vollzog 1988 eine ideologische Kehrtwende und öffnete sich dem Okzident. Es arrangierte sich mit dem IWF und der Weltbank. Das Land begann in Rekordzeit ein beispielhaftes wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm. Diese Kehrtwende war das Verdienst des im Oktober 1992 in den Wahlen unterlegenen Präsidenten Hugh Desmond Hoyte. Obwohl er die politisch negativen Auswirkungen solcher Reformen kommen sah und als naheliegendes Beispiel Venezuela unter Pérez vor Augen hatte, führte er die Reformen gleichwohl weiter. An seiner Stelle wurde Cheddi Jagan gewählt, ein Altkommunist. Die Hauptfrage gegenüber der neuen Regierung unter Jagan lautete daher, ob das Wiederaufbauprogramm weitergeführt würde oder nicht.

Ich unterhielt mich darüber bei meinem ersten Besuch in Georgetown mit Rashleigh Jackson, dem ehemaligen Aussenminister von Präsident Hoyte, und Samuel Hinds, Premierminister der Regierung Jagans.

Die Schwierigkeiten der neuen Regierung waren nicht nur wirtschaftlicher Natur. Das Land war und ist ethnisch gegliedert, und die Wahlentscheidungen waren stark abhängig von der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeit. Gut 40 Prozent der Guyaner sind Abkömmlinge der ehemaligen schwarzen Sklaven und etwas mehr als 50 Prozent stammen von den ehemaligen *endured labourers* aus den britischen Kolonien Ostindiens ab, die nach dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert aus Indien hierher geschifft wurden. Bis zur Regierung unter Jagan kannte das Land eine soziale Gliederung, in welcher die «Inder» die Landwirtschaft und den Handel beherrschten, während die «Schwarzen» die Regierung und die Verwaltungsbeamten stellten.

Die neue Regierung von Präsident Jagan begegnete enormen administrativen Problemen. Nach 28 Jahren Opposition fehlte der neuen Spitze das Regierungs-Knowhow. Die mittleren und unteren Kader, weitgehend «afrikanischen» Ursprungs, verhielten sich wenig kooperativ gegenüber der neuen, «indisch-stämmigen» politischen Spitze. Jagan hatte aber laut Rashleigh Jackson einen «politisch geschickten Schachzug» getätigt, indem er einen Schwarzen zum Premierminister ernannte. Samuel Hinds lachte, als ich ihn darauf ansprach: Die «neue» Opposition, die spiegelbildlich zur neuen Administration ihre Rolle zuerst finden müsse, bezeichne ihn als «afrikanisches Aushängeschild». Wichtig sei demgegenüber die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Dieser werde weitergeführt, wenn auch mit langsamerer Gangart. Guyana habe gar keine andere Wahl. Die Aussenverschuldung und die Abhängigkeit von Konzessionsgeldern seien zu gross. Ein Hauptproblem für die Regierung sei dabei die fehlende Absorptionsfähigkeit der externen Finanzflüsse.

Der Begriff der fehlenden Absorptionsfähigkeit wird oft bei *over-aided countries* verwendet, die sozusagen zu viel des Guten erhalten haben. Ich kam bereits beim Besuch Nepals 1987 darauf zu sprechen. Doch stimmt diese tendenziöse Wendung? Jene Länder, die eine tiefe Absorptionsfähigkeit haben, weisen in der Regel auch die grössten Bedürfnisse aus.

Umschuldungsabkommen zwischen der Schweiz und Guyana

Ich wollte in Guyana mehr machen als nur die übliche jährliche (Höflichkeits-) Visite. Bei der Analyse der makroökonomischen Daten fiel mir das Missverhältnis zwischen Pro-Kopf-Einkommen und Aussenschuld auf. Die Aussenschuld betrug pro Person rund 3000 US-Dollar, umgekehrt bezifferte die Weltbank das Pro-Kopf-Einkommen für das Jahr 1991 auf 300 US-Dollar. Es müssten also rund zehn Jahresdurchschnittseinkommen aufgewendet werden, um diese Aussenschuld zu tilgen. Die Zinsen waren dabei nicht einmal eingerechnet. Diese Schulden bedeuteten für den ärmsten Staat Südamerikas eine ausserordentliche Belastung. Würde die Schweiz helfen können? Ich wusste, dass unser Land als Pionier bei den Umschuldungsaktionen galt. Das klassische Beispiel war Bolivien, wo ein Counterpart Fonds eingerichtet worden war, der nicht mit Devisen, sondern in

221 Lokalwährung gespeist wurde und dessen Ertrag für neue Projekte Boliviens verwendet werden konnte. Ich kannte den zuständigen Mann beim BAWI in Bern bestens. Mathias Meyer war während meines Einsatzes bei der schweizerischen OECD-Delegation in Paris mein Ansprechpartner im EVD gewesen. Er amtete als Vizedirektor für wirtschaftspolitische Entwicklungszusammenarbeit. Er war bereit, eine Entschuldungsaktion in Erwägung zu ziehen, sofern ich ihm gute Argumente lieferte. Ich schickte ihm am 21. November 1994 eine Analyse mit den Gründen für die Hilfe an Guyana. Etwas Analoges wie in Bolivien komme zwar nicht infrage, da Guyana kein Schwerpunktland für uns sei. Ich dächte vielmehr an eine einmalige, zeitlich begrenzte Unterstützung, die eventuell in Form der sogenannten «kompensatorischen Hilfe» erfolgen könne. Das hochverschuldete Guyana verfolge seit 1988 einen beispielhaften Restrukturierungsprozess und habe Risiken und soziale Härten in Kauf genommen. Statt nur Lippenbekenntnisse für gute «Schüler» zu geben und die schlechten «Zöglinge» mit Mahnungen zu belehren, täten wir gut daran, ein konkretes Signal zu setzen, das anderen Ländern zeigen würde, dass Reformanstrengungen belohnt würden. Guyana sei ein Teil der karibischen Staatenwelt, wo wir bisher nicht sehr aktiv seien. Zurzeit gebe es nur noch das auslaufende DEZA-Projekt zur Unterstützung der Diplomatenschule auf Trinidad und Tobago in der Höhe von 18 000 Franken im Jahr. Diese Staatengruppe sei zwar kein beträchtlicher «quantitativer» Partner, die grosse Zahl der Mitglieder bilde jedoch einen gewichtigen Block bei multilateralen Abstimmungen. Trotz unterschiedlicher Interessen sei der Solidaritätseffekt innerhalb der CARICOM (Caribbean Community) aber so gross, dass eine Unterstützung für Guyana von den anderen Karibikländern positiv bewertet würde. Dies habe mir kürzlich auch Lester Bird, Premierminister von Antigua und Barbuda, bestätigt. Bilateral gelte es für die Schweiz zu beachten, dass das rohstoffreiche Guyana früher oder später ein interessanter Partner für ein Wirtschaftsprojekt werden könnte, z. B. bei der Nutzung der riesigen Wasservorkommen. Ferner dürften die ungenutzten Urwälder unsere ökologischen Interessen berühren. Nur wenn wir eine konkrete Beziehung zu Georgetown pflegten, könnten wir für die nachhaltige Nutzung dieser Gebiete ein Wort einlegen.

Mathias Meyer nahm das Anliegen positiv auf und schlug vor, die ERG-gedeckten Schulden Guyanas zu erlassen. Den entsprechenden Entwurf unterbreitete ich den zuständigen Stellen in Georgetown. Das Abkommen sah vor, dass die Schweiz die Anstrengungen von Guyanas Stabilisierungs- und Strukturanpassungsreformen unterstützen und daher die ERG-Schulden in der Höhe von 66 570,85 Franken erlassen würde. Guyana umgekehrt verpflichte sich «kompensatorisch», die makroökonomischen Reformen weiterzuführen, um den Schuldendienst auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen.

Als Georgetown den Entwurf akzeptierte, flog ich Anfang Februar 1995 mit dem definitiven Abkommen nach Guyana.

Grosser Goodwill

Die Regierung nahm diesen Vertrag viel positiver auf, als wir je zu hoffen gewagt hatten. Ich traf am 6. Februar 1995 zuerst den Präsidenten. Cheddi Jagan

hatte eine bewegte politische Karriere hinter sich. Weder die Briten unter Winston Churchill als Kolonialmacht noch später die Amerikaner unter John F. Kennedy duldeten eine von ihm geführte Regierung, obwohl er die Wahlen gewonnen hatte. Jagan war ein bekennender Kommunist. Nach Kuba sollte im Zeitalter des Kalten Krieges alles vermieden werden, was dazu führen könnte, dass die Sowjets in Südamerika eine neue Basis bekämen. Diese ausländischen Interventionen schadeten der Popularität Jagans keineswegs, im Gegenteil! Der Druck seiner Anhänger war schliesslich so gross, dass Cheddi Jagan 1992 in freien Wahlen die Präsidentschaft errang.

Der Präsident empfing mich, bescheiden wie er war, in einem braunen Hemd in seinem Büro. Er hatte 1994 die Schweiz kurz besucht und der *NZZ* ein Interview gegeben. Die Streichung der externen Schulden war eines seiner wichtigsten Anliegen. Umso mehr freute es ihn, dass unser Land als erstes bereit war, die Schulden Guyanas zu erlassen. Er bat mich, Bern seinen Dank auszudrücken. Im Sommer finde in Kopenhagen der Weltgipfel für soziale Entwicklung statt, und er wolle unser Abkommen als nachahmenswertes Beispiel anführen. Ob wir einverstanden seien? Ich entgegnete ihm, dass wir zu dem stünden, was wir unterschrieben hätten. (Jagan lobte dann in der Tat in Dänemark die Schweiz wegen ihrer «Entschuldungspolitik» – zur freudigen Überraschung unserer Delegation, die von diesem Abkommen nichts gewusst hatte …)

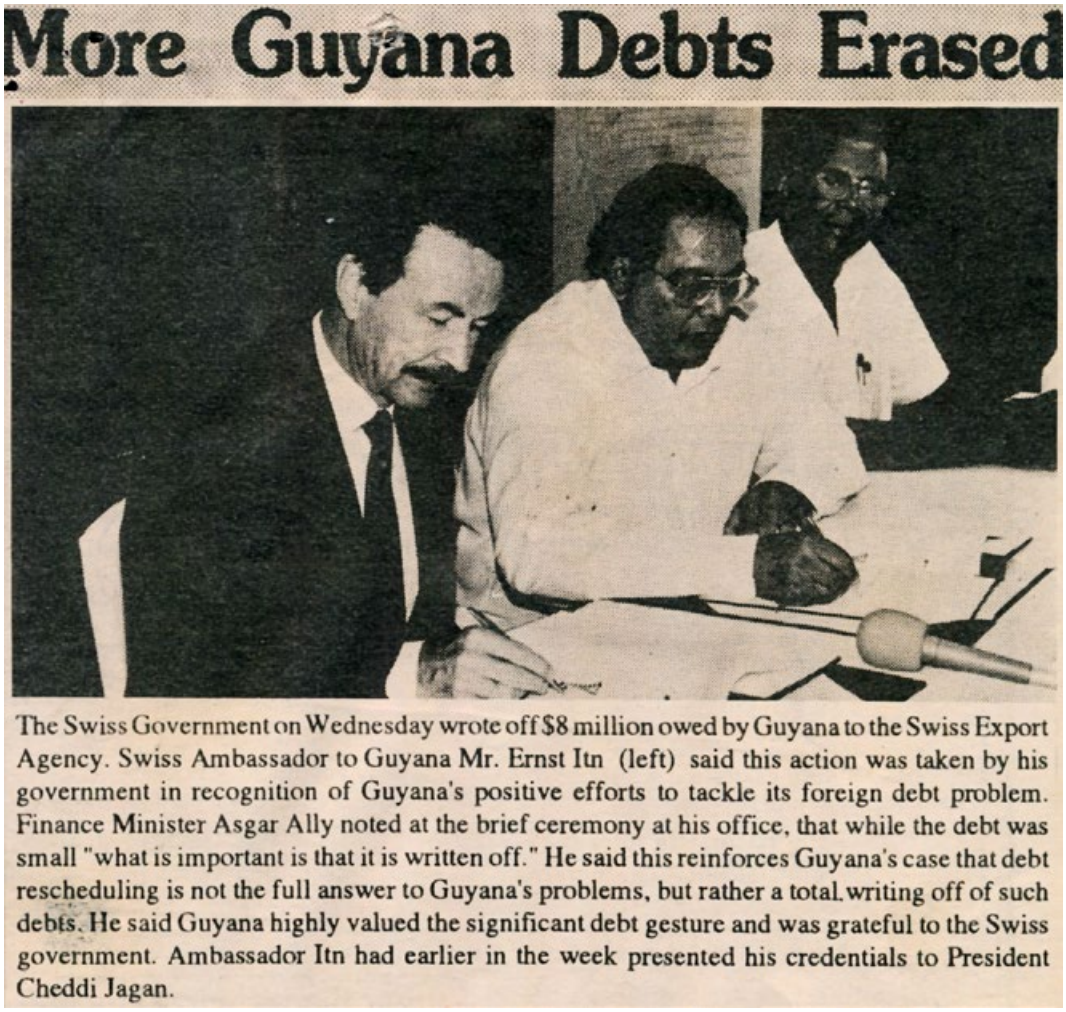
Die Probleme Guyanas seien enorm, fuhr der Präsident mir gegenüber weiter fort. So fehlten ihnen geschulte Arbeitskräfte. Es gebe viele Guyaner im Ausland, namentlich in den USA, die jedoch wegen der geringen Löhne nicht zurückkehren wollten. Darum müssten sie hier die Jungen ausbilden und zum Bleiben animieren. Technische Assistenz zu diesem Zweck sei dringend nötig. Er wisse, welch gute Erfahrungen unser Land diesbezüglich gemacht habe. Er ermuntere die Schweiz, ihnen dabei zu helfen. Zum Abschluss unserer Unterredung bat ich den Präsidenten, ihm eine persönliche Frage stellen zu dürfen. Nachdem er lachend zugestimmt hatte – «ich habe nichts zu verbergen!» –, erkundigte ich mich, wie er die kommunistischen Regierungen nach dem Fall der Berliner Mauer beurteile. Als geschulter Dialektiker meinte Jagan verschmitzt: «Die Melodie war gut, nur die Musiker spielten falsch.»

Zwei Tage später war ich im Finanzministerium. Dessen Minister, Asgar Ally, und ich unterschrieben das Abkommen, das sofort in Kraft trat. Asgar Ally hatte zu dieser Zeremonie Presse und Fernsehen geladen. Obwohl es ein kleiner Betrag von knapp 67 000 Franken gewesen war, interviewten uns die Medien. Der Minister strich heraus, dass in der Regel Gläubigerländer lediglich Umschuldungen oder Fristerstreckungen gewährten. Es sei nun das erste Mal, dass ein Land die Schulden Guyanas schlichtweg streiche. Die Summe sei zwar nicht hoch, aber die Präzedenzwirkung sei bedeutsam. Die Schweiz habe das Anliegen von Präsident Jagan gehört, der genau diese Schuldenstreichung für Länder wie Guyana fordere.

Meinerseits hob ich hervor, dass wir die Anstrengungen Georgetowns unterstützten. Länder, die beispielhafte Stabilisierungen und harte Reformen durchführten, sollten belohnt werden.

Noch am gleichen Abend übertrug das Fernsehen die Zeremonie, und am anderen Tag erschien der schweizerische Schuldenerlass auf der ersten Seite der Zeitungen.

223



More Guyana Debts Erased

The Swiss Government on Wednesday wrote off $8 million owed by Guyana to the Swiss Export Agency. Swiss Ambassador to Guyana Mr. Ernst Itn (left) said this action was taken by his government in recognition of Guyana's positive efforts to tackle its foreign debt problem. Finance Minister Asgar Ally noted at the brief ceremony at his office, that while the debt was small "what is important is that it is written off." He said this reinforces Guyana's case that debt rescheduling is not the full answer to Guyana's problems, but rather a total writing off of such debts. He said Guyana highly valued the significant debt gesture and was grateful to the Swiss government. Ambassador Itn had earlier in the week presented his credentials to President Cheddi Jagan.

Unterzeichnung des Entschuldungsabkommens am 8. Februar 1995 in Georgetown (Guyana). Privatarchiv Ernst Iten

Exkurs: Besuch bei einem pfiffigen Auslandschweizer

Ich möchte einmal kurz über einen abenteuerlichen Auslandschweizer sprechen, der sich trotz aller Widrigkeiten mit Fantasie, Schlauheit und Flexibilität in diesem ärmsten Land Südamerikas erfolgreich durchschlug. Er hiess Kurt H. Ich hatte seine Anschrift von unserer Kanzlei in Caracas erhalten und wollte ihn während meines Besuchs in Georgetown zu einem Nachtessen einladen. Kurz vor 18:00 Uhr rief er mich im Hotel Forte Crest an, das neben dem Hotel Pegasus das einzige annehmbare Gasthaus von Guyanas Hauptstadt war. Ich solle ohne Krawatte kommen, wir würden bei ihm zu Hause essen, beschied er mir.

Als ich zur abgemachten Zeit in die Hotel-Lobby hinabstieg, sah ich einen verschwitzen Mann in den Vierzigern im hellblauen, mit Fett- und Ölflecken verschmierten Overall. Er winkte mir und ging auf mich zu. «Entschuldigen Sie meine Aufmachung, aber ich war dabei, meinen Geländelaster zu reparieren. Er war ziemlich beschädigt nach der letzten Fahrt in den Urwald.» Offensichtlich wollte er die Gelegenheit nicht verpassen, einen Botschafter bei sich zu Hause zu haben. Nach der Begrüssung bestiegen wir seinen herausgeputzten Personen-

wagen. Kurt H. wohnte am Stadtrand. Dort gab es keine Strassenbeleuchtung mehr. Im Licht des Autos flackerte plötzlich ein überwucherter Stacheldrahtzaun auf. Wir fuhren auf das offene Tor zu. Dahinter reihten sich links drei reparaturbedürftige PKWs auf; rechts stand der erwähnte Geländelaster, dessen Motorhaube geöffnet war. Ein junger Mann blinzelte ins Licht unseres Wagens. «Das ist mein Ältester», erklärte Kurt H. Wir stiegen aus, begrüssten den Sohn. Zwei Hunde zerrten an ihren Ketten und bellten. Kurt H. beschied ihnen zu schweigen. Mein Gastgeber besass ein Holzhaus im karibischen Stil mit vorgelagertem Balkon, das wegen allfälliger Hochwasser, herumstreifender wilder Tiere und Schlangen auf Pfählen ruhte. Wir stiegen die Treppe hoch. Unter der Eingangstür erschien eine guyanische Frau. «Das ist meine jetzige Begleiterin. Sie stammt aus dem Süden und hilft mir beim Übersetzen mit den Einheimischen. Meine schweizerische Ehegattin verliess mich vor einiger Zeit.» Unsere Gastgeberin winkte uns an den Tisch. Sie war es gewohnt, vor Fremden nicht zu reden. Es gab stark gewürzten Pepperpot mit Rindfleisch und Reis. Kokosmilch half mir, die brennend scharfen Bissen zu mildern. Kurt H. war sichtlich stolz, dass ich seine Einladung sofort angenommen hatte. Er schilderte mir, wie er sein Geld verdiente. Nebst Autoreparaturen jagte respektive suchte er seltene Insekten und kleine Reptilien, die er anschliessend exportierte. Alles geschehe nach den Regeln des Artenschutzabkommens CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna). Er sei erst gestern Nacht von einer solchen Expedition in den Urwäldern des Südens zurückgekommen. Nach dem Essen offerierte er mir einen seltenen Rum. Er schmeckte vorzüglich, erinnerte an schwarze Schokolade, geröstete Nüsse und Orangenschalen. Ich beglückwünschte meinen Gastgeber. Dieser schaute mich befriedigt an: «Dieser ‹Demerara Eldorado Rum› wurde, wie das Etikett besagt, 15 Jahre in Eichenfässern gelagert. Er ist exklusiv für den Export bestimmt, weil Guyana Devisen braucht.» – «Also kann ich keinen erwerben?» – «Ich kenne einen in der Brennerei», erwiderte Kurt H. verschmitzt. Wir kippten ein paar Gläser, denn dieser Rum war mild und brannte im Gegensatz zu den üblichen, meist viel jüngeren Fabrikaten überhaupt nicht beim Schlucken. Er glich insofern einem sehr alten Cognac. Wir gingen anschliessend zum Du über. Kurt hatte noch eine andere Erwerbsquelle: Er sammelte alte handgeblasene Flaschen. Voller Stolz zeigte er mir einen Teil seiner Kollektion, die ein ganzes Zimmer füllte. «Wo findest du sie?», erkundigte ich mich. Bevor die Engländer dieses Gebiet den Holländern abgenommen hatten, berichtete Kurt, gab es entlang des Demerara und seiner Zuflüsse viele Zuckerrohrplantagen. Die Herrschaften genossen das Leben und tranken gerne ihren Genever. Obwohl die handgeblasenen Flaschen teuer waren, warfen sie sie hinterher weg. Anfänglich sei es relativ leicht gewesen, solche Flaschen zu finden. Niemand habe sich vor 20 Jahren dafür interessiert. Darauf zog Kurt ein seltenes Stück aus der Zeit um 1700 aus seiner Sammlung. Es hatte die Form einer Zwiebel oder eines *horse shoe,* wie der Fachausdruck lautet. «Die schenke ich dir», gab sich Kurt grosszügig. Solche Flaschen seien in Museen begehrt. Ob er heute noch solche Preziosen finde? Kurt nahm mich beiseite, um die Wichtigkeit seiner Geschichte zu unterstreichen. Vor ein paar Jahren sei er nach Amsterdam ins Archiv gereist. Dort habe er alte Karten studiert. Sie zeigten

225 ihm, wo es Plantagen gab, die man heute unter den wuchernden Wäldern nicht mehr vermute. Er beschrieb, dass er sich kleinere Skizzen mit dem Namen der Flüsse und der ungefähren Distanz der landwirtschaftlichen Grossbetriebe zu den Flusszusammenläufen gemacht habe. Wie von ihm erwartet, habe er daraufhin viele der alten Plantagen gefunden, obwohl von den Häusern nur noch überwachsene Grundmauern standen. Der Oberbau aus Holz war schon lange verfallen. Zuerst habe er keine Flaschen entdeckt, was ihn verwundert habe. Für die damaligen Herren waren dies ja Abfallprodukte, die sie wegwarfen. Aber wohin? Pfiffig wie er war, schleuderte er eine moderne Flasche in den Fluss und wartete, bis sie schaukelnd und mit Wasser gefüllt sank. Dort suchte er im seichten Rand des Flussbettes – und fand Dutzende von alten, schweren Flaschen. «Die meisten, die du hier siehst, stammen von solchen Expeditionen. Ich kenne Händler, die mir für gute Stücke viel Geld anbieten!»

Beim Abschied überreichte er mir, clever bis zum Ende, seinen Schweizer Pass, den er verlängert haben wollte. Er bat mich, den Reiseausweis nach Caracas mitzunehmen. Das sei sicherer als der Postversand. Dann beschied er seinen Sohn, mich ins Hotel zurückzufahren, was angesichts unseres Rumkonsums sicher klüger war.

Surinam

Unsere Botschaft hatte sozusagen keine Akten zu Surinam. Was konnte ich dem Präsidenten bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens also sagen? Von den acht Ländern, in denen ich akkreditiert war, verlangten sechs geschriebene Reden für die Zeremonie. Einzig in Venezuela und Trinidad und Tobago erfolgte die Übergabe ohne lange Ansprache. Die Lehrbücher sahen vor, dass bei der Präsentation des Beglaubigungsschreibens keine Kritik, keine tiefere Analyse über die Situation des betroffenen Landes geäussert und keine konkreten bilateralen Pendenzen angesprochen werden sollten. Kurz: Alles sollte in Harmonie verlaufen. Die Gefahr dabei war gross, dass der neue Botschafter bei Allgemeinplätzen wie der Verbesserung der bestehenden guten Beziehungen stehen blieb. Ich versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen, indem ich etwas Länderspezifisches vorbrachte. Ich wollte dem Partnerstaat zu verstehen geben, dass wir ihn ernst und wichtig nahmen. Gerade bei kleinen Ländern ist dies ein Punkt, den man nie unterschätzen darf. Wir Schweizer sprechen ja aus Erfahrung. Die grösste Akzeptanz fand mein Vorgehen der «Individualisierung» eines Landes in Surinam. Ich unterstrich angesichts der noch recht jungen Eigenstaatlichkeit (das Land erlangte erst 1975 die Unabhängigkeit von Holland) die historisch-menschlichen Beziehungen. Der Zufall wollte es nämlich, dass eine gebürtige Schweizerin, Maria Sybilla Merian, Tochter des berühmten Topografen und Druckers Matthias Merian von Basel, einen Holländer geheiratet hatte. 1699 segelte sie von Amsterdam nach Surinam und publizierte nach ihrer Rückkehr das viel beachtete Werk «Metamorphosis Insectorum Surinamensium». Maria Sybilla Merian war wahrscheinlich die erste weibliche Forscherin in der Neuen Welt, und dies 100 Jahre vor Alexander von Humboldt. Die zwischenmenschlichen und wissenschaftlichen Beziehungen seien also viel älter als die politischen, fügte ich der Rede bei.

Meine Erwartungen, dass der historische Hinweis auf die Pionierin der Erforschung Südamerikas die Sensibilität, ja den Stolz des surinamischen Präsidenten Ronald Venetiaan wecken würde, wurden prompt erfüllt. Der Staatschef ging in seiner Antwort ausdrücklich auf meinen Hinweis ein und machte mit Blick auf die nötigen Wirtschaftsreformen gar ein Wortspiel. Er hoffe, so fügte er an, dass ich zur «Metamorphosis Economicae Surinamensis» etwas würde beitragen können. Diese Wertschätzung unterstrich am anderen Tag auch die Presse, die mich als einzigen der drei neuen Botschafter auf der Titelseite bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens zeigte. Ich erhielt sogar ein Exemplar des Sonderdruckes von Maria Sybilla Merians Buch, welches die Bauxitindustrie Suralco herausgegeben hatte. Die Image-Werbung für unser Land war erfolgreich, und der «Beweis» kam *stante pede:* Zurück in Caracas musste ich für die Unterstützung schweizerischer Kandidaturen für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die UNESCO werben und erhielt postwendend die positive Zusage aus Paramaribo, der Hauptstadt Surinams.

Das einzige holländisch sprechende Land Südamerikas, das damals rund 400 000 Einwohner zählte, bekundete nach der Unabhängigkeit einige Mühe, sich allein zurechtzufinden. Die versprochene Starthilfe der Kolonialmacht von 1,6 Milliarden Euro, starke familiäre Beziehungen (die Hälfte der Bevölkerung lebte in den Niederlanden), die andauernden Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Verwandten sowie anfänglich gut funktionierende Infrastrukturen samt einer geschulten Verwaltung liessen die Surinamer glauben, sie seien ein Sonderfall und würden rasch Anschluss an die Erste Welt finden. Ich hörte denn auch bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens im Jahre 1994 immer wieder, dem Land gehe es viel besser als dem verarmten westlichen Nachbarn Guyana. Wenige Jahre später wich der Stolz der Ernüchterung. Surinam kannte alle Probleme eines Drittweltstaates. Die Gründe waren vielfältig.

Wegen der multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung sah die Verfassung keine Präsidialherrschaft vor, sondern gab vielmehr dem Parlament eine starke Stellung. Das bunte Zusammenleben von 40 Prozent Kreolen (Schwarzen und Weissen), die mehrheitlich Christen waren, 33 Prozent Hindustani (überwiegend hinduistischer Religion), 17 Prozent muslimischen Javanern und 10 Prozent Nachkommen von geflohenen Sklaven, und Menschen, die aus Indien und China abstammten, fand bei der breit abgestützten Legislative eher Gehör und Ausgleich. Die Praxis zeigte hingegen, dass die Konsensfindung langwierig war und die Javaner in nicht immer demokratischer Weise die «Schiedsrichterrolle» zwischen Kreolen und Hindustani spielten.

Das tropische Laissez-aller und der Braindrain Richtung Holland führten mit der Zeit zu Verzerrungen, die schwierige Restrukturierungen unumgänglich machten. Trotz dieser Massnahmen hatte 1996 die regierende Koalition unter Präsident Venetiaan die Wahlen gewonnen, doch verlor sie die «Präsidentenschlacht» im Parlament, da sie nicht die nötige Zweidrittelmehrheit zusammenbrachte. Die populistische Nationale Demokratische Partei (NPD) konnte sich die Stimmen kaufen, und die entscheidenden Javaner wechselten die Front. Der wahre *strong man* der neuen Regierung war der ehemalige Putschistenführer Desi Bouterse, der Surinam von 1980 bis 1987 diktatorisch und unter massiver Verletzung der

Übergabe des Beglaubigungsschreibens an Präsident Ronald Venetiaan in Paramaribo (Surinam), 1994. Privatarchiv Ernst Iten

Menschenrechte regiert hatte. Die internationale Reaktion auf die formal-demokratische Wahl des NPD-Kandidaten Jules Albert Wijdenbosch zum Präsidenten war von Anfang an skeptisch bis ablehnend. Insbesondere Holland, das mit seinen Hilfsflüssen bis zu 20 Prozent zu Surinams BSP beisteuerte, begann sich abzuwenden und reduzierte die Beziehungen auf ein «technisches Niveau». 1999 erliess Den Haag sogar einen internationalen Haftbefehl gegen Bouterse wegen Drogenschmuggels, Geldwäscherei und Bestechung. Der *strong man* wurde ein Jahr später *in absentia* verurteilt …

Trotz aller Spannungen unterhielt Surinam nach wie vor mit Holland die wichtigsten und intensivsten Kontakte. Ein Ersatz war nicht in Sicht, da nicht einmal die regionale Vormacht, die USA, in die Bresche springen wollte.

Interventionen der Schweiz

Ähnlich wie Guyana besitzt Surinam riesige Urwälder im Süden. Sie waren ein begehrtes Objekt für holzhungrige Länder. Die Schweiz intervenierte 1995 aktiv wegen der geplanten riesigen Tropenholzabbau-Konzessionen fernöstlicher Unternehmen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank und das World Resources Institute planten nämlich zusammen mit bilateralen Gebern wie der Schweiz, Surinams intakte Urwälder des Hinterlandes zu schützen respektive sie nur nachhaltig nutzen zu lassen. Vorgesehen war, die vom Fiskus erwarteten Konzessions-

gelder durch Abgeltungszahlungen der Gebergemeinschaft auszugleichen, falls Surinam die Abholzverträge nicht oder lediglich mit restriktiven Auflagen unterschriebe. Das Ganze wurde schliesslich «vertagt», da die schwere Rezession den Holzbedarf der fernöstlichen Länder wie Indonesien und Malaysia reduzierte.

Grenzdispute und Vorarbeiten für Gute Dienste der Schweiz

Seit dem Entschuldungsabkommen von 1995 mit Guyana hatte ich mit jener Regierung einen «politischen Dialog» aufgebaut, den ich nicht zuletzt für unsere Guten Dienste einzusetzen gedachte. Das Land hatte mit seinem westlichen wie östlichen Nachbarn Grenzprobleme. Der schwierigste Disput war jener mit Venezuela. Es ging um das im Westen gelegene Esequibo-Gebiet. Venezuela beanspruchte rund zwei Drittel des Territoriums von Guyana. Wie vermutet, sah Georgetown in uns den geeigneten Vermittler. Caracas wollte aber höchstens den UNO-Mediator weiterhin zulassen. Noch lieber hätten die Venezolaner alles «bilateral» gelöst, um mehr Druck ausüben zu können. Die offizielle Anfrage Guyanas wegen unserer Rolle wurde deshalb unter Präsident Caldera abschlägig beantwortet.

Anlässlich meines Besuches am 13. November 1998 in Georgetown sollte ich mich auf Insistieren Berns trotz der ersten negativen Reaktion in Caracas über den letzten Stand bei den Grenzfragen im Esequibo-Gebiet erkundigen. Guyana wünschte nämlich als «zweitbeste» Lösung, dass unser Land als «Unterstützer» des UNO-Vermittlers wirke. Meine vorgängigen Sondierungen in Venezuela waren wiederum auf ein klares Nein gestossen. Die Esequibo-Frage schied damit für unsere Dienste aus.

Wie es sich zeigte, hatte Guyana noch eine andere Bitte an die Schweiz. Janet Jagan, die neue Staatspräsidentin und Witwe von Cheddi Jagan, sagte mir am Vormittag jenes 13. Novembers, dass sie mehr Chancen bei einem anderen Disput sehe: «Speak with Ralph Ramkarran about Suriname. That could interest you.» Ramkarran war der Spezialist für Grenzfragen. Er wirkte als «Fazilitator» seines Landes im Rahmen der UNO-Vermittlung zwischen Guyana und Venezuela über das riesige, umstrittene Gebiet des Esequibo und präsidierte gegenüber Surinam die Grenzkommission. Ramkarran erklärte mir am Nachmittag des gleichen Tages den Hintergrund für die Leistung Guter Dienste im Disput mit Surinam. Die intensivierten bilateralen und multilateralen Kontakte beider Länder legten eine Bereinigung der Grenzfragen nahe. Janet Jagan habe bei ihrem kürzlichen Besuch in Paramaribo darüber gesprochen, und die Grenzkommissionen beider Länder hätten sich daraufhin getroffen. Sie seien aber nicht weitergekommen. Ein Aussenstehender wie die Schweiz könnte deshalb eine führende Rolle übernehmen und das Eis brechen. Laut Ramkarran ging es um drei Probleme:

- die Meereszone im Norden (*continental shelf*),
- die Grenzziehung im respektive am Courantyne-Fluss,
- das umstrittene Dreieck im Südosten von Guyana.

Mein Gesprächspartner meinte, die drei Probleme sollten als Paket behandelt werden. Sie berührten die ganze Grenzlinie von der Karibik bis zur Grenze mit Brasilien.

229 Bei Grenzproblemen werden je länger desto mehr die UNO und regionale Organisationen zur Leistung Guter Dienste eingesetzt. Im Karibikraum wäre dies die CARICOM. Ich fragte Ramkarran deshalb, ob sie nicht diese Gruppierung angefragt hätten. Laut meinem Gesprächspartner stand die CARICOM nicht im Vordergrund, obwohl Surinam 1995 dieser Organisation beigetreten war.

Ich überlegte mir, warum die Schweiz eine vermittelnde Rolle spielen könnte. In Georgetown waren mir die Gründe dafür klar. Was könnte aber in Paramaribo für uns sprechen? Wenn die CARICOM nicht in Frage kam, mussten «spezifischen Gründe» dagegen vorliegen. Der Neuling und linguistisch-kulturell anders geformte Staat Surinam musste sich bei der englischsprachigen CARICOM als isolierte Minderheit vorkommen. Paramaribo dürfte darum eher an einem Aussenstehenden Interesse zeigen. Zudem schienen die Grenzprobleme der zwei Länder Guyana und Surinam für unsere Guten Dienste einige Aussichten auf Erfolg zu bieten. Warum? Im Kräfteverhältnis zwischen Guyana und Surinam obsiegte Guyana. Dies wurde wenige Jahre nach Surinams Unabhängigkeit deutlich, als die Guyaner die Besetzung des umstrittenen Dreieckes im Süden das Landes durch die Regierung in Paramaribo militärisch beendeten. Es war daher ein Vorteil, dass die Anfrage für Gute Dienste vom stärkeren Partner Guyana ausging. Er «verzichtete» dadurch auf die rein bilateralen Druckmöglichkeiten, wie sie Venezuela z. B. gerne ausüben wollte.

Nachdem ich unsere generelle Bereitschaft zur Leistung Guter Dienste unterstrichen hatte, sahen Ramkarran und ich folgende Schritte vor:

- Ich würde in Bern sondieren, ob ein grundsätzliches Interesse an der Beihilfe zur Lösung dieser Grenzfragen bestand.
- Falls die Reaktion in der Schweiz positiv ausfiele, würde sich Ramkarran bei seiner Regierung engagieren und in Surinam abklären lassen, ob unser Land als Vermittler genehm wäre.
- Sofern Georgetown und Paramaribo einverstanden wären, könnten die drei Regierungen die Definition eines Mandates in die Hand nehmen.

Zum besseren Verständnis der Problematik übergab mir mein Gesprächspartner eine Synopsis der Standpunkte aus der Sicht von Georgetown.

Ich unterbreitete das Ganze in einem Brief vom 19. November 1998 dem Direktor der Völkerrechtsdirektion, Botschafter Nicolas Michel, mit der Bitte zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Schweiz bereit wäre, sich zu engagieren.

Anlässlich meiner Heimatreise im Sommer 1999 zeigte sich Botschafter Michel zurückhaltend und gab mir zu verstehen, dass unser Land einzig für die Grenzziehung am Courantyne-Fluss einen Experten stellen könne. Ich solle aber vorher noch in Paramaribo sondieren, ob dort ein Interesse daran bestehe.

Meine nächste Reise nach Surinam war gleichzeitig mein Abschiedsbesuch. Am 28. Januar 2000 sprach ich mit Aussenminister Erroll G. Snijders und dem Permanent Secretary des Aussenministeriums, Botschafter Henk Alimahomed, über die Möglichkeit der Leistung Guter Dienste bei der Grenzziehung am Courantyne-Fluss. Ich erkundigte mich zuerst nach ihrer Einstellung zur CARICOM als mögliche «Schiedsrichterin». Sie zeigten sich reserviert. Darauf erläuterte ich ihnen unsere Erfahrungen bei Grenzdisputen in Lateinamerika. Ich illustrierte dies mit

unserer Zusage bei der Lösung des Beagle-Konfliktes zwischen Argentinien und Chile im Jahre 1984, wonach die Schweiz bei der Ernennung von Schiedsrichtern eine Rolle spielen könne. Ich verwies ferner auf den Schiedsspruch des Bundesrates über einen Abschnitt der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela im Jahre 1922. Wir verfügten nach wie vor über Experten! Beide nahmen jedoch nur Notiz von der Möglichkeit einer schweizerischen Unterstützung beim Disput um den Courantyne-Fluss. Wenig später informierte ich ganz sachlich den Staatschef, Präsident Jules A. Wijdenbosch, über meine Unterredung mit seinem Minister.

Trotz der relativ nüchternen Reaktion sprach mich am Abend anlässlich des Neujahrsempfanges im restaurierten Präsidentenpalast Botschafter Henk Alimahomed an. Er teilte mir zu meiner freudigen Überraschung mit, dass er unsere Offerte der Guten Dienste mit seinem Minister besprochen habe. Surinam sei sehr an einer Hilfe interessiert. Sie dankten für das Angebot. Die CARICOM als regionale Organisation sei für sie als holländisch sprechendes Land kaum der ideale Vermittler. Sie hätten mit Interesse von unseren Erfahrungen bei Grenzdisputen gehört. Alimahomed erläuterte mir das geplante Vorgehen: Sie wollten unsere Offerte beim nächsten Treffen der Grenzkommission mit dem westlichen Nachbarn aufnehmen. Ich sei befugt, Guyana zu informieren, dass Paramaribo Interesse an unseren Guten Diensten habe.

Ich war erleichtert. Beide Staaten reagierten damit positiv auf unsere Vermittlerrolle. Eile sei vorläufig nicht geboten, schrieb ich am 2. Februar 2000 an Botschafter Nicolas Michel, weil im Mai in Surinam gewählt werde und im Frühling 2001 in Guyana ein Urnengang bevorstehe. Es gelte jedoch, das Eisen warm zu halten.

Leistete die Schweiz nach meiner Versetzung Gute Dienste zwischen den zwei Ländern?

Im Jahr 2005, ich war zu dieser Zeit Mitglied des Exekutivrates der UNESCO in Paris, sprach ich meinen Tischnachbarn aus Surinam im Rat an. Er war früher Erziehungsminister unter Präsident Venetiaan gewesen. Soviel er wisse, hätten Guyana und sein Land lediglich die Abgrenzung der Meereszone im Norden durch ein Schiedsgericht definieren lassen. Wegen Gas- und Erdölvorkommen sei dies dringend gewesen. Die Festlegung des sogenannten Talweges, also der jeweils tiefsten Stelle des mäandernden Courantyne-Flusses, sei hingegen immer noch offen …

Obwohl ich mehrere Male von Bern zu Guten Diensten aufgefordert worden war, fiel das Interesse der Zentrale in diesem Fall gedämpft aus. Weil es nur zwei kleine, weit entfernte und bei uns kaum bekannte Länder betraf? Liess der Disput keine unmittelbare Auseinandersetzung befürchten? Hatte die Zentrale wichtigere Fälle zu bearbeiten? Ich lasse die Fragen offen, weil ich nicht alle Hintergründe kenne. Ich verweise hingegen auf ein Interview des *Tages-Anzeigers* vom 17. September 2008, das in den *Reflets* des EDA vom gleichen Tag erschien. Alain Zucker befragte darin Peter Maurer, damals Botschafter unseres Landes bei der UNO. Der Journalist erkundigte sich, was es der Schweiz bringe, wenn sie sich als Vermittlerin von Konflikten profiliere, die weit weg stattfänden. Peter Maurer entgegnete:

Im Exekutivrat der UNESCO am 19. April 2005. Neben mir sitzt der Vertreter Surinams. Privatarchiv Ernst Iten

Wir haben als Land, als Wirtschaft, als Gesellschaft grosses Interesse an einer stabilen Welt. Die Distanz ist heute kein Argument mehr. Die Destabilisierung der Weltwirtschaft, aber auch von Gesellschaften und internationalen Beziehungen kann unmittelbare Folgen für uns haben. Es ist also legitim, dass wir einige Energie in Vermittlungs- und Stabilisierungsbemühungen stecken, um internationale Spannungen abzubauen.

XIII Die Vielfalt der Karibik (1993–2000)

«Open the map, more islands there, man, than peas on a tin plate, all different size, one thousand in the Bahamas alone», besang der auf St. Lucia geborene Literaturnobelpreisträger Derek Walcott die wunderbare Vielfalt der Karibik. Das amerikanische «Mittelmeer» geniesst nicht umsonst den Ruf als Ferienparadies. Ich war während meiner Zeit in Venezuela in fünf Inselstaaten akkreditiert: in Trinidad und Tobago, auf der Gewürzinsel Grenada, in Barbados, das nach wie vor *very british* war und von der englischen Elite gern besucht wurde, in Antigua und Barbuda, der Domäne der *Birds*, sowie in St. Kitts und Nevis.

Trotz aller Vielfalt kennen die Inselstaaten gemeinsame Herausforderungen. Ein paar seien kurz skizziert:

Seit der Entdeckung durch Kolumbus im Jahr 1492 ist die Karibik nach aussen ausgerichtet, d. h. die Inseln produzieren für externe Märkte und sind von diesen abhängig. Die politische Selbstständigkeit änderte nicht viel an der extremen Verwundbarkeit der Wirtschaften dieser Mikrostaaten der kleinen Antillen. Die ausschliessliche Ausrichtung auf die europäischen Kolonialmächte existiert allerdings nicht mehr. Die USA und Kanada sind wichtigere Partner im Handel und im Tourismus geworden als die «Alte Welt». Seit einigen Jahren, so schrieb ich in einem Bericht vom 1. Juli 1993 nach Bern, ist auch eine langsame Annäherung an Lateinamerika im Gange, sodass die beiden Regionen nicht mehr indifferent Rücken an Rücken leben.

Die globalen Veränderungen wirkten sich stark auf die karibischen Kleinstaaten aus. Zu erwähnen sind die Handelsliberalisierungen und die Integration der weltweiten Kapitalflüsse. Nur jene Staaten, die sich dem wandelnden Umfeld anpassten, konnten den Lebensstandard ihrer Bevölkerung halten oder sogar verbessern. Die Restrukturierungen trafen die zum Teil überbevölkerten Inseln hart. Trotz allem gab es keinen anderen Weg. Der Premierminister von Barbados, Erskine Sandiford, drückte dies mir gegenüber so aus: «There is no gain without pain.» In welche Richtung sollte es aber gehen? Nebst der neuen Rollenverteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft und der Defizitreduktion nannten die lokalen Politiker folgende Ziele: verstärkte Gewichtung des Tourismus, Diversifikation in der Produktion landwirtschaftlicher Güter und deren Verarbeitung vor Ort, Offshore-Dienstleistungen und das Suchen von Marktlücken (sogenannten Nischen). Ich komme im letzten Abschnitt dieses Kapitels auf die Offshore-Geschäfte und die Geldwäscherei zurück. Angesichts der relativ hohen Löhne waren jedoch nur jene Tätigkeiten sinnvoll, die einen grossen Mehrwert erbrachten.

Von aussen gesehen meint man, dass der zersplitterten Inselwelt via Integration geholfen werden könnte. Die Regierungen fühlten sich denn auch zur Zusammenarbeit verpflichtet. Den institutionellen Rahmen dazu bildeten die

CARICOM und die OECS (Organization of Eastern Caribbean States). Alle Politiker, mit denen ich sprach, wollten aber nicht über eine wirtschaftliche Kooperation hinausgehen. Die Einsicht, dass Zusammenarbeit stärker macht als ein Alleingang, spielte in zunehmendem Masse eine Rolle bei der Stimmabgabe in multilateralen Gremien wie der UNO oder der OAS (Organisation amerikanischer Staaten). Als Kehrseite der Medaille bedeutete dies aber, dass den 15 CARICOM-Staaten ein überproportionales Gewicht zukam, das nicht ohne Gegenwehr blieb. So suchten beispielsweise die lateinamerikanischen Länder parallele Diskussionsforen *à la* Rio-Gruppe.

Schliesslich ist auf eine leidige karibische Tradition hinzuweisen: den Schmuggel! Die Inseln sind für die Drogenkartelle geradezu ideale Orte, um von dort aus hinter die Zollschranken Europas (via französische, niederländische und britische Besitzungen) oder der USA (via deren Inselterritorien) vorzudringen. Mittels verstärkter Kooperation, namentlich Washingtons, wurde darum versucht, das Einschleusen von Drogen zu erschweren.

Nachstehend will ich auf einen Mikrostaat näher eingehen, welcher das kleinste Land der beiden Amerikas ist.

St. Kitts und Nevis

Die Schweiz und die Föderation von St. Kitts und Nevis nahmen Ende 1992 diplomatische Beziehungen auf. Ich war der erste Botschafter unseres Landes, der in Basseterre, wie die Hauptstadt heisst, akkreditiert war. Die Anfrage für die diplomatischen Beziehungen ging von Nevis aus, wie mir Premierminister Kennedy Simmonds anlässlich meines Antrittsbesuches im Frühling 1993 erklärte. Die kleinere der zwei Inseln war schon früh in Offshore-Finanzgeschäften aktiv und wollte mit einem so wichtigen Finanzplatz wie der Schweiz nähere institutionelle Bindungen eingehen. St. Kitts und Nevis hatten damals ca. 45 000 Einwohner, wovon rund 10 000 auf Nevis lebten. Um die Bedeutung herauszustreichen, welche die Föderation der Schweiz beimass, offerierte der Generalgouverneur nach der Übergabe des Beglaubigungsschreibens meiner Gattin und mir in seiner Residenz im gregorianischen Stil ein sonst nicht übliches Mittagessen, wozu das gesamte Kabinett erschien.

Die zwei Inseln umfassten 179 und 98 Quadratkilometer, waren zusammen also etwas grösser als der Kanton Zug mit 239 Quadratkilometern, und wurden 1982 als letzte Inseln in der Region von Grossbritannien unabhängig. Sie galten als Musterschüler. Diesen Eindruck konnte ich bei meinem ersten Besuch nur bestätigen. Die beiden Inseln waren zwar arm, aber gepflegt, die Bevölkerung zuvorkommend und freundlich. Die Bewohner von St. Kitts und Nevis blickten stolz auf die Monumente der Vergangenheit wie die Brimstonehill-Festung, eine Stätte des UNESCO-Welterbes, welche St. Kitts den Zusatznamen «Gibraltar Westindiens» eintrug, oder das Montpelier Great House in Nevis, wo der spätere britische Seeheld Lord Nelson sich mit Nesbit verheiratet hatte.

Die Föderation hinkte jedoch nicht nur politisch, sondern auch entwicklungswirtschaftlich der Zeit hinterher. St. Kitts glich 1993 noch weitgehend der Karibik am Ende des Zweiten Weltkrieges: immergrün durch den Zuckerrohranbau,

Empfang durch den Generalgouverneur von St. Kitts und Nevis in Basseterre (St. Kitts und Nevis), 1993. Privatarchiv Ernst Iten

mit unverbauten Küsten und einem intakten Dorfleben. Der Wandel machte aber auch vor dieser «Idylle» nicht halt. Zu hohe Löhne und zu kleine Anbauflächen liessen die Monokultur des Zuckerrohranbaus je länger, je mehr unrentabel werden. Lediglich in Jahren ohne Hurrikan-Schäden und dank der präferenziellen Abnahmeabkommen, wie sie der Lomé-Vertrag der EU vorsah, konnte das Land ohne Verluste Zucker exportieren. Die 1995 ins Amt gewählte Labour-Regierung verstärkte deshalb den Ausstieg aus diesem traditionellen Sektor, der schliesslich 2005 aufgegeben wurde. An dessen Stelle trat eine Diversifikationspolitik. Tourismus, leichte Manufaktur und vor allem Offshore-Dienstleistungen wurden gefördert. Die geringen Managerkapazitäten und die enormen Versuchungen, stillgelegte Äcker zu spekulativen Zwecken zu gebrauchen, liessen befürchten, dass St. Kitts Fehlentwicklungen mitmachen würde, die auf anderen Inseln wie etwa Antigua absehbar waren: Die Landwirtschaft – teils verpönt als Relikt der Sklavenzeit – wurde dort fallen gelassen, wich einer Verbuschung und einer zügellosen Verbauung.

Vom «weissen Gold» zu idyllischen Plantation Houses

Der Anbau von Zucker war nicht immer ein Auslaufmodell. Zucker war einst so kostbar, dass er nur von der europäischen Elite genossen werden konnte. Das gemeine Volk musste sich mit Honig als Süssersatz begnügen. Erst nach und nach wurde Zucker für alle erschwinglich, und zwar dank des verstärkten Anbaus in tropischen Ländern. Im 17. Jahrhundert stiegen die karibischen Inseln zu den wichtigsten Zuckerproduzenten auf. Sie erreichten zusammen mehr Ausfuhren als alle 13 nordamerikanischen Kolonien vor deren Unabhängigkeit.

Das als «weisses Gold» bezeichnete Produkt bescherte den Plantagenbesitzern enormen Reichtum. Sie wohnten wie Fürsten in ihren palastähnlichen Villen, während die aus Afrika eingeführten Sklaven auf den Feldern schufteten. Einige der ehemaligen Plantation Houses existieren noch oder wurden zu modernen Gasthäusern umgebaut. Auf St. Kitts wohnten meine Gattin und ich bei unserem Antrittsbesuch in der Rawlins Plantation Inn. Wir hatten sie wegen der ausgezeichneten Küche ausgesucht, die zu den besten der Karibik zählte. Gloria wollte neue Rezepte für unsere Residenz in Caracas kennenlernen. Es war eine Idylle mit tropischem Garten, zehn Bungalows für die Gäste und einer umgebauten Windmühle, die für Hochzeitspaare reserviert war. Im Great House wurde das Abendessen, variantenreich präpariert von Claire Rawson, bei Kerzenlicht serviert. Vorher waren die maximal 20 Gäste auf der überdachten Terrasse zum Apéro geladen und konnten bei sinkender Sonne hinüberschauen zur holländischen Insel St. Eustatius. Ein schwarzer Kellner mit weissen Handschuhen rief dann den Gästen zu: «Dinner is ready in five minutes», sodass alle vorher noch den speziell angereicherten Rum Punch zu Ende schlürfen konnten.

Unabhängigkeitsbestrebungen: wenn eine kleine Welt noch kleiner zu werden droht

Trotz Globalisierung und grossräumiger Integrationsbestrebungen gibt es an vielen Orten parallel dazu zentrifugale nationalistische Kräfte. Erwähnt seien Kanada (Quebec), die Basken und Katalanen, Schottland oder das ehemalige Jugoslawien. Angesichts der zersplitterten Staatenwelt der Karibik würde man annehmen, dass dort weitere Unterteilungen unmöglich oder gar sinnlos seien. Eine kleine Welt kann aber immer noch kleiner werden, wie dies St. Kitts und Nevis belegen. Warum? Vance Amory, der «Premier» der Lokalregierung von Nevis, erklärte mir 1997 die Gründe. Ihm zufolge gingen die Separationswünsche auf historische Ursachen zurück. Nevis sei von der Kolonialmacht Grossbritannien 1982 in die Verbindung mit St. Kitts gezwungen worden, weil London die Inseln habe loswerden wollen. Nachdem schon Anguilla die Selbstständigkeit abgelehnt hatte und aus der kommenden Föderation mit St. Kitts ausschied, erschien den Briten eine zu grosse Zersplitterung nicht tragbar. St. Kitts, das sich als Mutterinsel sehe, behandele Nevis aber «stiefmütterlich». Sie seien Nettozahler, monierte Amory, da sie rund 25 Prozent der gesamten Einnahmen erwirtschafteten, aber laut Verfassung nur maximal 20 Prozent aus der Staatskasse zurückerhalten könnten. Seit Labour die Wahlen 1995 gewonnen habe und nicht mehr auf

237 die «Königsmacher» aus Nevis angewiesen sei, habe sich das Klima spürbar verschlechtert. So habe die föderative Regierung Gesetze zugunsten von St. Kitts erlassen und sämtliche Finanztransaktionen von Nevis von der Genehmigungspflicht in Basseterre abhängig gemacht. Dies komme einer Bevormundung gleich, weil Nevis seine Finanzgeschäfte, die Haupteinnahmequelle der Insel, bereits internationalen Experten zur Prüfung unterbreite. Eine Loslösung von der Föderation sei das Naheliegendste, und die verfassungsrechtlichen Diskussionen darüber gediehen vor Ort. Selbst die Opposition unterstütze die Selbstständigkeitsbestrebungen von Nevis.

Die Meinungen der Neviser waren allerdings nicht so eindeutig. Viele wollten eher eine ausgeglichenere Verfassung der Föderation. Ein Finanzspezialist sagte mir gar, dass sie am liebsten ein Kanton der Schweiz würden.

Meine Gesprächspartner in Basseterre nahmen die Bestrebungen von Nevis relativ gelassen hin: Die qualifizierte Zweidrittelmehrheit der Stimmen dürfe kaum zu erreichen sein. Diese Mehrheit wurde bei der Abstimmung 1998 hingegen nur knapp verfehlt. Wie mir Vance Amory später darlegte, wollte er die Sezessionsklausel in der Verfassung der Föderation beibehalten, um weiterhin Druck ausüben zu können.

Trotz der verhinderten Abspaltung von Nevis wurde die Gefahr der zwei Inseln wegen der Offshore-Dienstleistungen nicht kleiner. St. Kitts und Nevis standen wegen des Ermöglichens der Steuerflucht unter argwöhnischer Überwachung seitens der USA und Grossbritanniens. Der Mikrostaat versuchte deshalb, die Geschäfte so sauber wie möglich erscheinen zu lassen. Zu diesem äusseren Druck gesellten sich die Verlockungen der «Geldgeber» (Mafias, Steuersünder etc.), sodass von autonomer Politik, wie ich in meinem Schlussbericht vom 16. Mai 2000 schrieb, kaum mehr gesprochen werden konnte.

Bekannte und unbekannte Persönlichkeiten auf Nevis

Die kleine Insel genoss einst grosse Bedeutung. 1757 wurde dort Alexander Hamilton geboren, einer der Gründerväter der USA, und 30 Jahre später feierte der nachmalige Admiral Horatio Nelson mit Fanny Nisbet in Nevis Hochzeit. In den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts weilte der Sänger Michael Jackson im Four Seasons Resort, während Lady Di mit ihren Kindern im Montpelier Great House logierte, das einst dem Onkel von Fanny Nisbet gehört hatte.

Auf der Insel Nevis lebten auch einige wenige Schweizer. Zu diesen zählte Barbara Gosling. Sie war verheiratet mit Geoffrey Gosling, einem Lehrer an der Charlestown Secondary School. Ein Jahr vor meiner Versetzung fragte er mich, ob die Schweiz nicht eine Drehmaschine und eine Fräse finanzieren könnte. Unser Land würde damit einen konkreten Beitrag zur Diversifikationspolitik der Föderation leisten. Es war mir immer ein Anliegen gewesen, die nützlichen Botschaftskleinkredite gezielt einzusetzen. Dies tat ich mit dem Kauf der zwei Maschinen. Der Premier von Nevis, Vance Amory, war sichtlich stolz darauf, dass diese Hilfsmittel auf seiner Insel zum Einsatz kamen, und begleitete mich bei deren Inbetriebnahme. Zum Dank offerierte er mir seinen Chauffeur, der meine Gattin und mich am anderen Tag zum Hafen fahren sollte.

Swiss government donates machines to Charlestown Secondary School

A lathe and a milling machine valued at EC$27,000.00 were presented to the Multi Purpose Centre at the Charlestown Secondary School by the Swiss government.

As a result, the Nevis Island Administration intends to broaden the offerings of the centre to encompass persons outside school who have the skills.

Premier Hon Vance Amory who holds the Education Ministry portfolio said, "we have to explore very seriously the opportunity of widening the use and the access through the machines for persons who already have some skills - persons who would want to enhance their skills to improve their marketability as workers in the economy."

He made the observations at the Charlestown Secondary School on Monday May 8, when he received the two machines from the outgoing Swiss Ambassador to the Federation H.E. Dr. Ernst Iten. Premier Amory said it was his belief that both the Education Department and the school would want to see the centre broaden its activities through the involvement of outsiders using those machines.

The Swiss Ambassador, who has been based in Caracas, Venezuela since May 1993, was in Nevis for a farewell visit as he has received a new posting, to be his country's Ambassador to Israel. He had called on Premier Amory earlier, before proceeding to the school to present the two machines.

Ambassador Iten (2nd left) with Premier Amory (to his right) look on as the lathe machine is put into use at the Charlestown Secondary School.

At the school, the Premier and the Ambassador, accompanied by Permanent Secretary Mrs. Clara Walters, were welcomed by the Principal Education Officer Mrs. Hyleta Liburd, the school Principal Mr. Joseph Wiltshire, and teachers Mr. Dwight Morton and Mr. Geoffrey Gosling.

Ambassador Iten noted: "We are particularly pleased we could fill a gap that was presented here in Nevis, because none of these machines was available here. Mr. Gosling, told me of the need during my last visit here, and we thought it would be wise to give youngsters a responsibility, to make them useful to the society."

Earlier, Ambassador Iten noted that his government would, in November, be sponsoring a workshop in Port of Spain on the offshore financial sector and expected that the Federation would be represented as it is a member of the Caribbean Financial Action Task Force which will be hosting it.

Bei der Inbetriebnahme einer Drehmaschine und Fräse in Charlestown. Nevis Today, Frühjahr 2000

Wir wohnten bei jenem Besuch im Montpelier Great House. Der damalige Besitzer erläuterte uns blumig die Geschichte der Beziehung von Lord Nelson mit Fanny Nisbet. Der junge Seefahrer hatte sich so übereifrig gegen den Schmuggel zugunsten der aufständischen 13 Staaten Nordamerikas eingesetzt, dass ihn nur Nisbets Onkel aus seiner misslichen Lage «befreien» konnte. Nelson revanchierte sich, indem er dessen Nichte heiratete. «Das strategischen Denken des Briten schloss nicht einmal das Ehebett aus!», resümierte unser Gastgeber die Geschichte. *Se non è vero, è ben trovato!*

Am Morgen unserer Abreise fuhr der Chauffeur des Premiers mit einem grossen, offenen Range Rover vor. Der Fahrer erzählte uns, dass er in der vergangenen Woche Lady Di und ihre Kinder zum Hafen gebracht habe. Da wir noch etwas Zeit hatten, wollte er uns auf einem Umweg zum Ziel bringen. Er fuhr mit uns um die Insel herum. Auf der Nordseite angekommen, hielt er das Auto an. Er habe eine Überraschung für uns: Er wolle uns den Schweizer Nationalhelden von Nevis vorstellen! Darauf verschwand er den Hang hinauf. Wenig später erschien

Der freundliche Captain, der unsertwegen zurückgekehrt war, mit meiner Gattin in Nevis (St. Kitts und Nevis), Frühling 2000. Privatarchiv Ernst Iten

er wieder, begleitet von einem leicht bekleideten, bärtigen weissen Mann. «Hier ist Willhelm Tell!», präsentierte er ihn stolz. Der Mann glich tatsächlich der Statue des Schweizer Nationalhelden von Altdorf und war, wie er uns erklärte, ein waschechter Urner, der es vorzog, die kalten Monate auf Nevis zu verbringen, im Häuschen seiner geliebten Neviserin. Ein helvetischer Lord Nelson!

Dieser Abstecher hatte einige Zeit gekostet. Der Fahrer tröstete uns. Er werde es schon richten. Als der Hafen in Sicht kam, sahen wir zu unserem Schrecken, dass das Schiff nach St. Kitts bereits den Anlegesteg verlassen hatte. Der Fahrer beschleunigte den Range Rover, meine Gattin hielt den Hut mit ihren Händen fest, und ich umklammerte den Vordersitz. Der Chauffeur lachte: «Sie werden sehen, was jetzt passiert!» Darauf fuhr er mit hoher Geschwindigkeit auf den Anlegesteg und begann wie wild mit den Scheinwerfern zu blinken. Ein Wunder geschah. Das Schiff liess einen Pfiff ertönen, drehte um und lief den Hafen an. Gönnerisch breitete unser Chauffeur die Arme aus: «Beziehungen muss man haben. Der Kapitän ist mein Freund!» Dieser schüttelte nach der Ankunft den Kopf und fragte, wo wir gesteckt hätten. Er habe mehr als zehn Minuten gewartet, aber nichts von uns gehört; darum sei er abgefahren.

In St. Kitts erwartete uns ungeduldig der Chauffeur jener Insel – ein ganz anderer Typ als der Fahrer in Nevis. Er war gleich doppelt verstimmt: Erstens hatte das

Schiff Verspätung und zweitens hatten wir nicht das nahe gelegene Hotel in der Stadt, sondern erneut die Rawlins Plantation Inn ausgesucht, die auf der anderen Seite der Insel lag. Die Fahrt dorthin dauerte fast eine Stunde. Zwei Inseln, zwei Chauffeurwelten …

Schatten in der Karibik: organisiertes Verbrechen, Geldwäscherei und Drogenhandel

Die Schweiz erlebte in den 90er-Jahren bewegte Monate wegen der nachrichtenlosen Konten und unseres Bankgeheimnisses. Sollten uns später neue politische Anschuldigungen treffen, weil wir angeblich die Augen vor dem Geschäftsgebaren in einer wichtigen Finanzregion verschlossen, mit ihr Geschäfte machten und Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisteten? Dem wollte ich vorbeugen. Die Karibik drohte, zu einem Zentrum für zwielichtige Geldgeschäfte zu werden. Die Cayman-Inseln waren in wenigen Jahren zum fünftgrössten Finanzzentrum der Welt aufgestiegen. Der wichtige Finanzplatz Schweiz durfte diese Inseln nicht ignorieren, die viel mehr boten als Bilderbuch-Strände. Sie waren Steuerparadiese und ermöglichten dem organisierten Verbrechen Geldwäscherei im grossen Stil. Die Karibik geriet – wie wir – unter internationalen Beschuss.

Ich hatte aber noch eine weitere Absicht. Unser Land konnte nicht immer nur als Bittsteller erscheinen, wenn es um Wahlen in multilaterale Organisationen ging. Die 15 CARICOM-Staaten hatten wie oben angetönt bei solchen Geschäften mehr Gewicht, als deren Grösse anzeigte. Es war angebracht, ihnen etwas zu bieten, das sie und uns interessierte.

Ich sondierte darum in Bern, ob wir jener Region nicht eine Unterstützung anbieten könnten. In der Schweiz koordinierte der Wirtschaftsdienst des EDA die Fragen der Financial Action Task Force (FATF), die weltweit Geldwäscherei und terroristische Finanzierungen überwachte. Leider besass dieser Dienst kein Geld für Projekte. Ich wandte mich deshalb an die DEZA, wohl wissend, dass das geplante Vorhaben den traditionellen entwicklungspolitischen Rahmen sprengte. Walter Fust, der Direktor der DEZA, und seine Mitarbeiter zeigten sich aufgeschlossen und waren offen, das Vorhaben zu finanzieren.

Im Frühling 1997 besprach ich mit dem Aussenminister von Trinidad und Tobago, Ralph Maraj, die Möglichkeit einer speziellen Unterstützung. Von der Schweiz finanzierte Experten könnten Bankangestellte von Trinidad und Tobago sowie von anderen Inseln auf dem Gebiet der Geldwäscherei und in weiteren Tätigkeitsfeldern im Zusammenhang mit dem Offshore-Banking schulen. Unser Vorschlag wurde sehr positiv aufgenommen, und der Minister dankte mir in einem separaten Brief vom 27. März 1997 für «[the] offer of technical assistance by the Swiss Government». Ich hatte Trinidad und Tobago ausgesucht, weil dort die regionale Gruppe der FATF ihren Sitz hatte. Eine Zusammenarbeit mit der CFATF, der Caribbean Financial Action Task Force, die alle CARICOM-Staaten umfasste, lag nahe.

Die Schweiz nahm 1998 daher aktiv in Port of Spain, der Hauptstadt von Trinidad und Tobago, an einem von der CFATF organisierten Seminar über Geldwäscherei teil. Aus unserem Land war der international bekannte und angesehe-

241 ne Professor Mark Pieth von der Universität Basel angereist. Die Behörden der Region lobten das Vorgehen der CFATF und die Teilnahme von Professor Pieth. Damit nicht genug, sollte im Herbst 2000, also nach meiner Versetzung, das Geldwäscherei-Projekt der CFATF durch ein zweites Programm ergänzt werden, das im Rahmen eines «Compliance Workshops» insbesondere der *due diligence* gewidmet war. Professor Pieth war bereit, wie er mir am 8. Februar 1999 schrieb, wiederum daran teilzunehmen.

Die Schweiz hatte die Augen gegenüber den Finanzgeschäften der Karibik nicht verschlossen, und bei Gesuchen für Wahlgeschäfte in multilaterale Gremien durften wir daher die 15 CARICOM-Staaten an unsere Assistenz erinnern.

XIV Botschafter in Israel (2000–2004)

Die Vorbereitungsgespräche

Eigentlich war es unser Wunsch gewesen, nach Caracas die Mission in Madrid zu übernehmen. Das Departement sah jedoch eine andere Lösung vor. Das EDA brauchte einen Botschafter in Tel Aviv, der «standfest und flexibel» war, denn Israel war einer der vier Schwerpunkte unserer Aussenpolitik. Diesen anspruchsvollen Posten zu übernehmen war einerseits eine Ehre, anderseits eine grosse Herausforderung. Ich spürte bei den Vorbereitungsgesprächen in der Schweiz sofort, welche Bedeutung meiner Mission eignete. Zwei Hauptthemen standen bei meinen Briefings im Sommer 2000 im Vordergrund: Erstens die Aufarbeitung unserer Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges und die Frage der nachrichtenlosen Konten und zweitens der Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern.

Aufarbeitung der Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges

Ich gehe hier nicht näher auf die die Aufarbeitung der Geschehnisse in der Schweiz während der Zweiten Weltkrieges ein. Ich verweise lediglich auf den Bericht der Unabhängigen Experten Kommission Schweiz- Zweiter Weltkrieg unter der Leitung von Professor Jean-François Bergier, der 2002 veröffentlicht wurde. Nicht nur die schweizerische Bevölkerung, sondern auch die Verwaltung hatte die Aufarbeitung der Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg intensiv und mitunter betroffen verfolgt. Es gab kaum einen Dienst innerhalb und ausserhalb des EDA, der nicht einen Input gab. Selbstverständlich kamen auch die Gesprächspartner ausserhalb der Verwaltung auf das Thema zu sprechen.

Ich gehe kurz auf drei Unterredungen ein:

Ich fragte einen wichtigen Vertreter der jüdischen Glaubensgemeinschaft unseres Landes, warum gerade die Schweiz zur Zielscheibe gehäufter Angriffe geworden sei. Ihm zufolge gab es dafür zwei Gründe: Erstens sehe man in unserem Land die Drehscheibe, wohin viel jüdisches und Nazi-Geld geflossen sei. Man wollte wissen, wo diese Mittel hingekommen seien. Zweitens bilde die Schweiz das «Modell» für das Vorgehen gegenüber anderen Ländern. Mein Gesprächspartner verneinte, dass die Vorwürfe mit der politischen «Isoliertheit» der Schweiz zu tun hätten. Er habe solchen Argumenten nicht öffentlich widersprochen, selbst wenn er gegen den Isolationismus sei, in dessen Gefolge gerne fremdenfeindliche Elemente aufträten. Die schärfsten Angriffe seien übrigens aus den USA und nicht aus Israel gekommen.

Laut einem Schweizer Bankier begann die Frage der nachrichtenlosen Konten 1995. Der Rechtsdienst seiner Bank habe den Gesuchsteller etwas salopp abgefertigt und die potenzielle «Schubkraft» unterschätzt. Eine grosszügigere Geste im frühen Stadium hätte viele Kosten erspart und Imageschäden vermieden. Stattdessen seien Klischees verstärkt worden.

Nach einer hochgestellten israelischen Persönlichkeit ging die Schweiz beschädigt aus der Auseinandersetzung wegen der nachrichtenlosen Konten hervor. Unser Land habe einen Krieg daraus gemacht, ähnlich wie der World Jewish Congress. Der Name der von der Schweiz eingesetzten Gruppe, die Task Force, unterstreiche dies. Der Leiter dieser Gruppe sei «ein junger Wolf» gewesen, der die Wogen nicht geglättet habe. Mein Gesprächspartner war mit mir einer Meinung, dass es bei künftigen Problemen klüger sei, präventiv vorzugehen und hohen Wellengang zu vermeiden.

Der Friedensprozess

US-Präsident Clinton hatte im Juli 2000 den israelischen Premierminister Ehud Barak und den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Yasser Arafat nach Camp David eingeladen. Es sollte ein Abkommen über den permanenten Status der palästinensischen Gebiete erreicht werden. Trotz Fortschritten in den Verhandlungen wurden die Gespräche am 25. Juli abgebrochen. Immerhin vereinbarten die Parteien, dass weiterverhandelt werden sollte. Mein Vorgänger in Israel sagte mir mündlich, dass es zwischen der Rhetorik in der Öffentlichkeit und den Verhandlungen hinter den Kulissen zu unterscheiden gelte.

Nach der schweizerischen Regierung war im Rahmen einer globalen politischen Lösung für den Frieden Folgendes erforderlich:

1. Die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens in der gesamten Region auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 (von 1967 und 1973) des UNO-Sicherheitsrates und die Umsetzung früher unterzeichneter Abkommen.
2. Die Wiederbekräftigung und vollständige Anerkennung des unwiderruflichen Rechtes Israels, innerhalb international anerkannter Grenzen in Frieden und Sicherheit zu leben.
3. Die vollständige Anerkennung des Rechtes der Palästinenser auf Selbstbestimmung und, zu diesem Zweck, die Schaffung eines lebensfähigen Staates Palästina.
4. Eine Lösung für das Problem des endgültigen Status von Jerusalem, die nur im Rahmen von Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien gefunden werden könne.
5. Das Ende der Besetzung palästinensischer Territorien.
6. Eine faire und befriedigende Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage des Völkerrechts.

Während mein Vorgänger in Israel die schwierige Periode der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Rolle unseres Landes während des Zweiten Weltkrieges

245 erlebt hatte, sollte ich die Folgen der schlussendlich gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern erfahren, die unter dem Namen «zweite Intifada» in die Geschichte eingingen.

Übergabe des Beglaubigungsschreibens

Ende August 2000 flog ich mit meiner Familie nach Tel Aviv. Wir bezogen die Residenz in Ramat Gan, in der MacDonald Street. Es gab dort zum Leidwesen der Kinder trotz des Namens kein Restaurant der berühmten Fast-Food-Kette. Die Strasse war, wie uns der Nachbar erklärte, nach dem ersten US-Botschafter benannt, der neben unserer Residenz gewohnt hatte. Die Kanzlei stand in Sichtweite des Mittelmeeres. Es war ein schlankes Gebäude, in dem über vier Stockwerke verteilt gearbeitet wurde.

Meine Gattin und ich fuhren am 12. September in Begleitung des ersten Mitarbeiters Claude Altermatt und unseres Konsuls Rudolf Aregger nach Jerusalem zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens. Ohne dem sogenannten «Jerusalem-Syndrom» anheimfallen zu wollen, möchte ich betonen, dass mich die Fahrt in diese Stadt berührte. Ich hatte von Jerusalem und dem nahe gelegenen Bethlehem wie fast alle von uns bereits seit frühester Kindheit gehört. Chauffeur Nissim hatte ich gebeten, die Strasse zu nehmen, die nur über israelisches Gebiet führte. Es war jener Weg, der 1948 bei der Ausrufung des Staates Israel heftig umkämpft war. Kindheitserinnerungen und die jüngere Geschichte mischten sich in meinen Gefühlen.

Bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens im Präsidentenpalast sprach ich mit Präsident Mosche Katsav zuerst ein paar Worte auf Farsi, weil er aus dem Iran stammte. Dies berührte ihn. Üblicherweise findet im Anschluss an die Übergabe ein informelles Gespräch zwischen dem Staatschef und dem neuen Botschafter statt. Präsident Katsav machte daraus eine Audienz *coram publico* vor einem Dutzend Anwesenden. Er ging einleitend auf die bilateralen Beziehungen ein und betonte in Anspielung auf die Auseinandersetzungen um die nachrichtenlosen Konten und die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, dass die «Wolken», die in den letzten drei Jahren aufgezogen waren, sich verflüchtigt hätten. Er wünsche sich daher, dass wir wieder den exzellenten Zustand von früher erreichten. Präsident Katsav unterstrich die Bedeutung und die Rolle der Schweiz im multilateralen Friedensprozess, weil unserem Land 1995 im Rahmen des «Oslo-Prozesses» das Mandat der «Hüterin der menschlichen Dimension» übertragen worden sei. Israel hoffe, auch künftig darauf zählen zu können. Dann leitete Katsav zur Innenpolitik über und zollte Ehud Barak volles Lob für seinen Mut, mit den Palästinensern eine Einigung zu erzielen. Der Friedensprozess sei «irreversibel». Israel habe sehr viele Konzessionen gemacht, sodass sie bei den Verhandlungen «on top of the bottom» angelangt seien. Sie hätten sogar die Frage über Jerusalem berührt, was bis vor Kurzem tabu gewesen sei. Es sei jetzt an den Palästinensern, Entgegenkommen zu zeigen.

Der Zeremonie wohnte auch der Knesset-Abgeordnete und Vizeaussenminister Nawaf Massalha bei, ein arabischer Israeli, den ich schon in Caracas kennengelernt hatte. Er hatte nach dem Weggang von Aussenminister David Levy das

Abschreiten der Ehrengarde in Jerusalem (Israel) am 12. September 2000. Privatarchiv Ernst Iten

Kabinett verlassen müssen, war aber im Zeichen des politischen Bündnisses mit der arabischen Minderheit kürzlich wieder in die frühere Position eingesetzt worden. In meiner Antwort an Präsident Katsav wiederholte ich die Bereitschaft der Schweiz, die Beziehungen zu intensivieren und den Friedensprozess aktiv zu unterstützen. Ich verwies dabei auf die Möglichkeit, in unserer Funktion als Hüterin der menschlichen Dimension einen Beitrag zur Aussöhnung und zum Respekt gegenüber den Minderheiten zu leisten. Die Anwesenheit Massalhas belege, dass die Regierung Barak dies gleichfalls anstrebe, indem sie die arabischen Israelis am Aufbau des Landes beteiligen wolle.

Für Bern schloss ich meinem Bericht einen Kommentar an, in dem ich u. a. erwähnte, dass der stellvertretende Generaldirektor im Aussenministerium, Ehud Gol, schon in der vergangenen Woche verstärkte Kontakte mit der Schweiz gewünscht habe. Wenn der Staatschef nun nach einem entsprechenden Briefing in die gleiche Richtung stosse, sei dies mehr als eine blosse diplomatische Höflichkeit. Der Wunsch dürfe einem reellen Bestreben Israels entsprechen und stimme mit unseren Zielen einer Normalisierung und Intensivierung der Beziehungen überein. Das bedeute keineswegs, dass alle Probleme verschwunden seien. Die gemeinsamen Anliegen böten aber ein fruchtbares Fundament.

Toast mit Präsident Mosche Katsav in Jerusalem (Israel) am 12. September 2000. Privatarchiv Ernst Iten

Die entscheidenden Wochen für den Nahostfrieden

Unter dem Titel «Die entscheidenden Wochen für den Nahostfrieden» schrieb ich am 20. September nach einer Unterredung mit Ägyptens Botschafter einen Bericht nach Bern. Mein Gesprächspartner hatte die kommenden Tage als die entscheidenden bezeichnet. Die Verhandlungen in Camp David verzeichneten zwar Fortschritte, doch habe noch keine Brücke geschlagen werden können. Die Israelis offerierten nicht jenes Minimum, das für ein Abkommen unerlässlich sei, und solange nicht alles gelöst sei, gelte nichts als gelöst. (Ost-)Jerusalem bilde den kritischsten Punkt. Von der Vielzahl der Vorschläge gebe es drei, die am ehesten eine Chance hätten, verwirklicht zu werden. Dazu gehöre, so mein Gesprächspartner, das Konzept der vertikal gegliederten Souveränität über den Tempelberg. Die Palästinenser – und mithin die Muslime – sollten demnach die Oberfläche des Haram al-Sharif erhalten, die Israelis den Untergrund, wo die Reste des letzten jüdischen Tempels vermutet werden. Damit nicht von oben gebohrt oder von unten eine «Überbauung» (eine Anspielung auf den dritten jüdischen Tempel) begonnen werden könnte, sollte die UNO diesen beiden «Souveränitäten» zwischengeschaltet werden, genauer gesagt die UNESCO als Hüterin des historisch-

kulturellen Erbes. Jerusalem selbst solle in drei Zonen gegliedert werden: West-Jerusalem unter israelischer, Ost-Jerusalem (al Kuds) unter palästinensischer Regierung. Dazwischen sei eine «offene» Zone mit spezieller, «geteilter» Souveränität vorgesehen, die hauptsächlich die ummauerte Altstadt inklusive Tempelberg umfasste. Der ägyptische Botschafter bestätigte auf meine Nachfrage hin, dass die in den Medien genannte Zuteilung einzelner Quartiere der Altstadt effektiv so diskutiert worden sei, dass also das muslimische, das christliche und das armenische Viertel unter palästinensische und das jüdische Viertel unter israelische Souveränität gestellt werden sollten.

Der zweite, schwerwiegende Meinungsunterschied berührte die Flüchtlinge; die dritte offene Frage bezog sich auf die Territorien. Die Landrückgabe und die israelischen Siedlungen in der Westbank und im Gazastreifen müssten im Kontext gesehen werden, so mein Gesprächspartner. Nach dem Madrider Prozess von 1991 gälten die Grenzen von 1967. Die Palästinenser seien allerdings zu kleineren Korrekturen bereit. Falls die Israelis z. B. von der Westbank nur fünf Prozent behielten und damit rund 80 Prozent des Siedlergebietes abdeckten, müsste kein Palästinenser die Souveränität wechseln. Wenn hingegen zwecks Abrundung der Siedlungen zehn Prozent verlangt würden, beträfe dies 25 000 Palästinenser, was unannehmbar sei. Mein Gesprächspartner kam damit auf die vermeintliche «fehlende Kompromissbereitschaft» Arafats zu sprechen, eine Interpretation, die er rundweg ablehnte. Arafats Kompromiss bestehe in dem, was man als «Einstandsgeld» bezeichnen könne, da er nur 22 Prozent des ursprünglichen Landes Palästina von 1948 erhalten habe. Wer so viel abgegeben habe, also beinahe «nackt» dastehe, könne nicht noch das letzte Hemd abtreten, verteidigte er in blumiger Sprache Arafat. Dieser sei übrigens der Einzige, der ein Friedensabkommen schliessen könne. Die Israelis hätten dies inzwischen auch eingesehen.

Mein Gesprächspartner zollte Barak Anerkennung. Er sei weiter gegangen als jeder bisherige Regierungschef – und habe trotzdem nicht das Minimum erreicht. Sollte es ein Abkommen geben, müsste dieses nach israelischer Ansicht die Klausel «endgültig und ohne weitere Ansprüche» enthalten. Laut dem ägyptischen Botschafter habe nur ein Vertrag mit dieser Formel eine Chance, vom israelischen Volk in einer Abstimmung angenommen zu werden. Ohne diese Klausel würde die Übereinkunft als weitere Interimsregel betrachtet, die psychologisch gesehen bei den Israelis auf wachsende Ablehnung stosse, weil Arafat oberflächlich betrachtet als Nehmer erscheine, Israel dagegen als reiner Geber, ohne etwas dafür zu erhalten.

Sollte Barak mit dieser Klausel der Brückenschlag gelingen, würde es zu Neuwahlen in Israel kommen, die gleichzeitig den Charakter eines Referendums über das Vertragswerk hätten. Aber selbst bei einem Scheitern der Verhandlungen mit den Palästinensern bis Ende Oktober sei es unerlässlich, das Momentum aufrechtzuerhalten. Arafat sei bereit dazu und wolle die Sicherheitskooperation mit Israel weiterführen, damit Gewalttätigkeiten vermieden würden. Der Botschafter schloss allerdings nicht aus, dass solche von «aussen» kommen könnten.

In meinem Kommentar für Bern fügte ich u. a. bei, dass mein Gesprächspartner Wert darauf lege, die arabische, respektive palästinensische Seite ins rechte Licht zu rücken und namentlich den oft gehörten Vorwurf der fehlenden Flexibilität

249 Arafats zurückzuweisen. Obwohl er öfter das Wort «wir» gebrauche, wenn er von Arafat und seinen Leuten spreche, dürfe daraus nicht unbedingt auf ein völliges Einiggehen mit den Palästinensern geschlossen werden. Einzig beim Tempelberg gebe es eine «gesamtmuslimische» Position. Die vertikal gegliederte Souveränität dürfte die Zustimmung der Araber erhalten. Bei den übrigen Themen sei es primär Sache der Palästinenser, ihre Standpunkte durchzubringen.

Der Einbezug der UNESCO bei der Souveränität über den Tempelberg bilde eine neue, geschickte Möglichkeit, die arabischen Länder daran teilhaben zu lassen, schrieb ich in meinem Bericht weiter. Wäre dies hingegen eine Aufgabe des Sicherheitsrates der UNO, würden die arabischen Länder leer ausgehen. Die USA müssten sich im Falle der Übertragung der Souveränitätsüberwachung an die UNESCO überlegen, ob sie nicht doch wieder Mitglied jener Organisation werden wollten.

«You will never have a dull moment»

Gideon Hamburger, der Präsident der israelisch-schweizerisch-liechtensteinischen Handelskammer, begrüsste mich mit den Worten «You will never have a dull moment». Zuerst glaubte ich, der Hinweis, ich würde mich hier nie langweilen, sei ein lokaler Scherz, aber er sollte recht behalten.

Ende September 2000 brach die zweite Intifada aus. Bis zu deren formellem Ende im Jahre 2005 gab es über 4000 getötete Palästinenser und mehr als 1000 tote Israelis zu beklagen. Die Berichte darüber sind so zahlreich, dass ich mich in diesem Text darauf beschränke, einzelne Einblicke in die Tätigkeit der schweizerischen Botschaft in Israel zu geben. Es gab schreckliche Bombenattentate und Selbstmordanschläge der Palästinenser, und es kam oft zu einem «übermässigen Einsatz von Gewalt» seitens Israels, wie es der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1322 vom 7. Oktober 2000 bezeichnete. Dutzende Male musste ich darum im Aussenministerium in Jerusalem wegen Menschenrechtsverletzungen und der Achtung des Völkerrechts und der Genfer Konventionen intervenieren.

Friedensprozess und Gewaltausbrüche aus der Sicht der israelischen Regierung

Am Abend des 3. Oktober 2000 erteilte Aussenminister Schlomo Ben-Ami, der gleichzeitig Sicherheitsminister war, den versammelten Missionschefs ein Briefing. Die Quintessenz lautete: Gewalt löse keine Probleme und Israel lasse sich nicht von seinem Willen abbringen, ein Friedensabkommen mit den Palästinensern zu finden. Ben-Ami war sichtlich bemüht, weder Schuldige für die Ausschreitungen zu benennen noch die einzelnen Gewaltakte zu kommentieren. Er gab einen kurzen Rückblick auf den Friedensprozess und erörterte dann die nächsten Schritte. So gelte es nach wie vor, bei der Frage des Tempelberges einen Weg zu finden und die Gegensätze vereinbar zu machen («to reconcile»). Sie zählten bei der Suche nach einer Lösung auf die Guten Dienste Ägyptens, Frankreichs, der USA und des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan. Die Absicht, ein Abkommen zu schliessen, bestehe nach wie vor, sofern nicht alles durch Gewalt unterbrochen werde. Es

gebe keinen Grund, dass alle in einem so kritischen Moment in Gewalttätigkeiten verfielen. Sie wüssten, dass Arafat inzwischen befehle, die Ausbrüche zu stoppen, doch gingen diese auf niedrigerem Niveau weiter. Ben-Ami kam dann auf die nächsten Schritte zu sprechen. Am folgenden Tag, dem 4. Oktober, würden Premierminister Barak, Präsident Arafat, US-Aussenministerin Madeleine Albright und Frankreichs Präsident Jacques Chirac zusammentreffen. Die Gespräche sollten helfen, die Richtung der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern auf den «real track» zurückzubringen. Nach dem Pariser Treffen sei ein weiteres in Kairo geplant. Ben-Ami bedauerte den unnötigen Verlust von Menschenleben. Das Entscheidende sei, eine definitive Lösung zu finden. Sie seien in einem gewissen Sinne dabei gewesen, den «genetic code» zu knacken.

Die Missionschefs konnten im Anschluss an die Ausführungen Ben-Amis Fragen stellen. Ich gehe auf deren zwei ein:

1. Welches waren die Ursachen der jüngsten Unruhen? Der Aussenminister antwortete wie folgt: Wenn man die Ereignisse «retrospektiv» analysiere, sehe man, dass nicht alles am 28. September (dem Tag von Ariel Sharons Besuch auf dem Tempelberg) begonnen habe. Ben-Amis Hypothese lautete: Arafat, der durch den Friedensprozess unter Premierminister Barak an Ansehen verloren habe, wolle eingebüsstes Terrain für sich und die Palästinenser wiedergutmachen. Israel lehne hingegen eine internationale Untersuchung der Vorkommnisse ab, weil diese zu einer «Alibi-Übung» verkommen und vom eigentlichen Ziel, dem Friedensprozess, ablenken würde.
2. Wie reagierte Israel am besten auf Scharfmacher aller Couleurs? Ben-Ami gab zu, dass Israel nicht als schwacher, respektive geschwächter Staat an den Verhandlungstisch zurückkehren könne. Die Persönlichkeitsstruktur der Israelis mit ihrer geschichtlichen Erfahrung spreche dagegen. Damit gab er indirekt eine Erklärung für den teils unverhältnismässigen Einsatz der eigenen Streitkräfte. Der Minister kam dann auf die gewaltsame Behandlung arabischer Israelis in Norden des Landes zu sprechen und anerkannte, dass dort Fehler gemacht worden seien. Die jüngsten Proteste dieser Bevölkerungsgruppe seien hingegen nur in einem demokratischen Staat wie Israel möglich.

Mohammed al-Durah und die Emblem-Frage

Am 30. September hatte es heftige Schiessereien bei Netzarim im Gazastreifen gegeben. Vor laufender Kamera des Senders France 2 sah man, wie sich ein Vater und sein Sohn bei einer Hauswand am Boden kauernd vor dem Kreuzfeuer schützen wollten. Der Junge, Mohammed al-Durah, war zwölf Jahre alt und erlitt tödliche Schusswunden. Es kam zu einem weltweiten Aufschrei, und das Bild des tot im Schosse seines Vaters liegenden Jungen wurde eine Zeit lang zu einer Art «Ikone» der zweiten Intifada. Am heftigsten reagierte Präsident Chirac. Der Druck war schliesslich so gross, dass UNO-Generalsekretär Kofi Annan Anfang Oktober nach Israel flog. Die aufgeheizte Stimmung war nun alles andere als ge-

251 eignet, um Ende Oktober eine Konferenz in Genf über die Emblem-Frage einberufen zu können. Bern bat mich deshalb dringend, die israelische Regierung davon zu überzeugen, einer Verschiebung des Treffens zuzustimmen.

Worum ging es bei der Emblem-Frage? Die zwei anerkannten Embleme, das Rote Kreuz und der Rote Halbmond, waren auf einigen Kriegsschauplätzen wegen deren konfessioneller und kultureller Sinngebung infrage gestellt worden. Das Statut der Internationalen Rotkreuz-Bewegung sah vor, dass nationale Hilfsgesellschaften die zwei erwähnten Schutzzeichen trotz allem zu verwenden hatten. Ein neues Emblem wie etwa der Rote Davidstern (Magen David Adom), den Israel als Emblem verwendete, war ein Hinderungsgrund für die Aufnahme in die Internationale Rotkreuz-Bewegung, solange die zuständigen Organe dem nicht zugestimmt hatten. Die Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes beauftragte deshalb eine Arbeitsgruppe mit der Lösung der Emblem-Problematik. Diese Arbeitsgruppe hatte am 14. April 2000 dem Vorschlag des IKRK zugestimmt, die Frage durch ein drittes Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 zu lösen. Der Präsident des IKRK schrieb darauf am 24. Mai 2000 der Schweiz als Depositär der Genfer Abkommen einen Brief. Unser Land solle eine diplomatische Konferenz zur Annahme eines dritten Zusatzprotokolls einberufen. Der Bundesrat machte gestützt auf die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen die Abhaltung der Konferenz von einer positiven Konsultation bei den Vertragsstaaten der Genfer Abkommen abhängig. Vorgesehen war diese Konferenz wie gesagt für Ende Oktober 2000.

Ich wollte am 9. Oktober den stellvertretenden Generaldirektor für die internationalen Organisationen im Aussenministerium sprechen. Er war nicht abkömmlich, weil er mit der Delegation von Kofi Annan im Helikopter nach Gaza geflogen war. Ich liess nicht locker und erreichte über sein Sekretariat, dass wir uns nach seiner Rückkehr in der Lobby des Hotels King David in Jerusalem träfen. Effektiv betrat die ganze Delegation mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan, Javier Solana von der EU und den Israelis gegen Abend das Hotel. Mein Gesprächspartner war auch dabei. Wir zogen uns in eine ruhige Ecke zurück, wo ich ihm unser Anliegen unterbreitete. Die Reaktion des israelischen Diplomaten war wie zu erwarten ablehnend. Sie würden von allen Seiten angegriffen, sodass sie bei der Emblem-Frage nicht auch noch klein beigeben wollten. Seit 50 Jahren warte die israelische Hilfsgesellschaft auf die Aufnahme in die Bewegung. Ich versetzte mich in seine Position: Ich verstünde die schwierige Situation Israels, fragte mich allerdings, ob es klug sei, eine neue Front zu eröffnen. Es sei vorauszusehen, dass die Emblem-Frage beim geplanten Treffen in Genf in den Hintergrund treten oder – noch schlimmer – keine genügend grosse Zustimmung erhalten würde. Mein Gesprächspartner schaute mich verdutzt an, versprach dann aber, mir am nächsten Morgen Bescheid zu geben, wenn er mit seinem Minister gesprochen hätte. Am anderen Tag erhielt ich die Einwilligung Israels zur Verschiebung des Genfer Treffens. Die Schweiz beschloss darauf, die Konferenz später abhalten zu lassen.

Die Haltung des Bundesrates

Die blutigen Auseinandersetzungen beunruhigten unser Land. Um die Haltung unserer Regierung darzulegen, berufe ich mich im Folgenden auf einen Brief, den Bundesrat Joseph Deiss dem Generaldelegierten von Palästina in Genf am 6. Oktober geschrieben hatte. Unser Aussenminister hielt darin fest, dass er «deeply concerned» sei wegen der Gewaltausbrüche in den palästinensischen Gebieten und in Israel als Reaktion auf den kürzlichen Besuch Ariel Sharons, des Likud-Chefs, «to the holy sites at a time of particularly high tension». Er bedauerte die vielen Toten und Verwundeten und sprach im Namen des Bundesrates den Familien sein Beileid aus. Die Schweiz habe beschlossen, 150 000 Franken Nothilfe zu spenden für das Gesundheitsministerium der palästinensischen Autorität und für NGOs im Gazastreifen und in der Westbank. Bundesrat Deiss fuhr fort, dass er auch schwer betroffen sei angesichts «the disproportionate resort to force, especially the kind of weapons used by the Israeli Defence Forces». Der israelische Botschafter in Bern wurde über den Brief informiert. Am 10. Oktober bat mich das EDA, in Jerusalem unsere Position darzulegen. Ich hatte am Tag darauf ein Gespräch mit dem Direktor für Westeuropa im Aussenministerium. Nachdem ich ihm den Inhalt des Briefes bekannt gegeben hatte, erwiderte er trocken, dass wir unsere Haltung bereits ihrem Botschafter in Bern mitgeteilt hätten und dieser, wie wir uns ausmalen könnten, nicht sehr erfreut gewesen sei. Zum Friedensprozess und unserer Unterstützung desselben entgegnete der Direktor, er kenne kaum eine Regierung, die das Gegenteil wolle. Was aber täten wir, um diesen Prozess voranzubringen? Er schilderte darauf die Ereignisse, die weitgehend mit dem Debriefing vom 3. Oktober von Schlomo Ben-Ami übereistimmten. Die Lage in Israel sei sehr labil und das Friedenslager befinde sich seit zwei Wochen in einer beinahe verzweifelten Situation. Die Falken auf beiden Seiten hätten Aufschwung. In einem solchen Umfeld seien Positionen, die den Gegnern des Friedensprozesses in die Hände spielten, nicht hilfreich.

Am Schluss hatte mein Gesprächspartner ein Anliegen: Israel bitte die Schweiz um ihre Guten Dienste für die Befreiung der drei von den Hizbullah entführten israelischen Soldaten, die sich im Süden Libanons befänden. Kofi Annan sowie das IKRK seien ebenfalls darum angegangen worden. Premierminister Barak nehme diese Entführung sehr ernst. Israel befürchte, dass dies ein Beispiel für andere radikale Gruppen abgeben könnte. Ich versprach dem Direktor, das Anliegen umgehend dem EDA zu unterbreiten.

Der Friedensprozess am Scheideweg

Am 13. Oktober schrieb ich nach Bern, die Gewaltspirale der letzten zwei Wochen berge nicht nur die Gefahr, eine Eigendynamik mit unabsehbaren Folgen zu entwickeln, sondern auch die wirklichen Ursachen des Konfliktes zu verschleiern. Die hiesigen offiziellen Gesprächspartner hätten mir schon seit Tagen erklärt, dass Arafat den Friedensprozess aufgegeben habe und seinen Staat unter blutiger Feuertaufe gebären wolle. Der Osloer Friedensprozess sei in den Augen beider Seiten mit Problemen behaftet:

253

- Für die Palästinenser bedeute er, dass Israel in den vergangenen sieben Jahren die Superiorität behalten habe und vollendete Tatsachen (sprich Siedlungen) habe schaffen können. Zudem seien die wirtschaftlichen Früchte für die Palästinenser ausgeblieben.
- Die israelische Bevölkerung begegne der Step-by-step-Politik des Friedensprozesses je länger, je mehr mit Unlust, da sie darin jeweils – fälschlicherweise – ein Nachgeben gegenüber Arafat sehe.

Die Ereignisse seit dem 28. September hätten aufgedeckt, dass der bisherige Weg in den Augen beider Seiten – oder mindesten in der Optik eines wichtigen Teils jeder Seite – am Ende sei. Der Vorfall vom Vortag, als zwei israelische Soldaten in Ramallah gelyncht worden seien, habe nun selbst das Friedenslager um Premierminister Barak gezwungen, den Friedensprozess in seiner jetzigen Form für tot zu erklären (so Aussenminister Ben-Ami). Damit stünden wir an einem Scheideweg. Entweder werde ein neues Paket geschnürt, das in der Lage sei, innerhalb vernünftiger Zeit beiden Seiten das Entscheidende zu bringen, oder die Gewaltspirale drehe sich weiter. Die Kanäle zum Schnüren eines solchen Paketes existierten.

Die täglichen schrecklichen Bilder der Kämpfe zwischen Israelis und Palästinensern verdeckten, dass die diplomatischen Bemühungen trotz allem weiterliefen. Der ägyptische Präsident lud für den 16. und 17. Oktober Präsident Arafat und Premierminister Barak nach Sharm el-Sheik zu einem dringenden Gipfel ein. Unter den Augen des Gastgebers und in Präsenz von US-Präsident Clinton, dem König von Jordanien, UNO-Generalsekretär Kofi Annan und EU-«Aussenminister» Javier Solana verständigten sich nach 17-stündigen Verhandlungen die beiden Kontrahenten auf Zusagen zur Beendigung der blutigen Gewalt. Präsident Bill Clinton kündigte beim Abschluss des Treffens an, dass eine Kommission gebildet werde, die sich mit den Ursachen des Konfliktes befassen solle. Der Ausschuss hiess offiziell «Sharm el-Sheikh Fact-Finding Committee». Dessen Bericht sollte unter dem Namen des Vorsitzenden, US-Senator George Mitchell, bekannt werden. Ich komme später darauf zu sprechen.

Trotz der Zusagen der zwei Kontrahenten gingen die Unruhen weiter.

Gespräche mit Botschaftern

Ich schickte am 23. Oktober einen weiteren Bericht nach Bern über meine Gespräche mit je einem Missionschef aus der nordamerikanischen Hemisphäre und aus einem massgebenden Land aus Westeuropa. Beide lehnten das viel gehörte Argument, Arafat habe sich dem Druck der Strasse gebeugt und somit der gewaltsamen Frustration seiner Bevölkerung Ausdruck verliehen, als nicht voll überzeugend ab. Arafat sei nicht nur der Gestossene gewesen; es müsse noch andere Gründe für sein Verhalten geben. Dem europäischen Kollegen zufolge teilte sein Land die Analyse der USA, wonach Arafat den Camp-David-Kompromiss nicht habe annehmen können, weil er in seinen Augen nicht weit genug gegangen sei. Er habe in Washington jedoch keine zusätzliche Unterstützung erhalten, sodass er sie andernorts habe suchen müssen. Die nach Camp David durchgeführte Rundreise in arabische Länder habe nicht das erhoffte Resultat erbracht, sodass Arafat

zu jenem Mittel gegriffen habe, das ihm die Aufmerksamkeit für die Lage der Palästinenser sichere: zur Gewalt und zum emotionalen Aufwühlen dank «schrecklicher» Bilder wie jenes von Mohammed al-Durah. Mit diesem Vorgehen, das Menschenleben politischen Zielen unterordne, habe er die erste Etappe erreicht und sich aus der Defensive befreit. Nicht erreicht sei aber nach wie vor das eigentliche Ziel, einen verbesserten Camp-David-Kompromiss zu erringen. Israel umgekehrt weigere sich aus existenziellen Gründen, sich mittels Gewalt zu zusätzlichen Konzessionen zwingen zu lassen. Der Vertreter aus der Neuen Welt zeigte einiges Verständnis für die Palästinenser. Sie könnten keinen von Israels Gnaden abhängigen Staat akzeptieren. Es sei schon schwer genug, ökonomisch von den Israelis beherrscht zu werden. In den Augen der Palästinenser seien die USA als «Broker» zu Israel-lastig geworden. Man vergesse wegen all der Ereignisse, dass Baraks Camp-David-Kompromiss in Israel bei Weitem nicht von allen akzeptiert wurde. Sharon habe dies mit seinem Gang auf den Tempelberg verdeutlicht. Jetzt hingegen tue man, als ob Camp David *die* israelische Offerte gewesen sei. In Tat und Wahrheit sei dieser Vorschlag immer nur ein Kompromiss einer sehr angeschlagenen Regierung gewesen.

In meinem Kommentar für Bern fügte ich an, dass die geschwächte innenpolitische Lage Baraks diesen dazu verleiten könnte, den Friedensprozess «zeitweise» auf Eis zu legen und einseitige Massnahmen zu ergreifen wie die vertiefte Trennung Israels von den palästinensischen Gebieten. Wenn dieses «Time-out-Szenario» die mögliche Zusammenarbeit mit Likud erleichtere, so verstärke es umgekehrt die Spannung innerhalb der Regierungskoalition. Die USA ihrerseits unterstützten die Befürworter der Fortsetzung des Friedensprozesses und ermahnten Israelis wie Palästinenser, von einseitigen Schritten abzusehen. Eine ähnliche Haltung könne auch die Schweiz vertreten.

Friedensprozess aus Likud-Sicht

Zur Vervollständigung des Panoramas möchte ich auch auf die Sicht der rechts stehenden Likud-Partei eingehen, der Sharon angehörte. Die Interpretation der palästinensischen Politik war Aufgabe unseres Vertreters in Ramallah.

Ich unterhielt mich am 25. Oktober mit einem engagierten Likud-Mitglied und Berater von Ariel Sharon. Der Osloer Prozess war ihm zufolge gestorben, und die in Camp David besprochenen Punkte sollten als nichtig angesehen werden, weil sie in Israel nach den von den Palästinensern provozierten blutigen Zwischenfällen keine Mehrheit erhalten würden. Dies habe inzwischen selbst Premierminister Barak eingesehen, trotz interner Labour-Opposition, wie sie etwa Minister Beilin vertrete. Der Prozess ging laut meinem Gesprächspartner von falschen Voraussetzungen aus, weil er von den Palästinensern nicht Frieden verlange, sondern annehme, dieser werde sich nach einer gewissen Zeit automatisch einstellen. Barak und die Amerikaner hätten zwei Fehler begangen: Erstens hätten sie Arafat vor die Wahl «alles oder nichts» gestellt, und zweitens hätten sie das Ganze unter zeitlichem Druck über die Bühne bringen wollen. Der Premierminister habe unter Erfolgszwang gestanden, weil er Resultate habe aufweisen müssen, um als Regierungschef zu überleben, und Präsident Clinton habe seine auslaufende Amtszeit

255 krönen wollen. Arafat habe seinerseits das Camp-David-Paket nicht annehmen können. Er habe zu Recht in Barak den Chef einer Minderheitsregierung gesehen, aber zu Unrecht geglaubt, das Paket zu seinen Gunsten verbessern zu können. Als er dies nicht erreicht habe, habe er zur Gewalt gegriffen. Diese sei übrigens nicht am Tage von Sharons Tempelbergbesuch ausgebrochen. Jener Besuch sei *notabene* mit den zuständigen palästinensisch-religiösen Stellen abgeklärt worden. Lediglich die Al-Aqsa-Moschee hätte nicht betreten werden sollen. Der blutige Konflikt habe vielmehr 24 Stunden später begonnen, am Freitag, dem 29. September. Unglücklicherweise seien der muslimische Gebetstag und der jüdische Neujahrsbeginn zusammengefallen. Die Steine, die von der Tempelbergplattform auf die unten vor der Klagemauer betenden Juden geworfen worden waren, hätten die Gemüter erhitzt und zu den Gewaltausbrüchen geführt.

Meine Frage, wie Likud das Verhältnis zu den Palästinensern zu gestalten gedächte, wenn sie Camp David ablehnten, beantwortete mein Gesprächspartner wie folgt:

Likud sei nicht gegen den Friedensprozess, doch müsse die Art der Friedensfindung anders angegangen werden. Oberstes Ziel für seine Partei sei die Sicherheit Israels. So müsse die Schutzzone im Jordantal verstärkt werden. Die dortigen Siedlungen sollten bewusst zerstreut bleiben und nicht in einem einzigen Settlement zusammengefasst werden. Die Frage Jerusalems müsse offengelassen werden. Es gebe zwar Lösungen dafür, der Zeitpunkt sei aber nicht reif. Angesichts der andauernden Gewalt sei Likud mit Baraks Vorschlag einverstanden, den Friedensprozess zu überdenken und eine Verhandlungspause einzuschalten. Sie stimmten mit dem Premierminister überein, dass sich Israel einseitig von den palästinensischen Gebieten trennen sollte. Das bedeute, dass sich Israel aus jenen Zonen zurückziehen müsse, deren spätere Aufgabe so oder so geplant sei. Fixe Kontrollpunkte sollten dort eingeführt werden, wo die künftige, definitive Grenze verlaufen würde. Neue Siedlungen werde es keine geben, so mein Gesprächspartner. Denkbar sei hingegen der Austausch von Gebieten. Likud sei für die Kreierung eines palästinensischen Staates. Die Formel von Sicherheit einerseits und Souveränität anderseits sei aber nicht leicht umzusetzen.

Ich fragte meinen Gesprächspartner, wie Likud und Sharon seiner Meinung nach von den Palästinensern beurteilt würden. Er bemerkte daraufhin, dass zwischen Rhetorik und Wahrnehmung unterschieden werden müsse. Likud habe schon früher gezeigt, dass sie halte, was sie versprochen habe. Der Fehler Baraks sei gewesen, dass er zu viel in Aussicht gestellt habe, ohne es durchsetzen zu können. Darum würde die «kleinere», aber sicherere Variante Likuds besser ankommen.

Ich fragte weiter, ob es zu einer Regierungsbeteiligung Likuds kommen werde. Seine Antwort: Die Partei sei gespalten. Eine Gruppe wolle Neuwahlen, eine andere trete angesichts der gegenwärtigen Umstände dafür ein, die Reihen zu schliessen. Eventuelle Neuwahlen sollten in ca. sechs Monaten stattfinden; eine Verlängerung könne es höchstens bei grosser äusserer Gewalt geben.

In meinem Kommentar für Bern hielt ich u. a. fest, dass die Haltung des Premierministers bereits in vielen Punkten des Friedensprozesses mit den Ansichten der Likud-Partei übereinstimme. Barak scheine sich angesichts der andau-

ernden Unruhen mehr und mehr an seine Rolle als General zu erinnern. Likud habe grosse Chancen, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Die Umfragen gäben dieser Partei – ob durch Sharon oder Benjamin Netanyahu angeführt – mehr als 50 Prozent, während der Premierminister mit seiner Labour-Partei auf maximal 30 Prozent komme. Obwohl die Bevölkerung sehr verunsichert sei und entsprechend schwanke, tue die Schweiz gut daran, sich auf eine künftige Likud-Regierung vorzubereiten.

Internationale Beobachter?

Angesichts der endlosen Kämpfe bestand eine der kursierenden Ideen darin, internationale Beobachter zur Überwachung des Abklingens der Gewalt beizuziehen. Diese Beobachter sollten allerdings mehr Kompetenzen haben als die TIPH (Temporary International Presence in the City of Hebron), die aus Mitgliedern Italiens, Norwegens, Schwedens, der Schweiz und der Türkei zusammengesetzt war. Zwischenschritte statt einer definitiven Lösung wurden von vielen als unumgänglich angesehen. Mein jordanischer Kollege ging bei einem Gespräch am 27. November trotzdem davon aus, dass das «final settlement» nicht viel anders aussehen würde als das von Yossi Beilin und Abu Mazen (alias Mahmud Abbas) ausgehandelte Beilin-Abu-Mazen-Rahmenabkommen vom Oktober 1995 (das sogenannte Framework for the Conclusion of a Final Status Agreement between Israel and PLO).

Kairo hatte nach dem Ausbruch der zweiten Intifada seinen Botschafter aus Israel abgezogen. Ich lud deshalb am 13. Dezember den ägyptischen Geschäftsträger Ihab asch-Sherif zu einem Mittagessen auf unsere Residenz ein. Meiner Gattin, die einen ausgezeichneten Ruf als Gastgeberin genoss, hatte ich den «Menüwunsch» des ägyptischen Kollegen vorher mitgeteilt. Er bekam, was er wollte, denn er liebte Schweizer Gerichte und guten Wein, sodass das Gespräch bald zügig floss. Asch-Sherif, der später als Botschafter sein Land im Irak vertrat und nach kurzer Zeit in Bagdad im Juli 2005 von al-Qaida entführt und ermordet wurde, sprach von einer Art «Endspurt-Verhandlungen» zwischen Israelis und Palästinensern. Der zeitliche Wahldruck auf Barak und das Ende der Ära Clinton liessen ein solches Szenario als plausibel erscheinen. Laut asch-Sherif sollte ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden, zu welchem Zweck seine Regierung Ideen lanciere. Es gelte dabei, den beiden Hauptverantwortlichen Arafat und Barak klarzumachen, dass sie nicht mit Maximalforderungen respektive «Pokermethoden» aufwarten könnten. Es wäre ein historischer Fehler, die verbleibenden 50 Tage wegen falscher Vorstellungen über die Manövrierfähigkeit der anderen Seite ungenutzt verstreichen zu lassen. So dürfe Arafat nicht davon ausgehen, dass Barak um seines politischen Überleben-Wollens zu jeglichem Kompromiss bereit sei, und der Premierminister umgekehrt könne nicht damit rechnen, dass der Palästinenserführer wegen der «Likud-Gefahr» sich mit einem nicht weit genug gehenden Abkommen zufriedengebe.

Was sollte dieses Rahmenabkommen beinhalten? Die Bereiche seien im Beilin-Abu-Mazen-Dokument von 1995 aufgelistet, bemerkte mein ägyptischer Gesprächspartner. Die grosse Krux bestehe darin, dass Barak ein «final settle-

257 ment» anstrebe, das mit einer «no future claims»-Formel verbunden sein solle. Arafat wehre sich dagegen, solange die palästinensischen Hauptforderungen nicht erfüllt seien. Asch-Sherif ging auf mein Befragen dann die Hauptpunkte durch. Entgegen der offiziellen Haltung Kairos glaube er, dass der Tempelberg und die Altstadt Jerusalems bei diesem Rahmenabkommen ausgeklammert werden sollten. Die Bevölkerung beider Seiten sei noch nicht reif dafür, selbst wenn die Umrisse für eine Lösung bekannt seien.

Bei den Territorialfragen überlege man sich Folgendes: Der Gazastreifen solle vollumfänglich palästinensisch werden. Bei der Westbank würde es in diesem Szenario zu territorialen Konzessionen kommen, damit 80 Prozent der Siedler israelischer Souveränität unterstünden. Die Konzessionen umfassten die Abtretung der drei mit der «grünen Grenze» von 1967 verbundenen Gebiete von Ariel inklusive des Korridors, Ma'ale Adumim und Gush Etzion. Als Gegenleistung solle Israel in der Nähe des Grenzüberganges Sufa nach Ägypten den Palästinensern ein Landstück der Negev-Wüste abtreten. Die Siedlungen im Jordantal sollten aus Sicherheitsgründen für zehn bis 20 Jahre an Israel verpachtet werden. Bei den Transitrouten zwischen der Westbank und Gaza zugunsten der Palästinenser einerseits und zwischen dem zentralen Küstenabschnitt und Jordanien zugunsten Israels anderseits hätten beide Seiten genug Hebelwirkung, um einer Lösung zustimmen zu können. Die Flüchtlingsfrage sei noch ungelöst, doch denke Ägypten an finanzielle Kompensationen seitens der USA und Europas, um das Problem entschärfen zu können.

Die von meinem ägyptischen Kollegen aufgezeigten Punkte liessen gegenüber dem von Camp David Gehörten mehr Flexibilität erkennen. Die generellen Schwierigkeiten, das Misstrauen der Bevölkerung und die zeitliche Limite zur Schnürung eines solchen Paketes dürften, wie ich damals Bern schrieb, nicht unterschätzt werden. Die Franzosen und Briten gingen deshalb davon aus, dass mindestens parallel zu den Verhandlungen vertrauensbildende Massnahmen ergriffen werden sollten, damit erstens die Gewaltanwendung eingestellt und zweitens künftige Konflikte möglichst verhindert werden könnten. Der dem UNO-Sicherheitsrat vorgelegte Resolutionsentwurf für militärische und polizeiliche Beobachter ziele übrigens genau darauf ab. Israel wolle aber Beobachter erst zulassen, wenn ein «final settlement» erzielt worden sei.

Schweizer Beihilfe für einen Landabtausch

Mein ägyptischer Kollege äusserte zum Schluss des gemeinsamen Mittagessens vom 13. Dezember 2000 noch eine Bitte. Einer der Punkte des Rahmenabkommens betreffe den Landabtausch. Die misstrauischen Palästinenser wollten ein konkretes Modell sehen, wie andere Staaten solche Gebietsänderungen vorgenommen hätten. Ob ich ein Beispiel wüsste? Ich erinnerte mich an einen Landabtausch wegen des Ausbaus der Piste beim Flughafen in Genf, wovon ich während meines dreimonatigen Stage-Einsatzes bei der Völkerrechtsdirektion im Jahre 1973 gehört hatte. Ich versprach asch-Sherif, mich in Bern danach zu erkundigen und ihm allenfalls Unterlagen zukommen zu lassen. Noch am gleichen Tag schrieb ich die erwähnte Direktion an und bekam zwei Tage später von Othmar Bühler die ge-

wünschten Dokumente, d. h. das Abkommen mit Frankreich vom 25. April 1956 und die Botschaft vom 31. Juli 1956 an das Parlament «concernant l'approbation de la convention conclue entre la Suisse et la France au sujet de l'aménagement de l'aéroport de Genève-Cointrin et de la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés à Ferney-Voltaire et à Genève-Cointrin». Der Botschaft war ein detaillierter Plan zu den wechselseitig abzutauschenden Gebieten angeheftet. Nach diesem Abkommen verplichtete sich Frankreich überdies in Artikel 5, «à instituer sur les parties du territoire français intéressé les servitudes aéronautiques et radio-électriques nécessaires au fonctionnement de l'aéroport de Genève-Cointrin et des installations de sécurité destinées aux opérations d'approche et de décollage relatives à cet aérodrome …».

Als ich die Unterlagen meinem ägyptischen Kollegen übergab, fügte ich hinzu, dass es sich um einen Gebietsabtausch im Verhältnis eins zu eins handle. Überdies seien auf französischem Gebiet schweizerische Installationen «zur Flugüberwachung» vorgesehen. Asch-Sherif zeigte sich erfreut. Er werde die Dokumente umgehend den Interessierten zustellen.

Als ich vier Tage später wegen anderer Geschäfte auf dem Aussenministerium in Jerusalem vorsprach, erwähnte der für Westeuropa zuständige Direktor, er habe erfahren, dass ein neuer Partner bei den Friedensverhandlungen mitmache. Genf sei wirklich «international», fügte er zustimmend lächelnd bei. Israelis wie Palästinenser hatten also unsere Unterlagen erhalten.

Wie ging es weiter? Im Dezember 2000 lud der US-Präsident beide Seiten in sein Land ein und präsentierte dort die sogenannten Clinton-Parameter. Darauf basierend trafen sich Israelis und Palästinenser im ägyptischen Taba, das neben Eilat am Roten Meer liegt. Die Verhandlungen dauerten vom 21. bis zum 27. Januar 2001. Es kam zu keiner definitiven Einigung, aber beide Seiten waren sich noch nie so nahe gewesen. Die von asch-Sherif erwähnten Punkte, die ich oben zusammengefasst habe, geben einen Einblick in die Gespräche von Taba.

Weihnachten 2000

Angesichts all der Gewalt, der vielen Anschläge und Toten (unsere Kinder mussten mehr als einmal auf Umwegen in die französische Schule Marc Chagall in Neve Zedek, weil es Bombendrohungen gab) konnte leicht vergessen werden, dass wir eigentlich im Heiligen Land lebten. Meine Gattin und ich planten darum eine spezielle Weihnachtsfeier in diesem besonderen Jubiläumsjahr (Millenium). Die Geschenke sollten ausnahmsweise nicht am 24. Dezember abends übergeben werden, sondern erst am nächsten Tag. Wir wollten mit unseren Kindern den Weihnachtsabend in Bethlehem feiern. Wir fuhren zuerst nach Jerusalem, um in jener Stadt die Nacht vom 24. auf den 25. Dezember im Hotel American Colony zu verbringen. Kurz vor 23:00 Uhr fuhren wir von dort mit einem Taxi nach Bethlehem. «Bezahlt den Fahrer erst, wenn ihr wieder hier seid, sonst findet ihr das Taxi nicht mehr», gab uns der Schweizer Leiter des Hotels als Ratschlag mit. Es regnete fürchterlich, als wir in Bethlehem ankamen. Die geladenen Gäste wie Arafat waren in der Katharinenkirche nebenan, sodass die eigentliche Geburtskirche beinahe leer war, denn die Touristen fehlten wegen der Intifada. Wir betra-

259 ten das Gotteshaus durch das niedrige Haupttor. Die fünfschiffige Geburtskirche wirkte nach der unumgänglichen «Verbeugung» beim Eintreten durch das niedrige Tor umso erhabener. Der oströmische Kaiser Justinian hatte sie im sechsten Jahrhundert anstelle der konstantinischen Basilika über der Geburtsgrotte erbauen lassen. Im steinernen Fussboden gab es einzelne Öffnungen, die den Blick auf Mosaiken des früheren, ersten Gotteshauses freigaben.

Vom Schiff der Kirche stiegen wir in die Grotte hinab. Hier standen viele Gläubige. Rechts der Abstiegstreppe sahen wir den 14-trahligen Stern, der den genauen Ort angab, wo Jesus geboren worden sein soll. Unsere Kinder, Pablo und Paloma (acht und sechs Jahre alt), konnten es natürlich nicht unterlassen, diesen Stern näher zu untersuchen. In ihrer kindlichen Fantasie sahen sie sicher mehr … Wir näherten uns dem Altar und warteten auf die Mitternachtsmesse. Dann kam der Priester und feierte den Gottesdienst – auf Arabisch. Ein Gläubiger, der neben mir stand, bemerkte flüsternd, die meisten Anwesenden seien christliche Palästinenser aus Bethlehem. Da waren wir also, wo vor 2000 Jahren Jesus geboren wurde. Näher an seiner Geburtsstätte zu sein war unmöglich. Nach der Messe suchten wir im Regen unser Taxi – und fanden es!

Die Basilika hatte viele Kriege und Stürme gesehen. Wenige Jahrzehnte nach ihrem Bau überstand sie wie durch ein Wunder die Zerstörung durch die Perser im Jahre 614. Der Grund: Ein Mosaik mit den drei Königen schmückte damals die Fassade. Die morgenländischen Kleider der drei Weisen kamen den Persern so bekannt vor, dass sie das Gotteshaus verschonten …

Rund eineinhalb Jahre nach unserem Weihnachtsbesuch, in einer sehr blutigen Phase des Konfliktes zwischen den Israelis und den Palästinensern, hatte ich in anderem Zusammenhang mit der Geburtskirche zu tun. Ich beschrieb den Vorfall im EDA-Magazin *Schweiz global* von 2004. Am 17. April 2002 rief mich auf der Rückfahrt von einem Empfang in Jerusalem um 18:30 Uhr unser DEZA-Mitarbeiter vor Ort, Fritz Fröhlich, auf meinem Mobiltelefon an und fragte, ob ich bereit sei, bei einer sehr sensiblen, aber nicht ganz ungefährlichen Mission mitzumachen. Worum ging es? Ein paar Tage zuvor hatten sich bewaffnete Palästinenser vor der Verfolgung durch israelische Sicherheitskräfte in die Geburtskirche in Bethlehem geflüchtet. Das symbolträchtige und kulturgeschichtlich hochbedeutende Gotteshaus wurde daraufhin hermetisch abgeriegelt. Fritz Fröhlich teilte mir am Telefon mit, dass er soeben von palästinensischer Seite angefragt worden sei, ob wir «Unterhändler» aus der belagerten Geburtskirche zu einem mit den Israelis vereinbarten Ort bringen würden. Ich stimmte sofort zu, bat ihn, von Bern grünes Licht zu verlangen, und liess den Wagen wenden. Eine jener hektischen Nächte begann, in denen es um logistische Vereinbarungen, Code-Wörter, «Fall B»-Varianten und Sicherheitschecks durch Geheimdienste ging – bis hin zum Anruf des Nuntius. Er hatte zwei Hauptsorgen: Erstens gab er auf Bitten orthodoxer Mitbrüder Anweisungen für das Verhalten der Mönche in der Geburtskirche, und zweitens sollten wir verhindern, dass ein Besetzer in der Kirche durch Scharfschützen getötet würde. In diesem Fall bestünde die Möglichkeit, dass das Gotteshaus zu einem Pilgerort für einen muslimischen «Märtyrer» werden könnte oder gar zu einer Gebetsstätte für jenen Glauben.

Am Morgen waren unsere gepanzerten Fahrzeuge bereit. Eine halbe Stunde vor dem vereinbarten Zeitpunkt traf ein Anruf aus Ramallah ein: Die Palästinenser mussten auf Anweisung von Präsident Arafat das Treffen mit den Israelis absagen. Ein anderer Verhandlungsweg werde gesucht. Die Geburtskirche überlebte auch diese Gefahr.

Premierminister Ariel Sharon und der Besuch von Bundesrat Deiss

Ariel Sharon wurde am 6. Februar 2001 in einer Direktwahl als Premierminister gewählt. Es entfielen 62,5 Prozent der Stimmen auf ihn. Die Israelis drückten damit unmissverständlich aus, dass für sie die Sicherheit Vorrang hatte. Der Amtsantritt fand einen Monat später statt. Sharon galt als Hardliner und Förderer der Siedlerbewegung. Es gelang ihm, eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, bestehend aus sechs Parteien, darunter die Arbeiterpartei mit Shimon Peres als Vizepremierminister und Aussenminister.

Nachdem Bundesrat Deiss im Februar 2000 Ägypten, Syrien und den Libanon besucht und im März desselben Jahres den israelischen Aussenminister Levy in Bern empfangen hatte, war eine komplementäre Visite in Israel und den palästinensischen Gebieten angezeigt. Die Reise schloss auch an die Gespräche an, die der Chef des EDA in Davos mit Shimon Peres und Yasser Arafat geführt hatte. Die Frage war also nicht, ob, sondern wann Bundesrat Deiss in den Nahen Osten fliegen sollte. Bern zögerte wegen der umstrittenen Persönlichkeit des neuen Premierministers. In meinen Argumenten vom 13. Februar 2001 und den anschliessenden Gesprächen an der Zentrale mit Staatssekretär Franz von Däniken plädierte ich für einen baldigen Besuch. Ich führte u. a. aus, dass wir uns von zwei Grundsätzen leiten lassen sollten: Erstens: Die Schweiz spreche sich für die Anerkennung von Staaten und nicht von Regierungen aus. Zweitens: Die Beziehungen zu demokratisch gewählten Regierungen dürften nicht ohne Not «auf Eis» gelegt werden. Dies gelte umso mehr bei einem direkt vom Volk gewählten Premierminister. Für unsere eigene «Message», die wir in Israel und bei den Palästinensern anbringen wollten, sei es sinnvoll, wenn wir nicht als Letzte nach Jerusalem reisten. Die Einheitsregierung unter Sharon könne länger währen, als manchem lieb sei, und wer wisse schon, welche Aktionen Israel in der Zukunft unternehmen werde. Der Vertrauensvorschuss («benefit of the doubt») könne sich noch als nützlicher Ratgeber für eine frühe Reise herausstellen.

Bern stimmte der baldigen Visite von Bundesrat Deiss zu, und die späteren Ereignisse gaben uns recht. Die Daten wurden im Einvernehmen mit Israel auf den 23.–27. März 2001 festgelegt. Der Besuch unseres Aussenministers schloss sich unmittelbar an die Rückkehr von Premierminister Sharon aus Washington an.

Wie üblich erarbeiteten die Zentrale und die Botschaft umfassende Berichte für die Visite. Claude Altermatt, der als erster Mitarbeiter eine sehr hilfreiche Rolle spielte, verfasste die Texte zur Innenpolitik, während ich die Aussenpolitik kommentierte. Die logistischen Anforderungen Berns an uns gingen sehr weit. Abgesehen von den zeitlichen Abläufen für die verschiedenen Treffen und die Sicherheitsfragen reichten sie von der Frage der Herkunftsorte der israelischen Weine

261 (nur ja keine «edlen Tropfen» aus besetzten Gebieten wie etwa dem Golan) bis zu den Tischreden und Toasts von Bundesrat Deiss.

Wir erhielten das «Reisedossier» der Delegation wegen einer Panne erst 24 Stunden vor der Landung des Bundesrates. Bei der Lektüre des sogenannten Deckblattes für unseren Minister schien mir die Hauptbotschaft zu einseitig und zu anklägerisch gegen Israel zu sein. Es wurden zwar die langjährigen, freundschaftlichen Beziehungen erwähnt, doch folgte darauf sofort, dass man zu verschiedenen Punkten unterschiedlicher Meinung sein könne und dies auch aussprechen dürfe. Dieser Hinweis bildete den Vorspann zu gehäuften Vorwürfen wegen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte. Diese Vorgehensweise erschien mir wenig hilfreich für einen konstruktivkritischen Dialog. Ich telefonierte angesichts der Dringlichkeit am späteren Nachmittag mit dem Direktor der Politischen Direktion, der wenig erbaut war ob meiner Einwände. Sie hätten mehrere Sitzungen durchgeführt und am Schluss alles im Detail mit Bundesrat Deiss besprochen, der sein Einverständnis gegeben habe. Da ich nicht lockerlassen wollte, entgegnete der Direktor, ich könne ja einen neuen Entwurf erarbeiten und ihn morgen dem Departementschef bei seiner Ankunft am Flughafen Ben Gurion unterbreiten. Überzeugt davon, dass meine Intervention fehlschlagen würde, fügte er ironisch bei, dass Bundesrat Deiss dann vielleicht auf den Vorschlag eingehen werde …

Die Swissair traf am Freitag, den 23. März, gegen 15:00 Uhr in Tel Aviv ein. Das Programm sah vor, dass unser Aussenminister noch am gleichen Tag nach Ramallah fahren solle, um bis Sonntagabend das palästinensische Programm durchzuführen. Der Besuch begann jedoch mit einem Anliegen für die israelische Seite. Nach der protokollarischen Begrüssung zogen wir uns in den VIP-Raum des Flughafens zurück. Dort erläuterte ich Bundesrat Deiss mein Anliegen. Ich hätte über Nacht einen neuen «Chapeau», ein neues Deckblatt, auf Englisch verfasst, also in der Sprache der anstehenden Diskussionen. Ich erklärte unserem Aussenminister meinen Text wie folgt: Eines unserer Begehren ziele auf die Stärkung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes. Das Ziel bestehe darin, Israel an die verstärkte Einhaltung der Regeln zu erinnern. Wie erreichten wir dies am ehesten? Ich schlüge dazu einen neuen Ansatz vor. Wir kämen dem Begehren näher, wenn wir Brücken bauten und die Möglichkeit eines Dialoges eröffneten. Mein Vorschlag gehe darum von Israels Grundanliegen aus, der Sicherheit. Wenn wir diese nicht erwähnten, riskierten wir, dass die Gespräche auf dem Niveau gegenseitiger «Belehrungen» stecken blieben. Die Sicherheit sei für Israel wegen der Geschichte der Juden und der Erfahrungen seit der Staatsgründung von 1948 von zentraler Bedeutung. Sharons Wahl zum Premierminister reihe sich lückenlos in dieses Bild ein. Die Sicherheit zu priorisieren bedeute jedoch keinen Freibrief. Gerade eine Demokratie wie jene Israels, die das Volk der Juden verteidige, welches jahrhundertelang unter Rechtlosigkeit gelitten habe, werde am Einhalten der nationalen und internationalen Verpflichtungen gemessen. Die Bewohner zu schützen und ihnen zu ermöglichen, in Sicherheit zu leben, sei eine Grundverpflichtung jedes Staates. Wir bedauerten all die Toten auf beiden Seiten. Ein Rechtsstaat dürfe die Mittel für die Sicherheit aber nicht nach Gutdünken gebrauchen. Diese Mittel müssten verhältnismässig und flexibel eingesetzt werden.

Ich sähe nebst der Sicherheit und dem verhältnismässigen Einsatz der Mittel noch ein drittes Element: das Angehen der Konfliktursachen und deren Überwindung. Darauf übergab ich Bundesrat Deiss mein Deckblatt. Er las es – und stimmte mir zu! Der neue Chapeau lautete wie folgt:

> To protect its citizens and to allow them to live in security is a basic obligation of each state. This preoccupation grew in your country since the outbreak of the so called Al Aqsa-Intifada. It found its expression in the overwhelming victory of Prime Minister Ariel Sharon in the last election.
> We understand the legitimate task of your government to assure the security of all citizens and deplore all human losses during the violence, be they Israelis or Palestinians. But each state, and in particular a democracy, which is ruled by law, cannot use all means indistinctly. The measures have to be applied proportionally, with flexibility, without hurting innocent people, and the causes for the confrontations and frictions should also be tackled with the aim to eliminate them progressively.

Nach seinen Unterredungen mit den Palästinensern traf Bundesrat Deiss in Jerusalem mit Premierminister Sharon und Aussenminister Peres, mit Staatspräsident Katsav und dem Knesset-Abgeordneten Dan Meridor zusammen. Der neue Chapeau erlaubte einen verständnisvollen Einstieg in die Gespräche. Im Zentrum der Unterredungen stand der Friedensprozess. Unser Aussenminister erklärte dazu, dass die Verhandlungen auf den UNO-Resolutionen und den bisherigen Abmachungen mit den Palästinensern beruhen sollten. Er sprach auch die umstrittenen Themen wie die Siedlungstätigkeit, die Absperrung palästinensischer Städte und extralegale Operationen der Armee an.

Die Diskussionen mit Sharon und Peres zeigten nebst klaren Unterschieden in den Haltungen auch Übereinstimmungen. Der Premierminister nahm bei den Diskussionen mit den Palästinensern nicht die Resultate von Taba als Basis. Er sprach von zwei Phasen: Erstens wolle er ein möglichst einfacheres, unkompliziertes Leben sowohl für die Palästinenser wie die Israelis. Er verlange aber von Arafat, präventive Schritte zur Gewalteindämmung zu unternehmen und den Anstiftungen zur Gewalt ein Ende zu setzen. Israel sei bereit, Geduld zu üben bei der Verteidigung der eigenen Bürger. Zweitens sei Israel offen, die Verhandlungen auf der Basis der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates aufzunehmen und sich aus einem Teil der Gebiete zurückzuziehen – jedoch nicht aus allen. So gehörten die religiösen Stätten (Tempelberg) und die strategischen Stellungen (Jordantal) nicht dazu. Voraussetzung sei jedoch, dass Ruhe herrsche. Es werde keinen umfassenden Deal geben, sondern ein Vorgehen «Schritt für Schritt». Auf den Oslo-Prozess angesprochen erläuterte Sharon, dass dieser sehr kompliziert sei. Er habe Zweifel, ob er etwas bringe. Seiner Meinung nach müsse ein anderer Weg zum Frieden beschritten werden.

Aussenminister Peres seinerseits bedauerte angesichts der massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation die Härten, die es wegen des Terrors und der Gewalt gebe. Politische Verhandlungen seien sehr wichtig. Diese würden helfen, die psychologischen Schranken, das Misstrauen zwischen den Israelis und den Palästinensern abzubauen. Unser Departementschef besprach mit Peres daraufhin in einem längeren Gespräch die Menschenrechtslage und das humanitäre Völkerrecht.

Zurück in der Schweiz schickte mir Bundesrat Deiss ein Dankesschreiben, worin er ausdrücklich auf den Input am Flughafen Bezug nahm: «[…] vos con-

Bundesrat Joseph Deiss begrüsst Premierminister Ariel Sharon in Jerusalem (Israel), 26. März 2001. Privatarchiv Ernst Iten

seils me furent précieux». Obwohl mein Vorschlag sich nachher ganz ähnlich im Sprachgebrauch der internationalen Gemeinschaft etablierte, wie es mehrere Kommuniqués der EU und teilweise auch der USA belegen, waren einige Vertreter der Zentrale in Bern alles andere als zufrieden. Wir hätten einen «kleinen Staatsstreich» verübt, hiess es dort. Die Mission in Tel Aviv wurde gar vereinzelt als zweite Botschaft Israels tituliert.

Als Bundesrat Deiss wenige Wochen nach seiner Reise in den Nahen Osten anlässlich der Visite eines palästinensischen Ministers die ursprüngliche Formulierung des EDA benutzte und die einseitige Opferrolle jenes Volkes herausstrich, erntete er prompt Kritik aus jüdischen Kreisen.

Die ägyptisch-jordanische Initiative

Premierminister Sharon hatte Bundesrat Deiss erläutert, dass es nur Verhandlungen mit den Palästinensern gebe, wenn vorher Ruhe herrsche. Dies blieb das Mantra Israels. Wie konnte die Ruhe wiederhergestellt werden?

Der jordanische Aussenminister Abd al-Illa al-Hatib besuchte am Ostermontag 2001 die israelische Regierung. Er war der erste arabische Minister, der mein Residenzland seit dem Ausbruch der zweiten Intifada besuchte. Der Gast hatte einen Friedensvorschlag im Gepäck, der mit Ägypten erarbeitet worden war. Ich

schrieb darüber am 19. April einen Bericht nach Bern, der sich auf ein Gespräch mit Jordaniens Geschäftsträger stützte. Der Plan umfasste drei Hauptpunkte:

1. die Einstellung der Gewalt auf der Grundlage der Diskussionspunkte von Sharm el-Sheik vom 16./17. Oktober 2000;
2. vertrauensbildende Massnahmen;
3. die Wiederherstellung des Verhandlungsprozesses.

Der jordanische Minister machte Israel klar, dass ein echter Frieden nur unter gleichwertigen Partnern gefunden werden könne. Er kritisierte deshalb die überproportionalen Vergeltungsschläge Israels, die aus arabischer Sicht einzig den Zweck verfolgten, den Palästinensern den Frieden aufzuzwingen. Mit einem Diktat könne keine definitive Lösung erreicht werden. Der Gast überreichte Premierminister Sharon und Aussenminister Peres den Plan und machte klar, dass sie keine sofortige Antwort erwarteten. Es handle sich um Vorschläge, die zur Diskussion gestellt würden. Laut meinem Gesprächspartner nahmen die Empfänger des Schreibens die Vorschläge entgegen und versprachen, sie ernsthaft zu prüfen.

Die Initiative sollte dem jordanischen Kollegen zufolge austesten, ob der Premierminister den Frieden wirklich wolle oder nicht. Über den Kanal, den Sharons Sohn Omri mit Arafat unterhalte, würden bisher lediglich die bekannten Standpunkte ausgetauscht.

Ha'aretz publizierte am 19. April den (geleakten) Text. Bern gegenüber fügte ich an, dass die Reaktion auf die Vorschläge Auswirkungen auf die Einberufung einer Konferenz über die vierte Genfer Konvention haben könnte.

Anfang Mai unterhielt ich mich mit dem US-Botschafter über den ägyptisch-jordanischen Vorschlag. Washington unterstütze den Plan, weil er realistischerweise davon ausgehe, dass ein klares Signal der Gewaltverringerung unabdingbar sei, bevor nach einer zeitlich noch offenen Beobachtungsfrist der Waffenruhe der politische Dialog zwischen den direkten Beteiligten wieder aufgenommen werden könne. Die Krux liege darin, wie Arafat dazu gebracht werden könne, die Gewalt unter Kontrolle zu bringen. In Israel höre man oft, solange Arafat regiere, könne es keinen Frieden geben. Dem hielt mein US-Kollege entgegen, dass es Premierminister Jitzchak Rabin gewesen sei, der den «Ra'is» (Arafat) zum Gesprächspartner gemacht habe. Rabin habe diesen Schritt getan, weil er trotz aller charakterlichen Unzulänglichkeiten Arafats in ihm den einzigen Repräsentanten der Palästinenser gesehen habe und weil er richtig davon ausgegangen sei, dass ein Frieden mit Feinden und nicht mit Freunden geschlossen werden müsse. Das Osloer Abkommen habe den Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) dann auf den richtigen Weg gebracht. Nach dem Gewaltausbruch seit Ende September 2000 stünden wir wieder vor der Grundsatzfrage, wie wir Arafat erneut auf die richtige Spur zurückverhelfen könnten. Die Anstrengungen dazu müssten meinem Gesprächspartner zufolge von der gesamten Staatengemeinschaft unternommen werden. Man müsse den Palästinensern klarmachen, dass Gewalt keine Zukunft habe. Sie, die USA, verdeutlichten gegenüber dem Ra'is, dass er weitgehend allein dastehe, sogar innerhalb der wichtigsten Staaten des Nahen Ostens, die keine Ausweitung des Konfliktes wollten. Unter den weiteren Argumenten führte der Vertreter Washingtons an, dass die innerpaläs-

265 tinensische Opposition für Arafat gefährliche Dimensionen angenommen habe. Der jüngste Aufruf des Ra'is zur Einstellung von Mörserangriffen habe z. B. nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Der Grund liege teilweise darin, dass die PLO gegenüber radikaleren Bewegungen wie Hamas und Islamischer Dschihad nicht mehr «kompetitiv» genug sei.

In meinem Kommentar für Bern fügte ich an, dass auch die Bush-Regierung in Arafat immer noch das kleinere «Übel» sehe, denn die Alternative seien Führer aus radikaleren antiamerikanischen, antiwestlichen Gruppen. Die Folgen, die etwaige Machtkämpfe auslösen würden, reichten über Israel hinaus. Es sei deshalb kein Zufall, dass der Vorschlag zur Eindämmung der Gewalt und der Rückkehr zum politischen Dialog von den zwei Nachbarn Israels stammte, die den Gefahren eines ausgeweiteten Konfliktes an erster Stelle ausgesetzt wären.

Keine Verhandlungen: Mitchell-Bericht und Tenet-Plan

Es blieb nicht nur bei der ägyptisch-jordanischen Initiative, die nach meinem russischen Kollegen schon kurze Zeit nach deren Präsentation an Ostern «am Absterben» war.

Wie oben beschrieben wurde am Ende des Treffens in Sharm el-Sheik eine Untersuchungskommission gebildet, die der Leitung des US-Senators George Mitchell unterstand. Der Ausschuss untersuchte die Ursachen und Ereignisse der zweiten Intifada. Dem Bericht wurden konkrete Handlungsempfehlungen zur Herstellung des Friedens beigefügt. Die Regierung Israels und die Palästinenserbehörde erhielten am 4. Mai 2001 den sogenannten Mitchell-Bericht. Darin wurde beiden Seiten empfohlen, die Verpflichtungen aus den bestehenden Abkommen zu bestätigen, die Gewalthandlungen sofort und bedingungslos einzustellen und die Sicherheitszusammenarbeit wieder aufzunehmen. Beide Parteien sollten über vertrauensbildende Massnahmen nachdenken und einseitige Schritte vermeiden. Der Bericht enthielt für jede Seite schwierige Aufgaben, die zu erfüllen waren. Während für die Palästinenser der sofortige und bedingungslose Gewaltverzicht und das Verhindern von Terrorakten abtrünniger Gruppen eine Knacknuss darstellten, bildete für die Regierung Sharon das Einfrieren der Siedlungsaktivitäten ein schwieriges Unterfangen. Sogar das Ausdehnen der Settlements aufgrund des «natürlichen Wachstums» sollte davon betroffen sein. Die Siedlungsaktivitäten hatten nach US-Aussenminister Colin Powell «negative Auswirkungen für die Friedensaussichten». Der Mitchell-Bericht mahnte ausserdem zügige Verhandlungen an. Die Diskussionen dürften «nicht über Gebühr vertagt» werden.

Sharon hingegen hielt die von Ägypten und Jordanien angeregte vierwöchige Waffenpause vor einer Rückkehr an den Verhandlungstisch für zu kurz. Arafat seinerseits wollte den Konflikt durch die Entsendung von ausländischen Beobachtern in die besetzten Territorien internationalisieren. Dagegen wehrte sich die Regierung Israels. Die USA räumten schliesslich ein, dass die Vorschläge des Mitchell-Berichtes die Kämpfe zwischen Israel und den Palästinensern nicht beruhigen konnten. War ein Ausweg möglich?

Am 1. Juni gab es einen schrecklichen Terroranschlag beim Delphinarium in Tel Aviv, der 21 Menschenleben kostete und 120 Personen verletzte. Der deutsche

Aussenminister Joschka Fischer, der gerade in Israel weilte, versuchte die Gewaltspirale zu stoppen. Er erreichte, dass Israel auf einen Vergeltungsschlag verzichtete. Fischer brachte dann Arafat, dem er meinem deutschen Kollegen zufolge «tüchtig einheizte», dazu, dass er öffentlich u. a. Folgendes versprach:

> […] We exerted, and we will now exert our utmost efforts to stop the bloodshed of our people and the Israeli people, and to do all that is needed to achieve an immediate and unconditional real and effective cease-fire through joint effort, in order to go back to the negotiation table, and to the implementation of the Mitchell Report and the Egyptian-Jordanian initiative.

Die Folgen waren eine unerwartete Lageberuhigung und ein neuer Anlauf der USA. CIA-Chef George Tenet legte den Konfliktparteien einen Plan vor, dessen Ziel es war, die Voraussetzungen für die Umsetzung des Mitchell-Berichtes zu schaffen.

Ich unterhielt mich am 20. Juni mit dem stellvertretenden Generaldirektor und ehemaligen *peace coordinator* des israelischen Aussenministeriums. Er bestätigte mir, dass sowohl Sharon wie Arafat Tenets Plan zugestimmt hätten. Dieser skizzierte, wie Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in drei Etappen wieder an den Verhandlungstisch gebracht werden könnten. In einer ersten Etappe sollte ein «Waffenstillstand» von zwei Tagen jeder Partei ermöglichen, ohne Gesichtsverlust mit der zweiten Stufe, d. h. der Umsetzung des Planes, zu beginnen. Für die Palästinenser bedeutete diese zweite Stufe die Verpflichtung zur Festnahme von Terrorismusverdächtigen, die Zusammenarbeit mit Israel bei der Verhinderung von Attentaten und die Pflicht, die eigenen Sicherheitskräfte aus Auseinandersetzungen mit israelischen Sicherheitskräften herauszuhalten. Israel sollte im Gegenzug Einrichtungen der Palästinensischen Autonomiebehörde in den von ihr verwalteten Gebieten (Zonen A + B) nicht angreifen, zurückhaltend auf Demonstrationen reagieren, gegen gewalttätige Israelis (in erster Linie Siedler) vorgehen, palästinensische Steinewerfer freilassen, die Sperrung der besetzten Gebiete aufheben und sich auf militärische Stellungen zurückziehen, die es vor dem Ausbruch der zweiten Intifada eingenommen hatte. Gemeinsame Sicherheitsgespräche sollten schliesslich dazu dienen, den Kontakt zwischen israelischen und palästinensischen Experten wiederherzustellen. Diese Bedingungen sollten nach einer Woche erfüllt sein. Der Tenet-Plan sah in der dritten Stufe vor, dass die Parteien nach sechs Wochen die Gespräche zur Umsetzung der von der Mitchell-Kommission abgegebenen Empfehlungen weiterführten.

Mein Gesprächspartner interpretierte die Zusage Arafats zum Plan als Abkehr von seiner früheren unumstösslichen Forderung nach einer Verknüpfung der Sicherheitsgespräche mit einem Stopp der weiteren Bautätigkeit in den jüdischen Siedlungen. Die Frage sei zwar noch nicht ausgestanden, doch sei Arafat mindestens «auf der anderen Seite der Wasserscheide» angelangt.

Befragt zur Rolle der internationalen Gemeinschaft und zu den wirtschaftlichen Folgen für die besetzten Gebiete, antwortete er, dass die USA, einige europäische Staaten sowie die EU in letzter Zeit gehörigen Druck auf den palästinensischen Ra'is ausgeübt hätten. Israel begrüsse diese Einflussnahme und betrachte sie als hilfreich, um die Gewaltspirale zu durchbrechen und den Verhandlungsprozess wieder in Fahrt zu bringen. Laut meinem Gesprächspartner müsse den Palästinensern klargemacht werden, dass sie mit Gewalt nichts erreichten und

267 dass der Krieg weder für sie noch für Israel gewinnbringend sei. Israel sehe in Verhandlungen die einzige Möglichkeit, die Basis für ein friedliches Zusammenleben mit den Palästinensern zu schaffen. Insoweit behalte das Konzept *land for peace* im Sinne der UNO-Resolution 242 nach wie vor seine Gültigkeit. Die Israelis wüssten, dass die palästinensische Wirtschaft durch die zweite Intifada unter den verheerenden Folgen leide. Die ökonomische Trennung zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten sei bereits weit fortgeschritten. Die Palästinenser hätten in Israel 220 000 Arbeitsplätze verloren, die in der Zwischenzeit teilweise durch Fremdarbeiter aus Asien und Osteuropa eingenommen worden seien. Selbst nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und der PA würden nicht mehr alle Palästinenser an ihre früheren Arbeitsplätze zurückkehren können.

Wie üblich bei Verpflichtungen, die unter dem Druck der Vermittler angenommen werden, interpretierten beide Seiten den Tenet-Plan restriktiv und warfen sich bereits auf der ersten Stufe die Nichteinhaltung der dort festgelegten Regeln in aller Öffentlichkeit vor. So wollte Israel seine Truppen nur dort abziehen, wo sich die Situation beruhigt hatte, und Arafat seinerseits wollte nur jene Terroristen verhaften lassen, welche ihre Tat nach dem Inkrafttreten des Planes verübt hatten. Das Misstrauen zwischen beiden Lagern war so gross, dass die Sicherheitskooperationsgespräche unter CIA-Monitoring mit einer eingeschalteten Videokamera stattfanden, damit nicht anschliessend jede Seite die eigene Interpretation unter «Berufung auf die USA» würde untermauern können …

Beobachter für den Nahen Osten und vierte Genfer Konvention

Die Zerbrechlichkeit und Komplexität der eingeschlagenen Wege der Mitchell-Tenet-Pläne sowie die einseitigen Interpretationen der beiden Betroffenen machten ein Monitoring der Bemühungen um die Einhaltung der Waffenruhe und der nachfolgenden Phasen fast unabdingbar. Was uns heute logisch erscheint, sah jedoch in den Augen der Betroffenen oft anders aus. Zudem konnten unvorhergesehene Ereignisse alles auf den Kopf stellen. Ich lud am 3. Juli 2001 Miguel Moratinos, den Sondergesandten der EU für den Nahen Osten und späteren Aussenminister Spaniens, auf unsere Residenz zu einem Gespräch ein. Die Haltung der Hauptakteure zur Frage der Beobachter sah mein Gast wie folgt:

- Die Palästinenser hätten am liebsten eine Lösung für Beobachter, wie sie dem UNO-Sicherheitsrat vorlag, die jedoch am Veto der Amerikaner gescheitert sei. Eine Neuauflage sei undenkbar, und Arafat sehe dies auch ein. Er werde sich also mit weniger zufrieden geben.
- Die Israelis seien sich nicht einig. Die Gruppe um Sharon lehne Beobachter ab, während Aussenminister Peres sich offener zeige und sich eine erweiterte TIPH vorstellen könne, dies mindestens ab der Phase der vertrauensbildenden Massnahmen. Peres scheine aber gegenüber der Testperiode, d. h. der siebentägigen Waffenruhe gemäss Tenet-Plan, eher abgeneigt zu sein.
- Die Amerikaner reservierten sich am liebsten die Rolle exklusiv für sich, wobei sie aber nicht an die Entsendung von Leuten ins Feld dächten,

sondern an ein politisches Monitoring im Stile der Sicherheitskooperation unter CIA-Beteiligung.

- Die Europäer drängten demgegenüber auf eine physische Präsenz, die sie spätestens in der Cooling-off-Periode einsetzen wollten. Eine ähnliche Haltung zeichne sich bei den Russen ab.

Moratinos zufolge war es entscheidend, das Momentum der Tenet-Mitchell-Pläne aufrechtzuerhalten, sie nicht zu stören oder abzuwürgen. Ihm lag deshalb viel an der am Vortag erhaltenen Zusage von Aussenminister Peres, dass die Uhr für die siebentägige Waffenruhe gestartet werden könne, wenn es am heutigen 3. Juli ruhig bliebe. Er sei sich mit Peres einig, dass der Tenet-Plan so schnell wie möglich umgesetzt werden müsse, damit die ganzen Bemühungen nicht versandeten.

Der Gast, der nach dem Mittagessen auf unserer Residenz direkt zu Arafat fuhr, wollte den Palästinenserführer davon überzeugen, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, damit es ruhig bleibe und die Phasen des Tenet Planes effektiv zu laufen begännen. Moratinos war skeptisch, ob der Ra'is sich dazu aufraffe. Der Beginn der Phasen müsste auch für Arafat wichtig sein, weil seine Leute mit jedem Tag ungeduldiger würden und die Abschnürungspolitik Israels sich verschärfe.

Mein Gast riet der Schweiz, die Lösung einer erweiterten TIPH zu verfechten. Er fügte als spezifische Gründe an, dass erstens die TIPH kein UNO-Organ sei, sondern aus Ländern zusammengesetzt sei, die das Vertrauen beider Seiten genössen; und zweitens Peres sich seit seiner früheren Regierungszeit als «Gründungsvater» der TIPH sehe.

Mit Blick auf die geplante Konferenz über die vierte Genfer Konvention wiederholte Moratinos die Haltung, die er mir bereits in einem Gespräch vor eine Woche erklärt hatte und die er auch morgen beim COREPER (Comité des représentants permanents), dem Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, in Brüssel vertreten wollte. Wir sollten die Konferenz so lange nicht einberufen, wie der Tenet-Plan und die Empfehlungen der Mitchell-Kommission eine Chance hätten, umgesetzt zu werden. Alle Anstrengungen müssten sich darauf konzentrieren. Wenn die 15 Mitglieder der EU diese Haltung akzeptierten, wolle er dies den Israelis wie den Palästinensern und anderen interessierten Staaten mitteilen. Er werde den Israelis als auch den Palästinensern aber zu verstehen geben, dass die EU bei einem Scheitern grössten Schwierigkeiten begegnen würde, die Einberufung der Konferenz der vierten Genfer Konvention weiter hinauszuschieben.

Diese Informationen sandte ich an Bundesrat Joseph Deiss im Hinblick auf sein baldiges Treffen mit Javier Solana, dem EU-Aussenbeauftragten. Moratinos Anregungen konnten auch darüber hinaus für Bern wichtig bleiben.

Ermordung des Rabbiners Abraham Greenbaum in Zürich

Die Gewalt im Nahen Osten hinterliess selbst in der Schweiz blutige Spuren. Am 7. Juni 2001 wurde der Rabbiner Abraham Greenbaum in Zürich auf offener Strasse durch zwei Schüsse tödlich verletzt. Der Täter und seine Beweggründe konnten nicht eruiert werden. In der Schweiz verurteilte der Stadtrat von Zürich die Tat, und die Kripo Zürich lieferte die Leiche rasch aus, was von Israel posi-

269 tiv vermerkt wurde. Das EDA schwieg. Am 11. Juni, dem Tag nach der Beerdigung in Israel, suchte ich auf eigene Initiative die Familie des Ermordeten auf und sprach ihr unser Beileid aus. Vorgängig hatte ich das Aussenministerium in Jerusalem über meinen Schritt orientiert. Die Geste wurde sehr geschätzt. Die Familie des Ermordeten lebte in bescheidenen, ärmlichen Verhältnissen und hegte keine Ranküne gegen die Schweiz. Sie zeigte sich besorgt über die längerfristige Entwicklung in Europa wegen der Geldforderungen jüdischer Organisationen, die auf den Zweiten Weltkrieg zurückgingen. «Wir waren immer dagegen; dies ist eine Sache, welche die Anwälte ohne unser Wissen und ohne uns zu fragen unternommen haben. Solche Forderungen re-legitimieren den Antisemitismus», erklärte mir der jüngere Bruder des Ermordeten, ohne dass ich ihn danach gefragt hätte. Botschafter Johannes Matyassy, Leiter der Geschäftsstelle Präsenz Schweiz in Bern, teilte meine Meinung, dass die politische Schweiz sich bei vergleichbaren Fällen künftig dezidiert äussern müsse und nicht zuwarten dürfe, bis definitive Resultate einer Strafuntersuchung vorlägen.

Der Bundesrat war wenig später bei der Beantwortung der Interpellation von Nationalrat Christian Waber über «Terrorismus und Antisemitismus» sicher nicht unglücklich, darauf hinweisen zu können, was der Gemeinderat der Stadt Zürich unternommen hatte und dass «der schweizerische Botschafter in Israel […] seine Betroffenheit und seine Besorgnis angesichts dieses möglicherweise aus rassistischen Beweggründen begangenen Mordes zum Ausdruck brachte und der Familie des Rabbiners […] einen Beileidsbesuch abstattete».

Der 11. September und seine Folgen

Am 11. September rief mich meine Gattin im Büro an und sagte, ich solle unbedingt den Fernseher anstellen, etwas Fürchterliches sei passiert. Ich ging sofort ins Konferenzzimmer, wo unser Apparat stand. Als ich die Bilder sah, glaubte ich einen Augenblick, eine Szene aus einem Hollywoodfilm zu sehen. Aber schnell erwies sich, dass es sich nicht um eine Fiktion handelte, sondern um ein schreckliches Attentat.

Die Terrororganisation al-Qaida hatte mit entführten zivilen Flugzeugen u. a. die zwei Türme des World Trade Center in New York zum Einsturz gebracht. Rund 3000 Personen starben bei den Attentaten. Die Folgen dieser Aktionen gingen über die USA hinaus. Am 12. September verurteilte der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1368 die Anschläge und bezeichnete sie wie alle internationalen terroristischen Handlungen als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Die Resolution bekräftigte die Selbstverteidigungsklausel des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen und damit das individuelle und kollektive Recht auf Selbstverteidigung nach Terrorangriffen. Die NATO rief den Bündnisfall aus. Präsident Bush verlangte am 20. September vor dem Kongress die sofortige Auslieferung Osama Bin Ladens durch das Taliban-Regime in Afghanistan, da es andernfalls zu einem Krieg gegen den Terror komme. Er rief alle Länder auf, sich zu entscheiden, ob sie aufseiten der USA oder der Terroristen stünden.

Es war mir klar, dass ich umgehend Informationen erhalten musste, denn in meinem Residenzland oder in der Region konnte ebenfalls etwas Schreckli-

ches geschehen. Nach Gesprächen mit mehreren Botschaftern und dem israelischen Sicherheitsexperten und Ex-Vizedirektor des Mossad David K. schickte ich am 17. September eine Lagebeurteilung aus der hiesigen Sicht an Bundesrat Deiss. Der 11. September bedeute für diese Region einen Wendepunkt. Trotz Schwarz-Weiss-Malerei in rechten Kreisen gehe man hier nicht vom Szenario eines *clash of civilisations* aus, sondern von einer neuen Koalition, die nicht an religiöse und ethnische Kriterien gebunden sei. Der «Aufgabenbereich» dieser Koalition stehe noch nicht fest. Die Grenze für die Teilnahme respektive den Einschluss stelle sich aber heute schon bei der Frage der Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit. Meine Gesprächspartner erwarteten diesbezüglich klare Positionierungen der Staaten, weil Washington keine oder nur minimale Kompromisse dulde. Die neue Koalition für den Anti-Terror-«Kreuzzug» werde, so ihre Vermutung, im Nahen Osten gewisse Ähnlichkeiten mit der Gruppierung während des Golfkrieges von 1990 aufweisen. Die USA strebten also den Einschluss arabischer und muslimischer Staaten (Türkei) an und erwarteten von den anderen Ländern klare Politiken (z. B. im Falle Syriens) bezüglich der Terrorbekämpfung und Beherbergung von terroristischen Gruppen. Sein Land werde, so mein israelischer Gesprächspartner, in der Koalition mitmachen, doch sei die Form und die Art der Teilnahme wegen der Empfindlichkeit gewisser arabischer Staaten und des Konfliktes mit den Palästinensern noch offen. Während des Golfkrieges von 1990 hätten die USA von Israel Zurückhaltung erwartet. Das Gleiche gelte heute. Es gehe dabei in erster Linie um die Mahnung an die Regierung Sharon, dass der Angriff auf das World Trade Center keinen Freibrief für militärische Schläge in den A-Zonen (Selbstverwaltungszonen der Palästinenser) darstelle. Beide, Sharon wie Arafat, müssten sich um politische Verhandlungen bemühen. Für die Palästinenser bedeute Letzteres, dass neue Terroranschläge nicht mehr geduldet werden dürften, wenn die PA nicht auf der «falschen Seite» eingereiht werden wolle. Die Kooperation arabischer Länder dürfte wie nach dem Golfkrieg einen «politischen Lohn» bringen. 1991 habe die Konferenz von Madrid getagt, die den Weg für die Osloer Abkommen geebnet habe. Wie die neue Formel aussehe, sei zurzeit noch unbekannt. Premierminister Sharon habe auf alle Fälle gewarnt, dass sie nicht zulasten der Sicherheit Israels gehen dürfe.

Die lokale Sicherheitslage beurteilte mein israelischer Gesprächspartner wie folgt: Die grösste Gefahr für sein Land bildeten Kamikaze-Attacken und verzweifelte Vergeltungsschläge des Iraks, falls das Regime von Saddam Hussein zur Zielscheibe werde, was sehr wahrscheinlich sei. (Man hatte in Jerusalem vonseiten der sogenannten «Neo-Cons» in Washington gehört, dass jenes Land nebst Afghanistan auf der Liste stand.) Bereits während des Golfkrieges von 1990 habe Israel Scudraketen-Angriffe erlitten. Obwohl das Arsenal des Iraks reduziert worden sei, besitze das Land nach wie vor ca. 20 abschussfähige Raketen. Die grösste Gefahr bildeten dabei Sprengköpfe mit Massenvernichtungswirkung.

Unsere Vorkehrungen auf der Botschaft waren folgende: Schon am Abend des 11. September hatte ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, die Gasmasken mit nach Hause zu nehmen und sich nach den nächstgelegenen Schutzräumen zu erkundigen. Die Kanzlei und die Residenz waren bereits mit «Bunkern» ausgerüstet. Essen, Getränke, Toilettenartikel etc. sowie Benzinreser-

271 ven sollten bereitgestellt werden. Die Kolonie (ca. 10 000 Schweizer) respektive die Mitglieder des Kolonieausschusses erhielten entsprechende Hinweise. Diese waren so formuliert, dass sie keine Panik auslösen sollten. Unser DEZA-Büro in Ost-Jerusalem und die Mitarbeiter in Ramallah waren ebenfalls am 11. September orientiert worden.

Gegenüber Bern erwähnte ich zusätzlich, dass ich die Evakuierung unserer Familien unterbreiten würde, so wie es während des Golfkrieges von 1990 geschah (ich war damals Sicherheitsbeauftragter des EDA), wenn sich die Lage zuspitzen sollte. Für die Hierbleibenden gebe es nebst dem «Bunkerleben» eventuell die Möglichkeit, sich nach Jerusalem zurückzuziehen. Ein wissentlicher Raketenangriff auf die drittwichtigste Stätte des Islams sei auszuschliessen.

Folgen der neuen Nahost-Initiative der USA

Der 11. September brachte den Israelis ein Wechselbad der Gefühle, wie ich in einem Bericht vom 15. Oktober schrieb. Zuerst hofften sie, dass die ganze Welt nun ihren Kampf gegen den Terrorismus besser verstehen würde, und die Rechte wollte gar im Windschatten des World Trade Center noch härter gegen die Palästinenser vorgehen. Nachdem die Amerikaner unter der Leitung von Aussenminister Powell eine grosse Anti-Terror-Koalition geschmiedet hatten, befürchtete Israel, einen Preis dafür bezahlen zu müssen, denn der israelisch-palästinensische Konflikt hatte sich dem grösseren Ganzen unterzuordnen. Die Reaktionen auf die neue Herausforderung waren gespalten. Zwar standen alle hinter den USA, unterschiedlich war jedoch die Haltung zur «Kostenfolge», welche der Einschluss muslimischer und arabischer Staaten in die Anti-Terror-Koalition mit sich bringen würde. Die Rechte stellte, wie schon erwähnt, die Sicherheit Israels über alles. Premierminister Sharon warnte gar vor einem neuen «München». Die Linke und das Friedenslager (oder was davon noch übrig blieb) zeigte mehr Verständnis für die US-Anliegen. Der 11. September bot in ihren Augen ein *window of opportunity*, um Israelis wie Palästinenser aus dem verkrampften Stellungskrieg herauszuholen. Das hätte aber bedingt, dass die verschiedenen Phasen der Tenet-Mitchell-Pläne zuallererst hätten starten müssen, was nicht zutraf. Die USA schickten darum im November den Vier-Sterne-Marine-General Anthony Zinni in den Nahen Osten mit dem Auftrag, endlich einen Waffenstillstand zwischen Israelis und Palästinensern zu erreichen. Würde Zinni seine Mission nach rund drei Wochen Präsenz mit Erfolg krönen können?

Ein Licht der Hoffnung, aber noch keine frohe Botschaft aus dem Heiligen Land

Die Weihnachtszeit wäre eine gute Gelegenheit gewesen, um positive Nachrichten aus dieser Region zu vernehmen. Wir waren aber nicht so weit. Am 20. Dezember 2001 traf ich Yossi Beilin, Ex-Justizminister unter Barak und Friedensaktivist. Ich sollte ihn später noch mehrmals wegen der Genfer Initiative sprechen.

Zinni ohne neues Datum für seine Rückkehr abzuziehen, bevor er ein konkretes Ergebnis erreichte, war Beilin zufolge ein Fehler. Zinnis Anwesenheit wäre ge-

rade in diesen Tagen entscheidend gewesen für die Lancierung der verschiedenen Tenet-Mitchell-Phasen. Gaza und die Westbank kannten nämlich seit der Rede Arafats eine deutliche Beruhigung. Während es unermüdlicher Anstrengungen bedurfte, den palästinensischen Ra'is auf dem richtigen Kurs zu halten, entmutigten Sharon und sein Lager laut meinem Gesprächspartner die Palästinenser konsequent bei jedem ihrer Schritte. Sie verfolgten ideologische Absichten im Sinne eines Gross-Israels, das vom Jordantal bis ans Mittelmeer reichen sollte. Er, Beilin, zöge sogar den pragmatischen Likud-Rivalen Netanyahu vor, der keine von den Siedlern bestimmte Politik verfolge. Eine echte Alternative böte hingegen erst eine Labour-Regierung. Solange Arafat im Stile Hamlets zögere und damit Sharon in die Hände spiele, könne der Friedensprozess nicht wieder anlaufen, sodass Labour die Gunst der Wähler nicht gewinnen könne.

Weil das Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern so abgrundtief geworden war, stimmte mir Beilin zu, dass internationale Beobachter unerlässlich wären, um die Einhaltung der Ruhe auf beiden Seiten zu gewährleisten. Das kürzlich erfolgte US-Veto im Sicherheitsrat dürfe darum, so mein Gesprächspartner, nicht das letzte Wort bleiben. Beilin verfolgte in diesem Zusammenhang mit besonderer Aufmerksamkeit meine Schilderung der bewussten Disqualifizierung der TIPH durch Teile des rechten Lagers. Diese Beobachtergruppe in Hebron stellte in den Augen extremer Siedler und gewisser Kreise des rechten Spektrums einen gefährlichen Sündenfall dar, der nicht wiederholt werden dürfe und daher der Sinn- und Nutzlosigkeit überführt werden müsse.

Beilin, der gegen Abend eine Information von Javier Solana, dem EU-Aussenbeauftragten, aus Washington erwartete, hoffte, dass es den Europäern gelingen würde, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass es an der Zeit sei, verstärkten Druck auf Israel auszuüben, damit dieses seinerseits zu «liefern» begänne. Arafat habe ja geredet und zu handeln angefangen, sodass ein deutliches Abflauen der Gewalt festzustellen sei. Beilin hoffte auch, dass Washington die baldige Rückkehr Zinnis mitteilen und sich nicht einfach in die Weihnachtsferien zurückziehen würde. (Die USA kündigten die erneute Reise des Vier-Sterne-Generals effektiv am 2. Januar 2002 an.)

In meinem Kommentar fügte ich an, dass die in den vergangenen drei Tagen deutlich reduzierte Gewaltanwendung die stufenweisen und parallelen Ansätze als weniger unüberbrückbar erscheinen lasse. Das Ganze sei jedoch extrem labil. Wenn die jüngsten Lockerungen der Belagerung der A-Zonen durch Israel nicht rasch intensiviert würden, bestehe die Gefahr der Rückkehr der verstärkten Gewalt.

Letzteres traf leider 2002 zu. Es sollte ein furchtbar blutiges Jahr werden.

Die verhinderte politische Agenda

Im Februar 2002 jährte sich Sharons Wahlsieg, den er unter dem Motto «Sicherheit und Frieden» errungen hatte. Die täglichen Bilder zeigten hingegen, dass die Gegend weiter von den zwei Leitmotiven entfernt war als vor zwölf Monaten. Seit Taba kannte Israel eine regressive Diplomatie, charakterisiert durch abnehmende politische Substanz und zunehmende Sicherheitsanliegen. Die Zwischenetappen lauteten: Mitchell-Bericht, Tenet-Plan, Dahaniya-Entwurf von Peres und Arafat,

273 der die wechselseitigen Schritte aufzählte, um eine Feuerpause zu erreichen, bis hin zum Vorschlag von Präsident Katsav mit seiner «Hudna», der islamisch-religiös verbrämten Waffenruhe, die ohne präjudizielle Wirkung auf die politischen Standpunkte jeder Seite abgeschlossen werden sollte. Keiner dieser Schritte konnte umgesetzt werden. Warum?

Ich schickte am 1. Februar 2002 einen Bericht nach Bern, der dieser Frage nachging. Schon kurz nach Sharons Wahlsieg hatte mir einer seiner engsten aussenpolitischen Berater erklärt, dass der Regierungschef keine formellen Abkommen mit der PA abschliessen wolle. Die Beziehungen sollten auf De-facto-Lösungen beruhen. Die vergangenen zwölf Monate hätten dies konkretisiert. Nebst der oben geschilderten regressiven Diplomatie ging Sharon dafür auf der De-facto-Ebene voll in die Offensive. Die Abriegelung von Westbank und Gaza wurde verschärft, die A-Zonen wurden zunehmend länger bis dauernd besetzt und die PA-Infrastrukturen sowie die Symbole des embryonalen palästinensischen Staatengebildes erlitten sukzessive Zerstörungen. Als Zeichen der höchsten Demütigung wurde Arafat sozusagen unter Hausarrest gesetzt und als irrelevant bezeichnet. Der Premier konnte sich bei diesem Vorgehen auf zwei wichtige Mitspieler «abstützen»: Präsident Bush und Arafat selbst. Der US-Staatschef, der eigentlich vom Nahen Osten Abstand nehmen wollte, kam aus innenpolitischen Gründen und wegen des Kampfes gegen den Terror den israelischen Sicherheitsbedürfnissen entgegen. Arafat «verrechnete» sich öfter und konnte den Schritt vom Freiheitskämpfer, der den Palästinensern zur Identität verholfen hatte, zum Staatsmann, der nicht mehr taktische, sondern strategische Entscheide zu treffen hatte, nicht tun – oder höchstens auf massiven externen Druck hin. Dabei wäre es gerade unter «General» Sharon ausschlaggebend gewesen, sich mit ihm nicht auf der militärischen Ebene zu messen, sondern den israelischen Premier in die diplomatisch-politische Arena zu zwingen. Nur dort hätte Arafat Chancen gehabt, Sharon in die Defensive zu bringen und seinem Volk zur langersehnten Selbstbestimmung und zu einem Staat zu verhelfen. Marwan Barghouti, der Fatah-Generalsekretär in der Westbank, hatte dies deutlich gesehen. Zwar bedingte dieser «politische Kampf» ihm zufolge, teilweise das Spiel der Israelis mitzumachen und ihnen die «verdiente Sicherheit» zu verschaffen. Die «100-prozentigen Anstrengungen des Ra'is» würden es Sharon auf der anderen Seite künftig erschweren, mit neuen provokativen Schlägen die Palästinenser zu Gegenschlägen zu reizen.

Der «Endkampf» der zwei alten Streiter Sharon und Arafat werde vielleicht, so schrieb ich nach Bern, einen anderen Ausgang nehmen. Die Konsequenzen für unser Land skizierte ich in drei Punkten:

1. Wir dürften unsere Auffassung, dass Sicherheit ohne politische Perspektive nicht erreicht werden könne, mit gutem Gewissen weiter vertreten. So wie wir den Terror verurteilten und dessen Bekämpfung forderten, so sehr dürfe auf der anderen Seite eine reine Sicherheitsagenda nicht das Denken beherrschen.
2. Angesichts des Misstrauens auf beiden Seiten seien «a third party monitoring and verification mechanism» unerlässlich.
3. Die Dialogkräfte beider Seiten seien durch uns zu fördern.

Und Israel bewegt sich doch

Prinz Abdallah von Saudi-Arabien präsentierte am 18. Februar 2002 seinen Friedensplan für den Nahen Osten. Er beinhaltete die Anerkennung Israels, sofern sich jenes Land von allen 1967 besetzten Gebieten zurückzöge, einen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage.

Am 7. März 2002 hatte ich ein Gespräch mit Benjamin Ben-Eliezer, Verteidigungsminister und Präsident der Labour-Partei. Er kontrollierte ca. 60 Prozent der Stimmen im Zentralkomitee der Partei, sodass er über den Verbleib in der Regierung Sharon und den Kurs der Labour-Partei entscheiden konnte. Ich befragte ihn zum kürzlich erfolgten Vorschlag der saudischen respektive arabischen Friedensinitiative. Während Likud sie ablehnte, sah Ben-Eliezer darin positive Signale. Ihm zufolge war es sehr wertvoll, dass die Idee aus dem arabisch-muslimischen Herzland stammte. Er stehe dem Plan grundsätzlich zustimmend gegenüber und sei bereit, über alles zu diskutieren, ausser über das Rückkehrrecht der Palästinenser.

Welches war die offizielle Haltung der israelischen Regierung zu dieser Initiative? Aussenminister Peres (der der Labour-Partei angehörte) gab am 22. März seinerseits allen Botschaftern ein Briefing. Trotz der wiederholten Terrorattacken müsse Israel den Palästinensern nochmals eine Chance einräumen. So werde in wenigen Minuten ein weiteres Sicherheitstreffen unter US-Monitoring stattfinden. Israel verlange aber von der internationalen Gemeinschaft, dass sie weiter Druck auf Arafat ausübe, damit er endlich auf die Terroristen einwirke. Nur wenn dies geschehe, könnten ein Waffenstillstand (Tenet-Plan) vereinbart und die politische Diskussion (Mitchell-Bericht) wieder aufgenommen werden. Peres ging anschliessend auf die saudische Friedensinitiative ein. Israel sehe zwei Probleme: Erstens wollten einige arabische Länder die Initiative mit alten Vorschlägen «verwässern» (z. B. durch das Aufbringen der Flüchtlingsfrage). Zweitens sei nicht geklärt, mit wem Israel verhandeln könne. Saudi-Arabien wolle auf alle Fälle nicht mit Israel sprechen. Nichtsdestotrotz begrüsse sein Land die Initiative, sofern dabei nicht nur die grosse Linie im Sinne von *land for peace* umrissen würde, sondern auch die Details diskutiert werden könnten.

Verdunkelter Himmel oder das Fass läuft über

Der März 2002 mit 14 Selbstmordattentaten war der blutigste Monat während der zweiten Intifada. Die Anschläge verschonten nicht einmal die TIPH, die zum Schutz der Palästinenser beitragen sollte. Am 26. März wurde eines der Fahrzeuge der Beobachtergruppe angegriffen. Das schweizerische TIPH-Mitglied Catherine Berruex und ihr türkischer Kollege fielen den Schüssen des Attentäters tragischerweise zum Opfer. Die Untersuchungen ergaben, dass der Angreifer ein Palästinenser war.

Nur fünf Tage nach dem Briefing durch Aussenminister Peres ereignete sich der schlimmste Terroranschlag in Netanya mit 30 Toten und 140 Verletzten. Hamas zeichnete verantwortlich für das Massaker an Pass Over, dem höchsten jü-

275 dischen Feiertag. Dieses Attentat brachte das Fass zum Überlaufen. Die Regierung Sharon erklärte den Notstand und rekrutierte 20 000 Reservisten. Sie lancierte darauf eine weit gefasste Operation gegen den Terror, die vom 29. März bis zum 10. Mai dauerte und den Namen «Schutzschild» trug. Alle grösseren Städte in der Westbank wie Ramallah, Nablus oder Jenin wurden besetzt. Der Amtssitz Arafats wurde teilweise zerstört, der Ra'is selbst durch Sharon als Feind Israels bezeichnet, weil er sich weigere, den Terror zu bekämpfen. Darum müsse er isoliert, aber nicht verletzt oder getötet werden. Effektiv wurde Arafat in einem Gebäude festgesetzt. Am 2. April besetzte Israel Bethlehem. Heftiger Widerstand entbrannte um die Geburtskirche, die 39 Tage lang belagert wurde. (Bei meiner Schilderung der Weihnachtsfeier 2000 in Bethlehem erwähnte ich oben die geplante schweizerische Unterstützung zur Lösung jener Krise um die Geburtskirche.)

In Jenin gab es so viele Tote, dass der UNO-Sondergesandte Terje Roed-Larsen von einem Horror sprach. Die EU verlangte eine internationale Untersuchung, und der UNO-Sicherheitsrat beschloss am 19. April mit der Resolution 1405, dass eine Fact-Finding-Mission, der u. a. der Schweizer Cornelio Sommaruga (Ex-Präsident des IKRK) angehörte, ins Flüchtlingslager jener Stadt reisen solle. Israel lehnte beide Aufforderungen ab.

Die Terroranschläge konnten durch die Operation Schutzschild zwar verringert werden. Der Blutzoll war jedoch extrem hoch. Neben 30 israelischen Soldaten starben laut UNO 497 Palästinenser. Erst mit dem am 22. Juni begonnenen Bau der Trennmauer/Sperranlage erreichte Israel einen Rückgang der Attacken.

Die «neue» Nahostpolitik der Schweiz und ihre Folgen

Die Vielzahl der Anschläge durch palästinensische Terroristen und die Gegenschläge der Israelis brachten verständlicherweise die Weltöffentlichkeit auf. In der Schweiz häuften sich die Interpellationen an den Bundesrat. Der Nationalrat debattierte am 22. März eine Erklärung zur sofortigen Beendigung der Gewalt im Nahen Osten. Der Antrag der Aussenpolitischen Kommission wurde mit 96 zu 75 Stimmen klar abgelehnt. Insbesondere die SVP verurteilte den «aussenpolitischen und neutralitätswidrigen Aktivismus». Das EDA liess sich davon nicht beeindrucken. Am 1. April, der auf Ostermontag fiel, telefonierte Bundesrat Deiss mit meinem ersten Mitarbeiter in seiner Funktion als Geschäftsträger, da ich ferienhalber mit der Familie in Paris weilte. Claude Altermatt riet dem Departementschef, an der Politik der Schweiz nichts zu ändern. Die israelische Bevölkerung sei wegen des Netanya-Attentates zu aufgebracht. Die Botschaft habe schon in einem Bericht vom 26. März dieselbe Haltung vertreten.

Unsere Mission zeigte sich dann völlig überrascht, als sie vom israelischen Aussenministerium angefragt wurde, ob es tatsächlich eine neue schweizerische Nahostpolitik gebe, wie die Medien berichteten. Aus den uns später zugestellten Unterlagen ergab sich, dass weder der israelische Boschafter Ygal Antebi, der wenige Stunden vor der Pressemitteilung von der Zentrale in Bern empfangen worden war, noch die schweizerische Mission in Tel Aviv darüber informiert worden waren. Ich selbst wurde am 9. April, am Tag nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub, aufs Aussenministerium zitiert. In aller Eile arbeitete ich mich durch die Doku-

mente. In Abwesenheit des stellvertretenden Generalsekretärs empfing mich der Direktor für Westeuropa, begleitet von einer Mitarbeiterin. Unterredungen sind nie angenehm, wenn ein Botschafter ins Ministerium zitiert wird. Entsprechend trocken sprach der Direktor mit mir. Schon beim letzten Besuch ihres Botschafters in Bern hätten sie ein fehlendes Verständnis für Israels Haltung festgestellt. Wenige Stunden später sei dann das Pressebriefing durch das EDA erfolgt, worin von einem möglichen «downgrading» der Beziehungen gesprochen worden sei. Ein solches Vorgehen sei «discourtious». Man greife nicht zu öffentlichen Erklärungen, ohne den besuchenden (israelischen) Botschafter vorgängig darüber zu informieren. Sie hätten in Jerusalem durch die Zeitung *Ha'aretz* von der neuen Schweizer Politik erfahren. So viel zur Form.

Inhaltlich seien sie noch besorgter. Einseitige Schritte seien «freundlichen» Beziehungen sowie geschlossenen Abkommen abträglich. Sie fühlten sich durch unser Vorgehen bestraft, weil es nicht nur ein Planen von Massnahmen gebe. Einzelne Schritte seien schon umgesetzt worden, z. B. auf militärischem Gebiet. Sie betrachteten diese als unfreundliche Akte. Israel sehe die Schweiz als wichtiges und freundschaftliches Land. Dies erkläre, warum israelische Politiker die jüngsten Massnahmen nicht bereits «herausgepickt» hätten. Das Aussenministerium habe mich eingeladen, um ihre Besorgnis zu hören. Sie suchten den Dialog, um nicht in einigen Monaten Schritte unternehmen zu müssen, die besser vermieden würden. Einseitige Massnahmen könnten sie nicht stehen lassen («to leave them in the limbo»). Er könne mir aber versichern, dass ein «downgrading» der Beziehungen eine harsche Reaktion auslösen würde.

Ich erklärte ihm darauf unsere Position, die stichwortartig lautete:

1. Die Überprüfung der Beziehungen basiere auf der Erklärung Sharons, dass Israel im Krieg stehe.
2. Aufgabe der Verwaltung sei es, Optionen aufzuzeigen. Wir sprächen nicht von Sanktionen.
3. Der Entscheid selbst obliege dem Bundesrat, der am folgenden Tag eine erste Sitzung darüber abhalte. «Hasty decisions» seien nicht zu erwarten. Zudem beachteten wir die eingegangenen Verträge und den generellen Kontext, inklusive die Mission von US-Staatssekretär Powell.
4. Bei den Optionen gebe es solche aus dem Zuständigkeitsbereich des VBS (Militärdepartement) und aus dem Wirtschaftsbereich, namentlich die Ursprungsregeln (die Produkte aus den Settlements betrafen). Eine *vigilance accrue* über die Anwendung der Regeln nach Konsultation der Partnerländer der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und unter Berücksichtigung der Politik der EU werde geprüft.
5. Des Weiteren prüften wir auch, wie die Anwendung des humanitären Völkerrechtes (wieder-)belebt werden könne.

Der Direktor ergriff darauf nochmals das Wort:

1. Es handle sich um einen Krieg gegen den Terror und nicht gegen die Palästinenser. Sie verstünden daher nicht, warum wir nach der Rede von Präsident Bush zum Krieg gegen den Terror die Beziehungen zu

277

Washington nicht überprüft hätten, dies bei Israel jedoch tun wollten, obwohl wir grundsätzlich zustimmten, dass der Terror bekämpft werden müsse.

2. Sie lehnten es ab, dass aus politischen Gründen eine Verbindung zum Handel getroffen werde.
3. Es handle sich bereits um mehr als Optionen. So sei der für Mai angesagte Besuch des Chefs unseres Nachrichtendienstes gestrichen worden. Ihr Verteidigungsattaché habe am kommenden Donnerstag in Präsenz ihres Botschafters ein Nachtessen geben wollen. Alle Schweizer hätten die Einladung abgelehnt.
4. Bei den Ursprungsregeln wolle er nur erwähnen, dass die EU ihre Massnahmen nicht im Alleingang treffe.
5. Interessant finde er unsere Idee des Einfliessen-Lassens des humanitären Völkerrechts in bestehende Abmachungen wie z. B. den Mitchell-Bericht. Obwohl sie davon zum ersten Mal hörten, könne er mir versichern, dass sie das Ganze «open-minded» angehen würden, sofern es nicht in «an unpleasant way» geschehe.

Wegen der Dringlichkeit fügte ich Bern gegenüber nur einen kurzen Kommentar bei: Ein kritischer *Dialog* mit Jerusalem dürfe unseren Einfluss eher stärken denn schwächen.

Der Bundesrat veröffentlichte nach seiner Sitzung vom 10. April eine Pressemitteilung. Er habe heute die Situation im Nahen Osten besprochen:

> Angesichts der Gefahr, die dieser bewaffnete Konflikt für die internationale Sicherheit darstellt, und im Sinn der Kohärenz mit seinen allgemeinen Zielen der Förderung des humanitären Rechts und des Friedens hat der Bundesrat das VBS damit beauftragt, mögliche Mittel zur Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, namentlich bei der Planung der zukünftigen Beschaffung von Armeematerial, zu prüfen. […] Die derzeitige Situation im Nahen Osten verdeutlicht zusätzlich die Notwendigkeit, die Einhaltung des 1993 zwischen der EFTA und Israel abgeschlossenen Freihandelsabkommens zu überwachen. Dies gilt insbesondere für die Abkommens[-]Bestimmungen über die Ursprungsregeln für Produkte, die ausserhalb der international anerkannten Grenzen von Israel hergestellt werden. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wurde, in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement[,] beauftragt zu prüfen, ob die Bestimmungen des Abkommens verletzt werden[,] und daraus die Konsequenzen zu ziehen. In diesem Sinne wiederholt der Bundesrat seinen Aufruf an die Konfliktparteien, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren und unverzüglich auf den Weg der politischen Lösung auf der Grundlage der zuvor abgeschlossenen Friedensabkommen zurückzukehren.

Die SP war nicht zufrieden mit der Nahostpolitik des Bundesrates und wollte das Thema nochmals auf die Traktandenliste setzten. «Die Sozialdemokraten könnten von Bundesrat Deiss sogar verlangen, dass die Schweiz ihren Botschafter aus Israel zurückzieht», berichtete die *Neue Luzerner Zeitung* am 12. April 2002.

Wie ging es weiter?

Aussenminister Peres schrieb wegen der «neuen Nahostpolitik» der Schweiz am 27. Mai einen Brief an Bundesrat Deiss:

> Das Interesse der Schweiz an der Entwicklung der Lage im Nahen Osten und die Haltung zum internationalen humanitären Recht und zu den Menschenrechten sind uns wohl bekannt. Sie

> wurden namentlich aufgeworfen während unserer langen Diskussion anlässlich Ihres Besuches in Israel im März 2001. […] Trotzdem scheint mir, dass der Entscheid des Bundesrates vom 10. April, der Sanktionen gegen Israel auf den Gebieten der Verteidigung und der Wirtschaft vorsieht, einen fundamentalen Wechsel in den Beziehungen unserer zwei Länder darstellt […].

Bundesrat Deiss schickte am 12. Juni einen Antwortbrief. Er stellte darin richtig, dass der Bundesrat am 10. April keine Sanktionen gegen Israel vorgesehen habe. Bei seinem Entscheid habe der Bundesrat klar unterstrichen, dass die gegenwärtige Zusammenarbeit beim Erwerb von Waffensystemen für die Schweizer Armee nicht berührt werde. Alle Verträge würden eingehalten. Hingegen habe der Bundesrat entschieden, dass je nach Verlauf der humanitären Situation im Nahen Osten geprüft werde, ob die Mittel der militärischen Kooperation einzuschränken seien, namentlich bei der Planung für den Kauf von künftigem Kriegsmaterial. Bei seinem Entscheid vom 10. April beschränkte sich der Bundesrat darauf, die zuständigen Dienste zu beauftragen, sich zu versichern, dass die Klauseln des Freihandelsvertrages zwischen der EFTA und Israel bezüglich der Ursprungsregeln genau eingehalten würden.

Ein wichtiger Punkt der Bundesratssitzung vom 10. April betraf die Frage des Einfliessen-Lassens des humanitären Völkerrechtes in den Nahostkonflikt. Botschafter Blaise Godet wurde beauftragt, in die Region zu reisen und das schweizerische Anliegen zu vertreten. Er besuchte Israel im Juni. Diese humanitäre Initiative stand jedoch unter dem schlechten Stern der «neuen Nahostpolitik» der Schweiz. Anlässlich des Mittagessens, das der stellvertretende Generaldirektor des Aussenministeriums am 20. Juni gab, wurde unser Land vor Botschafter Godet massiv wegen der neuen Nahostpolitik kritisiert.

Unsere Initiative war sehr ambitiös und hätte entsprechende Ressourcen und ein Follow-up verlangt, was leider nicht der Fall war. Das wichtige und richtige Anliegen hätte wahrscheinlich eher Erfolgschancen gehabt, wenn es nicht an der gleichen Sitzung des Bundesrates behandelt worden wäre wie die «Sanktionsfragen». Israel sah darin ein Vorgehen des «unpleasant way», wie es der Direktor für Westeuropa anlässlich der «Einladung» ins Aussenministerium vom 9. April mir gegenüber angedeutet hatte.

Kritische Fragen an die Schweiz in Israel

Während sich in unserem Land wie gesagt die Interpellationen an den Bundesrat zum Nahen Osten häuften, gab es in Israel ebenfalls kritische Fragen an die Schweiz. Die Arbeit der Botschaft wurde wie in einem Glashaus beäugt. Am 6. Juni 2002 stellte ich mich der arabischsprachigen Zeitung *As-Sennara* zu einem Interview, das der von mir teilangestellte arabische Israeli Wadie Abu Nasser übersetzte. Das EDA publizierte den Text sechs Tage später in den *Reflets de l'actualité.* Der Titel lautete: «We are against ‹transferring› the Arab citizens in Israel». (Zur Erläuterung: Radikale Israelis hatten die Aussiedlung von arabischen Israeli verlangt.)

> How [do] you explain to the citizens of your country, Switzerland, the situation between the Palestinians and the Israelis? Does the people there understand the real situation here? – I think it is very difficult for those out of the region to understand all its elements. The reason is, that people receive their information on the situation through the pictures broadcasted on the TV's. These pictures are moving the feelings of our citizens and feelings are not always the best way

279

to understand the situation since people have often a «black or white» vision. I think it is a situation in which we must not give simplistic answers to a very complicated case. We have a stable policy based on the UN resolutions, agreements signed between Israel and the Palestinian Authority, humanitarian laws and human rights. This is the political background on which we base carefully our positions and our country's decisions. – Do you think that Switzerland plays a sufficient role in the Palestinian-Israeli cause? – Each country has a role in this process. We do not claim for having the same role as the United States, for instance. We have to be realistic. We are also not members of the European Union. Despite that, we are active[ly] «interfering» and influencing this process, and I will give you some examples. We were asked by the United Nations to organize a conference on the IV Geneva Convention last year. We are involved in supporting the Palestinians, especially the refugees through UNRWA projects, to which we donate millions of dollars each year. We organize some projects mainly with the Palestinians in the West Bank and Gaza Strip. We have also projects with Israel, especially for the weak in this society. […] – You offer aid to the Palestinians, but there are those who say that the use of these funds is suspicious, and there are problems about it. How do you ensure that the money reaches the right hands? – We do not offer to the Palestinian Authority money directly, but give project-based money. We help in such a way the statistic office and the ministry of ex-detainees. To check the use of our money we have international auditing firms, we have regularly monitoring visits and external evaluations. – Do you imagine a solution to the problem here? – We all wish for the Regional and International Conference to take place. And we hope that its result will be positive. – What is your position regarding the issue of Jerusalem? – Jerusalem is a city with a special status. There must be negotiations regarding what part is for the Palestinians and what part is for Israel. We declared that we do not recognize Israel's annexation of East-Jerusalem. Therefore, our Embassy is in Tel Aviv and not in Jerusalem. We see a solution of two states, and Jerusalem as capital for the two of them and as an open city in which live the sons of all communities and religions.

Anhörung von Schweizer Botschaftern zur Situation im Nahen Osten vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates Ende August 2002

Während der Botschafterkonferenz jenes Jahres wurden die Chefs der schweizerischen Vertretungen von Israel, Jordanien, Syrien und Ägypten, vom Verbindungsbüro bei der Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah und vom Büro der DEZA in Ost-Jerusalem angehört und befragt.

Bundesrat Deiss gab eine kurze Einführung. Als Erster durfte ich meine Einschätzung abgeben. Der Nahostkonflikt sei älter als der Staat Israel und Schwarz-Weiss-Malerei unangebracht. Wir müssten realistisch bleiben, denn es seien sehr viele Akteure im Spiel. Präsident Clinton und seine Equipe hätten acht Jahre lang versucht, eine Lösung zu finden. Die zweite Intifada habe alte Rahmenbedingungen wie die von Oslo weitgehend zerstört, und neue Faktoren seien dazugekommen. Infolge des Gewaltausbruchs seit Ende September 2000 habe die israelische Bevölkerung einen gewaltigen Rechtsrutsch vollzogen. Die Auseinandersetzungen bewirkten zwischen den Bevölkerungsgruppen von Israelis und Palästinensern ein massiv erhöhtes gegenseitiges Misstrauen, ja Hass. Die palästinensischen Autonomiebehörden müssten nach Ansicht Israels reformiert werden, bevor mit neuen Institutionen wieder verhandelt werden könne. Israel seinerseits müsse einsehen, dass Sicherheit allein nicht genüge. Es brauche einen politischen Horizont, der es allen Beteiligten erlaube, Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Die Verhältnisse seien extrem volatil. Dazu komme die Lage im Irak. Es gebe aber auch Hoffnungsschimmer wie die jüngsten Abmachungen zu Bethlehem und Gaza, wo die Israelis ihre Truppen aus den Städten abgezogen hätten und die Palästinenser die Sicherheit garantierten. Ob diese Abmachungen

ausgedehnt werden könnten oder ob nach einem erneuten Bombenanschlag alles wieder in die Brüche gehen werde, wüssten wir allerdings nicht. Was könne die Schweiz tun? Es gebe nur eine politische Lösung, da weder militärische Macht noch Terror eine Lösung brächten. Mehrere *major players,* die wohl immer das letzte Wort haben dürften, seien am Werk, und es sei anzunehmen, dass sowohl sie wie die Betroffenen vor Ort verdeckte Interessen hätten. Die Schweiz sollte meiner Meinung nach nicht als *lonely rider* auftreten. Sie müsse Gleichgesinnte finden und sich an die eigenen Prinzipien halten. Zwei dieser Prinzipien rückte ich in den Vordergrund: das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte einerseits sowie die Fazilitatorendienste anderseits für den Fall, dass es *windows of opportunity* gäbe. Im vergangenen April habe es ein solches *window of opportunity* gegeben, als wir angefragt wurden, unsere Guten Dienste zur Verfügung zu stellen für Gespräche zwischen den Besetzern der Geburtskirche in Bethlehem und den israelischen Sicherheitskräften. Leider habe Präsident Arafat unsere Guten Dienste in letzter Minute abgelehnt.

Auf die Nachfrage eines Parlamentariers, ob die zweite Intifada nicht mit Sharons Besuch auf dem Tempelberg begonnen habe, entgegnete ich, jener Gang sei nicht der «Grund» gewesen. Die Frustration der Palästinenser sei so gross gewesen, dass auch ein anderes Ereignis den Konflikt ausgelöst hätte. Auf eine weitere Frage, wie man in der Region die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen den USA und dem Irak beurteile, antwortete ich, dass für Israel ein Krieg zwischen jenen zwei Ländern nicht eine Frage des *Ob,* sondern des *Wann* sei.

Unsere Botschaft traf sich regelmässig mit unseren Kollegen von Ramallah und Ost-Jerusalem. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal kurz auf die weniger bekannte Tätigkeit unseres DEZA-Büros in Ost-Jerusalem eingehen. Jene Aussenstelle hing wie auch Ramallah selbstverständlich bezüglich der Arbeit direkt von Bern ab. Rosmarie Schelling, die Leiterin jenes Büros, schilderte anlässlich obiger Anhörung den Parlamentariern gekonnt ihre Aufgaben. Sie werde immer wieder gefragt, ob Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in den Gebieten überhaupt noch funktionierten. Alle Projekte liefen trotz Intifada weiter, berichtete sie, aber alle hätten mit Schwierigkeiten zu kämpfen wegen Abriegelungen und Ausgangssperren. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriere sich auf vier Themen:

1. Aus- und Berufsbildung;
2. soziale Entwicklung, insbesondere für die Integration von Gefangenen und Folteropfern sowie anderen verwundbaren Gruppen;
3. Menschenrechte und *good governance;*
4. Umwelt.

Bei der humanitären Hilfe arbeiteten sie vor allem mit der UNRWA (der UNO-Agentur für palästinensische Flüchtlinge) und dem IKRK zusammen.

Bundesrat Deiss schloss die Anhörung mit den Worten, er wolle nichts beifügen, sondern nur bemerken, dass die anwesenden Parlamentarier gesehen hätten, wie wichtig die Präsenz unserer Diplomaten sei. Deren Analysen seien nicht zu ersetzen.

281

Die blutige Intifada und wachsender internationaler Druck

Die Schläge und Gegenschläge zwischen Israelis und Palästinensern gingen weiter. Nicht zuletzt in Ramallah versetzten die israelischen Militärs der PA schwere Schäden. Der UNO-Sicherheitsrat nahm deshalb am 24. September die Resolution 1435 an. Die USA enthielten sich der Stimme. Die Resolution verlangte ein Ende der Angriffe in Ramallah und der Zerstörung der PA-Infrastruktur. Einen Tag später versuchte Aussenminister Peres vor allen Botschaftern, Israels Haltung zu erklären. Er bekundete einige Mühe, die jüngsten Schläge, insbesondere gegen die Muqata, die Regierungsgebäude Arafats, zu rechtfertigen. Von den USA über Grossbritannien, Dänemark, Kanada bis Jordanien wurden die Aktionen Israels *unisono* als unverständlich angesehen. Der britische Kollege bezeichnete das Ganze gar als «set back» gegenüber den zwei vordringlichsten Problemen, dem Irakkrieg und der Friedenssuche mit den Palästinensern.

Israels Labour-Partei begegnete zusehends Schwierigkeiten, bei der Politik Sharons weiter mitzumachen. Sie trat denn auch Anfang November aus der Regierung der Nationalen Einheit aus. Der formelle Auslöser waren die Sparmassnahmen Sharons. Während alle Israelis davon betroffen waren, sollten die Siedler in den besetzten Gebieten weiterhin Subventionen erhalten. Das Ausscheiden der Labour-Partei veranlasste den Premierminister, die Parlamentswahlen auf Ende Januar 2003 vorzuziehen. Dieses Vorhaben hatte den «günstigen» Nebeneffekt, dass sozialen Unruhen der Nährboden entzogen werden konnte. Die Wirtschaft schwächte sich nämlich markant ab.

Stellungnahme vor dem zweiten Irakkrieg 2003

Wie schon oben bei der Anhörung vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates erwähnt, war es für Israel nicht die Frage, *ob*, sondern *wann* ein neuer Krieg mit dem Irak beginnen würde. Die Befürworter einer Auseinandersetzung mit Saddam Hussein waren zahlreich, wie gleich aufgezeigt werden soll. Ich hatte am 20. November 2002 in der Universität Tel Aviv am sogenannten Ambassador's Forum teilgenommen. Das Departement für Politische Wissenschaft liess Spezialisten wie den mir gut bekannten Mark Heller, Senior Research Associate am Jaffee Center for Strategic Studies, zum Thema «The Bush Doctrine – Where is American Internationalism Taking the US and us?» vortragen. Anwesend waren mehrere Missionschefs (USA, Polen, Tschechien, Ungarn etc.). Ich berichtete am 21. November darüber dem Politischen Direktor in Bern. Ich ging in meinem Schreiben an die Zentrale näher auf das Forum ein und verdeutlichte die Stimmung in Israel:

> Wie üblich war viel «Europa-Bashing» zu hören, womit vor allem die EU gemeint war. Umgekehrt genossen die Amerikaner wärmste Unterstützung, ohne allzu kritisch hinterfragt zu werden. Es ist dabei ein offenes Geheimnis, dass Israels Rechte und die teilweise vom Friedensprozess enttäuschte Linke ein «Aufräumen» der totalitären arabischen Regimes wünschen. In einem neugestalteten Mittleren Osten müssten sich, so die Annahme, wohl auch die Palästinenser entsprechend benehmen. Der Link USA–Israel und Zweiter Weltkrieg kann dabei nie fehlen. So lautete für den Panelisten Dr. Lerman, Direktor des «Israel and Middle East Office» vom American Jewish Committee, die Schlussfolgerung wie folgt: «Für Europa ist Krieg etwas Schlechtes; für die USA ist der Totalitarismus etwas Schlechtes. Ein ‹pre-emptive strike› sei des-

halb eventuell nötig gegen ein totalitäres Regime, bevor es zu stark oder zu schädlich werde, wie es die Erfahrung mit Hitler (sprich München von 1938) gezeigt habe.» Die Vertreter der osteuropäischen EU-Aufnahmeländer fühlten sich offenbar durch das EU-Bashing nicht betroffen. Es fiel darum «sinnigerweise» dem Vertreter des EU-Nichtmitgliedlandes Schweiz zu, eine andere Analyse aufzuzeigen. Ich plädierte für eine differenzierte Sicht und erklärte, dass uns in Europa vor allem die Frage der «pre-emptive strikes» beunruhigte, ein Anliegen, das sich nicht nur auf Europa beschränke. Bisher sei Gewaltanwendung grundsätzlich unter zwei Voraussetzungen erlaubt gewesen: Als Verteidigung bei einem Angriff oder gestützt auf eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates. Während der 11. September 2001 (auf das World Trade Center) in die erste Kategorie fiel und z. B. von der NATO entsprechend qualifiziert worden sei, käme im Falle Iraks die zweite Voraussetzung zum Zuge. Wir seien deshalb froh gewesen, die US-Regierung habe – nicht zuletzt wegen des Insistierens von Europäern, allen voran Frankreichs – den Weg zum UNO-Sicherheitsrat eingeschlagen und von einem Alleingang Abstand genommen. Ein Präventivschlag berge vielerlei Probleme wie präjudizielle Wirkung für andere Staaten oder Schwierigkeiten für die sogenannte Phase des «Day after» (z. B. fürs Nation Building), was kaum im Alleingang durch einen «pre-emptive strike» bewältigt werden könne.

Der in meiner Intervention erwähnte Weg, den die USA eingeschlagen hatten, bezog sich auf die Sitzung des UNO-Sicherheitsrates vom 8. November 2002 und die Annahme der Resolution 1441, worin der Irak eine letzte Chance erhielt, seinen Verpflichtungen zur Kontrolle und Vernichtung seiner Massenvernichtungswaffen nachzukommen und den Sicherheitsinspekteuren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) unbeschränkten Zugang zu den Produktionsanlagen zu gewähren.

Eine so deutliche Intervention wie meine blieb nicht ohne Folgen, wie weiter unten geschildert wird.

Zu Ehren meiner Gattin und der Frauen

Bereits in Venezuela offerierte ich zu Ehren der Frauen und besonders für meine Gattin jeweils kurz vor Weihnachten einen Konzertabend mit Opernsängern. Dies war möglich, weil Gloria ausgezeichnete Verbindungen zu diesen Kreisen unterhielt. Diese Tradition pflegten wir auch in Tel Aviv. «Es soll nicht immer der Botschafter im Vordergrund stehen. Ohne die Unterstützung meiner Gattin genösse die Residenz nicht den Ruf, den sie hat. Ich möchte daher den Abend ihr widmen und allen Damen, die ähnliche Aufgaben zu erfüllen haben. Zudem feiert Gloria ihren Geburtstag am 16. Dezember». In diesem Ton eröffnete ich jeweils die feierlichen Abende. Im Jahre 2002 war auch die Journalistin Greer Fay Cashman dabei. Sie berichtete darüber am 20. Dezember 2002 in der *Jerusalem Post* unter dem Titel «Happy birthday to the king, the emperor and the ambassador's wife». Sie referierte in ihrem langen Artikel über die Anlässe zu Ehren des thailändischen Königs, des japanischen Kaisers und zu Glorias Geburtstag. Wörtlich schrieb Cashman:

With Hanukka behind them, Swiss Ambassador Ernst Iten and his wife, Gloria, decided to keep the holiday spirit going with a vocal concert at their gracious home to welcome Christmas and the New Year. What most of the guests were unaware of until after their arrival was that it was also Gloria Iten's birthday. The house was already decorated for Christmas with charming Christmas stockings hanging by the fireplace, mistletoe, holly bells, a Christmas tree and all kinds of other Christmas ornaments. […] Renowned for her talents as a hostess, Gloria Iten absolutely lived up to her reputation. The superbly arranged supper table was a feast for both the eyes and the palate with Christmas and New Year themes included in the display. Most eye-catching among the adornments were replicas of the Three Wise Men standing in the branches of the candelabra.

«Es soll nicht immer der Botschafter im Vordergrund stehen. Ohne die Unterstützung meiner Gattin genösse die Residenz nicht den Ruf, den sie hat.» Meine Gattin Gloria, die hervorragende Gastgeberin, vor geschmücktem Tisch, Dezember 2002. Privatarchiv Ernst Iten

In addition to all the other delicacies, guests received their own personal souvenir, large cellophane-wrapped, heart-shaped ginger cookies, each frosted by Gloria Iten with the first name of the guest. What better way to be made to feel welcome.

Vortrag über die schweizerische Nahostpolitik

Ich kehre nun zum Ambassador's Forum an der Universität Tel Aviv vom November 2002 zurück. Wer auffällt, der riskiert, dass anschliessend etwas von ihm verlangt wird. Prompt lud mich der Leiter des Forums, Aharon Kliemann, Professor für Diplomatie an der Universität Tel Aviv, nach meiner Intervention ein, im Januar einen Vortrag über die Beziehungen Schweiz–Israel zu halten. Ich kam seinem Wunsch mit Zustimmung Berns nach. Am 15. Januar 2003 referierte ich vor rund 100 Personen. Im Anschluss an meine Rede wurde ich eine Dreiviertelstunde lang intensiv befragt, und zwar ausschliesslich zum Palästinakonflikt und zu unserer Politik in der Region. Es waren – wie zu erwarten – keine «wohlwollenden Fragen», ganz im Gegenteil. Sie reichten von den palästinensischen Schulbüchern mit deren Anstachelungen («incitements»), die über die UNRWA mitfinanziert würden, bis zu Fragen des Waffenexportes und der Anzahl der Muslime in der Schweiz. Unter den Zuhörern war auch die bereits bei der Geburtstagsfeier meiner Gattin erwähnte Journalistin der *Jerusalem Post*, Greer Fay Cashman. Ihr

Kommentar erschien am 24. Januar 2003. Sie berichtete sehr professionell, «vortrags-getreu» und – entgegen ihren oft «stachligen» Bemerkungen – ohne negative Wertung. Sie hatte mir am Forum aber eine knifflige Frage gestellt: Ob ich die palästinensischen Opfer der israelischen Besetzung den zivilen Opfern in Israel gleichstellte? Wie reagiert man auf eine Fangfrage? – Meine Antwort, «a lost human life is a lost human life», schien gut angekommen zu sein und Emotionen geblockt zu haben. Viele Gäste hatten sich nämlich leicht gereizt gezeigt, dass die Schweiz gegenüber Israel eine Aussenpolitik verfolge, die eher jener der EU als jener Washingtons glich. Insofern war es eine nötige Klarstellung. Mein ungarischer Kollege Jànos Hòvàri schrieb mir am anderen Tag: «It was a professional presentation. You showed no ‹complaisance›, stood cool and were always tempered, so that they had no levy to attack your Country further.» Sehr gefreut hatte mich ein positiver Kommentar von israelischer Seite. Miriam Ben-Haim, die Koordinatorin des Internationalen Forums, schrieb mir am 23. Januar anerkennend:

> In the six years of its existence the Forum had many interesting speakers und subjects. But there is always that special event, when an interesting, excellent and informative presentation is given in such a way that it captures the audience from the start. This is exactly what happened when you addressed our members, and if we had not been limited in time, I think they would have continued listening to you and to your replies to their questions. Your patience in answering the many questions was also greatly appreciated.

Ereignisse vor und nach dem Irakkrieg von 2003

Es kann nicht Aufgabe dieses Buchs sein, näher auf den Irakkrieg einzugehen. Wenigstens sei erwähnt, dass US-Aussenminister Powell am 5. Februar 2003 im UNO-Sicherheitsrat angebliche Beweise für biologische und chemische Waffen sowie für Bauteile für atomare Waffen im Irak vorlegte. Die Veto-Mächte Russland, China und Frankreich lehnten einen Krieg gegen Saddam Hussein ab. Aus der Resolution 1441 liess sich nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates kein Recht für einen Angriffskrieg ableiten. Die USA, Grossbritannien und eine «Koalition der Willigen» deuteten die erwähnte Resolution trotzdem als Angriffsmandat. Die Spannungen weltweit stiegen darum jeden Tag an. So berichtete die schweizerische *Tagesschau* am 11. Februar 2003 über mein Residenzland: «Israel bereitet seine Bevölkerung schon seit Monaten auf (den Irak)Krieg vor. Amerikanische Patriot-Raketen und die selbstentwickelten Arrow-Raketen sind in Abwehrstellung gebracht. Alle Israeli verfügen über eine Gasmaske.»

Die Botschaft aktivierte die bereits im Jahre 2001 erwähnten Massnahmen für die Koloniemitglieder und ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da die französische Schule keinen Schutzraum besass und darum geschlossen wurde, willigte Bern ein, dass die Familien der versetzbaren Botschaftsangehörigen Israel auf Kosten des Bundes verlassen konnten.

Eine seltsame Stille herrschte im Land. In einem Brief an meine Frau, die mit den zwei schulpflichtigen Kindern in unser *pied-à-terre* nach Paris gereist war, schrieb ich, wie gross und leer, überaus leer die Residenz jetzt sei. «Ihr fehlt mir. Einzig die zwei Katzen der Kinder begrüssen mich, wenn ich nach Hause komme». In der Zeitung *Ma'ariv* vom 12. Februar erklärte ich dagegen leicht blumig, wie ich meine Aufgabe sähe: «Ich bleibe, weil ich der Kapitän des Schiffes bin.»

285 Nach der Devise *Make the best of it!* lud ich kurz vor Beginn des Angriffskrieges zu einem Cocktail in die Residenz ein, um die allgemeine Stimmung zu heben. Der Zuspruch war grösser als gedacht. Unter den Gästen waren nebst Kollegen die Bürgermeister von Tel Aviv-Jaffa, Ramat Gan und Ness-Ziona, Direktoren von Firmen und die schon erwähnte Kolumnistin Greer Fay Cashman. Sie berichtete am 21. März, einen Tag nach Beginn des Krieges, in der *Jerusalem Post* über den Cocktail: «[…] to celebrate the victory of the Swiss Alinghi team in the prestigious America's Cup contest, Ambassador Iten and the three major sponsors of Alinghi Audemars-Piguet, Serono and UBS co-hosted a reception for some 160 people at Iten's Ramat Gan residence last week.» Dann zählte sie einige der wichtigen Gäste auf wie die zwei Regatten-Gewinner Eitan and Gal Freelander. Sie zitierte anschliessend aus meiner Rede:

> When you think of Switzerland you think of chocolates, mountains, watches, skiing. You never think of landlocked Switzerland as a country where the most prestigious sea-sailing cup would go to, said Iten, who credited Alinghi with making the impossible possible and enabling the oldest trophy to return to Europe after an absence of 152 years. The cup will be displayed on the peak of the best-known alpine pyramid: the Matterhorn.
> The victory of Alinghi came at a period marked by strong international tensions, Iten observed. In contrast to this, Alinghi created, as Swiss President Pascal Couchepin said at the reception for the team in Geneva, ‹a positive and motivating mood, which gives self-confidence back to our world›. Iten made the point that what is valid for Geneva is of course also valid for Ramat Gan …

Ich hatte für die Gäste zudem eine Überraschung parat. So konnte der Korrespondent der schweizerischen Zeitschrift *Tacheles*, George Szpiro, in der Ausgabe vom 21. März stolz verkünden: «Bei einer abschliessenden Tombola-Verlosung gewann der Schreibende als Erster eines der begehrten Alinghi-T-Shirts».

Der zweite Irakkrieg begann am 20. März. Ich verbrachte die Nacht vom 19. auf den 20. März in einer kleinen Wohnung in der Kanzlei. Ich wollte auf alle Fälle am «Drücker» sein, wenn es im Falle von Raketenangriffen Verkehrsprobleme geben sollte. Tel Aviv blieb zum Glück bei diesem Krieg, der bis zum 1. Mai 2003 dauerte, verschont.

Ungefähr ein Jahr später war ich in Jerusalem zu einer kleinen Runde eingeladen. Es sprach Richard Holbrook, bekannt als «Architekt» des Dayton-Abkommens von 1995, das den Bosnienkrieg beendete. Er zeigte, dass nicht alle in Washington so glücklich waren, wie es die Bush-Verwaltung und die «Neo-Cons» glauben machen wollten. Er drückte sein Erstaunen über die amerikanische Haltung aus: Als er kurz vor dem zweiten Irakkrieg im Pentagon herumgefragt habe, was sie nach dem Sieg machen würden, welche Ideen es für den *day after* gebe, habe Schweigen geherrscht. Nicht viel mehr habe er bei seinen Gesprächen im State Department in Erfahrung bringen können. Das einzig «Konkrete» sei die Aussage gewesen, der Irak solle eine Demokratie werden.

Die desaströsen Folgen dieses Krieges sind bis heute spürbar, aber die *iron-clad alliance* zwischen den USA und Israel wurde durch den gemeinsamen Feind Saddam Hussein zusätzlich zementiert.

Rettung des Friedensprozesses von aussen mit der Road Map oder durch direkte Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern?

Vor dem Hintergrund des Krieges gegen den Terror, den der US-Präsident nach dem 11. September 2001 erklärt hatte, versuchten die USA, die EU, Russland und die UNO den Friedensprozess zu retten, und präsentierten die sogenannte Road Map. Präsident Bush gab die erste öffentliche Erklärung dazu am 24. Juni 2002. Er trat für einen palästinensischen Staat ein, der in Frieden neben Israel existieren solle. Die Road Map wurde Ende April 2003 veröffentlicht, aber es dauerte, bis Israel am 25. Mai 2003 das Dokument mit Vorbehalten akzeptierte.

Wie ging es zwischen den Palästinensern und Israel weiter? Ende Januar 2003 lud Ägyptens Präsident Husni Mubarak zwölf palästinensische Gruppen nach Kairo ein, um ein Abkommen für einen Stopp der terroristischen Attacken gegen Israel zu erreichen. Das erstrebte Abkommen kam nicht zustande. Zwei Hauptgruppen, Hamas und der Islamische Dschihad, sahen und sehen ihren Kampf nicht primär territorial, sondern ideologisch. Wie ich in einem Bericht nach Bern vom 28. Januar gestützt auf eine Unterredung mit einem israelischen Strategieexperten schrieb, beruhte die Initiative mehr auf innerägyptischen Berechnungen. Mubaraks Führungsrolle, die nach dem Ausbruch der Intifada gelitten hatte, sollte «aufpoliert» werden. Saudi-Arabien hatte mit seinem Vorschlag Aufmerksamkeit erzielt, und neuerdings war es Erdogans Türkei, welche alle Anrainerstaaten des Iraks in Istanbul versammelte. Am Vorabend des unvermeidlichen Krieges gegen Saddam Hussein und angesichts der zu erwartenden Wiederwahl Sharons wollte Mubarak ein Zeichen setzen, das seine eigene «Strasse» beruhigen sollte.

Und wie sah es in Israel aus? Wollte und konnte Sharon alle Initiativen nur von aussen auf sich zukommen lassen?

Am 12. Februar hatte ich eine längere Unterredung mit einem israelischen Politiker der Likud-Partei. Ich kannte ihn gut und schätzte ihn. Der Premierminister hatte ihn schon vor den Knesset-Wahlen beauftragt, Kontakte mit den Palästinensern zu knüpfen und nach Lösungen zu suchen, die aus der festgefahrenen Situation herausführen sollten. Ich wusste, dass er für einen Frieden eintrat und von der Notwendigkeit zweier Staaten überzeugt war. Wie er mir erklärte, hatte er anfänglich nicht ausgeschlossen, dass Sharon ihn aus wahltaktischen Gründen beauftragen wollte. Nach einem längeren Gespräch mit dem Premierminister und der Bestätigung des Auftrages nach den Wahlen war er überzeugt, dass Sharon es ernst meinte. Er habe ihm sogar zugestanden, seinen «linkeren» Standpunkt beibehalten zu können. Zusammen mit drei weiteren wichtigen Persönlichkeiten bildeten sie das «israelische Quartett».

Ich fragte ihn, welches die Reaktion zur «offiziösen» Road Map, zum Vorschlag des eigentlichen Quartetts (USA, EU, Russland und UNO), sei, der ein friedliches Nebeneinander Israels mit einem unabhängigen palästinensischen Staat forderte. Mein Gesprächspartner hatte zeitweise an den Sitzungen teilgenommen, in denen die israelische Reaktion zur Road Map ausgearbeitet wurde. Das Ganze wurde schubladisiert, weil der Premierminister die Arbeiten des «israelischen Quartetts» als dringender einstufte. Zum Inhalt ihrer Road Map befragt holte er weit aus. Ihre

287 eigenen Bemühungen seien selbstverständlich nicht losgelöst von der Rede Bushs vom 24. Juni 2002, als er die Grundsätze des Friedensplanes vorstellte. Sie gingen auch davon aus, dass die jetzige Situation vor Ort überwunden werden müsse. Die Lage Israels sei schlecht und jene der Palästinenser noch schlechter. Ein untätiges Zuwarten könne deshalb verheerende Wirkungen zeitigen. Nur eine Rückkehr zum politischen Dialog könne das Schlimmste verhindern. Dazu gehörte nach meinem Gesprächspartner auch das zunehmend düstere Bild, das sich die Westeuropäer von Israel machten. Die Beziehungen Israels zu unserem Kontinent seien jedoch aus historisch-kulturellen, wirtschaftlich-politischen und geografischen Gründen unumstösslich. Er anerkannte, dass sie bei den Kontakten mit den Palästinensern ein Problem hätten: Wer sollte ihr Partner sein, nachdem Arafat nicht (mehr) infrage komme? Sie hätten teilweise diskrete Gespräche geführt, die jedoch wegen Leaks unterbrochen worden seien, teilweise hätten sie auch akzeptieren müssen, dass Arafat seinen Segen gegeben habe oder hätte geben müssen. Sie pflegten Kontakte zu Mohammed Dahlan (dem Sicherheitschef in Gaza), Salam Fayyad (dem Finanzminister) und Abu Ala, der genau eine Woche zuvor ein direktes Gespräch mit Sharon geführt habe. Meine Frage, warum er Hani al-Hassan, den Innenminister, nicht nannte, beantwortete er mit dem Hinweis auf dessen Charakter. Es sei kein Versehen gewesen: al-Hassan sei ein williger Zögling Arafats.

Die erste Aufgabe der Gespräche zwischen ihnen und den PA-Vertretern gelte der Waffenruhe. Dies sei eine *conditio sine qua non.* Insbesondere Dahlan, der die Rivalität von Hamas und Dschihad fürchte und deren Legitimierung durch die oben erwähnten Gespräche in Kairo mit Argusaugen beobachtet habe, habe diese Gruppen entwaffnen wollen, doch habe Arafat, der sich als Vertreter aller Palästinenser sehe, dies verhindert.

Ich fragte, welche Anreize Israel offerieren würde, falls die PA die Waffen kontrollieren und den Terror bekämpfen würde? Sie hätten ihren palästinensischen Partnern klargemacht, so mein Gegenüber, dass sie ihre Truppen auf die Positionen vom 28. September 2000 (vor dem Ausbruch der Intifada) zurückziehen, die Bewegungsfreiheit der Palästinenser vergrössern und ein normales Wirtschaftsleben ermöglichen wollten. Sie seien auch bereit, die Gefangenenfrage «positiv» anzugehen. Der israelische Rückzug werde dabei schrittweise erfolgen.

Ein dornenreiches Problem seien die jüdischen Siedlungen. Mein Gesprächspartner gab zu, dass sie noch keine einheitliche offizielle Linie hätten. Er trat dagegen entschieden für den Bau des «Absperrzaunes» ein. Damit solle einerseits Israel vor Eindringlingen geschützt werden, anderseits der Druck gegenüber den Palästinensern aufrechterhalten werden.

Die Ambitionen des «israelischen Quartetts» zielten nicht auf ein Friedensabkommen hin. Dazu sei die Zeit noch nicht reif. Sie arbeiteten vielmehr auf ein Zwischenabkommen hin, das einen palästinensischen Staat mit vorläufigen Grenzen vorsehe.

Ich fügte dem Bericht nach Bern einen längeren Kommentar an: Mit Blick auf die weitere Rolle der Schweiz, insbesondere der kommenden Genfer Initiative, müsse unterstrichen werden, dass Sharon auswärtigen oder innerisraelischen «Friedensplänen» äusserst ablehnend gegenüberstehe. Ein Zeichen dafür sei, dass

der Premierminister dem eigentlichen Quartett (USA, EU, Russland und UNO) misstraue und lieber mit einer eigenen Gruppe proaktiv vorgehe.

Schüsse auf das Auto unserer Vertreter bei der PA

Die Lage vor Ort blieb weiterhin sehr angespannt. Ich hatte dies bei meinen Besuchen der TIPH in Hebron selbst gesehen und dem israelischen Aussenministerium nach einem dieser Besuche erklärt, dass die Kollektivstrafen (tagelanger Hausarrest der Palästinenser in Hebron nach Zwischenfällen) eine «Schule» für den Hass gegen Israel seien. «Wie können kleine Kinder im Alter meiner eigenen verstehen, dass sie wegen der Taten anderer bestraft werden sollen?», fügte ich wörtlich bei. Bei einem Gespräch am 30. April 2003 mit einem sehr hochrangigen Beamten des Aussenministeriums kritisierte dieser bei der Diskussion wegen der TIPH ausdrücklich die israelische «Grenzpolizei», weil sie das Fundament der eigenen Gesellschaft unterminiere. In diesem Sinne habe er schon vor Jahren seinen eigenen Sohn vor Exzessen gewarnt. Dessen Para-Truppe habe von gefangenen Palästinensern verlangt, dass sie sich in Reih und Glied aufstellten, um die israelische Nationalhymne zu singen. Wer nicht laut genug gesungen habe, sei bestraft worden.

Ein «Zwischenfall» konnte auch uns jederzeit treffen. Bern hatte darum eingewilligt, dass unser Vertreter in Ramallah einen gepanzerten Jeep erhielt, während ich einen leichter gepanzerten BMW-Personenwagen zur Verfügung hatte. Am 26. Mai wurde auf der Rückfahrt von Gaza beim Grenzübergang Erez der mit CD-Schildern klar gekennzeichnete Jeep unseres Kollegen bei der PA, Jean-Jacques Joris, der von seiner Mitarbeiterin begleitet wurde, von israelischen Soldaten beschossen. Botschafter Godet zitierte am 28. Mai den israelischen Botschafter, während ich parallel dazu am gleichen Tag beim Aussenministerium in Jerusalem einen offiziellen Protest einlegte. Unsere Gesprächspartner versicherten, dass sie den Vorfall sehr ernst nähmen und dies den Militärbehörden auch gesagt hätten. Der Vorfall werde untersucht.

Vertrag zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Während sich die Friedensverhandlungen wie beschrieben langwierig und schwierig gestalteten, verbuchten wir auf anderen Gebieten Fortschritte. So konnte ich am 2. Juli 2003 in Jerusalem mit Aussenminister Silvan Shalom, der übrigens nicht weit von unserer Residenz in Ramat Gan wohnte, das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterschreiben. Nachdem die Parlamente beider Länder dem Vertrag zugestimmt hatten, trat er am 22. Dezember 2003 in Kraft. Wadie Abunassar übersetzte aus der Zeitung *Kul el-Arab* vom 4. Juli die Statements der beiden Unterzeichner des Abkommens:

> While Minister Shalom emphasized the importance of this treaty in promoting trade between Israel and Switzerland, Ambassador Iten added, that […] this treaty might increase the Swiss investment in Israel, which is estimated to be about 500 000 000 Swiss Francs or about 1 500 000 000 Shekels. The Ambassador expected also that more than 10 000 Swiss who live in Israel would benefit from this treaty, since it minimizes the taxes on their capital and income.

Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Aussenminister Silvan Shalom in Jerusalem (Israel) am 2. Juli 2003. Privatarchiv Ernst Iten

Besucherreigen

Der Konflikt hielt zwar zu meinem Bedauern viele Kunstschaffende davon ab, nach Israel zu reisen, der Besucherreigen war trotzdem gross. Ich erwähne hier nur zwei Visiten bekannter Persönlichkeiten, die aus unterschiedlichen politischen Lagern stammten. Beide flogen mit UNO-Mandaten nach Israel. Erstens war dies der Besuch von Professor Jean Ziegler, der als UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung am 6. Juli 2003 nach Israel kam. Ich hatte zu seinen Ehren ein Abendessen auf der Residenz gegeben, dem nebst zwei israelischen Politikern auch der Chef der IKRK-Delegation beiwohnte. Die Begegnung war für Professor Ziegler nach seinen eigenen Worten in einem Dankesbrief vom 23. Juli «von grosser Wichtigkeit. Die Diskussion mit Ihnen und den anderen anwesenden Persönlichkeiten half mir, meine Mission und ihre Aufgabe in die richtige Perspektive zu setzen.»

Ein Jahr später reiste alt Bundesrat Ogi nach Israel und in die palästinensischen Gebiete, wo er mit Arafat zusammentraf. Unser Magistrat kam in seiner Eigenschaft als Sonderberater des UNO-Generalsekretärs für Sport im Dienste der Entwicklung und des Friedens. In Jerusalem hatte ich für ihn u. a. ein Treffen

Mit Shimon Peres und alt Bundesrat Adolf Ogi in Jerusalem (Israel), 2004. Privatarchiv Ernst Iten

mit Oppositionsführer Shimon Peres in der Knesset organisiert. Als wir durch die Cafeteria des Parlaments liefen, fragte mich alt Bundesrat Ogi, ob ich jenen korpulenten Herrn kennen würde, der hinten an einem Tisch sass. Es müsse ein wichtiger Politiker sein. Natürlich kannte ich ihn: Es war Premierminister Sharon, der mit Ehud Olmert zusammensass. «Könnten Sie mich Sharon vorstellen?», fragte unser Gast. Gesagt, getan. Der Premierminister und Ehud Olmert standen sofort auf. Nach dem üblichen kräftigen Händedruck bei der Vorstellung begann Sharon in erleichtertem Ton zu plaudern, was bei ihm sehr selten der Fall war. Der alte Haudegen hatte ausgezeichnete Erinnerungen an die Schweiz: «In Thun auf dem Waffenplatz verbrachte ich einige der besten Momente meiner Karriere». Der Berner Oberländer war natürlich beglückt, dies zu hören. Die Realität holte uns aber gleich wieder ein. Als wir mit dem Auto von Jerusalem nach Tel Aviv fahren wollten, blieben wir im Verkehr stecken. Auf leicht abenteuerliche Weise wechselte mein Chauffeur Nissim die Fahrtrichtung, sodass wir auf einer anderen Strasse noch rechtzeitig den Flughafen Ben Gurion erreichten. Der Grund für das Verkehrschaos war eine Bombendrohung gewesen. Solche Vorfälle gab es öfter, sie kamen aber nur dann in die Presse, wenn es tragischerweise Tote gab. Alt Bundesrat Ogi fügte seinem späteren Dankesbrief Auszüge aus der Illustrierten *Schweizer Familie* bei, in der er voller Stolz neben seinen Ballkünsten auch Auf-

291 nahmen seiner Gesprächspartner während der Reise nach Israel präsentierte, von Arafat über Peres bis Sharon.

Besuch von Bill Clinton

Ich hatte Ende Juli eine Einladung zur 80. Geburtstagsfeier von Shimon Peres in Tel Aviv erhalten. Als ich am 2. August zum Anlass fahren wollte, hätte ich gerne meine Gattin mitgenommen. Sie war leider wegen einer Klimaanlage leicht erkältet und zog es vor, nicht zur Geburtstagsfeier zu gehen. «Schade, dann verpasst du Bill Clinton. Er wird nämlich dabei sein.» Das wirkte Wunder! Gloria raffte sich auf, zog sich schnell schick an und begleitete mich. Es war ein riesiger Anlass im Zentrum der Stadt, sodass es nicht leicht war, in den Saal zu kommen. Zusammen mit den anderen Botschaftern sassen wir an prominenter Stelle. Nachdem Bill Clinton als letzter Redner auf charismatische Weise eine Hommage an das Geburtstagskind gerichtet und einen riesigen Applaus geerntet hatte, durften wir aufs Podium, um Peres zu gratulieren. Im Beisein Bill Clintons fügte der Jubilar bei der Vorstellung meiner Gattin charmant mir gegenüber an: «Ambassador, you have the most beautiful woman in this hall.» Seither durfte ich vor Gloria nie mehr ein kritisches Wort über Peres sagen.

Podiumsgespräch in Bern

Während der Botschafterkonferenz Ende August 2003 waren die Missionschefs des Nahen Ostens einmal mehr zu Gesprächen geladen. Diesmal hatten die Berner Sektion der Gesellschaft Schweiz-Israel und die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik im Casino Bern ein Podiumsgespräch organisiert. In Form «privater Analysen» referierten meine Kollegen aus Ägypten, Syrien, dem Libanon und ich vor 150 Personen zum Nahostkonflikt. In seiner Ausgabe vom 5. September hielt *Tacheles* meine Kurzanalyse wie folgt fest:

> Ernst Iten […] meinte, die «Road Map», die Wegleitung zum Frieden, sei nicht tot, aber eingefroren. Sogar die israelische Linke befürworte heute eine Trennung zwischen Juden und Arabern. Das Siedlungsproblem gehe Regierungschef Sharon nicht ernsthaft an, doch sei klar, dass ein palästinensischer Staat «nicht mit einem solchen Leopardenfell leben kann». Die Mauer sei für ihn «unbefriedigend», gestand Iten, besonders der Einschluss von palästinensischem Gebiet. Sie führe aber auch zur «Abkühlung der Gemüter» und signalisiere wie die Berliner Mauer oder der römische Limes ein Ende der Expansion.

Der Bund berichtete in der Ausgabe vom 1. September ebenfalls über das Podiumsgespräch. Der Grund, warum die Road Map nicht gestorben sei, so referierte die Zeitung meinen Beitrag, «liege auf der Hand. Nur Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, nicht aber Terrorismus führten zu einer Lösung». Der Artikel fuhr dann fort: «Die Schweizer Botschafter in Ägypten, Syrien und Libanon beurteilten die Lage pessimistischer.»

Die Genfer Initiative

Die Perspektivlosigkeit Sharons (nicht einmal das israelische «Quartett» konnte Fortschritte verzeichnen) führte dazu, dass verschiedene Gruppierungen ausser-

halb Israels Regierung einen Ausweg suchten. Eine dieser Gruppen war jene um Ex-Minister Beilin, welche an der später so genannten Genfer Initiative arbeitete.

Ich wurde am 29. November 2001 von unserem Missionschef in Genf zum ersten Mal über ein mögliches Projekt zu Friedensverhandlungen auf privater Basis in Kenntnis gesetzt. Unsere Botschaft sollte den palästinensischen Teilnehmern des künftigen Treffens «somewhere in Central Switzerland» Einreisevisa ausstellen. Unser Departementschef und der Staatssekretär seien über das Projekt informiert.

Das Rendezvous der Teilnehmer fand im Mai 2002 auf dem Saanenmöser statt. Am 26. Juni 2002 hatte ich Professor Alexis Keller von der Universität Genf zum Mittagessen eingeladen. Er sollte in der Folge den *go-between* zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite spielen. Mein Gesprächspartner schilderte, dass das Schlussdokument sehr konkrete Vorstellungen zu einem Endabkommen zwischen den Israelis und den Palästinensern vorsehe, welches nicht ohne Mitwirken der internationalen Gemeinschaft umgesetzt werden könnte (z. B. Friedenstruppen, finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau oder die Flüchtlinge etc.). In meinem Schreiben an Bundesrat Deiss und Staatssekretär von Däniken hielt ich u. a. fest, dass wir also so oder so gefordert seien. Ich hielte es darum für klüger, wenn wir unsere allzu gern geübte Selbstbeschränkung nicht zu eng auffassten. Unser Missionschef in Genf, der am 29. Mai 2002 einen Bericht über das Saanenmöser-Treffen verfasst hatte, erhielt eine Kopie meines Schreibens. Wenig später wurde dann auch unser Vertreter in Ramallah, Nicolas Lang, in das Projekt eingeschaltet.

Für mich war sofort klar, dass diese Gespräche sehr diskret verlaufen müssten. Ich behandelte das Geschäft als Chefsache und hielt die Dokumente bei mir im Büro unter Verschluss. Bis zum abschliessenden Treffen am Toten Meer im Oktober 2003 kamen rund 100 Seiten zusammen. Mein erster Mitarbeiter war vollumfänglich im Bilde über das Dossier und der Kanzleichef auszugsweise.

Eine ähnliche Vorgehensweise hatte ich schon bei anderen politischen und diskreten Geschäften gepflegt, wie etwa bei den (halb-)offiziellen Gesprächen zwischen einer israelischen Delegation, angeführt von Knesset-Mitglied Yossi Katz (Labour), und einer palästinensischen Abordnung, deren Leiter Daoud Barakat war. Dieser Kanal war von Mitte November 2001 bis Ende Juli 2002 «offen». Die Schweiz hatte für die zwei Delegationen in Montreux vom 30./31. Januar 2002 ein «geheimes Treffen» finanziert. Die Gespräche dienten drei Themenkreisen und setzten beim «Verhandlungsstand» an, der zwischen Camp David und Taba erreicht worden war. Konkret ging es um die Fragen Jerusalem (Tempelberg), Flüchtlinge und das «Interim Agreement». Wir erhielten von Yossi Katz nach dem Treffen in Montreux ein Non-Paper, das seine eigene Wahrnehmung festhielt. Zwei Mitglieder der Delegationen, Professor Moshe Amirav für Israel und Dr. Samieh el Abad für die Palästinenser, die führend an den Camp-David-Verhandlungen im Sommer 2000 teilgenommen hatten, wollten ferner ein Dokument ausarbeiten, welches die Ergebnisse von Camp David «objektiv richtig» darstellen sollte. Die äusseren Umstände, der «Wettbewerb» durch andere Länder sowie (gezielte?) Indiskretionen (nicht von uns!) führten dann jedoch zum Stillstand dieses «Schweizer Kanals».

293 Doch zurück zur Genfer Initiative. Da anzunehmen ist, dass diese einmal eine eigene Abhandlung erfahren wird, gehe ich im Folgenden nur auf ein paar Zwischenschritte ein:

Leaks gab es auch bei dieser Initiative. Akiva Eldar von der liberalen Zeitung *Ha'aretz* ging am 6. Februar 2003 auf die Gespräche ein:

> The initiative that began in contacts between expert teams led by Palestinian Information Minister Yasser Abed Rabbo and Yossi Beilin's people has gathered together Palestinians who enjoy considerable influence over the street, including Arafat himself.
> The draft peace plan they've formulated, based on the Clinton framework and the Taba understandings, is edited and almost ready for presentation to the public. It includes new security arrangements based, in the interim, on foreign forces. […] No less important is that the new document does not include the right of return for refugees to Israel.

Es erschien mir sinnvoll, das offizielle Israel über das Vorhaben zu informieren, dies umso mehr, als *Ha'aretz* ja bereits darüber berichtet hatte. Am 20. Februar sprach ich mit Viktor Harel, dem stellvertretenden Generaldirektor des Aussenministeriums, über das Projekt. Wie sah das Aussenministerium den Plan von Beilin und Abed Rabbo, der in der hiesigen Presse schon mehr als einmal diskutiert worden war? Mein Gesprächspartner antwortete, dass es keine «offizielle Stellungnahme» gebe, aber die interne Haltung gehe dahin, das Ganze als «curiosity» anzusehen. Die israelische Gesellschaft habe sich bekanntlich nach rechts ausgerichtet und die jüngsten Wahlen hätten dies verdeutlicht. Der Einfluss Beilins, der als sehr linker Politiker eingestuft werde, sei zurzeit sehr gering; er könne hingegen an Gewicht gewinnen, wenn z. B. Shimon Peres wieder in der Regierung sässe und etwas zu sagen hätte.

Nach Presseangaben gab es verschiedene Regierungen, die das Projekt unterstützten. Wie werde dies aufgenommen? Harel meinte dazu lakonisch, dass jede Regierung natürlich mit ihrem Geld machen könne, was sie wolle. Er wolle aber doch zu bedenken geben, dass mit diesem Projekt «Überzeugte» zu anderen «Überzeugten» sprächen. Wichtig sei wohl auch, die Nicht-Überzeugten anzusprechen. Deshalb sei zu überlegen, ob die Gelder von Geberstaaten nicht «ausgeglichener» eingesetzt werden könnten. Ich schickte am Tag darauf meinen Bericht über das Treffen an die involvierten Personen in der Schweiz.

Und wie sah Bern das Projekt, das den Decknamen «Book» erhielt? Nach einem Gespräch vom 27. März 2003 mit einer speziell beauftragten Person an der Zentrale erfuhr ich, dass unsere Departementschefin für eine deutlichere, publikumswirksamere Funktion der Schweiz eintrat. Selbst wenn das «Book» in Israel nicht gut aufgenommen werde, gebe es so oder so kaum Alternativen zu einer anderen und endgültigen Lösung des Konfliktes. Bern wolle deshalb möglichst schnell Vertreter beider Seiten (Israelis wie Palästinenser) zu Gesprächen in die Schweiz einladen. Die Departmentschefin wolle den Inhalt des «Books» aus erster Hand erklärt bekommen und mit den Betroffenen die Rolle der Schweiz und Professor Kellers diskutieren. Ich erfuhr gleichzeitig, dass es an der Zentrale auch gewichtige Gegner des «Books» gebe, die für ein vorsichtiges Vorgehen plädierten.

Gegen Anfang Oktober waren die Arbeiten am «Book» so weit fortgeschritten, dass an eine Schlussverhandlung gedacht werden konnte. Die israelische und palästinensische Delegation reiste dazu ins Mövenpick-Hotel an der jordanischen

Küste des Toten Meeres. Aus der Schweiz schloss sich eine mehrköpfige Abordnung an. Bern hatte vergessen, mich darüber zu informieren. Die Endverhandlungen mit anschliessender Paraphierung des Dokumentes dauerten vom 9. bis zum 12. Oktober. Premierminister Sharon musste von den bevorstehenden Reisen und geplanten Gesprächen der zwei Delegationen Wind bekommen haben. Er griff die Linke massiv an, indem er von einer Art «Dolchstoss»-Aktion sprach. Ich erinnere mich noch gut, wie ich am frühen Morgen des 9. Oktober 2003 nach der Lektüre des *Ha'aretz* sofort Beilin anrief, um mich zu erkundigen, ob der schwere Vorwurf des Regierungschefs gegen diejenigen, die seiner Politik der Terrorbekämpfung mit ihren «Verhandlungen» in den Rücken fielen, etwa auf das «Book» zurückzuführen sei. Beilins Reaktion war noch unsicher. Er wisse es nicht genau, doch wenn dem so sei, sei es das beste Geschenk, das Sharon machen könne, denn das Schlimmste sei Indifferenz. Wenig später wussten wir beide aus zuverlässigen Quellen, dass mit dem «Angriff in den Rücken» das «Book» gemeint war.

Der Wutanfall Sharons muss im Kontext betrachtet werden. Aluf Benn, wie immer treffsicher und gut informiert, hielt in seinem Artikel vom 15. Oktober im *Ha'aretz* unter dem Titel «The left moves to fill the vacuum» fest, dass die Linke die politisch-diplomatische Initiative an sich gerissen habe, die in den letzten drei Jahren des Konfliktes mit den Palästinensern fest in der Hand der Rechten gewesen sei.

> Prime Minister Ariel Sharon and his ministers have lost control over the public debate, and over the last few weeks. They have been busy trying to fend off moves by the left, from the letter by pilots who refuse to participate in targeted killings in the territories to the Geneva Accords.
> The diplomatic vacuum created by the freeze on American involvement in the process and the shelving of the road map peace plan, combined with the government's ongoing failure to eliminate Palestinian terror, provided a convenient background for Yossi Beilin's comeback and the public prominence that has been given to the Geneva Accords. Sharon unintentionally served as Beilin's public relations agent by launching a blistering attack against the left's talks with the Palestinians even before the details were made public. The prime minister thus played the role of the «teaser» that precedes a major advertising blitz.

Auch die meistgelesenen hebräischsprachigen Zeitungen sparten nicht mit klaren Worten. Sie waren allerdings kritisch gegenüber den «Unterhändlern» am Toten Meer. *Ma'ariv* schrieb am 14. Oktober von einer «Schattenregierung» und brachte dazu eine Fotografie der israelischen Delegation, und *Yedioth Achronoth* titelte kurz, dass das Geneva Agreement schlecht für Israel sei. In meinem Kommentar zu diesen Pressestimmen erklärte ich Bern, dass mich die Stimmung im Land an die Zeit vom Sommer 2000 erinnere, als Israel wegen Camp David vor einer Zerreissprobe gestanden habe. Die Verhandlungen von damals seien allerdings durch die israelische Regierung geführt worden, während sie jetzt von «mandatslosen» Politikern abgeschlossen würden. Es sei ratsam, so riet ich Bern, dass wir uns rasch überlegten, wie wir das Genfer Treffen (zur Unterschrift des Abkommens) organisierten. Wir sollten jeglichen Anschein vermeiden, dass wir hinter dem Rücken der Sharon-Regierung anfingen, mit selbst ernannten «Mandatsträgern» eine alternative (Aussen-)Politik Israels mitzugestalten. Die allfälligen (Gegen-)Mittel israelischer Politik dürften in diesem Fall alles andere als zimperlich ausfallen.

War eine Reaktion der Regierung auf unsere logistische Unterstützung der Genfer Initiative zu erwarten? Aluf Ben publizierte im *Ha'aretz* vom 17. Oktober einen Artikel, der diese Frage zu beantworten schien:

295 Israel has decided to overlook the involvement of the Swiss government in financing and organizing the talks that produced the Geneva Accords, a government source said yesterday. The source said that the Foreign Ministry decided against an official protest to Switzerland because the moment you say the Geneva affair is irrelevant, what's the point of protesting against it? The protest will only show that it is significant and relevant.

Persönlich stand ich dem Projekt der Genfer Initiative, wie ich Bern mehr als einmal schrieb, immer zustimmend gegenüber. Das hinderte mich aber nie daran, das Ganze unvoreingenommen zu verfolgen. Während ich mehrere Kanäle sondierte, um die Stimmung im Regierungslager zu eruieren, arbeitete das EDA an den Vorbereitungen der «Unterschriftenzeremonie» fleissig weiter.

Am 20. Oktober betrieb ich in der Knesset im Anschluss an die Eröffnung der Wintersession Lobbying. Ich unterhielt mich dazu in der Parlamentarier-Cafeteria mit einer Politikerin, die ich gut kannte und die aussenpolitische Erfahrungen hatte. Ich sprach mit ihr über mögliche Reaktionen des offiziellen Israels uns gegenüber. Sie gratulierte zunächst der Schweiz zur Unterstützung beim Zustandekommen des Abkommens. Sie gliederte sich damit in die Reihe von Shimon Peres ein, der sich zuvor im Parlament als Sprecher der Opposition positiv über die Abmachung geäussert hatte. Meine Gesprächspartnerin glaubte deshalb nicht, dass die Regierung es wagen würde, uns anzugreifen. Je nach Ausgestaltung der Unterschriftenzeremonie könne es aber eventuell zu Protesten kommen, meinte sie. Ihre Partei «verkaufe» das Abkommen als Modell, nicht als Vertrag. Möglichst alle europäischen Regierungschefs sollten das Werk lesen. Sie habe sich kürzlich mit Egon Bahr darüber unterhalten. Er wolle Kanzler Gerhard Schröder empfehlen, das Dokument zu lesen und – vorläufig ohne Wertung – der Presse mitzuteilen, dass er es studiere. Ich kam dann zu meinem eigentlichen Anliegen. Welches sei die offizielle Haltung der israelischen Regierung? Ich zöge es vor, indirekt vorzugehen. Meine Gesprächspartnerin teilte meine Vorsicht uneingeschränkt und erklärte sich bereit zu sondieren. Ein direktes Anfragen unsererseits, sei es hier oder anderswo, würde lediglich den Druck gegen uns herausfordern. Sie wolle noch in der gleichen Woche mit einflussreichen Diplomaten im Aussenministerium sprechen und mich anschliessend informieren.

Innenpolitisch ragten für mich zwei Konsequenzen heraus, wie ich am 21. Oktober nach Bern schrieb:

1. Die Opposition sei aufgewacht und habe endlich ein «Instrument», um die Perspektivlosigkeit von Sharons Leitmotiv der «Sicherheit vor allem» anzugreifen.
2. Die Regierung, die eindeutig in die Defensive gedrängt worden sei, suche den Ausweg über die rhetorische Wiederbelebung der ungeliebten Road Map. Ein Risiko gehe sie dabei nicht ein, da die Palästinenser nach wie vor zwei nicht erfüllbare Bedingungen vorgängig erbringen müssten, nämlich die Entmachtung Arafats (der Euphemismus dazu hiess *palestinian reform*) und eine erfolgreiche Bekämpfung der terroristischen Zellen.

Gestützt auf ihre Gespräche im Aussenministerium und mit Prominenten ihrer Partei teilte mir meine Gesprächspartnerin einen Tag nach unserem Cafeteria-Gespräch Folgendes mit:

1. Grundsätzlich sollten keine Probleme zu erwarten sein bezüglich der geplanten Zeremonie.
2. Um möglichen Kritiken vorzubeugen, sollte das Treffen in Genf als ein inoffizielles Meeting charakterisiert und durchgeführt werden. Es gelte zu vermeiden, dass das Werk als ein offizielles Dokument interpretiert werden könnte.
3. Statt einer Unterschriftenzeremonie – und dies sei die Meinung von Labour Parteipräsident Amram Mitzna – sollte das Ganze als Präsentation eines Modells dargestellt und das Dokument unserer Aussenministerin als Resultat, Frucht der Arbeit beider Seiten, übergeben werden.
4. Meine Gesprächspartnerin war der Meinung, dass das `offizielle Israel` (sprich die Regierung) nicht eingeladen werden sollte, damit ja nicht der Anstrich eines offiziellen Treffens entstehe. Dafür sollten die wichtigen jüdischen Organisationen eingeladen werden.

In meinem Kommentar für Bern fügte ich bei, dass diese Reaktion in die gleiche Richtung gehe, die mir Terje Roed-Larsen von der UNO mitgeteilt habe. Er habe Kofi Annan einen abschlägigen Bescheid gegeben, da es den «formellen Aspekt» zu berücksichtigen gelte. Das Dokument sei nicht ein Ergebnis der Arbeit von Regierungen, sondern – im Falle Israels – der Opposition.

Für eine umfassende Orientierung Berns wollte ich es nicht bei diesen beruhigenden Kommentaren belassen. Ich versuchte, indirekt zu erfahren, wie die Haltung des Premierministers war. Dazu unterhielt ich mich am 22. Oktober mit einem Ex-Generaldirektor des Aussenministeriums, der nach wie vor engste Kontakte mit dem Stab des Regierungschefs unterhielt. Er teilte mir mit, dass unser Land entgegen der beschwichtigenden Erklärung der erwähnten Politikerin mehr als nur beobachtet werde. Sharon habe bis jetzt allerdings noch kein grünes Licht für Attacken uns gegenüber gegeben, weil er keine neue Front eröffnen wolle. Die Gefahr für uns bestehe darin, dass der Premierminister zum Handeln gezwungen werden könnte. Dies würde vermutlich dann eintreffen, wenn das Genfer Abkommen zu viel Aufmerksamkeit in den internationalen Medien erhielte. Die in die Defensive gedrängte Regierung würde dann nicht zuletzt auf Druck der rechten Koalitionspartner zurückschlagen müssen. Die ersten Anzeichen dafür habe es bereits gegeben. So habe der Abgeordnete Shaul Yahalom der National Religious Party (NRP) von Generalstaatsanwalt Elyakim Rubinstein verlangt, gegen die israelischen Unterhändler des Abkommens wegen Landesverrats vorzugehen. Rubinstein habe in seiner Antwort die Aufforderung zwar abgelehnt, das Ganze aber – und dies sei nicht weniger beunruhigend für uns – in die politische Arena zurückverwiesen, wobei er ausdrücklich festgehalten habe, dass das Abkommen «mithilfe einer fremden Regierung» abgeschlossen worden sei. Mein Gesprächspartner übergab mir dazu Rubinsteins Text. Israels Rechte werde den Kampf gegen die Linke, die nationale und internationale Aufmerksamkeit suche, mehr als lautstark weiterführen, hiess es darin. Die Schweiz riskiere, zwischen zwei Feuer zu geraten.

Meine Einschätzung Bern gegenüber lautete: Die Attacken gegen uns würden nicht zimperlich ausfallen, wenn Sharon dafür grünes Licht geben müsse. Die

297 jüngsten Hinweise in der Zeitung *Ma'ariv* nach unseren Nationalratswahlen («the ugly face of the Swiss», hatte es darin geheissen) liessen aufhorchen. Der nächste grössere palästinensische Selbstmordanschlag könne einen möglichen Angriff gegen unser Land beschleunigen. Auch der jordanische Kollege, der mich soeben besucht habe, teile die Haltung meines Gesprächspartners: Sharon befinde sich innen- und sicherheitspolitisch in einer Sackgasse.

War alles so negativ wie befürchtet? Das Positive, und darüber waren sich die unterschiedlichen Kontaktpersonen einig, bestand in folgenden Punkten:

1. Die Regierung Sharon verpflichtete sich erneut ausdrücklich zur Road Map.
2. Die politische Debatte in Israel hatte gegenüber den Palästinensern die «Kanonenperspektive» verlassen.
3. Beilin war seinem Ziel, die israelische Linke in seinem Sinne umzustrukturieren, einen gewaltigen Schritt näher gerückt.

Aufbruch in die Herbstferien

Nach den vergangenen hektischen Tagen und da keine offizielle Reaktion zu erwarten war, wollte ich mit der ganzen Familie ein paar freie Tage in Tiberias, am See Genezareth, verbringen. Ganz Israel ist eine Reise wert. Im Gegensatz zum Süden mit seinen oft steppen- und wüstenartigen Landschaften ist der Norden des Landes grün und fruchtbar. Von Tiberias aus geniesst der Besucher einen beruhigenden Blick über den See zu den Golanhöhen hin. Im Norden der Küste liegt Kafarnaum, westlich, bereits im Landesinnern, lebte Christus in Nazareth, und im nahe gelegenen Kanaan tätigte er das Weinwunder. Nebst diesen für die Christen so bedeutsamen Orten beherbergt der Norden wichtige archäologische Stätten für die Juden. Ich denke dabei an Tel Dan im nördlichsten Zipfel Israels, wo Forscher die so bedeutsame Stele mit dem eingeritzten Namen «Bet David» («Haus David») fanden. Es ist bis dato der einzige archäologische Nachweis der Dynastie Davids. In Tel Dan stehen zudem Teile eines Tempels. Bevor sich alle Opferungen auf Jerusalem konzentrierten, gab es im ganzen Land verstreut solche Opferstätten. Die Tradition, wie wir sie im Alten Testament sehen, wo die geschichtlichen Namen von Personen und Orten erwähnt werden, pflegten auch die Evangelisten im Neuen Testament. Italienische Archäologen fanden in Caesarea, in der von Herodes erbauten Hafenstadt am Mittelmeer, bei der Restauration des römischen Theaters einen Stein, dessen Inschrift Pontius Pilatus, den Statthalter von Kaiser Tiberius in Judäa, nennt. Er residierte in dieser Stadt und ist uns durch die Passionsgeschichte bekannt.

Mein Interesse für die Geschichte wurde durch samstägliche Winter-Ausflüge mit den Spezialisten der École biblique et archéologique française von Jerusalem gesteigert und es reizte mich, an speziellen Gastvorlesungen an der Universität Tel Aviv teilzunehmen. Bei einer dieser Veranstaltungen begegneten meine Gattin und ich Professor Israel Finkelstein. Seine archäologischen Ausgrabungen dienen nicht wie bei anderen Forschern dazu, die im Alten Testament beschriebenen Geschehnisse zu «belegen». Er untersucht vielmehr, ob das in der

Bibel Beschriebene mit den archäologischen Befunden übereinstimmt. Sein Buch «The Bible unearthed» («La Bible dévoilé», «Keine Posaunen vor Jericho. Die archäologische Wahrheit über die Bibel»), welches er zusammen mit Neil Asher Silberman herausgab, und die dazu passenden DVDs sind weitherum bekannt. Israel Finkelstein lud mich ein, bei seiner nächsten Ausgrabungskampagne in Megiddo mitzumachen. Leider kam meine Versetzung dazwischen. Diese archäologische Stätte interessierte mich besonders. Har Megiddo, wie der südöstlich von Haifa gelegene Ort auf Hebräisch heisst, ist durch mehrere geschichtliche Ereignisse und Schlachten bekannt. Die Griechen zogen die zwei hebräischen Worte *Har Megiddo* (*Har* ist ein anderer Name für Hügel) zusammen und nannten den Ort *Armageddon.* Dieser Name fand Eingang in die Apokalypse, als Ort der endzeitlichen Entscheidungsschlacht in der Offenbarung des Johannes.

Aber kehren wir zu meiner Mission zurück! Wir waren noch nicht drei Tage in Tiberias, als mich Claude Altermatt am 27. Oktober dringend am Telefon verlangte. Das israelische Aussenministerium wolle mich sofort wegen der Genfer Initiative sprechen. Ich entgegnete meinem ersten Mitarbeiter, dass ich selbstverständlich sofort nach Jerusalem führe, und zwar auf dem kürzesten Weg über das Jordantal. Mit drei Stunden müsse das Ministerium rechnen. Claude versprach, alles abzuklären und mich wieder anzurufen. Nach kurzer Zeit kam seine Antwort: Das Ministerium begnüge sich mit seiner Präsenz. Mein erster Mitarbeiter wurde vom Generaldirektor empfangen. Es handelte sich, wie Claude gegenüber Bern festhielt, um eine «Demarche» seitens Israels. Es gebe ausserhalb der Road Map keinen Platz für alternative Initiativen. Der Generaldirektor ging dann auf drei Punkte ein, gegen die sie Vorbehalte hätten:

1. die Finanzierung,
2. die Infrastruktur,
3. das Marketing.

Richtigerweise liess sich mein erster Mitarbeiter nicht auf eine legalistische Diskussion ein und erinnerte daran, dass es sich um die bekannte Politik der Schweiz in puncto Friedensförderung handle. Wir hätten lediglich finanzielle und logistische Unterstützung gewährt. Was die Israelis offenbar am meisten störte, war das öffentliche «Verkaufen» der Genfer Initiative. Claude hielt dem entgegen, die Verfasser des Dokumentes seien für dessen Inhalt verantwortlich und müssten diesen verteidigen. Die Schweiz habe lediglich die Rolle eines Fazilitators gespielt. Der Generaldirektor rügte schliesslich die «geheimen Anstrengungen» der Schweiz für das Abkommen. Mein erster Mitarbeiter entgegnete, dass sein Chef, Botschafter Iten, schon Mitte Februar mit dem stellvertretenden Generaldirektor ein Gespräch geführt und dabei das «Projekt» erwähnt habe. Wie oben beschrieben, qualifizierte jener damals das Vorhaben mir gegenüber als «curiosity».

Diese Demarche vom 27. Oktober 2003 war die einzige «Vorladung», die wir wegen der Genfer Initiative erhielten. Nichtsdestotrotz glaubten einige Journalisten in der Schweiz, meine Abwesenheit bei der Demarche Israels sei ein Zeichen dafür, dass ich nicht hinter dem Projekt stünde …

299 Auf dem Weg zur Unterschrift der Genfer Initiative

Die Genfer Initiative erhielt grossen internationalen Zuspruch. Die beiden Ex-Präsidenten der USA, Jimmy Carter und Bill Clinton, begrüssten die Bemühungen zur Regelung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern. Selbstverständlich schrieben ebenfalls die europäischen und schweizerischen Zeitungen über die Genfer Initiative.

Die Umtriebe Beilins liessen die politischen Kreise in Israel nicht ruhen. Der Druck auf die Regierung Sharon war entsprechend gross. Kein Geringerer als Generalstabschef Moshé Yalon warf der Regierung öffentlich fehlendes strategisches Denken vor. Die Wirtschaftskapitäne ihrerseits wollten unbedingt Ansätze für diplomatische Verhandlungen für den Friedensprozess. Nur wenn es solche Zeichen gäbe, könne die Ökonomie wieder Fahrt aufnehmen. Und wie verhielt sich das linke Lager? Es reihte sich nicht mehr so eindeutig hinter Beilin ein, wie es ursprünglich den Anschein gehabt hatte. Distanzierende Äusserungen gab es von Yossi Sarid (dem Leiter der ideologisch stark links stehenden Meretz-Partei) und von prominenten Labour-Politikern, wozu meine Gesprächspartnerin zählte, die ich im Oktober in der Cafeteria der Knesset gesprochen hatte. Den «Wettbewerb» durch Beilin spürte auch das Duo Ayalon–Nusseibeh, welches ein eigenes, kurz gefasstes Friedenskonzept verfasst hatte. Ami Ayalon, der bis 2000 Leiter des israelischen Inlandgeheimdienstes (Schin Bet) gewesen war, kam am 19. November zu einem einstündigen Gespräch in mein Büro. Er teilte meine Meinung, dass die israelische Gesellschaft gespalten sei und die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig ausgrenzten. Um dem entgegenzuwirken, wolle er eine politische Mitte schaffen. Der Philosoph Sari Nusseibeh strebe etwas Ähnliches auf der palästinensischen Seite an. Die Genfer Initiative, abgesehen von gewissen inhaltlichen Punkten wie Tempelberg und Rückkehrrecht der Flüchtlinge, habe den Makel, dass Beilin das Ganze zu früh zu einer politischen Plattform gemacht habe. Dies trage zur zusätzlichen Entfremdung der zwei Lager bei. Die Probleme für die Schweiz waren ihm zufolge die folgenden:

1. Man müsse bedenken, dass die Israelis aufgrund der Geschichte sehr skeptisch seien, wenn Europäer Geld spendeten, das politischen Zielen dienen solle. Er selbst habe darum nie solche Unterstützung angenommen.
2. Die Genfer Initiative werde mit der Schweiz gleichgesetzt.
3. Das hiesige Publikum sei sehr zurückhaltend gegenüber Zeremonien. Der 1. Dezember in Genf dürfte darum das Gegenteil des Erwünschten bewirken.

In meinem Kommentar für Bern fügte ich bei, dass wir in den Augen Ayalons von Beilin instrumentalisiert würden. Die Rechte in Israel teile diese Einschätzung. Es sei darum wichtig, dass die Launching-Zeremonie vom 1. Dezember als ein Anlass der Zivilgesellschaft verstanden werde.

Einen Tag später, d. h. am 20. November, erfuhr ich von einem Politiker, dass Beilin eine neue sozialdemokratische Partei lancieren wolle. Ich riet deshalb Bern, diesen Punkt mit Beilin aufzunehmen. Es gelte zu vermeiden, dass uns innen-

wie aussenpolitisch vorgeworfen werden könnte, wir leisteten fremden Parteien finanzielle Hilfe

Die nahöstliche Szene entwickelte also ihre alten «Gesetzlichkeiten»: ein Verwirrspiel oder, um die Sprache der angelsächsischen Analytiker zu gebrauchen, einen *quagmire.*

Wie sah die israelische Regierung die bevorstehende Unterschriftenzeremonie in Genf?

Ich hatte am 27. November in Jerusalem Gespräche mit dem stellvertretenden Generaldirektor des Aussenministeriums sowie ein Mittagessen mit dem aussenpolitischen Berater des Premierministers. Die Hauptbotschaft beider lautete: Sie nähmen hin, was bis jetzt geschehen sei, inklusive der vorgesehenen Zeremonie in Genf. Sie hofften aber, dass die Schweiz anschliessend auf Distanz zur Beilin-Gruppe gehen werde.

Die Launching-Zeremonie in Genf vom 1. Dezember 2003

Die Genfer Initiative wurde vor grossem Publikum und internationalen Medien am 1. Dezember in der Calvinstadt unterschrieben. Obwohl ich an der Zeremonie hätte teilnehmen können, zog ich es vor, in Tel Aviv zu bleiben. Mein Grund waren die künftigen bilateralen Beziehungen. Ich sah Probleme auf uns zukommen. Der Leiter der zuständigen Politischen Abteilung des EDA stimmte mir zu und gab am 28. November folgende Sprachregelung heraus: «Iten sei mit den bilateralen Aufgaben betraut. Die Schweiz unterscheide zwischen ihrer Rolle eines Fazilitators, die auf dem Niveau der Logistik und Finanzierung angesiedelt sei, und den offiziellen, politischen Beziehungen zu Israel, wofür der Botschafter zuständig sei.»

Die Massenmedien griffen das Thema der Genfer Initiative vielseitig auf. Die Stimmen in der Schweiz gingen von sehr kritischen Kommentaren bis zu enthusiastischen Berichten. So schrieb Pierre Heumann von einem «Halali auf einen Papiertiger» und Markus Somm in der *Weltwoche* über «Das Prinzip Lärm». Zwei Protagonisten der Genfer Initiative wurden besonders gelobt: Alexis Keller und die Vorsteherin des EDA. *Facts* widmete dem *go-between* schon vor der Unterschriftenzeremonie einen längeren Artikel unter dem Titel «Der Mäzen des Friedens». Und Frank A. Meyer schrieb im *SonntagsBlick* vom 7. Dezember 2003 enthusiastisch:

> Freude an der Schweiz: Die Welt hat mit Beifall Kenntnis genommen vom privat lancierten und durch die Schweiz ebenso konkret wie wirksam unterstützen Nahost-Friedensmodell. Weltprominenz war bei der Unterzeichnung in Genf dabei – Politiker, Philosophen und Schriftsteller. Aus aller Welt gratulierten Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. Der Wiedereintritt der Schweiz in die Gemeinschaft der politisch initiativen Nationen ist gelungen. *Für diese Schweiz* steht der Name Micheline Calmy-Rey. Die Schweiz von Bundesrätin Calmy-Rey ist der Welt nicht nur zugewandt, ist nicht nur passiv weltoffen – sie mischt sich ein. Diese Schweiz geht sogar Risiken ein. Das Nahost-Friedensmodell ist ein solches Risiko: Es zieht Kritik auf sich, weil es den nahöstlichen Weltkonflikt ohne Mithilfe der unnachgiebigen Feinde Arafat und Sharon zu entwirren versucht. Es kann scheitern.

Der diplomatische Berater unserer Departementschefin erläuterte mir im Anschluss an die Launching-Zeremonie, dass unsere Aussenministerin nach Israel

301 fliegen wolle, um die Genfer Initiative und unsere Rolle persönlich zu erklären. Ich erwiderte, dass ich davon abrate, in die «Höhle des Löwen» zu reisen. Unsere oberste Chefin würde hier zerrissen werden. Ich schlug vor, das Treffen an einem «neutralen» Ort abzuhalten. Das World Economic Forum (WEF) in Davos im kommenden Januar schien mir der richtige Ort dafür zu sein. Effektiv nahm wie üblich eine grosse Delegation aus Jerusalem und Ramallah am WEF 2004 teil. Wie die Schweizerische Depeschenagentur (SDA) am 25. Januar 2004 schrieb, «fand das Gespräch unserer Departementschefin mit dem israelischen Aussenminister Silvan Shalom aus ‹persönlichen Gründen› nicht statt, wie der Sprecher des EDA erklärte». Wie die SDA erfahren hatte, musste Shaloms Ehefrau hospitalisiert werden.

Das EDA freute sich ob des Erfolges der Genfer Initiative und wollte dies alle wissen lassen. Es erstellte am 9. Januar 2004 eine interne (allerdings lückenhafte) Chronologie über den Ablauf des Zustandekommens, die an alle Vertretungen der Schweiz ging.

Intensivierung der Bemühungen des EDA für die Genfer Initiative

Wie schon oben angedeutet erwartete Israel von der Schweiz nach der Unterschrift der Genfer Initiative ein distanzierteres Verhalten. Das Gegenteil trat ein. Das EDA kreierte ein spezielles Netzwerk für Regierungen, das Geneva Initiative Network (GIN). Es war eine offene, nicht ausschliessende Gruppierung mit dem Ziel, eine gemeinsame Interessengruppe zu etablieren:

> […] to bring together public servants from different countries with an interest in contributing to resolving the Middle East conflict. GIN is mainly aiming at enhancing information on the progress of the so-called ‹Geneva Initiative› and at fostering transparency on the public campaign in favour of this initiative. It is also intended to act as a clearing-house for exchanging ideas.

Das EDA wollte sogar einen diplomatischen Koordinatorenposten mit Sitz in der Region schaffen. Ich will hier nicht auf nähere Details zu diesem Koordinator eingehen. Unsere Innen- und Aussenpolitik bestimmt Bern; die Botschaft ist ein ausführendes Organ. Eine Priorisierung der Genfer Initiative war richtig, aber eine zu starke Konzentration auf die «Beilin-Gruppe» schien mir für unsere Verbindungen und die Friedensaktivitäten zu eng gefasst, wie ich in einem Kabel am 9. Januar 2004 an den Chef der Politischen Abteilung IV im EDA schrieb. Ich erwähnte potenzielle Risiken bei einer solchen Konzentrierung auf die «Beilin-Initiative». Wir setzten uns der Gefahr aus, dass Israel uns vorwerfen könnte, innenpolitisch tätig zu werden. Unser Wirken könne zudem vor Ort latente Rivalitäten zwischen den friedenswilligen Gruppen verstärken. Der Adressat in Bern reagierte positiv: «I couldn't agree more.»

Die Zentrale anerkannte die Probleme. Der Berater der Departementschefin erklärte mir, dass der Koordinatorenposten zu 90 Prozent «gestorben» sei … Effektiv liess das EDA die Idee fallen. Die Botschaft Tel Aviv wurde dafür mit einer «Friedensratgeberin» verstärkt, die Projekte der Politischen Abteilung IV betreute.

Die Genfer Initiative im Abseits

Kurz nach der Genfer Unterschriftenzeremonie besuchte mich der aussenpolitische Berater von Premierminister Sharon. Er wollte mir aus erster Hand mitteilen, dass der Regierungschef in Bälde eine Initiative ergreifen werde, welche die Genfer Initiative in den Schatten stellen werde.

Sharon musste effektiv etwas unternehmen, um den Status quo zu überwinden. Die Kritiken innerhalb und ausserhalb der Regierung waren eindeutig. Selbst die von ihm lancierten Gespräche mit den Palästinensern, d. h. mit seinem eigenen Quartett, blieben stecken, wie mir der oben erwähnte israelische Politiker am 3. Dezember 2003 auf meine Erkundigung hin erläuterte. Die Gespräche mit den Palästinensern hatten nur bis zum März des gleichen Jahres stattgefunden. Mein Gesprächspartner, der jetzt als Anwalt tätig war, aber nach wie vor engste Beziehungen zu Netanyahu und Olmert, zwei künftigen Regierungschefs, pflegte, wusste nicht, ob Sharon die Gespräche wieder aufnehmen würde. Er werde jedoch Olmert in diese Richtung stossen und sei bereit, erneut eine Rolle zu spielen, wenn man ihm die Macht dazu gäbe.

Sharons Entflechtungsplan

Was sah der Premierminister vor? Er kündete am 18. Dezember 2003 in Herzliya einen einseitigen Rückzug aus Gaza an! Dies war ein geschickter innen- wie aussenpolitischer Schachzug. Seine Gegner waren leicht überrumpelt. Dies zeigte sich sehr schnell im sogenannten Friedenslager. *Ha'aretz* publizierte am 12. Januar 2004 einen Artikel unter dem Titel «Could the left oppose a withdrawal from Gaza?». Darin wurde Beilin als Verfechter einer dogmatischen Orthodoxie kritisiert, weil er unilaterale Schritte ablehne. Er wolle unbedingt ein Abkommen mit den Palästinensern. Andere dagegen waren für limitierte einseitige Massnahmen: «If the unbelievable happens tomorrow, and the government decides to dismantle Jewish settlements in the territories and get out of the Gaza Strip, are we going to oppose this?»

Israels Rechte, allen voran die Siedlervertretung, lehnte den Vorschlag rundum ab. Sharon entging am 15. März 2004 nur äusserst knapp einem Misstrauensvotum in der Knesset (46 zu 45 Stimmen!). *Ha'aretz* publizierte tags darauf die wichtige Passage der Rede des Regierungschefs, die uns besonders interessierte:

> […] Sharon said, he did not believe that the status quo was preferable to other alternatives. «I am not among those who sanctify the existing situation. I think that we have to change the current situation, which is leading to a political vacuum. It is clear to me that if the road map collapses and Israel is unable to present its own alternative, then dozens of diplomatic initiatives, which will spring up all around the world, will be sucked into this vacuum.»

Er bekannte damit, dass ihn die Genfer Initiative (und andere Vorschläge) zu seinem Rückzugsplan bewogen hatten.

Ich erhielt die Bestätigung dieser Analyse zusätzlich kurz vor meiner Versetzung im Herbst 2004 von sehr hoher Stelle anlässlich eines vom Aussenministerium zu meinen Ehren offerierten Abschiedsmittagessens in Jerusalem: Der Rückzugsplan sei effektiv wegen der Genfer Initiative lanciert worden.

303 Wie ging es weiter mit Sharons Rückzugsplan? Der Premierminister wollte nicht nur das Kabinett und das Parlament über sein Vorhaben abstimmen lassen, sondern auch ein Referendum durchführen. Die Universität Tel Aviv plante darum, am 21.–23. April einen Workshop zum Thema Volksbefragung abzuhalten. Die Universität, mit der wir enge Beziehungen pflegten, fragte mich an, ob wir Professor Auer von der Universität Genf kontaktieren und die Kosten für seine Reise übernehmen könnten. Nach Rücksprache mit Professor Auer und der Geschäftsstelle Präsenz Schweiz wegen der Kosten sagten wir zu.

Und wie nahm das Ausland Sharons Plan auf?

Der Rückzug umfasste, wie ich Bern am 23. März schrieb, beinahe den ganzen Gazastreifen (inklusive der Siedlungen) und eine weitgehend symbolische Aufgabe von vier Settlements in der Westbank. Diese Zusicherung zum Rückzug aus den vier Siedlungen gaben die Israelis den USA und den Ägyptern bekannt. Sharon wiederholte diesen Schritt laut meinen Informanten sogar persönlich gegenüber dem jordanischen König am 18. März auf seiner Ranch in der Negev-Wüste. Die Zusicherung wegen der Aufgabe von Siedlungen in der Westbank war wichtig, weil die internationale Gemeinschaft vermeiden wollte, dass nur Gaza vom Rückzug betroffen wäre, während der Westbank ein anderes Schicksal blühen könnte.

Der Rückzug eines Besetzers konnte grundsätzlich von niemandem abgelehnt werden. Die internationale Gemeinschaft, namentlich das Quartett, konnte deshalb lediglich Bedingungen formulieren, die an eine Zustimmung geknüpft waren. Und Bern? Unsere Zentrale hatte ursprünglich sehr «puristische» Anforderungen, die sich aber rasch denen der EU anglichen.

Die Vorbehalte des Quartetts lauteten wie folgt:

- Die Evakuierung sollte mit der Road Map vereinbar und nicht eine Alternative zu ihr sein. Die EU verlangte, dass die aus Gaza evakuierten Siedler nicht in der Westbank angesiedelt werden dürften. Die gleiche Position nahm die Schweiz ein.
- Der Rückzug sei mit der PA zu koordinieren.
- Er solle die Endstatusverhandlungen nicht präjudizieren, d. h. *Gaza first* dürfe nicht zu *Gaza last* werden (d.h. zu keinen weiteren Gebietsrückgaben).
- Die Schritte sollten – und dies war vor allem ein Wunsch der USA – mit Ägypten und Jordanien abgesprochen und deren Mitwirken solle gesucht werden.

Israel seinerseits stellte eigene Forderungen, die sich an die USA und die internationale Gemeinschaft richteten. Nach meinen Gesprächspartnern forderte Israel Folgendes:

- Jerusalem wolle eine wirtschaftlich-finanzielle Kompensation und *loan guarantees* für den Rückzug, um einen Teil der Umsiedlung finanzieren zu können.
- Die Regierung Sharons dürfe nicht verpflichtet werden, mit der PA zu verhandeln, solange diese den Terror nicht bekämpfe.

- Präsident Bush solle künftige «Garantien» für eine Teilannexion grösserer Siedlungen in der Westbank und um Jerusalem herum geben, falls es ein Endabkommen gäbe. Die Maximalforderung der Falken sah gar eine Erklärung zu einem *right of no return* für die Flüchtlinge vor. Diese Punkte waren nach meinem US-Kollegen nicht durchsetzbar. Allerdings könne Washington, genauer das Weisse Haus, eine gewisse Flexibilität signalisieren, wenn sich Sharon zu einem grösseren Rückzug aus der Westbank verpflichtete.
- Israel wolle nach dem Rückzug aus Gaza nichts mehr mit jenem Gebiet zu tun haben (sogenannte Türschliessungs-Variante). Das «Weiterexistieren» der dortigen Bevölkerung solle Aufgabe der UNRWA, der UNO-Agentur für die palästinensischen Flüchtlinge, des Roten Kreuzes und der Weltbank sein. Bisher hatte sich die EU meinem Informanten zufolge gegen diese Vorschläge gewehrt.
- Der israelische Hafen Ashdod solle für Gaza «zuständig» sein, weil jener Landstrich weder über einen eigenen Meereshafen noch Flughafen verfügen solle. Dadurch würde sichergestellt, dass die Kontrollen bei Israel blieben.
- Ägypten solle helfen, die Grenze beim sogenannten «Philadelphia-Korridor» zu sichern. Bei Terrorangriffen aus Gaza wolle Israel aber die Freiheit haben, in ganz Gaza militärisch intervenieren zu können.

Diese «Parameter» und die Vorbehalte/Bedingungen waren meinen Gesprächspartnern zufolge noch nicht völlig ausdiskutiert, aber die Fortschritte zwischen Dov Weissglass seitens Israels und Condoleezza Rice (damals National Security Advisor des US-Präsidenten) seitens Washingtons seien derart, dass ein Treffen Sharons mit Präsident Bush für den 14. April vorgesehen werden könne.

Am 31. März besuchte ich meinem amerikanischen Kollegen, um eine Präzisierung zu erhalten. Er hielt eingangs fest, dass es auffallend sei, dass die Israelis diesen Rückzug mit ihnen und nicht mit den Palästinensern besprächen. Warum? – «All is politics!» – Weil der Rückzug im Kabinett auf Widerstand stosse, könne eine Rückendeckung Washingtons Sharon helfen. In die gleiche Richtung stosse die am Vorabend unseres Gesprächs vorgeschlagene Befragung der Likud-Basis, die laut Umfragen eher für einen Rückzug sei als die Parteispitze. Der Premierminister wolle mit den Palästinensern nur im Sinne der Road Map «verhandeln»; falls die PA dies nicht wolle oder könne, werde es alternativ eben zu einseitigen Massnahmen kommen. Die Pläne Sharons drängten andere Friedenvorschläge wie die Genfer Initiative weiter in den Hintergrund.

Präsident Bush und Ariel Sharon trafen sich schliesslich am 21. April im Weissen Haus. *Ha'aretz* publizierte einen Tag später den gesamten langen Briefwechsel der zwei Politiker zum Gaza-Rückzug. Beide waren sich einig über die Wichtigkeit, «to find a way forward toward a resolution of the Israeli-Palestinian dispute». Der amerikanische Staatschef hielt wörtlich fest: «I remain committed to my June 24, 2002 vision of two states living side by side in peace and security as the key to peace, and to the road map as the route to get there.» Der Premierminister seinerseits erklärte im Briefwechsel: «The vision that you articulated in your

305 24 June 2002 address constitutes one of the most significant contributions toward ensuring a bright future for the Middle East.»

Das Treffen in Washington brachte nicht die erhoffte Zustimmung für Sharons Plan in Israel. Das Likud-Referendum vom 2. Mai 2004 fiel deutlich durch. Wie konnte es weitergehen? Ich unterhielt mich darüber mit meinem irischen Kollegen (sein Land präsidierte turnusgemäss die EU). Sharon hatte am 6. Mai den EU-Botschaftern auf der Residenz meines Gesprächspartners erklärt, dass er grundsätzlich mit dem Originalplan weitermachen wolle. Einzig kleinere Modifikationen seien möglich. Der Premierminister habe keine Details dazu gegeben. Sharon betrachtete die Minister als Schlüsselgruppe, um seinen Plan trotz des Likud-Referendums vorwärtsbringen zu können.

Am 20. Mai war ich auf der russischen Residenz eingeladen. Teilnehmer des Treffens waren nebst dem Gastgeber seitens Israels Ex-Major General Giora Eiland, Chef des israelischen Sicherheitsrates, und D. Chuck Freilich, sein Stellvertreter für ausländische Angelegenheiten. Eiland zeichnete verantwortlich für die Gaza-Rückzugspläne. Ferner waren eingeladen: Botschafter Alexander Kalugin, Sondergesandter des russischen Aussenministers für den Friedensprozess, Terje Roed-Larson für die UNO sowie die Missionschefs von Irland, Frankreich, Griechenland, Norwegen, Indien und der Türkei.

Eiland ging unserem Wunsch entsprechend zuerst auf die unumgänglichen nächsten Schritte ein. Sharon wolle den Plan am 30. Mai dem Kabinett unterbreiten. Wenn diese Hürde genommen sei, solle sich das Parlament wenige Tage später damit befassen. Der Premierminister wolle an seinem ursprünglichen Plan festhalten.

Die Arbeitsbasis von Eiland sah vor, dass ganz Gaza geräumt würde. Eine neue Variante brachte Eiland nach längerem Befragen zum Philadelphia-Korridor an: Israel sei bereit, internationale Truppen zuzulassen, sofern diese nicht nur beobachteten, sondern auch kämpften, um den Waffenschmuggel zu unterbinden. Zurzeit sähen sie aber kein Land, das eigene Soldaten in eine solche Mission schicken würde. *Nolens volens* müssten die Israelis diese Aufgabe übernehmen. Längerfristig wolle sich sein Land aus dem Philadelphia-Korridor zurückziehen. Die kurzfristigen Sicherheitsbedenken gingen aber vor. Sie seien zu Gesprächen bereit, wenn eine dritte Partei statt Israel den Personen- und Warenverkehr zwischen Gaza und dem Sinai im Rahmen vereinbarter Kriterien prüfen wollte. Der Vorwurf, dass sie aus Gaza ein Gefängnis machen wollten, sei also falsch, weil schon kurzfristig – und bevor die Palästinenser «accountable» wären – eine Öffnung via Rafah nach aussen möglich sei. Sollten die Erfahrungen mit einer dritten Partei positiv verlaufen, wären sie zu analogen Lösungen beim Flughafen und Meereshafen bereit. Zum Schluss fügte Eiland bei, dass es sich beim Gaza-Rückzug nicht um einen israelischen Hinterhalt handle. Sharon sei es ernst und er wolle die Bedingungen so vorteilhaft wie möglich gestalten, damit die «accountable» Kräfte unter den Palästinensern eine Gelegenheit erhielten, sich zu beweisen. Der Rückzug sei auch ein Test für weitere mögliche Schritte. Sollte Gaza scheitern, könnte es allerdings zu einem «long term interim status quo» kommen.

Israel war sichtlich bemüht, die internationale Gemeinschaft umfassend zu orientieren. Am 9. Juni war ich zusammen mit den EU-Botschaftern sowie den Missi-

onschefs von Norwegen und Kanada zu einem Briefing in Jerusalem eingeladen. Es referierte Shalom Tourgeman, aussenpolitischer Berater des Premierministers. Er war gerade in der vergangenen Woche zusammen mit Dov Weissglass in Washington gewesen, um Condoleezza Rice über die letzten Schritte zu unterrichten. Laut Tourgeman entsprach der revidierte Plan im Grundsatz jenem, den der Premierminister Präsident Bush persönlich vorgestellt hatte: Ende 2005 werde es keine jüdischen Siedler mehr in Gaza und in den vier Siedlungen in der nördlichen Westbank geben. Es werde auch keine israelischen Uniformierten mehr in den geräumten Gebieten geben. Ausgenommen sei vorläufig der Philadelphia-Korridor. Dank des Abbaus der vier Siedlungen in der Westbank hätten die Palästinenser eine territoriale Kontinuität zwischen Jenin und Nablus. Ferner werde sichergestellt, dass der Nord-Süd-Verkehr in der ganzen Westbank bis Hebron ohne Hindernisse durch Militärs und Siedler abgewickelt werden könne. Hinsichtlich dieses freien Verkehrs in nord-südlicher Richtung fragte ich Tourgeman, wie sie den Engpass bei Ma'ale Adumim lösen wollten, wo die israelische Verbindung in ost-westlicher Richtung verlaufe. (Zur Erläuterung: Das Gebiet östlich des Ölbergs von Jerusalem fällt rasch steil ab zum Toten Meer. Wie ein grosser Felssporn erhebt sich jenseits des Ölbergs die genannte jüdische Siedlung Ma'ale Adumim. Nördlich dieser Siedlung führt die Strasse zum Toten Meer und ins Jordantal durch.) Tourgeman gab zu, dass dies ein Knackpunkt ihrer Pläne gewesen sei. Durch den Bau von Umgehungsstrassen und zwei Tunnels, die im Frühling 2005 fertiggestellt sein sollten, könnten sie den kreuzungsfreien Verkehr gewährleisten. Die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Planes hätten am Tag der Zustimmung durch das Kabinett, d. h. am vergangenen Sonntag, begonnen.

Tourgeman erläuterte anschliessend Details zur Entschädigung der Siedler und deren Eigentum. Befragt, was nach dem Abzug der Militärs geschehen würde, hielt Tourgeman fest, dass der ursprüngliche Plan vorgesehen habe, das Gebiet einfach den Palästinensern zu überlassen, d. h. eine sogenannte «Türschliessungs-Variante» anzuwenden. Das Militär habe Sicherheitsbedenken angemeldet, weil dadurch der Land-, See- und Luftweg zum Aufbau eines kriegerischen Arsenals benutzt werden könnte. Die gefundene Lösung sehe nun vor, dass der Luft- und Seezugang gesperrt bleibe. Bei der Landverbindung stünden sie in engem Kontakt mit Kairo, das einen neuen Ton angeschlagen habe und eine konstruktive Rolle spielen wolle. Israel sei bereit, das Camp-David-Abkommen von 1978 mit Ägypten zu ergänzen, um den Ägyptern eine militärische Präsenz an der Grenze zu Gaza zu erlauben. Kairo habe diese Woche beim Besuch von Aussenminister Shalom insistiert, dass es nicht nur als negative Macht erscheinen, sondern auch eine positive Rolle spielen wolle. Israel sei bereit, Ägypten an der wirtschaftlichen Entwicklung Gazas teilhaben zu lassen.

Der sogenannte Entflechtungsplan wurde 2005 zum Abschluss gebracht und alle israelischen Siedlungen in Gaza aufgegeben.

Bilaterale Beziehungen und Gefahren

Ich möchte noch einmal anhand einiger Beispiele auf die bilateralen Beziehungen zwischen Israel und der Schweiz eingehen. Der Weltkongress des jüdischen

307 Nationalfonds (KKL) hielt am 3. März 2004 seine World-Leadership-Konferenz in Jerusalem ab. Die Mitglieder aus den USA dominierten den KKL. Ich wurde gebeten, eine Rede zu halten. Weil die Schweiz in letzter Zeit in Israel und bei gewissen jüdischen Kreisen, namentlich jenseits des Atlantiks, Kritiken und Fragen im Zusammenhang mit der Verteilung der Gelder aus dem Bankenvergleich ausgesetzt war, schien es mir wichtig, die Einladung anzunehmen und eine positive Botschaft zu vermitteln. Ich will hier nicht die ganze Rede, den ich auf Englisch hielt, wiedergeben, sondern nur einen kleinen Auszug:

> Vom Beginn des Staates Israel an waren die Beziehungen zwischen unseren zwei Ländern intensiv. Beide Regierungen eröffneten sofort offizielle Vertretungen: Israel mit einem Konsulat in Zürich, die Schweiz mit einem Konsulat in Tel Aviv, das 1958 in eine Botschaft umgewandelt wurde. Bemerkenswert ist, dass unser Land bereits 1927 ein Konsulat in Jaffa errichtet hatte, wo von 1935 bis 1941 der berühmte Carl Lutz arbeitete. Er lernte bei seiner Tätigkeit im Konsulat die jüdische Bevölkerung zu schätzen. Dies war einer der Gründe, dass er sich zwischen 1944 und 1945 in Ungarn unermüdlich zur Rettung von mehr als 60 000 Juden vor der Deportation durch die Nazis einsetzte. Im Jahre 2001/02 ehrten wir ihn, der seit 1964 ein Gerechter unter den Nationen ist, mit einer Ausstellung in der Universität Tel Aviv und in Jerusalem.
>
> Die Beziehungen zwischen den Schweizern und dem jüdischen Volk sind natürlich älter. Ich bin jedes Mal stolz, wenn ich sehe, wie unsere kulturelle Hauptstadt, Basel, so prominent Strassennamen erhielt oder für Hotelnamen benutzt wird. Den Grund kennen Sie alle. Es war in jener Stadt, wo 1897 der berühmte erste zionistische Kongress stattfand, und 1901 wurde dort auch Ihre Organisation, der KKL, gegründet. Ich darf daran erinnern, dass die Schweiz im 19. Jahrhundert der liberalste Staat Europas war, wo nicht nur jener Kongress abgehalten werden konnte, der die Fundamente des künftigen Staates von Israel schuf, sondern auch Juden aus ganz Europa studieren durften, seien sie Männer oder Frauen. Ein prominentes Beispiel ist der erste Präsident Israels, Chaim Weizmann, der, aus Russland kommend, in der Schweiz, genauer in Freiburg, Chemie studierte und 1949 dort zum Doctor honoris causa ernannt wurde.

Meine Absicht, eine positive Botschaft über die Schweiz zu vermitteln, hatte Erfolg. Der Präsident und der Geschäftsführer des KKL Schweiz schrieben am 12. März einen Dankesbrief an meine Gattin und mich. Sie hätten sich durch unsere Anwesenheit «geehrt» gefühlt. Wir hätten dem «Schweizer Tisch» einen angenehmen und interessanten Abend beschert. Mehrere Teilnehmer seien nach dem Dinner zu ihnen gekommen, um sich ausgesprochen positiv über meine Ansprache zu äussern. Dies mache alle Schweizer Teilnehmer «ein bisschen stolz».

Freude und Leid sind in Israel oft nahe beieinander. Meine Gattin und ich erlebten dies an jenem Abend bei der Rückfahrt von Jerusalem. Ich hatte Nissim, den erprobten Fahrer, gebeten, den üblichen einfacheren Rückweg über Modi'im zu nehmen, der teilweise über unbewohntes palästinensisches Gebiet führte. Gegen 23:30 Uhr, ungefähr zwei Kilometer vor dem israelischen Checkpoint, hörten wir einen lauten Knall. Ich glaubte zuerst, der Chauffeur sei über einen grossen Stein gefahren. Nissim winkte ab und fuhr, ohne zu halten, beschleunigt weiter bis zum Checkpoint, wo israelische Soldaten standen. Dort hielt er an und ging um den Wagen herum. Als er zurückkam, erklärte er uns, er habe einen grossen Stein heranfliegen sehen. Darum habe er nicht anhalten wollen; die Gefahr eines Überfalles oder einer Gefangennahme wären zu gross gewesen. Zu Hause müssten wir dann auf der anderen Seite aus dem Wagen steigen. Trotz der Panzerung des BMW sei der Einschlag gross genug, um das Öffnen der Türe zu erschweren …

Die Paul-Grüninger-Strasse

Die Gerechten unter den Völkern verdienen Anerkennung. Wir hatten Carl Lutz mit Ausstellungen in Tel Aviv und Jerusalem geehrt. Bereits 1958 erhielt eine Strasse in Haifa seinen Namen, und seit 1997 erinnert ein Platz in Kiryat Ono, einem Aussenbezirk von Tel Aviv, an Paul Grüninger.

Der Bürgermeister von Jerusalem, Uri Lupoliansky, lud mich für den 19. April 2004 zu einer Ehrung Paul Grüningers ein. Eine Strasse in jener Stadt sollte den Namen des St. Galler Polizeihauptmanns erhalten. Als ich auf der Karte nachschaute, entdeckte ich, dass die Strasse in Pisgat Zeev nördlich von Jerusalem lag, sich also auf einem nicht international anerkannten Gebiet Israels befand. Ich kontaktierte Bern. Meiner Meinung nach stellte meine Anwesenheit bei der Zeremonie ein Problem dar, da wir dadurch die Besitznahme umstrittenen Gebietes rechtfertigten. Bern war einverstanden und fügte an, dass ich für meine Nicht-Präsenz keine diplomatische Entschuldigung anbringen, sondern klar die Gründe angeben solle. Weder das EDA noch ich konnten uns vorstellen, welchen Sturm dies auslösen sollte!

Alle Medien in der Schweiz und in Israel berichteten darüber. Ich wurde mit Häme überschüttet, und ein Kommentator schlug gar vor, mich vor ein internationales Gericht zu zerren, da ich die Holocaustopfer beleidigt hätte. Aber war all dies nötig oder steckte mehr dahinter? Die Zeitung *Le Temps* vom 20. April 2004 gab Hinweise:

> Comme il fallait s'y attendre, «l'affaire de la rue Grüninger» a trouvé de nombreux échos dans les médias de l'Etat hébreu qui «ne comprennent pas pourquoi la Suisse mêle la situation du Proche-Orient au souvenir de la Shoah et à la mémoire sacrée des Justes». Commentant sur un mode ironique le refus de l'ambassadeur de participer à l'inauguration de la rue Grüninger, des éditorialistes de Kol Israël (la radio publique) et de Galeï Tsahal (la radio de l'armée) ont dénoncé la position de l'ambassade en y mêlant l'intervention de la diplomatie suisse dans le processus de confection de l'Initiative de Genève. «Lorsque cela les arrange, les Suisses, qui se prétendent neutres, peuvent très bien se mêler de ce qui ne les regarde pas», a notamment déclaré le présentateur d'une radio populaire de Tel-Aviv.

Zu diesem Zeitungsbericht sei lediglich beigefügt, dass die Verknüpfung der Situation des Nahen Ostens mit der berechtigen Ehrung für die Gerechten unter den Völkern nicht von der Schweiz ausging. Solche Auszeichnungen sollten nicht in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Wenn es um Strassenbenennungen auf unumstrittenem Gebiet geht, steht der höchsten Teilnahme durch einen Schweizer nichts im Wege. Dies geschah am 30. Oktober 2017. Im Beisein von Bundesrat Johann Schneider Ammann wurde südlich von Tel Aviv, in Rishon LeZion, eine Strasse nach Paul Grüninger benannt.

Politischer Dialog

Im Frühling 2004 schlug Israel über seinen Missionschef in Bern vor, einen politischen Dialog zu führen, um die Beziehungen etwas «aufzuwärmen». Ich war Anfang Mai in Begleitung des neuen, engagierten ersten Mitarbeiters Andrej Motyl im Aussenministerium. Der Direktor für Westeuropa erklärte uns, wie sie die schwierigen Kontakte mit Frankreich pflegten. Beide Seiten hätten sich entschieden, das Bilaterale von Fragen des Friedensprozesses zu trennen. Die

309 Suche nach gemeinsamen Punkten sei bei bilateralen Fragen einfacher. Dieselbe Vorgehensweise werde wohl auch den Dialog mit der Schweiz erleichtern. Der Hinweis auf Frankreich liess erahnen, dass wir im Friedensprozess-Lager zur unteren Gruppe gezählt wurden. Der Direktor verdeutlichte die «negative» Wahrnehmung der Schweiz durch zwei Beispiele:

- Die Verlautbarungen zu Selbstmordanschlägen zeigten zu wenig Mitgefühl und unsere Kritiken bei gezielten Tötungen von Terroristen (*targeted killing*) zögen die Sicherheit Israels nicht genügend in Betracht.
- Die Schweiz sei das einzige europäische Land, das die Wirtschafts- und Militärkooperation mit einer Reserve versehen habe.

Der Vorschlag, die Beziehungen mit uns zu splitten, beruhte, nebst den vom Direktor für Westeuropa erwähnten Gründen, sicherlich auf mehreren anderen Ursachen. Beide Länder interpretierten die Sicherheitsvorkehrungen Israels und den Schutz der Rechte der Palästinenser unterschiedlich. Ein Spannungsfeld bildeten unsere Aufgaben als Depositärstaat der Genfer Konventionen und unsere Rolle bei der Emblem-Frage. Die Regierung Sharon empfand unsere logistische Unterstützung für die Genfer Initiative als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels.

Der Vorschlag, das Bilaterale und die Fragen um den Friedensprozess voneinander zu trennen, war zu begrüssen. Die erste Gesprächsrunde fand im Juni 2004 in Bern statt.

Die Sperranlage/Trennmauer

Das von uns nicht gesuchte UNO-Mandat zur Sperranlage, welche die Israelis von den Palästinensern trennen und dadurch vor Angriffen schützen sollte, erleichterte ebenfalls nicht die bilateralen Beziehungen. Einmal mehr hatte die Weltorganisation gegen Israel gestimmt.

Die UNO ging noch weiter. Die Vollversammlung beauftragte den Internationalen Gerichtshof mit der Abklärung der rechtlichen Lage der Sperranlage. Am 9. Juli 2004 erklärte jene Justizinstanz in ihrem Gutachten, dass Israel mit dem Bau der Anlage gegen das Völkerrecht und die vierte Genfer Konvention verstossen habe. Wie nahm mein Residenzland dieses Gutachten auf? Ich unterhielt mich drei Tage später mit dem stellvertretenden Generalsekretär des Aussenministeriums, der für die Abteilung UNO und internationale Organisationen zuständig war. Er war sehr verbittert und beschränkte sich auf die politische Botschaft, wissend, dass ich später den Rechtsberater des Ministeriums sehen würde. Für Israel sei das Urteil des eigenen obersten Gerichtes massgebend. Das Gutachten lenke vom eigentlichen Friedensprozess ab. Die internationale Gemeinschaft solle sich darauf beschränken, dass der Entflechtungsplan verwirklicht werde, damit die Implementierung der Road Map beginnen könne. Der Internationale Gerichtshof habe mit seinem Gutachten dem Friedensprozess einen Bärendienst erwiesen. Arafat, der nichts unternehme, um seine Sicherheitskräfte zu reformieren, fühle sich dadurch in seiner Haltung bestärkt. Das Recht werde nun höher eingestuft als die Verhandlungen. Er bat darum unser Land, die negativen Auswirkungen des Gutachtens im Hinblick auf den Friedensprozess ernst zu nehmen und uns

zu überlegen, welche Teile des Gutachtens uns interessierten. Ich bat ihn, diesen Punkt zu verdeutlichen. Israel hoffe, so mein Gesprächspartner, dass wir in engem Kontakt mit seiner Regierung stünden, bevor eventuell etwas wegen einer neuen Konferenz zur vierten Genfer Konvention unternommen werde.

Anschliessend hatte ich eine Unterredung mit dem mir gut bekannten und von mir geschätzten Rechtsberater des Aussenministeriums. Er war sehr frustriert. Der Ausgang des Gutachtens stelle keine Überraschung dar, hingegen gebe das Stimmverhältnis der Richter zu denken. Das Gutachten bilde keinen Meilenstein, da es zu einseitig sei und nicht auf die Hauptursache des Trennzaunes, den Terrorismus, eingehe. Nach seinen Informationen sei es der französische Richter gewesen, der den ersten Entwurf erarbeitet habe. Uns dürfe der Hinweis auf den gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konventionen interessieren, wobei insbesondere der niederländische Vertreter eine Haltung eingenommen habe, die er uns zur Lektüre empfehle. Dasselbe gelte für die Referenz zu den Statusrechten der PLO. Mein Gesprächspartner war überzeugt davon, dass dieses Gutachten den Friedensprozess nicht vorwärtsbringe, sondern vielmehr davon ablenke. Das Gutachten könne die Position der Palästinenser bei den Siedlungsfragen stärken, jedoch nicht bei den beiden entscheidenden Problemen: Jerusalem und Flüchtlingsfrage. Wer beim Friedensprozess eine Rolle spielen wolle wie die EU und das Quartett, solle sich auf diesen Prozess und nicht auf die *sideshow* des Internationalen Gerichtshofes (IGH) konzentrieren. Er wiederholte darauf die israelische Haltung, wonach für sie das Urteil des eigenen obersten Gerichtes massgebend sei. Dieses habe im Gegensatz zum IGH auch die Argumente der Sicherheit, des Terrorismus und der Proportionalität berücksichtigt.

Keine «Betonwand» zum Abschluss

Die geringe internationale Einbindung unseres Landes bewog mich im Jahre 2001 dazu, monatliche Business-Lunches mit Missionschefs zu organisieren. «Teilnehmer» waren die Botschafter Kanadas, Italiens, Norwegens, Indiens und der Türkei sowie jeweils auch der Missionschef jenes Landes, das den turnusmässigen Vorsitz der EU innehatte. Die wichtigen Ereignisse in Israel, Erläuterungen zu Visiten von hochgestellten Persönlichkeiten etc. konnten aus unterschiedlichen Perspektiven besprochen und allfällige eigene Fehleinschätzungen vermieden werden. Der bekannteste «Teilnehmer» war der Vertreter Ankaras. Ahmet Ümzümcü wurde einige Jahre später Generaldirektor der Organisation für das Verbot der Chemiewaffen und nahm in dieser Eigenschaft 2013 den Friedensnobelpreis entgegen.

Die gegenseitige Kenntnis erleichterte gemeinsame Interventionen. Solche Unterredungen durften allerdings nicht zu oft stattfinden. Es galt, den Eindruck des *ganging up,* eines «Aufmarsches», zu vermeiden. Am 18. Oktober 2004 tätigten die Botschafter aus Norwegen, Kanada und ich eine gemeinsame Intervention. Es war meine letzte Unterredung in Jerusalem. Wir trafen den stellvertretenden Generaldirektor des Aussenministeriums für den Nahen Osten und den Friedensprozess. Er wurde unterstützt vom Direktor des Departements für palästinensische Angelegenheiten. Es ging bei unserer Intervention u. a. um die Wahlregistrierung in Ost-Jerusalem. Die zentrale Wahlkommission der Palästinenser wollte ein

neues Register für Abstimmungen in lokalen, parlamentarischen und Präsidentenwahlen erstellen. In Ost-Jerusalem errichtete sie sieben Registrierungszentren. Israels Minister der internen Sicherheit verbot diese Zentren und verlangte deren Schliessung in Ost-Jerusalem. Wir drei Botschafter erklärten, dass wir die Restrukturierung der PA und die Demokratisierung der palästinensischen Behörden unterstützten und ermutigten. Wir wüssten, dass auch Israel solche Reformen gutheisse. Sie seien sogar in der Road Map stipuliert, welche beide Seiten, Israel wie die PA, akzeptiert hätten. Wir hofften, dass eine akzeptable Form für die Registrierung gefunden werden könne. Dies sei eine Voraussetzung für jegliche demokratische Reform und die Legitimität der Institutionen und deren Vertreter. Zudem habe es 1996 bereits Wahlen in Ost-Jerusalem gegeben.

Unsere Gesprächspartner teilten grundsätzlich unsere Haltung zur Wahlausübung. Sie argumentierten, dass es zwischen Lokalwahlen und jenen für das Parlament und die Präsidentschaft zu unterscheiden gelte. Die Lokalwahlen lehnten sie ab, weil es nicht angehe, einerseits die «blaue Karte» von Ost-Jerusalem zu haben und anderseits für eine «auswärtige» Gemeinde stimmen zu wollen. Die PA habe diese Registrierung einseitig vorgenommen, ohne mit Israel darüber zu sprechen. Die Wahlen von 1996 hätten nicht auf lokaler Ebene stattgefunden. Damals sei, wie von uns erwähnt, der Urnengang auf eine «accomodation» gestützt durchgeführt worden, die ihrerseits auf dem Osloer Interimsabkommen basiert habe. Die Wahlen seien aber nicht durch die PA vollzogen worden, sondern durch eine vertraglich angeheuerte Körperschaft, dessen Namen sie nicht mehr wüssten. Die Wahlzettel seien über die Post verschickt worden. Israel sei bereit, mit sich reden zu lassen, wenn es um Wahlen für das Parlament und die Präsidentschaft gehe.

Ein weiterer Punkt unserer Intervention bezog sich auf die Berufsausübung der palästinensischen Bauern, genauer auf die Olivenernte, die meist deren einzige Erwerbsquelle bildete. Siedler hatten die Palästinenser daran gehindert. Unsere Gesprächspartner zeigten für unsere Intervention Verständnis. Die israelische Regierung habe einzelne Aktionen von Siedlern als so stossend empfunden, dass sie zur Ansicht gekommen seien, dass «langsam, aber sicher» das Gesetz in der Westbank und in Gaza für alle, also auch für die Siedler, zu gelten habe. Sie erwähnten, dass palästinensische Bauern wegen störender Siedleraktivitäten auf dem Felde sich mit der israelischen Armee koordinieren könnten. Die Soldaten würden dann die Bauern eskortieren.

Bei solchen Interventionen rannte man gerne gegen eine «Betonwand», die Diskussion vom 18. Oktober verlief jedoch ganz anders. Wir drei Botschafter waren uns anfänglich nicht sicher, wie die Israeli reagieren würden. Umso mehr überraschte uns deren Haltung. Welches mochten die Beweggründe gewesen sein? Die neue Dynamik, die Sharon mit seinem Durchziehen-Wollen des Entflechtungsplanes ausgelöst hatte und die sich gegen Siedler richtete, dürfte wahrscheinlich als wichtiger Grund angesehen werden.

Ich war froh, dass diese letzte Intervention, die ich ausführte, offener verlief und die Hoffnung nährte, dass endlich Bewegung in die erstarrten Fronten zwischen Israelis und Palästinensern kommen könnte.

Bern gegenüber benutzte ich diese Gelegenheit, um allen an der Zentrale und in der Region für die Mithilfe während der vergangenen vier Jahre zu danken.

Ich hatte versucht, so mein persönliches Resümee, dazu beizutragen, dass einige Wogen weniger hoch schlugen. Viele Inputs für ein umfassendes Bild aus der hiesigen Sicht hatte ich dabei nicht nur von diplomatischen Kollegen, sondern auch von Spezialisten ausserhalb des Aussenministeriums erhalten. Eine wichtige Quelle gerade für den Entflechtungsplan war der israelische Sicherheitsrat. Dass meine Kontakte und meine Bemühungen gehört und gesehen wurden, zeigte der Brief des stellvertretenden nationalen Sicherheitsberaters für auswärtige Angelegenheiten, der festhielt:

> I learned with regret that you are about to complete your tour here in Israel. Your outstanding professionalism and great personal warmth made a unique contribution to Swiss-Israeli relations. Unfortunately, I will be abroad on October 11th and thus unable to attend your farewell reception. I did, however, wish to take this opportunity to express my best wishes for all your future endeavours, my deep appreciation for your role as Ambassador. Knowing of your interest in history and archaeology I trust that you will take warm memories of your time here home with you.

Bern hatte unseren Wunsch erfüllt und mir den Posten bei der UNESCO in Paris gegeben. Meine Familie war wegen des Schulbeginns unserer Kinder bereits nach den Sommerferien in die *ville lumière* gereist. Ich folgte im Oktober 2004 nach.

Zusammenfassung meiner Mission in Israel

Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Innenpolitik Israels

«Der Friedensprozess ist irreversibel». Mit diesen Worten kommentierte Staatspräsident Katsav die politische Lage, als ich ihm am 12. September 2000 mein Beglaubigungsschreiben überreichte. Aber bereits gute zwei Wochen später begann die zweite Intifada, die bis ans Ende meiner Mission in Israel andauerte. Der offizielle Optimismus des Präsidenten widerspiegelte – und dies muss man erwähnen – mindestens so sehr Wunschdenken wie politisches (Verhandlungs-) Kalkül, denn die israelischen Geheimdienste hatten schon Wochen vorher die eigenen Behörden davor gewarnt, dass sich eine bewaffnete Auseinandersetzung anbahne. Das präsidiale Wunschdenken war damals weitverbreitet, und selbst die schweizerische Botschaft blieb davon nicht verschont. So hatte sie unter meinem Vorgänger in Bern sondiert, ob sie nicht die Bewilligung bekommen könnte, sich in Jerusalem nach Räumlichkeiten umzusehen, bevor der «Rush» der anderen Länder einsetzen würde, wenn der Friedensvertrag geschlossen sei und alle Missionen von Tel Aviv in die Hauptstadt umzögen.

Die zwei Hinweise lassen erahnen, wie brutal das Erwachen weiter Kreise des israelischen Volkes aus dem süssen Traum einer Friedenslösung war und wie frustriert-gewalttätig sich die Reaktion darauf gestaltete. Vier Jahre nach dem Ausbruch der Kämpfe war ein Grossteil der Israelis so weit, dass sie die Palästinenser nicht einmal mehr sehen wollten. Eine Trennung, selbst unter Aufgabe von Siedlungen und der Inkaufnahme internationaler Kritik wegen der Sperranlage/Trennmauer, wurde nicht zuletzt wegen des «fehlenden Partners» auf der anderen Seite als einzige Möglichkeit gesehen.

Infolge der Bedrohung schlossen sich die Reihen in Israel. Die internen Querelen, die das Land vor dem 28. September 2000 beinahe zerrissen hatten, waren plötzlich wie ausgelöscht. Von Befürwortern wie Gegnern der Friedenslösung

313 lautete die Botschaft *unisono,* dass Israel noch nie so viel offeriert, ja sogar die Teilung Jerusalems ins Auge gefasst habe und dafür mit Terror bestraft worden sei. Dieser Frust, gepaart mit der falschen taktischen Überlegung, dass ein massives Zuschlagen den Aufstand im Keim ersticken könne, waren die Hauptursachen für den teilweise übermässigen Einsatz von Gewalt meines Residenzlandes gegenüber den Palästinensern und den demonstrierenden israelischen Arabern.

Die Analysen und Untersuchungen darüber, warum die Verhandlungen von Camp David im Sommer 2000 nicht gelangen und warum es zum Gewaltausbruch kam, füllen inzwischen ganze Regale. Trotz des Scheiterns gingen die Gespräche unter Premierminister Barak weiter. Präsident Clinton offerierte im Dezember 2000 gar seine «Parameter», und bis Januar 2001 wurden im ägyptischen Taba etliche Fortschritte erzielt. Das Ende der Amtszeit Clintons sowie die bevorstehenden Wahlen in Israel, die wie zu erwarten die Ära Barak abschlossen, verunmöglichten angesichts eines zögernden Arafats ein Endabkommen. Einzig die beiden Unterhändler Beilin und Abed Rabbo beschlossen, trotz des offiziellen Einstellens des Taba-Tracks weiterzumachen. Ihre Bemühungen gipfelten im Herbst 2003 schliesslich im Genfer Abkommen, das oben ausführlich erläutert wurde und worauf unten nochmals eingegangen wird.

Der Gewaltausbruch hatte tiefgreifende Folgen für beide Völker, doch traf das asymmetrische Kräfteverhältnis die Palästinenser ungemein härter. Israel erlitt, verstärkt durch das Platzen der Technologieblase, wirtschaftliche Einbussen, die sich am deutlichsten im Tourismussektor und beim Rückgang der Investitionen abzeichneten.

Die andauernden Kämpfe machten das Sicherheitsbedürfnis zu einer Hauptsorge Israels, welches das verheerende internationale Image in Kauf nahm. Es war vorauszusehen, dass in diesem Umfeld der «Sicherheit und Frieden» verkündende Ariel Sharon die Wahlen im Februar 2001 ins Premierministeramt gewinnen musste. Für Labour, nach wie vor stärkste Partei im Parlament, begann demgegenüber, ebenso wie für das sogenannte Friedenslager, der Abstieg, sie stellte aber mit Shimon Peres immer noch den Aussenminister und stellvertretenden Regierungschef. Die im Februar 2001 gebildete Koalition der «Nationalen Einheit» scheiterte hingegen nach ungefähr eineinhalb Jahren an den inneren Widersprüchen und der Perspektivlosigkeit. Die Arbeiterpartei, die je länger, je mehr als Feigenblatt für die unzimperliche Sicherheits- und Siedlungspolitik Sharons fungierte, trat schliesslich 2002 aus der Regierung aus, was den Premierminister zu Neuwahlen zwang. Die nach rechts gerückte Bevölkerung verhalf Likud zu einem überwältigenden Sieg, sodass Sharon eine Mitte-rechts-Regierung bilden konnte. Die Arbeiterpartei blieb seither in der Opposition. Die ideologische Basis beider traditioneller Gruppierungen war – unabhängig von ihrer konjunkturellen Stärke – von der Realität überholt worden. Likud verlor die Gross-Israel-Lösung («vom Mittelmeer bis zum Jordan»), was die Spaltung der Partei bezüglich Sharons Politik erklärt, und Labour musste die sozialistischen Ideen und den traditionellen Friedensprozess hinter sich lassen.

Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, beide Konfliktparteien zu einem Waffenstillstand und zurück an den Verhandlungstisch zu bringen, liessen nicht nach. Allein, Sharons Devise, keine politischen Gespräche «unter Feuer»

zu führen, sowie die unheilige Allianz, die er in Arafat fand, der das Menetekel an der Wand nicht lesen wollte (Stichworte: 11. September und Krieg gegen den Terror), liessen alle Vorschläge scheitern, seien es die Anstrengungen Ägyptens und Jordaniens, der Amerikaner mit Michell und Tenet oder die saudische Initiative, die im April 2002 zur Erklärung von Beirut führte. Einzig die Road Map des Quartetts (USA, EU, Russland und UNO) gab Anlass zu ein wenig Hoffnung, die durch den zweiten Irakkrieg verstärkt worden war. Die zarte Flamme, die in Aqaba im Juni 2003 entzündet worden war, erlosch jedoch bald angesichts der unzureichenden Realität: die Palästinenserführung verfolgte keine echten Reformen und die Stimuli, welche die Israelis dem palästinensischen Premierminister Abu Mazen offerierten, waren nicht weitreichend genug, um wirksam werden zu können. Ähnlich wie in der ersten Regierung Sharon machte sich eine erneute Stagnation des Friedensprozesses und eine Perspektivlosigkeit breit. Diesmal geriet der israelische Regierungschef jedoch nicht nur unter äusseren Druck, sondern wurde auch in seinem Land deutlich kritisiert. Weil es an öffentlichen Politiken fehlte, erregten dafür private Initiativen umso mehr Aufsehen. Die bekannteste war die Genfer Initiative, die durch die massive Intervention des Premierministers am Vorabend der Schlussgespräche im Mövenpick-Hotel in Sweimeh am Toten Meer einen unerwarteten Publizitätsschub erfuhr.

Die Genfer Initiative, die anfänglich einen breiten Zuspruch fand, zwang den israelischen Regierungschef, seine Zurückhaltung aufzugeben. Nachdem er Arafat als irrelevant, ja als politischen «Nobody» hingestellt hatte und – unterstützt von den USA – in Ramallah keinen Partner mehr sah, kündigte er im Dezember 2003 seinen einseitigen Rückzugsplan aus Gaza und der nördlichen Westbank an. Sharon gelang damit ein Meisterstück: Die Palästinenser und die internationale Gemeinschaft konnten diesen Plan nicht ablehnen, sondern lediglich Bedingungen an ihre Zustimmung knüpfen. Gleichzeitig rückten dadurch alle anderen «Initiativen», nicht zuletzt die Genfer Initiative, in den Hintergrund. Ob dieser Entflechtungsplan eine echte Chance für den Weg zurück zur Road Map darstellte oder zu einer Lösung *Gaza last* führte, musste bei meinem Weggang offenbleiben.

Die Aussenpolitik

Amerika war (und ist) in den Augen Israels der einzige Garant für Sicherheit. Die ganze Aufmerksamkeit hiesiger Regierungen galt daher den intensiven «iron-clad»-Beziehungen zu Washington, die durch die zahlreiche und gut organisierte Diaspora unterstützt wurden. Die Politik der USA wurde nie lautstark kritisiert, selbst wenn es bei einzelnen Fragen unterschiedliche Meinungen gab. Die bedingungslose Unterstützung vor, während und nach dem zweiten Irakkrieg belegte dies. Unter Sharon und Bush gestalteten sich die Verbindungen zwischen den Regierungschefs beider Länder so eng wie nie zuvor.

Ganz anders sehen die Beziehungen zu Europa, namentlich zur EU, aus. Sie sind zwar intensiv, aber komplex, teilweise gespannt. Bei einzelnen Fragen kann ein eigentliches «EU-Bashing» beobachtet werden. Es gibt allerdings grosse Unterschiede zwischen einzelnen Mitgliedstaaten. Israel wirft vielen europäischen

315 Ländern vor, dass sie mit ihrer (zu) kritischen Haltung für den ansteigenden Antisemitismus verantwortlich seien.

Der Ausbruch der Intifada liess das Verhältnis zu den beiden Nachbarn Ägypten und Jordanien abkühlen, sodass man von einem «kalten Frieden» sprechen musste. Der Entflechtungsplan Sharons und die neue Rolle, die Kairo darin übernehmen sollte, intensivierten die Verbindungen aber erneut. Jordanien wurde trotz aller Differenzen als strategischer Partner angesehen. Das Fundament dazu lag einerseits in der pro-amerikanischen Haltung des haschemitischen Königshauses und anderseits in der guten geheimdienstlichen Zusammenarbeit, die aufgrund der geografischen Nachbarschaft und der demografischen Zusammensetzung Jordaniens nahelag. Nichtsdestotrotz beäugten beide Länder die inneren Machtverhältnisse des Nachbarn mit Misstrauen.

Die angestrebte Verbesserung im Verhältnis zu den anderen arabischen Staaten, ausgenommen Mauretanien, das nach wie vor einen Botschafter in Israel hatte, erlitt durch die Intifada einen Rückschlag. Erst in jüngster Zeit wurden wieder Annäherungsversuche zu einzelnen Ländern unternommen (Tunesien, Marokko, Golf-Staaten).

Syrien wurde als feindliche Macht eingestuft, die als Schaltstelle für alles galt, was zwischen dem Iran und Libanon passierte. Verhandlungen mit Syrien waren damals nicht realisierbar. Das Assad-Regime stellte ein unüberwindbares Hindernis dar.

Das Verhältnis zu Libanon war nicht zu trennen von jenem zu Syrien. Der «einseitige» israelische Rückzug im Mai 2000 brachte nicht die angestrebte Ruhe an der Nordgrenze (Sheba Farms), hatte dagegen zwei negative Folgen: Hizbullahs Rolle als Befreier arabischen Bodens dank Israels «Blutzoll» wurde unterstrichen, und viele Palästinenser übernahmen in der Folge die «Blutzoll»-Idee für ihre eigenen Ziele.

Die Beziehungen zur Türkei waren intensiv, jedoch nicht frei von Vorsicht und Kritiken, die sich unter der Regierung Erdogan häuften.

Die Stellung zur Rolle der UNO war wegen der «automatischen Anti-Israel-Mehrheit» ablehnend. Die Weltorganisation sollte sich in den Augen Jerusalems statt mit endlosen Resolutionen und Deklarationen mit relevanten Themen befassen. Wegen seiner isolierten Position strebte mein Residenzland Ad-hoc-Gruppierungen an, um *issue-oriented* vorgehen zu können.

Beziehungen zur Schweiz

Nachdem sich «die Wolken wegen der nachrichtenlosen Konten aufgelöst hatten» (so Präsident Katsav zu mir im September 2000), hätte einem gedeihlicheren Beziehungsgeflecht nichts mehr im Wege gestanden. Allein, die Intifada färbte sich auf unser bilaterales Verhältnis ab. Beide Länder interpretierten die Sicherheitsvorkehrungen Israels und den Schutz der Rechte der Palästinenser unterschiedlich. Ein Spannungsfeld bildeten ferner unsere Aufgaben als Depositärstaat der Genfer Konventionen, unsere Rolle wegen der Emblem-Frage (Magen David Adom) und das UNO-Mandat zur Sperranlage. Die Regierung Sharon empfand

die logistische und finanzielle Unterstützung, welche das EDA der Genfer Initiative zuteilwerden liess, als Einmischung in innere Angelegenheiten.

Spannungen verursachte die an Ostern 2002 verkündete «neue Nahostpolitik der Schweiz», die abgeschwächt am 10. April jenes Jahres vom Bundesrat genehmigt wurde. Es betraf namentlich die Fragen der kommerziellen Beziehungen (Ursprungsregeln der Produkte aus den Siedlungen) sowie der militärischen Einkäufe. Einen Schatten auf unsere Verbindungen warf auch die Beschiessung unserer zwei Vertreter aus Ramallah durch israelische Militärs am 26. Mai 2003 beim Eretz-Übergang. Tragisch war schliesslich die Erschiessung unserer TIPH-Mitarbeiterin Berruex durch Palästinenser bei der Ausfahrt aus Hebron im April 2002.

Vor diesem nicht einfachen Hintergrund schlug Israel im Frühling 2004 vor, einen politischen Dialog zu führen, der – ähnlich wie im Falle Frankreichs – das bilaterale Verhältnis von den Fragen um den Friedensprozess trennte. Israel nahm an, dass im bilateralen Bereich eher Fortschritte erreicht werden könnten. Diese Vorgehensweise war zu begrüssen, denn bei allen unterschiedlichen Politiken kannten die zwei Länder langjährige, freundschaftliche Beziehungen und ähnliche, auf menschlichen Ressourcen und nicht auf Rohstoffen beruhende Entwicklungen. Die Voraussetzungen für einen Ausbau der Beziehungen waren also gegeben, und die Rahmenbedingungen konnten durch das Doppelbesteuerungsabkommen, das im Dezember 2003 ratifiziert wurde, stark verbessert werden.

Anregungen für unser Engagement in der Region und persönliches Fazit

Beim richtigen und wichtigen Einsatz für das internationale humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte muss man sich bewusst sein, dass wir in einem Spannungsverhältnis zwischen dem legitimen Selbstverteidigungsrecht Israels und den fundamentalen Rechten der schutzbedürftigen Palästinenser stehen. Wie können wir vermeiden, von der einen oder anderen Seite lediglich als «fremde Richter» oder als Lehrmeister angesehen zu werden? Statt nur Negatives und Verpflichtendes zu nennen, dürfte es überlegenswert, eventuell gar wirkungsvoller sein, auch die positiven, «beschützenden» Aspekte des internationalen humanitären Völkerrechtes hervorzuheben, die letztlich beiden Konfliktparteien zugutekommen. Bei massiven Verstössen sollte umgekehrt nicht auf «helvetische Kompromiss-Suche» gemacht werden.

Von zentraler Bedeutung scheint mir ausserdem die gut koordinierte Vermittlung einer kohärenten Politik der Schweiz gegenüber ihren Gesprächspartnern zu sein. Diese ist dann gefährdet, wenn das Engagement über mehrere Kanäle läuft.

Ich bin dem EDA dankbar, dass es mich für den politisch äusserst wichtigen und anspruchsvollen Posten Tel Aviv vorgeschlagen hat. Die Arbeiten in Israel waren alles andere als einfach, nicht zuletzt, weil man hier wie in einem Glaskasten arbeitete und jeder Schritt, jedes Wort genau beobachtet wurden. Die zwischenmenschlichen Beziehungen, beruflichen Erfahrungen und Kenntnisse, die ich dort aufbauen und sammeln konnte, möchte ich jedoch nicht missen. Sie stellen eine einmalige Bereicherung dar.

XV Botschafter und ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO in Paris (2004–2009)

Das Mandat der UNESCO behält auch mehr als 70 Jahre nach der Gründung der Organisation seine Gültigkeit. Dies spricht für die Weitsicht der Verfasser und die hohen Ideale, die anvisiert wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte den Menschen eine friedliche Zukunft ermöglicht werden. Die viel zitierte Präambel der Verfassung der UNESCO weist den Weg: «[…] da Kriege im Geist der Menschen entstehen, müssen auch die Bollwerke des Friedens im Geiste der Menschen verankert werden». Die unmittelbareren Bedürfnisse und die zunehmend komplexeren Aufgaben drängten die hehren Ziele aber oft in den Hintergrund.

Die Schweiz engagierte sich von Anfang an bei diesem *think tank* (*laboratoire d'idées,* Denkfabrik) der UNO. So vertraten der berühmte Pädagoge Jean Piaget, Direktor des Internationalen Erziehungsbüros in Genf, und Professor Jean Weigle von der Universität Genf unser Land in London bei der Gründungskonferenz der UNESCO vom 1. bis 16. November 1945. Bern delegierte ein Jahr später den angesehenen Professor Jean Rudolf von Salis von der ETH Zürich als Beobachter an die erste Generalkonferenz der UNESCO in Paris, wo er das Aufnahmegesuch der Schweiz präsentierte. Am 28. Januar 1949 trat unser Land der Organisation bei, und im Mai desselben Jahres bildete der Bundesrat die Schweizerische UNESCO-Kommission (SUK), präsidiert von Jean Piaget.

Überreichung des Beglaubigungsschreibens

Begleitet von meinem engagierten Mitarbeiter Nicolas Mathieu überreichte ich am 16. November 2004 dem Generaldirektor Koichiro Matsuura mein Beglaubigungsschreiben. Im Gegensatz zu den sehr formellen Zeremonien bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens an die Staatsoberhäupter verschiedener Residenzländer spielte sich der Akt bei der UNESCO *businesslike* ab. Es war deshalb ganz auf der Linie der Organisation, dass über die Arbeiten der UNESCO und der Schweiz als Mitglied gesprochen wurde. Ich erwähnte, dass uns als mehrsprachigem und multikulturellem Land die Erarbeitung der Konvention über die kulturelle Vielfalt sehr viel bedeute. Matsuura erwiderte, dass diese künftige Konvention nur einen Aspekt der kulturellen Vielfalt bilde. Ein anderes normatives Werk, das die Bewahrung des immateriellen Kulturerbes regle, sei insbesondere für die Entwicklungsländer von besonderer Wichtigkeit. Er erinnerte daran, dass die Schweiz anlässlich der Annahme jener Konvention an der letzten Generalkonferenz sich der Stimme enthalten habe. Beide Texte seien komplementär. Ich erläuterte dem Generaldirektor unsere Haltung: Nach Ansicht der zuständigen Experten stelle das Regelwerk für das immaterielle Kulturerbe eine Gefahr dar, weil es das Erbe zu statisch betrachte. In unseren Augen sei

Übergabe des Beglaubigungsschreibens an den Generaldirektor der UNESCO Koichiro Matsuura in Paris (Frankreich) am 16. November 2004. Privatarchiv Ernst Iten

dies jedoch etwas Lebendiges, das entsprechend dynamischen Entwicklungen unterworfen sei. Ich unterstrich, dass wir das Dossier trotzdem im Blick behielten. Die Diskussion darüber sei bei uns nicht abgeschlossen. Die Schweizerische UNESCO-Kommission plane, das Thema bei ihrer nächsten Generalversammlung zu behandeln. Unser Land trat denn auch 2008 der Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes bei.

Im Weiteren hob ich hervor, wie sehr wir das Jahrzehnt «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (2005–2014) fördern wollten. Matsuura fügte an, dass unter den fünf Sektoren der UNESCO das Thema Bildung die oberste Priorität habe.

Die ständige Delegation in Paris

Die ständige Delegation in Paris war relativ klein, hatte aber vorbildliche Mitarbeiterinnen. Ich verwende bewusst die weibliche Form, weil mich ab 2005 nur Frauen in der Delegation unterstützten, nämlich Ruth Oberholzer (Nicolas Mathieu wurde Ende 2004 nach Bern abberufen; er arbeitete dort im UNESCO-Sekretariat des EDA und war die Verbindungsstelle zwischen Bern und Paris) sowie die zwei Assistentinnen Corinne Graber und Béatrice Micheli. Der kleine Personalbestand war aus zwei Gründen möglich:

1. Die Botschaft in Paris erledigte die administrativen Arbeiten. Wir konnten uns daher voll den Aufgaben der UNESCO widmen. Dies empfand ich als grosse Erleichterung, denn die sogenannte Selbstverwaltung des EDA hatte seit einigen Jahren so zugenommen, dass ein bilateraler Missionschef über 30 Prozent seiner Zeit für Administratives verwenden musste.
2. Für wichtige Sitzungen entsandte Bern Spezialisten oder Verstärkungen. Dies war z. B. immer der Fall während der Sessionen des Exekutivrates oder an den Generalversammlungen der UNESCO.

Der 171. Exekutivrat (18.–28. April 2005)

Die UNESCO kennt drei Hauptorgane: erstens die Generalversammlung, die alle zwei Jahre tagt und das Budget sowie die Programme genehmigt; zweitens den Exekutivrat (CEX) aus 58 Mitgliedern als höchstes Organ zwischen den Generalversammlungen. Der CEX kontrolliert die Verwendung der Finanzen, diskutiert die Budgetentwürfe für die Generalversammlung und überwacht die Ausführung der Programme. Das dritte Organ ist das Sekretariat unter der Leitung des Generaldirektors als «Ausführungsarm» der UNESCO mit ca. 2300 Mitarbeitern.

Die Schweiz war für die Jahre 2004–2007 in den Exekutivrat gewählt worden, und ich vertrat unser Land an dessen Sitzungen. Der Rat tagte zweimal pro Jahr. Die erste Session, an der ich teilnahm, wurde vom 18. bis 28. April 2005 abgehalten. Wie üblich gaben die Ländervertreter zu Beginn der Sessionen während maximal acht Minuten ihre generellen Erklärungen zu den Dokumenten des Sekretariates ab. Letztere wurden anschliessend *in extenso* publiziert. Meine erste Intervention vom 19. April 2005 findet sich im UNESCO-Dokument Nr. 171 EX/SR. 3 Prov., Seite 25/26. Ich gehe hier näher auf die Rede ein, weil sie unsere grundsätzliche Haltung aufzeigt. Der Text war in enger Zusammenarbeit mit Bern verfasst worden, und Nicolas Mathieu, der extra an die Ratssitzungen nach Paris fuhr, war eine wertvolle Hilfe.

Im September 2003 hatte Kofi Annan, der UNO-Generalsekretär, ein 16-köpfiges Gremium zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Reform der Vereinten Nationen eingesetzt. Die Umstrukturierung berührte auch die UNESCO, weshalb sich unsere einleitenden Bemerkungen darauf bezogen:

> […] le temps est venu de mettre en synergie les différentes composantes liées à la réforme, à la nécessité d'une gestion axée sur les résultats, et à l'amélioration du fonctionnement institutionnel de l'Organisation. […] Il devient impératif que l'UNESCO parvienne à préciser son rôle dans ses tâches […] en collaboration avec d'autres acteurs.

Weil in der Organisation fast nur über die Anliegen der Entwicklungsländer gesprochen wurde, fügte ich folgenden Ratschlag bei: «Il est indispensable que l'UNESCO reconsidère sa présence dans les pays de l'hémisphère Nord. C'est seulement en suscitant davantage d'intérêt dans les pays ‹donateurs› que des fonds plus importants pourront être mobilisés.» Wir begrüssten die Transparenz des Sekretariates zur Reform der Dezentralisierung. Diese müsse sich allerdings von den Prioritäten der Organisation leiten lassen. Ich kam anschliessend auf die Rekrutierung des Personals und die nötige Berücksichtigung bei der geografischen

Auswahl zu sprechen, denn die Schweiz war im Sekretariat untervertreten. Zum Budget hielt ich fest, dass wir grundsätzlich die Planung für vier Jahre begrüssten, dass wir aber auch die Möglichkeit bewahrt sehen wollten, die Planung je nach Bedürfnis alle zwei Jahre anzupassen.

Ich sprach nachher zu den verschiedenen Sektoren der Organisation. Unsere Priorität beim Kultursektor bleibe die Annahme der Konvention über die kulturelle Vielfalt bei der nächsten Generalversammlung. Im Sektor Kommunikation sollte unserer Ansicht nach dem Projekt der «centres multimédias communautaires» (CMC) ein grösseres Gewicht und eine entsprechende Verwaltung zugesichert werden. (Die CMC ermöglichten Bewohnern abgelegener Regionen den Zugang zu neuen Kommunikationsmitteln inklusive Internet.) Ich sprach schliesslich über den Erziehungssektor und die sektorübergreifenden Programme wie die «Bildung für nachhaltige Entwicklung» und die «Erziehung für alle» (EPT, von französisch «Education pour tous»). Letztere sei schon seit 60 Jahren ein Ziel der UNESCO, ohne dass es bisher erreicht worden sei.

> Les raisons en sont certainement multiples et complexes, mais aujourd'hui, la compétition entre les acteurs limite la portée des efforts. L'avantage comparatif de l'UNESCO est d'être chef de file, pour autant qu'elle assume pleinement cette fonction. Notre Organisation peut et doit jouer le rôle de rassembleur plutôt que faire le jeu de la compétition.

Erste Geberkonferenz über den Schutz und die Bewahrung des kulturellen Erbes im Kosovo

Die schrecklichen Ereignisse im März 2004 im Kosovo beeinträchtigten das kulturelle Erbe jener Gegend. Eine gross angelegte Geberkonferenz am Sitz der UNESCO am 13. Mai 2005 versammelte Mitglieder der UNMIK (Mission intérimaire des Nations Unies au Kosovo), des Europarates, der EU sowie Vertreter von mehr als 50 Geberländern und 15 NGOs. Bern bat mich, die Schweiz zu vertreten und einen mir zugestellten Text vorzutragen, den ich im Einvernehmen mit der Zentrale leicht abänderte. Ich hielt darin u. a. Folgendes fest:

> Mon pays souligne l'importance de soutenir équitablement la protection des monuments et des sites, quelle que soit leur destination – orthodoxe, islamique, vernaculaire ou historique – de façon à refléter la diversité culturelle et ethnique du Kosovo. […] Depuis le déclenchement des conflits en ex-Yougoslavie, les Balkans orientaux sont une région prioritaire de notre politique extérieure. Les moyens que la Suisse a engagés dans la région sont considérables, ils s'élèvent, en effet, à un milliard et demi de francs suisses depuis 1995. La Suisse se sent particulièrement concernée par la situation au Kosovo. Il faut savoir, qu'une importante diaspora de Kosovars albanais et originaires d'autres régions de l'ex-Yougoslavie est établie chez nous. L'engagement de la Suisse au Kosovo est très actif, notamment en matière de reconstruction économique, de stabilisation politique, de sécurité et de rétablissement de l'Etat de droit, mais aussi en faveur du retour et de la réintégration des réfugiés. […]

Im Bericht an die Zentrale vom 17. Mai betonte ich, dass sich ein allgemeiner Konsens über den Schutz und die Restauration der Kulturgüter ergeben habe, und zwar unabhängig von der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Die ca. zehn Millionen US-Dollar der Geber sollten in einer integrierten und koordinierten Strategie umgesetzt werden. Die UNESCO habe sich bereit erklärt, die Koordinatorenrolle zu übernehmen. Die Strategie müsse von der Bevölkerung getragen werden. Der Schutz und die Restauration bedingten ein Umfeld, welches das

Mit Bundesrat Pascal Couchepin in Müstair am 26. Februar 2006. Privatarchiv Ernst Iten

Zusammenleben der Menschen, der Mehr- und der Minderheiten garantiere. Die Voten der EU und der Schweiz in diesem Sinne seien sehr willkommen gewesen.

An der anschliessenden Pressekonferenz zeigte es sich, dass die Fragen zum Kosovo nach wie vor sehr angespannt, ja emotional waren. So wurde Soren Jessen-Petersen von der UNMIK von einem Medienvertreter als Lügner bezeichnet, weil er angeblich die muslimischen Kosovaren bevorzugte. Der Aussenminister von Serbien und Montenegro, Vuk Draskovic, hielt fest, dass die serbische Bevölkerung, die (noch) im Kosovo lebe, wie Sklaven gehalten werde.

Wie ging es weiter? Wie ich weiter unten mit Bezug auf ein Gespräch vom 1. Dezember 2006 mit der Verantwortlichen für den Kultursektor der UNESCO schildern werde, war den Bemühungen für einen Brückenschlag zwischen den verfeindeten Parteien einiger Erfolg beschieden und die Kultur griff der Politik vor.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission (SUK)

Die Generalversammlung der SUK tagte vom 20. bis 22. Mai 2005 in Müstair im Kloster St. Johann, einer Stätte des Weltkulturerbes der UNESCO. Der Sitzungsort entsprach dem berechtigten Wunsch von Dr. Jürg Goll, dem Leiter der Archäo-

logie und Bauforschung des Konvents. Am 26. Februar 2006 war ich erneut im Münstertal und konnte das Stift einlässlicher betrachten. Der Leiter des Welterbezentrums der UNESCO und ich begleiteten Bundesrat Couchepin, der bei dieser Gelegenheit die restaurierte Ulrichskapelle einweihte. Die Klosterkirche birgt den grössten Zyklus karolingischer Wandmalereien. Sie erscheinen in gedämpftem Licht. Mich beeindruckte besonders das Weltgericht an der Westwand, das als die älteste erhaltene monumentale Darstellung dieses Themas gilt. In einem genial verdichteten Bild rechts über dem sitzenden Christus als Richter rollen zwei Engel das gestirnte Firmament wie eine Pergamentrolle ein. Sie verdeutlichen, dass es die irdische Zeit nicht mehr gibt und das ewige Gottesreich beginnt.

Aber zurück zur Generalversammlung der SUK. Bei dieser Tagung wurde mir bewusst, wie vielseitig die Arbeiten der Kommission waren und wie einzigartig die «verfassungsmässige» Verbindung der UNESCO zu den nationalen Kommissionen, der «Zivilgesellschaft», ist. Der Jahresbericht 2005 der SUK, professionell erstellt von der Generalsekretärin der Kommission Madeleine Viviani, enthält auf Seite 25 ein Resümee meiner Intervention über die Arbeiten bei der UNESCO. Die Präsidentin der Kommission war die Tessinerin Francesca Gemnetti. Ich arbeitete gerne mit ihr zusammen. Ich schätzte ihre Intelligenz und Offenheit, sodass sich rasch ein Vertrauensverhältnis aufbaute. Sie gestand mir später, dass sie anfänglich wegen meiner Ernennung enttäuscht gewesen sei, weil Bern ihr gesagt habe, «der Iten» würde sich in Paris auf seine Pension vorbereiten. Zum Glück habe sie schon nach kurzer Zeit gesehen, dass das Gegenteil der Fall sei. Die Delegation lebe unter mir richtig auf.

Die SUK leistete ausgezeichnete Arbeit, die leider viel zu wenig beachtet wurde. Ich möchte hier nur auf ein spektakuläres Ereignis hinweisen. Im Sommer 2007 wurden ca. 1500 Kulturobjekte aus Afghanistan, die in der Schweiz vor der Zerstörung in ihrem Ursprungsland bewahrt worden waren, unter der Leitung der SUK nach Kabul zurückgeschickt.

Besuch des Generaldirektors der UNESCO in Bern

Am 9. Juli 2005 nahm Generaldirektor Matsuura zusammen mit Bundespräsident Samuel Schmid am Festtag des internationalen Jahres der Physik teil. Einstein hatte 100 Jahre zuvor während seiner Berner Zeit drei Theorien entwickelt, jene zur Natur des Lichtes und zur Existenz von Atomen und die viel zitierte Relativitätstheorie mit der bekannten Formel $E = mc^2$. Matsuura unterstrich in seiner Rede im Kultur-Casino vor 500 Gästen, dass die Arbeiten des jungen Einstein eine Quelle der Inspiration und ein Vorbild für die Jugend unserer Zeit sein sollten. In der kurzen bilateralen Begegnung mit Bundespräsident Schmid dankte der Generaldirektor unserem Land für das Engagement zugunsten der UNESCO und besonders für den Beitrag zum Erarbeiten der Konvention über die kulturelle Vielfalt und die Finanzierung der Multimedia-Zentren in Afrika. Die SUK offerierte ein Arbeitsmittagessen. Der Generaldirektor besuchte anschliessend die Einstein-Ausstellung im Historischen Museum.

Vor seiner Abreise nach Südafrika fragte mich Matsuura, ob ich mit ihm zur Sitzung des Welterbekomitees flöge. Ich verneinte dies; etwas kleinlich hatte Bern

von meiner Teilnahme abgesehen: Es stünden keine Stätten unseres Landes zur Diskussion. Dies sollte sich ab 2006 grundlegend ändern.

Archäologieprojekt für Gaza und die Rolle der Schweiz

Am 30. Mai 2005 hatte mir Marc-André Haldimann, verantwortlicher Konservator des Departements Archäologie des Musée d'art et d'histoire (MAH) in Genf einen längeren Bericht über ein archäologisches Projekt in Gaza geschickt. Haldimann schilderte in seinem Text, wie das Museum auf die Idee des Gaza-Projektes gekommen war. Sie hatten weitgespannte Pläne. Zusammen mit Marianne Martiniani-Reber, verantwortliche Konservatorin der angewandten Künste des MAH, war er im vergangenen April nach Gaza gereist. Sie hatten dort längere Gespräche mit den Verantwortlichen der Palästinenser und mit Jean-Baptiste Humbert von der École biblique et archéologique française in Jerusalem geführt, der schon seit zwölf Jahren in Gaza Ausgrabungen machte und die hellenistische Stadt Anthedon entdeckt hatte. Dieser Forscher war mir wohlbekannt. Ich hatte Jean-Baptiste während meiner Zeit als Botschafter in Israel u. a. zu seinen Ausgrabungen im Norden Jordaniens begleitet.

Die Pläne des MAH reichten von mehrjährigen Ausgrabungen und der Ausbildung von palästinensischen Stagiaires bis hin zu einem Museumsbau in Gaza. Die Fragen, die ich mit der UNESCO abklären sollte, waren folgende: «[…] dans quelle mesure l'UNESCO serait-elle intéressée de soutenir ce partenariat, quel apport concret peut être proposé en vue de soutenir financièrement la réalisation de ces projets? Plus largement, quels autres partenariats, quelles synergies pourriez-vous nous recommander ?»

In Paris besprach ich die Pläne Genfs am 14. Juni mit Assistant Director General (ADG) Munir Bouchenaki, der den Kultursektor der UNESCO leitete. Mir war klar, dass die finanziell nicht gut aufgestellte Organisation kaum Geld für die Projekte Genfs würde aufbringen können. Ich zielte deshalb vor allem auf die Schirmherrschaft. Diese wurde am 7. September 2005 gewährt.

Vorgängig hatte ich am 9. Juni 2005 den Chef der Politischen Abteilung III in Bern, Botschafter Ulrich Lehner, der für die UNO und die anderen internationalen Organisationen zuständig war, über die Pläne des MAH orientiert. Ich fügte bei, dass ich im Juli zusammen mit Francesca Gemnetti Mario Botta besuchen würde, um mit ihm die Realisierung eines Museums in Gaza sowie mögliches Sponsoring zu besprechen.

Francesca Gemnetti und ich trafen den Architekten im Sommer in Lugano. Er zeigte sich sehr grosszügig und erklärte sich bereit, das Museum über der hellenistischen Stätte Anthedon entgeltfrei zu planen. Es war Mario Botta ein Anliegen, nicht nur in Israel zu bauen, wo er auf dem Areal der Universität Tel Aviv die Cymbalista-Synagoge errichtet hatte, sondern auch den Palästinensern zu helfen. Seine Ideen ging über das Museum hinaus. Seiner Ansicht nach sollte unbedingt ein Urbanisierungsplan für die Umgebung der Ausgrabungsstätte erstellt werden.

Ich freute mich, Mario Botta wiederzusehen. Die letzte Begegnung hatte in Tel Aviv stattgefunden. Meine Gattin und ich hatten am 28. Mai 2001 ein Nachtessen auf der Residenz für ihn und weitere Gäste gegeben. Gloria überraschte den Archi-

Mit Mario Botta und Francesca Gemnetti in Lugano im Sommer 2005. Privatarchiv Ernst Iten

tekten dabei beim Dessert: Sie hatte eine Cymbalista-Synagoge aus Schokolade gefertigt. Spontan zeichnete Mario Botta als Dank das Bauwerk in unser Gästebuch.

Am 9. September traf ich Bouchenaki erneut und orientierte ihn über das Treffen mit dem Architekten. Er wies seine Mitarbeiterin umgehend an, alles in die Wege zu leiten, damit möglichst schnell seitens der Palästinenser ein Gesuch eingereicht würde, wonach sie eine solche Planungsarbeit wünschten, die über die Schweizer Kanäle laufen könnte.

Trotz des offiziellen Endes der zweiten Intifada im Jahre 2005 war die Lage zwischen Israel und den Palästinensern 2006 erneut sehr angespannt. Ich nahm im Sommer jenes Jahres an der Sitzung des Welterbekomitees in Vilnius teil, wo ich von Jean-Marc Haldimann alarmierende telefonische Nachrichten erhielt. Die israelische Armee stehe 200 Meter vor dem Ausgrabungsort von Anthedon, der nördlich von Gaza-Stadt an der Küste liegt, beim heutigen Blakhiyah. Ich solle unbedingt die Delegationen der Israelis und der Palästinenser auf die Gefahr einer möglichen Zerstörung dieser einzigartigen kulturellen Zeugnisse mit antiken Fresken aufmerksam machen. Ich schlug den zwei Delegationen vor, die archäologischen Stätten im Gazastreifen zu Schutzzonen im Sinne der Haager Konvention von 1954 zu erklären. Die Experten beider Seiten waren bereit, diese Idee aufzunehmen, doch versteifte sich Israels Haltung kurz darauf. Der israelische Botschafter wollte – nach Rücksprache mit Jerusalem – nicht die Regeln einer zusätzlichen Konvention im Welterbekomitee anwenden. Zum Glück verhinderten

die Ereignisse vor Ort, dass die israelischen Panzer das archäologische Feld umwühlten. Die Armee hatte den Vormarsch stoppen lassen.

Die Funde aus jenem Ort und weitere archäologische Stücke aus ganz Gaza wurden im April 2007 im MAH in Genf unter dem Titel «Gaza à la croisée des civilisations» ausgestellt. Der «Export» der Kunstgegenstände aus Gaza bedingte höchste politische Interventionen. (Ich gehe weiter unten kurz darauf ein.) Weil sich die Lage zwischen Israel und Gaza weiter verschlechterte, blieben die archäologischen Objekte nach der Ausstellung in Genf. Es war dies ein erneutes Zeugnis für die Politik der Schweiz, einen *safe haven* für Kulturgüter zu schaffen. Meines Wissens spielte sich die erste Schutzmassnahme in diesem Sinne während des Spanischen Bürgerkrieges ab, als die Meisterstücke des Prados, darunter das berühmte Gemälde «Las Meninas» von Velázquez, vorübergehend in der Calvinstadt aufbewahrt und gezeigt wurden.

Die Ausstellung über Gaza strahlte über Genf hinaus. Nicht zuletzt Italien interessierte sich dafür, und die Journalistin Laura Zani verfasste einen längeren Artikel für die Juli/August-Ausgabe 2007 der berühmten italienischen Revue für die Altertümer, *Archeologia Viva.* Sie zitierte mich in ihrem Interview wie folgt: «Nel passato Gaza era una città aperta, al centro di percorsi commerciali di primo piano, ora è afflitta della povertà e chiusa al mondo. Intrinseco al progetto del futuro museo dovrà essere il messaggio che ‹il mondo non ha abbandonato Gaza.›»

Verhandlungen zur Konvention über die kulturelle Vielfalt

Den Entwurf dieser Konvention verhandelte zum grossen Teil eine Expertengruppe. Andrea Raschèr vom Bundesamt für Kultur (BAK) führte die schweizerische Delation an und zeichnete sich als gewiefter Unterhändler aus. Der Präsident der Gruppe war der Südafrikaner Kader Amal, und Katérina Stenou vom Kultursektor der UNESCO leitete das Sekretariat. Sie gab mir am 7. April 2005 ein Debriefing der Diskussionen, die Bouchenaki und sie mit dem Vorsitzenden der Expertengruppe in Südafrika geführt hatten. In meinem Bericht vom gleichen Tag an Andrea Raschèr und Botschafter Ulrich Lehner ging ich ausführlich auf das Gespräch ein. Laut Stenou hatten sie den Konventionsentwurf überarbeitet und ergänzt. Ich hebe nur ein paar wichtige Aspekte hervor. Das Regelwerk sollte sich auf den Schutz UND die Förderung beziehen. Knifflig blieb die Frage, wie sich diese neue Konvention gegenüber bestehenden Abkommen (z. B. der Welthandelsorganisation, WTO) verhielte. Die Lösung, so meine Gesprächspartnerin, könne wie folgt aussehen: Der neue Artikel 20 (ehemals Artikel 19) stelle eine Kombination der Schweizer und der EU-Version dar. Inhaltlich würden die «Parties» (dieser Ausdruck ersetzte wegen der EU die frühere Wendung «State-Parties») aufgefordert, den Zielen und Prinzipien dieser Konvention Rechnung zu tragen, wenn sie andere internationale Verpflichtungen eingingen. Das Regelwerk solle alles abdecken, was die kulturelle Vielfalt berühre. Neu fügten sie nebst der sogenannten Kulturpolitik auch die Formulierung «Politik FÜR die Kultur» an. Diese Wendung sei gewählt worden, damit die in den angelsächsischen Ländern verbreiteten Anreize für Stiftungen etc. eingeschlossen würden.

326 Anfang Juni fand die letzte Sitzung der Expertengruppe statt. Ich resümierte in einem Brief vom 9. Juni an Bundesrat Couchepin in seiner Eigenschaft als Kulturminister den Ablauf und die Resultate der Sitzungen:

> Nach dem erfolgreichen Abschluss der intensiven Verhandlungen für den Konventionsentwurf über die kulturelle Vielfalt der UNESCO am 3. Juni 2005 freut es mich, Ihnen die prominente Rolle der Schweiz und Andrea Raschèrs, des Delegationsleiters, schildern zu können.
> Die kulturellen Güter und Dienstleistungen haben bekanntlich einen doppelten Charakter: Sie sind einerseits wirtschaftliche Objekte, anderseits stellen sie aber auch wichtige Instrumente der sozialen Kommunikation dar. Vor diesem Hintergrund war es nicht erstaunlich, dass es unter den Mitgliedländern zwei entgegengesetzte Grundhaltungen gab, je nach Gewichtung der kommerziellen oder kulturellen Aspekte. Die markantesten Vertreter der ersteren waren die USA, nahe gefolgt von Japan, während Frankreich – und auf dessen Drängen schliesslich die EU – die kulturelle «Spezifizität» in den Vordergrund rückte. Das Ganze spitzte sich bei der Frage zu, welches Verhältnis, welchen Stellenwert diese beabsichtigte UNESCO-Konvention gegenüber anderen bestehenden oder kommenden internationalen Abkommen etwa der WTO oder der OMPI [Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle] haben soll. Die UNESCO selbst arbeitete deshalb anfänglich mit zwei Optionen, um beiden Seiten etwas zu geben. Aber es sollte sich erweisen, dass eine dritte Option nötig wurde, welche die Schweiz einbrachte und die im Kern schliesslich von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedländer – ausgenommen den USA – angenommen wurde. Die ganze EU, China, Kanada, Indien, die G77 und sogar Japan, um nur die wichtigsten «Players» zu nennen, anerkannten damit die wegweisende Rolle unseres Landes. Frühere Zweifel, wie sie etwa die Franzosen oder Frau Reding [Viviane Reding war damals EU-Kommissionärin für Medien und Informationsgesellschaft] uns gegenüber gehabt hatten, waren beseitigt worden und machten dem Lob Platz. Es erstaunt auch nicht, dass der Präsident der intergouvernementalen Experten, der Südafrikaner Professor Kader Amal, bei delikaten Fragen die Schweiz und namentlich deren aktiven Delegationsleiter, Andrea Raschèr, in die Ad-hoc-Gruppe der «Amis du Président» einlud.
> Sie, Herr Bundesrat, dürfte es besonders interessieren, dass es die schweizerische Delegation angesichts unserer Souveränitätsregeln verstand, bei der Frage der so genannten «föderativen» Klausel deutlich hervorzutreten. Der «Rapporteur» der Versammlung erwähnte unser Land deshalb ausdrücklich in seinem Bericht. Bemerkenswert ist bei dieser Klausel, dass nicht nur (Glied-)Staaten, sondern sogar die schweizerische Nomenklatur «Kantone» im Text (Artikel 30) erscheint. Dies ist meines Wissens erstmalig bei einer globalen Konvention. Andrea Raschèr, der die Verhandlungen mit «Brio» leitete, aber nie verbissen seine Argumente vorbrachte, «steigerte arithmetisch» beim Schlussvotum nach dem Sprecher der 25 EU-Staaten seine Intervention, indem er «im Namen der 26 Kantone» für die Annahme des Entwurfes dankte … Der Saal reagierte darauf mit fröhlichem Applaus.
> Anhand dieser wenigen Beispiele wollte ich Ihnen aufzeigen, warum unser Land nun neu nicht nur auf der Karte kommerzieller Verhandlungen, sondern auch auf dem kulturellen Gebiet Zeichen setzte. Die zu erwartende Annahme des Konventionsentwurfes über die kulturelle Vielfalt anlässlich der nächsten Generalkonferenz der UNESCO (Oktober 2005) wird einen Meilenstein bilden, da die Pluralität der Kulturen ähnlich wie die Biodiversität ins Völkerrecht aufgenommen wird und künftig beachtet werden muss – selbst in der WTO! Unser Land hatte darauf einen massgebenden Einfluss.

Druckversuche der USA

Es wäre verfrüht gewesen, nach dem Abschluss der Verhandlungen der Expertengruppe zu glauben, dass alles gelaufen sei. Die USA, vehemente Gegner der Konvention, begannen ein massives Lobbying, das bis zum Vorabend der Abstimmung dauerte. Ich gebe nachstehend ein paar Einblicke.

Ich schrieb am 28. Juni ein Mail, das u. a. an Staatssekretär Michael Ambühl, Ulrich Lehner und Nicolas Mathieu ging. Gestützt auf verschiedene Quellen schilderte ich, wie die USA ihre Beeinflussung betrieben. Der Hebel werde in der Regel bei jenen Ministerien angesetzt, die nicht primär für die Kultur verantwort-

327 lich seien. Ferner dienten bilaterale Handelsgespräche der USA dazu, die Haltung einzelner Länder zu beeinflussen. So sei z. B. das diskrete Auftreten Senegals bei der Expertengruppe auf die bilateralen Freihandelsgespräche Dakar–Washington zurückzuführen. Auch die Schweiz sei ins Visier geraten. Meine erste Mitarbeiterin Ruth Oberholzer habe vom Stellvertreter der US-Mission bei der UNESCO vernommen, dass sich unsere SECO-Leute bei den Verhandlungen von Andrea Raschèr übergangen fühlten. Heute hätte ich Präzisierungen dazu erfahren. Die US-Delegation bei der Welthandelsorganisation habe unsere WTO-Vertretung in Genf kontaktiert und wolle dort erfahren haben, dass Andrea Raschèr «auf eigene Faust» verhandle. Offenbar sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, es hätte sich nicht um die schweizerische Position gehandelt.

Da nichts zu helfen schien, reichten die USA in Bern und bei uns in Paris das Gesuch ein, einen Erklärungsvorbehalt bei der Stimmabgabe anzubringen. Ich sprach darüber am 18. Oktober nach einem Abendessen, das der indonesische Kollege gegeben hatte, länger mit Louise Oliver, der US-Botschafterin bei der UNESCO. Ich schilderte ihr, dass ein Mitglied ihrer Delegation am 13. Oktober bei Andrea Raschèr in dem Sinne interveniert habe, dass wir zwischen dem (möglichen) bilateralen Zusammenarbeitsvertrag mit den USA und der Konvention wählen könnten. Ich drückte gegenüber Louise Oliver mein Erstaunen darüber aus, worauf sie wörtlich entgegnete: «I was not aware of such a link.» Es könne aber sein, fuhr sie fort, dass ihre «Handelsleute» in diese Richtung gestossen hätten. Im Verlauf des Gespräches schälte sich zudem Folgendes heraus:

1. Die USA wollten mit den Zusätzen und Vorbehalten die Mitgliedstaaten sensibilisieren. Diese müssten wissen, was auf dem Spiel stehe, denn die Konvention könne zu Einschränkungen beim Handel und bei der Meinungsfreiheit missbraucht werden. Sollte die Konvention hingegen lediglich für kulturelle Zwecke angewandt werden, könnten sie dem zustimmen.
2. Die USA würden genau verfolgen, wie die verschiedenen Staaten die Konvention anwandten und wie sie sich in anderen Fora wie der WTO verhielten.
3. Die USA hätten präzise hingehört, wie die einzelnen Länder ihre Unterstützung für die Konvention begründet hätten. Unsere Argumentation mit dem Hinweis auf das multikulturelle «Selbstverständnis» der Schweiz und unseren Verfassungstext könnten sie «gelten» lassen. Anders sei es jedoch bei Staaten, die primär wegen des kulturellen «Imperialismus» der USA und der «homogenisation of the culture within the globalisation» für die Konvention seien.
4. Um die Befürchtungen der USA gegenüber anderen Verträgen zu dämpfen, wiederholte ich unsere drei Prinzipien zum massgebenden Artikel 20, die wir eingebracht hatten und die sinngemäss so angenommen worden waren. Die drei Prinzipien waren: *pacta sunt servanda,* keine Hierarchisierung und Komplementarität. Bei Auslegungsschwierigkeiten gebe es, fuhr ich fort, nebst dem Artikel 20 noch die Regeln der Wiener Konvention über das Vertragsrecht. Die Frage, wo allfällige Streitigkeiten auszutragen seien, die sich aus dieser UNESCO-Konven-

tion und deren Eingliederung im Rechtssystem generell ergeben könnten, müsse vorläufig offenbleiben. Meine Gesprächspartnerin meinte ironisch, dass dies vielleicht auf der Generalkonferenz der UNESCO oder beim Exekutivrat geschehen könne. Ich entgegnete ihr, dass erst ein konkreter Fall zeigen würde, wie und wo vorgegangen werden solle oder könne.

Diese Informationen gingen am 19. Oktober an die Zentrale in Bern. Am gleichen Tag schrieb Ulrich Lehner von der «campagne tout azimut des Etats-Unis afin d'influencer non pas l'issue du vote – la Convention sera sans doute adoptée à une très large majorité – mais l'impact de la Convention et sa mise en œuvre. Nous avons eu droit à une démarche de l'Ambassade (des Etats-Unis à Berne), d'autre à une lettre de Condoleezza Rice! […] Je suis de l'avis, d'entente avec l'Ambassadeur Iten, qu'il n'appartient pas à la Suisse de faire une déclaration interprétative selon le modèle suggéré par les Etats-Unis. La Convention, à son article 20 est claire, quant à sa relation avec les autres instruments légaux internationaux.»

Meine US-Kollegin ruhte nicht mit ihren Beeinflussungsversuchen. Sie rief mich am Nachmittag des 19. Oktober an. Um unsere Haltung unmissverständlich darzulegen, faxte ich ihr am Abend des gleichen Tages nach Konsultation mit Andrea Raschèr, Staatssekretär Ambühl und Ulrich Lehner folgende Kernsätze:

> […] We have carefully studied your concerns. But our conclusion is, that nothing can lead to a confusion about the relationship between this UNESCO Convention and existing WTO obligations (see Article 20). Therefore, we see no need for a statement of reservation at the voting process.

Die Abstimmung fand am 20. Oktober an der Generalkonferenz statt, nachdem der Exekutivrat in seiner Herbstsession den Entwurf an diese weitergeleitet hatte. Ich komme beim Bericht über die 33. Generalkonferenz darauf zurück.

Der 172. Exekutivrat (19.–29. September 2005)

In meiner Eröffnungsrede am 20. September verwies ich auf das 60-jährige Bestehen der UNESCO und wiederholte den früheren Wunsch des Rates, dass die Organisation «une ambition de taille» habe. «Joignons nos forces pour que cela ne reste un vœu pieux.» Bei der Reform der UNESCO gelte es nebst der Dezentralisation die Anstrengungen auf die eigenen Aktivitäten zu konzentrieren.

Von den 66 Traktanden waren zwei für uns von besonderem Interesse: das revidierte Budgetprojekt für die Jahre 2006/07 und die Fortschritte bei der Konvention über die kulturelle Vielfalt. Während die Schweiz beim Budget die Bemühungen um Rationalisierung begrüsste, verlangten die angelsächsischen Länder ein «nominales Null-Wachstum». Der Kompromiss für die benötigen Zusatzmittel sah schliesslich vor, dass zum Budget von 610 Millionen US-Dollar zusätzlich 25 Millionen US-Dollar für prioritäre Programme aus «freiwilligen extrabudgetären Mitteln» fliessen sollten. Dieses Konstrukt aus regulärem Budget plus Spezialfonds war als Warnsignal an den Generaldirektor gedacht, die seit Langem geforderte Konzentration der Programme ernsthaft in die Hand zu nehmen. Der Einsatz von solch extrabudgetären Mitteln konnte hingegen die Programmgestaltung beeinflussen. Das Spezialkonto sollte deshalb, wenn immer möglich,

329 mit Beiträgen gespeist werden, die dem Management bei der Finanzierung von Projekten entlang der Prioritätslinien freie Hand liessen. Wir nannten dies «not ear-marked contributions». Die UNESCO dürfe nicht zu einer Organisation *à la carte* werden!

Die Schweiz stimmte natürlich der von der Expertenkommission erarbeiteten und am 3. Juni von ihr angenommenen Konvention über die kulturelle Vielfalt zu, damit sie der Generaldirektor «en l'état», d. h. ohne Änderungen, der Generalkonferenz würde unterbreiten können. Ich hielt im CEX dazu fest: «Mes autorités sont convaincues que […] [son acceptation] […] facilitera le processus de ratification (par la Suisse) de la Convention sur le patrimoine immatériel de 2003, dès lors que le ‹bouquet› de droit international en matière de culture sera ainsi complété.» Dies war ein Wink an die Entwicklungsländer, die sehr an jener Konvention interessiert waren. Der Entwurf zur Konvention über die kulturelle Vielfalt wurde bei der Schlussabstimmung von 55 der anwesenden Länder angenommen. Die Ausnahme bildeten die USA; Australien enthielt sich der Stimme. Mit Blick auf die weiteren angenommenen Traktanden sei erwähnt, dass der Exekutivrat der Generalkonferenz empfahl, Matsuura für vier Jahre (früher sechs Jahre) wiederzuwählen.

Die *Reflets de l'actualité* des EDA vom 5. Oktober enthielten einen Auszug aus dem Interview, das ich nach dem Exekutivrat der *Swissinfo* auf Englisch gab:

> Switzerland will be strongly supporting the cause of protecting cultural diversity and freedom of expression at the 33rd UNESCO General Conference. The Swiss ambassador to UNESCO, Ernst Iten, also told Swissinfo that the organisation needs to continue its streamlining process to make it more effective in the future. […] Switzerland will also be supporting the establishment of a global tsunami-warning system, the Education for All programme and a draft declaration on bioethics. UNESCO celebrates its 60th anniversary this year, with Switzerland contributing to its work since joining in 1949. […] UNESCO's most visible achievements have been in the field of preserving cultural heritage, most notably the last-ditch operation to save the Abu Simbel monument in Egypt, according to Iten. […] But he believes the organisation needs to lose weight if it is to keep up with fresh challenges ahead, particularly in the field of education. He also said it tried at times to take on too much without having the necessary human or financial resources to carry out projects effectively.

Die 33. Generalkonferenz (3.–21. Oktober 2005)

Die UNESCO feierte 2005 ihr 60-jähriges Bestehen, und die Generalkonferenz sollte die für unser Land politisch so bedeutende Konvention über die kulturelle Vielfalt annehmen. Weil das Regelwerk umstritten war, sicherte dies die Aufmerksamkeit der Weltpresse. Ein solcher Umstand war für viele Politiker ein Anreiz, sich zu Wort zu melden. Der Aufmarsch war entsprechend gross. Acht Staatschefs und über 200 Minister reisten an die Seine, um an der Generalkonferenz zu sprechen.

Es freute uns, dass die Departementschefin ihre Teilnahme für den Nachmittag des 4. Oktober zusagte. Eine gute Positionierung auf der Rednerliste war zugesichert, würde sie doch vor der britischen Erziehungsministerin sprechen. Wir hatten ein Treffen mit Generaldirektor Matsuura und ein Interview beim frankophonen Sender TV5 Monde eingeplant. Das Briefing für sie war kurz, aber prägnant: Dem Generaldirektor könne sie als Genferin für die Unterstützung der UNESCO für das Projekt «Gaza» des Musée d'art et d'histoire der Calvinstadt danken.

Aber es sollte alles ganz anders kommen. Am Morgen des 4. Oktober beschied mir Ulrich Lehner am Telefon, dass unsere Chefin nicht fliegen werde. Der Generalstreik in Frankreich erschwere alles. Ich schickte darauf um 9:49 Uhr ein dringendes Mail an die Zentrale: «Logistisch gesehen konnten wir bis zur Stunde keine Probleme wegen des Streikes feststellen. Im Gegenteil: Die streikgewohnten Pariser wussten und wissen sich zu helfen. Es gab nach Rückfragen im Sekretariat bisher auch keine Besuchsabsage.» Ihr Flug mit dem Bundesratsflugzeug und die Landung auf dem Militärflughafen seien vom Streik nicht betroffen. Um 10:47 Uhr schrieb mir Roberto Balzaretti, diplomatischer Berater der Departementschefin, dass unsere Ministerin nach längeren Diskussionen an der Direktorenkonferenz und mit Ulrich Lehner schliesslich entschieden habe, nicht zu reisen, und dies «après avoir pris connaissance de votre courriel. Je veux bien vous expliquer en détail les raisons de cette décision par téléphone. Je vous saurais gré de bien vouloir excuser l'absence de Mme Calmy-Rey.» Im Telefongespräch erfuhr ich dann die Gründe. Botschafter Balzaretti schlug anschliessend vor, dass ich dasselbe sagen könne, was sie der Presse gegenüber verlauten liessen: «Compte tenu de la grève générale en France, et pour éviter des problèmes logistiques […] la Cheffe du Département a préféré renoncer à se déplacer à Paris.» Weil es so ruhig war um das UNESCO-Gebäude und kaum Autos dort verkehrten, schlug ich meine Version vor, die ich dann nach der Annahme durch die Zentrale an der Generalkonferenz vortrug:

> En raison de circonstances imprévues, la Cheffe du Département fédéral des affaires étrangères, Madame Micheline Calmy-Rey, a dû changer son programme et n'a pas pu se déplacer à Paris pour s'exprimer devant la Conférence générale. Elle le regrette sincèrement et m'a prié de prononcer son discours à sa place.

Einige Medienvertreter wollten die Berner Version der Absage unserer Aussenministerin wegen «logistischer Probleme» nicht hinnehmen. Die Zeitung *La Liberté* publizierte einen ironischen Kommentar, den die *Reflets de l'actualité* des EDA vom 5. Oktober 2005 abdruckten:

> Micheline Calmy-Rey a fait les frais de la grève en France. De crainte de «problèmes logistiques», selon l'explication officielle, la ministre des Affaires étrangères a renoncé à aller prononcer un discours devant la conférence générale de l'UNESCO. Mais l'honneur est sauf: la voix suisse s'est faite néanmoins entendre par la bouche de l'ambassadeur à Paris Ernst Iten. Reste que la pilule a dû être amère à avaler pour celle qui s'est battue corps et âme pour la ‹libre circulation en Europe›. La voilà, victime collatérale de ces ‹râleurs de Français› (selon l'expression consacrée), empêchée de rejoindre librement Paris pour y faire un discours promis à entrer, sans nul doute, dans les annales du franc-parler. Trop injuste, vraiment. Et puis, quel manque de délicatesse de la part des syndicats français: faire ça à une femme! Sans parler du titre que le ‹Canard enchaîné› ne manquera pas de plastronner à sa une. Grève en France, le Gouvernement suisse paralysé!

Die Generalkonferenz nahm drei normative Texte an: die internationale Konvention gegen Doping im Sport, die Deklaration zur Bioethik und zu den Menschenrechten sowie die schon mehrfach erwähnte Konvention über die kulturelle Vielfalt. Dieses Regelwerk akzeptierten am 20. Oktober 148 Staaten. Zwei Länder, die USA und Israel, lehnten es ab, vier Regierungen (Australien, Liberia, Honduras und Nicaragua) enthielten sich der Stimme, während einige Länder Erklärungen bei der Abstimmung abgaben. Es waren dies die Republik Korea, der Irak, Japan, Mexiko, Neuseeland, die Philippinen und die USA. Die Vertreter Washingtons hielten fest, dass sie für die freie Zirkulation der Ideen durch Worte und Bilder seien, wie es die Verfassung der UNESCO vorsehe. Darüber hinaus befürchteten

Ernst Iten, Botschafter und ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO, bei der Ansprache während der Generalkonferenz der UNESCO in Paris (Frankreich) am 4. Oktober 2005. Privatarchiv Ernst Iten

sie den möglichen Missbrauch der Konvention gegenüber den Menschen- und Handelsrechten.

Hier ist der Ort, um den Amerikanern zum Teil recht zu geben. Wie es sich herausstellte, gab es verschiedene Staaten, welche die Menschenrechte effektiv mit dem Hinweis auf die kulturelle Vielfalt einschränken oder mindestens enger interpretieren wollten, so z. B. Ägypten mit Blick auf die Religions- und Pressefreiheit. Dem darf entgegengehalten werden, dass schon Artikel 4 der Déclaration universelle de l'UNESCO sur la diversité culturelle vom 2. November 2001 festhielt: «[…] Nul ne peut invoquer la diversité culturelle pour porter atteinte aux droits de l'homme garantis par le droit international, ni pour en limiter la portée.» Dieser Grundsatz wurde in der Konvention über die kulturelle Vielfalt vom 20. Oktober 2005 in Artikel 2 übernommen. Das Problem der Amerikaner war die Vermischung mit der Handelsfreiheit, exemplifiziert beim Film: Hollywood gegen die europäische Filmförderung!

Wie üblich gab es viele Wahlgeschäfte an der Generalkonferenz. Das Mandat für den Generaldirektor wurde um vier Jahre verlängert. Die Schweiz wurde wiedergewählt als Mitglied des PHI (Programme hydrologique intergouvernemental) und des Exekutivkomitees der internationalen Kampagne zur Schaffung des

Museums von Nubien in Assuan und des Museums der ägyptischen Zivilisation in Kairo. Unser Land wurde auch in das juristische Komitee der nächsten Generalkonferenz von 2007 gewählt.

Die Generalkonferenz verabschiedete das Budget mit den gleichen Summen wie der Exekutivrat.

Parallel zur Generalkonferenz fand am 10. und 11. Oktober die Generalversammlung der Mitgliedländer der Konvention betreffend den Schutz des Welterbes statt. Frankreich wurde in die Präsidentschaft gewählt, und die Schweiz erhielt den Posten des «Rapporteurs» (Berichterstatters).

Nicolas Mathieu, der wie immer eine ausgezeichnete Arbeit geleistet hatte, schloss seinen Bericht über die Generalkonferenz mit den Worten:

> Au niveau de la coopération intergouvernementale au sein même de l'UNESCO, force est de constater qu'un changement assez radicale est en train de s'opérer, d'une part sous la pression des pays industrialisés qui aspirent à une meilleure gestion de l'Organisation, et, d'autre part, en fonction de l'ascendant recherché par les Etats-Unis dans la prise de décision, illustrant les premiers effets de leur retour au sein de l'UNESCO en 2003. La 33ème session de la Conférence générale de l'UNESCO aura été marquée par une «culture du vote» jusque-là, semble-t-il, inédite.

Das Bureau international de l'éducation (BIE) in Genf

Das BIE, das internationale Büro für Erziehung, geht wie eingangs angedeutet auf die Bemühungen von Piaget zurück. Die Bildung ist laut unserer Verfassung Aufgabe der Kantone. Diese wurden beim BIE durch den Genfer Staatsrat für Erziehung (*instruction publique*), Charles Beer, vertreten. Mir lag daran, diesem Büro mehr Gewicht zu geben. Ich hatte am 8. Dezember 2005 ein längeres Gespräch über das BIE mit dem ADG des Erziehungssektors, dem Amerikaner Peter Smith. Um seinen Einfluss besser zu würdigen, sei angeführt, dass es die USA waren, welche die UNESCO dazu brachten, der Bildung bei der Organisation wieder den Stellenwert zu geben, der ihr gebührt. Sie wurde die «Priorität der Prioritäten». Bei der Rückkehr der Amerikaner in die UNESCO 2003 wollte Matsuura darum dem Land den wichtigen Posten des ADG Erziehung geben.

Laut Smith müsse es Aufgabe der UNESCO und der Staatenwelt überhaupt sein, die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 zu erreichen. Diese Aufgabe sei ambitiös. Die UNESCO wolle deshalb alle Kräfte bündeln und einen Zehn-Jahres-Strategieplan erstellen. Die Leitfrage auf dem Gebiet der Erziehung lautete für Smith, was wie gemacht werden müsse, um zu erreichen, dass Kinder nicht nur zur Schule gingen, sondern auch dort blieben und ihre schulische Ausbildung erfolgreich abschlössen. Diesem Ziel und Leitmotiv sollten sich alle Institute der UNESCO, und damit auch das BIE, unterordnen.

Meine Frage nach der Autonomie des BIE beantwortete Smith mit dem Hinweis, dass diese nicht gefährdet sei, weil hinter dem Ziel des Erreichens der MDGs die gleichen Staaten stünden, die im BIE vertreten seien. Smith nannte drei Stufen für das Vorgehen:

1. Die UNESCO müsse den «Schirm» für das ganze Unterfangen bilden.
2. Zusätzlich zu den 20 Prozent, die das BIE von der UNESCO erhalte, wolle er das BIE über bezahlte Aufträge enger an die UNESCO-Prioritäten

binden. Die Bezahlung dieser Mandate durch die UNESCO solle zu den (regulären) 20 Prozent dazu kommen.

3. Das BIE leide ähnlich wie die UNESCO unter der Last zu vieler Tätigkeiten, für die zu wenig Mittel da seien. Smith plädierte deshalb dafür, dass alle Institute ihre Aufgaben dort konzentrierten, wo ihre «Exzellenz», ihre Kernaufgabe, läge.

Um die Rolle des BIE im oben beschriebenen Sinne zu fördern, wolle er, Smith, auch bei der Wahl des neuen Direktors eingebunden sein. Der Generaldirektor habe dies akzeptiert, und Pierre Luisoni, der interimistische Direktor, unterbreite derzeit die Kandidaten-Dossiers.

Beim Gespräch war auch der Russe Alexandre Sannikov dabei, der innerhalb der UNESCO die Koordination der Institute leitete.

Mein Bericht über diese Unterredung ging am Tag darauf an die DEZA (zuhanden von Olivier Chave) und an Nicolas Mathieu, wobei ich einen Kommentar beifügte:

> Peter Smith spricht Klartext. Seine Vorgaben und Lösungsansätze treffen sich weitgehend mit unseren eigenen Bemühungen der verstärkten Konzentration sowie der ziel- und erfolgsgerichteten Tätigkeit der UNESCO und des BIE. Wenn wir etwas für dieses Institut machen wollen, sollten wir nicht nur die Frage des Standortes Genf und unsere finanziellen Mittel vor Augen haben, sondern auch darauf achten, dass das BIE effektiv «in excellence» arbeitet respektive arbeiten kann.

Olivier Chave dankte mir am 12. Dezember und fügte hinzu: «[…] j'apprecie tout particulièrement la conclusion.»

Der 174. Exekutivrat (3.–13. April 2006)

Diese Session des Rates beschäftigte sich intensiv mit den sogenannten Mohammed-Karikaturen. Die Islamische Konferenz und Libyen hatten insistiert, dass die UNESCO als erstes Organ der UNO sich damit befassen solle, um das gegenseitige Verständnis und den Respekt gegenüber dem Propheten und den Religionen zu verstärken. Die Commission du programme et des relations extérieures (PX) schlug nach langwierigen Verhandlungen am 12. April eine Entscheidung vor, die nachher vom Rat angenommen wurde. Das Thema der Zensur konnte vermieden werden. Für die Schweiz hielt ich am 13. April im Exekutivrat u. a. fest:

> La Suisse salue le consensus trouvé hier dans le PX […] Les initiateurs […] ont affiché dès le début une grande volonté pour trouver une entente. […] Notre Ministère des affaires extérieures a […] souligné ceci: «La liberté de religion et la liberté d'expression sont deux piliers fondamentaux de l'Etat suisse. […] Il convient de faire la différence entre le devoir d'informer objectivement et la volonté de blesser la foi et les sentiments intimes des personnes et des communautés. […]»

Der Rat verlangte beim Erziehungssektor von der UNESCO, den globalen Aktionsplan für die EPT (Erziehung für alle) rasch den anderen Instanzen der UNO zu unterbreiten, damit er bis 2015 umgesetzt werden könne. Der CEX akzeptierte zur naheliegenden Freude der Schweiz, dass die nächste Internationale Erziehungskonferenz in Genf stattfinden solle. Das BIE wurde mit deren Organisation betraut. Genf beherbergte dieses Grossereignis im Jahr 2008 wie geplant.

334

Rekrutierung von Schweizer Personal bei den Internationalen Organisationen (IO) und der Einsatz extrabudgetärer Mittel

> «Je ne savais pas que la Suisse était sous-représentée au Secrétariat de l'UNESCO», resümierte Frau Rivière, die Assistenz-Generaldirektorin im Kabinett des DG, ihren Eindruck, als die Herren Cesar Dubler, Chef der Schweizer Kandidaturen, Christian Engler, Stellvertreter für die Präsenz der Schweiz, und ich am 4. November 2005 wegen Schweizer Kandidaturen vorsprachen.

Mit diesen Worten begann ich meine Einführung zum Thema «Une appréciation du niveau d'engagement» am 18. Mai 2006 in Solothurn. Ich ging dann den Gründen für die unterschiedliche Wahrnehmung nach. Im Falle der UNESCO sah ich folgende Ursachen, weshalb unser Land in der Vorstellung von Françoise Rivière eine grössere Präsenz besass, als es die Anzahl der Mitarbeiter (nämlich zwei!) nahelegte:

1. Unsere engagierte Teilnahme in Expertengruppen (z. B. bei der Erarbeitung der Konvention über die kulturelle Vielfalt).
2. Die Entsendung herausragender Persönlichkeiten wie Professor Jean Martin von der Universität Lausanne, der vor Kurzem vom Generaldirektor ins Comité international de bioéthique berufen worden war.
3. Die Initiierung und Förderung von Projekten entlang der prioritären UNESCO-Linien mit extrabudgetären Mitteln. So war es der Schweiz zu verdanken, dass die Organisation auf dem Kultursektor nicht nur in der Westbank, sondern künftig auch im Gazastreifen aktiv werden sollte. Die UNESCO würdigte dies in einem Dokument des letzten Exekutivrates (Doc. 174 EX/35, par. 20, du 31 janvier 2006). Es ging um das erweiterte Projekt über die archäologischen Stätten in jenem Küstenstreifen, initiiert durch das Musée d'art et d'histoire in Genf. Ein anderes wegweisendes Wirken der Schweiz war die Förderung der CMC im Anschluss an den Genfer Gipfel zur Informationsgesellschaft im Jahre 2003.

Das Engagement mit extrabudgetären Mitteln zeige besonders dann Wirkung, fuhr ich fort, wenn wir in «Nischen» aufträten, die der Priorität der UNESCO entsprächen. Wichtig sei dabei, die Mittel gebündelt einzusetzen, um Einfluss zu generieren. Die Aktion mit Gleichgesinnten sei meist wirkungsvoller als das Agieren als *lonely rider.* Unser Engagement sollte meiner Meinung nach aber nicht nur auf solch «externen Inputs» beruhen. So entsendeten die Italiener und Japaner z. B. auf eigene Kosten Experten an den Sitz der UNESCO, welche die Abwicklung der Projekte mitverfolgten, die mit dem Geld ihrer Länder (teil-)finanziert würden. Solche «internen Inputs» könnten unser Engagement und unsere Einschätzung bei der UNESCO quantitativ wie qualitativ verbessern.

Ich setzte mich zudem persönlich für die Ernennung von Landsleuten ein. So wurde im Dezember 2006 Engelbert Ruoss vom UNESCO-Generaldirektor zum Direktor des regionalen Büros der UNESCO für Wissenschaft und Kultur in Venedig ernannt. Ein eher unübliches Lobbying betrieb ich für den Rektor der ETH Zürich, Professor Konrad Osterwalder. Er war Kandidat für den Posten des Rektors der Universität der UNO (UNU) in Tokio. Der Entscheid oblag zwar der UNO in New York, doch musste der Generaldirektor der UNESCO vorher angehört werden, sodass diese Organisation ein entscheidendes Wort mitzureden

335 hatte. Ich pflegte gute Beziehungen zu Georges Haddad vom Erziehungssektor, der dort zuständig war für die Hochschulbildung. (Heute leitet er als Präsident die Sorbonne in Paris.) Nach Gesprächen mit Georges Haddad offerierte ich bei mir zu Hause ein «sehr diskretes» Briefing zwischen ihm und Professor Osterwalder. Der Schweizer Kandidat beeindruckte tags darauf den Generaldirektor, der ihn im Beisein von Georges Haddad befragte … Im Frühling 2007 wurde Professor Osterwalder mit Amtsantritt zum 1. September 2007 zum Rektor der UNU ernannt.

Der 175. Exekutivrat (2.–13. Oktober 2006)

Für diese Session begleiteten mich wie immer beim CEX die Präsidentin und die Generalsekretärin der SUK, Francesca Gemnetti und Madeleine Viviani, sowie Mitarbeiter der Politischen Abteilungen III und V des EDA. Selbstverständlich wirkten auch meine Mitarbeiterinnen mit. Zwei Hauptpunkte standen im Vordergrund: die Vorschläge des Generaldirektors zum C4, d.h. zur mittelfristigen Strategie 2008–2013, und zum C5, also zum kommenden Budget für die Jahre 2008/09. Nach intensiven Verhandlungen wurde die Schweiz zusammen mit den USA und Grossbritannien für die Wahlgruppe I (Westeuropa und Nordamerika) in das Redaktionskomitee für die Traktanden betreffend das C4 und C5 gewählt. Wir drei Ländervertreter kritisierten den Mangel an Klarheit, Rationalisierung und Innovation angesichts der verlangten Reformen. Trotzdem nahm der Rat schliesslich «Shopping-Listen» an.

Locarnos «Rivellino» als Kandidat für die Welterbeliste

Die Stadtpräsidentin (Sindaco) von Locarno, Carla Speziali, hatte mich am 24. November 2006 eingeladen, das «Rivellino» (Ravelin, Festungsaussenwerk) des Schlosses zu besichtigen. Der Bau kam mir viel grösser vor, als ich erwartet hatte. Beim Rundgang waren nebst der Bürgermeisterin der Historiker Professor Marino Viganò aus Mailand, Dr. Riccardo Carazzetti sowie Arminio Sciolli, der Sohn von alt Botschafter Dino Sciolli, dabei. Arminio vertrat die Eigentümerfamilie. Ich wurde ferner begleitet von Coca Picchi. Sie war die Gattin des Direktors der Zweigstelle der Schweizerischen Nationalbank in Lugano. Mit Mauro Picchi hatte ich in der Delegation bei der OECD zusammengearbeitet. Warum diese Einladung nach Locarno? Die Stadt wollte das «Rivellino» auf die Welterbeliste setzen. Die Hauptbegründung dazu lieferte Professor Viganò. Er hielt im Schloss, wozu auch die Presse eingeladen war, einen konzisen Vortrag zur Baugeschichte des Ravelins. Der Gast aus Mailand führte mit viel Systematik, profunden Kenntnissen und kritischer Analyse das historische «Puzzle» zu einem Bild zusammen. War der Baumeister Leonardo da Vinci? Viganò zufolge war die Versuchung gross, allzu schnell Schlüsse zu ziehen, um das Bauwerk dem Renaissance-Genie zuschreiben zu können. Er vermied diese Gefahr, indem er ein «Ausschliessungsverfahren» anwandte. Nach seinen Schlussfolgerungen konnte kein anderer infrage kommen, der im Norden Italiens zu Beginn des 16. Jahrhunderts das technische Wissen besass, wie es in Mittelitalien bereits angewandt wurde. Die Franzosen unter Ludwig XII. als Herren Mailands zogen darum Leonardo da Vinci bei, weil

Vor dem Rivellino in Locarno, v.l.n.r.: Dr. Ricardo Carazetti, Carla Speziali (Bürgermeisterin), Ernst Iten und Prof. Mariono Viganò von Mailand. Privatarchiv Ernst Iten

er die neuesten Bautechniken beherrschte. Er sollte helfen, die bedrohten Grenzen des Herzogtums zu befestigen. Ein kritischer Punkt im Defensivsystem war Locarno, das bereits 1503 von den Eidgenossen angegriffen worden war. Letztere hatten einen runden Turm des Schlosses unterminiert. Das Ravelin sollte an dessen Stelle das gesamte Abwehrsystem verstärken. Obwohl die Recherchen Viganòs beeindruckend waren, riet ich zu einem etappenweisen Vorgehen. Nebst den historischen Studien sollten archäologische Grabungen durchgeführt werden. Die Nennung auf der Liste des UNESCO-Welterbes solle also (noch) nicht im

337 Vordergrund stehen. Bernhard Furrer, der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege, habe übrigens anlässlich eines früheren Besuches zugesichert, dass das Ravelin mit Ausgrabungsbeiträgen bedacht werden solle.

Der *Corriere del Ticino* publizierte am 25. November 2006 einen grossen Bericht unter dem Titel «Gli occhi dell'Unesco sul rivellino di Locarno». Ich orientierte Bern und die Präsidentin sowie die Generalsekretärin der SUK mit einem Mail vom 27. November über meinen Besuch.

Heute wird das Ravelin als angesehene Kunstgalerie von Arminio Sciolli benutzt. Marino Viganò publizierte 2009 unter dem Titel «Leonardo a Locarno» seine Befunde (Edizioni Casagrande, Bellinzona). Beim Ravelin von Locarno dürfte es sich um den einzigen erhaltenen militärischen Bau handeln, der Leonardo da Vinci zugeschrieben werden kann.

Kultur und Aussenpolitik

Ich freute mich, dass mein ehemaliger erster Mitarbeiter in Caracas, Giulio Haas, als neuer Chef der Politischen Abteilung V sein Interesse an der UNESCO bekundete. Wir hatten am 1. Dezember 2006 ein ausführliches Gespräch mit der neuen ADG für den Kultursektor, Françoise Rivière, der ich bereits in ihrer früheren Funktion begegnet war. Das Thema galt diesmal den wechselseitigen Beziehungen zwischen Aussenpolitik und Kultur. Die Auffassungen der UNESCO und der Schweiz stimmten weitgehend überein. Rivière hob zwei Punkte hervor, die in den nächsten Jahren bei der UNESCO stärker betont werden sollten:

1. Die «Zugänglichkeit» der Kunst-Objekte: Der Streit um die «Heimatrechte» (*pays d'origine*) verschiedener Kunstwerke (z. B. Parthenon-Fries im British Museum in London oder Pergamon-Altar in Berlin etc.) und die Debatten um legalen und legitimen Besitz steckten in einer Sackgasse. Ohne die bestehenden Normen infrage stellen zu wollen, argumentierte unsere Gesprächspartnerin, dass der Ansatz über die Zugänglichkeit (*accessability*) fruchtbarer sei.
2. *Hard facts:* Die Kultur habe öfter Mühe, ihre Vermittlungsrolle bei Konflikten respektive im postkonfliktuellen Umfeld darzulegen und zu «beweisen». Theorien und schöne Worte allein gäben nicht genug her. Wichtig seien das Aufzeigen von *hard facts* und das Brückenschlagen. Die Fazilitatorenrolle der Kultur zwischen verfeindeten Gruppen, Staaten oder bei innerstaatlichen Auseinandersetzungen habe sich jüngst im Konflikt im Kosovo gezeigt. Weil beide Seiten ein Interesse an ihren jeweiligen kulturellen Wurzeln und dem Erhalt der Objekte und Bauten gezeigt hätten, habe die Kultur eine (erste) Verständigung erlaubt, die auf politischer Ebene noch nicht möglich gewesen sei.

Dies gab uns Gelegenheit nachzufragen, was die UNESCO im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan zu unternehmen gedenke, nachdem am 17. November 2006 eine von den Schweizer Nationalräten Dominique de Buman und Ueli Leuenberger koordinierte, mehrstaatlich zusammengesetzte Delegation den Generaldirektor besucht hatte. Rivière wies befriedigt darauf hin, dass nach den

jüngsten Schreiben beider Staaten eine Entsendung von UNESCO-Experten nicht auszuschliessen sei.

Giulio Haas und ich ergänzten die Fragen zum Verhältnis von Aussenpolitik und Kultur mit der Schilderung eines Vorfalls, der sich in der vergangenen Woche ereignet hatte. Dank internationaler Koordination sei es gelungen, wertvolle archäologische Objekte via Ägypten aus Gaza herauszubringen und nach Genf zu schicken, wo im April 2007 eine grosse Ausstellung zum Thema «Gaza à la croisée des civilisations» stattfinden werde. Die Passage der Objekte über die Grenze bei Rafah nach Ägypten sei offenbar nur möglich geworden, weil es zu direkten Verhandlungen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Abbas und Israels Premierminister Olmert gekommen sei.

Nachdem die archäologischen Objekte aus dem Gazastreifen hatten weggebracht werden können und in Genf erwartet wurden, interviewte mich die schon erwähnte Laura Zani ebendort. Ich war wegen der BIE-Ratssitzung nach Genf gereist. Am 5. Februar 2007 schickte sie mir als Resultat einen längeren Text, der in der italienischen Zeitung *Corriere della sera* publiziert werden sollte. Ich zitiere hier nur einen Ausschnitt zu meinen Äusserungen: Angesichts der zahlreichen historischen Eroberungen im Nahen Osten und der vielen übereinanderliegenden archäologischen Schichten glaubten viele, dass jeder neue Herrscher alles Vorhergegangene dem Erdboden gleichmachte und die überlebenden Einwohner verjagte. Zum Wiederaufbau seien neue Bevölkerungsgruppen verpflichtet worden. Dies sei im sprichwörtlichen Sinne die Ausnahme, die die Regel bestätige: Die Bevölkerung lebte, wenn auch manchmal stark dezimiert, weiter. Ich beendete das Interview mit diesen Worten:

> Il est nécessaire de sensibiliser les autorités palestiniennes et les Palestiniens à l'importance de leur propre passé. Un peuple est le résultat des civilisations qui se sont succédées sur un territoire. Leur nœud originel persiste et c'est sur ce nœud que s'intègrent et s'insèrent des différences hétérogènes, produit de siècles d'immigrations, dominations et conquêtes. Pour comprendre ses propres racines il faut donc connaître l'histoire.

Der 176. Exekutivrat (10.–26. April 2007)

Der Hauptpunkt der Session galt einmal mehr der Prüfung des C4, d. h. der mittelfristigen Strategie, und des C5, d. h. des nächsten Budgets. Die zwei Dokumente blieben wie beim letzten CEX erwähnt heterogen und redundant. Das Strategiedokument wurde aus Zeitgründen nicht im Detail diskutiert, sondern wiederum dem Redaktionskomitee übergeben, das vor der nächsten Exekutivratssitzung erneut zusammentreffen sollte.

Die Schweiz als Mitglied des Komitees hatte vergeblich versucht, eine griffigere, leicht lesbare und zielgerichtete Formulierung der Strategie einzubringen. Immerhin erreichten wir, dass zum ersten Mal in der Geschichte der UNESCO das C4 als *rolling document* angenommen wurde. Die Generalkonferenz 2007 stimmte dem zu, sodass die Strategie seitdem alle zwei Jahre überprüft und nötigenfalls angepasst wird. Indien und die Schweiz reichten ferner den Vorschlag ein, das BIE adäquater zu finanzieren. Der Rat stimmte auch diesem Begehren zu. Nicolas Mathieu gab angesichts der sehr unterschiedlichen Positionen, wie es sich z. B. beim C4 gezeigt hatte, im Wochentelex eine treffende Erfahrung wieder:

339 «La politisation des travaux et la fermeté croissante des positions sont de plus en plus sensibles.»

Die Redaktionsgruppe für das C4 und das C5 tagte wie vom Exekutivrat verlangt im Juni 2007. Ich schickte am 16. Juni einen detaillierten Bericht an Nicolas Mathieu und Marco Cameroni, in dem ich das für uns wichtigste Resultat festhielt: Nachdem der CEX aus den Erziehungsinstituten sogenannte «pôles d'excellence» machen wollte, erreichte ich, dass künftig sämtliche Curricula-Aktivitäten der UNESCO beim BIE angesiedelt würden. Das Genfer Institut sollte ein Centre d'excellence pour les curricula werden.

Welterbekomitee in Christchurch, Neuseeland (23. Juni–2. Juli 2007)

Seit 2006 erlaubte Bern, dass ich wie alle anderen Botschafter der UNESCO an den Sitzungen des Welterbekomitees teilnehmen konnte. Ich leitete jeweils die schweizerische Delegation. Ich gehe in diesem Text nur auf eine Sitzung näher ein und lasse die anderen Treffen in den folgenden Jahren aus, obwohl noch weitere schweizerische Stätten in die UNESCO-Liste eingetragen wurden. Im Buch «Welterbe in der Schweiz» habe ich all diese Ort beschrieben. Ich komme unten noch kurz darauf zu sprechen.

2007 traf sich das Komitee in Christchurch. Einen aus europäischer Sicht noch weiter entfernt liegenden Tagungsort zu wählen, war kaum möglich. Ich nutzte den langen Flug mit der Thai-Airways, um in Bangkok auf meine Kosten direkt nach Siem Reap weiterzufliegen und vier Tage Ferien in Kambodscha zu verbringen. Ich wollte unbedingt die berühmten von Bäumen überwucherten Khmer-Tempel besichtigen, die mich seit meiner Jugend reizten. Das Welterbezentrum in Paris hatte den Verantwortlichen vor Ort meine Ankunft gemeldet. Ich gehe hier nur auf ein paar Eindrücke in Angkor ein. Die nationale Organisation APSARA (Authority for the Protection of the Site and Management of the Region of Angkor) stellte mir einen ausgezeichneten Führer zur Verfügung samt Auto und Chauffeur. Im Sokrithy, der sich als «researcher and lecturer» vorstellte, zeigte und erklärte mir die wichtigsten Tempel wie Angkor Wat. Er führte mich zudem auf Pfade, die den noch eiligeren Touristen verborgen blieben. So fuhren wir auf die nordöstlich von Angkor gelegenen Berge von Phnom Kulén. Ganz in der Nähe unseres Ausflugspunktes flüchteten zwischen 1975 und 1979 unter dem Terror-Regime der roten Khmer Tausende vor den Massakern Richtung Thailand. Der Film «Killing Fields» von 1984 gibt einen Eindruck davon, welchen Horror das so liebliche kambodschanische Volk erlitt. In Phnom Kulén zeigte mir Sokrithy sogenannte Lingams: phallische Objekte, die den Gott Shiva symbolisieren. Sie befanden sich in der Nähe von Quellen, sodass das über sie hinwegfliessende Wasser sinnbildlich die ganze Ebene um Angkor befruchtete. Ein symbolträchtigerer Zugang zu dieser Welterbestätte war kaum zu finden. Wir besuchten auf dem Rückweg den kleinen, aber umso schöneren rötlichen Tempel Banteay Srei. Er erlangte Berühmtheit, weil 1924 der nachmalige französische Minister André Malraux *in flagranti* beim Transport gestohlener Statuen aus jenem Tempel erwischt wurde. Zu Ehren der Schweiz darf erwähnt werden, dass Walter Fust, Direktor der DEZA, die Finanzierung der späteren Restauration dieses Glanzstückes der Khmer-Kunst bewilligte.

Da mein Führer gerne vom Reich der Khmer sprach, fragte ich ihn, ob es wie bei anderen Imperien (Inka, Römer) auch Heeresstrassen gebe oder ob die Krieger eher Wasserwege benutzt hätten. Meine Neugier freute Sokrithy. Er sei dabei, eine grosse Arbeit über die Verbindungswege zu schreiben. Wir fuhren darum am anderen Tag mit dem Auto auf der Strasse, die von Siem Reap in die Hauptstadt Phnom Pen führte. Diese Route, so mein Gefährte, basiere auf einem alten Khmer-Weg. Wenige Kilometer ausserhalb von Siem Reap machte die Strasse von Zeit zu Zeit einen kleineren Bogen, um anschliessend wieder in die ursprüngliche Richtung einzumünden. Beim dritten Mal hielt das Auto an, und wir gingen zu Fuss links der geteerten Strasse auf einem erdigen Pfad geradeaus. Plötzlich tauchte eine riesige, breite Brücke vor uns auf. Auf den Geländern lagen steinerne Schlangen. Sokrithy erklärte mir, dass dieses über 1000 Jahre alte Bauwerk nicht nur zum Überqueren des Flusses benutzt wurde, sondern gleichzeitig als Wassersperre diente. Solche Barrieren wurden angelegt, damit die Leute auch in den heissen Monaten der Trockenzeit genug Wasser hatten. Die Khmer waren also nicht nur herausragende Architekten und Bildhauer, wie es ihre Tempel bezeugen, sondern auch gewiefte Ingenieure.

Ich war froh, dass ich den Abstecher nach Siem Reap gemacht hatte. Christchurch erinnerte mich ganz an England. Warum so weit fliegen, wenn du jenseits des Ärmelkanals dasselbe siehst? Zudem war es bitterkalt. Es war der südliche Winter. Die Sitzungen des Komitees waren dafür umso hitziger. Für unser Land stand die erste Stätte des Westschweiz auf der Kandidatenliste. Ich hatte schon Wochen vorher mit dem Lobbying begonnen, und mein Kollege aus Kuweit, Abdulrazzak al-Nafisi, der Komiteemitglied war, erklärte sich bereit, als unser «Anwalt» im Komitee zu wirken, falls es Probleme geben sollte. Am 28. Juni 2008 war es endlich so weit, dass das Weinbaugebiet von Lavaux diskutiert werden sollte. Es dauerte und dauerte wegen anderer Stätten, und die Gefahr stieg jede Minute, dass unsere Kandidatur erst am nächsten Tag an die Reihe käme. Dabei wartete die ganze Waadt und vor allem die Region von Lausanne bis Vevey seit mehreren Stunden auf die gute Nachricht aus Christchurch. Das Telefon meiner Begleiter lief heiss. Ich entschloss mich, den Präsidenten auf unsere «Not» aufmerksam zu machen. Er versprach, dass Lavaux noch am selben Tag drankommen werde. Und so geschah es. Als letzte Kandidatur des Tages wurde die schweizerische Stätte aufgerufen. Unsere Spannung stieg. Wie immer erteilte der Vorsitzende dem Konsultativorgan, in diesem Fall ICOMOS (International Council on Monuments and Sites, internationaler Rat für Denkmalpflege) das Wort, gefolgt vom Sekretariat und den Fragen der Delegierten. Bei einer allfälligen Unklarheit hätte ein Spezialist von Lavaux Auskunft geben müssen. Das Dossier war so solide, dass alles reibungslos ablief. Der Entscheid fiel einstimmig aus: Lavaux war eine Welterbestätte! Applaus brach aus, es folgten Umarmungen und – natürlich – der lang ersehnte Anruf in die Schweiz, um die frohe Botschaft aus Christchurch zu übermitteln. Wir hörten am Telefon, dass am Genfersee die Glocken der Kirchen zu läuten begannen. Wie üblich wird am Schluss einer Einschreibung dem Ländervertreter das Wort erteilt. Ich hielt eine kurze Rede:

> Merci M. le Président. En présence des Messieurs Bovy et Vallotton de l'Association pour l'inscription de Lavaux sur la liste du patrimoine mondial qui représentent la population engagée

Ernst Iten spricht einige Dankesworte vor dem Welterbekomitee in Christchurch (Neuseeland) im Juli 2007. Links neben ihm Jean-Marc Valloton, rechts Bernard Bovy. Privatarchiv Ernst Iten

> pour la protection de ce paysage culturel de qualité exceptionnelle, je tiens à remercier en leur nom tout d'abord, et au nom de la Suisse, le Comité pour cette nouvelle inscription. Notre reconnaissance s'adresse aussi à l'ICOMOS et au Secrétariat. Votre décision viendra assurer la protection de ce site mise en place et défendue depuis plusieurs décennies face à la pression urbanistique qui menace l'existence même de ce paysage. Elle permettra la poursuite d'une activité humaine de plus de 1000 ans – la production viticole – basée sur la recherche de la qualité, garantie elle aussi de la survie de Lavaux. Quelques bouteilles nous ont d'ailleurs accompagné pour ce long voyage: il s'agit, au contraire du Bordeaux évoqué par mon collège français lors de l'inscription de la ville du même nom, de vin blanc d'une qualité exceptionnelle. J'ai le plaisir de vous inviter à découvrir la saveur de Lavaux qui vous sera servie en face. Pour en garantir l'authenticité, nous avons même avec nous le vigneron. […] Thank you very much, Mr. Chairman.

Nach diesen Worten schloss der Präsident die Sitzung. Ich habe noch nie erlebt, dass sich ein Saal so schnell leerte. Die Flaschen leider auch …

Vorbereitung für die Tektonikarena Sardona

Beim Dossier «Glarner Hauptüberschiebung» wurde ich schon vor dem Versand des Dossiers an das Welterbezentrum und an das Konsultativorgan IUCN (Internationale Union für die Bewahrung der Natur mit Sitz in Gland, Kanton Waadt) beigezogen. Diese Stätte wurde unter dem Namen Tektonikarena Sardona am 7. Juli 2008 in Quebec/Kanada in die Welterbeliste aufgenommen. Sie berührt drei Kantone. Der Verantwortliche des Dossiers war der Melser David Imper

vom Geopark SWG. Er wollte am 20. September 2007 einen würdigen Abschluss des dreitätigen Expertentreffens geben und lud die zuständigen Regierungsräte der Kantone Graubünden, Glarus und St. Gallen nach Bad Pfäfers ein, das in der Tamina-Schlucht hinter Bad Ragaz liegt. Weil diese Welterbestätte auch meinen Geburtsort Flums berührte (Spitzmeilen-Gebiet), war ich offenbar sehr in Fahrt gekommen und hielt, wie es David Imper am Tag darauf allen Teilnehmern per Mail mitteilte, «eine feurige Rede». Das Welterbe bewegt eben nicht nur Experten und Tourismuswerber!

Die 177. und letzte Exekutivratssession (25. September–11. Oktober 2007)

Während der generellen Debatte kritisierte die Schweiz die zu langwierige und diffuse mittelfristige Strategie der UNESCO für die Jahre 2008–2013. Wir erreichten aber wie gesagt, dass der Rat zustimmte, alle zwei Jahre die Strategie zu überprüfen. Unser Land ermunterte die Organisation ferner, die Reformen für mehr Effizienz fortzusetzen, so wie es für das UNO-System generell gelte. Die UNESCO sollte nach Ansicht der Schweiz ihre Rolle als Plattform zwischen Politik und Zivilgesellschaft stärker herausstreichen. In diesem Sinne schlug ich die Schaffung eines Wissenschaftsrates vor, der in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Rektor der UNU, dem Schweizer Professor Konrad Osterwalder, herausragende Persönlichkeiten versammeln sollte. Dieser Rat hätte dem Wissenschaftssektor mehr Substanz zu geben.

Bevor ich diesen Vorschlag im CEX einbringen konnte, galt es natürlich, die Zustimmung und den Input der Verantwortlichen der Zentrale zu erhalten. Ich schrieb am 17. September ein Mail an Benedikt Hauser vom Staatssekretariat für Erziehung und Forschung (SER). Wie er wisse, glänze das Programm II der UNESCO trotz einer Expertengruppe nicht gerade vor Weitsicht. Die Organisation riskiere, auf dem Wissenschaftsgebiet zusehends ins Hintertreffen zu geraten. Dies sei bedauerlich, weil die UNESCO die einzige UNO-Organisation mit einem Wissenschaftsmandat sei und sogar das Kürzel dafür in ihrem Namen trage, stehe doch das S für *science.* Die Zeit sei reif, um etwas Grundsätzliches vorzubringen. Mit der Wahl von Professor Osterwalder befinde sich unser Land in einer besonderen Lage, die Erwartungen wecke. Dazu gehörten die engere Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, ein Knowhow-Transfer und die Kapazitätsausbildung im Süden. Ähnlich wie beim weltweiten *digital divide* gelte es, den *science divide* zu verringern. Was könnten wir konkret tun? Ich dächte an die Kreierung eines Wissenschaftsrates der UNESCO. Dessen Aufgabe bestünde darin, diesen *divide* verkleinern zu helfen. Die UNESCO, zusammen mit dem Rektor der UNU, könne ihre *réseaux* (Verbindungen) spielen lassen und Spitzenwissenschaftler in diesen Rat berufen, und zwar ohne grosse Bürokratie. Ich hätte mich kürzlich andeutungsweise mit meinem japanischen Kollegen darüber unterhalten. Sein Land sei sehr daran interessiert, dass ein solcher Rat ins Leben gerufen werde. Benedikt Hauser liess mir am 24. September die Stellungnahme des SER zukommen, die von Staatssekretär Charles Kleiber angenommen worden war. Er begrüsste meinen Vorschlag und hielt fest:

343

Permettez-nous de vous signaler d'emblée que le SER partage votre point de vue qu'un tel Conseil permettrait non seulement d'enrichir la discussion scientifique, mais de renforcer aussi le rôle de l'UNESCO dans un domaine qui est au centre de sa mission même. Il nous parait important toutefois d'attirer votre attention aux points suivants:

- Nous pensons que le Conseil devrait être de nature strictement scientifique de sorte que les discussions puissent se dérouler sans être entravée par lourdeurs bureaucratiques inhérentes à toute organisation multilatérale comme l'UNESCO.
- Nous suggérons de considérer le dialogue nord-sud non pas comme une voie unique, mais comme un échange d'expériences et d'approche culturelles diverses au bénéfice des deux hémisphères.
- En ce qui concerne tout particulièrement la Suisse, nous nous permettons de rappeler que plusieurs de nos Hautes Écoles, le Fonds National Suisse et de nombreuses institutions scientifiques sont très actives dans ce domaine et que toute initiative nouvelle provenant de notre pays a intérêt à s'appuyer sur cette riche expérience. Nous sommes bien sûr toujours prêts à vous fournir des contacts ou à vous donner de plus amples informations.

Im Exekutivrat erhielt unser Vorschlag breite Zustimmung. So waren Grossbritannien, Uganda (für die afrikanischen Staaten) und die nordischen Länder bereit, ihn an der kommenden Generalkonferenz aufzunehmen. Das Sekretariat war dagegen und verwies auf «seine Expertengruppe», die das Programm II erarbeitet habe, welches allerdings in den Augen vieler wenig ambitioniert war und weitgehend ein Fortschreiben des Bestehenden bedeutete. Während der anschliessenden Generalkonferenz erlitt unser Vorschlag Schiffbruch. Angeführt von Kuba, das fälschlicherweise glaubte, unser Plan laufe letztlich auf die Fusionierung des Sektors Sozial- und Geisteswissenschaften mit dem Sektor Naturwissenschaften hinaus, zerrissen alle lateinamerikanischen Staaten unseren Vorschlag. Ihr Verdacht war genährt worden, weil im letzten CEX einige Länder wie die USA und Norwegen sich für eine Fusion ausgesprochen hatten. Die Schweiz hatte demgegenüber das Gegenteil vertreten, war also für die Beibehaltung der zwei Sektoren gewesen … Die Debatten in der zuständigen Kommission der Generalkonferenz waren so emotional, dass wir darauf verzichteten, das Geschäft voranzutreiben. Irina Bokova, die 2009 als Generaldirektorin gewählt wurde und die ich sehr gut kannte, hegte die Absicht, diesen Ball wieder aufzunehmen und zur Erhöhung der Substanz sogar Nobelpreisträger einzuladen.

Aber kehren wir zur Session des CEX zurück. Der Rat empfahl der Generalkonferenz, das Budget von 631 Millionen US-Dollar anzunehmen. Bei der Debatte war es für die Schweiz entscheidend, dass der CEX die Diskussion über den programmatischen Inhalt nicht eröffnete, damit die Empfehlung betreffend das BIE als Centre d'excellence pour les curricula *telquel* beibehalten bliebe.

Viel Diskussionsstoff gab das Thema der im Zweiten Weltkrieg «verschobenen» Kulturgüter. Die EU und Russland hatten sich nicht einigen können. Ich konnte nach Rücksprache mit dem BAK in Bern eine Lösung vorschlagen, die dort und von der kommenden Generalkonferenz ebenfalls akzeptiert wurde. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, zwei weitere Jahre verhandeln zu können, «um eine Lösung zu finden oder sich ihr annähern zu können». Das BAK stellte dafür extrabudgetär 10 000 US-Dollar zur Verfügung, damit 2009 ein intergouvernementales Expertentreffen ermöglicht werden konnte.

Da dies meine letzte Intervention vor dem Rat war (die Schweiz verabschiedete sich turnusgemäss), dankte ich allen und fügte bei:

> J'espère que la Suisse aura pu apporter sa contribution à l'évolution de l'Organisation. Nous nous félicitons particulièrement de l'attention que vous avez portée au BIE qui, dans cette session, a été confirmé comme pôle d'excellence. Je ne manquerai pas de saluer notre honorable collègue indienne, Madame l'Ambassadeur Bhaswati Mukherjee, qui comme Présidente du Conseil du BIE, a reconnu le potentiel de l'institut genevois et nous a grandement aidé à le mettre davantage en valeur.
> La sortie du Conseil ne signifie pas que la Suisse abandonnera son engagement à l'UNESCO. Nous avons en ce sens proposé, durant cette session, que notre Organisation – et particulièrement son secteur des sciences – travaille sur une base plus substantielle. […] il en découle une revitalisation du rôle de laboratoire d'idée. Le «S» de l'acronyme de notre Organisation devrait constituer une vraie source de visibilité, de reconnaissance et de mobilisation de partenaires.
> En conclusion de mon mandat, j'aimerais remettre à notre Président (du Conseil) et au Directeur général un petit présent. Vous êtes tous les deux parvenus à trouver des solutions dans des situations des plus complexes. C'est-à-dire que vous avez su tirer un maximum d'effets dans un cadre institutionnel des plus étroit. Tout en vous remerciant, c'est avec honneur et plaisir que je vous offre le fameux «Swiss Army Knife» ou «couteau suisse», qui vous rappellera que dans un espace minimal peuvent être contenues de multiples possibilités.

Die 34. Generalkonferenz (16. Oktober–2. November 2007)

Die schweizerische Delegation wurde vom stellvertretenden Staatssekretär Anton Thalmann angeführt, der vor seiner Rückreise am zweiten Tag die Rede unseres Landes hielt. Das für uns wichtigste Geschäft, abgesehen vom Wissenschaftsrat, betraf das BIE. Es kostete einige Energie, dies in unserem Sinne durchzubringen. Warum? Weder im Redaktionskomitee für das C4 (der mittelfristigen Strategieplanung), wo zum ersten Mal auf unseren Vorschlag hin das BIE zu einem Centre d'excellence gemacht werden sollte, noch beim anschliessenden Exekutivrat 177 vom September/Oktober 2007, der den Vorschlag des Redaktionskomitees einstimmig gutgeheissen hatte, äusserte sich das Sekretariat je mit Vorbehalten. Erst in der Erziehungskommission der Generalkonferenz brachte der neue ADG für den Erziehungssektor, Nicholas Burnett, Einschränkungen an. Gestützt auf seine Intervention eliminierte die Kommission auf verbissenes Insistieren der Vertreterin Sloweniens den Hinweis auf die Kreierung eines Centre d'excellence in Genf. Die slowenische Kollegin sah in der Konzentration der Curricula beim BIE zu Unrecht eine Gefahr für die assoziierten UNESCO-Schulen. Wir wollten dies nicht hinnehmen. Nicolas Mathieu und ich begannen ein intensives Lobbying und hatten ursprünglich die Idee, die alte C4-Version zu erneuern. Nach einem Gespräch mit dem ADG für strategische Planung erwies sich dies als zu kompliziert, weil mindestens zwei Kommissionen davon betroffen wären. Den Stier bei den Hörnern packend, verlangten Nicolas Mathieu und ich eine neue Unterredung mit dem ADG Erziehung. Die Diskussion fand zu später Stunde am 30. Oktober statt. ADG Burnett versicherte uns der Bedeutung des BIE und dessen Rolle für die Curricula, doch könne er nicht etwas von Paris nach Genf verschieben, das gar nicht existiere, wie z. B. Einheiten, die sich mit Curricula für Philosophie, Friedenserziehung etc. beschäftigten. Er anerkannte, dass das Sekretariat einen Fehler beging, indem es weder das Redaktionskomitee noch den Exekutivrat darauf hinwies. Er gab uns schliesslich seine Zusicherung, dass wir auf seine Unterstützung zählen

könnten, wenn wir einen Antrag zuhanden der Plenarsitzung der Generalkonferenz verfassten, wonach eine Strategie für die Curricula im BIE zu erarbeiten sei. So könnte das Institut in ein Centre d'excellence umgewandelt werden. Die einzige Bedingung sei, dass wir ihm den Antrag vorher zeigten. Er erhielt unsere Version noch am gleichen Abend. Der Antrag/Zusatz lautete:

> La Conférence générale […] prie le Directeur général de présenter à la 35ème Conférence générale une stratégie visant à faire du BIE le Centre d'excellence de l'UNESCO en matière de curricula, ainsi qu'un rapport sur les ressources nécessaires à cet effet, conformément à la stratégie globale pour les Instituts et Centres de l'UNESCO, ainsi que leurs organes directeurs telle qu'approuvée par la Résolution 33C/90.

Am Tag darauf folgte unser intensives Werben bei einflussreichen Ländern, denn ohne breite Rückendeckung war es unmöglich, den Entscheid einer Kommission im Plenum umzustossen. Wir unterhielten zum Glück mit den «Pfeilern» der verschiedenen Wahlgruppen der UNESCO und weiteren massgebenden Ländern gute Beziehungen. Nicolas und ich sicherten für unseren Plan die ausdrückliche Zustimmung folgender Staaten: Indien, Nigeria, Benin, USA, Kanada, Portugal (EU-Präsidentschaft), Venezuela, Jemen und Marokko. Slowenien konnten wir nicht über unser Vorhaben informieren, da deren Vertreterin nicht einmal unseren Gruss erwiderte … Ich hatte anschliessend eine Unterredung mit dem Präsidenten der Generalkonferenz, dem griechischen Botschafter Georges Anastassopoulos. Er war willens, uns zu unterstützen, denn er hatte nicht vergessen, wie sehr ich ihm bei seiner Wahl geholfen hatte.

Am 1. November fand die Plenarsitzung statt. Würden wir unser Ziel erreichen können? Die gesamte schweizerische Delegation war anwesend. Nach der Präsentation unseres Antrags sprachen sich nicht nur die wichtigeren Länder dafür aus, sondern auch der Generaldirektor persönlich. Als der Präsident der Generalkonferenz die Routinefrage stellte, ob jemand gegen den Vorschlag der Schweiz sei, hob einzig Slowenien die Hand …

Ich schilderte am 2. November Botschafter Haas in Bern per Mail den Ablauf, worauf er kurz und bündig antwortete: «Bravo, ein Meisterstück!»

Ohne den unermüdlichen Einsatz von Nicolas Mathieu wäre dieses «Meiserstück» nicht möglich geworden. Einmal mehr zeigte er, welch ausserordentlich tüchtiger Mitarbeiter er war.

Die Periode nach dem Exekutivrat

Es gibt bei der UNESCO zwei «Gruppen» von Mitgliedstaaten: die Länder, die im Exekutivrat sitzen, und die anderen. Ab 2008 war die Schweiz wieder ein «normales» anderes Mitgliedland der UNESCO. Auch unsere Delegation erfuhr Änderungen. Sie war ab dem 1. Januar zusätzlich für die Frankophonie zuständig (worauf ich unten ausführlicher zu sprechen komme). Ruth Oberholzer wurde versetzt und an ihre Stelle trat Botschaftsrat Alexandre Guyot, der sich als hervorragender Mitarbeiter erweisen sollte.

Die Schweiz war aufgrund des Rotationsprinzips aus dem Exekutivrat ausgeschieden, doch genossen wir weiterhin grösseres Ansehen. Unser Land blieb ein gefragter «Fazilitator», wenn es um kritische Punkte, namentlich im Nahen

Osten, ging. Der tschechische Botschafter (EU-Präsidentschaft) schlug mich am 19. April 2009 wegen der Mughrabi-Brücke beim Tempelberg von Jerusalem als Vermittler vor, was die einhellige Zustimmung der arabischen Staaten fand. Israel lehnte dies jedoch ab. Das «makropolitische» Umfeld bedingte offenbar einen anderen Weg. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Haltung Israels vom fast zeitgleich stattfindenden Gespräch von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz mit dem iranischen Staatschef Mahmud Ahmadinejad in Genf beeinflusst wurde. Der israelische Botschafter in Bern wurde auf alle Fälle zu Konsultationen nach Jerusalem zurückgerufen.

Walter Fust, der Direktor der DEZA, war Ende März 2008 zu Besuch bei der UNESCO. Er wurde am 26. jenes Monats zum Präsidenten des wichtigen Rates des Internationalen Programmes zur Medienentwicklung (IPDC) gewählt. Er hatte mir vorgängig gesagt, dass er nur komme, wenn seine Wahl sicher sei. Ich konnte ihn nur ermuntern, zu reisen. Meine Sondierungen verliefen nämlich sehr positiv. Auch das Sekretariat war der Ansicht, dass Walter Fust der geeignete Präsident sei. Seine Wahl war denn auch die Anerkennung seiner Verdienste für den Ausbau der CMC.

Die DEZA unterstützt das afrikanische Welterbe

Ich unterhielt mich am Rande der Sitzungen des IPDC-Rates mit Walter Fust über unsere Absicht, ins Welterbekomitee gewählt zu werden, denn nach dem Ausscheiden aus dem Exekutivrat stand dieses Anliegen im Vordergrund. Ich erläuterte ihm die Kongruenz einer Finanzierung des Fonds für das afrikanische Welterbe mit den Zielen und Prioritäten der DEZA. Gleichzeitig sagte ich ihm, dass sein Vizedirektor, Remo Gautschi, mit Staatssekretär Ambühl ein Gespräch geführt habe, um die Haltung der Entwicklungshilfedirektion darzulegen. Walter Fust, der sich gleichermassen durch Weitsicht wie Realitätssinn auszeichnete, erklärte sich mir gegenüber bereit, das Ganze im Direktionsgremium der DEZA aufzunehmen. Als ich ihn nach der Sitzung des IPDC-Rates einen Tag später nochmals darauf ansprach, war er willens, von einem grösseren Betrag zu sprechen. Er sah angesichts der Bedeutung der Aufgabe (z. B. die Bewahrung afrikanischer Nationalparks) eine Million Franken vor. Er bat seinen Mitarbeiter, Patrick Kalas, in Bern das Nötige vorzubereiten. Ich dankte Walter Fust gebührlich für seine hilfreiche Zusage und schickte Staatssekretär Ambühl am 28. März 2008 die gute Nachricht über die Gespräche in Paris.

Mit dieser Unterstützung halfen wir nicht nur den afrikanischen Welterbestätten, sondern durften auch annehmen, dass uns jene Staaten bei der Wahl ins Komitee nicht vergessen würden.

Schweizer Kandidatur für das Welterbekomitee

Im Bundesrat wurde am 7. August 2008 die von Nicolas Mathieu verfasste Informationsnotiz zur Kandidatur unseres Landes für das Welterbekomitee verteilt. Es hiess darin u. a., dass der Zeitpunkt der Wahl im Jahre 2009 günstig sei, weil von den 21 Sitzen zwölf neu zu besetzen seien. Der Text verdeutlichte, das Komitee sei

347 «une enceinte de première importance pour les politiques relatives à la protection du patrimoine». Weiter hiess es darin:

> […] Au niveau national, la candidature per se permettra de sensibiliser le public suisse à la valeur de sa culture et de son paysage et de mobiliser les milieux politiques en faveur de la protection des sites […] Pour atteindre l'objectif d'une élection au Comité à l'automne 2009 pour un mandat de 4 ans (2010–2013), une campagne de soutien à la candidature est nécessaire sachant qu'il n'y a pas de répartition géographique déterminée, donc pas d'entente possible au sein des groupes électoraux et que tous les Etats parties à la convention (185) éliront les 12 nouveaux membres. Différents offices (l'OFC-patrimoine culturel, l'OFEV-patrimoine naturel, la DP V et la DP III du DFAE, la Délégation permanente de la Suisse auprès de l'UNESCO et la Commission suisse pour l'UNESCO) sont impliqué dans la campagne qui est coordonnée par le DFAE autour de 3 volets: un volet électoral auprès des membres de l'Assemblée des Etats parties à la Convention (soutiens croisés), un volet de promotion dans les milieux et cercles de la protection du patrimoine mondial et un volet d'information nationale notamment au niveau communal et cantonal.

Unserer Delegation in Paris oblag also, bei den Mitgliedstaaten der Welterbekonvention für unsere Kandidatur zu werben (*volet électoral*). Ich liess keine Gelegenheit aus, auf unsere Kandidatur aufmerksam zu machen. Bei einem Essen im Restaurant im 7. Stock des Hauptgebäudes der UNESCO sagte mir meine Gattin beim Hinausgehen, ich benähme mich wie ein Präsidentschaftskandidat, der alle Hände schüttele und nach links und rechts grüsse. Dieses «Flaggschiff-Programm» der UNESCO war für die meisten Staaten effektiv eine hochpolitische Angelegenheit. Ich schildere nur ein Beispiel aus unserem westlichen Nachbarland. Frankreich ist so reich an Kultur- und Naturstätten, dass die Regierung in Paris jedes Jahr die Qual der Wahl bei der Priorisierung der Einschreibekandidaten hat. 2007 wurden unsere Experten und ich in eine Sitzung des Comité national des biens français du patrimoine mondial eingeladen. Es ging darum, den Komiteemitgliedern zu erzählen, warum wir für die baldige Einschreibung der Bauten von Le Corbusier ins Weltkulturerbe seien. Wir wurden angehört, doch fiel die Wahl anschliessend nicht auf den schweizerisch-französischen Architekten. Paris gab dem Meister der Verteidigungsbauten, Vauban, den Vorrang. Der Entscheid wurde bis ins Élysée weitergezogen. Die politischen Überlegungen sprachen, wie mir ein Komiteemitglied anvertraute, für Vaubans Werke. Sie seien breiter im Land verstreut und sicherten der Regierung deshalb mehr Unterstützung als die relativ konzentriert anzutreffenden Bauten von Le Corbusier.

Die Schweiz kündigte ihre Kandidatur für das Welterbekomitee offiziell am 27. Oktober 2008 an.

Alles rosig beim Welterbe?

Auch wenn wir uns alle uneingeschränkt für die Kandidatur der Schweiz einsetzten, waren wir nicht blind für die Probleme des Welterbes. Das Atelier vom 25. bis 27. März 2009 über die Zukunft der Welterbe-Konvention gab uns Impulse, die Position der Schweiz zu umreissen, falls unser Land ins Komitee gewählt werden sollte. Die Konvention lief schon seit einiger Zeit Gefahr, ein Opfer des eigenen Erfolges zu werden. Die Vielzahl der eingeschriebenen Orte bewirkte eine Abwertung, und der Massentourismus stellte eine Gefahr für die Stätten selbst dar (vgl. Machu Picchu oder Galapagos-Inseln).

Unsere grundsätzlichen Leitlinien gingen davon aus, dass die Glaubwürdigkeit der Welterbeliste mit der Qualität der Stätten stehe und falle. Der Fokus müs-

se auf den Stand der Konservierung und die Verbesserung des Managements bei den bestehenden Stätten sowie auf hohe Ansprüche bei Neueinschreibungen gelegt werden. Die Aufgaben des Welterbezentrums und des Welterbekomitees seien zu hierarchisieren und zu priorisieren.

Exkurs: Abschiedsessen für die französische Botschafterin

Frankreich schickt sehr oft bemerkenswerte Persönlichkeiten als ständige Vertreter an die UNESCO. Der Zufall wollte es, dass meine französische Kollegin Joëlle Bourgois zur neuen Missionschefin in Bern ernannt wurde. Meine Gattin und ich offerierten zu ihrer und ihres Ehemannes Ehren am 15. Mai 2008 bei uns zu Hause ein Nachtessen mit mehreren Geladenen. Ich hielt ein paar Worte, bevor wir mit Champagner anstiessen:

> Dans nos échanges plus personnels, j'ai toujours apprécié ton intérêt pour les affaires culturelles et ton ouverture d'esprit. Un point m'est resté particulièrement en mémoire: malgré de longues frontières communes, la connaissance mutuelle de nos deux pays n'est pas très approfondie. Tu voulais en apprendre davantage sur notre pays. Je me permets donc de satisfaire un peu ton souhait et je vous demande à tous de bien vouloir me pardonner une brève «excursion historique». Il y a eu des moments, lors desquels les relations entre la Suisse et la France étaient très intenses. La première fois, ç'était le cas au XV siècle sous le règne du roi Louis XI. La raison était leur ennemi «commun», Charles le Téméraire, duc de Bourgogne. Je ne vais pas trop entrer dans les détails puisque mon but ici est uniquement de donner un aperçu. Une fois la guerre de cent ans terminée, Louis XI a commencé à renforcer le pouvoir royal et s'est heurté aux princes qui défendaient leur autonomie. La fameuse révolte, la Ligue du Bien public, était menée par le compte de Charolais, plus tard connu sous le nom de Charles le Téméraire. La lutte entre le roi et la Bourgogne allait bien au-delà de la France: c'était une guerre au niveau européen. L'issue en est bien connue: les Suisses, alliés du roi, ont battu le duc de Bourgogne en 1476 à Grandson et à Morat puis en 1477 devant Nancy.
>
> Ce qui est moins connu, c'est le rôle qu'a joué Louis XI pour la reconnaissance juridique des territoires suisses conquis sur les anciens territoires autrichiens. En «prélude» aux guerres de Bourgogne, les Suisses combattaient dans les années 1460 le duc Sigismond d'Autriche. Pour ne pas rendre des villes et une partie de la Forêt noire aux Suisses après la paix de Waldshut (1468), Sigismond a préféré payer le gage dû en concluant le traité de Saint-Omer avec Charles le Téméraire, traité dirigé contre les Cantons. Ce traité a changé la donne pour les Suisses. Afin de ne pas affronter deux ducs à la fois, la politique des Cantons consistait à tenter de séparer l'Autrichien du Bourguignon – ce qu'ils ont finalement su faire. Le résultat était la Paix perpétuelle avec l'Autriche de 1474 – traité qui a été forgé contre le duc de Bourgogne. Il contenait deux points cardinaux. Primo: Il prévoyait la reconquête avec l'aide des Suisses des territoires cédés par Sigismond au Bourguignon. Secundo: Cette paix perpétuelle reconnaissait en contrepartie juridiquement les possessions suisses d'anciens territoires autrichiens par Sigismond, un aspect essentiel car il garantissait le droit d'existence des Cantons. Il est vrai que Sigismond ne voulait reconnaître cette cession des droits «fonciers» que durant sa propre vie. Les politiciens de mon Canton d'origine, Zoug, insistaient pour une validité «perpétuelle», parce qu'une possession «de facto» après la mort de Sigismond porterait toujours le risque d'une nouvelle alliance extérieure en défaveur des Suisses, comme on vient de le voir avec le traité de Saint-Omer. Les Zougois ont invoqué pour y parvenir l'arbitrage du roi de France, reconnu par les Suisses et l'Autriche en cas de différent. C'était très intelligent et le moment bien choisi, car Louis XI, tout comme Sigismond, voulait les Suisses comme alliés contre le Bourguignon. Et le temps pressait! Le roi a consenti effectivement à Senlis et à Paris aux nouvelles conditions en acceptant l'insistance zougoise. Le traité de 1474 a pu être ratifié. Il porte les sceaux du roi, du duc d'Autriche et des 8 Cantons. Le sceau de Zoug a été apposé par mon ancêtre Johann Iten, à qui j'ai dédié un livre (Johann Iten – Der führende Zuger Politiker zur Zeit der Burgunder Kriege). Avec le traité perpétuel de 1474, la France est ainsi la «marraine» de la reconnaissance juridique de la plupart des territoires suisses de l'époque, un fait rarement évoqué car Louis XI est plutôt décrit comme «l'universelle araigne».

Mit Gilbert Folly, Prévôt (in rot) und Philippe Gex (in blau, Gouverneur et le Compagnon d'honneur) im Schloss Chillon, 24. April 2009. Privatarchiv Ernst Iten

Compagnon d'Honneur: Abschiedsjahr 2009

In einem Brief vom 23. Dezember 2008 lud mich Philippe Gex, Gouverneur der Confrérie du Guillon, in humorvollem Ton zu einem «Ressat du Patrimoine» ein:

> […] notre confrérie réserve, dans le cadre du rituel de ses ressats, une place privilégiée à l'intronisation de personnalités qui honore notre pays. […] A ce titre, sensibles à votre engagement et à vos activités au sein de nos communautés, nous souhaitons très vivement vous rendre personnellement hommage en vous intronisant en qualité de Compagnon d'Honneur lors de l'un de nos ressats du printemps 2009, qui se dérouleront au Château de Chillon. S'accordant au charme du décor et à un faste gastronomique exceptionnel avec la présence aux fourneaux des brigades de Christophe Rod, le prestigieux chef du restaurant La Roseraie à Yvorne, nos joviales célébrations associeront, comme à l'accoutumée, le bien-boire et le bien-manger aux divertissements toujours jubilatoires des propos et des chants de nos trouvères et troubadours.

Diese so farbige und vielversprechende Einladung des Gouverneurs konnte ich natürlich nicht ausschlagen, wenn ich bei einer *bonne chiere* dabei sein wollte, wie es im 15. Jahrhundert gelautet hätte. So nahmen dann «vorschriftsgemäss» meine Gattin im langen Abendkleid und ich im Smoking am 24. April 2009 an meiner Inthronisation teil. Ein einmaliges Erlebnis, das von 18:00 bis 24:00 Uhr im Schloss Chillon stattfand. Wer einmal die Gelegenheit erhält, zu einem Ressat eingeladen zu werden, sollte dies unter keinen Umständen verpassen. Mein guter Freund Bernard Bovy von Chexbres hatte diese «Inthronisation» sehr diskret veranlasst.

Es war der Dank für die Bemühungen um die Eischreibung von Lavaux in die Welterbeliste. Das Fest im Schloss Chillon war übrigens gelungener als jenes im Burgund, wozu meine Gattin und ich einige Monate später von der Confrérie des Chevaliers du Tastevin du Château du Clos de Vougeot eingeladen wurden.

Generalversammlung der SUK in Bern am 19. Mai 2009

Wie üblich wurde ich gebeten, die «grands enjeux actuels à l'UNESCO» zu kommentieren. Ich begann mit einem aufrüttelnden Verweis:

> Letztes Jahr diskutierten wir über die 60 Jahre UNESCO. Alle waren sich einig, dass das Mandat der Organisation nach wie vor gültig sei. Und dieses Jahr, während der letzten Exekutivratssession vor einem Monat sprach der Präsident dieses Organs von der «crise existentielle de l'UNESCO». Dies verdient wohl eine Erklärung.
> Die jüngsten Krisen (nach dem Konkurs der Grossbank Lehman Brothers 2008) haben nicht nur die Staaten, sondern auch die multilateralen Organisationen gefordert. Es ist nicht erstaunlich, dass gar von einer neuen «gouvernance mondiale» gesprochen wurde. Die wichtigen Länder – sprich die G20 – haben aber schnell das Heft in die Hand genommen, so dass allen anderen, inklusive den multilateralen Organisationen, nicht viel anderes übrigblieb, als sich danach auszurichten. Wie sieht die «Ausrichtung» bei der UNESCO aus? Der DG [Generaldirektor] erkennt klar die Probleme, die sich aus der weltweiten Rezession ergeben: einerseits gestiegenes Verlangen nach mehr Entwicklungshilfe, anderseits Rückgang der ODA-Mittel.
> Die Reaktion für die UNO und deren Spezialorganisationen ist dreifacher Natur:
>
> 1. Eine verstärkte Finanzierung zugunsten der verwundbarsten und ärmsten Bevölkerungsgruppen. Für die UNESCO wird die Priorität Afrika beibehalten, und die Auslagen für die Erziehung sind als weitsichtige, längerfristige Investition anzusehen.
> 2. Der «policy dialogue» in den jeder Organisation spezifischen Gebieten soll vertieft werden. Bei der UNESCO sind es die zwei soeben erwähnten Achsen [Afrika und Erziehung].
> 3. Die Auswirkungen der Krisen auf die Verwundbarsten und Ärmsten sind speziell zu beachten.
>
> Die hier angeschnittenen Fragen werden auch an der bevorstehenden Generalkonferenz diskutiert werden.

Anschliessend schilderte ich die Neuerungen für die kommende Generalkonferenz wie Ministerfora mit den drei Themen «Investing out of the crisis – through Action in Social Domains», «UNESCO's contribution to the MDG's» und «Shaping UNESCO for the next Decade».

Die speziellen Interessen der Schweiz, führte ich weiter aus, seien das Schaffen eines Centre d'excellence pour les curricula beim BIE in Genf, die Rückführung der im Zweiten Weltkrieg deplatzierten Kulturgüter und unser Einsatz für einen Wissenschaftsrat, wie wir ihn schon 2007 angeregt hätten. Wörtlich fügte ich dazu an:

> Die Wissenschaften werden immer wichtiger für alle Gesellschaften. Denken wir nur an die ethischen Fragen, die sich der Forschung stellen, oder an den Wert der Technologie für die Entwicklung von Ländern. Es war darum nicht erstaunlich, dass die Regierungschefs Afrikas zu Beginn des Jahres 2008 die UNESCO beauftragten, einen «action plan» für Afrika zu erarbeiten. Leider hinkt das Sekretariat mit seinen Antworten nach. Afrika ist sich nämlich bewusst geworden, dass es unbedingt mehr Wissenschaft braucht, um aus der «Rolle eines Rohstofflieferanten» für die Welt herauszukommen, während der Mehrwert von den anderen generiert wird. Ich denke, die Schweiz sollte dies in der Generaldebatte nochmals aufnehmen.

Ich liess denn auch beim Erstellen des Vortrages unseres Landes für die Generalkonferenz diese Idee einbauen. Und wer verlangte anschliessend den Wortlaut unseres Statements? Meine chinesische Kollegin!

351 Bezüglich unserer Kandidatur fürs Welterbekomitee gratulierte ich der SUK und vor allem den Autoren unter der Leitung von Madeleine Viviani für die konzise, meisterliche Arbeit an der Broschüre über die Welterbestätten in der Schweiz.

Die 35. Generalkonferenz (6.–23. Oktober 2009)

Die schweizerische Delegation wurde wiederum von Anton Thalmann angeführt, der bei der generellen Debatte das Statement unseres Landes vortrug. Der Ablauf der Generalkonferenz entsprach dem, was ich in meiner Rede vor der SUK am 19. Mai geschildert hatte. Ich bekleidete während der Konferenz die Funktion eines Vizepräsidenten.

Zwei Traktanden berührten die Schweiz besonders:

- Die Generalkonferenz konnte das vom Sekretariat des BIE vorgelegte Strategiepapier nicht gutheissen, weshalb ein anderes Vorgehen zur Debatte stand. Die den Mitgliedern des BIE-Rates unterbreiteten Entwürfe des (Genfer) Sekretariates waren so ungenügend, dass die Schweiz anlässlich einer erweiterten Bürositzung jenes Rates unter meiner Leitung in der Calvinstadt vorgeschlagen hatte, das Strategiepapier lediglich «etappenweise» gutzuheissen und die Finalisierung einer Arbeitsgruppe anzuvertrauen. Das Dokument sollte dann an der Generalkonferenz von 2011 verabschiedet werden. Dieses Vorgehen wurde vom BIE-Rat angenommen, und auch die Generalkonferenz von 2009 stimmte dieser Variante zu.
- Das Dokument über die Rückführung der im Zweiten Weltkrieg deplatzierten Kulturgüter war nach jahrelangen Debatten bescheiden. Es hatte keine «Zähne», enthielt aber einen moralischen Hinweis. Die Generalkonferenz nahm die leicht modifizierte Deklaration nur zur Kenntnis. Sie stellte es den Staaten anheim, sich bei bilateralen Verhandlungen darauf abzustützen.

Wahl ins Welterbekomitee

Die 17. Generalversammlung der Mitgliedländer der Konvention zum Schutze des kulturellen und natürlichen Welterbes tagte am 23.–28. Oktober 2009 in Paris. Die Schweiz wurde am 26. Oktober zu später Stunde mit einem Glanzresultat ins Welterbekomitee gewählt. Sie erhielt 104 der 140 abgegebenen Stimmen! Noch nie hatte ein Staat einen so hohen Prozentsatz an Zustimmung erhalten. Die Freude aller, die zum Zustandekommen dieser Wahl beigetragen hatten, war entsprechend gross. Von den Gratulationen möchte ich nur die drei für unsere Delegation zuständigen Stellen in Bern erwähnen. Botschafter Manuel Sager, Chef der Politischen Abteilung V des EDA, gratulierte zum «glänzenden Resultat». Jean-Frédéric Jauslin, Direktor des Bundesamtes für Kultur, schrieb: «Cher Ernst, un grand MERCI pour cette excellente nouvelle et toutes mes félicitations pour tout le travail de préparation que tu as réalisé en amont de ce super succès.» Und Bruno Stephan Walder vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) schickte am 28. Oktober nachstehendes Mail:

352 Lieber Ernst, dir nochmals einen grossen Blumenstrauss voller Dank für deine zielführende Lobbyarbeit, die nun ihre Früchte tragen wird. Ohne dein Bleiben bis zum heutigen Zeitpunkt hätte die Schweiz heute keinen Sitz im Welterbekomitee bzw. hätten wir die Wahlkampagne gar nicht geführt.

Die Wahl ins Welterbekomitee war mein «Abschiedsgeschenk» in Paris, denn die Departementsspitze hegte andere Vorstellungen über meine Zukunft: Ich sollte vorzeitig in Pension gehen.

XVI Persönlicher Vertreter des Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Frankophonie (2008–2009)

Antrittsbesuch beim Generalsekretär

Die bisher selbstständige Vertretung der Schweiz bei der Organisation internationale de la Francophonie (OIF) wurde am 1. Januar 2008 mit der UNESCO-Delegation zusammengelegt. Ab jenem Datum war ich für beide Organisationen zuständig. Die Aufgaben unseres Landes bei der Universität Senghor in Alexandrien wurden allerdings durch den Chef des Frankophoniedienstes in Bern wahrgenommen, und mein tüchtiger erster Mitarbeiter Alexandre Guyot vertrat die Schweiz bei der Agence universitaire de la Francophonie (AUF).

Die OIF ist ein Forum der multilateralen Zusammenarbeit für die 88 Mitgliedstaaten. Die Kooperation beruht auf universellen Werten und gemeinsamen Interessen wie sprachliche und kulturelle Vielfalt, Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung. Die Organisation kennt vier politische Instanzen:

1. die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, die alle zwei Jahre abgehalten werden;
2. die Ministerkonferenz;
3. den Ständigen Rat (CPF, von französisch Conseil permanent de la Francophonie), der auf dem Niveau der Botschafter zusammentritt.
4. Fachministerkonferenzen

Am 14. Januar 2008 stattete ich dem Generalsekretär der Frankophonie, Abdou Diouf, meinen Antrittsbesuch ab. Er wurde begleitet von Pierre de Cocatrix, seinem Kabinettsdirektor. Das Gespräch drehte sich um die Rolle der OIF und um die schweizerische Sicht der Frankophonie. Unser Engagement als viertwichtigster Zahler werde, so unterstrich ich, stark bleiben, denn die Frankophonie sei in allen Landesteilen akzeptiert. Die erstmalige Vertretung eines nichtfrankophonen Botschafters belege dies. Die Grundsatzrede der Schweiz anlässlich des letzten Ministertreffens in Vietnam im November 2007 bilde die Basis unserer Sichtweise. Wir unterhielten uns anschliessend länger über den Mehrwert der OIF und wo dieser zum Tragen komme.

Der Generalsekretär, früher Präsident von Senegal, brachte seinerseits die Rolle von TV5 Monde auf. Er vertrat prononciert die Ansicht, dass die Programme des Senders nicht unter rein französischer Flagge ausgestrahlt werden sollten; sie müssten ihren multilateralen Charakter beibehalten, selbst wenn es zu Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen kommen sollte. Sein Anliegen kam dem unseren entgegen, denn wir wünschten gleichfalls, dass TV5 Monde multilateral bliebe, wie dies in Luzern unterstrichen worden sei. Dort hatten sich am 9. No-

vember 2007 die für den Fernsehkanal zuständigen Minister getroffen. Frankreich wollte nämlich die drei für ausländische Zuschauer und Zuhörer eingerichteten Sender TV5 Monde, France 24 und Radio France Internationale reformieren. Die Schweiz, Kanada, Quebec und Belgien als Beitragszahler von TV5 Monde (die Télévision suisse romande (TSR), steuerte damals rund sieben Millionen Franken jährlich zum Budget des Senders bei) wehrten sich dagegen, dass dieser Fernsehkanal unter französische «Vormundschaft» kommen sollte. Die bestehende multilaterale Regel müsse bestehen bleiben.

Der Generalsekretär dankte zum Schluss der Schweiz für ihre Rolle und ihr Engagement. Er lobte insbesondere die vorzügliche Arbeit seines schweizerischen Kabinettsdirektors. Ich erwiderte Präsident Diouf, dass ich seine Wertschätzung aufgrund meiner Kontakte zu Pierre de Cocatrix nur teilen könne.

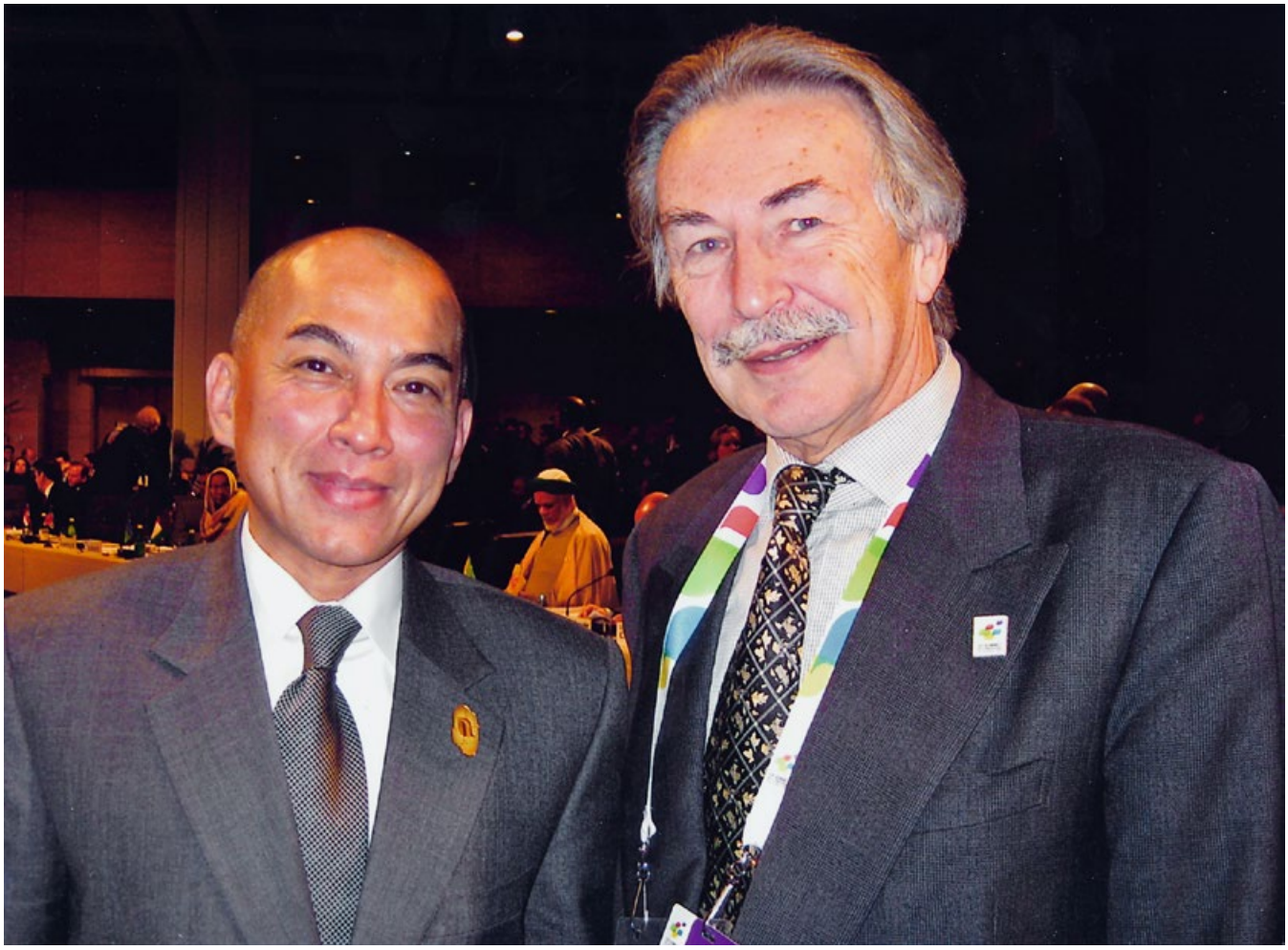
Die Schweiz und die Frankophonie

Der Bundesrat hielt 1995 in seiner Botschaft ans Parlament über den Beitritt unseres Landes zur Frankophonie fest, diese sei ein «instrument efficace du rayonnement extérieur de la Suisse» sowie ein Mittel zur Stärkung der Solidarität zwischen dem Norden und dem Süden. Trotz dieser richtigen Absichtserklärung ist die Frankophonie bei uns entweder eine grosse Unbekannte, wozu die wenig geförderte Visibilität der OIF das Ihre beiträgt, oder sie wird nur in reduziertem Umfang wahrgenommen. Dies ist bedauerlich, denn die Ziele der OIF stimmen mit unseren Vorstellungen überein, und für die Kohäsion des Landes ist es wichtig, dass die Minderheiten ihre Anliegen verteidigt und vertreten sehen. Es wäre darüber hinaus sinnvoll, wenn die Schweiz als viertgrösster Geber der OIF (rund 6,5 Millionen Franken pro Jahr – plus die TSR Beiträge) ihre Interessen dem Gewicht entsprechend deutlicher umsetzen und die Organisation stärker als Plattform nutzen würde.

Schweizer Unterstützung für die Mediationsbemühungen

Die Organisation spielt dank des grossen Beziehungsnetzes des Generalsekretärs eine über die kärglichen finanziellen Mittel hinausgehende Rolle. Die Schweiz unterstützt denn auch die Mediation der OIF. Die konkreten Gebiete der Zusammenarbeit unseres Landes, namentlich der Politischen Abteilung IV des EDA, beziehen sich auf die Friedensförderung und Konfliktbeilegung, die präventive Diplomatie und die «Rolle als Fazilitator», die Begleitung der Krisenüberwindung («accompagnement de sortie de crise») durch eine Stärkung der Kapazitäten für die Konfliktbeilegung, Wahlprozesse und die «justice traditionnelle / traitement du passé». Die Schweiz zieht dabei die operationelle Zusammenarbeit der rein finanziellen Unterstützung vor.

Infolge der Häufung verfassungswidriger Regierungswechsel regte ich anlässlich der ausserordentlichen Sitzung des CPF vom 2. April 2009 wegen der Ereignisse in Madagaskar an, dass sich die OIF nicht nur mit der Verurteilung von Putschen und der Suspendierung von Ländern beschäftigen, sondern auch den Gründen für die Instabilität nachgehen solle. Wörtlich hielt ich fest:



Beim Gipfeltreffen der Frankophonie in Quebec (Kanada) im Oktober 2008 mit Norodom Sihamoni, König von Kambodscha. Privatarchiv Ernst Iten

> Nous sommes préoccupés du fait que le CPF ait dû se réunir trois fois en moins d'une année en session extraordinaire, en raison d'une rupture de l'ordre constitutionnel interne d'un pays membre de la Francophonie. La Suisse se demande si ce n'est pas le moment pour la Francophonie d'approfondir sa réflexion sur de telles manifestations d'instabilité et le rôle que l'OIF pourrait jouer pour prévenir ces situations […].

Diese Anregung fand breite Unterstützung, nicht zuletzt vom Vertreter Frankreichs.

Die OIF wollte das System der *alerte précoce* künftig verstärkt beiziehen. Sie plante gar eine Konferenz zu «Bamako + 10». In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass unser staatsmännischer alt Bundesrat Pascal Couchepin mehrmals als *envoyé spécial* des Generalsekretärs der OIF 2015/16 in die Region der Grossen Seen entsandt wurde, um eine dauerhafte Lösung der Krise in Burundi zu finden.

Gipfeltreffen in Quebec

Mitten in der Finanzkrise fand am 17.–19. Oktober 2008 in Quebec das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs statt. Bundespräsident Pascal Couchepin konnte nicht nach Kanada fliegen, denn am 16. Oktober musste die grösste

Schweizer Bank, die UBS, gerettet werden. Anton Thalmann mit dem Titel eines Staatssekretärs führte die schweizerische Delegation an. Die Finanzkrise war natürlich auch ein wichtiges Thema dieses Gipfels. Der Gastgeber hatte das Treffen vortrefflich organisiert. Statt viele Versammlungen mit allen Teilnehmern durchzuführen, wurde in kleineren Gruppen gearbeitet, was sich als ergiebiger erwies. Ohne auf alle Punkte einzugehen, die im Schlussdokument aufgelistet sind, möchte ich kurz ein paar Worte unseres Delegationsleiters erwähnen, die er gegenüber der Presse äusserte. Für die Schweiz bilde die Frankophonie ein komplementäres Forum zu anderen Treffen der UNO, denn die OIF habe gegenüber den Gremien der Weltorganisation den Vorteil, dass sie ein kleinerer «Club» sei, was die Suche nach Lösungen vereinfache. Der Gipfel habe unterstrichen, dass die Länder des Nordens jene des Südens mit Blick auf die Finanzkrise und deren Konsequenzen nicht im Stich lassen würden. Die schweizerische Entwicklungshilfe werde dies bei ihrer Zusammenarbeit berücksichtigen.

Am 16. Februar 2009 sandte mir Professor Uli Windisch, Directeur de Programme Master et de l'École doctorale en Communication et Médias am Département de sociologie der Universität Genf, seinen fundierten und umfangreichen Artikel über das Thema «Francophonie et chercheurs universitaires: un regard suisse». Der Text basierte auf seiner Intervention anlässlich eines Kolloquiums im Oktober 2008 in Quebec beim Gipfeltreffen der Frankophonie. Ich dankte ihm mit einem Brief vom 4. März 2009 und hielt darin u. a. fest:

> Je partage pleinement votre analyse lorsque vous affirmez que la Francophonie est en premier lieu un phénomène politique qui, malheureusement pour moi, offre une panoplie d'activités très disperses et qui doit veiller à ce qu'elle ne devienne pas une « ONU bis. » Sa raison d'être est pourtant bien la langue française, comme l'avait déjà souligné le grand Léopold Senghor. Comment cette spécificité est-elle perçue au sein de la Francophonie ? Vous soulignez à juste titre que trop souvent l'attitude y est défensive. J'ai été étonné, par exemple, au cours des discussions préparatoires à la Déclaration de Québec, qu'un représentant d'un pays important ait cru nécessaire d'affirmer que le français était une « langue vivante, » comme pour souligner que nous ne parlions ni le latin ni le grec ancien ! Le français n'a pas besoin, bien heureusement, d'une telle défense : il a besoin d'une approche STIMULANTE, de renforcement.
>
> J'ai beaucoup apprécié vos comparaisons avec la Suisse. Elles sont enrichissantes car elles montrent une approche toute différente de celle du sacro-saint « franco-français. » Vous remarquez encore que la France paie 80% du budget de la Francophonie. C'est énorme et peut-être même n'est-ce pas très sain. Dans votre analyse, vous comparez le français avec les autres langues, en particulier l'anglais. Or, en ce qui concerne l'anglais, on ne verrait jamais une telle prépondérance de l'Angleterre par rapport aux autres états pratiquant cette langue, pour la simple raison qu'il existe au moins deux pays qui ont un poids considérable dans le monde anglo-saxon : les Etats-Unis et l'Inde ! Un ethnocentrisme « anglo-londonien » ne peut se concevoir. […] Comment convaincre le « franco-parisien » de s'ouvrir davantage au monde ? Vous montrez quelques pistes significatives. Je pense que nous tous devrions avoir une attitude moins ethnocentrique. En effet, si nous nous renfermons trop sur nous-mêmes, le monde se transformera sans nous. Je pourrais évoquer à ce propos les mots d'Alain Minc, lorsqu'il parle du relativisme de l'Europe pour le monde d'Obama. Selon Alain Minc, l'Europe est grosso modo pour Obama ce que la Suisse est pour la France. « Une zone périphérique, riche et cultivée, mais indifférente. » (Le Figaro, 2 mars 2009.) Le français serait-il devenu en quelque sorte ce que la Suisse est pour la France : une langue périphérique, riche, mais qui laisse indifférent ? Espérons que le français restera toujours enrichissant et différent.

357

Operateure der OIF

Eine Besonderheit der OIF bilden die vier Operateure: die Agence universitaire de la Francophonie (AUF), TV5 Monde, die Université Senghor d'Alexandrie und die Association internationale des Maires francophones (AIMF). Diese vier Operateure setzen auf ihren Zuständigkeitsgebieten die Entscheide um, die jeweils an den alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen der Staatschefs verabschiedet werden. Die Schweiz setzte sich wie mehrere andere Länder dafür ein, dass diese Operateure und die OIF ihre Arbeiten besser koordinierten. Wegen der zu Beginn dieses Kapitels erwähnten Arbeitsteilung beschränke ich mich in meiner Darstellung auf die AIMF und TV5 Monde.

Die AIMF stellt ein sehr nützliches Netzwerk für unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dar. Aus meiner Berichtsperiode sei erwähnt, dass 2009 Ständerat Didier Berberat, Syndic von La Chaux-de-Fonds, zur Wahlbeobachtung bei den Präsidentschaftswahlen nach Gabon entsandt wurde.

Ich habe oben die «zentralistische Tendenz» Frankreichs bezüglich TV5 Monde erwähnt. Die Ausgestaltung dieses Fernsehsenders stand längere Zeit im Blickfeld. Es galt, Frankreich als wichtigsten Zahler davon zu überzeugen, dass der Fernsehkanal multilateral bleiben müsse. Paris willigte schliesslich ein, die Charta in diesem Sinne zu ändern. Die Funktion von TV5 Monde als ein multilateraler Allspartensender wurde bestätigt und die Ausrichtung auf die kulturelle Vielfalt verbessert.

Die Kontakte zu TV5 Monde lohnen sich für die Schweiz. Die Bundesräte benutzen den Sender gerne als Plattform. Ich selbst konnte der Geschäftsleiterin des Kanals Kontakte zum Welterbezentrum vermitteln, sodass TV5 Monde seither kulturelle Kurzprogramme über die Welterbestätten der UNESCO ausstrahlt.

Der Mehrwert der Frankophonie

Eine Analyse, die nur auf einer zweijährigen Erfahrung bei der OIF beruht, stösst schnell an ihre Grenzen. Meine folgenden Bemerkungen sind daher *cum grano salis* aufzunehmen.

Wie oben angedeutet, liegt der viel zitierte Mehrwert der Organisation laut ihrem Mitbegründer, dem ehemaligen senegalesischen Präsidenten Senghor, in der Förderung und Bewahrung der französischen Sprache. Dieser Einschätzung darf, so schrieb ich in meinem Schlussbericht zur Frankophonie am 25. September 2009, ein zweiter Punkt als Mehrwert beigefügt werden: die Förderung und Pflege der französischen Kultur und deren Erbe. Die *civilisation française* war ja spätestens seit Louis XIV bis weit ins 20. Jahrhundert hinein über die rein frankophone Welt hinaus massgebend. Die gallische *exception culturelle* ist übrigens heute noch ein Begriff, manchmal allerdings (selbst-)ironisch gebraucht. Seit dem Zweiten Weltkrieg – und verstärkt seit den letzten Jahrzehnten – begannen die englische Sprache und die angelsächsische Denkweise das Französische zu überflügeln. Gegen die zunehmende Homogenisierung der «englisch-amerikanischen» Sicht regte sich jedoch Widerstand, und es begann der Kampf um den Erhalt der kulturellen Vielfalt, eines Phänomens, das selbstverständlich weit über die frankophone Welt

hinausweist. Es ist Frankreich zugutezuhalten, dass es die politische Initiative ergriff, um der kulturellen Vielfalt eine normative Basis zu verschaffen. Es wurde in diesem Vorhaben moralisch von der Frankophonie unterstützt. 2007 verabschiedete die UNESCO die berühmte Convention sur la protection et la promotion de la diversité des expressions culturelles. Die Schweiz mit ihren vier Kulturräumen nahm daran aktiv teil und brachte wesentliche Vorschläge bei der Ausarbeitung der Konvention ein, wie es mein Bericht über die UNESCO in Kapitel 15 zeigt.

XVII Drei Monate Bern und anschliessende Pensionierung

Die Departementsspitze wollte spätestens im Dezember 2009 meine Funktion einem neuen Missionschef übertragen. Im Einvernehmen mit Dominik Furgler, dem stellvertretenden Direktor der Direktion für Ressourcen und Aussennetz (DRA), und Tim Enderlin, stellvertretender Personalchef des EDA, arbeitete ich nach dem Bezug meines Feriensaldos vom Januar 2010 bis zu meiner Pensionierung im März jenes Jahres in Bern bei der UNESCO-Sektion des EDA. Ich wollte durch diesen Einsatz an der Zentrale meine Kenntnisse der SUK vertiefen: die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder wünschte mich als neuen Präsidenten, denn Francesca Gemnetti plante ihren Rücktritt. Den Mitgliedern erklärte ich bei einer Befragung die Ziele, die ich für die SUK sähe: Nebst mehr Visibilität und Straffung der Tätigkeiten würde ich die Beziehungen zur Wissenschaft, zur Forschung verstärken und dazu die höheren Bildungsanstalten unseres Landes beiziehen. Erziehung und Wissenschaft seien für mich die Pfeiler einer zukunftsträchtigen Gesellschaft. Die Departementsspitze wünschte dagegen, wie mir Francesca Gemnetti sagte, keinen alt Botschafter als Präsidenten für die SUK. Gewählt wurde schliesslich Jean-Bernard Münch.

Nach der Pensionierung

Andere Instanzen wollten sich meine Erfahrungen zunutze machen oder ihren Dank ausdrücken:

Die UNESCO ernannte mich mit der Zustimmung Roms als Wissenschaftsrat in das regionale UNESCO-Büro für die Wissenschaft und Kultur in Venedig.

Die Calvinstadt wählte mich in die Commission de déontologie des musées et des institutions patrimoniales de la Ville de Genève. Ich sollte bei allfällig schwierigen Fällen der Restitution von Kunstgegenständen mit den Regierungen der Ursprungsländer verhandeln. Die Sammlungen der Museen waren zum Glück viel «sauberer» als befürchtet.

Eine seltene Ehre erwies mir Patrice Mugny, Magistrat der Stadt Genf und Verantwortlicher für kulturelle Angelegenheiten:

> Au terme de votre carrière au sein du Département fédéral des affaires étrangères en votre qualité d'Ambassadeur, le Conseil administrative de la Ville de Genève souhaite vous exprimer toute sa reconnaissance pour votre importante contribution à plusieurs dossiers culturels, en vous conviant à un déjeuner donné en votre honneur, le vendredi 11 décembre 2009 à 12h00, à la «Villa La Grange».

Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Gebäude wurde extra zu diesem Zweck geöffnet. Zwölf Personen begleiteten meine Gattin und mich. Vorschriftsgemäss war auch ein zweiter Magistrat dabei: Pierre Maudet. Er brillierte mit seinem

In der Villa la Grange in Genf mit Patric Mugny, Conseiller administratif en charge du Département des Affaires culturelles, am 11. Dezember 2009. Privatarchiv Ernst Iten

rhetorischen Talent. (Die Villa La Grange sollte später, am 16. Juni 2021, in die Schlagzeilen kommen, weil sich dort die Präsidenten Joe Biden aus den USA und Wladimir Putin aus Russland trafen.)

Selbst Bern hatte Pläne mit mir. Die SUK und die zwei Departemente, die für das Welterbe verantwortlich waren, also das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), beauftragten mich mit der Beschreibung der Welterbestätten in der Schweiz. Die SUK publizierte die erste Auflage des Buches 2012 unter dem Titel «Welterbe in der Schweiz» aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Welterbekonvention. Der neue Chef des EDA, Didier Burkhalter, unterzeichnete das Vorwort und setzte das Buch bei den Unterredungen mit seinen Pairs im Ausland als Gastgeschenk ein. 2018 erschien die dritte, erweiterte Auflage, nachdem ich das architektonische Werk von Le Corbusier beschrieben hatte, welches in die UNESCO-Welterbeliste eingetragen worden war. Das Vorwort dazu hatte Ignazio Cassis, der EDA-Vorsteher, beigesteuert. Die Bücher mit den zwölf Welterbestätten werden von den Bundespublikationen in Bern vertrieben und zwar auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch.

Schliesslich wurde ich Mitglied des Vorstandes der vom Bundesrat errichteten Fondazione Pro Venezia, die in Lugano tagt. Diese zu Unrecht wenig bekannte Stiftung finanziert wertvolle Restaurationsarbeiten in der Lagunenstadt. Sie trägt

361 zum Erhalt der von Schweizern (meist Tessinern) erbauten oder mitgestalteten Monumenten bei. Und es gibt deren viele! Eines der berühmtesten Werke in Venedig, die Seufzerbrücke, wurde von dem in Lugano geborenen Architekten Antonio Contin errichtet.

XVIII Schlusswort

Ich hatte eine aussergewöhnliche Karriere mit teils von mir gewünschten, teils überraschend zugewiesenen Einsätzen. Alle Posten erlaubten mir, viele verschiedene Personen und Länder kennenzulernen, wofür ich dem EDA dankbar bin. Meine Wertschätzung richtet sich auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Unterstützung – und *last but not least* an meine Gattin für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Verständnis. Ich danke auch unseren Kindern Pablo und Paloma, die all die Versetzungen und das jeweilige Verlassen der Freunde ohne Klagen mitmachten.

Ich hoffe, dass ich meinerseits etwas für unser Land beitragen konnte.

Quaderni di Dodis

Band 1
Antoine Fleury und Sacha Zala (Hg.)
Wissenschaft und Aussenpolitik

Band 2
Bernd Haunfelder (Hg.)
Aus Adenauers Nähe

Band 3
Timothée Feller
Le Collège des Diplomates

Band 4
Bernd Haunfelder (Hg.)
Österreich zwischen den Mächten

Band 5
Dominik Matter
«SOS Biafra»

Band 6
Christiane Sibille
«Harmony Must Dominate
the World»

Band 7
Ivo Rogic
Diplomazia e «rivoluzione»

Band 8
Thomas Bürgisser
Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle
im Kalten Krieg

Band 9
Thomas Bürgisser und Sacha Zala (Hg.)
«Die Revolte der Jungen»

Band 10
P.-Y. Donzé, C. Hauser,
P. Lottaz et A. Maître (éd.)
«Journal d'un témoin»

Band 11
Josef Zwicker
Der Fall Charles Davis

Band 12
Marc Dierikx and Sacha Zala (eds.)
When the Wall Came Down

Band 13
Madeleine Herren und Sacha Zala (Hg.):
Diplomatische Dokumente der Schweiz zur
Geschichte des Internationalismus 1863–1914

Band 14
Sacha Zala et Marc Perrenoud (éd.)
Documents diplomatiques suisses
sur l'histoire de la Société
des Nations 1918–1946

Band 15
Sacha Zala und Flurina Felix (Hg.)
Diplomatische Dokumente der Schweiz
zur Geschichte der UNO 1942–2002

Band 16
Beat Hodler (Hg.)
«Unsere jungen Ambassadoren»

Band 17
Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber
und Sacha Zala (Hg.)
Sehr geteilte Meinungen

Band 18
Jonas Hirschi
Der unsichtbare Dienst

Band 19
Ernst Iten
Stationen einer aussergewöhnlichen Karriere

Für weitere Bände der Reihe | Pour d'autres volumes de la série
Per altri volumi della collana: dodis.ch/quaderni

Quaderni
di Dodis

memorie

Ernst Iten

Stationen einer aussergewöhnlichen Karriere
Ein Diplomatenleben zwischen Karibik, Nahostkonflikt
und Falklandinseln

Ernst Iten trat 1973 in den diplomatischen Dienst der Schweiz ein. Während 37 Jahren arbeitete der aus dem Kanton Zug stammende Jurist für das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und vertrat die Interessen der Schweiz an einigen aussergewöhnlichen Orten: Nach dem Stage in der Elfenbeinküste und in Bern führte ihn seine Karriere nach Kolumbien, in den Iran, nach Argentinien und zur OECD-Delegation in Paris. Nach einem weiteren Aufenthalt in Bern folgte die Ernennung zum Botschafter in Venezuela, bei mehreren Karibik-Staaten und später in Israel. Zum Ende seiner Karriere war Botschafter Iten Delegierter der Schweiz bei der UNESCO und bei der Frankophonie in Paris. Seine Laufbahn brachte ihn dabei immer wieder an die Brennpunkte der Weltgeschichte, so zum Beispiel bei der Botschaftsbesetzung in Bogotá 1980, bei der Vertretung der US-Interessen im Iran 1981/82, während dem Falklandkrieg oder im Nahostkonflikt. Die mit zahlreichen Bildern versehenen Memoiren von Ernst Iten geben einen eindrücklichen Einblick in das Leben eines Schweizer Diplomaten.

Ernst Iten (*1945), Dr. jur., ehemaliger Schweizer Diplomat, lebt heute in Barcelona.

Unterstützt vom
Kanton Zug

ISBN 978-3-907261-15-6